

Sächsische Realitäten: Analysen aktueller Protestphänomene der radikalen Rechten in Sachsen

Krell, Michael (Ed.); Böhme, Tom (Ed.)

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerk / collection

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Krell, M., & Böhme, T. (Hrsg.). (2024). *Sächsische Realitäten: Analysen aktueller Protestphänomene der radikalen Rechten in Sachsen*. Dresden: Thelem. <https://doi.org/10.25368/2024.41>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>



SÄCHSISCHE REALITÄTEN

Analysen aktueller Protestphänomene
der radikalen Rechten in Sachsen

Hg. v. Michael Krell und Tom Böhme

SÄCHSISCHE REALITÄTEN

Analysen aktueller Protestphänomene der
radikalen Rechten in Sachsen

Hg. v. Michael Krell und Tom Böhme

THELEM
2024

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen
Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Bibliographic information published by the Deutsche Nationalbibliothek
The Deutsche Nationalbibliothek lists this publication in the Deutsche
Nationalbibliografie; detailed bibliographic data are available in the Internet at
<http://dnb.d-nb.de>.

Dieses Vorhaben wird gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung
(BMBF) und dem Freistaat Sachsen im Rahmen der Exzellenzstrategie von Bund und
Ländern.

ISBN 978-3-95908-653-0

© 2024 THELEM Universitätsverlag und Buchhandlung
GmbH & Co. KG
Dresden und München
www.thelem.de

Made in Germany

© Coverbild: Finn Becker

Inhalt

Tom Böhme / Michael Krell

Freie Sachsen 6
Alter Wein in neuen Schläuchen? – Eine Einleitung

Friederike Kantzenbach

Kollektive sächsische Identität und die Freien Sachsen..... 27
Eine ideologiezentrierte Analyse

Michael Krell

Sachsen First 62
Die Raumfrage im Grundsatzprogramm der Freien Sachsen

Tom Böhme

Zwang zur Freiheit..... 90
Eine Untersuchung der kommunikativen Zwänge im Telegramm-Kanal der Freien Sachsen

Felix Roth

Vom Vigilantismus zum Rechtsterrorismus..... 118
Die Gewaltlegitimation der Freien Sachsen und ihre Bedeutung für die Gewaltgenese Einzelner

Anne Herpertz

Brückenschlag nach rechts außen 148
Personelle Netzwerke und Kooperationen zwischen *Pegida*, Corona-Protesten und den Freien Sachsen in Dresden

Bea Bernstein

Bautzner Verhältnisse 176
Eine Untersuchung rechter Hegemonie am Beispiel einer sächsischen Kleinstadt

Leon Schemm

Die ›Stillen Proteste‹ entlang der B96..... 209

Ein explorativer Einstieg in die Eigenarten sächsischer Corona-Proteste

Paula Voigt

Die Querfront und der Faschismus 236

Eine qualitative Analyse des Redebeitrags von Jürgen Elsässer auf der »Ami Go Home«-Demonstration am 26.11.2022

Mara Knauth

Konservative Politikstrategien in Zeiten autoritärer Zuspitzung 257

Eine Analyse des Umgangs mit Corona-Demonstrationen und der radikalen Rechten durch den sächsischen CDU-Ministerpräsidenten

Klemens Köhler

Immer mitten in die Presse rein 285

Pressefeindliche Gewalt bei Versammlungen verschwörungsideologischer Gruppen in Sachsen

Leander Baumgertel

Topoi in der Esoterik..... 310

Linguistische Perspektiven auf esoterische Sprache

Tom Thümmel

Architekturen contra Erinnerung 338

Der architektonische Konflikt in Ostdeutschland nach 1990 im Zeichen von identitärem Historismus

Freie Sachsen

Alter Wein in neuen Schläuchen? – Eine Einleitung

Die 2020er Jahre haben bisher ein erschreckend heftiges Erstarken radikal rechter Akteur:innen in Deutschland mit sich gebracht. Nachdem schon die im Unterschied zu den NPD-Wahlerfolgen der 1960er und 2000er Jahre kontinuierliche und auf allen politischen Skalen stattfindende parlamentarische Etablierung der Alternative für Deutschland (AfD) seit 2013 als klare rechts-außen Partei eine Zäsur für die Bundesrepublik darstellte, hat sich der viel diagnostizierte ›Rechtsruck‹ innerhalb der deutschen Gesellschaft in den letzten Jahren sowohl hinsichtlich Mobilisierungsfähigkeit als auch Radikalisierung weiter verschärft. Wurde die AfD noch als europakritische ›Professorenpartei‹ gegründet, dominiert spätestens seit dem Abgang von Jörg Meuthen als Co-Bundessprecher 2022 der völkisch-nationalistische Flügel um seine Führungsfiguren Höcke, Urban und Chrupalla die Partei. Die Landesverbände Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt wurden von den Verfassungsschutzbehörden bereits als ›gesichert rechtsextrem‹ eingestuft, während zahlreiche weitere Landes- und Jugendverbände sowie die Bundes-AfD als sog. Verdachtsfälle geführt werden (vgl. Haensel 2023). Nichtsdestotrotz erlebt die Partei ein bisher ungekanntes Umfragehoch, welches sie seit Mitte 2023 auf über 20% im Bund und in einigen ostdeutschen Ländern sogar auf über 35% steigen ließ (vgl. infratest dimap 2023). Dieser Erfolg einer radikalisierten AfD hat dazu beigetragen, extrem rechte Positionen bis weit in die Mitte der Gesellschaft weiter zu normalisieren (vgl. Mudde 2020: 14, Zick/Mokros 2023: 57), mittlerweile lässt sich sogar wieder ein Anstieg rechts-extremer Einstellungsmuster über deren stabile Persistenz auf hohem Niveau hinaus in der deutschen Bevölkerung feststellen (vgl. ebd.: 68f.). So erfasste die *Mitte Studie 2022/23* im Vergleich zu den Erhebungen

von 2020/21 etwa eine Verdreifachung der klaren Zustimmung zum Antisemitismus (1,7% auf 5,7%), einen starken Anstieg des Geschichtsrevisionismus (1,4% auf 4%) sowie ein sprunghaftes Wachstum fremdenfeindlicher Einstellungen (4,5% auf 16,2%) (vgl. ebd.). Dieser Trend zeigt sich außerdem in der Übernahme rechtsradikaler Positionen durch Politiker:innen konservativer, liberaler und sogar sozialdemokratischer Parteien. So stellt die CDU im Entwurf ihres neuen Grundsatzprogrammes das individuelle Rechte auf Asyl infrage (vgl. CDU 2024) und SPD-Bundeskanzler Scholz inszeniert sich medial als migrationspolitischer Hardliner (vgl. Scholz 2023), während die CSU in Bayern weiter mit dem Vorsitzenden der Freien Wähler koalitiert, der durch antisemitische Hetzschriften aus seiner Jugend sowie deren heutige Verharmlosung auf sich aufmerksam machte (vgl. Auer/Beck 2023). Gleichzeitig hat der rechte Terror gegen jüdische Menschen, Migrant:innen und People of Colour, wie die Anschläge in Halle und Hanau zeigen, weiter zugenommen (vgl. Steinhagen 2021), während rechte Netzwerke in Polizei und Bundeswehr ein effektives Vorgehen der Behörden gegen die radikale Rechte weiter erschweren, wenn nicht teils verunmöglichen (vgl. Kempen 2021).

Sachsen als Hotspot radikal rechter Mobilisierungen

Neben diesen überwiegend bundespolitischen Trends lassen sich regionale Besonderheiten hinsichtlich des Erstarkens rechter Akteur:innen feststellen. So brachte das Jahr 2023 eine weitere Zäsur bezüglich der Etablierung der AfD mit sich. In Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt gelang es Vertretern der Partei erstmals auf kommunaler Ebene Wahlen für die hauptamtlichen Exekutivämter Bürgermeister und Landrat zu gewinnen (vgl. taz 2023). Bisher sind der Partei solche Erfolge lediglich in Ostdeutschland gelungen, für das gezeigt werden konnte, dass rechts-extreme Einstellungsmuster so stark in der Bevölkerung verbreitet sind, dass einzelne Elemente rechter Ideologien von weniger als der Hälfte der Bevölkerung klar abgelehnt werden (vgl. Decker et al. 2023: 2). Besonders kristallisieren sich die Effekte rechter Erfolge im Freistaat Sachsen heraus, auf dem das Hauptaugenmerk des vorliegenden Sammelbandes liegt. Hier treffen im Unterschied zu anderen Bundesländern rechte Konjunk-

turen, Wahlerfolge, hohe menschenfeindliche Einstellungsmuster und ein hohes Mobilisierungspotenzial von Protestbewegungen auf eine gefestigte rechtsradikale und -terroristische Szene mit erfahrenen, lokal verankerten und überlokal vernetzten sowie professionellen Akteur:innen mit einer langen Organisationsgeschichte, die bis in die 1990er Jahre zurückreicht. Spätestens seit dem durchschlagenden Mobilisierungserfolg der 2014 in Dresden entstandenen *Pegida*-Bewegung, die mit klassisch rechtsradikalen Narrativen gegen die Aufnahme von Geflüchteten hetzte und es damit sogar in die Neujahrsansprache der Bundeskanzlerin schaffte (vgl. Heim 2017), etablierte sich Sachsen in der medialen Wahrnehmung als ›Hotspot‹ radikal rechter Straßenproteste. Zwar sind rechte Mobilisierungen auch in anderen Bundesländern präsent, Sachsen sticht allerdings durch strukturelle Besonderheiten und sich wiederholende Mobilisierungserfolge heraus. Zum einen stützt sich die rechte Szene hier auf jahrelange Erfolge hinsichtlich der Organisation großer Protestereignisse, seien es die bereits erwähnten *Pegida*-Proteste, die pogromartigen Ausschreitungen vor Gelfüchtetenunterkünften in Heidenau und Freital 2015, die jährlichen Gedenkmärsche anlässlich der Bombardierung Dresdens im 2. Weltkrieg – zeitweilig Anlass für die damals europaweit größten Nazi-Aufmärsche –, die asylfeindlichen Demonstrationen in Bautzen 2016, Chemnitz 2018 oder die erzgebirgischen Lichtläufe 2014. Diese Proteste brachten bürgerliche Milieus und gewaltorientierte Neonazis zusammen (vgl. Antifa Recherche Team Dresden 2017) und schufen ein erfahrenes und anlassbezogen leicht mobilisierungsfähiges Protestmilieu.

Zum anderen trifft die Stärke rechter Akteur:innen in Sachsen auf die für menschenfeindliche Einstellungen besonders anknüpfungsfähige diskursive Konstruktion des sächsischen Exzeptionalismus, die maßgeblich durch die in Sachsen seit 1990 ohne Unterbrechung regierende CDU geprägt wurde (vgl. Steinhaus et al. 2017). Diese weist Sachsen eine Avantgardestellung innerhalb Deutschlands zu und erhebt ›den Sachsen‹ zum Höchsten, was ein Mensch auf Erden werden kann¹ (vgl. ebd.: 178). Exemplarisch zeigt sich die parteiweite Verbreitung dieses Gedankenguts innerhalb der CDU-Sachsen an einem 2005 vom Parteitag

1 Dies twitterte ein CDU-Landtagsmitglied 2015 in Frakturschrift (vgl. Schirmer 2015).

beschlossenen Positionspapier mit dem Titel »Deutscher Patriotismus in Europa« (vgl. CDU-Sachsen 2005). In den darin verbreiteten 12 Thesen beschwört die Partei neben der ultrakonservativen, bisweilen völkisch-nationalistisch anmutenden, Verklärung des »deutschen Volk[es]« zu »opferwilligen Dienern des Gemeinwohls« und zur »Schicksalsgemeinschaft« die »starke regionale Identität« »der Sachsen« (ebd.: 1, 8, 10). Begründet wird diese mit dem Stolz auf die proklamierte herausragende Stellung Sachsens in der »tausendjährige[n]« deutschen Geschichte, die durch die »zielstrebige Politik« der sächsischen Herrscher und die »kluge und fleißige Bevölkerung« erreicht worden wäre (ebd.: 8). Dazu sei Sachsen Ausgangspunkt bedeutender historischer Ereignisse wie Reformation, Aufklärung, industrieller und Friedlicher Revolution und verfüge damit »jahrhundertlang über eine entscheidende Stellung im Deutschen Reich« (ebd.). Diese spezifisch sächsische Überlegenheitsvorstellung ist dabei verknüpft mit einem Opfernarrativ, nach dem »die Sachsen« »vom Rest der Welt nicht ausreichend gewürdigt [...] oder gezielt verunglimpft« würden (Steinhaus et al. 2017: 180). Als Synthese aus den positiven und negativen Aspekten des sächsischen Exzeptionalismus werden »die Sachsen« zu Vorreitern des konservativen Widerstandes stilisiert, die durch ihre besondere Neigung zur Kritik und dem Erkennen von Missständen zur »revolutionären Tat« (ebd.: 183) prädestiniert seien. Damit erhebt die den sächsischen Exzeptionalismus maßgeblich prägende CDU Positionen und Erwartungen à la »Sachsenstolz« und »nationaler Wallungen« zum Programm, die mit der eigenen Regierungspolitik, die der neoliberalen Logik folgend als Reihung entpolitisierter und alternativloser Verwaltungsakte inszeniert wird, nicht einlösbar sind (vgl. ebd.: 175). Die durch die Anrufung »mythischer Kollektividentitäten« geweckten »identitären Bedürfnisse« in der sächsischen Bevölkerung können von der CDU-Sachsen also systematisch gar nicht erfüllt werden (ebd.). Stattdessen docken radikal rechte Akteur:innen, seien es *Pegida*, AfD oder Freie Sachsen, an genau diese sächsischen Überlegenheitsvorstellungen an und können diese im Vergleich zur CDU weitaus konsequenter und glaubhafter vertreten, was durch die Zuwendung relevanter Teile der sächsischen Bevölkerung »belohnt« wird (vgl. ebd.). In Kombination mit der in Sachsen besonders ausgeprägten Verharmlosung rechter Akteur:innen durch staatliche Institutionen, der

Kriminalisierung zivilgesellschaftlichen Engagements (vgl. ebd.: 153f.) und der Nähe einiger CDU-Mitglieder zum Rechtsradikalismus² ergibt sich für Sachsen eine Gemengelage, die sowohl das Erstarken rechter Parteien als auch erfolgreiche Straßenmobilisierungen durch die radikale Rechte begünstigt.

Radikal rechte Mobilisierungen im Zuge der Covid-19-Pandemie

Exemplarisch für die Erfolge radikal rechter Akteur:innen in Deutschland allgemein und in Sachsen besonders stehen die Proteste gegen die staatlichen Eindämmungsmaßnahmen gegen die 2020 ausgebrochene Covid-19-Pandemie. Diese Proteste brachten neue Akteurskonstellationen und Dynamiken innerhalb der rechten Bewegung hervor, welche im Fokus dieses Sammelbandes stehen sollen. Nachdem in der Frühphase der Pandemie zunächst eine »Politik der Alternativlosigkeit« (Bogner 2021: 21) vorherrschte und noch keine einheitliche Umgangsstrategie innerhalb der radikalen Rechten mit der neuen Krise erkennbar war (vgl. Balsler/Schneider 2021, Mullis 2021), entstanden mit der Verhängung des ersten Lockdowns Ende März 2020 auch die ersten Corona-Proteste. Waren diese zu Beginn der Pandemie mit den sog. »Hygienesemos« und im Protesthotspot Südwestdeutschland noch geprägt von einer von der Stuttgarter Initiative *Querdenken-711* getragenen Diffusität und Offenheit, bewegte sich das Protestgeschehen im Laufe der Zeit immer weiter nach rechts (vgl. Nachtwey et al. 2020). In der Frühphase waren die mobilisierten Gruppen ambivalent und heterogen, »wohlsituierte Familien mit Kindern, altgewordene Hippies, Esoteriker:innen und [...] rechte unterschiedlicher Colour« kamen zu den als »Happenings« organisierten Demonstrationen zusammen und forderten die Aufhebung der Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung (Amlinger/Nachtwey 2020: 253). Geprägt waren diese Proteste allerdings bereits von Beginn an durch Holocaust-Relativierung, Reichsbürger-Erzählungen und antisemitische

2 So rief 2015 ein CDU-Mitglied dreimal bei der Polizeidirektion Dresden an, um anzukündigen, sich gegen die Ausländer mit einer Kalaschnikow zu bewaffnen und ein Blutbad anzurichten (vgl. Steinhaus et al. 2017: 165).

Verschwörungsnarrative (vgl. ebd.: 253, 258f.). Im Laufe der Zeit kam es zu stärker werdenden Radikalisierungsmomenten und einem Anwachsen der Bewegung. Am 29. August 2020 versuchten Querdenker:innen im Anschluss an eine zehntausende Menschen umfassende Demonstration in Berlin den Reichstag zu stürmen, während es im folgenden Winter auf Großdemonstrationen in Leipzig zu gewalttätigen Ausschreitungen mit der Polizei kam, die maßgeblich von aus dem Hooligan-Spektrum stammenden Neonazis getragen wurden (vgl. Rogalla 2021) – insgesamt wurde die radikale Rechte immer dominanter innerhalb der Bewegung (vgl. Amlinger/Nachtwey 2020: 255).

Neben der zunehmenden Dominanz rechter Akteur:innen innerhalb der Corona-Proteste, die sich auch in der seit Mitte 2020 erfolgten Unterstützung dieser durch die AfD widerspiegelt (vgl. Mullis 2021), verschob sich der regionale Fokus der Proteste im Zuge des Zerfalls der *Querdenken*-Bewegung seit Mitte 2021 zunehmend auf Sachsen (vgl. Forschungsstelle BAG/Jost 2023). Diese Verschiebung des ›Protesthotspots‹ stand im Zusammenhang mit Veränderungen in den Protestformen. Statt der zentral organisierten Großdemonstrationen dominierten spätestens seit dem Winter 2021/22 weit gestreute lokale Proteste, die bald als ›Montagsdemonstrationen‹ bezeichnet wurden und meist an vielen Orten parallel stattfanden (vgl. ebd.). Besonders in Sachsen wird seit mittlerweile mehreren Jahren in bis zu 200 Kommunen zu solchen Protesten aufgerufen, an denen in der Spitze über 50.000 Protestierende über Sachsen verteilt teilnahmen (vgl. dpa Sachsen 2022). Diese sächsischen ›Montagsproteste‹ sind zu einem wesentlichen Teil das Ergebnis radikal rechter Mobilisierungsarbeit, der es gelang, die zunächst diffusen, aber ideologisch stets rechts geprägten, Proteste zu einer von rechtsradikalen Akteur:innen dominierten Protestbewegung zu formen. Zentral hervorgetan haben sich dabei die Freien Sachsen, eine Partei-neugründung verschiedener erfahrener radikal rechter Aktivisten, die sich zu einer Art Dachorganisation der Proteste entwickelt haben und in ihrem ca. 150.000 Abonnent:innen starken Telegram-Kanal seit 2021 zu den ›Montagsprotesten‹ aufrufen. Zudem gelang es ihnen, diese eher lokalen Initiativen mit eigenen Merchandising-Artikeln wie Fahnen und Bannern auszustatten, um den Protesten so ein einheitliches Framing zu verschaffen (vgl. Zschocke/Mullis 2022: 48). Die sächsischen ›Montags-

proteste« zeichnen sich durch eine besonders eindeutige radikal rechte Dominanz sowie inhaltliche und performative Radikalisierung aus. Letztere spiegelte sich besonders darin wider, dass die hunderten Demonstrationen als ›Spaziergänge« gegen das geltende Versammlungsverbot durchgeführt und als ›Akte des Widerstandes« gegen ein zu stürzendes diktatorisches Regime gerahmt wurden (vgl. ebd.: 44). Immer wieder kam es auf den häufig von gewaltorientierten Neonazis frequentierten Protesten zu gewalttätigen Ausschreitungen und Angriffen auf Journalist:innen und politische Gegner:innen, während die Polizei das geltende Versammlungsverbot fast nie durchsetzte. Inhaltlich verschob sich der Fokus der Proteste seit 2022 von der Ablehnung der Corona-Maßnahmen hin zur Solidarität mit Russland im Angriffskrieg auf die Ukraine, die Ablehnung von Klimaschutzmaßnahmen, die umfassende Ablehnung der Ampel-Koalition auf Bundesebene sowie asylfeindliche Mobilisierungen – Inhalte, die die Rahmung innerhalb rechter Umsturzfantasien eint (vgl. Kiess/Wetzel 2022b).

Die im Zuge der Corona-Proteste entstandenen sächsischen ›Montagspaziergänge« stellen dabei eine weitere Welle von durch die radikale Rechte getragenen Protestereignissen dar, die in Sachsen explizit an erfolgreiche Vorgänger wie *Pegida* anknüpfen und aufgrund der starken lokalen Verankerung extrem rechter Akteur:innen den deutschlandweiten ›Protesthotspot« bilden konnten (vgl. Zschocke/Mullis 2022: 44, 47). Im Vergleich zu anderen Regionen lassen sich im Kontext der Corona-Proteste für den Freistaat Sachsen einige Spezifika feststellen, die ein besonderes Gefährdungspotenzial für die Demokratie darstellen. Mit der Gründung der Freien Sachsen ist es der rechtsradikalen Szene gelungen, eine neue Organisation zu etablieren, die lokale Proteste auf eine sachsenweite Ebene übersetzen und das Mobilisierungspotenzial der Corona-Proteste für andere radikal rechte Themengebiete nutzen konnte. Zuletzt zeigte sich dies in der von den Freien Sachsen organisierten Demonstration gegen die Kürzung der Agrarsubventionen durch die Bundesregierung, die am 08.01.2024 an die 10.000 Protestierende nach Dresden mobilisierte, um im Kontext der ›Bauernproteste« den Aufstand gegen ›die Regierung« zu proben³ (vgl. Kammer/Voigt 2024). Gerade hinsichtlich

3 Es handelte sich hier um eine dezidiert rechte Demonstration, von der sich der Bauernverband distanzierte.

der anstehenden Kommunal- und Landtagswahlen 2024 entwickelt sich so eine Gemengelage, in der die radikale Rechte Sachsens immer stärker wird und das Potenzial hat, durch starke Wahlergebnisse von AfD und Freien Sachsen die demokratischen Errungenschaften zu gefährden und demokratische Strukturen zu zerstören. Besonders die Freien Sachsen, die 2022 bei drei Landratswahlen zwischen 10 und 20% der Stimmen gewinnen konnten, rufen bereits dazu auf, staatliche Strukturen wie Kommunalparlamente, Behörden oder Schöffengerichte mit den eigenen Leuten zu besetzen, von innen heraus zu zerstören und von politischen Gegner:innen zu säubern (vgl. Brück 25.06.2023).

Die Forschung zu den Corona-Protesten allgemein und den sächsischen Besonderheiten befindet sich aktuell noch in ihren Anfängen. Zu den *Querdenken*-Protesten hat es bereits systematische sozialwissenschaftliche Forschung und Theorieproduktion gegeben, die bisher allerdings auf den Südwesten Deutschlands oder die bundesweiten Trends fokussiert war (vgl. Amlinger/Nachtwey 2020, Spöri/Eichhorn 2021, Reichhardt 2021, Roose 2020, Patenburg et al. 2021, Nachtwey et al. 2021, Koos 2020, Decker/Brähler 2020, Frindte 2021, Frei/Nachtwey 2021, Nocun/Lamberty 2021, Goertz 2022). Die Erforschung der sächsischen Spezifika der Proteste und ihrer dominierenden Akteur:innen, besonders der Freien Sachsen, kann sich dagegen noch nicht auf einen breiten Fundus wissenschaftlicher Untersuchungen stützen. Neben zivilgesellschaftlichem Monitoring (vgl. Kulturbüro Sachsen 2022) und vereinzelt Studien zu lokalen Protestereignissen und Einstellungsmustern der Teilnehmenden (vgl. Zschocke/Mullis 2022, Roth/Zschocke 2022, Fröhlich et al. 2023) findet die Erforschung des Phänomens vor allem am Leipziger Else Frenkel-Brunswik Institut statt, das bereits verschiedene Aspekte wie die Agitation über den Online-Messengerdienst Telegram (vgl. Kiess et al. 2022), lokale Fallstudien (vgl. Grunert/Kiess 2021) oder Veränderungen innerhalb der Mobilisierungsstrategien und -erfolge untersucht hat (vgl. Kiess/Wetzel 2022b, 2023a). Der vorliegende Sammelband hat zum Ziel, der Erforschung der sächsischen Corona-Proteste allgemein und ihrem Hauptakteur, den Freien Sachsen, eine Vielzahl weiterer Facetten hinzuzufügen. Die einzelnen Beiträge fokussieren dabei unterschiedliche Aspekte der Mobilisierungen und sollen zum Verständnis der sächsischen Spezifika innerhalb der Corona-Proteste beitragen. Dieser Band versammelt

dabei diverse sozialwissenschaftliche Theorie- und Fachtraditionen, die jeweils aus einer spezifischen Perspektive das untersuchte Phänomen beleuchten, um in der Gesamtschau eine Vielzahl neuer Erkenntnisse zu produzieren. Die Beiträge machen dabei deutlich, dass es sich bei den Akteur:innen der Corona-Proteste allgemein und den Freien Sachsen im Besonderen um ernstzunehmende Feinde demokratischer Gesellschaftsordnungen handelt, deren Erforschung eine Notwendigkeit darstellt. Denn nur durch ausreichendes Wissen um die Funktionsweise radikal rechter Organisationsstrukturen, Narrative und Protestmobilisierungen lassen sich effektive Gegenstrategien entwickeln. Bevor die einzelnen Beiträge des vorliegenden Bandes kurz zu verorten sind, sollen die Freien Sachsen als zentraler Akteur der sächsischen Proteste näher vorgestellt werden.

Die Freien Sachsen. Ein neues Projekt Sachsens radikal rechter Szene

Die Freien Sachsen sind eine im Zuge der Coronaproteste am 26.02.2021 in Schwarzenberg (Sachsen) gegründete Partei, die laut eigener Aussage ein »sächsisches Selbstbewusstsein« (Freie Sachsen o.J.) zurückerobert will. Der Vorsitzende der Partei ist der Rechtsanwalt Martin Kohlmann, der für die extrem rechte »Bürgerbewegung« Pro Chemnitz im Chemnitzer Stadtrat sitzt. Sein Stellvertreter ist der für die NPD im Stadtrat Aue-Bad Schlema sowie Kreistag des Erzgebirgskreises sitzende Stefan Hartung. Gemeinsam mit weiteren Akteuren der radikalen Rechten haben sie diese Partei gegründet. Ihre politische Ausrichtung kann als rechtsradikal mit besonderem Bezug auf und dem Bekenntnis zu Sachsen beschrieben werden. So verwundert es nicht, dass auch das Landesamt für Verfassungsschutz die Freien Sachsen schon frühzeitig als rechtsextrem einstuft (vgl. Sächsisches Staatsministerium des Innern 2023). Besonders auffällig sind die Freien Sachsen durch ihre Mobilisierungserfolge im Rahmen der Corona-Proteste und darüber hinaus geworden. Ihnen ist es etwa gelungen, das historische Narrativ des erfolgreichen Montagsprotests gegen die DDR-Führung von 1989 zu übernehmen und teilweise mehrere zehntausend Menschen an verschiedenen sächsischen Orten

zu mobilisieren. Darüber hinaus fällt auf, dass die Hotspots des von den Freien Sachsen übernommenen und organisierten Protests nicht etwa, wie bei sozialen Bewegungen sonst in der überwiegenden Zahl der Fälle üblich, die urbanen Zentren, sondern die (semi)ruralen Peripherien sind. Dabei spielte die Online-Agitation über Telegram eine maßgebliche Rolle, deren Bedeutung und Wirkung Gegenstand fortlaufender Forschung ist (Kiess et al. 2022, Kiess/Wetzel 2022a, Kiess/Wetzel 2023b) und auch im Rahmen des vorliegenden Sammelbandes untersucht wird. Doch was macht die Freien Sachsen aus, wer sind sie und was wollen sie? Um sich diesen Fragen anzunähern, werden im Folgenden vier thesenhafte Überlegungen zu den Freien Sachsen vorgestellt.

Die Freien Sachsen als Netzwerkpartei

Laut ihrer Website verstehen sich die Freien Sachsen selbst als eine »sächsische Sammlungsbewegung« (Freie Sachsen o.J.), an der sich ein möglichst großes Spektrum rechter Aktivist:innen beteiligen soll. So heißt es in ihrem Selbstverständnis: »Niemand muss mit seiner bisherigen Gruppe, Partei oder Verein brechen – Doppelmitgliedschaften sind möglich und erwünscht!« (ebd.). Diese bewusste politisch offene und flexible Ausrichtung kann als Netzwerkpartei charakterisiert werden (vgl. Kiess 2022). Die Netzwerkartigkeit der Freien Sachsen zeichnet sich vor allem durch den Zusammenschluss verschiedener Akteur:innen mit einem gewissen Grad an Autonomie aus, die unter einem gemeinsamen Grundkonsens, nämlich dem »Bekenntnis zu einem freiheitlichen Sachsen, das seine historisch gewachsene Identität bewahrt und sich selbstbewusst gegenüber dreisten Vorgaben aus Brüssel und Berlin behaupten kann und will« (Freie Sachsen o.J.), zusammenkommen. Diese Selbstbeschreibung zeigt sich auch in der personellen Zusammensetzung und im politischen und organisatorischen Auftreten der Partei. Die personelle Heterogenität ergibt sich aus den verschiedenen Hintergründen der an dem Parteiprojekt Beteiligten in durchaus unterschiedlichen Gruppen- und Organisationszusammenhängen. Zu nennen wären zunächst Personen aus den gewaltorientierten, neonazistischen Freien Kameradschafts-Zusammenhängen der 1990er und 2000er Jahre wie

Thomes Sattelberger (Teil des Freie Sachsen Kreisvorstands Sächsische Schweiz-Osterzgebirge) sowie langjährige partei- und bewegungserfahrene Akteure wie Martin Kohlmann, der als Szeneanwalt und Kommunalpolitiker seit vielen Jahren eine wichtige Rolle in Sachsens rechtsradikaler Szene spielt. Eine weitere Gruppe besteht aus den vergleichsweise jungen, in neonazistischen Kaderparteien geschulten Akteuren wie Michael Brück (ehem. Die Rechte Dortmund) und Max Schreiber (ehem. NDP Heidenau). Eine letzte Gruppe zeichnet sich durch recht neue und unerfahrene Akteur:innen wie die Landratskandidatin Nordsachsens Uta Hesse und den Plauener Busunternehmer Thomas Kaden aus, die vor ihrem Engagement für die Freien Sachsen nicht in rechtsradikalen Kontexten aufgefallen sind, eher aus einem bürgerlichen Milieu stammen und erst im Zuge der Corona-Proteste politisch aktiv wurden. Dies ist nur eine grobe Bestandsaufnahme und kann sich in der dynamischen Entwicklung der Partei schnell ändern, doch zeigt es, dass von Beginn an eine vergleichsweise hohe Heterogenität in der Partei vorhanden war. Der Begriff Netzwerkpartei kann neben der politisch breit gefächerten, bewusst ideologisch unspezifischen Ausrichtung aber auch als eine allgemeine politische Organisationsstruktur verstanden werden. Diese zeichnet sich vor allem durch die hohe Autonomie der einzelnen Akteur:innen aus und erhöht damit die Fähigkeit der strategischen Anpassung an Mobilisierungsmomente. Dies konnte gut an den ›Bauernprotesten‹ am 08. Januar 2024 beobachtet werden, als einzelne Akteure der Freien Sachsen die angekündigten Proteste nutzten, um selbst eine Demonstration anzumelden, die im Zuge des allgemein hohen Mobilisierungsmomentes eine sehr dynamische Entwicklung nahm und an die zehntausend Teilnehmer:innen aufwies.

Die Freien Sachsen als Auffangbecken ›Heimatloser Patrioten‹

Die verschiedenen Führungskader der Freien Sachsen vermitteln ein Bild von langjähriger Erfahrung in neonazistischer Parteilarbeit und Freien Kameradschafts-Zusammenhängen. Ihr Zusammenschluss innerhalb der Freien Sachsen kann als eine strategische Neuordnung, aber auch als

Auffangbecken ›Heimatloser Patrioten‹, bewertet werden. Beispielhaft dafür stehen die Personalie Michael Brück, Martin Kohlmanns rechte Hand, und die Vielzahl der ehemaligen und zum Teil noch aktiven NPD/Die Heimat Mitglieder wie Stefan Hartung, Max Schreiber und Peter Schreiber (Vorsitzender der NPD/Die Heimat Sachsen). Michael Brück gibt in dem rechten Podcast-Format von Alexander Deptolla »Wie gesagt« an, dass sein Umzug vom ›Nazikiez‹ Dortmund Dorstfeld nach Chemnitz vor allem zwei Gründe hatte. Zum einen wurden die politischen Spielräume der Partei Die Rechte aufgrund sinkender Wahlerfolge und struktureller Veränderungen innerhalb der rechten Bewegung durch den Zerfall und Wegfall wichtiger Strukturen und Akteure kleiner. Zum anderen sorgten die veränderten politischen Rahmenbedingungen in der Stadt durch einen erhöhten Repressionsdruck und durch zivilgesellschaftliches Engagement gegen den sog. ›Nazikiez‹ dafür, dass Brück Dortmund zunehmend als politisch unattraktiv empfand. Ähnliche Bedingungen finden sich auch in der NPD Sachsen vor, die nach den Wahlerfolgen von 2004 und 2009 unter dem damaligen Vorsitzenden Udo Voigt gesamtparteilich, aber auch in Sachsen, zunehmend in innere Auseinandersetzungen über den richtigen Kurs und verschiedene Parteiaffären verwickelt war (vgl. Eisenbichler 2014, Schendler 2020, Speit 2012). Zum anderen sorgte der erhöhte Repressionsdruck im Zuge des Verbots des *Freien Netzwerk Süd*, der Enttarnung des *NSU* und des damit verbundenen zweiten Verbotsverfahrens gegen die NPD dafür, dass die politische Betätigung zunehmend unattraktiver wurde. Diese Liste ließe sich noch weiterführen und zeigt, dass verschiedene Akteur:innen der radikalen Rechten, die aus den unterschiedlichen Gründen ›heimatlos‹ geworden sind, nun bei den Freien Sachsen eine neue alte politische Heimat gefunden haben.

Die Freien Sachsen als professionelle Politagentur

Ein Erklärungsfaktor dafür, warum die Freien Sachsen gerade im Hinblick auf Protestmobilisierungen, aber auch mit ihren politischen Kampagnen, so erfolgreich sind, ist ihr professionelles Marketing. Freilich ist das Konzept der politischen Markenbildung und der damit einhergehende Professionalisierungsprozess von Parteien nicht neu, mittlerweile haben alle großen

Parteien Merchandise-Artikel, griffige Slogans und gut designte Werbe- bzw. Kampagnenstrategien in Print und auf Social Media Plattformen (vgl. Grünwald 2008). Doch den Freien Sachsen gelingt es, dieses dynamische und kommunikative Image von Anfang an aufzubauen und nicht etwa wie die NPD erst durch einen Namens- und Imagewechsel den Eindruck einer alten verstaubten Partei loszuwerden. Neben der allgemein hohen, bewegungsförmigen Orientierung der Partei, scheint dies vor allem an ihrer Außenkommunikation mittels Telegram zu liegen. Sie betreiben darin einen der größten deutschsprachigen Kanäle im rechten Spektrum, der nicht zu einer Einzelperson zugehörig ist (vgl. Kiess/Wetzel 2022a). Mit ihren knapp 150.000 Follower:innen schaffen sie es, bundesweiten Einfluss auf verschiedene Akteur:innen der radikalen Rechten zu nehmen. Das liegt vor allem daran, dass sie es wie kaum ein anderer politischer Akteur der Rechten verstehen, immer auf Sendung zu sein, ohne einen ›Overload‹ an Content zu generieren. Der Kanal der Freien Sachsen ist eine Art Dauerwerbesendung, in der in beeindruckender Regelmäßigkeit die immer selben Narrative erzählt werden, ohne auf die Follower:innen langweilig und redundant zu wirken, da sie es schaffen, aktuelle Ereignisse und Informationen immer wieder neu in ihre bereits etablierten Narrative einzubinden, und dadurch gerade auch altbekannte (Verschwörungs-) Erzählungen in einem tagesaktuellen Gewand zu präsentieren. So gewinnt man den Eindruck, dass die Welt da draußen wirklich so ist wie die Freien Sachsen sie in ihrem Kanal darstellen, die Werbung wird sozusagen zu einer Filmdokumentation, die es ermöglicht, sich voll und ganz darauf einzulassen und sie zu affirmieren.

Die Freien Sachsen als regionale Autonomiebewegung

Als wohl auffälligstes Alleinstellungsmerkmal der Freien Sachsen innerhalb der radikalen Rechten Deutschlands kann ihr expliziter Fokus auf sächsische Autonomie angesehen werden. Während andere parteiförmige Organisationen wie der III. Weg, Die Heimat, Neue Stärke Partei oder Die Rechte als bundesweite Projekte angelegt waren oder sind, beschränken die Freien Sachsen ihren politischen Wirkungskreis auf die Region Sachsen. Mit der griffigen Forderung des Säxit, die in Anlehnung

an den Brexit den Austritts Sachsens aus dem Staatsgefüge der Bundesrepublik Deutschland in Verbindung mit einem Einbezug des sächsischen Königshauses in eine Neugestaltung Sachsens meint, rahmt die Partei ihre verschiedenen politischen Positionierungen. In diesem Sinne können die Freien Sachsen als regionales Autonomieprojekt angesehen werden, da sie im Typus regionalistischer Ideologien die Idee vertreten, die Region Sachsen wäre eine spezifische politische Entität, die im Gegensatz zum übergeordneten Nationalstaat größere Autonomierechte verdienen würde (vgl. Massetti/Schakel 2016: 60). Regionale Autonomiebewegungen basieren auf der Abgrenzung der regionalen Bevölkerung von der Gesamtbevölkerung des Nationalstaates sowie der Konstruktion einzigartiger Merkmale des regionalen Kollektivs, sie beziehen sich also auf eine bestimmte regionale, meist historisch begründete, Identität (vgl. Gehring et al. 2017: 9f.). Eben diese Merkmale lassen sich bei den Freien Sachsen identifizieren, die die sächsische Bevölkerung mit verschiedenen Besonderheiten beschreiben, um mithilfe einer historisch begründeten Andersartigkeit der sächsischen Identität einen möglichen Austritt aus der Bundesrepublik zu begründen. Allerdings negiert die Partei damit nicht das Deutsch-Sein an sich, sondern entwirft Sachsen als letzten Rückzugs- und Schutzort der wahren, konservativen Deutschen vor den ›bunten‹, ›grünen‹ und kulturell diversen westdeutschen Metropolen. Während in anderen europäischen Staaten radikal rechte Autonomiebewegungen wie die Lega Nord in Italien bereits etabliert sind, betreten die Freien Sachsen damit ein für die deutsche rechte Szene relativ neues Feld und versuchen damit breite sächsische Bevölkerungsschichten anzusprechen. Inwieweit die Forderung nach dem SEXIT für die Anhänger:innenschaft der Partei von Bedeutung ist oder eher Ausdruck einer persönlichen Vernarrtheit des Vorsitzenden Kohlmanns in das historische Sachsen und dessen Fürstenhaus ist, lässt sich bisher noch nicht abschließend beurteilen.

Zu den Beiträgen dieses Bandes

Die zwölf in diesem Band versammelten Beiträge vertiefen diese allgemeinen Befunde zu den Freien Sachsen und anderen Akteur:innen der sächsischen Corona-Proteste, indem sie diese aus verschiedenen Blick-

winkeln untersuchen. Zu Beginn des Bandes zeigt Friederike Kantzenbach wie die Freien Sachsen eine kollektive sächsische Identität im Kontext spezifisch ostdeutscher neoliberaler Transformationsprozesse seit der Wiedervereinigung als Ideologie konstruieren und diese als Mobilisierungsmoment nutzen. Anschließend daran untersucht Michael Krell wie spezifisch sächsische Raumdiskurse in den programmatischen Schriften der Partei genutzt werden, um die Kernforderung des Sächit argumentativ zu untermauern. Tom Böhme analysiert dann wie die Ansprache im Telegram-Kanal der Freien Sachsen der Logik markenförmiger Kommunikation entspricht. Damit arbeitet er zum einen die kommunikativen Zwänge, die daraus für die Partei folgen, heraus und leistet zum anderen einen Beitrag zum Verständnis erfolgreicher Agitationsstrategien rechter Akteur:innen via Social Media. Im vierten Beitrag widmet sich Felix Roth dem Verhältnis der Freien Sachsen zur Gewalt, indem er einerseits von der Partei ausgehende Momente der ideologischen Gewaltlegitimation und andererseits deren Auswirkung auf Radikalisierungsprozesse und Gewaltgenesen Einzelner untersucht. Nach diesen vier Beiträgen, die sich konkret mit den Freien Sachsen befassen, weitet sich der thematische Fokus des Bandes und es werden angrenzende Phänomene und Akteur:innen im Kontext der sächsischen Corona-Protteste betrachtet. Anne Herpertz zeigt am Beispiel der Landeshauptstadt Dresden die Genese und Verknüpfung rechter Protestereignisse, indem sie die personellen Kontinuitäten und Netzwerke sowie verschiedenartigen Kooperationen zwischen *Pegida*, *Querdenken* und Freien Sachsen analysiert. Darauffolgend stellt Bea Bernstein am Fallbeispiel der Kreisstadt Bautzen dar, wie neonazistische Akteur:innen, die auch im Kontext von Corona-Protessen aktiv waren und sind, in Abhängigkeit diverser Kontextfaktoren die Hegemonie über einen Ort erringen können. Leon Schemm untersucht dann mit den ›Stillen Protesten‹ entlang der Bundesstraße 96 ein weiteres sächsisches Spezifikum der Mobilisierungen gegen die Corona-Maßnahmen, indem er die Selbstaussagen der Protestierenden analysiert. Anschließend beleuchtet Paula Voigt die im Kontext der Corona-Protteste zunehmend vernehmbare Forderungen nach einer neuen Querfront linker und rechter Kräfte, indem sie eine Rede Jürgen Elsässers, einer Führungsfigur der verschwörungsideologischen Szene, während einer Protestveranstaltung analysiert. Nachdem der Band somit konkret auf die Freien

Sachsen sowie weitere Akteur:innen der sächsischen Protestereignisse eingegangen ist, fokussieren die übrigen Beiträge verschiedene Kontextfaktoren und Auswirkungen der radikal rechten Mobilisierungen. So zeigt Mara Knauthe am Beispiel des diskursiven Umgangs von CDU-Ministerpräsident Kretschmer mit dem Protest der Freien Sachsen, wie Versuche der Eindämmung rechter Protestmobilisierungen durch Dialogangebote an rechte Gruppen und Akteure diese noch weiter stärken können und damit einem strategischen Fehlschluss unterliegen. Klemens Köhler beleuchtet anschließend die massiven pressefeindlichen Ausschreitungen während des sächsischen Corona-Protests, analysiert ihre legitimatorischen Grundlagen und entwirft im Kontext der Vorstellung der Arbeit der zivilgesellschaftlichen Initiative *Between the Lines (BTL)* Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit von Pressearbeit auf extrem rechten Protestereignissen. In einer linguistischen Fallstudie untersucht Leander Baumgertel darauffolgend Topoi esoterischer Sachbücher und zeigt wie diese in der Agitation der Freien Sachsen von Bedeutung sind. Den Abschluss des Sammelbandes bildet der Beitrag von Tom Thümmler, der anhand des städtebaulichen Konfliktes der Nachwendezeit zeigt, wie sich mit der Architektur realisierende Identitäts- und Geschichtskonstruktionen in Ostdeutschland allgemein und im Historismus der Freien Sachsen besonders wirkmächtig sind. Somit vereint der vorliegende Band eine Vielzahl von Untersuchungen, die verschiedene Aspekte des sächsischen Corona-Protestes beleuchten und damit jeweils einen Beitrag zum Verständnis des Phänomens und der damit zusammenhängenden sächsischen Besonderheiten leisten.

Dank

Abschließend möchten wir uns noch bedanken: Zuallererst bei den Autor:innen für die tollen Beiträge und die gemeinsamen Diskussionen. Dann bei Tino Heim, der uns bei der Umsetzung dieses Projektes mit Rat und Tat zur Seite stand und durch seine unzähligen Kommentare und Verbesserungsvorschläge einen unschätzbaren Anteil an diesem Band hat. Weiterhin gilt unser Dank allen weiteren Lektor:innen, die uns im Laufe des Publikationsprozesses unterstützt haben sowie Dominik Schrage für

seinen Einsatz im Antragsprozess. Außerdem möchten wir uns bei Viktor Hoffmann und Alexander Bärtl vom Thelem Verlag für die kompetente und professionelle Betreuung und Realisierung des vorliegenden Bandes und bei Finn Becker für die Zurverfügungstellung des Cover-Fotos bedanken. Für die Ermöglichung der Open-Access-Förderung gilt unser Dank der FOSTER-Initiative der TU Dresden, namentlich Franziska Schulze-Stocker.

Literatur

- Amlinger, Carolin / Nachtwey, Oliver (2022): Gekränkte Freiheit. Aspekte des libertären Autoritarismus, Suhrkamp: Berlin.
- Antifa Recherche Team Dresden (2017): Pegida. Entwicklung einer rechten Bewegung. In: Heim, Tino (Hg.): Pegida als Spiegel und Projektionsfläche. Wechselwirkungen und Abgrenzungen zwischen Pegida, Politik, Medien, Zivilgesellschaft und Sozialwissenschaften, Wiesbaden: Springer, S. 33-54.
- Auer, Katja / Beck, Sebastian (2023): Flugblattaffäre. In eigener Sache. In: Süddeutsche Zeitung. Online verfügbar: <https://www.sueddeutsche.de/bayern/bayern-flugblatt-affaere-hubert-aiwanger-sueddeutsche-zeitung-kamapgne-1.6258170> [Zugriff: 21.01.2024].
- Balsler, Markus / Schneider, Jens (2021): Die AfD und das Virus. Rechtspopulisten in der Pandemie. In: Süddeutsche Zeitung. Online verfügbar: <https://www.sueddeutsche.de/politik/afd-corona-protest-1.5258941> [Zugriff: 21.01.2024].
- Bogner, Alexander (2021): Die Epistemisierung des Politischen. Wie die Macht des Wissens die Demokratie gefährdet, Ditzingen: Reclam.
- Brück, Michael (25.06.2023): Wahlerfolg in Sonneberg [...]. In: Telegram-Kanal Michael Brück. Online verfügbar: <https://datashare.tu-dresden.de/apps/files/?dir=/Shared/Sammelband/Einleitung&openfile=44769263> [Zugriff: 21.01.2024].
- CDU (2024): In Freiheit leben. Deutschland sicher in die Zukunft führen Grundsatzprogramm der CDU Deutschlands. Antrag des Bundesvorstands der CDU Deutschland an den 36. Parteitag. Online verfügbar: https://assets.ctfassets.net/nwnwl7ifahow/2EL5GCfZkrwIGaWfsWozAB/76bbc5063a37f41599713a8745b072d3/240113_CDU_GSP_2024_Beschlussfassung_FINAL.pdf [Zugriff: 21.01.2024].
- CDU-Sachsen (2005): Deutscher Patriotismus in Europa. Online Verfügbar: <https://www.cdu-sachsen.de/Dateien/deutscher-patriotismus-im-vereinigten-europa-zwoelf-thesen-zum-zusammenhalt-unserer-gemeinschaft/21803> [Zugriff: 02.02.2024].

- Decker, Oliver / Brähler, Elmar (Hg.) (2020): *Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität*, Gießen: Psychosozial Verlag.
- Decker, Oliver / Kiess, Johannes / Brähler, Elmar (2023): *Autoritäre Dynamiken und die Unzufriedenheit mit der Demokratie. Die rechtsextreme Einstellung in den ostdeutschen Bundesländern (EFBI Policy Paper 2023/2)*, Leipzig: Else Frenkel-Brunswik Institut.
- dpa Sachsen (2022): Mehr als 50.000 Menschen demonstrieren gegen die Corona-Regeln. In: ZEIT ONLINE. Online verfügbar: <https://www.zeit.de/news/2022-01/25/mehr-als-50000-menschen-demonstrieren-gegen-corona-regeln> [Zugriff: 21.01.2023].
- Eisenbichler, Ernst (2014): In der Krise, aber nicht ungefährlich. In: BR. Online verfügbar: <https://www.br.de/nachricht/rechtaussen/npd-116.html> [Zugriff: 21.01.2024].
- Forschungsstelle BAG »Gegen Hass im Netz« / Jost, Pablo (2023): Die Kanalisation des Protests. Demokratiefeindliche Mobilisierung via Telegram. In: *Machine Against the Rage* 1.
- Frei, Nadine / Nachtwey, Oliver (2021): *Quellen des »Querdenkertums«. Eine politische Soziologie der Corona-Proteste in Baden-Württemberg*, Basel: Universität Basel.
- Freie Sachsen (o. J.): *Freie Sachsen für ein freies Sachsen!* Online verfügbar: <https://freie-sachsen.info/> [Zugriff: 21.01.2024].
- Frindte, Wolfgang (2021): »Aber sonst aber sonst. Alles Lüge!« – Fake News und Verschwörungserzählungen in Corona-Zeiten. In: *Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hg.): Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt Demokratiegefährdungen in der Coronakrise. Bd. 9*, Jena: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft, S. 14–27.
- Fröhlich, Paulina / Ranft, Florian / Vollmann, Erik (2023): *Mir reicht's Bürger. Analyse der Montagsdemonstrationen in Chemnitz und Gera im Winter 2022/23*, Berlin: Das Progressive Zentrum / Bertelsmann Stiftung.
- Gehring, Kai / Schweiger, Christian / Lenk, Karsten / Schrader, Klaus / Laaser, Claus-Friedrich / Maaß, Gero (2017): Am besten allein? Separatismus in Europa. Welche Kräfte treiben die Unabhängigkeitsbewegungen an? In: *ifo Schnelldienst* 70 (23), S. 3-18.
- Goertz, Stefan (2022): *»Querdenker«. Ein Überblick*, Wiesbaden: Springer.
- Grunert, Johannes / Kiess, Johannes (2021): *Extrem rechte Strukturen und Dynamiken in Chemnitz. Situationsanalyse und Handlungsbedarf (EFBI Policy Paper 2021/2)*, Leipzig: Else Frenkel-Brunswik Institut.

- Grünwald, Nicole (2008): Keine Angst vor Politikmarken. Evolution und Enttabuisierung eines gesellschaftlichen Phänomens, Baden-Baden: Nomos.
- Haensel, Patricia (2023): Wo AfD und Junge Alternative gesichert rechtsextrem sind. In: rnd. Online verfügbar: <https://www.rnd.de/politik/afd-und-junge-alternative-wo-gelten-sie-als-gesichert-rechtsextrem-und-was-bedeutet-das-BEOYLLR67FCABBNQ6ESSRUZJWM.html> [Zugriff: 21.01.2024].
- Heim, Tino (Hg.) (2017): Pegida als Spiegel und Projektionsfläche. Wechselwirkungen und Abgrenzungen zwischen Pegida, Politik, Medien, Zivilgesellschaft und Sozialwissenschaften, Wiesbaden: Springer.
- Kiess, Johannes (2022): Extrem rechte Parteien in Sachsen. Arbeitsteilige Mobilisierung und Fragmentierung. In: Decker, Oliver / Kalkstein, Fiona & Kiess, Johannes (Hg.): Demokratie in Sachsen. Jahrbuch des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts für 2022, Leipzig: edition überland.
- Kiess, Johannes / Nissen, Sophie / Wetzel, Gideon / Winkler, Benjamin (2022): Pilotausgabe. EFBI Digital Report No. 0, Leipzig: Else-Frenkel-Brunswik-Institut.
- Kiess, Johannes / Wetzel, Gideon (2022a): Ausstieg aus der Demokratie: Einblicke in sächsische Telegram-Gruppen & Kanäle. EFBI Digital Report No. 2, Leipzig: Else-Frenkel-Brunswik-Institut.
- Kiess, Johannes / Wetzel, Gideon (2022b): Digitale Mobilisierung für den »Wutwinter«. EFBI Digital Report No. 3, Leipzig: Else-Frenkel-Brunswik-Institut.
- Kiess, Johannes / Wetzel, Gideon (2023a): Rückgang der Mobilisierung – Fortsetzung der Agitation. EFBI Digital Report No. 1, Leipzig: Else-Frenkel-Brunswik-Institut.
- Kiess, Johannes / Wetzel, Gideon (2023b): Vernetzung und aktuelle Entwicklung in der Rechten Telegram-Szene Sachsens. EFBI Digital Report No. 2, Leipzig: Else-Frenkel-Brunswik-Institut.
- Koos, Sebastian (2020): Die »Querdenker«. Wer nimmt an Corona-Protesten teil und warum? Ergebnisse einer Befragung während der »Corona-Proteste« am 4.10.2020 in Konstanz. Online verfügbar: <https://kops.uni-konstanz.de/server/api/core/bitstreams/169ae3c8-5718-4093-a799-a10e7fbdf05e/content> [Zugriff: 21.01.2024].
- Kulturbüro Sachsen (2022): Die Freien Sachsen. In: Monitoring Rechts 5. Online verfügbar: https://kulturbuero-sachsen.de/wp/wp-content/uploads/2022/02/Monitorium_Freie-Sachsen_12s_220207_WEB.pdf [Zugriff: 21.01.2024].
- infratest dimap (2024): Sonntagsfrage Bundestagswahl. Online verfügbar: <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/sonntagsfrage/> [Zugriff: 21.01.2024].

- Kammer, Alena / Voigt, Eric (2024): Freie Sachsen demonstrieren in Dresden, AfD kapert Protest in Cottbus. In: ZEIT ONLINE. Online verfügbar: <https://www.zeit.de/gesellschaft/2024-01/bauernproteste-dresden-rechte-symbolik> [Zugriff: 21.01.2024].
- Kempen, Aiko (2021): Auf dem rechten Weg? Rassisten und Neonazis in der deutschen Polizei, München: Europa Verlage.
- Massetti, Emanuele / Schakel, Arjan (2016): Between autonomy and secession. Decentralization and regionalist party ideological radicalism. In: Party Politics 22 (1), S. 59–79.
- Mudde, Cas (2020): Rechtsaußen, Bonn: Dietz.
- Mullis, Daniel (2021): AfD, Corona-Pandemie und (städtische) Geographien der Peripherisierung. In: PRIF blog. Online verfügbar: <https://blog.prif.org/2021/04/15/afd-corona-pandemie-und-staedtische-geographien-der-peripherisierung/> [Zugriff: 21.01.2024].
- Nachtwey, Oliver / Schäfer, Robert / Frei, Nadine (2020): Politische Soziologie der Corona-Proteste, Basel: Universität Basel.
- Nocun, Katharina / Lamberty, Pia (2021): Fake Facts. Wie Verschwörungstheorien unser Denken bestimmen, Köln: Quadriga.
- Pantenburg, Johannes / Reichardt Sven / Sepp, Benedikt (2021): Corona-Proteste und das (Gegen-)Wissen sozialer Bewegungen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) 71 (3-4), S. 22-27.
- Reichardt, Sven (Hg.) (2021): Die Misstrauensgemeinschaft der »Querdenker«. Die Corona-Proteste aus kultur- und sozialwissenschaftlicher Perspektive. Frankfurt a. M. / New York, NY: Campus.
- Rogalla, Lukas (2021): »Querdenker«-Demo in Leipzig. Journalisten angegriffen, Grünen-Politiker belästigt. In: Frankfurter Rundschau. Online verfügbar: <https://www.fr.de/politik/leipzig-querdenker-demonstration-eskalation-angriff-journalisten-gruene-gewalt-verletzte-news-zr-91099309.html> [Zugriff: 21.01.2024].
- Roose, Jochen (2020): Verschwörung in der Krise. Repräsentative Umfragen zum Glauben an Verschwörungstheorien vor und in der Corona-Krise, Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung.
- Roth, Felix / Zschocke, Paul (2022): Eine polarisierte Stadt. Die Corona-Proteste, Demokratieverdruss und die Rolle der Lokalpolitik in Freiberg. In: PRIF Spotlight 6 (8).
- Sächsisches Staatsministerium des Innern (2023): Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2022 vorgestellt. Online verfügbar: https://www.medien-service.sachsen.de/medien/news/1067607/download_pdf [Zugriff: 28.12.2023].

- Schedler, Jan (2020): Extrem rechte Parteien. In: Andersen, Uwe / Bogumil, Jörg / Marschall, Stefan / Woyke, Wichard (Hg.): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. 8. Aufl., Wiesbaden: Springer, S. 783-790.
- Schirmer, Stefan (21.8.2015): Dann geht doch! Hass, Extremismus und Abschottung in Sachsen: Ist es Zeit für einen Sächit? In: DIE ZEIT. Online verfügbar: <https://www.zeit.de/2015/34/sachsen-austritt-bundesrepublik-rechtsextremismus-pegida> [Zugriff: 06.02.2024].
- Scholz, Olaf (2023): »Wir müssen endlich im großen Stil abschieben«. In: DER SPIEGEL 43. Online verfügbar: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/olaf-scholz-ueber-migration-es-kommen-zu-viele-a-2d86d2ac-e55a-4b8f-9766-c7060c2dc38a> [Zugriff: 21.01.2024].
- Speit, Andreas (2012): Heftiger Streit bei der NPD in Sachsen: Zersetzung im braunen Musterland. In: taz. Online verfügbar: <https://taz.de/Heftiger-Streit-bei-der-NPD-in-Sachsen/!5098773/> [Zugriff: 20.01.2024].
- Spöri, Tobias / Eichhorn, Jan (2021): Wer glaubt an Corona-Verschwörungsmythen? Der Einfluss von Soziodemographie, politischen Einstellungen und Wertehaltungen in Deutschland, Berlin: dpart.
- Steinhagen, Martin (2021): Rechter Terror, Hamburg: Rowohlt.
- Steinhaus, Maria / Heim, Tino / Weber, Anja (2017): »So geht sächsisch!« *Pegida* und die Paradoxien der »sächsischen Demokratie«. In: Heim, Tino (Hg.): *Pegida* als Spiegel und Projektionsfläche. Wechselwirkungen und Abgrenzungen zwischen *Pegida*, Politik, Medien, Zivilgesellschaft und Sozialwissenschaften, Wiesbaden: Springer, S. 143-196.
- taz (2023): Besser klar abgrenzen. AfD Erfolge bei Kommunalwahlen. Online verfügbar: <https://taz.de/AfD-Erfolge-bei-Kommunalwahlen/!5941832/> [Zugriff: 21.01.2024].
- Zick, Andreas / Mokros, Nico (2023): Rechtsextreme Einstellungen in der Mitte. In: Zick, Andreas / Küpper, Beate / Mokros, Nico (Hg.): Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23, Bonn: Dietz.
- Zschocke, Paul / Mullis, Daniel (2022): Rechte Raumnahme und performative Politik in Freiberg. Zum »Spaziergang« mit den Freien Sachsen gegen die Coronapolitik. In: *dérive*. Zeitschrift für Stadtforschung, S. 42-48.

Kollektive sächsische Identität und die Freien Sachsen

Eine ideologiezentrierte Analyse

1. Einleitung

Relativ starke rechte Gruppierungen in Sachsen sind leider nichts Neues. Auch, dass diese Gruppierungen hier im Vergleich zu anderen Bundesländern besonders erfolgreich waren, hat sich beispielsweise an den Wahlergebnissen der NPD 2004 oder dem langanhaltenden großen Zulauf zu *Pegida* wiederholt gezeigt. Seit der Corona-Pandemie inszenieren sich nun die Freien Sachsen als Mobilisierer und große Sammlungs- und Protestbewegung, die angeblich den einheitlichen sächsischen Volkswillen vertreten würde. Mit einem organisierten Kern von ca. 1.000 Menschen (vgl. Sächsisches Staatsministerium des Innern 2023: 36) und zahlreichen ›Spaziergängen‹ in verschiedenen Dörfern und Kleinstädten stellen die Freien Sachsen aktuell nach der AfD die stärkste rechte Gruppierung in Sachsen dar. Allein schon in ihrem Telegram-Kanal verbreiten sie ihre Propaganda unter fast 150.000 Abonnent:innen¹. Insofern könnte man die Kleinpartei der Freien Sachsen einfach in die rechte Reihe einordnen: »Alte Nazis in neuem Gewand!«. Personell mag das stimmen. So waren die meisten Hauptakteure der Freien Sachsen auch schon vorher in anderen rechten Gruppierungen aktiv (vgl. Kulturbüro Sachsen 2022: 3). Unklar ist aber, ob dies ebenso für die Mitläufer:innen – auch im wortwörtlichen Sinne – bei den Freien Sachsen gilt. Und so rückt das Gewand in den Blickwinkel, in das prinzipiell bekannte rechte Konzepte hier gehüllt werden: Mit ihrer

1 Stand 31.10.2023.

verschwörungstheoretischen, antisemitischen und rassistischen Agitation inszenieren sich die Freien Sachsen seit der Corona-Pandemie als explizit sächsische Protestbewegung, die die Eliten, von denen eine existentielle Bedrohung für das Leben und die Völker ausginge, durchschaut habe. Während andere rechte Gruppierungen in Sachsen noch deutlich völkisch-nationale Bezüge haben, scheint bei den Freien Sachsen nun erstmals ein völkisch-regionales Projekt der Hauptbezugspunkt zu sein. Schon im Namen wird der Bezug auf Sachsen als kollektive Identität deutlich. Als Sammlungsbewegung liegt hierin der Anspruch formuliert, alle »freie« Sachsen unter sich zu versammeln. Die Zugehörigkeit kann dabei jede Person über das großangelegte Merchandise-Angebot kundtun. Im Shop *Sachsenversand* gibt es Fahnen, Bekleidung und Nummernschilder in den weiß-grünen Landesfarben und stets mit dem von den Freien Sachsen interpretierten Logo des sächsischen Königshauses. Doch wieso scheint diese kollektive sächsische Identität in der aktuellen Situation ein solches Mobilisierungspotential zu haben? Welche Funktion und Auswirkungen hat diese? Und wie kommt es, dass die Freien Sachsen sich essenzialisierend auf eine solche berufen können?

Diese Fragen sollen im vorliegenden Beitrag in den Blick genommen werden. Dabei soll dieses zunächst empirische Phänomen jedoch in einen geschichtlichen und gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang eingebettet werden. Mit gesellschafts- und erkenntnistheoretischen Überlegungen sollen die Bedingungen gesucht werden, die die Möglichkeit der Anschauungen der Freien Sachsen hervorbringen. Dafür bietet sich eine ideologiekritische Herangehensweise an – die so auch die materialistischen Bedingungen entwickelt. Nachdem Ideologie als Analysekategorie lange als überholt galt, gibt es seit neusten einige Ansätze, die den Begriff wieder ins Zentrum ihrer Untersuchungen rücken (vgl. z. B. Beyer/Schauer 2021, Morelock 2018). Die Freien Sachsen wurden jedoch bisher hauptsächlich empirisch oder in Berichten erforscht (vgl. z. B. Dilling et al. 2023, Kiess 2023, Kulturbüro Sachsen 2022). Die Frage wie konkret der relativ große aktuelle Erfolg der Freien Sachsen unter Einbezug der kollektiven Identität als Sachsen zu verstehen ist, wurde bisher noch nicht behandelt. Für dieses Unterfangen soll im Rahmen dieser Arbeit ein

erster Aufschlag gemacht werden, mit dem Ziel das Phänomen der erstarkenden Freien Sachsen besser zu verstehen.

Dafür soll dieser Beitrag zunächst grob in die Ideologiekonzepte von Marx und Adorno einführen und anschließend auf Identität als Denkkategorie eingehen, um die Grundlagen der Analyse zu entwickeln (2.). In einem zweiten Schritt soll als materialistischer Hintergrund der Neoliberalismus zunächst allgemein und dann in seiner konkreten Form in Ostdeutschland dargestellt werden (3.). Schließlich wird mithilfe psychoanalytischer Konzepte die kollektive Identität als ein Verarbeitungsversuch betrachtet, wobei auch die theoretischen Grundlagen zusammengeführt und anschließend wieder für Sachsen empirisch konkretisiert werden (4.). Abschließend sollen das *Aufgewacht*-Magazin der Freien Sachsen und hier exemplarisch ein Artikel anhand der theoretischen Überlegungen untersucht werden (5.).

2. Hintergrundtheoretische Annahmen: Ideologie und Identität

Was unter dem Begriff Ideologie verstanden wird, geht heutzutage weit auseinander: Es reicht vom alltäglichen Gebrauch als einfache Weltanschauung bis hin zu verschiedenen Ideologiebegriffen, wie von Marx oder der Kritischen Theorie formuliert. Hier soll von einem kritischen Begriffsverständnis ausgegangen werden. Dies bedeutet, Ideologie als ein verkehrtes System von Überzeugungen zu verstehen, welches Herrschaftsverhältnisse verschleiert und so dazu beiträgt, die herrschende Ordnung zu reproduzieren, die zugleich aber auch durch die materialen gesellschaftlichen Verhältnisse mit hervorgebracht wird. Das kritische Verständnis von Ideologie geht zurück auf die von Marx und Engels niedergelegten, nicht unbedingt einheitlichen, Ausführungen zu Religion, Ideologie und Fetisch und berücksichtigt Verständnisse und Weiterentwicklungen des Ideologiebegriffs von Georg Lukács und durch die Kritische Theorie, insbesondere von Horkheimer und Adorno. Durch letztere wird eine mögliche Ideologiekritik auch mit einer Kritik des identitätslogischen Denkens verknüpft. Deswegen soll hier

zunächst allgemein auf Ideologie (2.1) und anschließend auf Identität bei Adorno (2.2) eingegangen werden.

2.1 Ideologie

Bei Marx lässt sich in zahlreichen Formulierungen eine Kritik der Ideologie finden. Dabei versteht Marx Ideologie als notwendig verkehrtes Bewusstsein, welches die eigentlichen gesellschaftlichen Triebkräfte nicht erkennen kann (vgl. Rehmann 2008: 24). In »Die Deutsche Ideologie« führen Marx und Engels aus, dass das Bewusstsein als verkehrtes nicht einfach ›falsch‹ ist, sondern sein ›wahres‹ Fundament in den historischen Lebensprozessen hat und somit ein gesellschaftliches ist (vgl. Amlinger 2014: 19, Rehmann 2008: 27). Ideologisch ist hier schließlich, wenn das Denken als eigenständiges, gegenständliches und damit losgelöst von seiner materiellen Verschränkung betrachtet wird (vgl. Amlinger 2014: 161).

Dieses Ideologieverständnis entwickelt Marx in seiner Fetischanalyse weiter. Wie beim religiösen Fetisch, bei dem den Objekten selbst eine Macht über die Menschen zugeschrieben wird, erscheinen in der kapitalistischen Produktionsweise die Arbeitsprodukte dem Produzenten als Dinge mit »gesellschaftlichen Natureigenschaften« (Marx 2008: 86). Grundlage ist, dass im Austausch die Arbeitsprodukte als Werte gleichgesetzt werden und so die verschiedenen Arbeiten auf den gemeinsamen Charakter, der abstrakt menschlichen Arbeit, abstrahiert und hierin ebenfalls gleichgesetzt werden (vgl. ebd.: 88). Dieses gesellschaftliche Verhältnis begegnet den Produzenten aber nicht unmittelbar, sondern in den Dingen, wodurch sie sich unter der Kontrolle dieser wähnen, anstatt sie selbst zu kontrollieren – das Verhältnis wird ›verdinglicht‹ (vgl. ebd.). Der notwendig falsche Schein geht also aus den wahren, weil wirklichen, gesellschaftlichen Verhältnissen hervor, wodurch die ideologische Verkehrung nun gerade in der Verbindung und nicht in der Loslösung von Denken und Sein liegt (vgl. Amlinger 2014: 162). Ideologiekritik, verstanden als Aufdecken der Verkehrtheit der Ideologie, muss nun als Methode die verdinglichten Verhältnisse sichtbar machen und auf ihre gesellschaftliche Grundlage zurückführen (vgl. ebd.).

An dieses Ideologieverständnis von Marx knüpfen sowohl Lukács als auch Adorno und Horkheimer an. Nach Lukács wird die »Verdinglichung« zu dem »einheitsstiftenden Prinzip kapitalistischer Vergesellschaftung« (ebd.), sie ist also total geworden. Die selbsterzeugten Verhältnisse erscheinen unhintergebar als eine »zweite Natur«, sie treten den Subjekten als Objektivität entgegen. Adorno und Horkheimer betonen nun, dass diese totale Verdinglichung mit der »Kulturindustrie« absolut geworden ist und damit dem entspricht, was als entfesselte Rationalität der instrumentellen Vernunft auch den Subjekten in ihrem Denken schon längst unausweichlich inne ist (vgl. ebd.: 92). Die Rationalität der Naturbeherrschung, die mit der Selbsterhaltung und Subjektwerdung verbunden war, wird im Denken total: »die Unterwerfung alles Seienden unter den logischen Formalismus, wird mit der gehorsamen Unterordnung der Vernunft unters unmittelbar Vorfindliche erkaufte« (Horkheimer/Adorno 2022: 33). Spätestens mit der »Kulturindustrie«, zugerichtet durch ihre identitätslogischen Mechanismen auf ein automatisiertes Verstehen, können die Subjekte nicht anders als ebenso identitätslogisch und zweckrational zu denken, und die Möglichkeit auf eine erkennende Reflexivität des eigenen Denkens und in der Subjekt-Objekt-Beziehung schwindet (vgl. Colligs 2021: 106). Dadurch können die Subjekte, in diesem Denken verhaftet, nicht hinter die verkehrten Verhältnisse treten. Sie fühlen sich den gesellschaftlichen Verhältnissen nicht mehr nur als eine »zweite Natur« ausgeliefert, sondern sind auch unfähig, das Gewordensein dieser zu fassen, verdammt zur Ohnmacht. Da nun »Ideologie kaum mehr besagt, als daß es so ist, wie es ist, schrumpft auch ihre eigene Unwahrheit zusammen auf das dünne Axiom, es könne nicht anders sein als es ist.« (Adorno, zit. nach Amlinger 2014: 9). Ideologie ist bei Adorno und Horkheimer also schon im zugerichteten Subjekt, das nur noch zum zweckrationalen, identitätslogischen Denken fähig ist, angelegt und tritt besonders hervor im blinden Positivismus, der nicht mehr hinter die Verhältnisse blickt, sondern sie in ihrer Verkehrtheit naturalisiert. Ein Ausweg und eine mögliche Ideologiekritik liegen für Adorno und Horkheimer damit nur noch in der Vernunftkritik, wofür die Kategorie der Identität zentral ist.

2.2 Identität

In den »Vorlesungen über Negative Dialektik« bespricht Adorno bereits in der ersten Sitzung wie sich das Begriffsdenken zwischen den Kategorien der Identität und Nichtidentität bewegt. Bei der Begriffsbildung, bei der ein Merkmal abstrahierend aus verschiedenen Elementen eine Einheit bildet, schließen wir Bestimmungen der Sachen aus, die nicht im Begriff aufgehen (vgl. Adorno 2003: 18). Zugleich verweist der Begriff stets auch auf etwas, was wiederum über die Sachen hinaus geht (vgl. ebd.: 18). Mit dieser Identitätslogik herrscht ein Identitätszwang, der den Begriff mit der Sache identifiziert und so eine Identität von Denken und Sein beansprucht, wobei das, was sich nicht fügt, das Nichtidentische, als Widerspruch ausgeschlossen wird (vgl. ebd.: 19). Im Versuch die Sache identitätslogisch von außen zu begreifen, verkennt man sie also. Dieses identifizierende Denken ist jedoch immer schon Teil der Naturbeherrschung durch den Menschen und der ursprünglich damit einhergehenden Subjektwerdung, da das identische Subjekt nur durch Ausschluss des Objekts hergestellt werden kann (vgl. Colligs 2022: 239). Im begriffslogischen Denken, das so zugleich die Befreiung aus den Naturzusammenhängen sowie die Herrschaft über die innere wie äußere Natur bedeutet, ist damit Identität als Kategorie bereits angelegt. Eine Vernunftkritik muss also in der ständigen Reflektion von diesem Identitätsmoment in der Erkenntnis und dem Denken liegen, um schließlich die Mimesis – dem Anschmiegen des Subjekts ans Objekt –, in der auch das Einlassen auf das Nichtidentische seinen Platz hat, zuzulassen (vgl. Colligs 2021: 116f). Untersucht man nun das Verhältnis von Gesellschaft und Individuum, argumentiert Adorno (2003: 27) mit Hegel gegen die Vorstellung, dass es ein abstraktes, körperloses Subjekt wie beispielsweise das der kantischen reinen, praktischen Vernunft gebe. Stattdessen ist das Subjekt immer auch schon durch die gesellschaftliche Objektivität mit hervorgebracht, der es sich als Erkennendes entgegenstellt. Gleichzeitig geht das Individuum als Besonderes jedoch nie vollständig in der Gesellschaft als Ganzes auf, es hat wie jedes Einzelne auch etwas Nicht-Identisches an sich, das nicht im Ganzen integriert ist (ebd.: 30f.).

Um schließlich mit dem beschriebenen Verständnis von Ideologie und Identität das anscheinend vereinende und mobilisierende Identitätsan-

gebot der Freien Sachsen auf dessen ideologische Möglichkeitsbedingungen zu analysieren, sollen vor allem zwei Punkte Beachtung finden. Zum einem muss die gesellschaftliche, materiale Grundlage herausgearbeitet werden, welche als ›zweite Natur‹ unhintergebar erscheint und die Subjekte in ihrer Ohnmacht mit herausbildet. Dafür soll der Neoliberalismus als aktuell herrschendes Prinzip in seiner allgemeinen sowie in seiner spezifischen Form in Ostdeutschland nach 1989/90 betrachtet werden, auch in Hinblick auf die gesellschaftlichen Folgen für die Individuen. Zum anderen soll untersucht werden, wie sich die kollektive Identität in die Identitätslogik der zugerichteten Subjekte einfügt.

3. Die ökonomische Grundlage: Neoliberalismus allgemein und in Ostdeutschland

Der Neoliberalismus stellt als heutige Form der kapitalistischen Wirtschaft eine wichtige und strukturierende Komponente des Gesellschaftssystems dar. So kann spätestens seit den 1980er Jahren eine neoliberale Umgestaltung von Wirtschaft, Gesellschaft und Staat beobachtet werden. Damit prägt der neoliberale Kapitalismus auch die objektiven Bedingungen, in denen die Subjekte vergesellschaftet werden und die ihr Bewusstsein mit hervorbringen. Mit dem Anschluss der ehemaligen DDR an die BRD findet in Ostdeutschland die neoliberale Transformation schließlich verspätet und umso heftiger statt. Somit stellt der Systemwandel der Transformationsgesellschaft Ostdeutschlands den historisch-spezifischen Hintergrund vieler bei den Freien Sachsen aktiven Personen dar. Zugleich werden in dieser sehr schlagartig forcierten und explizit neoliberalen Transformation die Auswirkungen auf die Individuen besonders deutlich. Ein wichtiger Ideengeber des Neoliberalismus war Friedrich August von Hayek. Seine Theorien prägten auch die Transformationspraxis in Ostdeutschland. Im Folgenden wird eine grobe Charakterisierung des Neoliberalismus anhand Hayeks Ideen sowie eine Darstellung der wichtigsten Merkmale in der Praxis vorgenommen (3.1). Anschließend wird konkret auf einige neoliberale Transformationsmomente in Ostdeutschland eingegangen (3.2).

3.1 Neoliberalismus

Zentral in der neoliberalen Theorie ist das normative Primat des Wettbewerbs als regulierende Kraft der Gesellschaft, ganz nach der Devise ›Der Markt regelt das‹. Diese These wird von Hayek damit begründet, dass Wirtschaft und Gesellschaft so überkomplexe Systeme seien, dass ein Erkennen und Verstehen durch den Menschen unmöglich wäre. Statt zu analysieren, um gesellschaftliche Verhältnisse zu begreifen und so im besten Fall gesellschaftliche Strukturen geplant zu verändern und vernünftig aufzubauen, soll also gerade an die Undurchdringbarkeit der Verhältnisse und Selbstregulierung des Marktes »geglaubt« werden (Hayek, zit. nach Stapelfeldt 2012: 214). Schon hier findet eine ideologische Affirmation der gegebenen Verhältnisse statt, indem der Versuch sie zu begreifen von vornherein aufgegeben wird. Des Weiteren vertritt Hayek einen überhistorischen Sozialdarwinismus, der den gesellschaftlichen Fortschritt an die ökonomische Ungleichheit knüpft (vgl. Oellers 2017: 153). Erst durch den Wettbewerb und die damit verbundene Selektion des Besseren (vgl. Kaindl 2007: 18) sowie die Freiheit von (staatlichem) Zwang könnten die Einzelnen ihre Potentiale voll ausschöpfen, wodurch der gesellschaftliche Fortschritt ermöglicht werde. Diese Vorstellungen führen schließlich zu einer Politik, die häufig als eine Triade von Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung beschrieben wird, bei der der Staat möglichst wenig eingreifen solle (vgl. Ther 2021: 397). In der Umsetzung zeigte sich die neoliberale Deregulierung nach Stapelfeldt (2012: 234) unter anderem in einer zunehmenden Einschränkung des Wohlfahrtsstaates sowie Verkleinerung des Sozialversicherungssystems, der Privatisierung von Staatsunternehmen und schließlich auch entsprechend der zentralen Prämisse einer Einführung des Wettbewerbs als Steuerungsmedium auch in allen gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Bereichen.

Die ökonomischen und gesellschaftlichen Vorstellungen des Neoliberalismus gehen einher mit einer bestimmten Vorstellung vom und Anforderungen an das Individuum. Im Prozess der Neoliberalisierung wurden zuvor staatliche Absicherungsmaßnahmen auf die Verantwortung der Individuen übertragen, sodass es damit zunehmend dem (ökonomischen) Wettbewerb mit resultierender Ungleichheit ausgeliefert ist. Zugleich

erweitern sich die Anforderungen am Arbeitsplatz, die ganzheitlicher auf das Individuum zugreifen. Diese Entgrenzung der Arbeit beinhaltet das Verschwimmen früher getrennter Bereiche von Arbeit und Privatleben (vgl. Minssen 2006: 150). Es steigen nicht nur die Erwartungen des Arbeitenden im Beruf selbstwirksam und sinnstiftend aktiv zu sein, sondern auch die Anforderungen, die eigene Persönlichkeit mit implizitem Wissen, Kreativität, Selbstständigkeit und Emotionalität einzubringen, nehmen zu (vgl. Mikl-Horke 2007: 381). Im Wettbewerb der Ökonomie geht es damit um die bestmögliche Nutzung der Ressource Mensch als selbstoptimierte und selbstorganisierte Individuen (vgl. Stögner 2020: 270). Schließlich negiert die neoliberale Vorstellung vom Individuum das gesellschaftliche Gewordensein der Subjekte und setzt das Subjekt als abstrakt, kontext- und körperlos (vgl. Stögner 2020: 269). Auch hier wird bereits wieder die ideologische Verklärung deutlich. Verantwortlich für Erfolg oder Scheitern im Beruf ist so nur das Individuum selbst mit seiner gesamten Persönlichkeit. Die komplexen gesellschaftlichen Verhältnisse werden von den einzelnen Individuen als unzusammenhängende Geschehnisse erlebt, die nicht in ein einheitliches Leben integriert werden können (vgl. ebd.: 276f.). Es fehlt an der Vermittlung zwischen Gesellschaft und Individuum. Das Zusammenspiel aus verdinglichter Objektivität und atomisiertem Individualismus führt dazu, dass die Subjekte in ihrer alltäglichen Lebenspraxis enorme Ohnmacht, Selbstunsicherheit und narzisstische Kränkungen erfahren und großen Unsicherheiten bis hin zu existenziellen Bedrohungen ausgeliefert sind.

3.2 Die neoliberale Transformation Ostdeutschlands

In Ostdeutschland kamen die neoliberalen Ordnungsprinzipien nach 1990 schlagartig zur Geltung. Die erste und letzte freie Wahl in der DDR (18. März 1990) war dafür wegweisend: mit einer Mehrheit von 48% bei einer Wahlbeteiligung von 93,4% konnte sich die »Allianz« bestehend aus der CDU, DSU und DA² durchsetzen, die für den schnellsten Weg

2 DSU steht für Deutsche Soziale Union, sie war inhaltlich rechtskonservativ ausgerichtet. DA steht für Demokratischer Aufbruch, sie ging aus der kirchlichen außerparlamentarischen demokratischen Opposition der DDR hervor und war ebenfalls konservativ ausgerichtet.

zur Einheit stand (vgl. Kowalczyk 2021: 31f.). Entsprechend schnell wurde am 1. Juli 1990 mit der Währungsunion die D-Mark eingeführt. Im Zusammenspiel mit Technologie- und Produktivrückständen der DDR-Betriebe im Vergleich zur marktwirtschaftlichen Weltkonkurrenz hatte dies zur Folge, dass die DDR mit dem Verlust der Handelspartner an den Rande des wirtschaftlichen Kollaps gebracht wurde (vgl. Icks 1996: 128). Umso schneller wurden die fünf »neuen Bundesländer« an die BRD angegliedert und in das wirtschaftliche und gesellschaftliche Modell der BRD inkorporiert (vgl. ebd.). Entscheidend für die ostdeutsche Zukunft war hier auch die neoliberale Ausrichtung von Theo Waigel als damaliger Finanzminister der BRD sowie von Wolfgang Schäuble als Verhandlungsführer des Einigungsvertrags. Der Osten war aus Perspektive der Modernisierungstheorie in seiner Entwicklung jahrzehntelang im Rückstau und sollte nun möglichst schnell auf eine ähnlich hohe Leistungsfähigkeit wie der Westen gebracht werden, wofür Marktwirtschaft, Demokratie und Rechtsstaat der BRD im Osten nachgebaut wurden (vgl. Hofman 2020). Wie in einer »Schocktherapie« (Naomi Klein) sollte die bankrotte Wirtschaft der ehem. DDR durch neoliberale Umbaumaßnahmen gerettet werden. Ziel war es, nach neoliberaler Agenda den Markt schnellstmöglich von sozialistischen Relikten zu bereinigen und auf die spontane Selbstorganisation der entfesselten Marktkräfte zu hoffen (vgl. Icks 1996: 162ff., Mau 2019: 137f.). Ostdeutschland wurde dabei die »Pionierregion neoliberaler Deregulierung«, deren Entwicklung als »Kotransformation« schließlich sogar wieder auf den Westen rückwirkte (Ther 2021). Durch die Einführung der Marktwirtschaft wurden eine schnelle Privatisierung, schlagartige Liberalisierung der Preise und Regulierungen sowie Preisgabe betrieblicher Versorgungsaufgaben vorangetrieben (vgl. Mau 2019: 138). Die Privatisierung durch die *Treuhand* hatte aber vor allem zur Folge, dass die meisten der privatisierten Unternehmen schlossen, anstatt saniert zu werden, und nur jeder vierte Arbeitsplatz der so verkauften Unternehmen erhalten blieb (vgl. Ther 2021: 401).

Für die meisten Arbeitnehmer:innen bedeutete der ökonomische Systemwandel große biografische Umstellungen verbunden mit erheblichem Anpassungsstress und Unsicherheiten. Die Politik der Deregulierung und Flexibilisierung betraf auch die Arbeitsbeziehungen

und ging zu dem Zeitpunkt sogar über das Niveau in Westdeutschland hinaus. So kam es zu Abweichungen vom Tarifmodell, Tarifbrüchen und gelockertem Kündigungsschutz zum Erhalt der Unternehmen (vgl. Mau 2019: 158). Zwei Drittel der Erwerbstätigen wechselten von 1989 bis 1993 ihre Berufe (vgl. ebd.: 151). Häufig reichten Umschulungen und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen nicht aus und so wird Arbeitslosigkeit zum Kollektivschicksal: Mit einer Arbeitslosenquote, deren Höchstwert über zwanzig Prozent reichte, waren vierzig Prozent aller Erwerbstätigen bis 1996 mindestens einmal arbeitslos, wodurch in fast jeder Familie mindestens eine Person betroffen war (vgl. ebd.: 153). Nicht in den Zahlen enthalten ist der (unfreiwillige) Vorruhestand, der zahlreiche Personen im Alter von 50 bis 65 Jahren betraf und unter anderem zu materieller Schlechterstellung aufgrund der kürzeren Lebensarbeitszeit führte (vgl. ebd.: 155). Für viele der Personen, die auf diesen Wegen aus dem Arbeitsleben ausschieden, bedeutete dies neben der drohenden oder realen Armut auch zusammenbrechende Beziehungsnetzwerke und Selbstwerteinbußen (vgl. ebd.).

Doch auch die Beschäftigungsverhältnisse wurden umgebaut. Es kam zu einer Kommodifizierung der Werkstätigen als ganze Personen und viele Beschäftigte, vor allem in Positionen mit Leitungsaufgaben, mussten sich arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen unterziehen, um die »Marktgängigkeit« zu erhöhen und sich den Erfordernissen des Marktes anzupassen (vgl. ebd.: 153ff.). Diese Entwicklung der Entgrenzung der Arbeit, die im Westen schon in den 1970ern einsetzte, wurde hier versucht schlagartig nachzuholen. Die damit verbundenen Maßnahmen wurden von den Betroffenen als herabwürdigend und wie »Folterwerkzeuge« (ebd.: 155) erlebt, was verständlich wird, wenn man sich bewusst macht, dass es auch um die grundlegenden Veränderungen der Einstellung und Verhaltensweisen der Individuen zu ihrer Arbeit ging. Zusätzlich wurde damit das Scheitern im Arbeitsmarkt individualisiert und die Verantwortung von den Strukturen auf die Individuen, die sich nicht genügend angepasst haben, übertragen. Insgesamt kam es damals zur Erosion der Normalarbeitsverhältnisse und einer Ausbreitung des Prekären: Atypische und diskontinuierliche Beschäftigungsformen nehmen zu, sodass mehrfache Jobwechsel zur Regel werden und mit Niedriglöhnen nun auch Armut trotz Arbeit zur Gefahr wird (vgl. ebd.: 161). In einer arbeitszent-

rierten Gesellschaft folgen daraus im Zusammenspiel mit der Individualisierung auch soziale Entkopplung und Exklusion (vgl. ebd.: 157). Die Erfahrungen, welche viele Personen in den Regionen der ehemaligen DDR gemacht haben, entsprechen also den beschriebenen neoliberalen Auswirkungen aufs Individuum generell, wenn auch im Osten heftiger und disruptiver. Die damit verbundenen Erlebnisse von Ohnmacht, Entsicherung und Vereinzelung führen auch zu narzisstischer Kränkung. Im Osten sind diese, wie aufgezeigt, häufig mit sehr plötzlichen Einschnitten in die Biografien und starken Anpassungserwartungen verbunden.

4. Eine Reaktion: Kollektive Identität als Verarbeitungsversuch

Sowohl die disruptiven Veränderungen nach 1989/90 als auch die anhaltenden Erfahrungen im heutigen Neoliberalismus können als grundlegende gesellschaftliche Erfahrungen betrachtet werden, welche die Subjekte prägen und in einem möglichen Verarbeitungsversuch affin dafür machen, kollektivistische, identitätspolitische Erklärungen wie jene der Freien Sachsen anzunehmen. Um diesen Verarbeitungsversuch der Individuen nachzuvollziehen, soll hier auf psychoanalytische Ideen zurückgegriffen werden. Die psychoanalytische Sozialpsychologie wird dabei ergänzend zu den bisherigen Betrachtungen verstanden, um eine mögliche Reaktion der Subjekte beschreiben zu können (vgl. ähnlich: Marz 2023). Damit können auch die spezifische Genese von den materialen, gesellschaftlichen Bedingungen über die konkreten Erfahrungen der Subjekte und mögliche Verarbeitungsweisen hin zu konkreten ideologischen Elementen wie der kollektiven Identität und ihrer Funktion in den Verhältnissen gefasst werden. Dafür soll zunächst die Funktion von kollektiver Identität in der möglichen Reaktion dargestellt werden (4.1). Anschließend soll auf konkrete Beispiele in Sachsen eingegangen werden, die ein Annehmen einer kollektiven Identität als Sachsen mit hervorgebracht und begünstigt haben (4.2).

4.1 Kollektive Identität

Die kollektive Identität, wie sie von rechts postuliert wird – die Identifizierung über eine vermeintliche gemeinsame Herkunft, eine Rasse, ein Volk –, entspricht der oben beschriebenen, abstrakt auf die Individuen zugreifende Begriffslogik. Dabei basiert die kollektive Identität auf einem empirischen, essenzialisierenden Verständnis von kultureller Identität. Was verbindet, ist nicht ein gemeinsames sinnstiftendes Ziel, sondern mythische, romantische und existenzielle Wurzeln (vgl. Stögner 2020: 272). Das Identische kann jedoch nur durch die Kontrastfolie des vermeintlich Abweichenden, als das ›Andere‹ oder ›Fremde‹ hergestellt werden (vgl. Marz 2023: 83). Damit ist die kollektive Identität die Fortsetzung des identitätslogischen Denkens, auf das die Subjekte zugerichtet sind. Die Einzelnen, als Besondere, werden unter einem Merkmal vereinheitlicht und das Nichtidentische wird abgeschnitten. Statt sich in einer Praxis der Selbstbestimmung mit einem gemeinsamen Ziel, welches Differenzen zulässt, zu vereinen, werden die Individuen von außen abstrakt auf ein Identitätsmoment festgelegt (vgl. Stögner: 270). Im Identitätszwang des Kollektivs werden die Individuen mit ihrer Nichtidentität konfrontiert – was zu Bewusstsein gebracht und reflektiert oder im Unbewussten verdrängt oder sublimiert werden kann (vgl. Grimm 2009: 71).

Psychoanalytisch bedeutet dies, dass in der kollektiven Identität über geteilte Objekte, Legenden oder Identifikationsfiguren ein Zusammengehörigkeitsgefühl der Masse geschaffen wird (vgl. Brunner 2021: 18). Dabei werden auf die Gegenstände unter anderem positive Emotionen projiziert sowie Omnipotenzphantasien, die in das Selbstbild nicht mehr realistisch integrierbar sind, verschoben (vgl. ebd.). Es kommt zu einer Idealisierung in der kollektiven Identität, die aber auch bedeutet, dass die negativen Anteile, wie Ängste und Aggressionen, der ursprünglich ambivalenten Wahrnehmungen darin keinen Platz finden und einer anderen Projektionsfläche bedürfen (vgl. ebd.: 19.). Letzteres führt in der Masse zur pathischen Projektion der abgeschnittenen Anteile auf das ›Andere‹ bzw. ›Fremde‹. Schon in »Elemente des Antisemitismus« benennen Horkheimer und Adorno die pathische Projektion als eine Grundlage des Antisemitismus. Projektion selbst ist zunächst etwas

zutiefst Menschliches, da in jeglicher Wahrnehmung den Objekten bereits etwas Eigenes zugegeben wird – zunächst auch nur die lustvolle oder unlustvolle Reaktion auf Nützlich oder Gefahr (vgl. Horkheimer/Adorno 2022: 197). Mit der Zivilisation und dem Selbstbewusstsein mit der Möglichkeit zur Differenzierung und Identifikation ist auch die bewusste Projektion möglich geworden, die das Hineinlegen der eigenen Gedanken in die Sache im Erkennen reflektiert und sich der verschränkten Beziehung zwischen Subjekt und Objekt bewusst wird (vgl. ebd.: 198). Findet diese Reflexion nicht statt und wird das Objekt starr als das Gesehene, zu dem es durch die Projektion geworden ist, ist die Projektion falsch, also pathisch, geworden (vgl. ebd.: 199). Müssen nun in der kollektiven Identität das Nichtidentische sowie generell die meist negativen, gesellschaftlich tabuierten Regungen und Gefühle vom Selbst weggehalten werden, werden sie als pathische Projektion auf das ›Fremde‹/›Andere‹ übertragen, das bereits als Kontrastfolie zum Eigenen galt (vgl. ebd.: 201). Was konkret zum Ziel der Projektion ausgewählt wird, ist weder komplett willkürlich noch auf ewig determiniert. Was als ›Fremd‹ oder ›Anders‹ und was als ›Eigenes‹ gilt, ändert sich vielmehr mit den gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnissen (vgl. Brunner 2021: 21, März 2023: 84). Die Tradition des Antisemitismus ist dabei nicht unterbrochen, und so trifft es weiterhin ›die Juden‹, wenn auch heute meist in Form des verdeckten Antisemitismus, der sich mit Codes und Chiffren beispielsweise gegen eine vermeintliche ›Elite‹ oder ›das Establishment‹ wendet (vgl. Rensmann 2021: 476). Während im Antisemitismus die tabuisierten Anteile von Omnipotenzphantasien projiziert werden, trifft es im Rassismus vermeintliche oder in den gesellschaftlichen Verhältnissen tatsächliche ›Schwächere‹, auf die die eigenen Ängste von Entwertung und Ohnmacht projiziert werden.

Doch warum schließen die Individuen sich als Masse mit einer kollektiven Identität zusammen? Ein Aspekt der »Flucht in die Gemeinschaft« ist der ohnmächtige Versuch des bürgerlichen Subjekts, sich von seinem Leiden zu befreien (Viol 2018: 384). Dabei ist die Leiderfahrung der Individuen nicht etwas genuin neoliberaler. Der Mensch ist im Kapitalismus generell dazu gezwungen, sich zu sich selbst als Ware zu verhalten, indem er mit der Lohnarbeit dem Zwang zur Selbstverwertung unterliegt (vgl. ebd.: 388). Die neoliberale Ordnung, wie

sie hier dargestellt wurde, ist eine spezifische Form der kapitalistischen Verhältnisse. Den Ohnmachtserfahrungen und narzisstischen Kränkungen kann leicht durch kollektive Identitätsangebote begegnet werden. Schon Freud sah in der kollektiven Identität eine Kompensationsmöglichkeit für die gesellschaftlichen Anforderungen (vgl. Gandesha 2018: 60). Mit der Persönlichkeit des Führers können sich die Mitglieder der Masse eine angestrebte, idealisierte ›Ich-Vorstellung‹ erschaffen, während sie sich mit den anderen Massemitgliedern als Gleiche identifizieren und so ein gestärktes ›Wir-Gefühl‹ hervorbringen (vgl. Rensmann 2018: 38). Dabei kann anstelle der Führerfigur auch eine Idee oder ein Abstraktum wie z. B. die Nation stehen (vgl. Witte 2008/09: 38), was hier bei den Freien Sachsen vermutlich eher der Fall ist. Diese vermeintliche Lösung der Probleme entspricht aber nur einer Schiefheilung: Nach Freud kann die Masse zwar innerpsychische Konflikte binden, so dass eine Art Heilung stattfindet, aber eben nur schief (vgl. Brunner 2021: 12). Das durch verschiedene Triebe als auch Aggressionen psychisch belastete Individuum kann in der Masse durch die libidinöse Bindung an andere Massemitglieder als auch durch Unterwerfung unter einen Führer oder ein Abstraktum narzisstische Aufwertung und psychische Entlastung erfahren (vgl. Rensmann 2018: 36). Die Aggressionen und tabuisierten Wünsche, die nicht in der Masse stattfinden können, werden wie beschrieben auf den ›Fremden‹ oder ›Anderen‹ gelenkt und dort als Feindbild bekämpft (vgl. Brunner 2021: 13). Der ›Andere‹/›Fremde‹ erscheint nun als angreifend und muss als ›Sinnbild des Bösen‹ in vermeintlicher Notwehr bekämpft werden, was vom Fernhalten bis zum Vernichtungswunsch gehen kann (vgl. ebd.: 14). Statt einer Auflösung der eigenen Vernichtungsängste und Aggressionen und der Stärkung der individuellen Identität haben sich erstere in der Schiefheilung potenziert (vgl. Marz 2023: 85).

Neben den projizierten Anteilen und unterdrückten Trieben hat das Feindbild im Antisemitismus auch inhaltlich ideologische Elemente in dem Sinne, dass das kapitalistische Unrecht personalisiert wird (vgl. Horkheimer/Adorno 2022: 182f.). Mit den verdinglichten Verhältnissen wird, anstatt die Ausbeutung in der Logik der kapitalistischen Produktionsweise des Mehrwerts nachzuvollziehen, die Schuld dafür in der Zirkulationssphäre gesucht (vgl. ebd.: 183). So werden der

Kapitalismus und heute auch die naturalisierten gesellschaftlichen Verhältnisse personalisiert. Dies wird insbesondere in Verschwörungstheorien deutlich, die, entsprechend den antisemitischen Argumentationsmustern, behaupten, dass eine verborgene kleine Gruppe an Menschen mit böser Absicht auf die Lebensumstände einer deutlich größeren Gruppe an Menschen einwirken würde (vgl. Hessel 2022: 31). Auch hier wird die instrumentelle Vernunft ersichtlich: Verschwörungstheorien sind meist rationaler als die Wirklichkeit, alles wird nach der Erzählung geordnet ohne Platz für Kontingenz (vgl. ebd.: 38.). Dies drückt ein extrem positivistisches Verhältnis zur gesellschaftlichen Struktur aus, in der nichts Nichtidentisches übrig bleibt (vgl. ebd.: 38). In dem Phänomen der kollektiven Identität werden die beiden hier herausgearbeiteten Dimensionen von Ideologie schließlich zusammengeführt: Als eine in der instrumentellen Vernunft logische Idee antwortet sie auf die durch die Verkehrung der Gesellschaft hervorgerufene, aber auch in der Persönlichkeit angelegte, psychische Schiefelage der Individuen. Sie funktioniert so gut, weil sie damit die eigentlichen gesellschaftlichen Ursachen der Leiderfahrungen verschleiert und so die Herrschaftsverhältnisse mit aufrechterhält.

4.2 Kollektive Identitätsangebote in Sachsen

Auffällig in den Jahren der Transformation in Ostdeutschland ist, wie hier kollektive Identitätsangebote politisch genutzt wurden, um die Menschen, trotz der teilweise negativen Erfahrungen der Transformation, an das Projekt der Einheit und eine neoliberale Marktwirtschaft zu binden. Der eingeschlagene Weg der schnellstmöglichen Einheit von Ost und West führte zu einer »Modernisierung über Nacht«, in der die demokratischen Strukturen formal geschaffen wurden, während die nicht-institutionellen Grundlagen (wie soziale Praktiken, Interesse und Motivation für demokratische Beteiligung) vernachlässigt wurden (vgl. Mau 2019: 138.). So wurde sich dagegen entschieden, die nun auch auf Ostdeutschland ausgeweitete Geltung des Grundgesetzes durch Beteiligungsmöglichkeiten zu ratifizieren, was dazu führte, dass viele Ostdeutsche die Einführung als »kalten administrativen Akt«

(ebd.: 146f.) und die schnelle deutsche Einheit als »Überstülpung« oder »Fremdbestimmung« (Salheiser 2021: 344) wahrnahmen. Insgesamt ist das Misstrauen gegenüber Politik und Staat in Ostdeutschland auch immer noch deutlich höher als in Westdeutschland (vgl. ebd.: 345). Die geringe Beteiligung an einer gemeinsamen politischen Praxis und damit verbundene Bindung an demokratische Grundprinzipien wird auch an den großen Unterschieden in den Mitgliederzahlen der sogenannten Volksparteien zwischen Ost und West deutlich (vgl. Mau 2019: 144.). Im Vergleich zu westdeutschen Bundesländern war auch 2021 noch die Rekrutierungsfähigkeit, also die Parteimitglieder im Verhältnis zu den Parteibeitrittsberechtigten, in Sachsen um das 2,5- (SPD) bzw. 4,7-fache (CDU) geringer (vgl. Niedermayer 2022: 389). Anstatt die politische Zusammengehörigkeit über eine politische Praxis herzustellen, wurde als einheitsstiftende Kraft verklärend und in Negation des Nichtidentischen auf die gemeinsame deutsche Geschichte, Kultur und Sprache gesetzt (vgl. Mau 2019: 147). Begünstigend mögen auch der DDR-Nationalismus und bereits naturalisierende deutsche Gemeinschaftsvorstellungen gewirkt haben, wie sie beispielsweise im Protestspruch »Wir sind ein Volk« (anstelle »Wir sind das Volk«) ersichtlich sind (vgl. ebd.: 148).

Doch nicht nur der deutsche Nationalismus wurde genutzt, um die Menschen an das Projekt der Wiedervereinigung mit seinen neoliberalen Facetten zu binden, auch die kollektive Identität als Sachsen spielte in diesem Bundesland eine wichtige Rolle. Wolfgang Lutz untersuchte seit Mitte der 1990er Jahre wie die kollektive Identität als Sachsen an neoliberale Werte und Modernisierungsstrategien geknüpft wird. Er kommt zu dem Ergebnis, dass die Konstruktion der ›Sachsen‹ als Träger bzw. Hülle einer wesentlich konservativ und neoliberal ausgerichteten Modernisierungsstrategie fungiert (vgl. Lutz 1998: 145). Auch wenn seine diskursanalytische Betrachtung für diese Arbeit nicht weitreichend genug ist, zeigen die Ergebnisse, wie bereits in den Jahren der Transformation das kollektive Identitätsangebot als Sachsen bestand und auch in die gesamte Gesellschaft hineinwirkte. In seiner Analyse von Kurt Biedenkopfs³ Reden 1990 wie 1994 findet er mehrere Selbstbilder ›der Sachsen‹, die er als funktionale Identitätsangebote versteht,

3 CDU-Ministerpräsident Sachsens von 1990 bis 2002.

welche eine gemeinsame Identität auf Grundlage gemeinsam geteilter Realitätsbehauptungen konstruieren (vgl. ebd.: 134). Relevant für diese Analyse ist dabei vor allem das Selbstbild Sachsens als Freistaat, das mit einem eigenen sächsischen Weg mit viel Selbstbewusstsein gegenüber zentralen Strukturen und einem geschichtlichen Verweis auf das Sachsen der Weimarer Republik einhergeht (vgl. ebd.: 134). Dieses Bild ist verbunden mit dem Bild von Sachsen als Zukunftsregion, dessen Spezialität der Zusammenhang der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik ist, was die identitären Bilder an die neokonservative und neoliberale Modernisierungsstrategie koppelt (vgl. ebd.: 135). Das wird auch darin deutlich, dass die typisch »sächsischen Volkseigenschaften« wie Pffigkeit, Unternehmergeist und die Bereitschaft, sich auf neue Anforderungen einzustellen, den neoliberalen Anforderungen an das Individuum entsprechen.

Aufgrund der Beliebtheit von Kurt Biedenkopf, seiner zweifachen Wiederwahl und der (ehemals) großen Zustimmung zur CDU⁴ kann davon ausgegangen werden, dass seine Rhetorik durchaus einen Einfluss auf das Denken und Fühlen eines nicht unerheblichen Teils der Sachsen hatte und die Identitätsangebote angenommen oder an bestehende anknüpfen konnten. So zeigten Berth et al. (2020) in der »Sächsischen Längsschnittstudie«, dass die einschränkungslose Identifikation als Sächs:innen bei den in Ostdeutschland verbliebenen Panelteilnehmer:innen von 1996 mit 66% bis 2005 auf 74% angestiegen war und damit 2005 deutlich über den Werten der Identifikation als Deutscher (66%) und Ostdeutscher (67%) lag⁵. Zudem knüpfte die sächsische CDU immer wieder an diesem Konstrukt der starken sächsischen Identität an. Besonders exemplarisch ist dafür das 2005 veröffentlichte Positionspapier »Deutscher Patriotismus im vereinigten Europa«⁶. Neben der Betonung, dass es wieder mehr »Liebe zu unserem Vaterland« als Grundlage einer gemeinsamen Politik brauche (CDU-Sachsen 2005: 1), wird auch auf eine »starke regionale Identität« als Sachsen eingegangen (ebd.: 8). Hier wird von der

4 Zweitstimmenwahlanteile von 53% (1990) bis 32% (2019).

5 Im Item sollte jede kollektive Identität mit der Frage »Als was fühlen Sie sich?« einzeln beantwortet werden.

6 Danke an Tino Heim, für den Hinweis zu diesem Positionspapier.

sächsischen CDU »mit Stolz auf eine tausendjährige Geschichte« zurückgeblickt, in der die »zielstrebige Politik« der sächsischen Kurfürsten und Könige sowie die »kluge und fleißige Bevölkerung« als Ursache für die »jahrhundertelang[e]« besondere Stellung der Sachsen in Deutschland herangezogen wird (ebd.: 8). Über die Aufklärung, industrielle Revolution, Friedliche Revolution 1989 und Neugründung des Freistaats 1990, die alle in Sachsen ihren Ausgangspunkt gehabt hätten, wird hier eine überhöht positive Traditionsgeschichte aufgebaut. Damit wird essenziellierend an die oben erläuterten funktionalen Identitätsangebote von Kurt Biedenkopf angeknüpft. Eben dieser »Mythos der sächsischen Exzeptionalität« stellt bereits bei *Pegida* einen wichtigen Ankerpunkt dar (Steinhaus et al. 2017: 176). Wenn auch nicht so offensichtlich und vordergründig, spielt hier bereits die regionale sächsische Identität eine Rolle für die Mobilisierung der Masse. Und ebenfalls hier, ganz ähnlich zur CDU, wird wieder der sächsische »Erfinder- und Unternehmergeist« mit Weitsicht, Klarheit und Umtriebigkeit betont und Sachsens vermeintlich herausragende Rolle in Kultur, Wirtschaft und Technologie und auch Politik hervorgehoben (ebd.: 177f.).

Darüber hinaus zeigte das EFBI⁷, dass eine sächsische Identität auch heute noch eine Rolle spielt (vgl. Dilling et al. 2023). Eines der Ergebnisse des »Sachsen-Monitors« 2021/2022 besteht darin, dass eine stark ausgeprägte sächsische Identität⁸ mit Ausländerfeindlichkeit einhergeht (vgl. ebd.: 36.). Zugleich deutet die schwache Zustimmung zum Überfremdungserlebnis am Wohnort auf einen projektiven Hintergrund der Ausländerfeindlichkeit hin (vgl. ebd.). Damit deckt sich die theoretisch erläuterte Verbindung einer kollektiven Identität, die durch pathische Projektion zu Aggression gegen ›Andere‹/›Fremde‹ führt, mit den empirischen Daten. Hierbei muss die pathische Projektion nicht notwendig (nur) auf als ›fremd‹ bzw. ›Ausländer‹ eingeordnete Menschen abzielen, sondern kann sich wie aufgezeigt auch

7 EFBI ist die Abkürzung für das Else Frenkel-Brunswik Institut in Leipzig.

8 In der Studie wurde die Variable ›sächsische Identität‹ als Index aus den Items »Die wirtschaftliche Lage in Sachsen ist besser als in den anderen ostdeutschen Bundesländern«, »Sachsen braucht den Vergleich mit vielen westdeutschen Bundesländern nicht zu scheuen« und »Auf das, was hier in Sachsen seit 1990 erreicht wurde, kann man stolz sein« gebildet (Dilling et al. 2023: 35).

in modernem Antisemitismus entladen. Beides scheint bei den Freien Sachsen zu geschehen.

5. Fallbeispiel: Das *Aufgewacht*-Magazin der Freien Sachsen

Um das Geschriebene auf die Freien Sachsen anzuwenden, soll das der Partei nahestehende »Politikmagazin« *Aufgewacht* untersucht werden. Dafür wurde das erste Editorial des Magazins als ein exemplarischer Artikel analysiert, bei dem insbesondere die Funktion der kollektiven Identität als Sachsen untersucht wurde. Zusätzlich wurden ausschnittartig Artikel zur Geschichte Sachsens in den Blick genommen, da sie Beispiele zur sächsischen Identitätskonstruktion darstellen. Im Folgenden soll zunächst genauer auf das Magazin eingegangen werden (5.1), bevor nach kurzen Überlegungen zur Methodik von ideologiekritischer Forschung (5.2) die Analyse der Artikel dargestellt wird (5.3).

5.1 Die Freien Sachsen und »*Aufgewacht*. Das Politikmagazin für Sachsen.«⁹

Neben dem Telegram-Kanal und verschiedenen YouTube-Formaten ist das *Aufgewacht*-Magazin ein Sprachrohr der Freien Sachsen. Chefredakteur ist Jochen Stappenbeck. Dieser schreibt die meisten Artikel in der Zeitschrift und fällt durch seine besonders verschwörungstheoretischen Aussagen auf. In einer Durchsicht der ersten fünf Zeitschriften wurden nur Michael Brück, der vor seinem Umzug nach Chemnitz bei der Partei Die Rechte in Dortmund aktiv war, und Martin Kohlmann, der als Parteivorsitzender und rechter Szeneanwalt aktiv ist, als einzige weitere regelmäßig schreibende Autoren der Zeitschrift identifiziert. Beide veröffentlichten pro Zeitschrift meist einen Artikel: Michael Brück zu strategischen Fragen des Protest- und Politikgeschehens der Freien Sachsen und ihrer Anhänger:innen, Martin Kohlmann über die Geschichte Sachsens. Alle weiteren Autor:innen sind scheinbar Gastautor:innen, von denen in

9 Für eine überblicksartige Darstellung der Freien Sachsen s. die Einleitung zu diesem Band (Böhme/Krell).

den fünf Ausgaben keine:r mehr als einen Artikel beigesteuert hat. Die Zeitschrift könnte also ein Projekt insbesondere von Jochen Stappenbeck sein. Gleichzeitig reichen die Abozahlen sowie die spärliche Werbung (maximal ein bis zwei Werbeelemente pro Zeitschrift) vermutlich nicht aus, um die Zeitschrift komplett zu finanzieren. Darauf lassen auch Posts aus dem Freie Sachsen Telegram-Kanal schließen, die dafür werben, das Magazin zu abonnieren, um es »langfristig zu sichern und auf noch breitere Beine zu stellen« (Freie Sachsen 20.10.2023). Die Zeitschrift wird von der *SVM Sächsische Versand und Medien UG* vertrieben, zu der auch der *Sachsenversandshop* der Freien Sachsen gehört, der vermutlich die Parteiaktivitäten finanziert (vgl. Sächsisches Staatsministerium des Innern 2023: 56). Damit liegt die Vermutung nahe, dass die Herstellung und der Druck der Zeitschrift aktuell noch über die Einnahmen des Shops mitfinanziert werden. Ob und inwiefern noch private Mittel von Stappenbeck und weiteren hineinfließen oder die (Gast-)Autor:innen bezahlt werden, ist unklar. Wie hoch die Relevanz der Zeitschrift ist und wie viele Abonnent:innen es tatsächlich gibt, ist ebenfalls nicht bekannt, da die Freien Sachsen dazu bisher keine Zahlen veröffentlicht haben. Verglichen mit dem vielbespielten und vielgelesenen Telegram-Kanal ist die Zeitschrift aber mit Sicherheit ein nachrangiges Medium, zumindest was die Reichweite und Relevanz für die Anwerbung von Anhänger:innen betrifft. Es liegt also die Vermutung nahe, dass sie eher von bereits überzeugten Freie Sachsen-Anhänger:innen gelesen wird und wahrscheinlich der ideologischen Festigung und dem Austausch untereinander dient.

Hierbei ist auch der Bezug auf Sachsen als eine kollektive Identität von Bedeutung. Eine wichtige Rolle spielen dabei die Artikel von Martin Kohlmann, welche sich bisher (Stand August 2023) fast alle mit der Geschichte des Königreichs Sachsen beschäftigten. Auffällig ist der extrem positive Bezug auf die sächsische Vergangenheit, die, ähnlich wie oben bei der CDU und *Pegida* beschrieben, als Sonderweg dargestellt wird und einen Sehnsuchtsmoment im Sinne von »Früher war alles besser« verkörpert. Das idealisierte und beschönigte Bild der Vergangenheit dient als Projektionsfläche für die eigenen Wünsche nach einem starken Führer und sicherer Gemeinschaft und zugleich wird die Geschichte des sächsischen Kurfürstentums als essenzieller Bestandteil der sächsischen

Identität (re-)produziert. So schreibt Kohlmann beispielsweise, »[s]ie [die Verfassung von 1831, Anm. FK] begründet den kometenhaften wirtschaftlichen Aufstieg Sachsens in den folgenden Jahrzehnten. Die Verfassung von 1831 verdient auch heute noch Beachtung, nicht zuletzt, weil sie eigentlich nie rechtswirksam aufgehoben wurde« (Kohlmann 2022: 41). Im »kometenhaften Aufstieg« wird die starke Überhöhung Sachsens deutlich. Der Nebensatz, dass die Verfassung nie aufgehoben wurde und deswegen Beachtung verdiene, zeugt vom Wunsch, die vermeintlich positiven vergangenen Verhältnisse wieder in die heutige Zeit zu holen.

Auch die Charakterisierung der Demokratie ist spannend. So schreibt Kohlmann: »1789 brach das Unheil über Europa herein in Gestalt der französischen Revolution. Umsturz, Verbote, wechselnde Diktatoren, endlose grausige Mordorgien, brutale Unterdrückung aller Andersdenkenden, ethnische Säuberungen, bis dahin ungekannte Gleichschaltung: Die moderne Demokratie war in die Geschichte eingetreten. Während die zivilisierte Welt entsetzt den Atem anhielt, handelt Friedrich August III¹⁰« (Kohlmann 2023: 14). Zunächst wird die Französische Revolution als Unheil bezeichnet. Die im Folgesatz aufgezählten Geschehnisse und Verbrechen, die keinerlei positive Werte enthalten, beziehen sich dann aber nicht nur auf die Schreckensherrschaft der Jakobiner, wie man vielleicht noch vermuten könnte, sondern charakterisieren insgesamt die »moderne Demokratie«. Damit wird angedeutet, dass diese Zustände auch heute noch anhalten würden. Und so wird mit dem letzten Satz auch der sächsische Sonderweg, und die vermeintliche besondere Widerstandsfähigkeit der Sachsen hervorgehoben, hier in Vertretung durch Friedrich August III. mit »seinen Sachsen«, wie es später im Artikel heißt. Der Titel des Artikels »Allein gegen die Übermacht« erzählt nicht nur vergangene vermeintliche Heldengeschichten, sondern wird so auch auf die Gegenwart und die Sachsen bezogen, die sich in der Tradition der Kurfürsten stehend, auch heute noch den Schrecken der »modernen Demokratie« widersetzen müssen. Das Feindbild wird also eindeutig außerhalb von Sachsen konstruiert und erscheint übermächtig.

10 Friedrich August III. war von 1904 bis 1918 letzter sächsischer König.

5.2 Methodik

Um sich weiter der Frage zu nähern, wie im Fallbeispiel aus dem *Aufgewacht*-Magazin die kollektive Identität als Sachsen ideologisch verwoben ist, sollen Elemente einer ideologiekritischen Inhaltsanalyse angewendet werden. Auch wenn im Rahmen dieses Beitrags keine vollständige Inhaltsanalyse oder Ideologiekritik durchgeführt werden kann, soll sich an den methodischen Überlegungen von Jürgen Ritsert (1972) zu diesen orientiert werden. Dabei steht die Frage im Fokus, wie und warum ideologische Elemente in Texten kritisch analysiert werden können. Ziel einer ideologiekritischen Analyse bzw. Textexegese liegt weniger in dem Herausarbeiten was die inhaltliche (Sende-)Intention der Autor:innen oder die Wirkung beim Empfänger ist, sondern mehr auf dem Herausfinden des davon unabhängigen, gesellschaftlich »objektiven« Gehaltes (Ritsert 1975: 85). Dieser Gehalt kann zum einen die unmittelbare Benennung gesellschaftlicher Sachverhalte im Text selbst sein und zum anderen – und darauf soll hier der Fokus gerichtet werden – in Textbestandteilen liegen, die Merkmale gesellschaftlicher Sachverhalte zum Ausdruck bringen, ohne dass sie unmittelbar Verhandlungsgegenstand sein müssen (vgl. ebd.: 41). Ziel ist es, so gesellschaftliche Sinn- und Bedeutungsstrukturen zu erfassen, unabhängig davon, ob die Autorin diese bewusst vorgesehen hatte oder nicht (vgl. ebd.: 43). Hintergrundannahme ist dabei, dass sich diese Strukturen als (un-)bewusste Denkweisen des Autors im Text manifestieren. Um sie identifizieren zu können, braucht es also die Theorie als »Interpretationsfolie« (ebd.: 85). Die Vorgehensweise entspricht damit einer hermeneutischen Textexegese mit einem Rückgriff auf bereits begründete Thesen und einem theoretischen Vorverständnis (vgl. ebd.). Sie ist »topisch«, weil zur Interpretation auch auf Kontexterklärungen zurückgegriffen wird (ebd.: 95.). Dieses analytische und interpretatorische Vorgehen ist für eine ideologiekritische Ausrichtung so wertvoll, da Ideologie ja gerade die verkehrte Behandlung der Verhältnisse mit einer bestimmten Denkweise bedeutet und dies vollkommen unbewusst geschehen kann. In einer vollständigen Inhaltsanalyse müsste das Konzept der kollektiven Identität genauer operationalisiert werden. Im Rahmen dieses Beitrags soll jedoch lediglich mit den theoretischen und gesellschaftlichen

Ausführungen im Hintergrund der Text interpretiert und die konkrete Funktion der kollektiven Identität als Sachsen dabei hervorgehoben werden.

5.3 Fallbeispiel: Das Editorial aus Heft 1

Für das Fallbeispiel wurde das Editorial aus der ersten Ausgabe des *Aufgewacht*-Magazins ausgewählt¹¹. Darin werden die Gründung des Magazins sowie inhaltliche Ziele und Ansprüche erläutert, weswegen es sich gut eignet, um exemplarisch die ideologischen Züge der Verwendung der kollektiven Identität als Sachsen nachzuvollziehen. Der Autor des Editorials ist, wie in allen weiteren Ausgaben, der Chefredakteur des Magazins, Jochen Stappenbeck.

Das Editorial besteht, wie alle Artikel der Zeitschrift, aus Titel mit Untertitel, Vorspann, welcher eher einleitend Interesse wecken soll und den Artikel zusammenfasst, und dem Artikel selbst. Dieser gliedert sich in sieben Abschnitte und endet mit der handschriftlichen Unterschrift von Jochen Stappenbeck. Das vorliegende Editorial charakterisiert inhaltlich die verschiedenen angeblichen Akteur:innen – die Bedrohenden, die Bedrohten als auch die Protestierenden – und die angebliche Bedrohungslage sowie im Abschluss des Artikels kurz die vermeintliche Utopie. Dabei werden sowohl die Zeitschrift als auch »die Sachsen« mit ihrer Rolle und Aufgabe in diesem Weltverständnis verortet. Auf diese Elemente (Akteur:innen, Bedrohungslage und Widerstand, Rolle der Sachsen) soll nacheinander eingegangen werden, um ihre Funktion und Verbindung zur kollektiven Identität als ideologisches Element zu erläutern.

Die Systematik der im Editorial angerissenen Verschwörungserzählung entspricht der einer strukturell antisemitischen Verschwörungstheorie: Die Bedrohenden, die als »Machtmissbraucher« bezeichnet werden, stellen eine kleine Gruppe dar, welche die deutlich größere Gruppe des »Volks« beherrscht. Das »Volk« teilt sich wiederum in die »Aufgewachten«, welche sich im Widerstand befänden, und die

11 Im Folgenden wird bei Zitaten aus dem Editorial auf den Quellenverweis verzichtet. Alle in Anführungszeichen gesetzte Zitate stammen aus Stappenbeck 2022: 3.

»noch nicht Aufgewachten«, welche noch auf die »Verdrehungen« »hereinfallen«. Die »Aufgewachten« befinden sich im »Protest« gegen die »Machtmissbraucher«. Die Protestierenden sind diejenige Gruppe, welche die »Wirklichkeit« langsam erkennt und sich gegen die Gruppe der »Machtmissbrauchenden« richtet. Ihr »Lernprozess« dauert jedoch noch an, aber schon jetzt kommt ihnen scheinbar ein »gesteigertes Gerechtigkeits- und Wahrheitsempfinden« sowie »Hellhörigkeit für den Sprachgebrauch« zu. Die Gruppe der »Aufgewachten« wird so zunächst mit Protest, Gerechtigkeit, Wahrheit und erweitertem Sprach-/Weltverständnis verbunden. Diese Tugenden kommen den »Aufgewachten« in ihrer Rolle als »Aufgewachte« jedoch zunächst nicht essenziell zu, sondern müssen im »Lernprozess« erworben werden und sie könnten sich auch »nicht viel darauf einbilden«.

Die »Machtmissbrauchende[n]« werden auch zynisch als »Kräfte die uns mit einer »neuen Normalität« beglücken wollen«, und »Lebens- und Existenzbedroher« bezeichnet, ansonsten aber wenig direkt benannt. Einige Beschreibungen der angeblichen Bedrohungslage verdeutlichen aber, dass diese als durch »die Mächtigen« gezielt hervorgebracht verstanden wird. So wird der »Great Reset«, eine verschwörungstheoretische, weitverbreitete Erzählung, von »globalen Agenden flankiert«. Der Protest hingegen richtet sich gegen »Machtmissbrauch und Krieg«, wobei mit dem Ukraine-Krieg die Verbindung zum »»Permanenten Krieg« bei Orwell« gezogen wird. Dieser Vergleich verdeutlicht das Verständnis des Autors von den Bedrohenden als eine Gruppe von Mächtigen, die im Hintergrund die Bedrohungslage steuert. Der »Permanente Krieg« in George Orwells Roman »1984« ist ein vermutlich insgeheim inszenierter Krieg des totalitären Überwachungsstaates mit den anderen Machtblöcken, um die Überwachung und den Ausnahmezustand zu begründen. Die »Machtmissbraucher« »eilen von Triumph zu Triumph« und sollten eigentlich dafür bestraft werden. Die konkrete Bestrafung wird nicht weiter beschrieben, aber da im selben Satz von »Völker- und Lebenszerstörern« gesprochen wird, kann angenommen werden, dass sie im Angesicht der vermeintlichen Schwere der Tat als heftig imaginiert wird. So wurden auch im Versandshop der Partei eine Zeit lang Galgen verkauft (vgl. Kulturbüro Sachsen 2022). Im Bestrafungswunsch äußert

sich das autoritäre Verlangen, hart gegen die angeblich »Schuldigen« vorzugehen und diese auszuschalten oder gar zu vernichten.

Die letzte Gruppe, die benannt wird, ist die der »noch nicht Aufgewachten«. Diese werden in Absatz drei noch in der Nähe der »Aufgewachten« gesehen. So deutet das »noch nicht« darauf hin, dass diese Gruppe potenziell noch »Aufwachen« kann und dann nicht mehr auf die angeblichen Lügen der »Machtmissbraucher« »hereinfallen« wird. Zugleich sind die »Aufgewachten« selbst aus der Gruppe der »noch nicht Aufgewachten« entstanden, eben durch die Erkenntnis, dass ihr bisheriges Wissen nur der »Glaube« war, dass es »bei uns noch rechtstaatlich und demokratisch ablaufen würde«. Die Gruppe der »noch nicht Aufgewachten« ist dabei auch die Gruppe derjenigen, die durch die Pläne und Taten der »Machtmissbraucher« mit bedroht wird. Dabei ist die Bedrohung »existentiell«. »Es geht um alles«. Die Bedrohungslage, auf die außer mit kurzen Verweisen auf den Ukraine-Krieg sowie die angeblich inszenierte Corona-Pandemie in dem Editorial nicht konkret eingegangen wird, schwebt so unheilvoll über dem gesamten Leben der Bedrohten als Individuen und Volksgruppe bzw. Gemeinschaft. Hier werden die tatsächlichen existenziellen Ängste deutlich, die jedoch in der Verkehrung der Verhältnisse und im Wunsch nach Konkretem als Personifizierung auf die »Mächtigen« projiziert werden.

Interessant ist nun, wie Sachsen sich in diese konstruierten Strukturzusammenhänge einfügt. In insgesamt vier der acht Absätze wird auf Sachsen eingegangen. Zunächst wird das Magazin nochmals als »erstes Politikmagazin für Sachsen« charakterisiert. Dies wird sowohl im Untertitel des Magazins als auch im Editorial so hervorgehoben, da es als Herausstellungsmerkmal für das Magazin selbst gilt und damit auch als Begründung für ein neues rechtes bzw. Querfront-Magazin neben beispielsweise *Compact* dient¹². In den anderen Absätzen wird die essenzielle Besonderheit der Sachsen betont: »Wer anders als die Sachsen musstehierwiedereinmal die Initiative ergreifen als europa- und weltweit führende Protestregion?« und »Die schon länger im Freistaat Siedelnden werden seit je als reichlich helle und aufgeweckt beschrieben. Woher kommt diese besondere Widerspenstigkeit gegenüber den Machtmiss-

12 Zur Bedeutung des *Compact* Magazins für die verschwörungstheoretische Szene s. den Beitrag von Paula Voigt in diesem Band.

brauchern?«. Zunächst wird hier die Gruppe der »Protestierenden« mit den Sachsen identifiziert. Den Sachsen kommt es »wieder einmal« – also als überhistorische Tatsache – zu, für »Wahrheit« und »Gerechtigkeit« zu kämpfen und zugleich seien sie hierin auch noch die weltweit Besten. Die vormals durch den »Lernprozess« ausgebildeten Eigenschaften werden nun in dieser Identifikation mit den Sachsen essenzialisiert: Sachsen sind, wieder überhistorisch, »reichlich helle« und haben eine »besondere Widerspenstigkeit gegenüber den Machtmissbrauchern« inne. Diese Beschreibungen sind auch eine Weiterführung der von Lutz festgestellten neoliberalen Tugend der Sachsen als besonders pffiffig, die die CDU in den 1990ern prägte. Dass die Gruppe der »Aufgewachten« die natürliche Wesensform der Sachsen darstelle, werde daran deutlich, dass die Sachsen auch schon »seit je« »aufgeweckt« sind. In Bezug auf die Sachsen wird nun auch eine vierte Gruppe deutlich, die zur Abgrenzung und Herstellung der kollektiven Identität dient: »anderswo« werden die »Menschheitsverbrechen« nur »abgenickt«. Dies scheint zunächst wie ein Widerspruch, wurde doch die Nähe zu den »noch nicht Aufgewachten« betont, verdeutlicht aber, wie die kollektive Identität als Sachsen nur in Abgrenzung zu anderen Gruppen hergestellt werden kann. Aufgelöst werden kann dies nur, wenn die »noch nicht Aufgewachten« als ein Teil der Sachsen gelten, die noch nicht zu ihrer natürlichen Wesensform als »Aufgewachte« gelangt sind, während anderswo das Potential für »Protest« und »Aufwachen« deutlich geringer ist. Die Gruppe wird also nicht mehr durch die gemeinsame Praxis des Protestes gebildet, sondern das Potential für Protest wird essenzialisierend in die Gruppe der Sachsen gelegt und so eine mythische, an der Region festgemachte, kollektive Identität gebildet. Da hilft es auch nicht, dass der Autor versucht, die Festschreibung der Gruppe auf die Sachsen über die Größe der Regionen als Größe für ein »Gemeinschaftswesen« zu rechtfertigen. Der Begriff der »Gemeinschaft« deutet hier die Vorstellung eines autochthon gewachsenen Volkes bereits an.

Dass die »Aufgewachten« nicht (nur) durch ihre Rolle als »Protestierende« bedroht werden, sondern als »Gemeinschaft« der »Sachsen«, wird an dem antisemitischen Vergleich mit Juden und Jüdinnen deutlich. Angesicht der scheinbaren Übermacht und Bedrohungslage gegenüber den Sachsen, vergleicht Stappenbeck den »sächsischen

Witz« mit dem »jüdischen Witz«, gemein sei der »Witz als Überlebenskünstler«. Dies ist eine antisemitische Verharmlosung der Shoah und maßlose Geschichtsrelativierung. Auf der einen Seite wird die sinnlose Vernichtung von 5,6 bis 6,3 Millionen Juden und Jüdinnen verkannt, auf der anderen Seite soll dadurch die angeblich existentielle Bedrohungslage für die Sachsen hervorgehoben werden. Diese gefühlte Existenzbedrohung entspricht der durch die pathische Projektion und Schiefheilung entstandenen Weltsicht. Die nicht zugelassenen Aggressionen müssen auf den »Anderen«, die »Machtmissbraucher«, projiziert werden, die, nun wiederum durch die Schiefheilung verstärkt, als Bedrohung für das eigene Leben empfunden werden. In dieser vermeintlichen Bedrohungslage ist der »Protest« mit dem Ziel der autoritären Bestrafung aller »Verantwortlichen« die Abwehrreaktion. Zugleich werden die in der Gesellschaft erlebten Ohnmachtserfahrungen und existentiellen Ängste dadurch gemindert, dass »Schuldige« ausgemacht werden, um sie als Verantwortliche bekämpfen zu können. Anstatt die gesellschaftliche Verdinglichung zu erkennen, werden die Mechanismen personalisiert und so ideologisch verkannt – wie bereits oben für Verschwörungstheorien beschrieben. Letzteres wird auch noch einmal deutlich an der Utopievorstellung Stappenbecks. Gleich in zwei Absätzen wendet er sich dem zu, was er als Lösung für die angebliche Situation versteht, worin er das »freie Sachsen« sieht und charakterisiert somit auch seinen Begriff von Freiheit. In der »Gemeinschaft« – »nicht zu klein und nicht zu groß« – müssen die Sachsen »Zurück zur Natur kommen«, »vorwärts zum Wirtschaften im Einklang mit den Naturgesetzen, zum Weiterführen der Leistungen unserer Vorfahren«. Der Ausweg aus der total verdinglichten Gesellschaft wird hier in der Unterwerfung unter die Herrschaft der Natur gesehen. Dies entspricht der Sehnsucht nach einer heilen Welt, die, wie bei Kohlmann, auf die Vorfahren projiziert wird, es aber schon damals nie gab (vgl. Thümmler 2021: 43). Der Mensch wird wie in der neoliberalen Ideologie als Störfaktor im sich selbst regulierenden Kreislauf gesehen (vgl. ebd.: 44) und muss sich nun anstatt den Regeln des Marktes vollständig den »Naturgesetzen« unterwerfen. Die Herrschaft der zur Natur hypostasierten imaginären Gemeinschaft und kollektiven Identität »der Sachsen« wird ideologisch affirmiert, um der

verdinglichten Gesellschaft, die sich als ›zweite Natur‹ verhärtet hat, zu entkommen. Hier wird die ideologische Verkehrung der verdinglichten Gesellschaft besonders deutlich. Der neoliberalen Atomisierung entspringt eine Sehnsucht nach Gemeinschaft, die mit dem regressiven Antizipieren eines natürlich gewachsenen »Gemeinschaftswesen«, hier in der kollektiven Identität der Sachsen, beantwortet wird – »nicht zu klein, nicht zu groß, um sich gegenseitig anzuspornen und zu unterstützen«.

Schließlich kommt es so auch zu einer Verkehrung in den Begriffen der »Mündigkeit« und »Freiheit«: »Mündigkeit«, als Widerspenstigkeit und Wahrheitsempfinden verstanden, erlangt das Individuum durch die Einsicht in die vermeintliche »Wirklichkeit« der verschwörungstheoretischen Erzählung, »Freiheit« liegt in der Unterwerfung unter die vermeintliche ›erste Natur‹, und bedeutet so auch wieder nur die ›Herrschaft der Natur‹, genauer einer als Natur reifizierten ideellen Gemeinschaft, über die Subjekte zu affirmieren.

6. Fazit

Die kollektive Identität der Sachsen spielt also wie angenommen eine zentrale Rolle in der Ideologie der Freien Sachsen. Ideologie wurde im ersten Teil des Beitrages als eine Verkehrung im Bewusstsein herausgearbeitet. Diese Verkehrung beruht zum einen auf der Verkehrung der gesellschaftlichen Verhältnisse selbst, welche für die Subjekte unhintergebar erscheinen, auch weil sie zum anderen fest im identitätslogischen Denken verhaftet sind. So wurden mit Ideologie als zentraler Analysekategorie zum einen die gesellschaftlichen Verhältnisse des neoliberalen Kapitalismus in der Transformationsgesellschaft beleuchtet und zum anderen auch immer wieder die Logik hinter Denkkategorien wie der kollektiven Identität entwickelt.

Schließlich konnte festgestellt werden, dass kollektive Identität bei den Freien Sachsen eine zentrale Rolle spielt. So kann das Annehmen einer kollektiven Identität und das damit verbundene Aufgehen in einer Masse einen Verarbeitungsversuch konkreter gesellschaftlicher Erfahrungen darstellen. Hintergrund sind Ohnmachtserfahrungen

und narzisstische Kränkungen, die das Individuum in den besonderen Konstellationen des ostdeutschen Transformationsschocks der 1990er Jahre und den generellen Konstellationen des neoliberalen Kapitalismus erfahren hat. Nicht geklärt wurde hier, wieso einige eben diesen Weg einschlagen, während andere die Leiderfahrungen anders verarbeiten. Dafür wäre es interessant, sich genauer mit Autoritarismus bzw. dem autoritären Charakter und gegebenenfalls möglicher Aktualisierungen dieses Konzeptes auseinanderzusetzen (aktuelle Auseinandersetzungen findet man z.B. bei Henkelmann et al. 2020, Amlinger/Nachtwey 2022).

Des Weiteren wurde festgestellt, dass kollektive Identität logisch notwendig mit der Abgrenzung von ›Anderen‹ als Kontrastfolie zum ›Eigenen‹ verbunden ist. Diese Kontrastfolie des ›Anderen‹ bzw. ›Fremden‹ in der Gesellschaft kann durch pathische Projektion von in der Masse tabuisierter Regungen zum Feindbild werden, das so als böse Übermacht wahrgenommen wird. Dies ist ein wichtiges Element von Antisemitismus und/oder Rassismus, welcher sich auch in Verschwörungserzählungen äußern kann. Soweit gibt es keine großen Unterschiede zu anderen rechten Gruppen. Dass bei den Freien Sachsen nun die kollektive Identität als Sachsen eine Rolle spielt, ist jedoch nicht zufällig. Zunächst waren die Erfahrungen der Neoliberalisierung in der Transformationsgesellschaft deutlich disruptiver als im Westen, wo der Prozess langsamer vonstattenging. Welche Auswirkungen genau die Neoliberalisierung bzw. der Systemwechsel im Verhältnis zu dem generellen kapitalistischen Zwang, Lohnarbeiten zu müssen, auf die Leiderfahrungen der Individuen hat, wäre weitergehend interessant zu untersuchen. Auch der Einfluss der gesellschaftlichen Erfahrungen in der DDR wurde hier außen vorgelassen. Beides müsste genauer untersucht werden, um tatsächlich mögliche Aussagen über die gegebenenfalls unterschiedliche Konstituierung der Subjekte in Ost- und Westdeutschland zu treffen.

Was aber eindeutig festgestellt werden konnte, ist dass die Berufung auf eine kollektive Identität – sowohl in Ostdeutschland generell, als auch in Sachsen im besonderen – vor allem von konservativen Politiker:innen genutzt wurde, um die Bevölkerung an das neoliberale Transformationsprojekt zu binden. Somit kann davon ausgegangen werden, dass

kollektive Identitätsvorstellungen in der breiten Bevölkerung angelegt sind. Die Vorstellung von einer kollektiven Identität als Sachsen liegt also nicht in einer explizit rechten Ideologie. Die Freien Sachsen konstruieren diese somit nicht komplett neu, sondern können an gegebene Identitätskonstrukte anknüpfen und diese gegebenenfalls festigen und verschärfen.

Literatur

Adorno, Theodor (2003): Vorlesung über Negative Dialektik. Fragmente zur Vorlesung 1965/66.). Hg. v. Tiedemann, Rolf, Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Amlinger, Carolin (2014): Die verkehrte Wahrheit, Hamburg: LAIKA.

Amlinger, Carolin / Nachtwey, Oliver (2022): Gekränkte Freiheit. Aspekte des libertären Autoritarismus, Berlin: Suhrkamp.

Berth, Hendrik / Brähler, Elmar / Zenger, Markus / Stöbel-Richter, Yve (2020): Die sächsische Längsschnittstudie. Zahlen und Fakten. In: Berth, Hendrik / Brähler, Elmar / Zenger, Markus / Stöbel-Richter, Yve (Hg.): 30 Jahre ostdeutsche Transformation. Sozialwissenschaftliche Ergebnisse und Perspektiven der Sächsischen Längsschnittstudie, Gießen: Psychosozial-Verlag, S. 19-32.

Beyer, Heiko / Schauer, Alexandra (Hg.) (2021): Die Rückkehr der Ideologie. Zur Gegenwart eines Schlüsselbegriffs, Frankfurt a. M.: Campus.

Brunner, Markus (2021): Von stummen und lärmenden Massen. Zu einigen Widersprüchen in Freuds »Massenpsychologie und Ich-Analyse«. In: Psychoanalyse – Texte zur Sozialforschung 25 (1), S. 5-25.

CDU-Sachsen (2005): Deutscher Patriotismus in Europa. Online Verfügbar: <https://www.cdu-sachsen.de/Dateien/deutscher-patriotismus-im-vereinigten-europa-zwoelf-thesen-zum-zusammenhalt-unserer-gemeinschaft/21803> [Zugriff: 02.02.2024].

Colligs, Alexandra (2021): Identität und Befreiung. Subjektkritik nach Butler und Adorno, Frankfurt a. M.: Campus.

Colligs, Alexandra (2022): Zwei Formen der Kritik an Identität. Zum Verhältnis von Kritischer Theorie und Queerfeminismus. In: Stögner, Karin / Colligs, Alexandra (Hg.): Kritische Theorie und Feminismus, Berlin: Suhrkamp, S. 225-246.

- Dilling, Marius / Kiess, Johannes / Decker, Oliver (2023): Der Sachsen-Monitor 2021/2022. In: Decker, Oliver / Kalkstein, Fiona / Kiess, Johannes (Hg.): Demokratie in Sachsen. Jahrbuch des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts für 2022, Leipzig: edition überland, S. 21-39.
- Freie Sachsen (20.10.2023): Polizei als Täter: Das AUFGEWACHT-Heft zur Polizeigewalt in Sachsen. In: Telegram-Kanal Freie Sachsen. Online verfügbar: <https://t.me/freesachsen/7325> [Zugriff: 05.02.2024].
- Gandehsa, Samir (2018): Understanding Right and Left Populism. In: Morelock, Jeremiah (Hg.): Critical Theory and Authoritarian Populism, London: University of Westminster Press, S. 49-70.
- Grimm, Marc (2009): Ware, Kunst, Autonomie. Ästhetik und Kulturindustrie bei Theodor W. Adorno. In: Stefan Müller (Hg.): Probleme der Dialektik heute. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 63–84.
- Henkelmann, Katrin / Jäckel, Christian / Stahl, Andreas / Wünsch, Niklas / Zopes, Benedikt (Hg.) (2020): Konformistische Rebellen. Zur Aktualität des autoritären Charakters, Berlin: Verbrecher Verlag.
- Hessel, Florian (2022): Elemente des Verschwörungsdenken. In: Hessel, Florian / Chakkarath, Pradeep / Luy, Mischa (Hg.): Verschwörungsdenken. Zwischen Populärkultur und politischer Mobilisierung. Gießen: Psychosozial-Verlag, S. 31-50.
- Hofman, Michael (2020): Flexibilisierung und Modernisierung. West- und ostdeutsche Gesellschaftswandel im Prozess der Vereinigung. In: Hofmann, Michael (Hg.): Umbruchserfahrungen: Geschichten des deutschen Wandels von 1990 bis 2020. 1. Aufl., Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 10–27.
- Horkheimer, Max / Adorno, Theodor (2022 [1969]): Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente. 26. Aufl., Frankfurt a.M.: Fischer Taschenbuch.
- Icks, Annette (1996): Der Transformationsprozeß in der ehemaligen DDR 1989 – 1991. Politische, soziologische und wirtschaftliche Aspekte, Hamburg: Kovač.
- Kaindl, Christina (2007): Neoliberalismus. Hochtechnologische Produktionsweise und prekarierte Lebensweise. In: Klautke, Roland / Candeias, Mario (Hg.): Prekarität, Neoliberalismus, Deregulierung. Beiträge des »Kritischen Bewegungsdiskurses«, Hamburg: VSA, S. 18–29.
- Kiess, Johannes (2023): Extrem rechte Parteien in Sachsen. Arbeitsteilige Mobilisierung und Fragmentierung. In: Decker, Oliver / Kalkstein, Fiona / Kiess, Johannes (Hg.): Demokratie in Sachsen. Jahrbuch des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts für 2022, Leipzig: edition überland, S. 79-96.

- Kohlmann, Martin (2022): Mehr Freiheit für das Volk. Die sächsische Verfassung von 1831 war eine Erfolgsgeschichte. In: Aufgewacht. Das Politikmagazin für Sachsen 1 (1), S. 31-33.
- Kohlmann, Martin (2023): Allein gegen die Übermacht. Kurfürst August III.: Der letzte Verteidiger des Reiches. In: Aufgewacht. Das Politikmagazin für Sachsen 2 (2), S. 12-14.
- Kowalczuk, Ilko-Sascha (2021): Woanders ist auch Scheiße! Die Auswirkungen der Transformation nach 1990 auf die Gesellschaft in Ostdeutschland. Ein Überblick. In: Ebert, Frank / Kulick, Holger / Kowalczuk, Ilko-Sascha (Hg.): (Ost)Deutschlands Weg. 45 Studien & Essays zur Lage des Landes, Bonn: BPP, S. 29-57.
- Kulturbüro Sachsen (2022): Die Freien Sachsen. In: Monitoring Rechts 5. Online verfügbar: https://kulturbuero-sachsen.de/wp/wp-content/uploads/2022/02/Monitorium_Freie-Sachsen_125_220207_WEB.pdf [Zugriff: 21.01.2024].
- Lutz, Wolfgang (1998): Grenzziehung und »kollektive Identität«. Sachsen als eine Einheit kollektiver Identifizierung und das Problem einer diskursiven Grenzziehung. In: Wollersheim, Heinz-Werner / Tzschaschel, Sabine / Middell, Matthias (Hg.): Region und Identifikation, Leipzig: Leipziger Univ.-Verl., S. 131-147.
- Marx, Karl (2008): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie (Marx-Engels-Werke 23), Berlin: Dietz.
- Marz, Ulrike (2023): Ideologiekritik und Psychoanalyse als »Methoden« zur Kritik des Rassismus. In: Psychoanalyse – Texte zur Sozialforschung 26 (1), S. 75-89.
- Mau, Steffen (2019): Lütten Klein. Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft, Berlin: Suhrkamp.
- Mikl-Horke, Gertraude (2007): Industrie- und Arbeitssoziologie. 6. Aufl., München: R. Oldenbourg.
- Minssen, Heiner (2006): Arbeits- und Industriesoziologie. Eine Einführung, Frankfurt a.M.: Campus.
- Morelock, Jeremiah (Hg.) (2018): Critical Theory and Authoritarian Populism, London: University of Westminster Press.
- Niedermayer, Oskar (2022): Parteimitgliedschaften im Jahre 2021. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 53 (2), S. 382-408.
- Oellers, Björn (2017): Zwang statt Freiheit. Zum autoritären Gehalt der Lehre Hayeks, Hamburg: Kovač.
- Rehmann, Jan (2008): Einführung in die Ideologietheorie. Dt. Orig.-Ausg, Hamburg: Argument.

- Rensmann, Lars (2018): The Persistence of the Authoritarian Appeal. On Critical Theory as a Framework for Studying Populist Actors in European Democracies. In: Morelock, Jeremiah (Hg.): *Critical Theory and Authoritarian Populism*, London: University of Westminster Press, S. 29-47.
- Rensmann, Lars (2021): Die Ideologie des Antisemitismus. Zur Gegenwart der Judenfeindschaft als Ressentiment und Weltdeutung. In: Beyer, Heiko / Schauer, Alexandra (Hg.): *Die Rückkehr der Ideologie. Zur Gegenwart eines Schlüsselbegriffs*, Frankfurt a. M.: Campus, S. 467-504.
- Ritsert, Jürgen (1975): *Inhaltsanalyse und Ideologiekritik. Ein Versuch über kritische Sozialforschung*, Frankfurt a. M.: Athenäum-Fischer-Taschenbuch.
- Sächsisches Staatsministerium des Innern (2023): Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2022. Online verfügbar: https://www.verfassungsschutz.sachsen.de/download/Saechsischer_Verfassungsschutzbericht_2022.pdf [Zugriff: 28.12.2023].
- Salheiser, Axel (2021): Welche Akzeptanz hat die repräsentative Demokratie in Ostdeutschland? In: Ebert, Frank / Kulick, Holger / Kowalczuk, Ilko-Sascha (Hg.): *(Ost)Deutschlands Weg. 35 weitere Studien, Prognosen & Interviews*, Bonn: BPB, S. 343-358.
- Stapelfeldt, Gerhard (2012): *Neoliberaler Irrationalismus*, Hamburg: Kovač.
- Stappenbeck, Jochen (2022): In unseren Händen. Neues Medium für gemeinwohlorientiertes Handeln. In: *Aufgewacht. Das Politikmagazin für Sachsen* 1 (1), S. 3.
- Steinhaus, Maria / Heim, Tino / Weber, Anja (2017): »So geht sächsisch!« *Pegida* und die Paradoxien der »sächsischen Demokratie«. In: Heim, Tino (Hg.): *Pegida als Spiegel und Projektionsfläche. Wechselwirkungen und Abgrenzungen zwischen Pegida, Politik, Medien, Zivilgesellschaft und Sozialwissenschaften*, Wiesbaden: Springer, S. 143-196.
- Stögner, Karin (2020): Autoritärer Charakter und Identitätspolitik. In: Henkelmann, Katrin / Jäckel, Christian / Stahl, Andreas / Wunsch, Niklas / Zopes, Benedikt (Hg.): *Konformistische Rebellen. Zur Aktualität des autoritären Charakters*, Berlin: Verbrecher Verlag, S. 265-280.
- Ther, Phillip (2021): Der Preis der Einheit. Die Transformation Deutschlands und Ostmitteleuropas nach 1989. In: Ebert, Frank / Kulick, Holger / Kowalczuk, Ilko-Sascha (Hg.): *(Ost)Deutschlands Weg. 45 Studien & Essays zur Lage des Landes*, Bonn: BPB, S. 395-410.

- Thümmler, Tom (2021): Die Sehnsucht nach dem »Ursprung«. Recht Ökologie und ihre partikulare Affirmation in der linken Landlust. In: Freie Assoziation 24 (2), S. 29-47.
- Viol, Patrick (2018): Der Sinn des Lebens ... ist unterm Kapital eine Konstruktion auf Kosten anderer. Über einige blindwütige Kritiker_innen der Identitätspolitik und Richard Sennetts Begeisterung für die Gemeinschaft. In: Zeitschrift für kritische Sozialtheorie und Philosophie 5 (2), S. 370-396.
- Witte, Sonja (2008/09): »Am Punkt wo die Psychologie abdankt...«: Freuds Rätsel der Massenbildung. In: Extrablatt 4, S. 34-42.

Sachsen First

Die Raumfrage im Grundsatzprogramm der Freien Sachsen

1. Einleitung

»Die letzten Jahre haben immer deutlicher gezeigt, dass wir Sachsen nicht mit den Lebensrealitäten in Westdeutschland kompatibel sind. Der Wendetraum ist geplatzt, unser Land ist gespalten und immer mehr von Wahnsinn, der in Westdeutschland mittlerweile Normalität geworden ist, schwappt zu uns über. Doch dagegen wehren wir uns!« (Freie Sachsen 2023b)¹.

So beschreiben die Freien Sachsen², eine radikal rechte Partei, welche im Zuge der verschwörungsideologischen Mobilisierungen gegen die staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Covid-19 Pandemie 2021 gegründet wurde (vgl. Kiess 2023), in einer ihrer Broschüren zum sog. SEXIT, also dem Austritt Sachsens aus der Bundesrepublik, das Verhältnis von Westdeutschland und Sachsen. Wie sich hier bereits erkennen lässt, beziehen sich die Protagonist:innen dieser Partei auf vielfältige Arten und Weisen auf die Kategorie des Raums. In ihrer Argumentation wird Westdeutschland zum Ort des Wahnsinns, der ›anders‹ ist als der Osten und dessen Verhältnisse in das noch ›normale‹ Sachsen überzuschwappen drohen. Die Freien Sachsen machen hier also mit Raum Politik, im Sinne ihrer Argumentation für ein spezifisches politisches Ziel schreiben sie bestimmten Räumen wie Westdeutschland oder Sachsen

-
- 1 Ein Verweis inkl. Seitenzahl ist bei dem zugrunde liegenden Datenmaterial der Freien Sachsen nicht möglich, da das Grundsatzprogramm und die verwendeten Broschüren über keine Seitenangaben verfügen.
 - 2 Für eine ausführliche Darstellung der Freien Sachsen s. die Einleitung zu diesem Band (Böhme/Krell).

Bedeutung zu und machen sie damit zu räumlichen Repräsentationen für etwas Gutes oder Schlechtes, trennen zwischen ›Uns‹ und den ›Anderen‹ (vgl. Dzudzek et al. 2011). Solche diskursiven Elemente, mit denen Räume auf sprachlicher Ebene konstruiert werden, können enorme Macht entfalten und spielen damit eine wichtige Rolle in der Analyse von Gesellschaft und Raum. Die (geographische) Diskursforschung hat gezeigt, dass durch die Verknüpfung von Wissen, Wahrheit und Macht bestimmte Diskurse hegemonial und andere wiederum marginalisiert werden (vgl. Glasze/Mattisek 2021: 14). Denn basierend auf diskursiven Hegemonien werden bestimmte Wahrheiten und damit letztlich auch bestimmte soziale Wirklichkeiten hergestellt, was übertragen auf den Raum bedeutet, dass »die Konstitution bestimmter Räume eng verknüpft [ist] mit der hegemonialen Durchsetzung bestimmter sozialer Wirklichkeiten« (ebd.: 15). Gerade im Bereich des Politischen spielen solche Raumdiskurse eine wichtige Rolle. So konnten etwa Arbeiten der *Critical Geopolitics* (vgl. Ó Tuathail 1996) zeigen, wie die Verhandlung globaler Konflikte auf der Ebene der Anrufung machtbesetzter geopolitischer Leit- und Weltbilder wie dem »clash of civilizations« (Huntington 1993) erfolgt, die als diskursive Praktiken gefasst werden, mithilfe derer scheinbar natürliche räumliche Ordnungen der internationalen Politik überhaupt erst produziert werden (vgl. Lossau 2001: 62).

Die sprachliche Behandlung von Raum durch politische Akteur:innen hat im Sinne der Logik von Diskursen also Relevanz für gesellschaftliche Machtverhältnisse, da über diesen Weg räumliche Repräsentationen konstruiert werden, die sich tief in die Identitätskonstruktionen von Menschen einschreiben, sodass sie sich etwa als Sachsen oder Deutsche verstehen und über das ›Eigene‹ und ›Fremde‹ in räumlichen Chiffren nachdenken und sprechen (vgl. Dzudzek et al. 2011: 3-5). In diesen machtbesetzten Konstruktionen sind Ausschlüsse stets angelegt, so wurden nach den Anschlägen vom 11. September 2001 ganze Länder zum Teil einer *Achse des Bösen* erklärt und im Zuge aktueller Asyldebatten werden Menschen aufgrund ihrer Geburt in der ›falschen‹ Weltregion pauschal zur Gefahr für westliche Gesellschaften verklärt (vgl. ebd.: 3-5). Derartige räumlichen Zuschreibungen zu hinterfragen und ihren Konstruktionscharakter offenzulegen, zu zeigen wie diese funktionieren und ihre Entwicklung nachzuzeichnen, ist dann die Aufgabe der Politischen

Geographie, die sich unter anderem der »Analyse, Dekonstruktion und Offenlegung machtvoller räumlicher Repräsentationen« widmet (ebd.: 5).

Genau hier soll der vorliegende Beitrag ansetzen, indem aus politisch-geographischer Perspektive auf die bisher kaum erforschten Freien Sachsen geblickt wird. Ziel soll es dabei sein, die beschriebenen Überlegungen zu Raumdiskursen auf die Freien Sachsen anzuwenden und danach zu fragen, auf welche Art und Weise sich deren offiziellen Parteipublikationen diskursiv auf Raum beziehen. Im Unterschied zum Telegram-Kanal, über den die alltägliche Kommunikation zwischen den Freien Sachsen und ihren Anhänger:innen stattfindet³, sollen hier also zunächst formale, dauerhafte Veröffentlichungen der Partei analysiert werden, um dadurch einen ersten Überblick zu gewinnen, wie die Freien Sachsen über Raum schreiben. Mithilfe einer Argumentationsanalyse (vgl. Felgenhauer 2021) werden dazu das Grundsatzprogramm der Freien Sachsen sowie als Ergänzung die beiden im Sommer 2023 im Online-Shop der Partei erwerbbaeren Broschüren untersucht, die sich mit dem Sächit und Asylpolitik befassen. Der Beitrag möchte so eine erste Vermessung dieser Publikationen aus raumtheoretischer Perspektive leisten, welche die angerufenen räumlichen Repräsentationen offenlegt und zukünftig tiefergehende raumbezogene Forschung über die Partei ermöglicht. Hierzu wird die politische Argumentation der Partei auf ihre Bezugnahme auf die vier nach Jessop et al. (2008) als am relevantesten eingeschätzten Raumformen (*spatial dimensions*) Territorium, Place, Scale und Network hin analysiert. Um dieses Vorhaben umzusetzen, werden in diesem Beitrag zunächst die theoretischen und methodischen Ansätze erläutert, anschließend das Grundsatzprogramm der Freien Sachsen überblicksartig vorgestellt und die Ergebnisse der Untersuchung umfassend beschrieben, bevor diese schließlich in den geographischen Forschungsstand eingeordnet werden.

Wie in der Einleitung zu diesem Sammelband ausführlicher herausgearbeitet wird, handelt es sich bei den Freien Sachsen um einen relativ neuen Akteur im Spektrum der radikalen Rechten in Deutschland allgemein und spezifisch in Sachsen. Während diverse zivilgesellschaftliche Akteur:innen Monitoring über die Aktivitäten der Freien Sachsen

3 Näheres zum Telegram-Kanal der Freien Sachsen s. den Beitrag von Tom Böhme in diesem Band.

betreiben (vgl. Kulturbüro Sachsen e.V. 2022), gibt es bisher kaum wissenschaftliche Veröffentlichungen, die sich explizit mit den Freien Sachsen beschäftigen. Vorherrschend sind aktuell Studien des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts für Demokratieforschung, in denen die Freien Sachsen als neuer Akteur der radikalen Rechten aus der Perspektive wissenschaftlichen Monitorings in Bezug auf ihre Bedeutung für die politische Landschaft Sachsens beleuchtet werden (vgl. Kiess 2023, Kiess et al. 2022, Kiess/Wetzel 2023, Decker et al. 2021, 2022, 2023). Daneben gibt es wenige weitere Studien, die sich mit Raumnahmen durch Proteste der Freien Sachsen (vgl. Zschocke/Mullis 2022) oder mit den Einstellungen der Protestteilnehmer:innen befassen (vgl. Fröhlich et al. 2023). Eine Untersuchung, welche sich mit den programmatischen Raumkonzepten der Freien Sachsen befasst, liegt dagegen noch nicht vor und soll dem Forschungsstand durch diesen Beitrag hinzugefügt werden, wobei sich an ähnlichen Untersuchungen bezüglich NPD (heute: Die Heimat) durch Schipper (2011) und AfD durch Hövel (2018) orientiert wurde.

2. Theoretische und methodische Ansätze

2.1 Raum, seine Formen und Diskurs

Um den theoretischen Ansatz dieses Beitrages darstellen zu können, muss zunächst der zugrundeliegende Raumbegriff geklärt werden. Raum wird hier in Anlehnung an die Theorietradition der *Radical Geographie* sowie an Henri Lefebvre weder als naturalisiertes Ding noch als idealisierte Idee außerhalb gesellschaftlicher Verhältnisse aufgefasst, sondern als soziale Konstruktion, die sowohl Ergebnis als auch Terrain sozialer Praxis ist (vgl. Belina 2017: 44). Nach diesem Verständnis kann es keine Theorie des Raumes an sich geben. Vielmehr geht es um eine Theorie der Produktion des Raumes, da Raum und Räumlichkeit nie einfach als Naturzustand vorhanden, sondern stets Produkte gesellschaftlicher Prozesse und damit umkämpft sind (vgl. Lefebvre 1974: 102). Raum und Räumlichkeit besitzen hier also keinerlei Eigenschaften ›an sich‹, sondern sie werden in räumlicher Praxis hergestellt, wobei jede soziale Praxis aufgrund der

physisch-materiellen Verortung in der (räumlichen) Welt auch eine räumliche Praxis ist.

Kritisiert wird an diesem Zugriff häufig, dass in diesem Verständnis gesellschaftliche Akteur:innen und Strukturen als feststehende Voraussetzung aufgefasst würden und der Raum damit strukturalistisch als simple Konsequenz dieser sozialen Strukturen und Prozesse gedacht wird (vgl. Glasze/Mattisek 2021: 43). Demgegenüber heben Ansätze, die Räume aus einer poststrukturalistischen Perspektive als stärker diskursiv konstituiert betrachten, hervor, dass das Soziale stets instabil, widersprüchlich und brüchig ist. Dabei ist dann Raum nicht als reines Ergebnis einer sozialen Produktion zu verstehen, sondern »die Konstitution von Räumen [als] integraler *Bestandteil* der Konstitution des Sozialen« (ebd.: 43, Herv. i. Orig.). Bis zu einem gewissen Grad lassen sich allerdings beide Ansätze zusammendenken, wie es beim Ansatz der Kritischen Diskursanalyse der Fall ist und von Belina und Dzudzek (2021) für die Human-geographie ausbuchstabiert wurde. Entscheidend ist es dafür, die Analyse von diskursiven Zeichensystemen nicht als privilegierten Zugang zum Sozialen, sondern lediglich als eine Möglichkeit der Untersuchung bestimmter Phänomene zu betrachten. Diskurse werden hier als durch soziale Praktiken produziert und reproduziert verstanden, sodass sie gesellschaftliche Verhältnisse widerspiegeln, wobei sie in einem »dialektischen Verhältnis mit den materiellen Grundlagen räumlicher und gesellschaftlicher Produktion und (Re-)Produktion« stehen (Belina/Dzudzek 2021: 110f.). Theoretisch wird für diesen Beitrag also angenommen, dass Diskurse eine wichtige Rolle in der Analyse von Gesellschaft und Raum spielen, da diese wie in der Einleitung beschrieben Macht entfalten und Einfluss auf die soziale Wirklichkeit haben. Gleichzeitig sollen Diskurse aber nicht idealistisch, sondern als ein Teil der gesellschaftlichen Wirklichkeit begriffen werden und Raum vordergründig als sozial konstruiert und damit inmitten der gesellschaftlichen Machtverhältnisse als umkämpft anerkannt werden. Anschließend an Lefebvres dritte Dimension des Raumes, die Repräsentation von Raum, soll so in diesem Beitrag ermöglicht werden, die Darstellung von Raum durch Sprache zu analysieren.

Raum wird für die hier vorliegende Untersuchung so operationalisiert, dass dieser in die vier nach Jessop et al. (2008) als am relevantesten

benannten Raumformen Territorium, Place, Scale und Network unterteilt wird. Diese Raumformen sind mit ihren dazugehörigen Prozessbegriffen Territorialisierung, Place-Making, Scaling und Networking spezifische Formen der Rauman eignung und -produktion (vgl. ebd., Belina 2017: 86). Allerdings sind diese kein festes Gerüst der räumlichen Ordnung der Welt, sondern lediglich diejenigen Raumformen, die in aktueller sozialer Praxis am relevantesten sind (vgl. Belina 2017: 113). Sie bilden dabei durch ihre Etabliertheit in der räumlichen Praxis das Terrain und die Voraussetzung für soziale und räumliche Praxis und sind nicht in Abgrenzung voneinander, sondern als miteinander verwoben zu verstehen (vgl. ebd.: 86). Entscheidend ist, dass all diese Raumformen sowohl eine materielle als auch eine diskursive Seite haben, letztere wird im Zentrum dieses Beitrages stehen.

Territorien werden in der angloamerikanischen Geographie als »Versuch eines Individuums oder einer Gruppe (x)« verstanden, »durch Abgrenzung eines geographischen Raumes sowie die Inanspruchnahme der Kontrolle über ihn, Objekte, Personen und Beziehungen (y) zu beeinflussen, auf sie einzuwirken oder sie zu kontrollieren« (Sack 1983: 56, Übers. Belina 2017: 88). Mit *territoriality* ist dabei der Prozess der Territorialisierung gemeint, bei dessen Resultat es sich um ein Territorium handelt. Dieses ist als ein fest umgrenzter geographischer Raum zu verstehen, über den durch bestimmte Akteur:innen Macht ausgeübt wird und ist somit stets Ergebnis eines Territorialisierungsprozesses (vgl. ebd.: 98). Der Zweck von Territorialisierungsprozessen, die durch bestimmte soziale Praktiken und Prozesse (etwa der Grenzziehung) durchgeführt werden, ist stets die Kontrolle von Objekten, Personen und Beziehungen (y). Das zentrale Mittel ist die Produktion eines von klaren Grenzen umrissenen Gebietes (vgl. ebd.: 88). Territorialisierung, und damit die Herstellung von Territorien, ist also nie etwas, das einfach so passiert oder da wäre. Stattdessen hängt sie stets zusammen mit mehr oder weniger absichtsvollen Handlungen von Individuen und Gruppen, muss also im Kontext des oben erläuterten Raumbegriffes als Strategie, Resultat oder Terrain gesellschaftlichen Handelns betrachtet werden.

Places sind dagegen bestimmte Orte, denen durch Menschen Bedeutung zugeschrieben wird, wobei auch diese Zuschreibungen in gesellschaftliche Machtverhältnisse eingebettet sind (vgl. Pred 1983: 50).

Mithilfe der räumlichen Strategie des Place-Makings wird dabei einem Ort eine bestimmte Bedeutung zugeschrieben, was auch zur politischen Mobilisierung genutzt werden kann, indem etwa Zuschreibungen wie ›Heimat‹ als authentisch und höherwertig festgeschrieben werden (vgl. Belina 2017: 110). Wichtig ist, dass Places als physisch-materielle Orte keine Macht aus sich selbst heraus haben, sondern erst als soziale Phänomene, als Mittel, Resultat und Voraussetzung sozialer Praxis, gesellschaftlich relevant werden (vgl. Harvey 1996: 320). Damit sind sie Resultat äußerst komplexer Konstellationen sozialer, ökonomischer, politischer und kultureller Beziehungen, die sich an einem bestimmten Ort treffen und zu einem Place verweben. Da in Prozesse des Place-Making vielfältige Machtstrukturen eingewoben sind, bleiben sie umstritten und sind damit keine festen Konstruktionen, sondern Wandlungsprozessen unterlegen (vgl. Massey 1991). Places können auf allen Maßstabsebenen auftreten, so können die eigene Wohnung, eine Stadt, ein Bundesland, aber auch die ganze Welt, zum Place werden, sobald diese mit einer spezifischen Bedeutung aufgeladen werden (vgl. Pierce et al. 2011: 60).

Die dritte für diesen Beitrag wichtige Raumform ist die der Scales, die sich als die räumlichen Maßstabsebenen der sozialen Welt definieren und in Anknüpfung an Smith (1984) verstanden werden. Solche räumlichen Maßstabsebenen sind in der Organisation von Gesellschaften in vielfältiger Form relevant. So ist etwa die politische Sphäre in der BRD unterteilt in die Scales Gemeinde, Kreis, Bundesland und Bundesrepublik, die unterschiedliche räumliche Maßstabsebenen von Politik darstellen. Einige dieser Scales mögen selbstverständlich erscheinen, doch »zu verstehen, warum die soziale Welt in bestimmten räumlichen Maßstabsebenen wie global, national, regional und lokal organisiert ist, was diese Organisation leistet und wie und warum sich Skalierungen verändern« (Belina 2017: 53), hat sich die Scale Literatur zur Aufgabe gemacht. Die grundlegende Erkenntnis dieser theoretischen Beschäftigung mit räumlichen Maßstabsebenen liegt darin, die Organisation sozialer Praxen und Prozesse, wie die Skalarität von Politik, als produziert zu begreifen (vgl. ebd.: 98). Diese Bezugnahme auf Scales in der Sphäre des Politischen wird dabei als Politics of Scale bezeichnet (vgl. Swyngedouw 1997: 141).

Als letzte Raumform soll die des Networks beleuchtet werden. Dieses wird hier nicht im Sinne von Castells (1999) als Gegenentwurf zu

Territorium, Place und Scale begriffen, sondern im Sinne der Arbeiten der *Radical Geography*. Dabei steht die soziale Praxis und deren Einbettung in durch Machtverhältnisse durchzogene gesellschaftliche Rahmenbedingungen im theoretischen Mittelpunkt (vgl. Harvey 1996). Definiert werden Networks nach diesem Verständnis als »bestehend aus mindestens drei räumlich mehr oder weniger fixierten Entitäten und ihren Verbindungen untereinander« (Belina 2017: 121). Diese Entitäten können Unternehmen, Städte, Institutionen oder Individuen sein (vgl. ebd.: 121). Außerdem sind Networks »zugleich soziale Strukturen und fortdauernde Prozesse, die durch asymmetrische und sich entwickelnde Machtverhältnisse von internationalen Akteuren und ihren Intermediären konstituiert, transformiert und reproduziert werden« (Dicken et al. 2001: 105, Übers. Belina 2017: 125f).

Zur Untersuchung des Grundsatzprogrammes der Freien Sachsen in diesem Beitrag soll also aufbauend auf das grundlegende Raumverständnis analysiert werden, inwieweit sich darin diskursiv auf die vier genannten Raumformen bezogen wird. Dies dient dazu, Muster der aufgeworfenen räumlichen Repräsentationen und Konstruktionen zu erkennen und so einen Beitrag zur Erforschung dieses neuen Akteurs in Sachsens radikal rechter Szene als auch im Bereich der geographischen Erforschung radikal rechter Phänomene allgemein zu leisten.

2.2 Argumentationsanalyse

Methodisch nutzt diese Untersuchung das Instrument der Argumentationsanalyse, da diese besonders geeignet ist, um im Diskurs vorgebrachte Argumente qualitativ zu analysieren. Konkret stützt sich die Analyse auf die Überlegungen von Toulmin (1996), auf dessen Argumentationstheorie die Methode basiert, sowie auf Felgenhauers (2021) Ausführungen für die raumbezogene Forschung. Die grundlegende Idee dieser Methode ist die Rekonstruktion von Argumenten, innerhalb derer bestimmte Rechtfertigungen und Begründungen für Behauptungen formuliert werden, die als Praktiken der Welt- und Raumkonstruktion analysierbar sind (vgl. Felgenhauer 2021: 346). Dabei wird sich in der humangeographischen Spezialisierung dieser Methode auf raumbezogene Begründungen und

Argumente fokussiert, die »zumeist unausgesprochenes raumbezogenes Hintergrundwissen (re-)produzieren« (ebd.: 346). In der Ausführung der Methode werden die zugrundeliegenden sprachlichen Dokumente zunächst in einzelne Argumente eingeteilt, welche dann in ihre Bestandteile *claim* (Behauptung), *data* (begründender Fakt), *warrant* (Schlussregel) und *backing* (Hintergrund) aufgesplittet werden (vgl. Kopperschmidt 2000: 109ff.). Dadurch können die Argumente nachgezeichnet und die impliziten und expliziten diskursiven Bezugnahmen auf Raum herausgearbeitet werden (vgl. Felgenhauer 2021: 361). Im Falle dieses Beitrages wurden so das Grundsatzprogramm sowie zwei aktuelle Broschüren der Freien Sachsen in einzelne Argumente unterteilt und dann in Bezug auf die diskursiven Verweise auf die Raumformen Territorium, Place, Scale und Network hin untersucht. Dabei bietet sich diese Methode besonders gut an, da die untersuchten Schriftstücke in ihrer Form als Darstellung von politischen Parteipositionen in einer argumentativen Weise aufgebaut sind, um Leser:innen zu überzeugen und Wähler:innen zu gewinnen.

3. Grundsatzprogramm der Freien Sachsen

Anschließend an die theoretische und methodische Einführung folgt nun eine knappe Vorstellung des der Analyse zugrunde liegenden Datenmaterials. Das Grundsatzprogramm der Freien Sachsen aus dem Jahr 2021 sowie die beiden aktuell im Shop der Partei erhältlichen Broschüren, welche sich mit den Themen Asylpolitik und Sächsit befassen, wurden zur Untersuchung ausgewählt, da es sich um formalisierte Darlegungen der politischen Positionen der Freien Sachsen handelt. Sie stellen somit eine eigene Form der Kommunikation dar, der im Vergleich zu anderem verfügbarem Datenmaterial (etwa öffentlichen Reden von Parteivertreter:innen, Posts im offiziellen Telegram-Kanal oder Artikel im der Partei nahestehenden Presseorgan, dem *Aufgewacht*-Magazin) ein höheres Maß an Verbindlichkeit für das Selbst- und Raumverständnis der Freien Sachsen zugesprochen werden kann. Zukünftige Forschung könnte hier ansetzen und die raumbezogenen Argumentationsmuster der Freien Sachsen in weiteren Kommunikationskanälen vertiefend untersuchen und vergleichen.

Im Aufbau ist das lediglich als Website auffindbare Grundsatzprogramm der Freien Sachsen in 17 kurze Absätze unterteilt, welche jeweils bestimmte Politikbereiche abhandeln. Mit ca. 2.000 Wörtern Länge ist es vergleichsweise kurz, wodurch viele Positionen im Vagen bleiben und nicht näher ausgeführt werden (vgl. zu allen weiteren Ausführungen zum Grundsatzprogramm Freie Sachsen 2021).⁴ Geographisch bezieht sich das Programm lediglich auf Sachsen, für andere Teile Deutschlands erhebt die Partei keinen politischen Geltungsanspruch. Begonnen wird im ersten Absatz »Ein freies Sachsen in Deutschland und Europa« mit einem Bekenntnis zur deutschen Nation, aus dem für die Partei allerdings nicht automatisch eine Zugehörigkeit zur Bundesrepublik Deutschland folgt. Im anschließenden Absatz »Mehr Autonomie und notfalls der Säxit« werden die Autonomiebestrebungen ausgeführt, bevor in den Absätzen »Corona-Pandemie als Musterbeispiel für den gescheiterten Zentralismus« und »Subsidiarität statt Gängelung von oben« weitere Argumente für mehr Unabhängigkeit von der BRD benannt werden. Im weiteren Verlauf des Programmes wird ein zukünftiger sächsischer Staat ausbuchstabiert, für den eine neue Verfassung mit Elementen direkter Demokratie erarbeitet werden soll (»Ja zu einer sächsischen Verfassung«, »Echte Mitbestimmung statt Pseudo-Bürgerbeteiligung«) und ein libertäres, protektionistisches und auf Autarkiebestrebungen ausgerichtetes Wirtschaftsprogramm entworfen wird (»Steuern runter, Wirtschaft rauf«, »Heimische Wirtschaft stärken, den Mittelstand vor Ort unterstützen«, »Private Vertragsfreiheit und Abschaffung der Vorzugsbehandlung von Zwangskassen«).

Gesellschaftspolitisch schwanken die Positionen der Partei zwischen christlich-konservativen, teilweise rassistischen Positionen in Bezug auf Religion, Migration und innere Sicherheit (»Christliche Traditionen sind zu bewahren«, »Weltoffenes Sachsen ja, Anziehungspunkt für Wirtschaftsflüchtlinge nein«) und libertärer Ablehnung staatlicher Eingriffe in Bildung, Erziehung, Strafverfolgung und das öffentliche Wort (»Eigenverantwortung statt Bevormundung«, »Elementare Rechtsgüter schützen – durch Gemeinschaft, nicht durch den Polizeistaat«, »Bildung und Erziehung müssen in der Hand der Eltern bleiben«, »Ohne Scheu-

4 Damit hebt es sich deutlich von üblichen Parteiprogrammen ab. Das Grundsatzprogramm der SPD umfasst beispielsweise 79 Seiten.

klappen und Maulkörbe die Zukunft diskutieren«). Eine Besonderheit ist das im Absatz »Ja zu sächsischer Selbstbestimmung« polemisch behandelte Ost-West-Verhältnis, wobei die Entfernung westlicher Eliten aus sächsischen Führungspositionen in allen Gesellschaftsbereichen eine Hauptforderung darstellt. Der letzte Absatz, »Sächsische Kulturlandschaft schützen, eigene Ressourcen nutzen«, entwirft die »sächsische Heimat« als positive Identifikationsfigur und spricht sich gleichzeitig für die Extraktion fossiler Rohstoffe zur autarken Energieversorgung Sachsens aus. In den beiden ergänzend analysierten Broschüren werden die Positionen zu Säxit und Asylpolitik tiefergehend erläutert (Freie Sachsen 2023a, b). Da sie grundlegend mit denen im Grundsatzprogramm übereinstimmen, wird hier auf eine nähere Darstellung verzichtet.

4. Analyse der Raumformen in den Diskursen der Freien Sachsen

Um der Frage nachzugehen auf welche Art und Weise sich die Freien Sachsen diskursiv auf Raum beziehen, wurden das Grundsatzprogramm sowie die beiden Broschüren der Partei auf Bezüge zu den Raumformen Territorium, Place, Scale und Network hin untersucht. Dabei wurden das Datenmaterial in ca. 60 einzelne Argumente mit Raumbezug gegliedert und diese in ihre Einzelteile wie unter 2.2 beschrieben unterteilt. Mithilfe dieser Methode konnten die impliziten und expliziten Raumbezüge in der Argumentation extrahiert und dann hinsichtlich ihrer Verweise auf die einzelnen Raumformen hin analysiert werden.

4.1 Territorium – Die Sachsen als die besseren Deutschen

Auf die Raumform Territorium wird sich in den untersuchten Dokumenten in vielfältiger Weise bezogen. Insgesamt konnten 30 solcher diskursiver Aufrufe von Territorien identifiziert werden. Dabei spielen Territorien in der Argumentation der Freien Sachsen insgesamt eine entscheidende Rolle: Sie argumentieren innerhalb der territorialisierten Logik aktueller staatlicher Organisation, die sich durch die Aufteilung der Welt in klar abgegrenzte Staatgebiete auszeichnet, in denen eine bestimmte

staatliche Organisationseinheit über das alleinige Rechtsetzungsmonopol verfügt (vgl. Agnew 2009). Staatlichkeit ist somit territorial organisiert, so dass die Welt als »Ansammlung in Territorien organisierter Gesellschaften« erscheint (Belina 2017: 139). Die Freien Sachsen stellen diese Logik nicht infrage, sondern entwerfen verschiedene politische Positionen, die sie innerhalb und mithilfe dieser territorialisierten Staatlichkeit durchsetzen wollen, für den Fall, dass sie Macht im Staat erlangen. Dies wird darin deutlich, dass sich alle Programmpunkte auf Sachsen als staatliches Territorium beziehen, innerhalb dessen sie durchgesetzt werden sollen. Eine Besonderheit des Programmes der Freien Sachsen ist jedoch, dass es sich nicht auf das Territorium Sachsen in den aktuell existierenden Grenzen bezieht, sondern eine diskursive De- und Reteritorialisierung, also die Dekonstruktion und Wiederherstellung eines Territoriums, vornimmt. Dazu wird der politische Vertretungsanspruch ausgeweitet auf den »traditionellen sächsischen Kulturraum, zu dem auch (weite) Teile von Thüringen, sowie Teile von Sachsen-Anhalt und Brandenburg«, also insgesamt ca. 6 Millionen Menschen gehören würden (vgl. Freie Sachsen 2021).

Weiterhin bezieht sich die Partei in ihrer Argumentation für politische Positionen auf die Raumform Territorium, indem mithilfe der Kategorie des sächsischen Territoriums die dort ansässigen Menschen aufgrund ihrer Lage im Raum mit bestimmten Eigenschaften konstruiert werden, welche die Freien Sachsen anzusprechen versuchen, um potenzielle Wähler:innen zu gewinnen. Dies kann als die zentrale Leistung von Territorialisierungsstrategien angesehen werden, da so Menschen, Gruppen oder Praktiken nach ihrer Lage im Raum klassifiziert und mit Bedeutung aufgeladen werden, um Macht auszuüben – so verschwinden soziale Praktiken von Differenz und Heterogenität hinter räumlichen Chiffren und die Menschen werden zu homogenen Dingen im Raum essentialisiert (vgl. Belina 2017: 90). Dies lässt sich im analysierten Datenmaterial zunächst häufig dann finden, wenn die ›Sachsen‹ durch die Autor:innen angesprochen werden, um für oder gegen etwas bestimmtes zu argumentieren. So werden die Sachsen als homogene Gruppe dargestellt, gegen deren Interessen die aktuelle sächsische Landesregierung Politik machen würde (vgl. Freie Sachsen 2021). Außerdem werden die Sachsen in Differenz zu Menschen aus anderen Territorien (wie den westdeutschen

Bundesländern oder anderen Nationalstaaten) als rechtschaffende, friedlich zusammenlebende Menschen dargestellt, die ausschließlich durch ausländische Kriminelle oder Geflüchtete mit anderen Religionen in ihrem Zusammenleben gestört würden (vgl. Freie Sachsen 2021). Anhand der Kategorie Territorium werden damit Unterschiede innerhalb der sächsischen Bevölkerung negiert, um zugleich ›fremde‹ Menschen als unfriedlich oder kriminell darzustellen, da sie aus anderen Territorien stammen. Auch werden die Sachsen als wehrhaft, freiheitlich-konservativ, stolz auf ›ihr‹ Sachsen und dem Schutz ihrer Kulturlandschaft verpflichtet beschrieben, um so eine positive Andersartigkeit der Sachsen und ihre Avantgardeposition innerhalb Deutschlands zu begründen, mithilfe derer für eine stärkere Autonomie der Region argumentiert wird (vgl. Freie Sachsen 2023a, b). Darüber hinaus wird die Zugehörigkeit zum sächsischen Territorium als entscheidende Kategorie genutzt, anhand derer sich entscheiden soll, ob Menschen bestimmte Leistungen der staatlichen Daseinsvorsorge wahrnehmen dürfen oder nicht. So wird z. B. im Sinne einer *Sachsen First* Argumentation dafür votiert, dass nur junge Menschen aus Sachsen die Bildungseinrichtungen besuchen dürfen, während anderen dies nur unter bestimmten Bedingungen gestattet werden soll (vgl. Freie Sachsen 2021).

Neben der Konstruktion der Sachsen als homogene, mit Besonderheiten ausgestattete Entität, wird auch hinsichtlich der Menschen, die außerhalb Sachsens leben, mithilfe von Territorialisierungsstrategien argumentiert. So werden alle Einwohner:innen der Territorien Südtirol, Nordschleswig, Kärnten und Elsass zu Deutschen erklärt, um dafür zu argumentieren, dass nicht alle Deutschen und ihre Territorien innerhalb der BRD organisiert seien (vgl. ebd.). Ebenso werden die Bewohner:innen der Visegrád-Staaten⁵ als den Sachsen ähnlich beschrieben, um so für eine stärkere Anbindung an die osteuropäischen Staaten zu argumentieren (vgl. ebd.). Im Gegensatz dazu werden die Menschen in oder aus den westdeutschen Bundesländern als anders als die Sachsen konstruiert, etwa indem sie als linke »Klima-Extremisten« oder fremde Eliten diffamiert werden, die die wichtigen Positionen im sächsischen Staat einnehmen (ebd.). In Bezug auf die Asylpolitik wird ebenfalls mithilfe

5 Hierbei handelt es sich um Polen, die Tschechische Republik, die Slowakei und Ungarn.

der Bezugnahme auf Territorien Politik gemacht. So werden Menschen pauschal aufgrund ihrer Herkunft aus bestimmten Staaten im arabischen oder nordafrikanischen Raum als gefährlich dargestellt und ihnen wird das Recht abgesprochen, sich in Sachsen aufhalten zu dürfen (vgl. ebd.). Wenn Geflüchtete dagegen aus den ›richtigen‹ nationalstaatlichen Territorien wie der Ukraine stammen, wollen die Freien Sachsen ihnen den Zuzug erlauben (ebd.). Generell lassen die untersuchten Dokumente die Aussage zu, dass (die meisten) Menschen außerhalb Deutschlands als Gefahr dargestellt werden, um die Politik der aktuellen Bundesregierung zu kritisieren, weil sie Anreize für den Zuzug von ›ausländischen‹ Menschen schaffe (vgl. Freie Sachsen 2023a).

Eine weitere Art des Bezugs auf Territorien geschieht dadurch, dass die Freien Sachsen verschiedene Territorien als Vorbilder für ihre Ziele aufrufen. So gelten andere europäische Regionen mit starken Autonomiebestrebungen und -rechten wie das Baskenland, Südtirol oder Schottland als Beispiele, um zu begründen, dass auch Sachsen das Recht auf einen ähnlichen Status hätte (vgl. Freie Sachsen 2021). In ähnlicher Form wird Großbritannien als Vorbild für den Austritt aus einem Staatenbund (Brexit) oder die Schweiz als Vorbild für direkte Demokratie benannt (vgl. ebd.). Auch werden Territorien wie Norwegen oder Litauen als rein quantitativ gelagerte Begründung für das Recht Sachsens auf mehr Autonomie ins Feld geführt, indem mit ihrer ähnlich gelagerten oder sogar niedrigeren Einwohner:innenzahl argumentiert wird (vgl. Freie Sachsen 2023a).⁶ Darüber hinaus wird die Logik von Territorien in Form von Grundstücken als Metapher verwendet, um für mehr individuelle Rechte gegenüber dem Zugriff anderer und staatlichen Institutionen zu argumentieren (vgl. ebd.). Sachsen wird zudem als Territorium entworfen, das eine möglichst starke Autarkie in Bezug auf Nahrungsmittel und Energie erlangen soll (vgl. ebd.).

Zusammenfassend nutzen die untersuchten Publikationen den Bezug auf die Raumform Territorium hauptsächlich, um die Menschen in Sachsen als zum Territorium zugehörige Entität mit homogenen Interessen und spezifischen Besonderheiten zu entwerfen, die sich von allen anderen Menschen, besonders denen im Westen Deutschlands, unterscheiden.

6 Hinweise auf historische Gründe für die positive Bezugnahme auf Litauen als Staat, der sich aus der Sowjetunion herausgelöst, ließen sich im Textmaterial nicht finden.

Dies soll Forderungen nach mehr Unabhängigkeit begründen. Unterstrichen wird das durch Bezüge auf andere Territorien, die als Vorbilder für mehr Autonomie benannt werden, um sächsische Autonomie-Forderungen stärker zu legitimieren.

4.2 Place – Sachsen als die schützenswerte ›Heimat‹

Auch auf die Raumform Place bezogene Argumentationsmuster konnten in den untersuchten Dokumenten in vielfältiger Weise identifiziert werden. So ließen sich in insgesamt 39 einzelnen Argumenten solche Bezüge finden. Dabei arbeiten die Freien Sachsen in ihrer Kommunikation häufig mit raumbezogenen Rechtfertigungen für ihre Hauptforderung der stärkeren Autonomie Sachsens, indem die Strategie des Place-Makings auf Sachsen angewendet wird. Sachsen wird so mit Bedeutung aufgeladen und diskursiv als Place konstruiert, dem bestimmte Eigenschaften zugeschrieben werden. So wird häufig erwähnt, dass Sachsen eine große und besondere, teilweise vom Rest Deutschlands abweichende, Geschichte habe, um die Forderung nach mehr Autonomie zu begründen (vgl. Freie Sachsen 2023b). Diese Aufladung Sachsens mit historischer Bedeutung kann dabei im Sinne von Anderson (1991) als wichtiger Aspekt des *nation-buildings* verstanden werden, das vonnöten ist, um eine Nation zu legitimieren. Für die Freien Sachsen kann dies als besonders relevant angesehen werden, da sie nach sächsischer Autonomie streben, wofür die Konstruktion einer Art von Nationalbewusstsein vorteilhaft sein dürfte. Im Verbund mit dem Bezug auf die bedeutende Historie wird Sachsen hierfür als Place konstruiert, der bereits in der Vergangenheit politisch mal mehr und mal weniger eng verbunden mit dem Rest Deutschlands war, was zur Legitimation einer neuerlichen Veränderung im politischen Verhältnis zwischen Sachsen und Deutschland genutzt wird (vgl. Freie Sachsen 2021). Gesondert wird in einem Argument auch darauf hingewiesen, dass das Leben im historischen Königreich Sachsen (im frühen 19. Jhd.), in dem die Bevölkerung noch ohne zentralstaatliche Bestimmungen über sich selbst entscheiden konnte, ›besser‹ gewesen wäre, was daran verdeutlicht wird, dass es keine Sozialleistungen für Zugewanderte gegeben hätte (vgl. ebd.).

Ebenfalls als Place-Making Strategie konnte der argumentative Bezug auf Sachsen als ›Heimat‹, also als spezifisch deutsche Variante einer sinnstiftenden und gleichzeitig ausgrenzenden Aufladung eines Mensch-Ort-Verhältnisses (vgl. Weber et al. 2019: 6), identifiziert werden. So wird das politische Streben nach mehr Autonomie dadurch beschworen, dass es sich um den Kampf für eine »unabhängige, sächsische Heimat« handeln würde (Freie Sachsen 2023b). Gleichzeitig wird diese ›Heimat‹ als »traditioneller, sächsischer Kulturraum« benannt (ebd.), der kein »austauschbarer Wirtschaftsstandort, sondern uralte Kulturlandschaft« sei, deren Erhalt zur »Aufgabe aller Sachsen« erklärt wird, da sie zur schützenswerten »sächsische[n] Identität« gehöre (Freie Sachsen 2021). Die Freien Sachsen konstruieren Sachsen also mit Bezug auf die Landschaft als historisch gewachsenen, schützenswerten ›Heimat‹-Ort, für dessen Freiheit und Unabhängigkeit es sich zu kämpfen lohnen würde und an den eine spezifische, zu bewahrende Identität geknüpft wäre. Im Zusammenhang mit dieser raumbezogenen Identität wird Sachsen auch als Place charakterisiert, zu dem historisch bedingt das Christentum gehöre, während andere Religionen nur insofern toleriert werden sollen, als sie sich an die »Gepflogenheiten des Landes« halten (ebd.). Weiterhin wird Sachsen auch im Rahmen der Argumentation für mehr sächsische Unabhängigkeit oder andere politische Ziele wie die Verhinderung des Baus von Unterkünften für Geflüchtete als Ort des Widerstandes konstruiert, an dem sich z.B. gegen die Politik der Bundesregierung mit großen Protesten gewehrt wird, um so die Durchsetzung der eigenen Forderungen durch die Stützung auf eine Protestbewegung als erreichbar darzustellen (vgl. Freie Sachsen 2023a). Auch in Bezug auf die Mobilisierung für eigene Proteste werden Place-Making Strategien verwendet. So beschwören die Freien Sachsen eine Gefahr für die ›lebenswerte‹, noch ›normale‹ und schöne ›sächsische Heimat‹. Diese sei durch Zustände bedroht, die anderswo herrschten, überwiegend in den im negativen Sinne als bunt, ›multikulti‹, unsicher und grün beschriebenen westdeutschen Großstädten (vgl. Freie Sachsen 2021, 2023a, b). Hervorzuheben ist hier auch die starke Betonung des Deutsch-seins der Sachsen zu Beginn des Grundsatzprogrammes, welches die Region Sachsen ansonsten als besonders, historisch bedeutend und abweichend von anderen Teilen Deutschlands darstellt (vgl. Freie Sachsen 2021). Es lassen sich also

durchaus widerstrebende Tendenzen dahingehend feststellen, wie das raumbezogene Verhältnis zwischen der sächsischen und deutschen Identität laut Freien Sachsen genau auszusehen hat. Allerdings ist eine Interpretation des Sächsischen als reine Essenz des Deutschen denkbar, nach der die Autonomieforderung eine Konsequenz der sächsischen Avantgardestellung ist, auch wenn in den Publikationen nicht eindeutig auf diese Weise argumentiert wird.

Neben Bezugnahmen auf Historie, Identität und ›Heimat‹ nutzt das Grundsatzprogramm auch in Bezug auf andere Politikfelder Argumentationsmuster, die sich Place-Making Strategien bedienen. So wird in den untersuchten Dokumenten ein Programm entworfen, mithilfe dessen Sachsens Attraktivität als Wirtschaftsstandort im globalen Wettbewerb gesteigert werden soll. Dies wird etwa auch betont, wenn davon die Rede ist, »die Landeskinder auf [...] den – auch internationalen – Wettbewerb vorzubereiten« (ebd.). Erreicht werden soll diese Stärkung des Wirtschaftsstandortes vor allem durch die Absenkung und Abschaffung bestimmter Steuern und Sozialabgaben sowie durch den Abbau von Bürokratie, was Sachsen zu einem attraktiven Ort für die Ansiedlung von Unternehmen machen soll (vgl. ebd.). Dabei werden konkrete Verortungen vorgenommen. Chemnitz etwa solle wieder zum »sächsischen Manchester« und »Made in Saxony« zum weltweiten Qualitätssiegel aufsteigen (Freie Sachsen 2023b). Sachsen wird also als zukünftig attraktiver (Wirtschaftsstand)Ort entworfen. Dies soll u.a. dadurch geschehen, dass regionale Lebensmittel- und Energieproduktion gefördert werden, um Abhängigkeiten zu vermeiden, die eigene Wirtschaft zu stärken und damit Arbeitsplätze zu schaffen (vgl. Freie Sachsen 2021). Auch in Bezug auf das Themenfeld innere Sicherheit argumentieren die Freien Sachsen Place bezogen, indem sie fordern, die (nicht näher ausgeführten) Anreize für Kriminelle ihr Tätigkeitsfeld nach Sachsen zu verlegen, abzuschaffen. Sachsen wird so negativ als aktuell attraktiver Place für Kriminelle dargestellt. Da diese in der Logik der Partei stets nur von außerhalb Sachsens kommen können, soll dies verändert werden, indem Sachsen zum für Kriminelle unattraktiven Ort wird (vgl. ebd.). In der Migrationspolitik argumentieren die Freien Sachsen ganz ähnlich, wenn sie Sachsen zunächst als prinzipiell weltoffenes Land (Place-Making) beschreiben, zugleich aber die Sozialleistungen für

Geflüchtete einstellen wollen, um Sachsen für »Wirtschaftsflüchtlinge [...] völlig unattraktiv«, also zum unattraktiven Ort, zu machen (ebd.). Neben der ortsbezogenen Konstruktion einer eigenen, sächsischen Region beziehen sich die Freien Sachsen auch auf andere Räume, die sie mit Bedeutung aufladen und so als Places konstruieren. Westdeutschland allgemein und westdeutsche Großstädte im Besonderen werden als negativ konnotierte Places konstruiert, deren Verhältnisse auf keinen Fall auf Sachsen abfärben dürften. Eine Ähnlichkeit wird dagegen zu den Visegrád-Staaten und den anderen ostdeutschen Bundesländern behauptet (vgl. ebd.). Ein Sonderfall im Place-Making sind nordafrikanische und andere Mittelmeer-Anrainerstaaten, die als Urlaubsländer und damit als idyllische Orte dargestellt werden, an denen es sich gut leben ließe, was wiederum Migrationsbewegungen aus diesen Staaten nach Europa delegitimieren soll. Kommunen und Länder werden im aktuellen staatlichen Gefüge als Orte der Machtlosigkeit für ihre Einwohner:innen beschrieben, in denen echte Mitbestimmung nicht möglich sei, um für Modelle direkter Demokratie zu werben (vgl. ebd.).

Zusammenfassend konnte in der Analyse der Dokumente also festgestellt werden, dass sich deren Argumentationen auf verschiedene Weisen auf die Raumform Place beziehen. So nutzen sie Place-Making Strategien, um die eigenen Autonomiebestrebungen für Sachsen damit zu begründen, dass Sachsen ein einzigartiger, historisch besonderer Place, mit zugehöriger schützenswerter Identität und Landschaft/Natur, sei und laden diesen mit Bedeutungszuschreibung als »Heimat« auf. Darüber hinaus beziehen sie sich auf Places, um andere Teile Deutschlands negativ darzustellen oder ihr wirtschafts- und migrationspolitisches Programm mit raumbezogenen Argumentationsmustern zu begründen.

4.3 Scale – Weniger Nationalstaat, mehr regionale Autonomie

Als Partei, die es sich in besonderem Maße auf die Fahnen geschrieben hat, für stärkere Autonomie der Region Sachsen zu kämpfen, beziehen sich die Freien Sachsen in ihrer Argumentation an zentralen Stellen auf die Raumform Scale. Dies liegt darin begründet, dass es sich beim

Bundesland oder auch der Region Sachsen (welche die Freien Sachsen wie oben beschrieben als größer als die aktuellen Grenzen des Bundeslandes ansehen) um räumliche Maßstabebenen, also Scales, handelt. Dementsprechend beziehen sich auch viele der Forderungen im Grundsatzzprogramm auf spezifische Veränderungen innerhalb des skalaren Gefüges der aktuellen politischen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland. So ist eine der Kernforderungen der Partei eine Stärkung der Autonomie Sachsens innerhalb des staatlichen Gefüges der Bundesrepublik Deutschland oder auch die darüberhinausgehende Gründung eines eigenen Nationalstaates, wobei der genaue Weg sowohl im Programm als auch in der Broschüre zum sog. Säxit offengelassen wird (vgl. Freie Sachsen 2021, 2023b). Dies kann als eine Form von Politics of Scale interpretiert werden, da sie eine Veränderung im skalaren Gefüge hin zu mehr Autonomie für die Region Sachsen und weniger politische Befugnisse für die nationale und europäische Scale fordern (vgl. ebd.). Begründet wird diese übergeordnete Forderung in den untersuchten Dokumenten mithilfe verschiedener Argumente, wobei viele Bezüge zur Raumform Scale aufweisen. Insgesamt konnten 26 Argumente mit Bezug auf die Raumform Scale festgestellt werden.

Ein häufig vorkommendes Muster ist die Erwähnung der übergeordneten Scales Bund oder der EU auf delegitimierende Art und Weise. So wird die Notwendigkeit des deutschen Nationalstaates dadurch in Frage gestellt, dass zum einen historisch dafür argumentiert wird, dass auch in früheren Zeiten das skalare Gefüge ein anderes war, insofern es keinen mächtigen Zentralstaat gab, der zu stark in regionale Belange eingegriffen hätte (vgl. Freie Sachsen 2021). Zum anderen wird darauf hingewiesen, dass auch andere als deutsch erklärte Regionen wie Elsass oder Südtirol politisch außerhalb des deutschen Nationalstaates organisiert sind (vgl. ebd.). Hierdurch versuchen die Freien Sachsen also Argumente zu finden, warum das aktuelle skalare Gefüge nicht in Stein gemeißelt und prinzipiell veränderbar ist. Darüber hinaus werden aber auch Argumente ins Feld geführt, mit denen die übergeordneten Scales negativ konnotiert werden. So werden das »bundesrepublikanische Meinungsklima« als repressiv und der »EU-Apparat« als »aufgebläht« beschrieben sowie die Politik auf Bundes- und EU-Ebene an mehreren Stellen als den sächsischen Interessen widersprechend bezeichnet (ebd.).

Besonders in den Feldern der Asyl- und Corona-Politik wird in dieser Form argumentiert (vgl. ebd.). Im Fall der Corona-Politik wird dem Bund sogar die systematische »Gleichschaltung« der Bundesländer und damit eine Aushöhlung des föderalen Systems der BRD vorgeworfen, was sich auf die sog. Bund-Länder-Konferenzen bezieht, in denen zentrale Fragen der Bekämpfung der Covid-19 Pandemie abgestimmt wurden (Freie Sachsen 2023a).

Mit der Delegitimierung der höheren Maßstabsebenen geht bei den Freien Sachsen ein breiter Forderungskatalog zu mehr Macht auf regionaler Ebene einher. So wird an mehreren Stellen argumentiert, dass das Land Sachsen deutlich besser in der Lage sei, die Interessen der dort lebenden Menschen zu vertreten als der deutsche Nationalstaat (vgl. Freie Sachsen 2021). Die Partei fordert entsprechend das Re-Scaling verschiedener Politikfelder – weg von EU und Bund hin zur Region bzw. zum Bundesland. Konkret werden etwa die Familienpolitik und Fragen der inneren Sicherheit als solche benannt, die in Zukunft nicht mehr zentralstaatlich bestimmt werden sollten (vgl. ebd.). Dabei beziehen sich die Freien Sachsen auch auf das Subsidiaritätsprinzip, nach dem politische Entscheidungen möglichst auf der Ebene zu treffen sind, auf der sie wirken, wenn sie schreiben, dass »Angelegenheiten, die uns Sachsen betreffen, auch in Sachsen« entschieden werden sollten (ebd.). Insbesondere soll die Asylpolitik nicht mehr von höheren Scales bestimmt werden, stattdessen sei in Sachsen darüber zu entscheiden, ob und auf welche Weise Menschen in Sachsen Schutz gewährt wird (vgl. Freie Sachsen 2023a). Außerdem werden weitere Politikbereiche genannt, in denen die regionale Scale besser in der Lage wäre, Probleme zu lösen als die nationale. So wären eine regionale Pandemiebekämpfung und Gesundheitspolitik generell besser in der Lage, die Menschen angemessen zu versorgen (vgl. Freie Sachsen 2021). Auch in der Nahrungsmittel- und Energieproduktion wäre eine regionale Ausrichtung besser als eine nationale oder globale, da dadurch vor Ort Arbeitsplätze geschaffen und lange Transportwege vermieden werden (vgl. ebd.).

Die Freien Sachsen betreiben also Politics of Scale, indem sie eine Umorganisation des skalaren Gefüges der BRD fordern, durch welche die regionale Scale mehr Gestaltungsmöglichkeiten bekommt, während die nationale und europäische an Einfluss verlieren sollen. Explizit wird dabei

als Vorschlag auch eine Organisation der Regionen bzw. Bundesländer innerhalb der BRD nach Vorbild der EU als losem Staatenbund benannt (vgl. ebd.). Die Freien Sachsen präsentieren sich also als Vertreter:innen einer stärkeren regionalen Autonomie, was sie mit ihrer eingängigen Forderung »Dresden statt Berlin« porträtieren (ebd.). Interessant ist der Befund, dass sich die Partei auch explizit auf die kommunale Scale bezieht, um sie als diejenige Maßstabsebene zu beschreiben, auf der Protest am ehesten erfolgreich sein kann, da dort am direktesten Einfluss auf die politischen Verantwortungsträger:innen genommen werden kann. Dieser Befund steht jedoch im Widerspruch zu der im letzten Kapitel erläuterten Darstellung der Stadt (kommunale/lokale Scale) als Place der politischen Machtlosigkeit. Auflösen lässt sich dieser Widerspruch in den analysierten Dokumenten allerdings nicht.

Hinsichtlich der Raumform Network soll nur kurz erwähnt werden, dass in der Untersuchung so gut wie keine Bezüge auf diese Raumform identifiziert werden konnten, was daran liegen könnte, dass Kernelemente der Programmatik der Freien Sachsen (Autonomie, sächsische Identität) über wenig Berührungspunkte zu Networks verfügen. Es ließ sich lediglich die Beschwörung einer netzwerkartig über ganz Sachsen organisierten Protestbewegung für mehr sächsische Autonomie feststellen, die als beste Möglichkeit zur Durchsetzung der eigenen politischen Ziele dargestellt wird (vgl. Freie Sachsen 2023a, b).

5. Fazit

In den letzten zehn Jahren hat die raumbezogene Erforschung aktueller radikal rechter Akteur:innen innerhalb der Sozialwissenschaften merklich zugenommen und auch in der deutschsprachigen Humangeographie hat sich dazu jüngst ein eigenständiges Forschungsfeld entwickelt (vgl. Mullis/Miggelbrink 2021, 2022). Dabei ist diese Beschäftigung mit den radikalen Rechten meist qualitativ ausgerichtet, lokal oder regional verankert und befasst sich etwa mit räumlichen Ideologien, wahlgeographischen Untersuchungen oder rechten Gefühlsräumen (vgl. Mullis/Miggelbrink 2021: 7). Im Kontext der Belebung dieser raumbezogenen Forschung fügt der vorliegende Beitrag ein weiteres Puzzlestück hinzu,

indem die vorhandene Literatur durch eine Untersuchung raumbezogener Ideologien um einen weiteren Aspekt bereichert wird. Die hier dargelegten Ergebnisse sind dabei vor allem dahingehend von Relevanz, dass die Freien Sachsen als neuer Akteur innerhalb der menschenfeindlichen rechten Bewegung weiter ausgeleuchtet werden. In ähnlicher Form wie dies Schipper (2011) für die NPD (heute: Die Heimat) oder Hövel (2018) für die AfD taten, wurden hier offizielle, programmatische Publikationen einer radikal rechten Partei hinsichtlich bestimmter diskursiver Bezugnahmen auf Raum untersucht, wobei Raum in seine Formen Territorium, Place, Scale und Network operationalisiert wurde. Gezeigt werden konnte, dass sich die Freien Sachsen in ihrer Argumentation für ihre politischen Ziele in vielfältiger Weise diskursiv auf die genannten Raumformen beziehen. So reterritorialisiert das untersuchte Grundsatzzprogramm das Bundesland Sachsen zu einem in ihrem Sinne erweiterten ›sächsischen Kulturraum‹, argumentiert für mehr sächsische Autonomie, indem andere Territorien als Vorbilder benannt werden, und konstruiert ›die Sachsen‹ als homogene Entität mit besonders wertvollen Eigenschaften, die durch Menschen aus anderen Territorien bedroht seien. In Bezug auf die Raumform Place wird Sachsen vor allem als schützenswerte ›Heimat‹ entworfen, zu der eine besondere ›sächsische Identität‹ gehöre, wodurch der Anspruch auf mehr Unabhängigkeit für Sachsen zusätzlich gestützt wird. Auch in Bezug auf Scale stehen Fragen von mehr Autonomie im Fokus, indem für die Veränderung des skalaren Gefüges argumentiert und somit Politics of Scale für ein unabhängigeres Sachsen betrieben werden, während die Raumform Network auf der Ebene der Forderungen vernachlässigt werden kann und allenfalls für die Selbstbeschreibung der Organisations- und Protestformen relevant scheint.

Zusammenfassend zeigt die Argumentationsanalyse, dass die Freien Sachsen in ihren bisherigen programmatischen Veröffentlichungen diskursive Bezugnahmen auf den Raum vielfältig nutzen, um für ihre politischen Ziele zu argumentieren. Dabei nutzen sie klassisch rechte Motive wie ortsbezogene Mobilisierungen des Heimatbegriffs oder die Konstruktion einer homogenen sozialen Entität, welche auf natürliche Weise zu einem bestimmten Territorium zugehörig sei. Diese Motive sind alte Bekannte, die in anderen Untersuchungen für die radikale Rechte in Deutschland am Beispiel von NPD und AfD als prägende Raumdiskurse

identifiziert wurden (vgl. Schipper 2011, Hövel 2018, Mullis/Miggelbrink 2021: 8). Auch die Freien Sachsen begründen die räumliche Trennung der Nationen nicht mehr biologisch, sondern beziehen sich wie die meisten Akteur:innen der zeitgenössischen radikalen Rechten (vgl. Pott 2016: 166) auf eine kulturell legitimierte Zugehörigkeit »der Sachsen« zum sächsischen Territorium. Ebenfalls zum Mainstream rechter Akteur:innen passend ist die hier nachgewiesene »Grenzziehung zwischen einem homogenen Inneren und einem fremden, bedrohenden Äußeren«, das Hövel (2018: 166) für die AfD als Denkweise des völkischen (deutschen) Nationalismus identifizierte und von den Freien Sachsen hinsichtlich des Territoriums Sachsen betrieben wird. Andere Elemente rechter Raumkonzepte wie die Verwendung des identitär aufgeladenen Heimatbegriffes (vgl. Büchner 2020) oder die Konstruktion einer verbrecherischen Elite, welche gegen die deutschen Volksinteressen handeln würde (vgl. Hövel 2018: 169), finden sich auch in den Raumdiskursen der Freien Sachsen wieder.

Was diese allerdings innerhalb des Spektrums radikal rechter Akteur:innen in Deutschland besonders macht, ist dass ihr primärer räumlicher Bezugspunkt nicht Deutschland, das Deutsch-sein oder die Deutschen, sondern Sachsen, das Sächsisch-sein und die Sachsen ist. Die Freien Sachsen docken damit an eine im Bundesland Sachsen in den letzten Jahrzehnten beliebte Erzählung des sächsischen Exzeptionalismus an. Dieser besonders von Akteur:innen der sächsischen CDU geprägte Diskurs beschreibt Sachsen als das den Anderen überlegene Bundesland, dem durch seine spezifischen Errungenschaften eine politische, kulturelle, technologische und wirtschaftliche Vorreiterrolle innerhalb Deutschlands zustünde, was etwa in Twitter-Postings sächsischer Unionsabgeordneter a la »Sachse ist das Höchste, was ein Mensch auf Erden werden kann!« kumulierte (vgl. Steinhaus et al. 2017:178). Bereits für die Pegida-Bewegung konnten Steinhaus et al. (2017) nachweisen, dass der sächsische Exzeptionalismus ein besonderer Charakterzug der Proteste war, da die Beteiligten sich immer wieder identitär aufgeladen auf Sachsen als das bessere Deutschland und ihre starke lokal- und regionalpatriotische Verankerung bezogen. Dies fand schon damals seine Synthese in der auf Demonstrationen geäußerten Forderung nach dem Sächit, der als Ausgangspunkt einer konservativen Wiederherstellung Deutschlands von

Sachsen aus konstruiert wurde (vgl. ebd.: 183). Die von den Freien Sachsen aufgeworfenen Raumdiskurse können somit als konsequente Fortsetzung und Vollendung des sächsischen Exzeptionalismus betrachtet werden, da hier der Überzeugung der sächsischen Überlegenheit und dem vagen Wunsch nach Unabhängigkeit ein konkretes Programm gegeben wird, welches den Sächit gebündelt legitimiert und in seinen Grundzügen ausbuchstabiert. Inwieweit dies wirklich eine ernstzunehmende Forderung darstellt oder lediglich genutzt wird, um Aufmerksamkeit für die eigene Partei zu erlangen, lässt sich noch nicht beurteilen. Dieser Punkt ist allerdings aus der Perspektive der raumbezogenen Forschung in jedem Falle interessant, da die Freien Sachsen in ihrer Argumentation für den sog. Sächit in vielfältiger Weise maßstabsbezogene Begründungen nutzen. Eine weiterführende Forschung in diese Richtung wäre sicherlich ähnlich relevant wie im Falle von Domann und Nussl (2022), für die AfD. Generell kann der vorliegende Beitrag als explorativer Einstieg in eine raumbezogene Erforschung der Freien Sachsen gelesen werden: aus den hier dargelegten Ergebnissen ergeben sich diverse weiterführende Fragen, die anderswo vertieft untersucht werden könnten. So liegt ein Vergleich zu anderen radikal rechten Parteien wie der Heimat, dem III. Weg oder der AfD auf der Hand. Zudem wäre eine Untersuchung zur lokalen Einbindung der Partei und ihrer Protestereignisse sicherlich von großer Relevanz für die Bewertung des möglichen Erfolgs der Bestrebungen der Freien Sachsen in Bezug auf die Sächit-Forderung. Eine weitere offene Frage betrifft die Einordnung der programmatischen Ziele und Strategien der Freien Sachsen in die Forschung zu Autonomiebewegungen, da die Partei durch ihre Forderung nach dem sog. Sächit auch aus dieser Perspektive untersucht werden sollte. Die vorliegende Untersuchung konnte dahingehend bereits aufzeigen, dass die Freien Sachsen sich im Vergleich zu anderen europäischen Autonomiebewegungen (vgl. Jolly 2015) eher ablehnend gegenüber der EU positionieren. Die raumbezogene Erforschung der Freien Sachsen ist also insgesamt ein Feld, welches weiterhin Relevanz haben wird. Dies gilt auch und gerade hinsichtlich der sächsischen Kommunal- und Landtagswahlen 2024, welche aufgrund der enormen Stärke rechter Parteien – allen voran der AfD – über das Potenzial verfügen, das politische Gefüge in Sachsen, aber auch weit darüber hinaus, in Richtung der weiteren Erstarkung menschen-

feindlicher Akteur:innen zu verschieben und zu einer weiteren Normalisierung radikal rechter Politiken beizutragen. Auch die Freien Sachsen werden dabei wohl als Akteur in Erscheinung treten und könnten, wie sie es 2022 bei den Landratswahlen gezeigt haben, zur kommunalpolitisch und eventuell auch landespolitisch ernstzunehmenden Kraft außerhalb des weiterhin wöchentlich laufenden Protestgeschehens werden. Wie diese Untersuchung gezeigt hat, haben raumbezogene Argumentationen dabei durchaus Relevanz.

Literatur:

- Agnew, John (2009): *Globalization & Sovereignty*, Lanham, MD: Rowman & Littlefield.
- Anderson, Benedict (1991): *Imagined Communities. Reflections on the Origin and Spread of Nationalism*, London: Verso.
- Belina, Bernd (2017): *Raum. Zu den Grundlagen eines historisch-geographischen Materialismus (Einstiege 20)*. 2. Auflage, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Belina, Bernd / Dzudzek, Iris (2021): *Diskursanalyse als Gesellschaftsanalyse. Ideologiekritik und Kritische Diskursforschung*. In: Glasze, Georg / Matissek, Annika (Hg.): *Handbuch Diskurs und Raum. Theorien und Methoden für die Humangeographie sowie die sozial- und kulturwissenschaftliche Raumforschung*. 3. Aufl., Bielefeld: transcript, S. 109-136.
- Büchner, Timo (2020): *Der Begriff »Heimat« in rechter Musik*, Frankfurt a. M.: Wochenschau.
- Castells, Manuel (1999): *Space flow – der Raum der Ströme*. In: Bollmann, Stefan (Hg.): *Kursbuch Stadt. Stadtleben und Stadtkultur an der Jahrtausendwende*, Stuttgart: Dt. Verlagsanstalt, S. 39-81.
- Decker, Oliver / Kalkstein, Fiona / Kiess, Johannes (2021): *Demokratie in Sachsen*. Jahrbuch des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts für 2021, Leipzig: edition überland.
- Decker, Oliver / Kalkstein, Fiona / Kiess, Johannes (2022): *Demokratie in Sachsen*. Jahrbuch des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts für 2022, Leipzig: edition überland.
- Decker, Oliver / Kiess, Johannes / Brähler, Elmar (2023): *Autoritäre Dynamiken und die Unzufriedenheit mit der Demokratie*. EFBI Policy Paper 2023 No. 2, Leipzig: Else-Frenkel-Brunswik-Institut.

- Dicken, Peter / Kelly, Philip / Olds, Kris / Wai-Chung Yeung, Henry (2001): Chains and networks, territories and scales. Towards a relational framework for analysing the global economy. In: *Global Networks* 1 (2), S. 89-112.
- Domann, Valentin / Nuissl, Henning (2022): Lokale Reartikulation des Autoritären. Für eine skalensensible Analyse neurechter Politik »vor Ort«. In: *Geographische Zeitschrift* 110 (1), S. 22-40.
- Dzudzek, Iris / Reuber, Paul / Strüver, Anke (2011): Räumliche Repräsentationen als Elemente des Politischen. Konzeptionelle Grundlagen und Untersuchungsperspektiven der Humangeographie. In: Dzudzek, Iris / Reuber, Paul / Strüver, Anke (Hg.): *Die Politik räumlicher Repräsentationen. Beispiele aus der empirischen Forschung* (Forum Politische Geographie 6), Berlin: LIT, S. 3-24.
- Felgenhauer, Tilo (2021): Raumbezogenes Argumentieren. Theorie, Analysemethode, Anwendungsbeispiele. In: Glasze, Georg / Matissek, Annika (Hg.): *Handbuch Diskurs und Raum. Theorien und Methoden für die Humangeographie sowie die sozial- und kulturwissenschaftliche Raumforschung*. 3. Aufl., Bielefeld: transcript, S. 345-364.
- Freie Sachsen (2021): Programm der FREIEN SACHSEN. Online verfügbar: <https://freie-sachsen.info/wofuer-wir-stehen/> [Zugriff: 13.07.2023].
- Freie Sachsen (2023a): Sachsen wehrt sich. Asylflut stoppen, Chemnitz: Freie Sachsen. Online verfügbar: https://sachsenversand.shop/product_info.php?info=p185_broschuere--sachsen-wehrt-sich---asylflut-stoppen---50-stueck---.html [Zugriff: 16.06.2023].
- Freie Sachsen (2023b): Säxit! Freiheit und Unabhängigkeit für unser Sachsen, Chemnitz: Freie Sachsen. Online verfügbar: https://sachsenversand.shop/product_info.php?info=p62_broschuere--saexit---50-stueck-.html [Zugriff: 16.06.2023].
- Fröhlich, Paulina / Ranft, Florian / Vollmann, Erik (2023): *Mir reicht's Bürger. Analyse der Montagsdemonstrationen in Chemnitz und Gera im Winter 2022/23*, Berlin: Das Progressive Zentrum / Bertelsmann Stiftung.
- Glasze, Georg / Matissek, Annika (2021): Diskursforschung in der Humangeographie. In: Glasze, Georg / Matissek, Annika (Hg.): *Handbuch Diskurs und Raum. Theorien und Methoden für die Humangeographie sowie die sozial- und kulturwissenschaftliche Raumforschung*. 3. Aufl., Bielefeld: transcript, S. 13-62.
- Harvey, David (1996): *Justice, Nature and the Geography of Difference*, Oxford: Blackwell.
- Hövel, Philipp (2018): Völkischer Nationalismus. Das Weltbild der AfD aus Politisch-Geographischer Perspektive. In: *Berichte. Geographie und Landeskunde* 92 (2), S. 157-171.
- Huntington, Samuel (1993): The clash of civilization*s? In: *Foreign Affairs* 72 (3), S. 22-49.

- Jessop, Bob / Brenner, Neil / Jones, Martin (2008): Theorizing sociospatial relations. In: *Environment and Planning D: Society and Space* 26 (3), S. 389-401.
- Jolly, Seth (2015): *The European Union and the Rise of Regionalist Parties*, Michigan: University of Michigan Press.
- Kiess, Johannes (2023): Extrem rechte Parteien in Sachsen. Arbeitsteilige Mobilisierung und Fragmentierung. In: Decker, Oliver / Kalkstein, Fiona / Kiess, Johannes (Hg.): *Demokratie in Sachsen. Jahrbuch des Else-Frenkel-Brunswick-Instituts für 2022*, Leipzig: Edition Überland, S. 79-96.
- Kiess, Johannes / Wetzel, Gideon (2023): Rückgang der Mobilisierung – Fortsetzung der Agitation. *EFBI Digital Report No. 1*, Leipzig: Else-Frenkel-Brunswick-Institut.
- Kiess, Johannes / Nissen, Sophie / Wetzel, Gideon / Winkler, Benjamin (2022): *EFBI Digital Report #0*, Leipzig: Else-Fränkell-Brunswick-Institut.
- Kopperschmidt, Josef (2000): *Argumentationstheorie zur Einführung*, Hamburg: Junius.
- Kulturbüro Sachsen e.V. (2022): *Monitoring Rechts Heft #05. Die Freien Sachsen*. Online verfügbar: https://kulturbuero-sachsen.de/wp/wp-content/uploads/2022/02/Monitorium_Freie-Sachsen_125_220207_WEB.pdf [Zugriff: 13.07.2023].
- Lefebvre, Henri (1974): *La Production de l'Espace*, Paris: Éd. Anthropos.
- Lossau, Julia (2001): *Anderes Denken in der Politischen Geographie. Der Ansatz der Critical Geopolitics*. In: Reuber, Paul / Wolkersdorfer, Günter (Hg.): *Politische Geographie. Handlungsorientierte Ansätze und Critical Geopolitics* (Heidelberger Geographische Arbeiten 112), Heidelberg: Selbstverlag des Geographischen Instituts der Universität Heidelberg, S. 57-76.
- Massey, Doreen (1991): *A global sense of place*. In: *Marxism Today* 38, S. 24-29.
- Mullis, Daniel / Miggelbrink, Judith (2021): *Rechtsextremismusforschung in der deutschsprachigen Humangeographie. Stand der Debatte und Einleitung zum GZ-Themenschwerpunkt*. In: *Geographische Zeitschrift* 21 (4), S. 184-207.
- Mullis, Daniel / Miggelbrink, Judith (Hg.) (2022): *Lokal extrem rechts. Analysen alltäglicher Vergesellschaftungen*, Bielefeld: transcript.
- Ó Tuathail, Gearóid (1996): *Critical geopolitics. The politics of writing global space*, Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Steinhaus, Maria / Heim, Tino / Weber, Anja (2017): »So geht sächsisch!« *Pegida* und die Paradoxien der »sächsischen Demokratie«. In: Heim, Tino (Hg.): *Pegida als Spiegel und Projektionsfläche. Wechselwirkungen und Abgrenzungen zwischen Pegida, Politik, Medien, Zivilgesellschaft und Sozialwissenschaften*, Wiesbaden: Springer, S. 143-196.

- Pierce, Joseph / Martin, Deborah / Murphy, James (2011): Relational place-making. The networked politics of place. In: Transactions of the Institute of British Geographers 36 (1), S. 54-70.
- Pott, Andreas (2016): Geographien des Rassismus. In: Varela, María do Mar Castro / Mecheril, Paul (Hg.): Die Dämonisierung der Anderen, Bielefeld: transcript, S. 185-192.
- Pred, Allan (1983): Structuration and Place. On the Becoming of Sense of Place and Structure of Feeling. In: Journal for the Theory of Social Behaviour 13 (1), S. 45-68.
- Sack, Robert (1983): Human Territoriality. A theory. In: Annals of the Association of American Geographers 73 (1), S. 55-74.
- Schipper, Sebastian (2011): ›Volk‹, ›Nation‹, ›Europa‹. Repräsentationen von Raum durch die extreme Rechte am Beispiel der NPD. In: Dzudzek, Iris / Reuber, Paul / Strüver, Anke (Hg.): Die Politik räumlicher Repräsentationen. Beispiele aus der empirischen Forschung (Forum Politische Geographie 6), Berlin: LIT, S. 43-72.
- Swyngedouw, Erik (1997): Neither Global nor Local. ›Glocalization‹ and the Politics of Scale. In: Cox, Kevin (Hg.): Spaces of Globalization. Reasserting the Power of the Local. New York, NY: Guilford, S. 137-166.
- Toulmin, Stephen (1996 [1958]): Der Gebrauch von Argumenten, Weinheim: Beltz.
- Weber, Florian / Kühne, Olaf / Hülz, Martina (2019): Zur Aktualität von ›Heimat‹ als polyvalentem Konstrukt. Eine Einführung. In: Hülz, Martina / Kühne, Olaf / Weber, Florian (Hg.): Heimat. Ein vielfältiges Konstrukt, Wiesbaden: Springer VS, S. 3-26.
- Zschocke, Paul / Mullis, Daniel (2022): Rechte Raumnahme und performative Politik in Freiberg. Zum ›Spaziergang‹ mit den Freien Sachsen gegen die Coronapolitik. In: *dérive*. Zeitschrift für Stadtforschung, S. 42-48.

Zwang zur Freiheit

Eine Untersuchung der kommunikativen Zwänge im Telegram-Kanal der Freien Sachsen

1. Einleitung

Die Partei Freie Sachsen hat seit der Veranstaltung von Corona-Protesten 2021 durch erfolgreiche Mobilisierungen in Sachsen auf sich aufmerksam gemacht. Besonders relevant dafür scheint die Kommunikation über den Online-Messengerdienst Telegram zu sein, der sich zur dominierenden Plattform der verschwörungsideologischen Szene in Deutschland entwickelt hat. Die Freien Sachsen betreiben dort mit ca. 150.000 Abonnent:innen einen der größten deutschsprachigen verschwörungsideologischen und rechtsradikalen Kanäle. Sie nehmen damit eine bedeutende Rolle innerhalb der rechten politischen Szene Sachsens ein, da sie hinsichtlich der Social Media Reichweite andere Player wie die AfD, den III. Weg, die Heimat oder auch *Pegida* teilweise deutlich überbieten (vgl. Kiess et al. 2022). Dieser mediale Einfluss findet zwar (noch) keine Entsprechung in der Größe der tatsächlichen Proteste oder der Wahlergebnisse, doch gelingt es den Freien Sachsen zusehends häufiger, diese Reichweite für größere Mobilisierungen von Straßenprotesten zu nutzen (vgl. Kiess/Wetzel 2022).

Dieser Beitrag beschäftigt sich mit der Frage, was in dem Telegram-Kanal vor sich geht und will die inneren Funktionsweisen dieser Kommunikationsform aufdecken, um damit eine Antwort auf die Frage zu finden, warum die Freien Sachsen über ein derartiges Mobilisierungspotenzial verfügen. Dabei wurden im Untersuchungszeitraum vom 19.04.2023 bis zum 04.05.2023 79 Posts analysiert, um die in ihnen genutzten

Mobilisierungsstrategien zu erfassen. Diese Länge des Zeitraumes war dabei ausreichend, um sowohl die tagesspezifischen Posts zu erfassen, als auch einen Überblick über die thematische Vielfalt der Narrative zu bekommen. Forschungsleitend waren dabei die methodischen Überlegungen von Nohl (2016) zur dokumentarischen Interpretation öffentlicher Diskurse. Dabei wurde wie von ihm vorgeschlagen zunächst eine formulierende Interpretation vorgenommen, aus der sich im Schritt der reflektierenden Interpretation die thematischen Felder und ihre spezifische Kommunikation ergaben. Im letzten Schritt wurden dann diese verschiedenen Themenfelder auf ihre Gemeinsamkeiten und Unterschiede hin untersucht und daraus Typen der kommunikativen Zwänge gebildet. Ebenfalls forschungsleitend war die Überlegung von Hellmann (2011), wonach die Mobilisierungsformen von sozialen Bewegungen denen von Marken ähneln. Beide stehen demnach vor dem gleichen Problem der Schaffung und Aufrechterhaltung von erfolgreicher Mobilisierung. Hellmanns Überlegung besagt, dass Unternehmen ähnlich wie soziale Bewegungsorganisationen ihre potenzielle Anhänger:innenschaft oder potenziellen Konsument:innen durch Framing/Marketing mobilisieren, damit sie zu aktiven Teilen der Bewegung oder eben Kund:innen werden (vgl. ebd.). Mobilisierung ist dabei das zentrale Ziel, von dem aus die Kommunikation der Marke als Marketing betrachtet wird. Es geht darum, durch Marketing die verschiedenen Konsument:innen zu treuen Anhänger:innen zu machen. Der Status als Marke ist in vielerlei Hinsicht wichtig. Er schafft durch Vertrauen und gegenseitige Einflussnahme eine enge Bindung, die durch hohe Treue und Langfristigkeit gekennzeichnet ist. Diese Bindung ist eine wechselseitige Integration von Marke und Anhänger:innenschaft, bei der ein spezifisches Erwartungsbündel entsteht, das im Folgenden unter dem Begriff »struktureller Kopplung« (ebd.: 22) gefasst wird. Diese Untersuchung soll die Überlegung der strukturellen Kopplung und die damit entstehende Strukturierung und Einschränkung der Kommunikation genauer in den Blick nehmen und auf die Freien Sachsen als Politmarke anwenden. Dabei sollen die spezifischen kommunikativen Zwänge, die mit der Etablierung dieser Politmarke einhergehen, beschrieben werden. Um diese spezifische Kommunikation des Marketings, welche durch verschiedene kommunikative Zwänge geprägt ist, beschreiben zu können, bedarf es einer Rekonstruktion dieser

Zwänge aus dem Korpus der verschiedenen Telegram-Posts. Dafür ist die Rekonstruktion öffentlicher Diskurse, wie sie Nohl (2016) vorschlägt, sehr hilfreich. In diesem Konzept hat Nohl die Dokumentarische Methode von Bohnsack (2021), die das Hauptaugenmerk auf das konjunktive Wissen verschiedener Menschen in Milieus legt, um die Möglichkeit der Diskurs-Interpretation von Texten erweitert, die den Fokus auf das kommunikative Wissen legt. Damit gelingt es auch öffentlich verfügbare Texte auf die dahinterliegenden impliziten Wissensbestände, wie es die kommunikativen Zwänge sind, zu untersuchen.

Bevor die Ergebnisse der empirischen Untersuchung vorgestellt und die verschiedenen kommunikativen Zwänge erläutert werden, soll zunächst auf die theoretischen und konzeptionellen Überlegungen zum Begriff des Marketings und der Marke nach Hellmann (2003, 2011) sowie die Überlegungen zur Rekonstruktion öffentlicher Diskurse nach Nohl (2016) eingegangen werden.

2. Marke und Marketing

Um zu verstehen, was Marketing ist, nutzt Hellmann (2011) systemtheoretische Begriffe und Konzepte von Luhmann. Demnach befindet sich das Marketing in einem relationalen Verhältnis von Funktionen, Strukturen und Prozessen zwischen dem System des Unternehmens, welches Marketing als internen Prozess konzipieren muss, und den Kund:innen, deren Bedürfnisse adressiert werden sollen. Marketing ist somit eine spezielle Kommunikation zwischen System und Umwelt.

Aus der systemtheoretischen Einbettung ergeben sich gerade für das Marketing einige Probleme. Hellmann (2011: 19) benennt in diesem Zusammenhang, dass »das Marketing in einer prekären Situation« sei, da es als Teil der Organisation innerhalb dieser produziert wird, aber seinen Geltungsbereich auf die Grenzen zwischen dem System und der Umwelt richtet und in diesem Spannungsfeld operieren muss. Die Erwartung an das Marketing ist, dass es das Verhalten der Kund:innen im Sinne der Organisation beeinflusst. Diese befinden sich aber in der Umwelt des Systems, während sich das Marketing an den systeminternen Maßstäben messen lassen muss (vgl. ebd.: 22). Um die sich daraus ergebenden Probleme des

Willens nach Verhaltenskonformität der Kund:innen zu lösen und das Risiko für die Organisation zu mindern, kommt das Prinzip der strukturellen Kopplung zur Anwendung, welches eine wechselseitige Integration des Systems und der Umwelt vermittelt durch Kommunikation ermöglicht (vgl. Luhmann 1990: 163ff.). Wenn diese strukturelle Kopplung zwischen System und Umwelt, also zwischen Unternehmen und Kund:innen, gelingt, entsteht ein »spezifisches Erwartungsbündel« (Hellmann 2011: 24), das aus einer Vielzahl verschiedener Zeichen und Symbole, aber auch gemeinsamen Erzählungen besteht. Dies führt (im Erfolgsfall) zu einer hohen Kund:innenbindung, der sogenannten Selbstbindung, die mit hohem Vertrauen und lang anhaltender Markentreue einher geht. Auf der anderen Seite führt dies aber auch zu einer wechselseitigen Einschränkung von Freiheiten und zu Selbstbeschränkung. Als Beispiel dafür kann der Konsum eines bestimmten Smartphones einer bestimmten Marke gelten, deren Funktionen und vermeintlichen Vorzüge gegen jedwede rationale Gründe als besser gegenüber anderen Produkten von anderen Marken von ihrer treuen Kund:innenschaft verteidigt werden. Denkt man Hellmann an dieser Stelle zu Ende, dann unterliegt die Kommunikation der Marke gewissen Strukturen, Erwartungen und somit Zwängen, die sich zum einen aus der Marke an sich, aber auch aus der strukturellen Kopplung mit der Kund:innenschaft, also an die potenziellen Anhänger:innen, ergeben. Diese Zwänge beschränken und strukturieren die Möglichkeiten der politischen Kommunikation.

Die Marke entsteht erst durch die erfolgreiche Kommunikation mittels Marketings. Ist dies gelungen, besitzt die Marke fortan eine Kernaussage, die sie ständig nach außen kommuniziert. Hellman beschreibt dies als »die Marke als Eigenwert der Werbung« (ebd.: 272) und meint damit den Kern der Marke, der sich nun selbst kommunikativ als Marketing vermitteln lässt. Wichtig für diese Untersuchung ist genau diese Perspektive, da sie es erlaubt, die Markenbildung bzw. das Marketing herauszuarbeiten. Die Marke entsteht in diesem Verständnis durch eine langanhaltende, glaubwürdige Kommunikation. Diese Glaubwürdigkeit erhält die Kommunikation erst dann, wenn »bestimmte alte Komponenten« (ebd.: 274) immer wieder zur Anwendung kommen, wodurch ein »stabiles Erscheinungsbild« (ebd.: 274) herausgebildet wird. Dies wird mit der Überlegung von Foerster (1985) als Eigenwert bezeichnet. Der Eigenwert ist das, was

in mehreren Ereignissen ein stabiles Ergebnis bildet. Dieser findet sich in jedem Teil der Kommunikation in unveränderter Form wieder (vgl. Briggs/Pear 1999, Otte 1993). Hellmann (2003: 275) kennzeichnet den Eigenwert daher durch ein »hohes Maß an Selbstbezüglichkeit« und eine hohe »Anschlussfähigkeit« externer Ereignisse. Wie gezeigt werden konnte, gehören Marke und Marketing fest zueinander und lassen sich nur in ihrer Form unterscheiden. Während die Marke auch Marketing sein kann, ist die Marke an sich durch eine mehr oder weniger feste, konstante Botschaft, den sogenannten Markenkern, gekennzeichnet.

Auf der einen Seite steht damit der Punkt der strukturellen Kopplung, der die Einschränkung auf Unternehmensseite, also in diesem Fall auf Seite der politischen Marke der Freien Sachsen, in den Blick nimmt. Auf der anderen Seite steht der Eigenwert der Marke, der sich als Markenkern in jeder Kommunikation der Marke finden lässt. Denkt man diese beiden Punkte mit Hellmann zusammen, dann unterliegt die Kommunikation der Marke gewissen Strukturen, Erwartungen und somit Zwängen, die sich zum einen aus dem Eigenwert der Marke, aber auch aus der strukturellen Kopplung an die Kund:innenschaft, also die potenziellen Wähler:innen und Anhänger:innen, ergeben. Diese Zwänge beschränken und strukturieren die Möglichkeiten der politischen Kommunikation.

Daraus ergeben sich konkrete inhaltliche und formelle Annahmen zur Kommunikation im Telegram-Kanal der Freien Sachsen, die im Folgenden thesenhaft formuliert werden:

1. Es muss eine zielgerichtete, aber zumindest regelmäßige Kommunikation zu der Anhänger:innenschaft geben, um die Bindung zu erhalten.
2. Die Kommunikation ist von dem Gestaltungszwang einer Marke geprägt und weist dadurch spezifische Merkmale auf, die einem Corporate Design entsprechen.
3. Die Kommunikation unterliegt den inhaltlichen Zwängen, die Marke durch »die erkennbaren, erinnerungs- und reproduktionsfähigen« (Hellman 2003: 276) Merkmale zu erschaffen. Daraus ergeben sich eine spezifische Themenauswahl und verschiedene themenübergreifende Muster, die eng mit dem Markenkern verbunden sind.

3. Methodische Überlegungen zum Forschungsgegenstand

Um diese latenten Strukturen der kommunikativen Zwänge im Telegram-Kanal sichtbar zu machen, eignet sich eine methodische Anlehnung an die von Nohl (2016) getroffenen Überlegungen zur dokumentarischen Interpretation öffentlicher Diskurse. Öffentlicher Diskurs meint demnach das, was bei Mannheim (1964: 573) unter der »öffentlichen Weltauslegung« gefasst wird, also ein Wissen bestimmter Gruppen, das der »öffentlich[en] Auslegung des Seins« der jeweiligen Gruppe Geltung verschaffen soll. Ein Telegram-Post kann als Teil dieser öffentlichen Weltauslegung, also des öffentlichen Diskurses einer bestimmten Gruppe, verstanden werden. Somit lassen sich anhand der Posts die implizierten Aspekte, also der dahinterliegende Sinn, rekonstruieren. Die Schritte der dokumentarischen Interpretation sollen als methodisches Analyseinstrument fungieren. Grundlegend versucht die Dokumentarische Methode, wie Bohnsack (2021) sie beschreibt, ausgehend vom kommunikativen Wissen, also dem expliziten Wissen, das z. B. in einem Interview auf der Ebene der Aussagen mitgeteilt wird, die dahinterliegenden konjunktiven und impliziten Erfahrungs- und Wissensstrukturen zu rekonstruieren. Die kommunikativen Zwänge der Markenkommunikation können als ein besonderer Fall solcher Wissensstrukturen analysiert werden. Sie sind das strukturierende und beschränkende Element der Kommunikation. Besonders hilfreich für die Analyse der Markenführung der Freien Sachsen scheint die von Nohl (2016) erweiterte Sichtweise auf diesen Aspekt zu sein. Ausgehend von Mannheims (1985: 87) Begriff der »Denkweise« weist Nohl auf implizite Aspekte des kommunikativen Wissens hin. Diese impliziten Aspekte seien durch die »öffentliche Auslegung des Seins« (Mannheim 1964: 573) eben nicht nur im konjunktiven Erfahrungsraum zu finden, sondern auch in den »öffentlichen Weltauslegungen« (ebd.), die nach Nohl mit dem Begriff des »öffentlichen Diskurs« (Nohl 2016: 120) gleichzusetzen sind. Diese öffentlichen Diskurse sind nicht an einen spezifischen Erfahrungsraum gebunden, sondern in einer Vielzahl von Erfahrungsräumen verankert und dynamisch wandelbar. Die Denkweise bezeichnet damit einen den Diskurs übergreifenden Modus Operandi. Dieser Begriff ist für die Forschungsfrage dahingehend interessant, als dass die Markenkommuni-

kation der Freien Sachsen sich eben nicht vollständig durch die impliziten Wissensbestände des kommunikativen Wissens, also der öffentlichen Diskurse und ihrer thematischen Ausrichtung, erschließen lässt, sondern vielmehr durch die über öffentliche Diskurse hinweg gehenden gleichen Denkweisen. Erst durch den Vergleich der themenbezogenen impliziten Wissensbestände lassen sich die alle Diskurse umspannenden und strukturierenden kommunikativen Zwänge herausarbeiten. Die Denkweise, also das »wie eines Diskurses« (Rosenberg 2011: 109), soll dabei unter den Aspekten der Markenkommunikation betrachtet werden.

Dabei soll im ersten Schritt, in der formulierenden Interpretation, der »immanente Sinngehalt« (Bohnsack 2021: 138) beschrieben werden. In einem zweiten Schritt, dem der reflektierenden Interpretation, soll die Aspektstruktur des Denkens rekonstruiert werden. Dabei sollen nach Bittner (2010: 67) Antworten auf die Fragen: »Was dokumentiert sich in dem, wie etwas zur Aussage gebracht wird? Welche Regeln und Mechanismen zeigen sich in dem, wie etwas zum Ausdruck gebracht wird?« gegeben werden. Daraus werden die einzelnen thematischen Diskurse im Telegram-Kanal der Freien Sachsen sichtbar, die sich über die verschiedenen Posts hinweg zeigen. Diese einzelnen thematischen Diskurse sollen im letzten Schritt, dem der Typenbildung, auf einen gemeinsamen Modus Operandi, also die Denkweise, welche die Diskurse strukturiert, hin analysiert werden.

3.1 Methodische Umsetzung in der Empirie

Die abstrakten theoretischen und methodischen Überlegungen zu den kommunikativen Zwängen sollen an einem Beispiel verdeutlicht werden, welches exemplarisch für die ganze Forschungspraxis steht. Dabei soll der Post 6.323 des Telegram-Kanals der Freies Sachsen betrachtet werden.



Freie Sachsen 25.04.2023 (<https://t.me/freiesachsen/6323>) Freie Sachsen 25.04.2023

Auf der Ebene der formalen Interpretation kann zunächst gesagt werden, dass ein Ereignis beschrieben wird. Ein Fernsehmoderator fordert in einer Talkshow von *Bild-TV* die Verhaftung von Regierungspolitiker:innen aufgrund ihrer Entscheidungen über verschiedene Beschränkungen von Freiheitsrechten, die sie in der Corona-Pandemie getroffen haben. Diese

Forderung wird durch die Einordnung der Maßnahmen als »Terror« und »Unrecht« unterstützt. Zudem werden weitere Konsequenzen gefordert. In der Formel »nicht vergeben und nicht vergessen« klingen zudem Forderungen nach einer erinnerungspolitischen Aufrechterhaltung des Widerstandes gegen die Maßnahmen der Corona-Zeit an. Diese Forderung ist dabei gleichzeitig ein affirmatives Deutungsangebot an die Anhänger:innen.

Auf der Ebene der reflektierenden Interpretation kann analysiert werden, dass die Forderung nach der Verhaftung der Politiker:innen als »Klartext« beschrieben und in die Erzählung um die »Aufarbeitung des Corona-Unrechts« eingeordnet wird. Dabei kann zunächst der Versuch festgestellt werden, dieses externe Ereignis in die innere Logik der Freien Sachsen einzuordnen. Mit dem Wort »Klartext« wird gezeigt, dass sich die Freien Sachsen affirmativ auf das Gesagte beziehen. »Die Aufarbeitung des Corona Unrechts« ist die Leiterzählung, die die Freien Sachsen aus ihrer Anfangszeit der Corona-Proteste mit in die Post-Corona-Zeit genommen haben. An diese Erzählung wird durch Formulierungen wie »Lockdown-Terror«, »gequält« und »Impfzwang« angeknüpft. Damit sollen die Maßnahmen als unrechtmäßig und zugleich verbrecherisch gekennzeichnet werden. Zwang und Terror sind dabei Begriffe staatlichen Machtmissbrauchs, die autoritäre Regime charakterisieren. Diese Anknüpfungspunkte finden sich in der Erzählung über eine Diktatur wieder. Wichtig an dieser Stelle ist, dass das ›Wir‹ nach außen »Konsequenzen für drei Jahre Corona-Terror« und gleichzeitig nach innen »wir dürfen nicht vergeben und nicht vergessen« fordert. Hier zeigen sich verschiedene Anspracheebenen.

Als politische Botschaft nach außen, die von allen Anhänger:innen mitgetragen wird, wird eine Forderung nach Konsequenzen formuliert. Diese bleibt jedoch an sich sehr vage. Nur durch den Verweis auf die Aussage des Fernsehmoderators, der die Verhaftung der Regierung fordert, wird eine konkretere Gestalt der Konsequenzen angedeutet. Nach innen wird an das ›Wir‹ appelliert, die Erfahrung, die schrecklich war, nicht zu vergessen und auch nicht zu vergeben, also »keine Gnade« walten zu lassen. Zum einen wird damit der autoritäre Vergeltungsdrang vieler Bürger:innen angesprochen, zum anderen wird aber auch die Erinnerung an ein (vermeintliches) Unrecht hoch gehalten, welches den

Bürger:innen durch diese Regierung angetan wurde. Das Thema Corona wird als Platzhalter für die imaginierte Errichtung einer Diktatur und illegitimer staatlicher Eingriffe verwendet und dient dazu, diese Erfahrung in Erinnerung zu halten sowie die damit verbundenen Emotionen zu mobilisieren.

Hier zeigen sich Mechanismen in der Kommunikation, die im dritten Schritt, der Typisierung, als kommunikative Zwänge herausgearbeitet werden können, da diese in verschiedenen Posts immer wieder zum Vorschein treten. Zum einen scheint es hier den kommunikativen Zwang zu geben, die Maßnahmen während der Corona-Pandemie weiterhin als ›Terror‹ zu beschreiben und damit das Bild einer vermeintlichen Diktatur aufrecht zu erhalten. An diesem Beispiel lässt sich gut verstehen, wie dieser Zwang entstanden ist und wie er sich als Kommunikation verselbständigt hat. Um das Vertrauen der Protestierenden in der Anfangszeit der Corona-Proteste aufzubauen und aufrecht zu erhalten, wurde im Duktus der allgemeinen Verschwörungserzählung von Corona-Diktatur und Impfterror gesprochen. Dieser Topoi liefert den vermeintlichen Beweis dafür, dass sich der Staat, der von Interessen von Unternehmen und Einzelpersonen geleitet sein soll und Politik gegen seine Bevölkerung mache, endgültig entlarvt habe und nun als das bezeichnet werden kann, was er schon immer war, eine vermeintliche Diktatur weniger Eliten. Dies zeigt eine strukturelle Kopplung der Kommunikation der Freien Sachsen und der Protestierenden an den verschwörungsideologischen Topos der Corona-Diktatur. Auch noch drei Jahre später scheint ein Zwang zu bestehen, immer wieder in dieser Form von Corona zu sprechen, um nicht an Glaubwürdigkeit zu verlieren. Die Corona-Pandemie ist für die Freien Sachsen nur in dieser Weise der verschwörungsideologischen Erzählung einer vermeintlichen Diktatur darstellbar. Zum einen, weil sie das entsprechende Narrativ zu ihrem Markenkern gemacht haben, um die Glaubwürdigkeit und das Vertrauen der Protestierenden zu gewinnen. Zum anderen aber auch, weil die Protestierenden von einst, die heute die potenziellen Anhänger:innen weiterer Forderungen der Bewegung sind, dies als spezifisches Erwartungsbündel den Freien Sachsen gegenüber entwickelt haben.

4. Formale und gestalterische Zwänge

In der Analyse der Posts hat sich herausgestellt, dass alle Posts einem einheitlichen Schema folgen. In der Regel ist ein Post um die 20 Zeilen lang. In den ersten, meist ein bis drei Zeilen, steht eine fett markierte Überschrift, die das Thema des Posts zusammenfasst. Danach folgt ein meist sechs bis zehn Zeilen langer Absatz, der einen Problembezug herstellt oder ein Ereignis beschreibt. Dieser dient im Wesentlichen dazu, ein Ereignis als relevant und interessant darzustellen. Problembezüge sind dabei meist bei den Themen ›Regierung‹, ›Corona‹, ›Linke‹ und ›Migration‹ zu finden, während die Ereignisdarstellung meist bei den Themen ›Protest‹ und ›rechte/patriotische Kräfte‹ geschieht. Als nächstes folgt ein für gewöhnlich sechs bis zehn Zeilen langer Abschnitt, in dem das Ereignis in den Denkmustern/Weltanschauungen der Freien Sachsen behandelt wird. Dies dient dazu, ein reproduzierbares Deutungsangebot für die Lesenden zu schaffen, die meist über eine direkte Ansprache durch die Worte »ihr« und »euch« adressiert werden. Als Letztes folgt üblicherweise das Angebot der Freien Sachsen, dass durch das »wir« das Problem, von dem die Leser:innen betroffen sind, gelöst oder zumindest bearbeitet werden könne. Dies erzeugt ein Gefühl von Zusammengehörigkeit und Gemeinschaft und schafft eine gemeinsame Handlungsebene. Dadurch wird bei den Einzelnen die Selbstwirksamkeit, also das Gefühl, etwas ändern oder sich wehren zu können, erhöht. Zum Schluss folgt in ein bis zwei Zeilen die auf Telegram übliche Aufforderung den Kanal zu abonnieren. Davor erfolgt manchmal ein Spendenaufruf für die Partei. Dies scheint eine in Telegram gängige Praxis der Kanalwerbung zu sein, da durch reposten die Posts des Hauptkanals in verschiedenen Kanälen auftauchen können. Eine Spendenaufruf scheint gerade an den Stellen eingesetzt zu werden, an denen die sichtbaren Ergebnisse ebenso hoch sind wie der damit verbundene Aufwand, wie etwa beim von der Partei errichteten ›Corona-Denkmal‹ für die vermeintlichen Opfer eines Regimes.

Dies ist allerdings nur eine idealtypische Darstellung der Posts, die Länge, aber auch die Anzahl der Abschnitte, können variieren. So kann es sein, dass es nur einen Abschnitt nach der Überschrift gibt, in dem das

Ereignis, die weltanschauliche Einordnung und der Bearbeitungsansatz in einem zu erkennen sind.

The image is a screenshot of a Telegram post from the channel 'Freie Sachsen'. At the top, there is a header for 'Bild' with a 'MEDIATHEK' button and a 'Bild+' logo. The main headline of the article is '„DIE MEISTEN KÖNNEN GAR KEIN DEUTSCH“ Hier bleiben 40 KINDER in der 1. KLASSE sitzen!'. Below the headline is a photograph of a large, multi-story brick building, identified as the Gräfenauschule in Ludwigshafen. The text below the photo states: 'An der Gräfenauschule in Ludwigshafen (Rheinland-Pfalz) bleiben 40 von 132 Erstklässlern sitzen. Foto: Reinhard Roskaritz'. The author is identified as 'Von: JOHN ROTH' with a timestamp of '27.04.2023 - 22:28 Uhr'. The main body of the Telegram post contains the following text: 'Westdeutschland: 40 Kinder bleiben in Klasse 1 sitzen, weil sie nichtmal die deutsche Sprache können! Die Zustände im Kalifat - ähm in Westdeutschland - werden immer schlimmer. An einer Schule in Ludwigshafen, die einen Migrationsanteil von 98 Prozent hat (!), sind bereits in der ersten Klasse 40 Schüler sitzen geblieben. Sie sprechen kaum ein Wort Deutsch, dafür aber arabisch, türkisch und andere Sprachen. Es ist eine absolute Parallelgesellschaft, die weder fähig, noch gewillt ist, sich zu integrieren. In Sachsen haben wir es in der Hand, zu verhindern, dass wir westdeutsche Zustände bekommen. Und wir bieten natürlich unseren Landsleuten im Westen, die genug von diesem Wahnsinn haben, einen Zufluchtsort an. Nicht umsonst sind wir (trotz zahlreichen Mängeln im aktuellen Bildungssystem) deutschlandweit in diesem Bereich Spitzenreiter. Und nicht nur dort! FREIE SACHSEN: Folgt uns für alle Nachrichten und Informationen bei Telegram! <http://t.me/freesachsen> t.me/freesachsen/6344 70.9K edited Apr 28 at 08:27

Freie Sachsen 28.04.2023 (<https://t.me/freesachsen/6344>)

Als typisch für die formalen Gestaltungszwänge kann der Post 6.344 gelten. Dieser ist 19 Zeilen lang und hat zu Beginn eine fett markierte Überschrift, die den Problemaufriss darstellt. Danach folgt eine acht Zeilen lange Problembeschreibung, die mit einem ironischen Versprecher »Die Zustände im Kalifat – ähm in Westdeutschland – werden immer schlimmer« eingeleitet wird, um dann Migration und eine vermeintliche Parallelgesellschaft, die als bildungsfern und leistungsschwach charakterisiert wird, zu problematisieren. Dies wird im nächsten Abschnitt in die Deutungsmuster der Freien Sachsen eingeordnet. Dabei wird Westdeutschland als das andere und vermeintlich überfremdete Deutschland dargestellt, während Sachsen und Ostdeutschland als das vermeintlich (noch) normale Deutschland gelten, in dem diese »Zustände« noch zu verhindern seien. Dies geht mit dem Appell an die Wähler:innen und Anhänger:innen einher, diese Verhinderung aktiv voranzutreiben. Wie genau dies geschehen soll, bleibt an dieser Stelle offen. Wichtig scheint die Adressierung des prinzipiellen Gefühls, etwas tun zu müssen.

5. Die kommunikativen Zwänge

Im Folgenden werden die inhaltlichen kommunikativen Zwänge, die sich aus dem Markenkern und der in Telegram vermittelten Kommunikation der Freien Sachsen ergeben haben, dargestellt. In der Analyse hat sich gezeigt, dass zum einen eine zielgruppenspezifische Kommunikation stattfindet. Dabei werden verschiedene Aspekte der Marke präsentiert, die für die jeweilige Zielgruppe attraktiv erscheinen soll. Der zweite kommunikative Zwang ist die fortlaufende emotionale Mobilisierung durch spezifische Trigger, die eine starke Involviertheit und damit eine langanhaltende Bindung erreichen soll.

5.1 Die differenzierte Zielgruppenansprache

Der Zwang zu einer differenzierten Zielgruppenansprache ergibt sich aus dem Spannungsfeld der strukturellen Positionierung der Freien Sachsen als Netzwerkpartei der radikalen Rechten auf der einen und als bürgerlich

rechte Protestbewegung auf der anderen Seite. Hieraus ergeben sich verschiedene Zielgruppen, die durch ähnliche politische Einstellungen, Dispositionen und Ziele verbunden sind, aber hinsichtlich der Selbstpositionierung im bzw. zum gegenwärtigen politischen System und den präferierten Strategien zur Erreichung der Ziele und zur Veränderung bzw. Überwindung des gegenwärtigen Systems divergieren. Daraus folgt, dass entsprechende Milieus und Gruppen unterschiedliche Ansprachen benötigen, um sich als ein gemeinsames ›Wir‹ zu verstehen. Dabei wird versucht, die verschiedenen Identifikationsangebote unter einer gemeinsamen Identität der Freien Sachsen zu subsumieren.¹

Der Begriff der Sachsen, der als ein Teil des Markenkerns und als ein Hauptaspekt des kommunikativen Zwanges gesehen werden kann, hat die Aufgabe, die verschiedenen Identifikationsangebote zu integrieren. Dabei gibt es zwei verschiedene Hauptgruppen von Adressat:innen: die Bürger:innen mit mehr oder weniger gefestigten rassistischen, völkisch-nationalistischen und antisemitischen bzw. verschwörungs-ideologischen Einstellungen und der unzufriedene Teil der organisierten und vernetzten radikalen Rechten. Als Identifikationsangebote für die Bürger:innen stehen verschiedene Narrative zur Verfügung. Ein sehr verbreitetes Narrativ besteht darin, einen lokalen oder regionalen Bezug herzustellen. Gerade bei Protestgeschehen finden sich Ansprachen wie »Freiberg spaziert« (Freie Sachsen 01.05.2023) oder »Die Oberlausitzer?« (ebd. 24.04.2023). Dies dient auf der einen Seite dazu, eine Wirkung auf andere Orte und Regionen zu erreichen, indem gezeigt wird, wo überall in Sachsen Protest stattfindet. Auf der anderen Seite geht es darum, den gezeigten Ort hervorzuheben. Dies geschieht durch das Identitätsangebot, sich dem Lokalen, der Stadt oder dem Dorf zugehörig zu fühlen und stellvertretend für den lokalen Ort eine politische Forderung zu vertreten. Es wird eine mit individuellen und kollektiven Deutungen und Emotionen strukturierte Verbindung zwischen dem Ort und den Bürger:innen geschaffen, die es ermöglicht, eine Subjektposition einzunehmen, z. B. sich als Freiburger:in, und gleichzeitig als Teil eines Kollektivs, z. B. wir als Freiburger:innen, zu fühlen. Dieses lokale kollektive Identitätsangebot wird in die kollektive Identität der Sachsen integriert,

1 Für näheres zur Konstruktion einer spezifisch sächsischen Identität s. den Beitrag von Friederike Kantzenbach in diesem Band.

indem auf einen gemeinsamen völkischen Heimatbegriff verwiesen wird, der sich aus einer geteilten Geschichte, einer gemeinsamen Kultur und der Abstammung ergibt. Unterstützt wird diese kollektive Identität durch das Zeigen der anderen Proteste, was vermitteln soll, dass es andere Menschen gibt, die genau so denken, fühlen und handeln wie das lokale ›Wir‹. Es sind eben nicht nur die Freiburger:innen, die Montags für vermeintliche Freiheit protestieren, sondern es gehen auch Menschen aus Bautzen, Chemnitz, Zittau und Dresden, also aus ganz Sachsen, mit den gleichen Problemen und Anliegen auf die Straße.

Als ein weiteres Identitätsangebot kann der Begriff des Bürgers bzw. der Bürgerproteste gelten. Mit diesem Framing wird vor allem eine Legitimität und Normalität des Protestes und der Protestierenden konstruiert. Die Normalität ergibt sich aus dem hegemonialen Anspruch ›des Bürgers‹ in der bürgerlichen Gesellschaft: er ist die Norm und das Idealbild. Bürgerlich heißt prinzipiell, politisch gemäßigt und nicht radikal zu sein, sowie die politische Form des Staates und eine entsprechende politische Ordnung zu befürworten und nicht abzulehnen. Bürgerlich zu sein bedeutet auch, das Selbstverständnis zu haben, dass man selbst sowie das eigene Denken, Fühlen und Handeln Teil der Norm sind. Aus diesem hegemonialen Selbstverständnis des Bürgers ergibt sich ein Anspruch auf Legitimität: Weil die Bürgerlichkeit die Norm ist, sind die Anliegen der Bürger legitim. Sie machen nichts kaputt, halten sich an Recht und Gesetz, sind für und nicht gegen die staatliche Ordnung, sie sind ganz normale Menschen von vor Ort, die legitime (also normale) Einstellungen und Forderungen artikulieren. All das sind Attribute, die dem Protest als Bürgerprotest Legitimität verleihen sollen. Dass ein rassistisches, autoritäres und antisemitisches Weltbild bei diesen Bürger:innen weit verbreitet ist, zeigen einige aktuelle Untersuchungen (vgl. Decker et al. 2023, Fröhlich et al. 2023)². Doch gerade durch dieses Selbstverständnis der Normalität und der damit verbundenen Legitimität, die auch dadurch unterstützt wird, dass es viele ähnlich Denkende gibt, werden diese Positionen als normal, als bürgerlich, integriert. Dies ermöglicht es den Individuen, ihre Radikalität und menschenverachtenden Haltungen als normal und legitim anzusehen und erhöht dadurch die Identifi-

2 Für näheres zum Verhältnis von Gewaltlegitimationen und menschenfeindlichen Ideologien bei den Freien Sachsen s. den Beitrag von Felix Roth in diesem Band.

kation mit den Protesten. Im Umkehrschluss kann gesagt werden, dass diese Proteste wahrscheinlich in der Größe nicht funktionieren würden, wenn sie als nationalrevolutionär geframt würden, wie es die radikal rechte Partei der III. Weg tut. Denn nationalrevolutionär ist nicht mehr normal und bürgerlich, sondern offen rechtsradikal, was vom Selbstbild abgewehrt wird.

Ein letztes, aber nicht unwesentliches Identifikationsangebot, ist jenes als Post-DDR-Subjekt mit Wendeerfahrung oder einfach als »ehemaliger DDR-Bürger«. Diese Motive sind nicht neu und aus den *Pegida*-Protesten in Sachsen bekannt und gerade deswegen gelingt der Anschluss auch sehr gut. Das Framing ist das Gleiche. Die wöchentlichen Proteste werden gerade aufgrund der historischen Bedeutung der Montagsproteste im Herbst 1989 am Montag abgehalten und als »Montagsproteste« (Freie Sachsen 24.04.2023b) gerahmt. Durch Parolen wie »Wir sind das Volk« (ebd. 24.04.2023a) wird die Erinnerung an dieses historische Erbe zusätzlich beschworen, um das Identifikationsangebot zu (re-)aktivieren und sich damit (heute wie damals) als Bürger:in im Widerstand gegen ein vermeintliches Unrechtssystem zu sehen. Dies kann als Versuch gesehen werden, an eine bereits bei *Pegida* erfolgreiche Framing-Strategie anzuknüpfen, um durch eine bereits etablierte Kommunikationsstrategie ein etablierteres Protestklientel anzusprechen.³

Die Identifikationsangebote für die radikalen Rechten folgen anderen Mustern, als jene, die sich an die unzufriedenen Bürger:innen mit menschenfeindlichen Einstellungen richten. Dabei geht es weniger um die einzelnen Worte und Begriffe, sondern vielmehr um eine Präsentation der Freien Sachsen als Netzwerkpartei und als attraktiver, zukunftsfähiger Akteur im politischen Feld. Wesentlich dafür ist der Anspruch, inner-rechte Streitigkeiten überwinden zu können und die Fähigkeit zu besitzen, verschiedene Positionen unter einem gemeinsamen Ziel zu vereinen, der gleichzeitig durch die Vernetzung mit anderen rechten Organisationen und Gruppen unterstrichen wird.

Diese Funktion erfüllen zum großen Teil das Format des *Sonntagsgesprächs* mit DJ Happy Vibes, alias Andreas Hoffmann, dem stellvertretenden Vorsitzenden der Freien Sachsen, und die Posts darüber im

3 Für näheres zum Verhältnis zwischen *Pegida* und Freien Sachsen s. den Beitrag von Anne Herpertz in diesem Band.

Telegram-Kanal der Freien Sachsen. Beim *Sonntagsgespräch* findet eine entspannte Interviewsituation zwischen dem Moderator DJ Happy Vibes und den geladenen Gästen statt. Hierbei ist das Entscheidende für die Adressierung der radikalen Rechten die Auswahl der Gesprächspartner:innen. Diese reicht vom ehemaligen *Pegida*-Aktivisten Jens Lorek (Freie Sachsen 23.04.2023) über den Gründer der völkischen Siedlungsinitiative *Zusammenrücken* (ebd. 14.05.2023) bis hin zu den ehemaligen Kameradschaftsmitgliedern und jetzigen Freie Sachsen Funktionären Robert Andres und Michael Brück (ebd. 28.05.2023) und dem verbündeten *Bürgerwiderstand* aus Gera in Thüringen (ebd. 30.04.2023). Die Vielzahl der gezeigten Akteure der radikalen Rechten sollen das Gefühl des ›man kennt sich und man schätzt sich‹ bekräftigen und die Freien Sachsen als einen ernst zu nehmenden Akteur und potenziellen Partner erscheinen lassen. Neben diesem offensiven Präsentieren der eigenen Fähigkeit als Netzwerkpartei ist die Kommunikation von offensiven Angriffen auf die AfD Sachsen geprägt. Dies scheint für den uninformierten Beobachter vielleicht zunächst verwunderlich, da man meinen könnte, die Freien Sachsen und die AfD stünden sich inhaltlich sehr nah und könnten demzufolge Verbündete sein. Dass dem nicht so ist, lässt sich auf zwei Aspekte zurückführen. Zum einen kann bezüglich der Markenlogik die AfD gerade aufgrund der großen inhaltlichen Übereinstimmungen als potenziell größter Gegner angesehen werden. Schließlich bieten beide Parteien ein ähnliches Produkt an und stehen damit in starker Konkurrenz um die Gunst der Wähler:innen. Diese Konkurrenz wird durch den zweiten Aspekt, den Kampf um den Status als vermeintlich wahre Opposition bzw. als wahre »patriotische Opposition« (Freie Sachsen 06.08.2023, 13.08.2023, 15.07.2023) untermauert, der innerhalb der Rechten tobt und im Telegram-Kanal besprochen wird. Dabei ist man sich in der Hinsicht einig, dass die AfD bereits Teil des Establishments ist und damit eine »gesteuerte Opposition« (ebd. 01.11.2023) darstellt. Uneinigkeit herrscht hingegen darüber, was oder wer nun die wahre »patriotische Opposition« sei: sind es Protestbewegungen wie *Querdenken* oder Parteien, die aus Protestbewegungen hervorgegangen sind, wie dieBasis⁴ oder die Freien Sachsen? Unabhängig von der

4 Bei der Partei dieBasis handelt es sich um eine 2020 gegründete Partei aus dem *Querdenken* Spektrum.

Klärung der Frage, wer oder was nun die vermeintlich wahre Opposition sei, können diese Angriffe der Freien Sachsen gegen die AfD als Versuch gedeutet werden, die eigene Stellung als potenziell wahre »patriotische Opposition« glaubwürdig zu vertreten und damit auch den Zuspruch innerhalb der radikalen Rechten zu erhalten.

Der Begriff der Freiheit und die Betonung des Freiheitsanspruchs stellt einen weiteren Hauptaspekt dar. Über das Motiv der Freiheit, die als höchstes Gut und universelles Recht gesehen wird, werden mit dem Gegenbegriff, der Diktatur, verschwörungsideologische Erzählungen in ein Narrativ der Freiheit integriert. Wenn die Freien Sachsen von Freiheit sprechen, sprechen sie gleichzeitig stets von Diktatur und Zwang. Unübersehbar gehören die Begriffe Freiheit und Diktatur in der Kommunikation der Freien Sachsen untrennbar zueinander. Erst durch die Referenz der Diktatur erfährt der Begriff der Freiheit, wie ihn die Freien Sachsen verwenden, seine inhaltliche Bestimmung. Dies erscheint nur logisch vor dem Hintergrund der Entstehung der Freien Sachsen aus den Protesten gegen die Corona-Beschränkungen. Damals konnte mit wenig Aufwand die Suggestion erzeugt werden, dass dieser Staat seine Bürger:innen in einer Form einschränkt und bevormundet, wie es für eine Diktatur charakteristisch wäre. Der Begriff der Freiheit wurde in diesem Zusammenhang zum Innbegriff von Widerstand. Wer frei sein will, muss Widerstand leisten, so die Losung der damaligen Zeit. Beide Deutungen von Freiheit als Gegenbegriff zu Diktatur und Freiheit als Chiffre für Widerstand sind Teil des Markenkerns und müssen fortlaufend reproduziert werden. Wie dies in einer Post-Corona-Zeit geschieht, konnte die Analyse der Fallbeschreibung zeigen. Nach dem Ende der Corona-Maßnahmen muss zunächst der Gegenbegriff der Diktatur aufrechterhalten werden. Dies geschieht durch eine thematische und zeitliche Ausweitung. Corona fungiert nunmehr als vermeintliches Moment des Erwachens, als Zeitpunkt, an dem sich die Diktatur demaskierte und ihr wahres Gesicht gezeigt habe. In der Post-Corona-Zeit muss nun nur noch gezeigt werden, dass es weitere, aber nicht so offensichtliche, diktatorische Maßnahmen gibt. Wichtig dafür ist es, die Erfahrungen und Gefühle der Menschen während der Corona-Pandemie in eine permanente Erinnerung an eine vermeintliche Corona-Diktatur zu transformieren und sie damit aufrecht zu erhalten. Ein Beispiel für diese Erinnerungspolitik ist

etwa das Denkmal für die vermeintlichen Opfer der Corona-Maßnahmen. Nur vor diesem Hintergrund lassen sich andere politische Maßnahmen wie die im Sommer 2023 als Heizungsgesetz bekannt gewordene Novellierung des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) als eindeutige Zeichen einer sogenannten Klima-Diktatur deuten. Denn erst durch das Narrativ der demaskierten Diktatur, die zuvor als Scheindemokratie getarnt war, und während der Corona-Pandemie enttarnt wurde, lassen sich auch aktuelle und künftige Handlungen dieser Regierung unabhängig von ihren Formen und Ambitionen als diktatorisch einordnen. Dabei fungiert die Erinnerung an Corona als Ankerpunkt, von dem aus beliebige thematische Verlagerungen der Einordnung staatlichen Handelns als ebenso diktatorisch denkbar erscheinen.

Freiheit als Chiffre des Widerstandes berührt zugleich den politisch aktivistischen Kern der Identität/Marke. Wenn die Freien Sachsen von Freiheit schreiben, meinen sie nicht nur, dass es eine Diktatur gibt, sondern auch, dass sie sich im Widerstand gegen diese befinden. Der Begriff der Freiheit ist ein unbestimmtes Versprechen auf eine bessere Zukunft, die erst durch Widerstand erkämpft werden müsse. Oder anders formuliert: Angesichts der Diktatur ist nur der Widerstand die politische Handlung, die zur Freiheit führt. Es gibt verschiedene Formen des Widerstandes, die sich in den Bereichen des Denkens, des Fühlens und des Handelns verorten lassen. So ist das Informieren auf alternativen Medienplattformen abseits des sogenannten diktatorischen Mainstreams und die damit verbundene Übernahme anderer, zumeist verschwörungsideologischer, Denkmuster eine von den Freien Sachsen anerkannte Art des Widerstandes. Die Form des Fühlens als Art des Widerstandes kann unter dem Aspekt der Emotionalisierung und der Empörungsfähigkeit bestimmter Thematiken gesehen werden. In dieser Art des Widerstandes geht es darum, das richtige zu fühlen, sich über die richtigen Themen zu empören und sich nicht von den im vermeintlichen Mainstream vorgegebenen Deutungsangeboten beeinflussen zu lassen. Der darüberhinausgehende Widerstand als Handlung ist bei den Freien Sachsen wohl die am meisten verbreitete und anerkannte Art des Widerstandes. Sie wird durch die Protestumzüge und verschiedene Mitmachangebote sowie Spendenaufrufe kultiviert und ist das zentrale Moment sowie die zentrale Ausdrucksform des Widerstandes.

5.2 Die emotionale Mobilisierung des Protestmilieus

Der zweite kommunikative Zwang, der der emotionalen Mobilisierung des Protestmilieus, ist unmittelbar mit dem ersten Zwang, der zielgruppenorientierten Ansprache, verbunden. Die fortlaufende Mobilisierung ist eine der Hauptaufgaben jeder Protestbewegung und Marke und damit eine Selbstverständlichkeit. Die Mobilisierung dient im klassischen Sinne einer Bewegung der Überwindung der Passivität und Trägheit der Massen hin zu ihrer aktiven Beteiligung. Emotionale Involviertheit zu erzeugen, ist dabei eine starke Möglichkeit dies zu erreichen. Dabei wird ein emotionaler Trigger gesetzt, der einen Empörungszustand auslöst, der im Folgenden durch die Gestaltung der Posts immer wieder aufs Neue erzeugt und damit aufrechterhalten wird. Diese Techniken sollen im Folgenden näher erläutert werden.

Die emotionale Mobilisierung beruht auf zwei verschiedenen Aspekten. Zunächst findet eine Emotionalisierung der Themen statt, bei denen die Menschen persönlich involviert werden sollen, um dann diese Involviertheit und die damit verbundenen Emotionen für die Mobilisierung für die Straße zu nutzen. Das Schema kann wie folgt beschrieben werden: ›guck das ist schlimm, dort passiert etwas Schlimmes, das dich oder die Gruppe, der du dich zugehörig fühlst, betrifft, und der Staat kümmert sich nicht‹. Diese erste Phase kann unter dem Motto ›es ist alles schlimm und niemand hilft uns/dir‹ beschrieben werden. Hier werden die Emotionen Wut und Hilflosigkeit bzw. das Gefühl der Ohnmacht adressiert. Die Emotionen Wut und Ohnmacht bedingen sich dabei gegenseitig, da aus dem Gefühl der Ohnmacht die Wut über das ›niemand tut etwas dagegen‹ entsteht und aus der Wut und dem ›das ist ungerecht, das darf nicht sein‹ die Ohnmacht und Hilflosigkeit demgegenüber nicht handlungsfähig zu sein.

Um diese Emotionen zu nutzen, die Wut zu kanalisieren und das Gefühl der Ohnmacht durch das Gefühl der Selbstwirksamkeit zu ersetzen, wird in der zweiten Phase das politische Engagement bei den Freien Sachsen als Rettung und als Lösung der Probleme angepriesen. Das Heilsversprechen der Partei lautet: ›Wir kümmern uns um die Sachen, um die sich der Staat nicht kümmert und die die Bürger:innen bewegen‹. An dieser Stelle wird klar, dass sie nur jene Probleme bearbeiten, die sie vorher

selbst zu Problemen erklärt haben, wobei ihre tatsächliche Reichweite und ihre Problemlösungsmöglichkeiten begrenzt sind. Doch auf der Gefühlsebene können sie sich als vermeintliche Retter und Problemlöser inszenieren.

Ein weiterer Aspekt, der die Emotionalisierung betrifft, ist die stetige persönliche Sprache bzw. Ansprache. Es werden fast ausschließlich Personalpronomen verwendet, häufig im Plural, um die Kollektivität zu betonen. Die Wörter »wir«, »uns« und »user/-e« sind omnipräsent. Neben der permanenten persönlichen Ansprache sorgen auch die aggressive und offensive Sprache sowie die Satzführung für eine aufgeladene Stimmung im Text. Dazu führen neben besonders rhetorisch geschmückten Sätzen wie »Bürgermeister Wiesenberg wird sich die Finger an uns verbrennen!« (Freie Sachsen 02.05.2023), »Wir bleiben standhaft« (ebd. 03.05.2023) oder »Gemeinsam stellen wir uns gegen die Asylflut nach Sachsen. Und werden sie stoppen!« (ebd. 28.04.2023) die Fülle an Ausrufezeichen. Fast jede Überschrift und jedes Schlusswort ist mit Ausrufezeichen bestückt. Damit wird das Gefühl der Dringlichkeit und Wichtigkeit, aber auch ein Gefühl der Hektik und Dominanz, erzeugt.

6. Zusammenfassung der Ergebnisse

Vor dem Hintergrund der Ergebnisse der in diesem Beitrag skizzierten Forschung konnte das Marketing der Freien Sachsen in ihrem Telegram-Kanal genauer in den Blick genommen werden. Dabei lässt sich feststellen, dass die Kommunikation allen Kriterien der Werbung nach Hellmann (2003) entspricht, als auch wie das Marketing im Telegram-Kanal gestaltet wird und funktioniert. Hinsichtlich der Werbung gibt es zum einen eine »Gleichzeitigkeit und rasche[s] Prozessieren« (ebd.: 244): ein Post folgt auf den anderen, es gibt zwischen fünf und sieben Posts pro Tag und keine Pause oder Urlaub. Jeder Post ist auf das Wesentliche beschränkt, aber zugleich in einem breiten Netz von Kontexten und Problembezügen positioniert, die auf verschiedene weitere Informationen durch Bild, Ton, Zeichen und Schrift verweisen. Das führt zu einer hohen Komplexität der Informationen, bei gleichzeitig geringer Analyseschärfe, da die Posts selbst jeweils nur eine kleine Botschaft prägnant vermitteln sollen (vgl.

ebd.). Zudem fällt auf, dass es überhaupt keine Selbstkritik oder ein Eingeständnis von Fehlern bzw. Falschinformationen gibt, was die Merkmale der »geringen Negierfähigkeit und ausgedünnten Rechenschaftspflicht« (ebd.: 244) erfüllt. Diese Ergebnisse waren angesichts der Beobachtungen des Gegenstandes erwartbar und konnten durch die Forschung konkretisiert und bestätigt werden.

Der Hauptschwerpunkt der Forschung lag auf der Frage nach dem ›Wie‹ der Kommunikation, also der Frage, wie das Marketing gestaltet ist und wie es aus seinen inneren Logiken heraus beschrieben werden kann. Mit dem Marken- und Marketingkonzept von Hellmann (2003, 2011) lässt sich die Kommunikation im Telegram-Kanal in einem Rahmen fassen, der sie erklärbar macht. Die Marke ist, wie Hellmann (2003) beschrieben hat, die Gesamtheit der Kommunikation, die mit einem Unternehmen und dessen Produkten in Verbindung gebracht wird (vgl. ebd.: 274). Ihre Hauptfunktion ist die »Eigenwertbildung«, weshalb Markenkommunikation durch »ein hohes Maß an Selbstbezüglichkeit gekennzeichnet [ist], weil sie sich ständig auf sich selbst bezieht« (ebd.: 275f.). Dieser Selbstbezug wird durch Bezüge auf »externe Ereignisse« erweitert, die aber zugleich eine »[i]nterne Anschlussfähigkeit« gewährleisten (ebd.: 275f.).

Diese Prozesse der Eigenwertbildung der Marke in der Kommunikation als Werbung konnten durch die Analyse als einer der kommunikativen Zwänge herausgearbeitet werden. Es konnte gezeigt werden, dass ein ständiger Bezug auf die Elemente des Markenkerns der Freiheit und des ›sächsisch Seins‹ genommen wird. Dieses sind die omnipräsenten Botschaften, die in jedem Post themenübergreifend zum Vorschein kommen. Dabei zeichnet sich der hier beschworene Begriff der Freiheit durch seine breite Anschlussfähigkeit an verschiedene verschwörungs-ideologische Milieus aus. Das wird etwa durch die enge Verknüpfung des Freiheitsbegriffes mit dem Gegenbegriff der Diktatur gewährleistet. Ein Befund, der sich an die Analyse von Kiess und Wetzel (2022a) anschließt, die in diesem Zusammenhang insbesondere auf die Verknüpfung mit einem DDR Widerstandsnarrativ hingewiesen haben. Mit dem Begriff der Sachsen wird darüber hinaus ein völkisches Identitätsangebot an eine breite und intern heterogene Zielgruppe gemacht. Dabei wird versucht, verschiedene Identitätsangebote durch die übergreifende Gemein-

samkeit des ›sächsisch Seins‹ zu integrieren, um ein breites Spektrum von Strömungen zu adressieren, die von bürgerlich konservativen, menschenfeindlichen Einstellungen gegenüber offenen Milieus bis hin zu einem organisierten rechtsradikalen Spektrum reichen. Dies gelingt durch eine bewusst »ideologisch unspezifisch[e]« (Kiess 2023) Ausrichtung der Partei. In der Untersuchung konnte gezeigt werden, dass dies insbesondere durch eine vielfältige Ansprachestrategie verschiedener milieuspezifischer Zielgruppen erreicht wird. Es findet, wie es auch Amlinger und Nachtwey (2022) beschreiben, eine Verknüpfung der Begriffe Freiheit und der autoritären Formierung eines Volkes unter dem Begriff der Sachsen statt. Ergänzt wird der Eigenwert der Marke der Freien Sachsen neben der ständigen Bezugnahme auf den Markenkern durch die Integration äußerer Ereignisse, die die innere Anschlussfähigkeit nicht gefährden. Dies ist ein Befund, der sich quer über die Thematiken in verschiedenen Posts bestätigen lässt. Markant dafür waren Aussagen oder Interviews mit Personen aus Politik und Wirtschaft in Printmedien, insbesondere aus der *Bild-Zeitung*, die als das Medium mit den meisten Bezügen hervorsticht. Ein Befund, der sich auch bei Kiess und Wetzels (2023b) finden lässt. Die Integration externer Ereignisse und Berichte in die internen markenspezifischen Deutungsangebote geschieht zum einen, um den aktuellen Bezug zur Lebenswelt der Anhänger:innen herzustellen und damit ein Gefühl der Legitimität und Wichtigkeit zu erzeugen. Gleichzeitig weisen Kiess und Wetzels darauf hin, dass diese Integration anderer Ereignisse der mangelnden Produktion eigener Inhalte geschuldet ist (vgl. ebd.).

Der Zwang zur permanenten Mobilisierung des Protestmilieus kann ganz im Sinne des Konzepts der strukturellen Kopplung zwischen Partei und Wähler:innen/Anhängers:innen im politischen Marketing gedeutet werden. Gerade im Zwang der Mobilisierung des Protestmilieus ist die Partei auf eine enge Verbindung zu den Protestierenden, die als potenzielle Wähler:innen angesehen werden, angewiesen. Dabei konnte der einseitige Kopplungsprozess der Partei der Freien Sachsen beobachtet und analysiert werden. Gerade bei den Posts zum Thema Protest folgt die Kommunikation der Freien Sachsen diesen Zwängen der strukturellen Kopplung. Es zeigt sich, dass sie auf Repräsentation der einzelnen Protestzüge in Form eines Posts angewiesen sind, um die Effekte der Selbstwirksamkeit aus Sicht der Protestierenden und damit

die Motivation, an weiteren Protesten teilzunehmen, aufrecht zu erhalten. Diese Selbstwirksamkeit entfaltet sich durch den Protest als performativen Akt des Widerstandes, was sich mit den Analysen von Zschocke und Mullis (2022) deckt. Dieser Zwang wird durch den Zwang der Marke, ihren Kern überall zu integrieren und als Marke sichtbar zu machen, konturiert, sodass sich ein spezifisches, aber nicht zufälliges, Muster der Darstellung der Montagsproteste ergibt. Zum einen werden Posts von kleinen Orten und deren Protest gezeigt, um die Repräsentation dieser zu gewährleisten. Zum anderen werden die großen, aus Sicht der Marke bedeutendsten und dem Image eines sogenannten großen sachsenweiten, Spektren übergreifenden Bürgerprotestes entsprechenden, Proteste gezeigt. Dieses Beispiel soll die in Zwängen bestehenden strukturellen Kopplungen zwischen den potenziellen Wähler:innen und der Partei verdeutlichen.

7. Fazit und Einordnung

Die Analyse des Telegram-Kanals hat gezeigt, dass sich ein markensoziologischer Blick auf die Kommunikation der Freien Sachsen lohnt. Damit konnte demonstriert werden, dass die Kommunikation der Partei im Telegram-Kanal als eine markenförmige Kommunikation analysiert werden kann und dabei die verschiedenen Aspekte der Markenkommunikation zum Tragen kommen.

Die kommunikativen Zwänge der Freien Sachsen ergeben sich zum einen aus der Wahl ihres massenmedialen Kommunikationsmediums. Die Nutzung des Telegram-Kanals geht mit einer extrem formalen Reglementierung und Vereinheitlichung der Kommunikation in Form von Posts einher. Das zeigt sich in der Länge, der Schriftform und insbesondere im Sprachstil sowie der Textstruktur. Zum anderen ergeben sich die kommunikativen Zwänge aus der im Markenkern verankerten thematischen Fokussierung auf Freiheit auf der einen und einen identitären und völkischen Heimatbegriffs der Sachsen auf der anderen Seite. Die Kommunikationsstrategie der Freien Sachsen befindet sich im Spannungsfeld zwischen dem formalen Zwang des Posts und den markenlogischen Zwängen, die »Marke als Eigenwert der Werbung« (Hellmann 2003) kommunikativ

zu vermitteln. Zudem lässt sich festhalten, dass die Kommunikation im Telegram-Kanal der Freien Sachsen der einer Markenkommunikation entspricht. Sie weist auf der einen Seite die Merkmale der Kommunikation als Werbung auf und kann mit dem Konzept der Marke als Eigenwert der Werbung (Hellman 2003) beschrieben werden. Auf der anderen Seite zeigt die erwartete strukturelle Kopplung von Partei und potenziellen Anhänger:innen die kommunikativen Zwänge der ›Mobilisierung des Protestmilieus‹ und der ›differenzierten Zielgruppenansprache‹ auf.

Darüber hinaus konnte diese Analyse zeigen, dass es sich hierbei lediglich um eine erste explorative Sondierung es Gegenstandes handelt und noch viele weitere Ansätze vonnöten sind, um diesen umfassend zu beschreiben. Diesbezüglich fällt zum einen der klare Bezug zum Lokalen auf und es lassen sich bereits in dieser Analyse einige Hinweise auf *Politics of Scale* (vgl. Wissen et al. 2008) finden. Vor diesem Hintergrund und durch den Umstand, dass die Proteste sehr stark im ruralen Raum stattfinden, lohnt sich zudem ein mit einer raumsoziologischen oder geographischen Perspektive geschulter Blick auf die Freien Sachsen, wie ihn Mullis und Miggelbrink (2022) entworfen haben. Gerade die Rolle des Lokalen bei der rechtsextremistischen Mobilisierung ist omnipräsent zum Vorschein getreten, und bedarf deshalb genauerer Untersuchungen über die konkreten Strategien und Wirkungen verschiedener Diskurse und Narrative, die um Lokalitätsbezüge zentriert sind.

Aus verschiedenen Untersuchungen (vgl. Kiess/Wetzel 2023a) ist bereits hervorgegangen, dass verschwörungsideologische Erzählungen wie die des *Great Reset* immer weitere Verbreitung finden und auch diese Untersuchung konnte deren systematische Nutzung in Ansätzen zeigen. Perspektivisch scheint es interessant zu bleiben, diese Entwicklung zu verfolgen und weiter zu analysieren, etwa im Hinblick auf die Rolle der allgemeinen Verbreitung von verschwörungsideologischen Erzählungen für die wachsende Anschlussfähigkeit von Mobilisierungsbestrebungen rechtsradikaler Akteure wie der Freien Sachsen. In diesem Zusammenhang lohnt sich auch ein Blick auf die »Studien zur faschistischen Agitation« von Leo Löwenthal (2021). Perspektivisch bleibt es spannend, wie sich die Freien Sachsen als Akteur der radikalen Rechten entwickeln und formieren. Zudem bleibt zu beobachten, ob es ihnen gelingen wird, bei den Kommunal- und Landtagswahlen 2024 Erfolg zu haben und

damit ihren Einflussbereich auszubauen. Insbesondere scheint die Frage nach der Wirkmächtigkeit und der damit verbundenen Langfristigkeit der Mobilisierung von Interesse zu sein. Aufgrund des performativen Charakters des Telegram-Kanals und der starken Vergemeinschaftungseffekte scheint eine langfristige Mobilisierung, Etablierung und Ausweitung eines festen Protestmilieus durchaus erwartbar zu sein.

Literatur

- Amlinger, Carolin / Nachtwey, Oliver (2022): *Gekränkte Freiheit. Aspekte des libertären Autoritarismus*, Berlin: Suhrkamp.
- Bittner, Martin (2010): Soziale Unruhen – Zur Sicherheit der Gesellschaft? Der banlieue-Diskurs in deutschen Printmedien. In: Groenemeyer, Axel (Hg.): *Wege der Sicherheitsgesellschaft. Gesellschaftliche Transformationen der Konstruktion und Regulierung innerer Unsicherheiten*, Wiesbaden: Springer, S. 61–88.
- Bohnsack, Ralf (2021): *Rekonstruktive Sozialforschung*. 10. Aufl., Opladen / Toronto: Barbara Budrich.
- Briggs, John / Peat, David (1999): *Die Entdeckung des Chaos. Eine Reise durch die Chaostheorie*, München / Wien: dtv.
- Decker, Oliver / Kiess, Johannes / Brähler, Elmar (2023): *Autoritäre Dynamiken und die Unzufriedenheit mit der Demokratie*. EFBI Policy Paper 2023 No. 2., Leipzig: Else-Frenkel-Brunswik-Institut.
- Freie Sachsen (01.11.2022): *Unternehmerproteste im Erzgebirge gestartet*. In: Telegram-Kanal Freie Sachsen. Online verfügbar: <https://t.me/freiesachsen/5246> [Zugriff: 20.12.2023].
- Freie Sachsen (23.04.2023): *Das Sonntagsgespräch: Heute mit dem Dresdner Rechtsanwalt Jens Lorek!* In: Telegram-Kanal Freie Sachsen. Online verfügbar: <https://t.me/freiesachsen/6311> [Zugriff: 20.12.2023].
- Freie Sachsen (24.04.2023a): *Montagabend, Sachsen ist auf der Straße: Wir sind das Volk*. In: Telegram-Kanal Freie Sachsen. Online verfügbar: <https://t.me/freiesachsen/6317> [Zugriff: 20.12.2023].
- Freie Sachsen (24.04.2023b): *Leipziger Montagsprotest spaziert!* In: Telegram-Kanal Freie Sachsen. Online verfügbar: <https://t.me/freiesachsen/6320> [Zugriff: 20.12.2023].
- Freie Sachsen (28.04.2023): *Zittauer Stadtrat stellt sich gegen das Asylheim in Hirschfelde!* In: Telegram-Kanal Freie Sachsen. Online verfügbar: <https://t.me/freiesachsen/6346> [Zugriff: 20.12.2023].

- Freie Sachsen (30.04.2023): Das Sonntagsgespräch: Christian Klar von der Miteinanderstadt Gera. In: Telegram-Kanal Freie Sachsen. Online verfügbar: <https://t.me/freesachsen/6518> [Zugriff: 20.12.2023].
- Freie Sachsen (01.05.2023): Montagabend, Freiberg spaziert! In: Telegram-Kanal Freie Sachsen. Online verfügbar: <https://t.me/freesachsen/6361> [Zugriff: 20.12.2023].
- Freie Sachsen (02.05.2023): Altenberger Bürgermeister will Denkmal für die Opfer des Corona-Terrors entfernen lassen: Jetzt ist Solidarität gefragt! In: Telegram-Kanal Freie Sachsen. Online verfügbar: <https://t.me/freesachsen/6372> [Zugriff: 20.12.2023].
- Freie Sachsen (03.05.2023): Linkspartei-Jugend ruft auf, Denkmal für die Opfer des Corona-Terrors mit dem Vorschlaghammer zu zertrümmern! In: Telegram-Kanal Freie Sachsen. Online verfügbar: <https://t.me/freesachsen/6376> [Zugriff: 20.12.2023].
- Freie Sachsen (14.05.2023): Das Sonntagsgespräch: Heute mit Christian Fischer von der Initiative Zusammenrücken! In: Telegram-Kanal Freie Sachsen. Online verfügbar: <https://t.me/freesachsen/6444> [Zugriff: 20.12.2023].
- Freie Sachsen (28.05.2023): Das Sonntagsgespräch: Heute mit Michael Brück und Robert Andres! In: Telegram-Kanal Freie Sachsen. Online verfügbar: <https://t.me/freesachsen/6518> [Zugriff: 20.12.2023].
- Freie Sachsen (06.06.2023): AfD bekennt sich auf Ihrem Europaparteitag zur Nato-Mitgliedschaft. In: Telegram-Kanal Freie Sachsen. Online verfügbar: <https://t.me/freesachsen/6917> [Zugriff: 20.12.2023].
- Freie Sachsen (15.07.2023): Leipziger AfD auf den Spuren von CDU und Grünen: Alkoholverbotzonen in der Leipziger Innenstadt gefordert. ... In: Telegram-Kanal Freie Sachsen. Online verfügbar: <https://t.me/freesachsen/6822> [Zugriff: 20.12.2023].
- Freie Sachsen (13.08.2023): Diskussionsrunde beim COMPACT-Sommerfest: Wohin steuert die patriotische Opposition im »Superwahljahr 2024«?! In: Telegram-Kanal Freie Sachsen. Online verfügbar: <https://t.me/freesachsen/6947> [Zugriff: 20.12.2023].
- Fröhlich, Paulina / Ranft, Florian / Vollmann, Erik (2023): Mir reicht's Bürger. Analyse der Montagsdemonstrationen in Chemnitz und Gera im Winter 2022/23, Berlin: Das Progressive Zentrum / Bertelsmann Stiftung.
- Geiges, Lars / Marg, Stine / Walter, Franz (2015): *Pegida*. Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft?, Bielefeld: transcript.
- Hellmann, Kai-Uwe (2003): *Soziologie der Marke*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Hellmann, Kai-Uwe (2011): *Fetische des Konsums. Studien zur Soziologie der Marke*, Wiesbaden: Springer.
- Hellmann, Kai-Uwe (2013): *Der Konsum der Gesellschaft. Studien zur Soziologie des Konsums*, Wiesbaden: Springer.

- Kiess, Johannes (2023): Extrem rechte Parteien in Sachsen. Arbeitsteilige Mobilisierung und Fragmentierung. In: Decker, Oliver / Kalkstein, Fiona / Kiess, Johannes (Hg.): Demokratie in Sachsen. Jahrbuch des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts für 2022, Leipzig: edition überland, S. 79-96.
- Kiess, Johannes / Nissen, Sophie / Wetzel, Gideon / Winkler, Benjamin (2022): Pilotausgabe. EFBI Digital Report No. 0, Leipzig: Else-Frenkel-Brunswik-Institut.
- Kiess, Johannes / Wetzel, Gideon (2022): Ausstieg aus der Demokratie. Einblicke in sächsische Telegram-Gruppen & Kanäle. EFBI Digital Report No. 2, Leipzig: Else-Frenkel-Brunswik-Institut.
- Kiess, Johannes / Wetzel, Gideon (2023a): Rückgang der Mobilisierung – Fortsetzung der Agitation. EFBI Digital Report No. 1, Leipzig: Else-Frenkel-Brunswik-Institut.
- Kiess, Johannes / Wetzel, Gideon (2023b): Vernetzung und aktuelle Entwicklung in der Rechten Telegram-Szene Sachsens. EFBI Digital Report No. 2, Leipzig: Else-Frenkel-Brunswik-Institut.
- Kolter, Philip / Levy, Sidney (1969): Broadening the Concept of Marketing. In: Journal of Marketing 33 (1), S. 10-15.
- Löwenthal, Leo (2021): Falsche Propheten: Studien zur faschistischen Agitation, Berlin: Suhrkamp.
- Luhmann, Niklas (1992): Kontingenz als Eigenwert der modernen Gesellschaft. In: Ders. (Hg.): Beobachtungen der Moderne, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 93-128.
- Mannheim, Karl (1964): Die Bedeutung der Konkurrenz im Gebiete des Geistigen. In: Ders. (Hg.): Wissenssoziologie, Neuwied: Luchterhand, S. 566-613.
- Mannheim, Karl (1984): Konservatismus, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Mannheim, Karl (1985): Ideologie und Utopie. In: Ders. (Hg.): Ideologie und Utopie, Frankfurt a.M.: Klostermann, S. 3-225.
- Mullis, Daniel / Miggelbrink, Judith (Hg.) (2022): Lokal extrem Rechts. Analysen alltäglicher Vergesellschaftungen, Bielefeld: transcript.
- Nohl, Arnd-Michael (2016): Dokumentarische Methode und die Interpretation öffentlicher Diskurse. In: Zeitschrift für Diskursforschung 4 (2), S. 115-37.
- Otte, Thomas (1993): Marke als System. Ihre Eigenkräfte regeln den Markt, Hamburg: Marketing Journal.
- Rosenberg, Florian von (2011): Bildung und Habitustransformation. Empirische Rekonstruktionen und bildungstheoretische Reflexionen, Bielefeld: transcript.
- Wissen, Markus / Röttger, Bernd / Heeg, Susanne (Hg.) (2008): Politics of Scale. Räume der Globalisierung und Perspektiven emanzipatorischer Politik, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Zschocke, Paul / Mullis, Daniel (2022): Rechte Raumnahme und performative Politik in Freiberg. Zum ›Spaziergang‹ mit den Freien Sachsen gegen die Coronapolitik. In: *dérive*. Zeitschrift für Stadtforschung, S. 42-48.

Vom Vigilantismus zum Rechtsterrorismus

Die Gewaltlegitimation der Freien Sachsen und ihre Bedeutung für die Gewaltgenese Einzelner

1. Einleitung

»Björn Höcke prägte einst den Begriff »Herrschaft des Unrechts«. Er könnte wohl kaum besser auf die Zustände passen, die wir momentan in Sachsen erleben. Immerhin: In der Vergangenheit wurden ähnliche Herrschaften häufig irgendwann von den Bürgern beendet.« (Freie Sachsen 14.12.2021).

In diesem Duktus kommuniziert die rechtsextrem ausgerichtete deutsche Regionalpartei Freie Sachsen¹ im Messengerdienst Telegram täglich mit ihren mehr als 148.000 Abonnent:innen. Die Umsturzfantasien der im Februar 2021 im erzgebirgischen Schwarzenberg gegründeten Partei werden dabei bereits auf den ersten Blick deutlich. Die Bürger:innen Sachsens, die die Partei als positive Bezugsgruppe einbezieht, sollten sich gegen die von ihnen verhassten politischen Eliten wehren dürfen, um sie schließlich eines Tages zu Fall zu bringen. Dahinter steckt eine Gewaltlegitimation, die sich in populistischer Manier des Antagonismus zwischen einem ideologisch definierten, unterdrückten Volk und einem politischen Establishment bedient und die sich mit Gewalttheorien des Vigilantismus² beschreiben lässt.

Der Fokus dieses Beitrags liegt auf dem Verhältnis der Freien Sachsen zur Gewalt. Erörtert wird einerseits, auf welche Art und Weise innerstaat-

1 Für eine ausführliche Darstellung der Freien Sachsen s. die Einleitung zu diesem Band (Böhme/Krell).

2 Vigilantismus ist eine Form der innerstaatlichen Gewalt jenseits des Gewaltmonopols des Staates, die sich in Deutschland überwiegend gegen Stellvertreter:innen schwacher Gruppen richtet (vgl. Quent 2016: 22 f., 25).

liche, physische Gewaltausübung von der Partei legitimiert wird, und andererseits, welchen Einfluss ihre Gewaltlegitimation auf die Radikalisierung von einzelnen Personen haben kann, die damit wiederum ihre individuelle Gewalt legitimieren. Im Kern geht es nicht nur darum, dass die Freien Sachsen nicht nur selbst Formen von Gewalt legitimieren oder gar ausüben, indem sie in der Vergangenheit etwa Bürgerwehren gründeten oder bei Versammlungen gewaltsam gegen die Polizei voringen (vgl. Heilmann 2023, Polizei Sachsen 2021, Oechsner 2021), sondern ebenfalls um die Problematik, dass sie als ideologisch-legitimierende Komponente an der Gewaltgenese von Einzelnen teilhaben können. Leuschner et al. (2017: 61) haben in diesem Zusammenhang die These aufgestellt, dass sowohl kulturelle als auch ideologische Skripte Identifikationsprozesse hin zu einer kollektiven Identität hervorrufen können. Beispiele für solche Szenarien finden sich sowohl in Deutschland als auch im internationalen Vergleich, wenn man die Entwicklung des Rechtsterrorismus sogenannter Lone Actors in den vergangenen Jahren betrachtet, die besonders westliche Industriestaaten in Europa und Nordamerika betrifft. Die Rechtsterrorist:innen³ orientierten ihre Gewaltpraxis oftmals an der von sogenannten Schulattentätern, während sie die ideologischen Legitimationen ihrer Gewalt jedoch vorwiegend aus radikalen Online-Milieus bezogen (vgl. Leuschner 2023: 31, 40). In diesem Sinn stellen die Kommunikationswege der Partei einen potentiell positiven Resonanzraum für rechtsterroristische Gewalt dar, wie er auch in anderen Online-Milieus beobachtbar war, in denen sich Rechtsterrorist:innen radikalisierten. Die forschungsleitende Fragestellung lautet daher: Auf welche Art und Weise wird physische Gewalt von den Freien Sachsen legitimiert und welche Verbindungslinien ergeben sich daraus zum Rechtsterrorismus?

Um einer Antwort auf den Teil der Fragestellung näherzukommen, der die Legitimation von Gewaltausübung durch die Partei als soziopolitischer Akteur betrifft, wird in einem Quellenkorpus, der die öffentliche Kommunikation der Partei beinhaltet, nach typischen Rechtfertigungsnarrativen

3 Derartige Täter:innengruppenbezogene Bezeichnungen umfassen alle Geschlechter gleichermaßen. Internationale Erhebungen zeigen jedoch, dass Massentötungen bis auf wenige Ausnahmen von Personen ausgeübt werden, die sich als männlich identifizieren (siehe Leuschner 2023: 32, The Violence Project 2021). Coester et al. (2023: 14) schreiben bezüglich der Gewalt von sogenannten Lone Actors gar von einem »Männer(frustrations-)phänomen«.

und Legitimationsstrategien im Hinblick auf Gewalt gesucht. Die These ist, dass sich die Gewaltlegitimation der Freien Sachsen am besten mit den Gewalttheoremen einschlägiger Vigilantismustheorien beschreiben lässt, weshalb zunächst eine begriffliche Definition des Vigilantismus erörtert wird, um damit im Anschluss Beispiele für gewaltindiziertes Handeln und Legitimieren im Zusammenhang mit der Partei Freie Sachsen hinsichtlich ihrer vigilantistischen Dimensionen zu untersuchen. Dafür werden anhand von Schlagworten und unter den methodischen Aspekten einer Inhaltsanalyse relevante Inhalte des parteinahen *Aufgewacht*-Magazins, des Telegram-Kanals der Freien Sachsen sowie weitere Online-Kanäle der Partei nach gewaltlegitimierenden Sprachformeln gefiltert. Darüber hinaus wird auch in Presseberichten und Videoaufnahmen gezielt nach prägnanten Äußerungen gesucht, die von Mitgliedern der Freien Sachsen getätigt wurden. Alle genannten Textsorten sind als Primärquellenmaterial zu handhaben, da sie entweder von Mitgliedern der Partei verfasst wurden oder deren ungefilterte Aussagen enthalten. Aufgrund von Erkenntnissen aus einer ersten Sichtung des Quellenmaterials werden im Sinne einschlägiger Vigilantismustheorien auch Schlagworte, die sich auf Wehrhaftigkeit und Gegengewalt beziehen, verwendet, weshalb etwa die Schlagworte ›wehren‹, ›wehrhaft‹ und ›Widerstand‹ ebenso in die Analyse einbezogen werden wie ›kämpfen‹, ›Kampf‹, ›Gewalt‹, ›Krieg‹ und ›Umbruch‹.

Der besondere Stellenwert der durch die Inhaltsanalyse erörterten ideologisch-legitimierenden Textbestandteile bei der Radikalisierung potentieller Gewaltakteur:innen wird im Anschluss in einem zweiten Teil des Beitrags verdeutlicht, indem Verbindungslinien zur Genese des Rechtsterrorismus sogenannter Lone Actors aufgezeigt werden. In diesem Kontext wird argumentiert, dass die Partei Freie Sachsen potentiell an der Gewaltgenese von Gewaltakteur:innen beteiligt sein kann, da sie als symbolische Struktur der Ordnung gewaltindiziertes Handeln legitimiert. Inwieweit sie mit der Schaffung einer gesellschaftlichen Wirklichkeit sowohl die Opferauswahl bedingen als auch durch das Vermitteln von Handlungsanleitungen am Praxeologischen der Gewalt mitwirken kann, ist deshalb ebenfalls Gegenstand des Beitrags.

2. Vigilantismus

Zunächst ist festzustellen, dass der Begriff des Vigilantismus im Deutschen kaum gebräuchlich ist und im Duden lediglich das zugehörige Adjektiv ›vigilant‹ und das Verb ›vigilieren‹ auffindbar sind (vgl. Schmidt-Lux 2012: 120). Die an das Adjektiv angelehnte Version ›fischelant‹ wurde im Jahr 2009 zum schönsten sächsischen Wort des Jahres gewählt. Einige Sachsen bezeichnen damit bestimmte Eigenschaften eines Menschen: »clever, rührig, auf Zack, schlau, erkennt Chancen und nutzt sie auch« (Freistaat Sachsen 2019), heißt es auf der Website so-geht-saechsisch.de, die die Dachmarke des Freistaates Sachsen präsentiert. In diesem Sinne lässt sich am Begriff zunächst keine gewaltindizierte Konnotation ausmachen. Fällt der Blick hingegen auf die Gewaltform, deren Ursprung in der Weststaatengeschichte der USA vermutet wird und die Quent (2016: 20) als »Form systemstabilisierender Selbstjustiz nichtstaatlicher Akteure mit vorgeblich protektiven Motiven« beschreibt, kommt man dem für diesen Beitrag maßgeblichen Sinngehalt näher. Dem Internationalen Handbuch der Gewaltforschung zufolge bezeichnet Vigilantismus gemeinhin Aktivitäten von Personen und Gruppen zur »Unterdrückung von abweichendem Verhalten«, wie etwa »Verhaltensweisen von Bürgern, die in signifikanter Weise von den etablierten sozialen Normen einer Gemeinschaft abweichen« (Kowalewski 2002: 426). In seiner sozialen Dimension richtet er sich deshalb vor allem »gegen schwache Gruppen in der Gesellschaft und zielt auf die Durchsetzung der Vorherrschaft der eigenen Gruppe innerhalb der Zivilgesellschaft« (Quent 2016: 22 f.).

Die Deutungshoheit darüber, was im Sinne des Vigilantismus als abweichend interpretiert werden sollte, liegt nicht etwa bei staatlichen Institutionen, sondern bei den sogenannten Vigilant:innen selbst. Deshalb eignet sich der Begriff in seiner politischen Dimension auch, um Handlungen im Rahmen der Selbstjustiz gegen sogenannte Deviant:innen zu beschreiben, zu denen auch politische Repräsentant:innen oder markierte Gruppen gezählt werden können, deren Verhalten die Vigilant:innen als inadäquat interpretieren. Im Lichte der Ausübung von Gewalt gegen solche Gruppen verstehen sich die Gewaltakteur:innen als konservative Gewalt, die darauf abzielt, eine totalitäre gesellschaftliche Ordnung zu schaffen, aufrechtzuerhalten oder wiederherzustellen.

Beispiele dafür finden sich in der *Longue durée* der Gewalt beinahe überall auf der Welt. Huggins (1991: 9) beschrieb sogenannte *Justiceiros* in Lateinamerika, die zunächst sehr genau abwägen, welche Personen sie ermorden werden, wobei sie jedoch auch manchmal angeheuert wurden. Sie verortete diese Gewaltakteur:innen in der Mitte eines Kontinuums der Selbstjustiz, dessen Variationen sich anhand der Spontaneität, dem Organisationsgrad und der Beteiligung des Staates unterscheiden lassen (vgl. ebd.: 8). Nach Quent (2016: 23) lässt sich Vigilantismus gar in drei idealtypische Kategorien einteilen. Eine davon zielt auf Minderheitengruppen, eine weitere wendet sich gegen politische Gegner:innen und die dritte Ordnung wendet sich gegen den Staat in seiner vorherrschenden Ausprägung (vgl. ebd.).

Die Gewaltakteur:innen üben in allen Fällen eine Form der Selbstjustiz außerhalb der Grenzen der bestehenden Systemlegalität aus, wobei ihr Handeln, zumindest in ihren Selbsteinschätzungen, eine legitime Option darstellt, um gesellschaftspolitische Ziele zu erreichen (vgl. Huggins 1991: 5). Da sie organisatorisch mit den Menschen und Gemeinschaften verbunden sind, die sie vorgeblich beschützen wollen, definieren sie diese als einzig legitime Ordnungsinstanz. Bestimmte Formen des Vigilantismus, besonders solche in einer terroristischen Dimension, lösen deshalb stets eine Debatte um das Gewaltmonopol aus, in welcher staatliche Institutionen und die Vigilant:innen im entscheidenden Sinn als Außenseiter darum konkurrieren, der breiten Gesellschaft ihren Willen aufzuzwingen. Dabei stellt jede Seite die physischen Gewaltakte der anderen als Barbarei dar, betrachtet ihre eigenen jedoch als heroisch (vgl. Riches 1986: 1f.). Nicht verwunderlich ist es daher, dass das Phänomen für den Staat »eine besondere Herausforderung in institutioneller und normativer Hinsicht [darstellt]« (Schmidt-Lux 2012: 118). Dass Einzelne individuelle Gewalt ausüben oder sich an kollektiver Gewalt beteiligen sei »in der westlichen Moderne« schließlich »nur unter starken Einschränkungen vorgesehen« (ebd.: 119).

Während frühe vigilantistische Theorien von fehlenden Rechtsverfolgungsinstitutionen als Grund für das Aufkommen des Vigilantismus ausgingen (vgl. Kowalewski 2002: 428), erscheint diese Erklärung inzwischen fraglich, da die Gewalt Einzelner in ihrer terroristischen Dimension heute auch da auftritt, wo sich »das Konzept des modernen

Staates [...] im Hinblick auf die Monopolisierung legitimer Gewaltausübung« (Warburg 1999: 98) am meisten durchgesetzt zu haben scheint. Dieses Gewaltmonopol wurde als Grund dafür angesehen, dass aus Vigilant:innengruppen nur in den seltensten Fällen dauerhafte gesellschaftliche Einrichtungen entstehen (vgl. Kowalewski 2002: 427). Zu einem dieser Fälle ist jedoch die Gruppierung Freie Sachsen avanciert. Das zeigen die seit mehreren Jahren beinahe wöchentlich stattfindenden Versammlungen, die teilweise von den Freien Sachsen selbst organisiert, mehrheitlich jedoch von ihnen beworben werden. Es handelt sich inzwischen um eine Partei mit vier Kreisverbänden in Sachsen, einer Jugendorganisation und etwa 1.000 Mitgliedern, weshalb sie, neben der Partei Alternative für Deutschland, als einer der mobilisierungstärksten und dynamischsten Akteure des Rechtsextremismus in Sachsen angesehen wird (vgl. Sächsisches Staatsministerium des Innern 2023). Die Bewegung hat, im Gegensatz zu vielen anderen rechtsextremen Gruppen, die eher klandestin agieren, eine Postadresse und ihre Mitglieder sitzen in verschiedenen parlamentarischen Gremien auf Kommunalebene. Zudem tritt die Partei nebst eigener Webseite in beinahe allen Social Media Kanälen auf, was sie auch hinsichtlich des Unterstützer:innenpotentials besonders relevant erscheinen lässt. Während Kowalewski (2002: 427) das Wesen des Vigilantismus noch als »die Öffentlichkeit meidend« und informell beschrieb, hat sich dieses Bild spätestens mit dem Auftreten solcher Bewegungen geändert. Mitglieder der *Heimatschutz Mittelsachsen*, einer der Partei nahestehenden Bürgerwehrebewegung, patrouillierten bereits mehrfach in sächsischen Ortschaften und verteilten kostenlose Informationsmaterialien und Pfefferspray an Passant:innen (vgl. Heilmann 2023). Zudem errichteten die Freien Sachsen öffentlichkeitswirksam eine symbolische Grenzblockade zur Tschechischen Republik in Schmilka (vgl. Polizei Sachsen 2023). Ob dies zunächst nur als Inszenierung erscheinen mag oder nicht, eine Botschaft wird deutlich: Die »schon länger im Freistaat Siedelnden«, wie der Chefredakteur des parteinahen *Aufgewacht*-Magazins Jochen Stappenbeck (2022a: 3) seine Bezugsgruppe bezeichnet, sollen sich gegen »Völker- und Lebenszerstörer« (ebd.) wehren und die »Freiheitsverteidiger zum Durchhalten [...] motivieren« (Stappenbeck 2022b: 7). Bezogen auf die Fragestellung fungieren die Freien Sachsen damit als radikales Umfeld anderer poten-

tieller Gewaltakteur:innen, was im zweiten Teil des Beitrags anhand von Verbindungslinien zur Genese des Rechtsterrorismus verdeutlicht wird, indem aufgezeigt wird, dass die Freien Sachsen in anleitender Funktion die gesellschaftliche Ordnung mitbestimmen, die es unter Anwendung von vigilantistischer Gewalt (wieder)herzustellen gilt. Damit liefern sie potentiellen Gewaltakteur:innen vor allem in Online-Milieus nicht nur schlüssig erscheinende Legitimationen für die Ausübung von Gewalt, sondern sind auch für die Entwicklung neuer Deutungsmuster und Identifikationsprozesse verantwortlich (vgl. Leuschner et al. 2017: 61).

3. Analyse der Gewaltlegitimation

Das parteinahe *Aufgewacht*-Magazin enthält in jeder Ausgabe etwa 15 Beiträge, die überwiegend von aktiven Mitgliedern der Partei verfasst werden. Vigilantistische Dimensionen werden dabei auf den ersten Blick erkennbar. Der Chefredakteur des Magazins beschreibt bereits in der Erstausgabe, dass er »die Mengen [...] standhaft auf Seiten des Rechts« verortet, wenn diese gegen den »Corona-Kult« auf die Straße gehen (Stappenbeck 2022b: 4). Gemeint sind die Protestierenden bei den sogenannten Montagsspaziergängen im Rahmen der Covid-19-Pandemie, die teilweise von den Versammlungsbehörden verboten wurden und mehrfach zu Zusammenstößen zwischen staatlichen Sicherheitskräften und Versammlungsteilnehmer:innen führten (vgl. Oechsner 2021, Polizei Sachsen 2021). Schnell wird deutlich, dass es sich um eine Form im Vigilantismus-Kontinuum handeln muss, die am weitesten von einer staatlichen Beteiligung entfernt zu sein scheint. Vor staatlichen Akteuren müsse man sich schließlich schützen, betonte Stappenbeck (2022b: 6), und verglich dabei die politischen Repräsentant:innen in den Parlamenten der Bundesrepublik mit »ruchlosen Raubrittern aus den Wäldern und Sümpfen«, die heute vielmehr »in Nagelstreifenanzügen [sic] aus Kabinettsräumen« (ebd.) daherkommen würden. Gegen diese sieht sich die Partei im aktiven Widerstand, weshalb das Wort »Widerstand«, Stand Dezember 2023, in fast jedem dritten Telegram-Beitrag der Partei zu lesen ist. Vordergründig geht es den Freien Sachsen laut eigener Aussage darum, diesen Widerstand zu vernetzen. Die Idee dahinter ist so alt wie

der Konflikt um das Gewaltmonopol selbst. Zwar ist das sogenannte Widerstandsrecht heute »allgemein anerkannt« (Bielefeldt 2002: 1365), jedoch ist stets umstritten, »ob in einer rechtsstaatlichen Demokratie legitimer Widerstand möglich sein kann« (ebd.).

Bei den Freien Sachsen richtet sich dieser Widerstand primär gegen den Staat, jedoch auch gegen gesellschaftliche und ethnisch markierte Gruppen. Michael Brück, Mitglied des NRW-Landesverbandes der rechtsextremen Partei Die Rechte und jüngstes Gründungsmitglied der Partei Freie Sachsen, beschreibt im Magazin etwa, dass sich das »Regime von seinem Volk und der Rechtmäßigkeit entfernt [habe]« (Brück 2022a: 12). Demokratische Institutionen, zu denen die Bewegung aufgrund ihres Parteistatus paradoxerweise auch selbst zu zählen ist, sind ihm zufolge also kein Teil der Vigilant:innen, sondern sie sind vielmehr den Deviant:innen zuzurechnen. Dass sich die Partei in einer Hochphase der Covid-19-Pandemie, laut eigener Aussage, erforderliche Genehmigungen für ihre Versammlungen erhoffte, stattdessen jedoch Repressalien erfuhr, nahm sie zum Anlass, vermehrt unangemeldete Versammlungen und Demonstrationen zu bewerben und durchzuführen (vgl. Brück 2022a: 12). Die Partei selbst verglich diese oftmals mit den Montagsdemonstrationen der sogenannten Friedlichen Revolution in der DDR im Herbst 1989 in Leipzig, maß ihnen jedoch zunächst weniger Transformationspotential zu. »Durch einen Spaziergang alleine [werde] die Politik nicht plötzlich von Grund auf geändert«, betonte Brück (2022b: 9), und deutete damit an, dass es mehr brauche als nur Demonstrationen. Es brauche gar eine »Neuordnung des politischen Systems« (Brück 2023a: 10). Zwar lässt das selbsterklärte Ziel, einen »Umbruch« oder »Politikwechsel« im »morschen Parteiensystem« (Brück 2022a: 12) herbeizuführen, zunächst nicht notwendig auf gewaltindizierte Kommunikationsformen schließen, jedoch wurde Brück in seinem ersten Magazinbeitrag noch deutlicher. Es gehe darum, »die Verantwortlichen für die Menschheitsverbrechen zur Rechenschaft zu ziehen« (ebd.), womit er nicht nur amtierende politische Repräsentant:innen als Feindbild manifestierte, sondern zunächst auch offen ließ, auf welche Art und Weise sie nach dem angestrebten Umbruch für ihre vermeintlichen Normenbrüche bestraft werden müssten. Der Parteikollege und Geschäftsführer des parteinahen Online-Versands *Sachsenversand*, Jens Döbel, wurde hinsichtlich der Bestrafungsfantasien

schon vor der Gründung der Partei konkreter. Er brachte einen selbstgebaute Galgen aus Holz zu einer Demonstration von *Pegida* im Jahr 2015. Versehen war dieser mit zwei Stricken, reserviert für die damalige Bundeskanzlerin Angela Merkel und den ehemaligen Bundesminister des Auswärtigen, Sigmar Gabriel (vgl. Lindner 2015). Auch während seiner Zeit bei den Freien Sachsen distanzierte sich Döbel nicht vom symbolischen Galgen, sondern verklagte die erzgebirgische Stadt Schwarzenberg aufgrund einer, seiner Ansicht nach, missbilligenden Erklärung zum Vertrieb weiterer Modellgalgen in einem Online-Shop (vgl. Mehlhorn 2021).

Während beim Fallbeispiel der symbolischen Galgen die gewaltinduzierten Bestrafungsmethoden eindeutig benannt wurden, wird im Telegram-Kanal der Partei lediglich gefordert, den sächsischen Ministerpräsidenten Michael Kretschmer im Namen des Volkes zu verhaften und einem Gericht zuzuführen (vgl. Freie Sachsen 05.12.2021a). Ebenso forderte die Partei im August 2021, den damaligen Berliner Innensenator Andreas Geisel vor Gericht zu stellen, da sie ihn in der Verantwortung für Polizeigewalt bei einer Versammlung des *Querdenken*-Milieus sah (vgl. Freie Sachsen 02.08.2021). Beinahe könnte man annehmen, dass die Freien Sachsen am Gewaltmonopol staatlicher Institutionen festhalten. Dass die Gewaltanwendung zum Zwecke der Bestrafung »über die Existenz staatlicher Rechtsordnungen [...] dem Staat vorbehalten [ist]« (Schmidt-Lux 2012: 119), ignorieren die Parteimitglieder auch nicht. Im Gegenteil, sie beschreiben einen Zustand nach einem politischen Umbruch, in dem sie das staatliche Gewaltmonopol innehaben werden. Demnach bezieht sich das Systemstabilisierende der Selbstjustiz (vgl. Quent 2016: 20) beim Vigilantismus der Freien Sachsen lediglich auf das angestrebte politische und gesellschaftliche System und nicht auf das vorherrschende System der Bundesrepublik. Dennoch sind die Akteure nur teilweise als »nichtstaatlich« (ebd.) anzusehen, da sie bereits vor der Gründung der Partei Freie Sachsen in kommunalen politischen Ämtern und Gremien, etwa im Erzgebirge und in Chemnitz, etabliert waren. Die genaue Beschaffenheit des von der Partei angestrebten Gesellschafts-systems bleibt zwar insgesamt diffus, jedoch werden etwa Vergleiche mit dem Königreich Sachsen um 1830 geschlossen. Dessen Verfassung sei laut Parteivorsitzendem Kohlmann nie aufgehoben wurden, was

jedoch kaum jemandem bekannt sei, »da es Kommunisten [...] traditionell nicht so mit Verfassung und Gesetzen« haben, sondern »lieber mit Putsch und Gewalt« (Kohlmann 04.02.2022). Gewaltausübung sei demnach prinzipiell etwas, das der politische Gegner zu verantworten habe. In einem von ihm verfassten Beitrag im parteinahen *Aufgewacht*-Magazin betont Kohlmann (2022b: 33) jedoch, dass den Bürger:innen des Sächsischen Königreichs um 1830 eine »Grundunzufriedenheit mit dem behäbigen und starren politischen System [...] in breiten Bevölkerungsschichten« gemein gewesen sei. Dieses sei – hier werden seine politischen Umbruchfantasien wieder deutlicher – erst durch eine Revolte gegen Polizei und Rathaus in Dresden reformierbar geworden, was einen »Freiheitsgewinn für breite Bevölkerungsschichten« (Kohlmann 2022: 33) nach sich gezogen habe. Es geht der Partei jedoch nicht etwa um Reformen innerhalb der etablierten parlamentarischen Sphären, sondern um eine Auflösung der Regierung der Bundesrepublik: »Je mehr der Regierungsapparat zurückgedrängt wird, desto effektiver lassen sich Freiheiten zurückgewinnen«, betont Michael Brück (2022b: 9) in einem weiteren Magazinbeitrag und begründet diese radikale Ansicht wenig später damit, dass »Politikern ab einem gewissen Rang [...] grundsätzlich nicht getraut werden [sollte]« (Brück 2022c: 21).

Neben dem Manifestieren von Feindbildern, die teilweise auf entmenschlichende Weise dargestellt werden, ist für die Gewaltlegitimation der Freien Sachsen die Frage zentral, wer für eine Gewalteskalation verantwortlich gezeichnet werden kann. Die Rechtfertigung von Gewaltausübung mit dem Verweis auf positive Ziele impliziert oft, dass die Gewalteskalation provoziert wurde. Von Sympathisant:innen der Partei ausgehende Gewaltakte wurden daher oftmals als Ausrutscher deklariert, die aus einer Konfliktsituation, etwa bei den von der Partei beworbenen Versammlungen, entstanden seien. So wurden Personen-Gruppen, die am 27. Dezember 2021 während eines in dieser Pandemiephase für unzulässig erklärten Aufzugs im sächsischen Bautzen die Polizei mit Pyrotechnik und Flaschen angriffen (vgl. Polizei Sachsen 2021: 2), später zu »Spaziergängern« erklärt, welche lediglich »im Eifer des Gefechtes über die Stränge geschlagen« (Brück 2022c: 21) hätten. Die Menschen seien schließlich im Kontext der damaligen Beschränkungen

von Zusammenkünften von mehr als zehn Personen zur Gewalteskalation genötigt worden.

Schuld an der Gewalteskalation seien regelmäßig die Deviant:innen in Form politischer Repräsentant:innen, die Stappenbeck (2022c: 3) als »Demokratiemissbraucher« bezeichnet, welche in einem »Netzwerk des Bösen« eine »kriminelle Agenda abarbeiten« (ebd.). Legitime Gewalt erwächst aus der Perspektive der Freien Sachsen demnach wie selbstverständlich aus der Bemühung um eine von ihnen definierte öffentliche Ordnung. Diese Ansicht könnte, folgt man dem ersten von zwei Modellen des Gewaltforschers David Kowalewski (1991: 128), einem Politikverständnis entspringen, in dem staatliche Regime als monolithische und statische Strukturen angesehen werden, die dafür zuständig sind, auf Dissidentenbewegungen, welche die öffentliche Ordnung infrage stellen, mit harten Maßnahmen zu reagieren, um den öffentlichen Frieden wiederherzustellen. Tatsächlich ist unter den Vigilant:innen laut Quent (2019: 27) im Zuge der Asyldiskussion seit 2014 »der Eindruck entstanden, dass der Staat, der Zuwanderung nicht rigoros verhindere, in die Hände der Feinde gefallen sei und daher bekämpft werden müsse«. Zwar wünschen sich die Freien Sachsen mehr staatliche Eingriffe, jedoch sehen sie die aktuell amtierenden politischen Repräsentant:innen ebenso als Dissidenten an, wie etwa ethnisch markierte Gruppen, Antifaschist:innen oder Polizist:innen, in denen sie abweichendes Verhalten erkennen wollen. In diesem Zusammenhang wird etwa der Vorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft als »Law-and-Order-Träumer« (Freie Sachsen 13.05.2021) bezeichnet, da dieser ein staatliches Gewaltmonopol ausbauen wolle, welches der anvisierten gesellschaftlichen Ordnung der Freien Sachsen konträr entgegensteht.

Die Perspektive der »Theorie der Gegenbewegung« (Kowalewski 2002: 428) scheint deshalb geeigneter, um die gewaltindizierten Prozesse zu beschreiben, die mit dem Auftreten der Partei einhergehen. Ihr zufolge »lassen sich vigilantistische Gruppen am besten in Begriffen ihrer dynamischen Interaktion mit zahlenmäßig wachsenden und zunehmend aktiver werdenden Deviantengruppen verstehen« (Kowalewski 2002: 428 f.). Vigilantistische Gewalt wird in diesem Verständnis »weniger durch die bloße Anwesenheit von Deviant:innen provoziert als vielmehr durch deren rasches Anwachsen zu einer bedrohlichen Bewegung« (ebd.: 429).

Während Kowalewski die Schnelligkeit des Wachstums einer Bewegung von Deviant:innen als Maß für die erfolgreiche Mobilisierung von Vigilant:innen hervorbrachte, scheint der Erfolg der Bewegung im vorliegenden Fall jedoch davon abzuhängen, inwiefern es den Freien Sachsen gelingen kann, ihre Sympathisant:innen von einem Anwachsen der Gruppe der Deviant:innen zu überzeugen. Dies geschieht im Telegram-Kanal der Partei vor allem durch die Vermittlung von symbolischen Ordnungen. Eine davon beinhaltet, dass die positive Bezugsgruppe der Partei stets als Opfer der Konflikte übergeordneter Instanzen wahrgenommen wird. Davon zeugt eine Vielzahl von Magazinbeiträgen über gewaltindizierte Aktivitäten von mutmaßlichen Linksextremist:innen oder Polizist:innen. Außerdem wird ein Anwachsen der Gruppe der Deviant:innen vor allem mit einer vermehrten Aufnahme von Geflüchteten begründet. So heißt es etwa in der Ausgabe März/April 2023 des *Aufgewacht*-Magazins, dass »Zuwanderung und Genthérapie [...] die demographischen Trends in Sachsen [verschärfen]« (Stappenbeck 2023a: 4). Inwiefern diese, für die Vigilantismustheorie der Gegenbewegung typische, »Belagerungssituation« (Kowalewski 2002: 429) durch die Deviant:innen vielmehr konstruiert ist, als sie den Tatsachen entspricht, ist in diesem Zusammenhang unerheblich. Der Erfolg des von der Partei vermittelten ideologischen Skripts hängt weniger von empirischen Erkenntnissen ab als vom Erfolg der kommunikativen Strukturen der Partei. Wie im zweiten Teil der Arbeit argumentiert wird, wird spezifisches Wissen erst aufgrund dieser Strukturen zur gesellschaftlichen Wirklichkeit.

Hinsichtlich der ideologischen Skripte orientieren sich die Freien Sachsen offenkundig am Konzept des Ethnopluralismus, welches der eigenen Gruppe oder Ethnie umfassende territoriale Verfügungsrechte und politisch-ökonomische Teilhabe zusichert, während andere Gruppen von diesen Gütern ausgeschlossen werden. Die Verfechter:innen dieser sogenannten Blut-und-Boden-Ideologie geben »zwar vor, dass jedes ›Volk‹ bzw. jede ›Ethnie‹ oder ›Kultur‹ gleich an Wert und in ihrer Differenz grundsätzlich erhaltenswert sei – jedoch nur solange diese auch auf dem für sie anberaumten Territorium bleiben« (Goetz/Winkler 2023: 212). Die Belange der als fremd und andersartig markierten Gruppen treten dabei gänzlich hinter die Ansprüche des völkischen Kollektivs zurück, welches sich durch Homogenität und Differenz definiert (vgl. Pfeiffer 2018: 37).

Deutlich wird das unter anderem auch in den von den Parteimitgliedern verfassten Magazinbeiträgen. Geflüchtete werden als »Rücksichtslose Siedler« (Stappenbeck 2023a: 7) bezeichnet, die als »Spielbälle übergeordneter Interessen« den »Schutz des Eigenen« (ebd.) notwendig machen. Gewaltindizierter Widerstand wird damit als unschöne Notwendigkeit gedacht, ohne die das Bundesland Sachsen andernfalls »entwurzelt« (ebd.) werden würde.

Da das Spektrum der zu Deviant:innen erklärten Feindbilder neben ethnisch markierten Gruppen auch ideologische Milieus enthält, findet sich in der Magazinausgabe Juli/August 2023 eine Anleitung zum Schutz vor linker Gewalt. Diese könne schließlich »jeden treffen, der sich gegen die politischen Missstände in Deutschland engagiert«, schreibt Parteimitgründer Brück (2023b: 10) und reduziert die von Sympathisant:innen der Freien Sachsen ausgehende Gewalt in den folgenden Ausführungen abermals auf schier notwendige Gegengewalt. Im Telegram-Kanal der Freien Sachsen findet sich diese Rechtfertigungsrhetorik ebenfalls in vielfältigen Variationen. Bereits im März 2021, kurz nach der Gründung der Partei, war dort von einem »linken Gewaltsumpf« (Freie Sachsen 11.03.2021) die Rede, wegen dem die Partei das Innenministerium aufforderte, »das Leben und die Freiheit aller Bürger zu sichern« (ebd.). Das wiederum orientiert sich am ersten der beiden Modelle von Kowalewski (1991: 128f.). Die Partei, in ihrer Rolle als Repräsentantin einer vermeintlich homogenen Gruppe, fordert eine harte Reaktion des staatlichen Gewaltmonopols auf die kollektive Gewalt der Deviant:innen und betont, dass »Gewalt [...] niemals ein Mittel im politischen Meinungsstreit sein [darf]« (Freie Sachsen 11.03.2021). Nur vier Tage später bezeichnete jedoch der stellvertretende Vorsitzende der Partei Stefan Hartung im Telegram-Kanal jene Polizei, von der zuvor ein hartes Eingreifen gefordert wurde, als »Prügelknaben dieser abgehobenen Politiker-Kaste« mit »so wenig Ehre im Leib« (Freie Sachsen 14.03.2021), was wiederum auf das zweite Modell von Kowalewski verweist, da durch das Erweitern des Feindbildspektrums ein Anwachsen der Gruppe der Deviant:innen suggeriert werden soll.

Verglichen wird das von der militanten Linken in Sachsen ausgehende Gefahrenpotential etwa mit vigilantistischen Gruppen der Weimarer Republik, in der »jede Partei eine paramilitärische Vorfeldaktion« (Freie Sachsen 16.04.2021) gehabt habe. Solche selbstorganisierten und

bewaffneten vigilanten Kampfstände waren laut Schmidt-Lux (2018: 135) zu jener Zeit tatsächlich »in einem Kontext noch unsicherer neuer Staatlichkeit« entstanden, wobei der Vergleich mit linker Militanz in Leipzig jedoch höchst konstruiert erscheint:

»In der Bundesrepublik haben sich die etablierten Parteien eine gemeinsame Organisation herangezuchtet, die das ›Drecksgeschäft‹ übernimmt und politischen Gegnern das Leben durch Angriffe erschweren soll.« (Freie Sachsen 16.04.2021).

Zwar mögen sich auch manche Gewaltakte der politischen Linken in ein vigilantistisches Muster einordnen lassen, jedoch lässt die Partei eine Erläuterung der vermuteten staatlich-institutionellen Hintergrundstrukturen aus. Für die Freien Sachsen scheint es unerheblich, wer qua Definition als Teil des staatlichen Gewaltmonopols anzusehen ist und wer nicht. Die Zugehörigkeit zur Gruppe der Deviant:innen wird regelmäßig anhand klassischer rechtsextremistischer Narrative ausgemacht.

Bei der Recherche im Telegram-Kanal erscheinen unter dem Schlagwort *Gewalt* mit mehr als 160 Treffern lediglich Aufrufe gegen Gewaltformen, die von der erklärten Gruppe der Deviant:innen ausgehen sollen. Polizei und Antifaschist:innen gingen stets gegen friedliche Bürger vor und auch Geflüchtete würden stets versuchen, gewaltsam Grenzanlagen zu überwinden, während von Versammlungen der Freien Sachsen keine Gewalt zu erwarten sei. Wenn »die Knüppelhundertschaften in ihren Kasernen bleiben« (Freie Sachsen 08.05.2021), dann gebe es schließlich keine Gewalt und somit auch keinen Grund zur Gegengewalt. »Dort wo die Polizei die Bürger nicht gängelt, bleibt es immer friedlich«, betont der Parteivorsitzende Stefan Hartung (2022). Zwar brauche es einen »Schulterschluss aller patriotischen Kräfte gegen linke Gewalt« (Freie Sachsen 19.06.2021), jedoch wird die Partei im Telegram-Kanal nur selten konkreter, wie dieser letztendlich aussehen soll. Betont wird lediglich, dass jeglicher Protest friedlich verlaufen müsse, um »Fehler zu vermeiden« (Freie Sachsen 15.12.2021). Gewaltausübung bei Versammlungen der Freien Sachsen zu vermeiden, falle aufgrund »der fortwährenden Polizeiübergriffe« (ebd.) zwar schwer, jedoch sei es wichtig klarzustellen, dass nur die Deviant:innen »auf Gewalt spezialisiert« (ebd.) seien.

Dass diese Distanzierung nicht der Realität entspricht, zeigen die personellen Verbindungslinien in der Partei zum Rechtsterrorismus in Deutschland. Thomas Sattelberg, der im Jahr 1997 die rechtsextreme Organisation *Skinheads Sächsische Schweiz* (SSS) gründete und von da an organisierte, wurde am 31. März 2023 bei einer Mitgliederversammlung der Freien Sachsen in den Vorstand des Freie Sachsen-Kreisverbandes Sächsische Schweiz – Osterzgebirge gewählt (vgl. Wierzioc 2008, Freie Sachsen 31.03.2023). Der ehemalige Sozialarbeiter der Arbeiterwohlfahrt in Pirna war bereits im Dezember 2002 angeklagt, an Überfällen auf Jugendliche in Sachsen beteiligt gewesen zu sein, die dabei teilweise schwere Kopfverletzungen erlitten (vgl. Schwertmüller 2002). Außerdem soll er für weitere lokale Gewaltexzesse verantwortlich gewesen sein, was ihm neben der Mitgliedschaft in der im Jahr 2001 verbotenen Vereinigung eine Bewährungsstrafe einbrachte (vgl. Ellmers 2007). Im Anschluss musste er jedoch wegen der Weiterführung seiner Aktivitäten in der Vereinigung eine achtmonatige Haftstrafe antreten (vgl. ebd.). Zwar inszeniert er sich inzwischen als gewaltfern und ist nun nach einer Karriere bei der lokalen NPD für die Freien Sachsen tätig, jedoch hat er sich nie von seinen Aktivitäten bei den SSS distanziert. Derlei Distanzierungen halten die Freien Sachsen auch nicht für notwendig, wie sie in ihrem Telegram-Kanal betonen: »Für uns ist es egal, wer irgendwann in welcher Organisation gewesen ist oder was er vor vielen Jahren gesagt haben mag« (Freie Sachsen 15.12.2021). Damit wird einmal mehr klargestellt, dass eine explizite Bezugnahme auf Gewalt lediglich dann geschieht, wenn es sich um die Gewaltausübung des politischen Gegners handelt.

Mit diesem befinde man sich in einer Art Kriegszustand, der jedoch von der Gruppe der Deviant:innen ausgegangen sei. Nachdem es Anfang Mai 2021 während einer von den Freien Sachsen beworbenen Versammlung im erzgebirgischen Zwönitz zu Zusammenstößen zwischen der Polizei und Teilnehmer:innen der Versammlung kam, bei der eine damals 57-jährige ehemalige Stadträtin der Partei Alternative für Deutschland aus den Reihen der Teilnehmer:innen einem Polizisten in das Handgelenk biss (vgl. Oechsner 2021), betonte der Parteivorsitzende der Freien Sachsen Martin Kohlmann (2021: 0:33-0:41), der später auch als Anwalt in ihrem Gerichtsprozess auftrat, in einem Video, dass »in Zwönitz [...] jedes Mal [...] der Bürgerkrieg begonnen [wird] von Seiten der Polizei«, weshalb

man sich nichts gefallen lassen und die Polizist:innen verklagen sollte. Das Vertrauen in die Judikative scheint demnach noch eher gegeben als in die Polizei, gegen die Gegenwehr unabdingbar sei. Das Wort ›wehren‹ kommt, Stand Dezember 2023, in mehr als 110 Beiträgen im Telegram-Kanal der Freien Sachsen vor, wobei gewaltindizierte Praktiken in diesem Zusammenhang nicht benannt werden. Im Zwönitzer Fall räumte die Frau den Biss in die Hand des Polizisten zwar ein, bezeichnete ihn jedoch als Notwehrhandlung (vgl. Oechsner 2021). Ebenso bezeichnete ein weiterer Teilnehmer das von ihm ausgegangene Besprühen von Polizist:innen mit Pfefferspray bei der selben Versammlung in Zwönitz als Reaktion auf eine unverhältnismäßige Aktion der Polizei (vgl. Freitag 2021). Ganz im Kontext des vigilantistischen Gewaltverständnisses der Freien Sachsen befindet sich schließlich »das Regime [...] im Kampf gegen seine Bürger« (Freie Sachsen 05.12.2021b). Es sei die »Kretschmer-Wöller⁴-CDU, die den offenen Kampf gegen das eigene Volk sucht« und dabei »jeden Skrupel verloren« habe (Freie Sachsen 10.12.2021). Doch wie wehrt man sich in diesem Kampf? Zeugen die bisher aufgeführten Sprachformeln lediglich davon, dass die Freien Sachsen stets bemüht sind, ihre Bezugsgruppe von einer akuten Bedrohungslage zu überzeugen, bleiben die Mittel und Wege, diesen Kampf für sich zu entscheiden, oft im Dunkeln. Zwar greifen die Mitglieder der Partei zu rhetorischen Mitteln der inzivilen Kommunikation, die die Aktivitäten der Deviant:innen bedrohlich und gewaltvoll erscheinen lassen und eine Wehrhaftigkeit gegen diese Aktivitäten legitimieren sollen:

»Die Völker- und Lebenszerstörer eilen von Triumph zu Triumph, wähen sich straffrei, ruinieren die Zukunft der Kinder, locken mit Lockerungen, verhöhnen ihre Opfer – und haben doch schon verloren.« (Freie Sachsen 2023).

Jedoch lassen sich sowohl dem *Aufgewacht*-Magazin als auch dem Telegram-Kanal keine Gewaltskripte entnehmen, die den praxeologischen Ablauf einer Gewalttat im Sinne des Widerstandes schildern würden. Im Gegenteil, der Parteivorsitzende Kohlmann (15.12.2021) schrieb im Zusammenhang mit konkretisierten Attentatsplänen auf den sächsischen Ministerpräsidenten Michael Kretschmer gar, dass es

4 Zum damaligen Zeitpunkt war Roland Wöller sächsischer Staatsminister des Innern.

lediglich den politischen Gegner:innen helfe, wenn sie eigene Opfer zu beklagen hätten:

»Sollte da irgendwas dran sein, daß [sic] jemand dem Pumuckl zu Leibe rücken wollte, ist so ein Plan sehr falsch. Nichts hilft dem Feind in der jetzigen Situation propagandistisch mehr als eigene Opfer. Außerdem können sich Koblode unsichtbar machen.« (Kohlmann 15.12.2021).

Vor dem Hintergrund, dass Kohlmann sich bereits mehrfach, unter anderem wegen Volksverhetzung, vor Gericht verantworten musste (vgl. MDR 2022), wirkt eine solche Distanzierung wenig erstaunlich. Für den praktizierenden Rechtsanwalt und Vorsitzenden der Partei stünde schließlich einiges auf dem Spiel, würde er mit Gewaltakteur:innen zusammenarbeiten, die eine rechtsterroristische Gewalttat planen. Nichtsdestotrotz stehen die Mitglieder der im Dezember 2021 publik gewordenen Telegram-Gruppe *Dresden Offlinevernetzung* exemplarisch für jene Gewaltgenese, deren potentielle Gewalteskalation durch die von den Freien Sachsen verbreiteten ideologischen Skripte erst ihre Legitimation erhalten würde.

4. Verbindungslinien zur Genese des Rechtsterrorismus

Im Kontext dieses Beitrags stellt sich zunächst die Frage, welchen Stellenwert ideologische Milieus bei der Untersuchung von Gewalttaten überhaupt einnehmen, da die Verknüpfung von Gewalttaten mit den sie vorgeblich bedingenden, institutionellen Strukturen zunächst oft lose erscheint. Abseits des *NSU* entstammten viele der rechtsterroristischen Gewaltakteur:innen, die in jüngster Zeit in westlichen Industriegesellschaften Gewalttaten ausübten, keiner abgrenzbaren rechtsextremistischen Vereinigung, sondern beschränkten ihr soziales Leben lediglich auf Internetmilieus, wie es bereits bei Anders B. Breivik im Jahr 2011 der Fall war (vgl. Böckler et al. 2018: 6). Zwar tragen Gewaltakteur:innen oftmals politische Begründungen vor, um ihr Verhalten als Ausnahme von der Regel darzustellen, die ihnen nicht erspart blieb, da sie einem Handlungs- und Konformitätsdruck unterlagen und sich als »Rädchen im großen Getriebe« (Baberowski 2015: 21) verstehen. Jedoch sind ideologische

Einflüsse nur mit Vorsicht als konkrete Bedingungsfaktoren der Gewalt zu kategorisieren, da zentrale gesellschaftliche Motive wie Kontrolle, Einflussnahme und Anerkennung diese überwiegen können, weshalb die Identifikation mit politischen Gruppen auch einer demonstrativen Identifikation gleichen kann (vgl. Böckler et al. 2018: 14 f.). Zudem stellte Collins (2011: 35) fest, dass es bestimmter Interaktionsrituale bedarf, um die notwendige emotionale Energie zur Planung und Durchführung einer Gewalttat zu gewährleisten. Diese Rituale sind anhand der Analyse der Online-Kommunikationswege der Freien Sachsen nicht zu erkennen, wobei in diesem Beitrag nicht eruiert wurde, inwiefern die regelmäßig von den Freien Sachsen beworbenen Versammlungen als gewaltindizierte Radikalisierungsräume dienen können. Die Annahme ist daher, dass sich potentielle Gewaltakteur:innen eher abseits der offiziellen Kommunikationswege der Freien Sachsen, etwa in anderen Online-Gruppen, radikalisieren, gleichwohl aber können die von der Partei verbreiteten ideologischen Narrative und Gewaltlegitimationen potentiell dazu dienen, Feindbilder zu manifestieren, die für die individuellen »Desintegrations- sowie Verunsicherungserscheinungen« (Logvinov 2017: 7) von Gewaltakteur:innen verantwortlich gezeichnet werden können, so wie es im Fallbeispiel der Telegram-Gruppe *Dresden Offlinevernetzung* zu beobachten war.

Die Mordpläne gegen den sächsischen Ministerpräsidenten Kretschmer, die im Jahr 2021 in einer Telegram-Gruppe mit etwas mehr als 100 Mitgliedern kommuniziert wurden (vgl. Wolf et al. 2021), passen in ein Bottom-Up-Gewaltparadigma, in dem sich die Gewaltakteur:innen am unteren Rand einer Machthierarchie verorten und mit der Ausübung der Gewalttat – ganz im Sinne der Freien Sachsen – einen politischen Umbruch anstreben. Im Dezember 2021 wurden mehrere Mitglieder der genannten Gruppe, zu der auch Frauen gehörten, verhaftet. Einer der Beteiligten, Jürgen S., nahm bereits im Jahr 2018 an einem Treffen der Identitären Bewegung in Dresden teil, um gegen einen studentischen Musikchor vor der Semperoper zu demonstrieren, wobei er ein Transparent mit der Aufschrift »Singen für Mörder und Vergewaltiger« trug (vgl. Wolf et al. 2021). Ein weiterer Beschuldigter im Zusammenhang mit den Mordplänen, Sebastian Pierre A., ist ein guter Bekannter des Anwalts Jens Lorek aus Dresden, der mit ihm zusammen verschiedene

Protestveranstaltungen besuchte (vgl. ebd.). Lorek wiederum trat regelmäßig in Videos der Partei Freie Sachsen auf und sprach in einem selbstinitiierten Talkformat mit dem Parteivorsitzenden Kohlmann über vermeintliche Normenbrüche der Polizei im Zusammenhang mit Protestveranstaltungen, die von der Partei beworben wurden (vgl. Freie Sachsen 16.01.2022). Neben den personellen Verbindungen unterschieden sich auch die politischen Ziele der Gruppe nur wenig von denen der Freien Sachsen. Beide Gruppen nahmen sich auf unterschiedliche Art und Weise des Problems einer als bedrohlich wahrgenommenen und anwachsenden Bewegung von Deviant:innen an, wobei die Beschuldigten um Sebastian Pierre A. die anvisierten gewaltindizierten Praktiken offen zum Ausdruck brachten und damit bereits über Instrumentarien verfügten, um gegen die Feindbilder vorzugehen. Neben den Mordplänen gegen Ministerpräsident Kretschmer rief A. etwa auch dazu auf, Unterkünfte für Geflüchtete niederzubrennen (vgl. Wolf et al. 2021), was hinsichtlich der Gewaltpraxis nicht nur historische Parallelen zu den gewaltvollen Ausschreitungen im August 1992 in Rostock-Lichtenhagen aufzeigt, sondern sich auch stark am Handlungstypus sogenannter Lone Actors orientiert, die oftmals mit Brandsätzen bewaffnet in geschlossene Gebäude vordringen. Dies zeigte sich zum Beispiel bei einem Schulattentat am 20. November 2006 im nordrhein-westfälischen Emsdetten, bei dem der Gewaltakteur ebenfalls politische Legitimationen im Sinne eines Bottom-Up-Gewaltparadigmas vortrug (vgl. Robertz/Wickenhäuser 2010: 169). Zwar bezog sich keines der Mitglieder der Dresdener Telegram-Gruppe explizit auf die Freien Sachsen als legitimatorische Komponente, jedoch verdeutlichen die kommunikativen Absichten der Partei das Ziel einer kollektiven Gewalteskalation, an der jede:r Einzelne, jede:r potentielle Gewaltakteur:in, teilhaben kann, wäre das Ziel des politischen Umbruchs erst erreicht. Davon zeugen die Bemühungen, ihre Bezugsgruppe vom Anwachsen einer Bedrohung zu überzeugen, das Manifestieren von Feindbildern sowie auch die Vermittlung von Bestrafungsfantasien. Doch auch jene potentiellen Gewaltakteur:innen, die nicht bis zum anvisierten Umbruch warten möchten, können sich zumindest der ideologischen Gewaltlegitimationen der Freien Sachsen bedienen.

Die Gewaltgenese solcher Personen besteht jedoch nicht nur aus einer Phase der ideologischen Radikalisierung. Einen besonderen Stellenwert

nehmen etwa auch die Sozialisationskontexte in den Biografien der Akteur:innen ein. In diesem Zusammenhang passt der aufgrund der Mordpläne am sächsischen Ministerpräsidenten Beschuldigte A. in das typische Bild eines Lone Actors⁵. Er hatte mit Misständen in der Sozialisation während der Kindheit und Jugend zu kämpfen und hatte kommunikative Schwierigkeiten im Kontext mit seiner Peergroup, während er in Königsbrück und Kamenz in Jugendgruppen lebte (vgl. Schneider 2017). Er verharrte, wie viele andere Rechtsterrorist:innen, für lange Zeit für die Justiz unauffällig in Zurückgezogenheit und Abschottung, bis er im November 2015 »Mörder« auf eine Moschee in Dresden schrieb, wofür er verurteilt wurde. Sein Anwalt, der Freie Sachsen-Aktivist Jens Lorek, riet ihm dazu, kein Geständnis abzulegen. Als A. einmal im sozialen Netzwerk Facebook den Holocaust verharmloste, entschuldigte er das mit Genesungswünschen, die er zum Ausdruck bringen wollte, weil ein Ordner einer *Legida*-Demonstration in Leipzig von militanten Linken überfallen worden sei (vgl. Schneider 2017). Auch hier zeigt sich das vigilantistische Gewaltverständnis, das beinhaltet, dass illegitime Gewaltausübung nur von den Feindbildern ausgeht, weswegen darauf reagiert werden müsse. Doch deshalb kommt es nicht zwangsläufig zu einer rechtsterroristischen Gewalttat. Kowalewski (2002: 429) schrieb trefflich, dass die Vigilant:innen zunächst »über kein ausreichendes begriffliches Instrumentarium [verfügen], um die Störung einzuordnen«. Es braucht demnach konkrete Handlungsanleitungen, womit jene, die Baberowski (2012: 40) als »kommunikativ isoliert« bezeichnet, auf sich aufmerksam machen können. Im Telegram-Kanal der Freien Sachsen findet sich jedoch überwiegend bloße politische Agitation. Hätte sich die Gewaltgenese des Stephan Balliet, der im Oktober 2019 einen Anschlag auf eine Synagoge in Halle (Saale) verübte, lediglich aus dem Telegram-Kanal der Partei gespeist, wäre er wohl nicht auf die Idee gekommen, Bomben und Waffen herzustellen. Was gefehlt hätte, ist das Skripthafte der Gewalt. Die protektive Widerstandshaltung und beinahe obsessive Fokussierung auf die Feindbilder der ethnisch und religiös markierten Gruppen und Eliten hätte er sich von den Freien Sachsen jedoch sehr wohl aneignen können. Damit konstruiert und vermittelt die Partei zwar Deutungs-

5 Zur Vorfeldentwicklung und Gewaltgenese bei Lone Actors siehe Leuschner et al. (2017: 59 ff.).

und Handlungsweisen, an denen sich Sympathisant:innen orientieren können, jedoch vermitteln sie kaum konkrete Drehbücher der Gewalt, die potentielle Gewaltakteur:innen anwenden könnten. Laut Huesmann (1986) sind derlei Gewaltskripte neben aktuellen Umweltbedingungen maßgeblicher Bestandteil der Gewaltgenese. Er hielt situative Bedingungsfaktoren nicht für unwichtig, da er die Stabilität der Gewalttätigkeit in der relativen Position eines Menschen in der Bevölkerung verortete (vgl. ebd.: 127). Das Erlernen von grundständigen Möglichkeiten der gewaltvollen Kommunikation sah er jedoch in Gewaltskripten begründet. Nach seiner Theorie beobachten Menschen andere Menschen, kodieren dabei selektiv, was in Konfliktsituationen Durchsetzung und Erfolg verspricht und integrieren diese Beobachtungen letztendlich in ihrem eigenen Repertoire möglicher Verhaltensstrategien. Sowohl der Gewaltakteur Stephan Ernst, der im Juni 2019 den Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke auf seinem Grundstück erschoss⁶, als auch manches Mitglied der Dresdener Telegram-Gruppe hatte solche Skripte bereits verinnerlicht. Auch der Vorstand des Freie Sachsen-Kreisverbandes Sächsische Schweiz – Osterzgebirge, Thomas Sattelberg, dürfte über ein beachtliches Repertoire von Gewaltskripten verfügen, da er in früheren Sozialisationsphasen mehrfach die Position des Gewaltakteurs einnahm. Heute kommuniziert er diese Phase jedoch nicht öffentlich. Während er damals noch selbst auf politische Gegner einprügelte, wird das inzwischen jenen potentiellen Gewaltakteur:innen überlassen, die in Online-Milieus kommunizieren. Solche »systemfeindliche[n] Milieus« (Heitmeyer 2019), die Gewaltskripte offen kommunizieren, agieren scheinbar parallel zur Partei Freie Sachsen, wohl auch, um einem Verbotsverfahren gegen die Partei vorzubeugen.

6 Ernst sah sich in der Position eines sogenannten Tyrannenmörders (vgl. Bielefeldt 2002: 1371), da er mit der Tötung Lübckes zugleich politisches Unrecht überwinden wollte, dem er sich seinen Angaben zufolge ausgesetzt sah. Seine Biografie zeugt von erheblichen Missständen in verschiedenen Sozialisationskontexten, für die er auch politische Repräsentant:innen verantwortlich machte (vgl. Hagemann et al. 2019). Hinsichtlich des angewendeten Gewaltskripts fügt sich seine Gewalttat nahtlos in das Bild ideologisch legitimierter Attentate sogenannter Lone Actors ein, mit der Besonderheit, dass er einen Politiker und nicht etwa eine stellvertretende oder ethnisch markierte Gruppe angriff.

5. Schlussbetrachtung

Die analysierten sprachlichen Inhalte der öffentlichen Kommunikation der Partei Freie Sachsen enthalten vielerlei Lesarten des gewaltinduzierten Vigilantismus. Er richtet sich sowohl gegen ethnisch oder religiös markierte Gruppen als auch gegen ideologische Gegner:innen und politische Repräsentant:innen und deckt damit alle idealtypischen Kategorien des Vigilantismus nach Quent (2016: 22) ab. Die als Deviant:innen angesehenen Gruppen werden von den Mitgliedern der Partei als Feindbilder manifestiert, die es zu bekämpfen gilt, da sie gemeinhin eine Bedrohung für kulturalistische Werte, Leib und Leben darstellen würden. Dabei bleiben die gewaltvollen Mittel und Wege in diesem Kampf jedoch oftmals im Verborgenen. Sowohl die Beiträge im parteinahen *Aufgewacht*-Magazin als auch jene im Telegram-Kanal der Partei zeugen überwiegend von Widerstands- und Bestrafungsfantasien, deren Praxis selten explizit erläutert wird. Die politische Agitation der Partei besteht vorwiegend aus dem Versuch der Schaffung einer totalitären Ordnung, die sich jedoch noch auf einer symbolischen Ebene bewegt und regelmäßig im Konflikt mit dem staatlichen Gewaltmonopol steht. Zwar wird das Ziel der Veränderung der Verhältnisse mit vermeintlich demokratischen Mitteln immer wieder betont, jedoch bleibt nicht verborgen, dass die von der Partei angestrebte Staats- und Gesellschaftsform wenige Freiheiten beinhalten würde. Das Ziel scheint klar: es geht um einen radikalen politischen Umbruch, nach welchem die Partei die Macht übernehmen und alle früheren Eliten verhaften lassen würde. Jeglicher Widerstand gegen die vermeintlichen Normenbrecher wird bis dahin als elementares Freiheitsrecht beworben und für legitim erklärt. Damit handelt es sich bei der Gewaltlegitimation der Freien Sachsen um eine solche, die jedwede Form der physischen, innerstaatlichen Gewalt in einem Bottom-Up-Gewaltparadigma verorten lässt. Das obere Ende dieses Paradigmas, die von den Eliten verantwortete Gewalt der staatlichen Exekutive, wird damit als illegitim dargestellt, während die Umbruchsbestrebungen der eigenen Bezugsgruppe stets als heroisch gelten. Gewalt wird von den Freien Sachsen als ein zwar scheinbar geächtetes, jedoch auch im Sinne des Widerstands probates kommunikatives Mittel dargestellt, welches lediglich situationsgeneriert auftritt

und entweder als unschöne Notwendigkeit oder als legitime Antwort auf unzumutbare Beschränkungen durch die Regierenden dargestellt wird. Um die Sympathisant:innen der Partei von einem Anwachsen der Bedrohung zu überzeugen, wird regelmäßig auf entmenschlichende und inzivile Darstellungen zurückgegriffen.

Darin zeigt sich der Versuch, aus einer symbolischen Ordnung eine gesellschaftliche Wirklichkeit zu generieren. Indem ideologische Deutungsmuster übermittelt werden, versehen sie »das Leben und Handeln derjenigen Personen, die sich ihnen verschreiben, mit Sinn und Bedeutung« (Leuschner et al. 2017: 61). Dabei wird eine kollektive Identität generiert, die auch in weniger institutionell gefestigten gewaltindizierten Milieus Bestand haben kann. Wie Böckler und Seeger (2010) feststellten, geht es bei derlei Agitation vor allem darum, den eigenen Opferstatus zu erhalten, Schuldige für komplexe Problemlagen wie die eigene psychosoziale Verfassung zu identifizieren und anzuklagen, sowie »Menschen mit einem ähnlichen Erfahrungshorizont« (ebd.) zu mobilisieren. Die damit einhergehenden wiederkehrenden Argumentationsstrukturen finden sich auch bei den Freien Sachsen. Konkrete gewaltindizierte Handlungsanleitungen, sogenannte Gewaltskripte, lassen sich dem Quellenkorpus jedoch kaum entnehmen. Das Gefahrenpotential der Bewegung besteht vielmehr darin, dass potentielle Gewaltakteur:innen aufgrund der regelmäßigen Online-Agitation der Partei ihre Gewaltausübung ab einem bestimmten Zeitpunkt so begreifen, dass diese verstehbaren Zwecken dient. Die Freien Sachsen bestimmen damit weniger das Praxeologische der vigilantistischen Gewalt Einzelner, liefern den Gewaltakteur:innen jedoch schlüssig erscheinende Rechtfertigungen. Beachtlich dabei ist, dass der Kreis der als Feindbilder markierten Gruppen stetig erweitert wird. Jene, die die Wehrhaftigkeit der Ukraine in Russlands Angriffskrieg befürworten, werden inzwischen ebenso zu den Deviant:innen gezählt wie die politischen Repräsentant:innen, die als Kriegstreiber verunglimpft werden. An dieser neuen internationalen Ausrichtung der Thematisierung von Gewalt, die auch bei den von den Freien Sachsen beworbenen Versammlungen eine Diskursverschiebung erahnen lässt, zeigt sich einmal mehr: in einem vigilantistischen Gewaltverständnis geht illegitime Gewalt stets vom politischen Gegner aus.

Literatur

- Baberowski, Jörg (2012): Gewalt verstehen. In: Riekenberg, Michael (Hg.): Zur Gewaltsoziologie von Georges Bataille, Leipzig: Leipziger Universitätsverlag, S. 35–50.
- Baberowski, Jörg (2015): Räume der Gewalt, Frankfurt a. M.: S. Fischer.
- Bielefeldt, Heiner (2002): Widerstandsrecht. In: Internationales Handbuch der Gewaltforschung, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 1361–1378.
- Böckler, Nils / Seeger, Thorsten (2010): Schulamokläufer. Eine Analyse medialer Täter-Eigendarstellungen und deren Aneignung durch jugendliche Rezipienten, Weinheim: Juventa.
- Böckler, Nils / Leuschner, Vincenz / Zick, Andreas / Scheithauer, Herbert (2018): Same but Different? Developmental Pathways to Demonstrative Targeted Attacks. Qualitative Case Analyses of Adolescent and Young Adult Perpetrators of Targeted School Attacks and Jihadi Terrorist Attacks in Germany. In: International Journal of Developmental Science 12, S. 5–24.
- Brück, Michael (2022a): Unwiderstehlich im Widerstand. Sachsen geht voran! Herzblut und Beharrlichkeit machen die Freiheitsbewegung zu einem Selbstläufer. In: Aufgewacht. Das Politikmagazin für Sachsen 1 (1), S. 12–13.
- Brück, Michael (2022b): Ausgelatscht oder neuer Elan? Die Montagsspaziergänge in Sachsen behalten ihre Anziehungskraft – aus guten Gründen. In: Aufgewacht. Das Politikmagazin für Sachsen, 1 (2), S. 8–9.
- Brück, Michael (2022c): Versprechen sind Versprecher. Bautzen: ein »mutiger« Vize-Landrat macht noch keinen Frühling. In: Aufgewacht. Das Politikmagazin für Sachsen 1 (2), S. 21.
- Brück, Michael (2023): Die Straße ruft. Ein Plädoyer gegen das Handtuchwerfen. In: Aufgewacht – Das Politikmagazin für Sachsen 2 (1), S. 10–11.
- Coester, Marc / Daun, Anna / Hartleb, Florian / Kopke, Christoph / Leuschner, Vincenz (Hg.) (2023): Rechter Terrorismus: international – digital – analog, Wiesbaden: Springer.
- Collins, Randall (2011): Dynamik der Gewalt. Eine mikrosoziologische Theorie, Hamburg: Hamburger Edition.
- Ellmers, Frank (2007): Thomas Sattelberg sitzt jetzt im Gefängnis. Der SSS-Rädelsführer hat nun seine acht Monate andauernde Haftstrafe angetreten. In: SÄCHSISCHE.DE. Online verfügbar: <https://www.saechsische.de/plus/thomas-sattelberg-sitzt-jetzt-im-gefaengnis-1775723.html> [Zugriff: 09.12.2023].

- Freie Sachsen (11.03.2021): TAG24 berichtet ausführlich über den schrecklichen linken Gewaltakt gegen Paul Rzehaczek aus Eilenburg. In: Telegram-Kanal Freie Sachsen. Online verfügbar: <https://t.me/freiesachsen/110> [Zugriff: 10.12.2023].
- Freie Sachsen (14.03.2021): Übrigens kamen mir eben etwa 100 voll besetzte Mannschaftswagen in mehreren Konvois. In: Telegram-Kanal Freie Sachsen. Online verfügbar: <https://t.me/freiesachsen/135> [Zugriff: 10.12.2023].
- Freie Sachsen (16.04.2021): + Compact deckt auf: Das sind die Antifa-Terroristen aus Connewitz, die ganz Sachsen mit einer Spur der Gewalt überziehen! +. In: Telegram-Kanal Freie Sachsen. Online verfügbar: <https://t.me/freiesachsen/421> [Zugriff: 10.12.2023].
- Freie Sachsen (08.05.2021): Schwarzenberg feiert – das wird ein langer und genialer Abend! In: Telegram-Kanal Freie Sachsen. Online verfügbar: <https://t.me/freiesachsen/630> [Zugriff: 10.12.2023].
- Freie Sachsen (13.05.2021): Rainer Wendt, Vorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft, ist das Sprachrohr aller Law-and-Order-Träumer. In: Telegram-Kanal Freie Sachsen. Online verfügbar: <https://t.me/freiesachsen/670> [Zugriff: 10.12.2023].
- Freie Sachsen (19.06.2021): Heute Nacht kam es in Schwarzenberg zu einem Anschlag auf ein Wahlkreisbüro der AfD. In: Telegram-Kanal Freie Sachsen. Online verfügbar: <https://t.me/freiesachsen/939> [Zugriff: 15.12.2023].
- Freie Sachsen (02.08.2021): Stellt Innensenator Andreas Geisel vor Gericht! In: Telegram-Kanal Freie Sachsen. Online verfügbar: <https://t.me/freiesachsen/1177> [Zugriff: 15.12.2023].
- Freie Sachsen (05.12.2021a): Kretschmer verhaften: Jetzt erst recht! In: Telegram-Kanal Freie Sachsen. Online verfügbar: <https://t.me/freiesachsen/2261> [Zugriff: 09.12.2023].
- Freie Sachsen (05.12.2021b): Kretschmer ordert Polizei aus Westdeutschland, um gegen Montagsproteste vorzugehen! In: Telegram-Kanal Freie Sachsen. Online verfügbar: <https://t.me/freiesachsen/2270> [Zugriff: 17.12.2023].
- Freie Sachsen (10.12.2021): Pfefferspray und Polizeigewalt: Hier stellen Kretschmers Milizen Sachsens mutigsten Gastwirt in Brandis an die Wand! In: Telegram-Kanal Freie Sachsen. Online verfügbar: <https://t.me/freiesachsen/2344> [Zugriff: 17.12.2023].
- Freie Sachsen (14.12.2021): Juristen sicher: Alle Bußgelder werden gekippt. In: Telegram-Kanal Freie Sachsen. Online verfügbar: <https://t.me/freiesachsen/2433> [Zugriff: 28.12.2023].

- Freie Sachsen (16.01.2022): Sonntagsgespräch: Rechtsanwälte Lorek und Kohlmann zur Polizei-Gewalt. Online verfügbar: <https://freie-sachsen.info/2022/sonntagsgespraech-lorek-kohlmann-polizeigewalt/> [Zugriff: 21.12.2023].
- Freie Sachsen (31.03.2023): FREIE SACHSEN Sächsische Schweiz – Osterzgebirge wählen neuen Vorstand! In: Telegram-Kanal Freie Sachsen. Online verfügbar: <https://t.me/freesachsen/6183> [Zugriff: 09.12.2023].
- Freie Sachsen (2023): Website des Aufgewacht-Magazin. Online verfügbar: <https://aufgewacht-magazin.de/> [Zugriff: 17.12.2023].
- Freitag, Jürgen (2021): Geldstrafe für Pfefferspray-Attacke auf Polizisten. In: Freie Presse. Online verfügbar: <https://www.freiepresse.de/erzgebirge/schwarzenberg/geldstrafe-f-r-pfefferspray-attacke-auf-polizisten-artikel11634558> [Zugriff: 17.12.2023].
- Freitag, Jürgen (2022): Wer ist Stefan Hartung? In: Freie Presse. Online verfügbar: <https://www.freiepresse.de/erzgebirge/stollberg/wer-ist-stefan-hartung-artikel12219666> [Zugriff: 30.11.2023].
- Goetz, Judith / Winkler, Alexander (2023): »Terror mit Ansage« – Das Naheverhältnis der Identitären zum Rechtsterrorismus. In: Coester, Marc / Daun, Anna / Hartleb, Florian / Kopke, Christoph / Leuschner, Vincenz (Hg.): Rechter Terrorismus: international – digital – analog, Wiesbaden: Springer, S. 203-230.
- Hagemann, Florian / Lohr, Matthias / Meyer, Kathrin / Pflüger-Scherb, Ulrike / Thonicke, Frank (2019): Stephan Ernst. Seine Kindheit, seine Vergangenheit als Straftäter, seine Rolle als Vater. In: HNA. Online verfügbar: <https://www.hna.de/kassel/stephan-ernst-seine-kindheit-seine-vergangenheit-als-straftaeter-seine-rolle-als-vater-12744190.html> [Zugriff: 28.12.2023].
- Hartleb, Florian (2018): Einsame Wölfe. Der neue Terrorismus rechter Einzeltäter, Hamburg: Hoffmann und Campe.
- Hartung, Stefan (2022): Stefan Hartung demontiert dreisten ARD-Interviewer: »Kontraste«-Interview in voller Länge. Online verfügbar: <https://freie-sachsen.info/2022/ard-interview-hartung-frankenbergl/> [Zugriff: 15.12.2023].
- Heilmann, Lea (2023): Freie Sachsen wollen sich mit Bürgerwehr als Kümmerer inszenieren. Unter dem Namen »Heimatschutz Mittelsachsen« organisieren die Freien Sachsen in mehreren Orten Bürgerstreifen. Polizei und Verfassungsschutz beobachten die Aktionen. In: SÄCHSISCHE.DE. Online verfügbar: <https://www.saechsische.de/doebeln/buergerwehr-heimatschutz-mittelsachsen-5916258-plus.html> [Zugriff: 09.11.2023].

- Heitmeyer, Wilhelm (2019): Warum der Begriff »Rechtspopulismus« verharmlosend ist. In: Spiegel. Online verfügbar: <https://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/wilhelm-heimmeyer-warum-der-begriff-rechtspopulismus-verharmlosend-ist-a-1283003.html> [Zugriff: 28.12.2023].
- Huesmann, Rowell (1986): Psychological processes promoting the relation between exposure to media violence and aggressive behavior by the viewer. In: *Journal of Social Issues* 42 (3), S. 125-139.
- Huggins, Martha (1991): *Vigilantism and the State in Modern Latin America (Essays On Extralegal Violence)* New York, NY: Praeger.
- Kohlmann, Martin (15.12.2021): Angebliche Mord-Pläne: Da sind gleich mehrere Beteiligte übertrieben »klug«. In: Telegram-Kanal Martin Kohlmann. Online verfügbar: <https://t.me/martinkohlmann/5> [Zugriff: 21.12.2023].
- Kohlmann, Martin (2021): Martin Kohlmann verurteilt die Polizeigewalt in Zwönitz und ruft betroffene Bürger auf, sich zu wehren! In: Telegram-Kanal Freie Sachsen. Online verfügbar: <https://t.me/freesachsen/653> [Zugriff: 17.12.2023].
- Kohlmann, Martin (04.02.2022): Die Freien Sachsen bestimmen mal wieder die Debatte. Mit putzigen Ergebnissen. In: Telegram-Kanal Martin Kohlmann. Online verfügbar: <https://t.me/martinkohlmann/27> [Zugriff: 21.12.2023].
- Kohlmann, Martin (2022): Mehr Freiheit für das Volk. Die sächsische Verfassung von 1831 war eine Erfolgsgeschichte. In: *Aufgewacht. Das Politikmagazin für Sachsen* 1 (1), S. 31–33.
- Kowalewski, David (1991): Counterinsurgent Vigilantism and Public Response. A Philippine Case Study. In: *Sociological Perspectives* 34 (2), S. 127-144.
- Kowalewski, David (2002): Vigilantismus. In: *Internationales Handbuch der Gewaltforschung*, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 426-440.
- Leuschner, Vincenz / Böckler, Nils / Zick, Andreas / Scheithauer, Herbert (2017): Attentate durch Einzeltäter. Zu Gemeinsamkeiten in der Tatentwicklung und der Tatsituation bei terroristischen Anschlägen und School Shootings. In: Hoffmann, Jens / Böckler, Nils (Hg.): *Radikalisierung und extremistische Gewalt. Perspektiven aus dem Fall- und Bedrohungsmanagement*, Frankfurt a. M.: Verlag für Polizeiwissenschaft, S. 51-78.
- Leuschner, Vincenz (2023): Von Columbine zu Christchurch. Demonstrative Attentate im Überlappungsbereich von Amok und Terror. In: Coester, Marc / Daun, Anna / Hartleb, Florian / Kopke, Christoph / Leuschner, Vincenz (Hg.): *Rechter Terrorismus: international – digital – analog*, Wiesbaden: Springer, S. 24-54.

- Lindner, Nadine (2015): Symbolischer Galgen für Merkel und Gabriel. In: Deutschlandfunk. Online verfügbar: <https://www.deutschlandfunk.de/pegida-in-dresden-symbolischer-galgen-fuer-merkel-und-104.html> [Zugriff: 30.11.2023].
- Logvinov, Michail (2017): Rechtsextreme Gewalt. Erklärungsansätze – Befunde – Kritik, Wiesbaden: Springer.
- Mehlhorn, Thomas (2021): Gericht weist Klage auf Unterlassung gegen Stadt ab. In: Freie Presse. Online verfügbar: <https://www.freiepresse.de/erzgebirge/ae/gericht-weist-klage-auf-unterlassung-gegen-stadt-ab-artikel11903136> [Zugriff: 30.11.2023].
- MDR (2022): Chef der »Freien Sachsen« wegen Volksverhetzung verurteilt. In: MDR. Online verfügbar: <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen/chemnitz/chemnitz-stollberg/kohlmann-freie-sachsen-urteil-volksverhetzung-100.html> [Zugriff: 28.12.2023].
- Oechsner, Jan (2021): Biss in die Hand eines Polizisten. Gericht verurteilt Ex-Stadträtin aus Zwönitz. In: Freie Presse. Online verfügbar: <https://www.freiepresse.de/erzgebirge/stollberg/biss-in-die-hand-eines-polizisten-gericht-verurteilt-ex-stadtraetin-aus-zwoenitz-artikel11811484> [Zugriff: 17.12.2023].
- Pfeiffer, Thomas (2018): »Wir lieben das Fremde – in der Fremde«. In: Schellhöf, Jennifer / Reichertz, Jo / Heins, Volker / Flender, Armin (Hg.): Großerzählungen des Extremen. Neue Rechte, Populismus, Islamismus, War on Terror, Bielefeld: transcript, S. 35-55.
- Polizei Sachsen (2021): Versammlungsgeschehen in den Landkreisen Görlitz und Bautzen. Polizei unterbindet mehrere unerlaubte Ansammlungen und Aufzüge. 1. Medieninformation. Online verfügbar: <https://www.polizei.sachsen.de/de/dokumente/PDG/pr28122021X-1.pdf> [Zugriff: 09.11.2023].
- Polizei Sachsen (2023): Medieninformation 578/2023. Polizeieinsatz in Bad Schandau. Online verfügbar: <https://www.polizei.sachsen.de/de/dokumente/PDD/20231014X578-638328995013060177.pdf> [Zugriff: 31.12.2023].
- Quent, Matthias (2016): Selbstjustiz im Namen des Volkes. Vigilantistischer Terrorismus. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 66 (24-25), S. 20-26.
- Quent, Matthias (2019): (NICHT MEHR) WARTEN AUF DEN »TAG X«. Ziele und Gefahrenpotenzial des Rechtsterrorismus. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 69 (49-50), S. 27-32.
- Riches, David (1986): The Phenomenon of Violence. In: Riches, David (Hg.): The Anthropology of Violence, Oxford: Blackwell, S. 1-27.
- Robertz, Frank / Wickenhäuser, Ruben (2010): Der Riss in der Tafel. Amoklauf und schwere Gewalt in der Schule. 2. Aufl., Heidelberg: Springer-Verlag Berlin.

- Sächsisches Staatsministerium des Innern (2023): Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2022 vorgestellt. Online verfügbar: https://www.medianservice.sachsen.de/medien/news/1067607/download_pdf [Zugriff: 28.12.2023].
- Schmidt-Lux, Thomas (2012): Vigilantismus. Ein Phänomen der Grenze? In: *Kriminologisches Journal* 44 (2), S. 118-132.
- Schmidt-Lux, Thomas (2018): Bürgerwehren als kollektive Akteure im Feld von Sicherheit und Recht: Eine theoretische und empirische Bestandsaufnahme. In: *Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung* 7 (1), S. 131-163.
- Schneider, Alexander (2017): Schleichendes Gift. Die kriminelle Karriere eines 40-jährigen Pegida-Anhängers aus Dresden ist ein Sinnbild für die Radikalisierung in Teilen der Gesellschaft. In: *SÄCHSISCHE.DE*. Online verfügbar: <https://www.saechsische.de/plus/sleichendes-gift-3698569.html> [Zugriff: 21.12.2023].
- Schwertmüller, Mariella (2002): Die Flut der V-Männer. Im Prozess gegen die Skinheads Sächsische Schweiz weigert sich das sächsische Innenministerium weiter, seine V-Leute zu benennen. In: *Jungle World*. Online verfügbar: <https://jungle.world/artikel/2002/40/die-flut-der-v-maenner> [Zugriff: 09.12.2023].
- Stappenbeck, Jochen (2022a): In unseren Händen. Neues Medium für gemeinwohlorientiertes Handeln. In: *Aufgewacht. Das Politikmagazin für Sachsen* 1 (1), S. 3.
- Stappenbeck, Jochen (2022b): Völkerfreundschaft an der Neiße. Die fünf Trümpfe der Görlitzer Friedens- und Freiheitsbewegung. In: *Aufgewacht. Das Politikmagazin für Sachsen* 1 (1), S. 4-7.
- Stappenbeck, Jochen (2022c): Das Wunder des Wahren. Mit Geduld und Schöpfungsgeist durch die dunkle Zeit. In: *Aufgewacht. Das Politikmagazin für Sachsen* 1 (4), S. 3.
- Stappenbeck, Jochen (2023a): Flucht und Verdrängung. Zuwanderung und Gentherapie verschärfen die demographischen Trends in Sachsen. In: *Aufgewacht. Das Politikmagazin für Sachsen* 2 (2), S. 4-8.
- The Violence Project (2021): Gender of Perpetrator from 1966-2021. The Violence Project. Online verfügbar: <https://www.theviolenceproject.org/data-on-social-media/gender-of-perpetrator-from-1966-2021/> [Zugriff: 28.12.2023].
- Warburg, Jens (1999): Maschinen der Vernichtung. In: Neckel, Sighard / Schwab-Trapp, Michael (Hg.): *Ordnungen der Gewalt (Soziologie der Politik)*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 97-117.

Wierzioch, Bastian (2008): Früher Schlägerbande, heute Parteisoldaten. In: Belltower.

News. Online verfügbar: <https://www.belltower.news/frueher-schlaegerbande-heute-parteisoldaten-29724/> [Zugriff: 09.12.2023].

Wolf, Tobias / Klemenz, Franziska / Schlottmann, Karin / Schneider, Alexander / Springer,

Christoph / Just, Juliane (2021): Mordpläne gegen Kretschmer. So liefen die Razzien.

Mitglieder einer Telegram-Gruppe lassen ihren Mordfantasien gegen Regierungschef

Kretschmer freien Lauf. Die Polizei ermittelt ihre Adressen. Die Hintergründe zur

Razzia. In: Sächsische Zeitung. Online verfügbar: [https://www.saechsische.de/politik/politiker/michael-kretschmer/sachsen-corona-michael-kretschmer-mordplaene-](https://www.saechsische.de/politik/politiker/michael-kretschmer/sachsen-corona-michael-kretschmer-mordplaene-zdf-frontal-razzia-dresden-heidenau-waffen-reportage-5587329-plus.html)

[zdf-frontal-razzia-dresden-heidenau-waffen-reportage-5587329-plus.html](https://www.saechsische.de/politik/politiker/michael-kretschmer/sachsen-corona-michael-kretschmer-mordplaene-zdf-frontal-razzia-dresden-heidenau-waffen-reportage-5587329-plus.html) [Zugriff:

21.12.2023].

Brückenschlag nach rechts außen

Personelle Netzwerke und Kooperationen zwischen *Pegida*, Corona-Protesten und den Freien Sachsen in Dresden

1. Einleitung

Sechs Jahre nachdem sich 2014 die rechtspopulistische Bewegung *Pegida* (Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes) in Dresden etablierte, gelang es zwei weiteren rechten bis rechtsextremen Protestbewegungen sachsenweit – aber insbesondere auch in Dresden – zahlreich zu mobilisieren: die mit den Corona-Protesten initiierte *Querdenken*-Bewegung sowie ihr verwandte Proteste¹ und die 2021 gegründete rechtsextreme Partei Freie Sachsen². Die inhaltliche Ausrichtung und Überschneidung aller drei Gruppierungen, ihre Teilnehmenden sowie die Verbindungen von *Pegida* zur Alternative für Deutschland (AfD) oder personelle Kontinuitäten der Freien Sachsen zur Partei Die Heimat (ehem. NPD) sind inzwischen gut erforscht. Allerdings ist bisher noch wenig Systematisches bekannt über personelle Netzwerke und Kooperationen zwischen den drei rechten bis rechtsextremen Gruppierungen. Der vorliegende Beitrag sucht diese Lücke zu schließen. Für diese Untersuchung ist die Protestszene in Dresden besonders gut

-
- 1 Es ist tatsächlich schwierig, einen übergreifenden Namen für die mannigfaltigen Proteste zu finden, die in Dresden im Rahmen der Corona-Pandemie auftraten und sich inhaltlich wie personell wandelten. In diesem Beitrag wird versucht, diese verschiedenen Proteste strukturell zu trennen, wobei trotzdem unter dem Namen »Corona-Proteste« ein Konglomerat aus verschiedensten Bewegungen und Organisationen verstanden werden muss.
 - 2 Für eine ausführliche Darstellung der Freien Sachsen s. die Einleitung zu diesem Band (Böhme/Krell).

geeignet. Als Landeshauptstadt stellt und stellte die Stadt einen Mobilisierungsschwerpunkt für die Organisator:innen der Proteste dar. *Pegida* mobilisiert trotz früherer Expansion in andere Städte Deutschlands seit Jahren fast nur noch in Dresden. In Dresden wurde außerdem der Ableger *Querdenken351* gegründet, der schließlich mit *Dresden vereint* – anders als in den eher ländlichen Gebieten Sachsens – eine stärker organisierte Version der sogenannten ›Spaziergänge‹ darstellt. Letztlich mobilisiert die Partei Freie Sachsen seit Monaten vermehrt in Dresden, insbesondere in der Nähe von geplanten oder bereits genutzten Geflüchtetenunterkünften.

Ziel dieses Beitrags ist es, alle drei Bewegungen chronologisch zu ordnen und deren Entwicklungen im Zeitraum von März 2020 (mit dem Beginn der Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie) bis Dezember 2023 näher zu beleuchten. Dabei geht es in erster Linie um personelle Kontinuitäten, persönliche Netzwerke sowie verschiedenartige Kooperationen zwischen den Gruppierungen, die mithilfe von qualitativen Expert:inneninterviews und ergänzenden Recherchen untersucht wurden. Die meisten wissenschaftlichen Beiträge beschäftigten sich bisher eher mit einzelnen Akteur:innen und weniger mit ihrem Zusammenwirken. Dieser Beitrag gibt deshalb einen originären und tiefen Einblick in die personellen und organisatorischen Strukturen dreier relevanter rechter bis rechtsextremer Protestbewegungen in Dresden (und teilweise Sachsen) und beleuchtet deren Zusammenspiel.

Auch wenn es in diesem Beitrag nicht vordergründig um die Teilnehmenden an den Protesten, ihre Einstellungen oder die ideologischen Überschneidungen der drei Gruppierungen gehen soll, wird zunächst ein Überblick über bisherige diesbezügliche Erkenntnisse skizziert. Das dritte Kapitel beschreibt die erhobenen Daten und die angewandte Methodik, die der Analyse zugrunde liegen. Anschließend werden die drei Gruppierungen – *Pegida*, Corona-Proteste und Freie Sachsen – jeweils systematisch in ihrer Entwicklung eingeordnet, um im darauffolgenden Kapitel etwaige personelle Verknüpfungen und Kooperationen aufzuzeigen. Basierend auf den zusammengetragenen Erkenntnissen werden zuletzt Schlussfolgerungen über die rechte bis rechtsextreme Protestszene in Dresden und darüber hinaus gezogen.

2. Was wir wissen – und was nicht

Mit Bezug auf die Covid-19-Pandemie kann von einem »*window of opportunity* für rechtsextreme Mobilisierung und Radikalisierung« (Kiess/Wetzel 2022: 310) gesprochen werden. So lassen sich Krisen wie die Corona-Pandemie von rechten bis rechtsextremen Akteur:innen für ihre Zwecke instrumentalisieren (vgl. Panreck 2021: 114f.). Die rechte bis rechtsextreme Szene in Deutschland zeichnet sich insbesondere durch die Vielfalt und Zusammenarbeit ihrer Akteur:innen aus. So lassen sich auch außerhalb der Parteienlandschaft viele Akteur:innen finden, die im Bereich von Bewegungen und Protesten aktiv und eng mit Parteien verknüpft sind (vgl. Weisskircher 2024: 4). Das macht die deutsche rechte bis rechtsextreme Landschaft, wie vom neurechten Autor Benedikt Kaiser bezeichnet, zur »Mosaik-Rechten« (vgl. Kaiser 2017). Dabei ist insbesondere die lokale Ebene entscheidend. Während sich die Forschung zu Rechtspopulismus bis -extremismus häufig auf die nationale Sphäre konzentriert, offenbart die lokale Ebene konkretere Verschränkungen und das Zusammenwirken verschiedener Akteur:innen und ihrer Politik³. Insgesamt lässt sich beobachten, dass sich die neue Rechte inzwischen – auch aus strategischen Gründen – in loseren Netzwerkstrukturen zusammenfindet. Dies erschwert in vielerlei Hinsicht die klare Erfassung von Akteur:innen und ihren (unter Umständen auch multiplen) Zugehörigkeiten. Die ähnlichen ideologischen Ausrichtungen, die entstehenden Netzwerke und Umfeldler sowie Kooperationen zwischen den Akteur:innen geben »Anlass, dieses Konglomerat als ein zusammenhängendes Phänomen zu begreifen« (Kiess 2022: 80). Der lokale Blick ist dabei entscheidend, weil genau auf dieser Ebene Schnittstellen unterschiedlicher Rechtsaußen-Akteur:innen am besten vorzufinden und zu untersuchen sind. Dadurch können, wie in diesem Beitrag, konkrete Motoren der Vernetzung der Corona-Proteste in die rechtsextreme Szene in den Blick genommen werden. Dafür bietet sich insbesondere der Mobilisierungsschwerpunkt Dresden an. Um konkret auf die hier untersuchten Bewegungen einzugehen: *Pegida*, Freie Sachsen und Corona-Proteste – was verbindet sie?

3 Siehe auch: Chou/Moffitt/Busbridge (2021) für einen theoretischen Rahmen lokaler, populistischer Politiken.

Zum einen zeigen sich inhaltliche Parallelen. Führende Schlüsselfiguren von *Pegida* haben mit Beginn der Pandemie diskursive Rahmensetzungen der *Querdenken*-Proteste übernommen (vgl. Volk 2021a: 244f.). Dies beginnt bei Frames wie ›Corona-Diktatur‹ und führt über Verschwörungsideologien rund um die Pandemie (darunter die Vorstellung über die vermeintlich künstliche Erschaffung des Virus zur Kontrolle und Überwachung der Bevölkerung, unterstellte geheime Absichten der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und Figuren wie Bill Gates) bis hin zur Warnung vor ›verpflichtenden‹ Impfungen, deren eigentlicher Zweck in der Implantation von Microchips bestünde (vgl. Volk 2021b: 10). Auch die proaktive Hinwendung zu legitimierenden Frames, die Bürgerrechte und Rechtsstaatlichkeit betreffen, wie die Ausrufe: ›für unsere Meinungsfreiheit‹ und ›für unser Grundgesetz‹, fanden im Zuge der Pandemie statt (vgl. Volk 2021a: 244) und stellen eine ideologische Parallele zu Corona- bzw. *Querdenken*-Protesten dar. Die Freien Sachsen bedienen sich ähnlicher Frames, indem sie unter anderem exakt wie der Dresdner Ableger *Querdenken*₃₅₁ über eine vermeintliche ›Impfapartheid‹ oder drastische Nebenwirkungen von Impfungen mutmaßen und von einem übergriffigen, bedrohlichen, teils sogar faschistischen Staat sprechen (vgl. Brieger et al. 2023: 319). Die ideologische Nähe von *Pegida* und Freien Sachsen besteht neben Überschneidungen zu Deutungsmustern der Corona-Pandemie in klassisch rechtsradikalen bis -extremen Frames wie Migrations- und Asylfeindlichkeit (vgl. Kiess/Wetzel 2022: 321-322). Konkrete »Schmelztiegel« corona-bezogener und rechtsextremer Topoi lassen sich beispielsweise bei antisemitischen Verschwörungserzählungen finden, welche hinter der Pandemie vermutet werden (vgl. Frei/Schäfer/Nachtwey 2021: 253).

Doch auch jenseits pandemiebezogener Topoi sind Narrative, die Corona-Proteste rund um *Querdenken* verbreitet haben, anschlussfähig an rechtspopulistische bis -extreme Diskurse. So führen populistische, »anti-elitäre« Denkangebote eines vermeintlich zu invasiven Staates auf Seiten der Corona-Proteste zu vermehrter Unterstützung rechtspopulistischer Ideen, wie sie unter anderem bei *Pegida* und den Freien Sachsen zu finden sind (vgl. Zehring/Domahidi 2023: 1). Populismus tritt als »verbindendes Element«, insbesondere »in der sächsischen Protestlandschaft« (Brieger et al. 2023: 317), auf.

Die zunehmende rechte Radikalisierung sowie die beginnende Netzwerkarbeit auf inhaltlicher Ebene lassen sich auch in Online-Beiträgen zeigen: So werden in einschlägigen Telegram-Kanälen von *Querdenken* im Zeitverlauf seit Beginn der Pandemie immer häufiger rechtspopulistische bis -extreme Inhalte, insbesondere in der Form weitergeleiteter Nachrichten aus rechtextremen Channels, gepostet. Andersherum teilen auch rechtspopulistische bis -extreme Channels Inhalte aus *Querdenken*-Gruppen auf Telegram (vgl. Zehring/Domahidi 2023: 5-8). Es lassen sich, wenn auch selten, direkte Inhalte von *Pegida* in *Querdenken*-Netzwerken finden (vgl. Zehring/Domahidi 2023: 8f.). Inhalte und Mobilisierung bei *Querdenken* sind dennoch nicht – wie bei den anderen Organisationen – durchgängig rechtspopulistisch bis extrem rechts, aber sie bieten ausreichend Anknüpfungspunkte an solche Einstellungsmuster. Rechtspopulistische Topoi wie Migration und Asyl werden zumindest in Sachsen von *Querdenken*-Channels selbst aufgegriffen (vgl. Kiess/Wetzel 2022: 322). Zudem bestand bei *Querdenken* deutschlandweit recht früh eine grundlegende Bereitschaft, rechtsradikalen und -extremen Akteur:innen wie der AfD auch außerhalb des Internets eine Plattform zu bieten bzw. Plattformen zu teilen (vgl. Vieten 2020: 11).

Auf der Ebene der Teilnehmenden lassen sich weitere überschneidende Denkmuster finden, die Ähnlichkeiten zu *Pegida* und Freien Sachsen vermuten lassen. Darunter zählen der vermehrte Glaube an Verschwörungstheorien, ein starkes Misstrauen gegenüber öffentlichen Medienangeboten und die Hinwendung zu sogenannten »alternativen« Medien (vgl. Koos 2021: 76-78, Vorländer/Herold/Schäller 2015: 57-61). Allerdings befinden sich weitere Einstellungen von Teilnehmenden der Corona-Proteste nicht zwingend in Einklang mit typischen Einstellungsmustern bei *Pegida*-Protesten und sind deshalb differenzierter zu betrachten. Bei Befragungen in Basel und Konstanz gab es eine geringere Wahlbereitschaft von *Querdenken*-Teilnehmenden für rechte bis rechts-extreme Parteien als bei *Pegida* üblich (vgl. Koos 2021: 81, Nachtwey/Schäfer/Frei 2020: 10, Reuband 2022: 279), wobei nicht zu verkennende Wählerwanderungen hin zur AfD zu beobachten sind. Viele Teilnehmende sind außerdem grundsätzlich »indifferent gegenüber Rechtsextremen auf den Demonstrationen« (Frei/Schäfer/Nachtwey 2021: 252).

Hierbei ist jedoch darauf hinzuweisen, dass sich bei Corona-Protesten in Sachsen ein durchaus schärferes Bild zeichnen lässt. Dies liegt nicht zuletzt daran, dass sich hier allgemein in der Bevölkerung nicht zu vernachlässigende populistische, autoritäre und ethnozentristische Einstellungsmuster finden lassen. Diese sind im Bereich Populismus und Ethnozentrismus bei Maßnahmengegner:innen trotzdem noch deutlich stärker ausgeprägt als ohnehin in der sächsischen Bevölkerung (vgl. Brieger et al. 2023: 315). Während in der sächsischen Bevölkerung 36% der Befragten populistische und 40% ethnozentristische Einstellungen teilen, so zeigen 80% der Maßnahmengegner:innen populistische und fast 70% ethnozentristische Einstellungsmuster auf (vgl. ebd.). Corona-Kritiker:innen in Sachsen stellen mit einem deutlich rechteren Milieu also eine klare Differenz zur sächsischen Bevölkerung, aber auch zu Maßnahmengegner:innen in anderen Bundesländern, dar (vgl. ebd.: 316).

Auch in der Kommunikationsweise und Mobilisierung lassen sich Ähnlichkeiten zwischen allen drei Bewegungen finden. So findet Kommunikation neben real stattfindenden Protesten vor allem über Telegram statt (vgl. Zehring/Domahidi 2023: 2, Kiess/Wetzel 2022: 311). Dies kommt nicht von ungefähr: Das zunehmende ›Deplatforming‹ bei Facebook und anderen sozialen Medien hat Telegram für rechtsextreme und verschwörungsideologische Mobilisierungsversuche zur zentralen Plattform werden lassen (vgl. CeMAS 2023). Vielmals konnten Nutzer:innen von den alten Plattformen zu Telegram »mitgenommen« werden (vgl. Rogers 2020). Telegram ist mitunter deshalb so beliebt, da es von Akteur:innen mehr oder minder anonym und sicher genutzt werden kann und nur eine sehr geringe bis keine plattformseitige Moderation von Inhalten stattfindet (vgl. Holzer et al. 2021: 16f.). Außerdem bietet Telegram neben der Fähigkeit, große Zielgruppen zu erreichen, auch verschiedene Interaktionsmöglichkeiten wie direkten Austausch, eine unkomplizierte Erstellung neuer Kanäle sowie das Teilen von diesen und Inhalten aus anderen Channels (vgl. Kiess/Wetzel 2022: 313f.). Auch findet eine starke Referenzierung auf ›alternative Medien‹ innerhalb aller drei Gruppierungen statt (vgl. Zehring/Domahidi 2023: 9, Kiess/Wetzel 2022: 7).

Zusammengefasst kann gesagt werden, dass *Pegida*, *Querdenken* im Allgemeinen, aber besonders *Querdenken351* (und verwandte Organi-

sationen) sowie die Freien Sachsen ähnliche Frames in Bezug auf die Pandemie, den Staat und teils in der Asylthematik benutzen und ähnlich mobilisieren. Ihre Online-Kanäle in sozialen Medien bzw. Messengern weisen nicht nur inhaltliche Überschneidungen auf, sondern bilden auch Netzwerke in Form von weitergeleiteten Nachrichten und gegenseitigen Bezügen. Einstellungsmuster der Teilnehmenden stimmen zwar zwischen *Querdenken* und den Rechtsaußen-Bewegungen nicht vollständig überein, in Sachsen sind jedoch rechte Einstellungen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung überproportional stark vertreten. Ethnozentristische Einstellungen bei Maßnahmengegner:innen in Sachsen sind nicht von der Hand zu weisen – ebenso wenig wie die deutlich rechtere ideologische Ausrichtung von *Querdenken*³⁵¹.

Ein fehlendes Puzzlestück neben Netzwerken im Sinne des gegenseitigen Teilens von Beiträgen sind personelle Verknüpfungen und Formen von Kooperationen zwischen diesen drei Gruppen. So sind bereits personelle Verbindungen und Kooperationen von *Pegida* und AfD sowie personelle Kontinuitäten von der NPD zu den Freien Sachsen hinlänglich bekannt. *Pegida* gilt als ein zentraler Akteur in der sogenannten ›Mosaik-Rechten‹ (vgl. Volk 2021a: 238), der trotz parteipolitischer Unabhängigkeit⁴ enge Verbindungen und Kooperationen mit der AfD, rechten ›alternativen Medien‹ und Thinktanks eingeht und Beziehungen pflegt (vgl. ebd.: 238f.). Führungsfiguren der AfD wie Björn Höcke oder Jörg Urban sind ebenso beliebte Redner auf *Pegida*-Demonstrationen wie einschlägig rechtsextreme Akteur:innen, beispielsweise der *Identitären Bewegung*. Die Verbindungen zur AfD haben sich in gegenseitiger positiver Anerkennung und Zusammenarbeit manifestiert, sodass die AfD auch als institutioneller Arm der ›Mosaik-Rechten‹ verstanden werden kann (vgl. ebd.). Während die Freien Sachsen nach außen nicht kommunizieren, dass maßgebliche Führungspersonen bei der NPD (jetzt: Die Heimat) aktiv waren bzw. sind (vgl. Brieger et al. 2023: 323), so sind die personellen Kontinuitäten doch unübersehbar. Viele Funktionäre haben einschlägige Vergangenheiten bei der NPD oder sind bei der rechtsextremen Wählervereinigung Pro Chemnitz aktiv (siehe dazu insbesondere Kapitel 6).

4 Mehr zu *Pegidas* Verbindungen zu rechten bis rechtsextremen Parteien s.: Weisskircher/Berntzen 2018.

Das Verhältnis der Freien Sachsen zur AfD kann im Gegensatz zum Verhältnis zwischen *Pegida* und AfD insgesamt als widersprüchlich beschrieben werden. Als Parteien stehen sie in Konkurrenz um Wähler:innenstimmen. Während sich die AfD mit einem Unvereinbarkeitsbeschluss distanzierte, kommunizieren die Freien Sachsen sowohl positiv als auch enttäuscht über die AfD (vgl. Brieger et al. 2023: 324). Gleichzeitig wirbt die noch junge Partei auf der Startseite ihrer Website mit der Aussage: »Niemand muss mit seiner bisherigen Gruppe, Partei oder Verein brechen – Doppelmitgliedschaften sind möglich und erwünscht!« (vgl. Freie Sachsen 2024a), was eher dem Gegenteil eines Unvereinbarkeitsbeschlusses entspricht.

Wie jedoch Schlüsselfiguren von *Pegida*, *Querdenken351* und verwandten Ablegern sowie Freie Sachsen personell verknüpft sind und kooperieren, ist bisher nur bruchstückhaft aufgearbeitet worden. Eine weitere Schwierigkeit stellt das Konglomerat an Organisator:innen und Teilnehmenden-Gruppen dar, das sich in Sachsen in verschiedenen Städten zu ›Montagsprotesten‹ zusammengefunden hat. In Chemnitz haben Ende 2022 und Anfang 2023 beispielsweise sowohl Freie Sachsen als auch das aus der *Querdenken*-Bewegung entstandene Bündnis *Chemnitz steht auf* solche Demonstrationen organisiert (vgl. Fröhlich/Ranft/Vollmann 2023: 8). So ist auch die Lage der meist an Montagen in Dresden stattfindenden Demonstrationen im Laufe der Zeit unübersichtlich geworden. Dies liegt nicht nur dran, dass es Zerwürfnisse innerhalb der Strukturen von *Querdenken351* und *Dresden vereint* gab, sondern dass sich anfängliche Corona-Proteste und Proteste der Freien Sachsen zunehmend vermischt haben. Dies gilt sowohl für jeweiligen Organisator:innen als auch weitere Schlüsselfiguren. Zeit, Licht auf diese Verbindungen und Kooperationen zu werfen.

3. Methodik

Im Zeitraum von November 2023 bis Januar 2024 wurden dafür leitfragengestützte Expert:innenbefragungen durchgeführt. Dabei wurden sowohl Journalist:innen als auch unabhängige Beobachter:innen aus

der Zivilgesellschaft⁵ ausgewählt, um verschiedenste Entwicklungen chronologisch zu ordnen sowie zahlreiche Beobachtungen zu Personen, Netzwerken, Strukturen und Kooperationen rund um das Demonstrationsgeschehen in Dresden und Mobilisierungen in sozialen Medien zu dokumentieren. Die Vorteile dieser qualitativen Methode liegen auf der Hand: Quantitative oder auch qualitative Untersuchungen von veröffentlichten und geteilten Beiträgen der drei Protestbewegungen zeigen zwar einen Teil der Verknüpfungen auf, jedoch können sie nur begrenzten Aufschluss über personelle Netzwerke in der ›Offline-Welt‹ bieten. Mit den qualitativen Interviews war es möglich, sehr verdichtete Informationen über Ereignisse vor Ort im Demonstrationsgeschehen zu sammeln. Darüber hinaus boten die Expert:innen einen komprimierten Einblick in verschiedenste Online- wie Offline-Aktivitäten, deren Einzelrecherche schlichtweg im Rahmen dieses Beitrages nicht hätte verwirklicht werden können. Die Expert:innen sind also sowohl Beobachter:innen vor Ort als auch gleichzeitig Personen, die über vertiefte Informationen aus den verschiedenen Online-Kanälen verfügen. Bei der Befragung wurden die Expert:innen explizit gebeten, Antworten mit Daten und Zeiträumen zu versehen, Vermutungen als solche zu kennzeichnen sowie Behauptungen bestmöglich zu belegen. Insgesamt liegen sieben ausgefüllte Befragungsbögen vor.

Die Leitfäden sind unterteilt in zwei inhaltliche Teile: Zum einen gab es Leitfragen zu Schlüsselpersonen, Organisationen und Chronologien von Ereignissen, zum anderen Leitfragen zu Kooperationen und Zerwürfnissen. Zunächst wurden organisationale Schlüsselfiguren und Entwicklungen bei *Pegida* ab März 2020 sowie vermutete oder explizierte Gründe für deren verringertes Protestlevel in der Folge abgefragt. Anschließend folgten Fragen zu organisationalen Schlüsselfiguren von *Querdenken351* und *Dresden vereint* sowie zu weiteren Organisationen bzw. Initiativen zu Beginn der Dresdner Corona-Protteste. Abschließend wurden gleichermaßen Fragen zum Auftakt der Freien Sachsen im Dresdner Protestgeschehen sowie deren organisationalen Schlüsselfiguren gestellt. Im Bereich der Kooperationen und Zerwürfnisse wurde insbesondere

5 Aus Datenschutz- und Sicherheitsgründen werden persönliche Daten der Expert:innen nicht veröffentlicht. An dieser Stelle möchte ich außerdem meinen Dank für die Teilnahme an der recht zeitintensiven Befragung ausdrücken.

nach Brüchen innerhalb der Corona-Proteste in Dresden sowie deren kommunizierten Gründen gefragt. Danach wurden explizit Netzwerke und Kooperationsformen auf organisationaler Ebene zwischen *Pegida*, *Querdenken351* und verwandten Protesten sowie Freien Sachsen abgefragt: Personelle Überschneidungen bei den Organisationen, persönliche Netzwerke (z.B. Bekanntschaften, Freundschaften) und Netzwerke zwischen Schlüsselfiguren, gemeinsame Aufrufe und gegenseitige Mobilisierung, gemeinsam organisierte Proteste, Reden gleicher Personen auf den jeweiligen Demonstrationen, Reden von Schlüsselfiguren einer Organisation auf der Demonstration einer anderen Organisation sowie weitere Formen der Kooperation. Die Informationen aus den Interviews wurden systematisch geordnet und zueinander in Bezug gesetzt, der Aufbau dieses Beitrages orientiert sich deshalb größtenteils an der Struktur der Leitfäden. Getroffene Aussagen konnten oftmals mit Antworten aus anderen Bögen verifiziert werden, da diese mehrfach unabhängig voneinander getroffen wurden. Dazu wurden weitere Internet-Recherchen zu benannten Personalien angestellt und vereinzelt Telegram-Kanäle und Webseiten zur Verifizierung genutzt. Wenn möglich wurden getroffene Aussagen aus den Interviews mit Texten der wissenschaftlichen Literatur, die ihrerseits eine der Bewegungen untersucht haben, rückgekoppelt. An geeigneten Stellen werden in der Analyse auch wörtliche Zitate aus den Bögen übernommen und entsprechend nummeriert gekennzeichnet, es fließen jedoch auch nicht-direkt zitierte Informationen aus den Fragebögen in den Beitrag ein.

4. Ist *Pegida* zunehmend verschwunden?

Pegida entstand in der zweiten Jahreshälfte 2014. Aus einer anfänglichen Facebook-Gruppe heraus fanden ab dem 20. Oktober 2014 wöchentliche Proteste in Dresden statt, die anfangs von Woche zu Woche mehr Teilnehmende anzogen. Höhepunkt des Wachstums bildete der 12. Januar 2015, an dem sich »zwischen 17.000 und 25.000 Menschen an der Kundgebung beteiligten« (Reuband 2022: 258). Nach internen Streitereien und zunehmender, insbesondere negativer Berichterstattung brach die Teilnehmendenzahl ein, sie stieg allerdings wieder im Rahmen

zunehmender Geflüchtetenanzahlen im Herbst 2015 und wuchs beim ersten Jahrestag der Organisation wieder auf 15.000 bis 20.000 Teilnehmende an. Die zahlreichen Ableger von *Pegida* in anderen deutschen Städten überlebten im Vergleich zum Original jedoch nicht (vgl. Vorländer/Herold/Schäller 2015: 9). Über die Jahre schrumpfte *Pegida* zwar auch zunehmend, blieb jedoch relativ konstant bei rund 1.000 Teilnehmenden, die sich Montag um Montag in der Dresdner Innenstadt versammelten (vgl. Reuband 2022: 259). Die Kundgebungen von *Pegida* folgen dabei einem immer ähnlichen Ablauf. Sie beginnen mit der *Pegida*-Hymne, dem Verlesen von Versammlungsaufträgen, darauf folgen teils Gastreden und Aufzüge durch die Innenstadt und letztlich enden die Kundgebungen mit dem Einspielen der deutschen Nationalhymne (vgl. Volk 2021a: 240f.).

Drei Schlüsselfiguren von *Pegida*, die bis heute die gleichen und gleichzeitig am stärksten öffentlich wahrnehmbar sind, sind Lutz Bachmann, Siegfried Däbritz und Wolfgang Taufkirch. Alle drei hielten über die Jahre hinweg selbst Reden auf den Versammlungen. Aus den Expert:innenbefragungen ergaben sich außerdem weitere Figuren, die im Laufe der Zeit Abstand von *Pegida* nahmen: So waren zu Beginn Rene Jahn und Kathrin Oertel Organisator:innen, die jedoch mit der Ausrichtung unzufrieden waren und sich trennten. Tatjana Festerling nahm im Verlauf von *Pegida* eine relevante Rolle ein und kandidierte 2015 zur Oberbürgermeister:innenwahl in Dresden, danach brach die Beziehung jedoch ab. Wolfgang Taufkirch rückte dann später ins Organisations-Team nach und fungiert seitdem als Versammlungsanmelder für *Pegida* – nachdem, wie mehrere Expert:innen übereinstimmend berichten, Däbritz und Bachmann keine Versammlungsleitung mehr innehaben durften und oftmals auch nicht vor Ort waren. Siegfried Däbritz nimmt die Rolle des zentralen Ordners ein und kümmert sich um die Vorbereitung und Logistik der Kundgebungen. Lutz Bachmann wird als medial wirksamste Person beschrieben, die hauptsächlich mit der Außendarstellung und überregionalen Vernetzung betraut ist.

Nach dem Aufkommen der Corona-Pandemie und den folgenden versammlungsrechtlichen Einschränkungen verlegten die Organisator:innen ihre Kundgebungen zunächst auf Lutz Bachmanns YouTube-Kanal – gelabelt als »Spaziergänge durch die Wohnzimmer der Patrioten« (Volk 2021a: 240). Nachdem ab Mai 2020 wieder reguläre

Straßenproteste stattgefunden hatten, wurde der sechste Jahrestag, der für den 25. Oktober 2020 geplant war, abgesagt. Dies lag vermutlich nicht nur an der offiziellen Begründung, dass internationale Gäste nicht anreisen konnten, sondern dass die Dresdner Versammlungsbehörde die Verlagerung der Versammlung aus der Innenstadt heraus auf eine Wiese beauftragt hatte (vgl. Volk 2021a: 242). Vermutungen darüber, warum *Pegidas* Proteste über den Zeitraum der Pandemie weniger wurden, teils monatelang ausblieben und sich auf größere Events wie die Jahrestage beschränkten, bildeten ebenso ein Item der Expert:innenbefragung. Mehrere übereinstimmende Antworten verweisen auf den Zusammenhang des Ausbleibens der Proteste von *Pegida* mit dem verstärkten Aufkommen von Corona-Protesten, die ebenso an Montagen stattfanden und teils größere Resonanz und Teilnehmendenzahlen aufwiesen, sodass »man allen anderen nicht im Weg stehen« (Befragung 7) und »Konkurrenz vermeiden« (Befragung 6) wollte. Allerdings betonte Bachmann, »dass *Pegida* sein Ziel erreicht habe« (Befragung 5) mit dem »Hinweis, dass sie ja die Vorarbeit geleistet hätten, die nun andere politisch gleichgesinnte Akteure fortführen können« (Befragung 2). Auch schien man sich auf organisatorischer Seite nicht einig, wie mit den Corona-bedingten Auflagen für Kundgebungen umgegangen werden sollte: »Auf einer der wenigen neu aufgelegten *Pegida*-Kundgebungen sprach Lutz Bachmann auch einmal davon, dass sich Siegfried Däbritz gegen weitere *Pegida*-Versammlungen ausgesprochen hätte, aber vorerst ›überstimmt‹ wurde« (Befragung 6). Der Verein hatte zunächst auch interne Dispute zu den Corona-Maßnahmen. Stephan Baumann war entschiedener Unterstützer der Maßnahmen und Taufkirch »Hardliner in Sachen Ablehnung« (Befragung 5). Daraufhin vermied Bachmann zunächst, als Redner klare Stellung zu den Maßnahmen zu beziehen. So wurde *Pegida* auch dafür kritisiert, sich den Schutzmaßnahmen der Corona-Pandemie unterzuordnen. Allerdings »hätte ein Nichteinhalten der Verordnungen rechtliche Auswirkungen und Strafen für das Orga-Team bedeutet« (Befragung 2). Anders als bei nicht angezeigten Corona-»Spaziergängen« wäre im *Pegida*-Umfeld sehr klar gewesen, welche Führungspersonen gegen Versammlungsbeschränkungen verstoßen hätten. Im Jahr 2023 »fügte Lutz Bachmann noch an, [...] dass die Krankheiten einzelner Mitglieder sowie einige Wegzüge wichtiger Orga-Teile die eigene Handlungsfähigkeit stark

einschränkten« (Befragung 2). Fest steht: Die Corona-Pandemie und das neue dynamische Protestgeschehen in Dresden haben sich strukturell auf die *Pegida*-Proteste ausgewirkt. Die Häufigkeit der Proteste hat sich mit den Corona-Maßnahmen und aufgrund weiterer Faktoren stark reduziert und fokussiert sich inzwischen auf »besondere Events«.

5. Corona-Proteste: Entwicklungen, Zusammenspiele und Zerwürfnisse

Nachdem sich *Querdenken* im Zuge der Anti-Maßnahmen-Proteste im Sommer 2020 in Stuttgart gründete, dauerte es nicht lange, bis deutschlandweit weitere Ableger folgten. Während zunächst unterschiedliche kurzweilige Initiativen auf unkoordinierte Weise Proteste organisierten, dominierte *Querdenken* ab der zweiten Corona-Welle das Demonstrationsgeschehen in Deutschland (vgl. Plümper/Neumayer/Pfaff 2021: 2236). Seit September 2020 existiert die Gruppe *Querdenken351* in Dresden, wobei die »351« wie in anderen Städten auf die Telefonvorwahl von Dresden verweist. Auf X (ehem. Twitter) schrieb die Gruppe am 11. November 2020: »Wir bauen gerade den #Dresden-Ableger #Querdenken 351 auf. Jeder, der tatkräftig mithelfen möchte, ist herzlich eingeladen« (*Querdenken351* 2020).

Zuvor gab es jedoch schon ab April 2020 Proteste sogenannter *Corona-Rebellen* und weiterer, eher kleiner Gruppen wie *nicht ohne uns* und *Eltern stehen auf*. Die erste offizielle Kundgebung von *Querdenken351* fand dann am 31. Oktober 2020 auf dem Theaterplatz mit rund 5.000 Teilnehmenden vor der *Semperoper* statt. Weitere Gruppierungen, die rund um Corona-Maßnahmenkritik entstanden, sind: *Studenten stehen auf*, eine Reihe von selbstbezeichneten *Friedensinitiativen* und das selbstbenannte *Gesundheitswesen*⁶. Zu Beginn der Proteste war Sascha Wolff als eine »Art Ein-Personen-Initiative« (Befragung 7) sehr sichtbar. Er trat 2022 auch als Einzelkandidat zur Dresdner Oberbürgermeister:innenwahl an. In der Anfangszeit der schwach organisierten Corona-Proteste und der

6 Die Demonstrationen vom *Gesundheitswesen* richteten sich vorrangig gegen eine Impfpflicht im Gesundheitswesen und fanden anders als die meisten Proteste nicht montags, sondern freitags statt.

ersten angezeigten, stärker organisierten Demonstrationen waren bereits einschlägige Personen der rechten bis rechtsextremen Szene in Dresden sowie die AfD präsent (mehr dazu in Kapitel 7).

Zu Beginn fanden viele nicht-angezeigte, sogenannte ›Spaziergänge‹ statt, die teils über verschiedene Stadtteile verstreut kleinere Aufzüge bildeten. Dies änderte sich zu Beginn des Jahres 2022. Dass die Organisator:innen ihre Aufzüge nun anzeigten, wird von Seiten der Expert:innen mit der steigenden Polizeipräsenz, vermehrter polizeilicher Regulierung nicht-angezeigten Aufzüge sowie beginnender Blockaden von Gegendemonstrant:innen in der Dresdner Altstadt in Verbindung gebracht. Aus der Telegram-Gruppe *Dresden spaziert* heraus entwickelte sich dann *Dresden vereint*, dessen Ziel es außerdem vermutlich war, dass »die vielen verschiedenen, aber kleinen Proteste in den Dresdner Stadtteilen gebündelt/zentralisiert werden« (Befragung 6). Von März 2022 bis September 2023 führte *Dresden vereint* dann angezeigte Kundgebungen von der Torwirtschaft durch.⁷ Dabei zogen die Proteste oftmals mehr als 1.000 Teilnehmende an.

Als vier Schlüsselpersonen sind zunächst Marcus Fuchs, Albrecht W., Robin Espe und Hagen Krenkel zu nennen. Marcus Fuchs trat dabei insbesondere als das ›Gesicht‹ von *Querdenken351* auf und ist ein starker Netzwerker. Er trat ebenso als Einzelkandidat zur Dresdner Oberbürgermeister:innenwahl 2022 an. Albrecht W., Robin Espe und Hagen Krenkel können als weitere Organisatoren von *Querdenken351* und von Demonstrationen rund um *Dresden vereint* benannt werden. Hagen Krenkel benannte sich selbst zeitweilen als Pressesprecher. Weiterhin mehrfach benannt wurde ein »Dominik«. Einige weitere Personen waren im Umfeld der Proteste noch konstant sichtbar, von denen jedoch »viele rausgefallen sind als die Covid-19-Maßnahmen weniger wurden bzw. die Corona-Proteste sich sichtbarer in Naziproteste gewandelt haben«⁸ (Befragung 3).

7 Die Torwirtschaft ist eine Gaststube mit Biergarten am Großen Garten in Dresden. Damit ist nicht gemeint, dass sich die Menschen in der Torwirtschaft selbst, sondern auf der Lennéstraße Höhe Torwirtschaft sammelten.

8 Dazu zählen beispielsweise Vivian Richter und Katya Garcia (vgl. Sächsische Zeitung 2022). Die beiden Frauen fungierten auch bei *Querdenken-351* als »Vorbeter«, da die »Montagsstandpunkte« jeweils mit einem Gebet starteten.

Zweimal trennten sich die Wege von *Dresden vereint*. Zudem gab es über lange Zeiträume Querelen zwischen den Organisator:innen, die auch öffentlich ausgetragen wurden: Am 21. November 2022 »drohte Albrecht W. einem Teil der Teilnehmer mit Ausschluss. Diese hatten angekündigt, künftig vom Pirnaischen Platz demonstrieren zu wollen« (Befragung 5) – unter anderem, weil ihnen die Fokussierung auf Albrecht W. zuwider gewesen sei. In der Folgewoche fand dann sowohl am Pirnaischen Platz in der Dresdner Innenstadt als auch wie bisher vor der Torwirtschaft je eine Kundgebung statt. Dabei lief die »neue Demonstration« unter dem Namen *Dresden vereint* (im Folgenden zur besseren Unterscheidung *Dresden vereint #2* genannt). Die originäre Demonstration mit Anmelder Albrecht W., die an der Torwirtschaft startete, musste ihr Logo abändern und nannte sich fortan *Dresden vereint – Das Original*. Vermutete Hintergründe sind zum einen die schon benannten persönlichen Konflikte und solche um die Eintragung eines Vereins und die Verlegung des Versammlungsortes in die Stadtmitte, um sinkenden Teilnehmereinzahlen entgegenzuwirken.⁹

Unter anderem aus *Dresden vereint #2* heraus entstand ein weiterer Ableger, der ab dem 29. August 2023 am Kulturpalast und zeitweise am Schlossplatz (beides prominente Plätze in der Dresdner Innenstadt) demonstriert hat. Dieser bezeichnet sich selbst als *Neuer Montagsprotest*. Der ersten Demonstration des *Neuen Montagsprotestes* hatte sich dann auch *Dresden vereint #2* angeschlossen. Der Protest vor dem Kulturpalast wird maßgeblich durch Marcus Fuchs und die Freien Sachsen organisiert, es sind aber auch andere Akteur:innen wie die Partei dieBasis und die *Dresdner Friedensinitiative* beteiligt. Am 26. September 2023 gab *Dresden vereint – Das Original* dann das Ende ihrer Torwirtschafts-Demonstrationen bekannt. Im Rahmen der Abspaltung der *Neuen Montagsproteste* hat sich auch die *Querdenken351*-Organisation aufgespalten. Ab Ende August wurde kommuniziert, dass Marcus Fuchs ausgeschlossen wurde, der das bis heute dementiert. Dabei soll ihm von anderen (ehemaligen)

9 In dem dann neu entstandenen Telegram-Kanal »Dresden vereint – das Original« wurde am 26. November 2022 außerdem kommuniziert, dass einigen schon länger die Schreibrechte im Telegram-Kanal »Dresden vereint« entzogen wurden sowie die anderen »bereits im Sommer ihre Intrigen gegen uns fünf geplant haben, denn schon zu diesem Zeitpunkt wurde die Sicherung des Logos (welches damals in Zusammenarbeit aller entstanden ist) geplant« (Dresden vereint – Das Original 2023).

Mitgliedern der *Querdenken351*-Organisation ein zu autoritärer Stil mit eigenmächtigen Entscheidungen gegen die Gruppe vorgeworfen worden sein, mit dem auch Robin Espe seinen Austritt aus der Dresdner Organisation begründet haben soll. Außerdem wurde Kritik an Marcus Fuchs zunehmender Kooperation mit den Freien Sachsen (siehe Kapitel 7) sowie seiner Selbstdarstellung und der Fokussierung auf seine Person erhoben.

Die Corona-Proteste in Dresden geben in ihrer Gesamtschau ein sehr unübersichtliches Bild ab. Begonnen bei sehr heterogenen, kleinen Gruppen und Einzelpersonen, bildeten sich über die Zeit hinaus *Querdenken351* als Organisation sowie *Dresden vereint* als Protestkonglomerat, aber auch organisationale Strukturen heraus, die ihrerseits durch viele Brüche und Streitigkeiten auf organisationaler Ebene geprägt sind. Die Gründe werden neben persönlichen Vorwürfen zwischen Schlüsselfiguren jedoch auch in der örtlichen und organisationalen Ausrichtung sowie der schwächelnden Mobilisierung und der Nähe zu den rechts-extremen Freien Sachsen vermutet. Albrecht W., der Organisator von *Dresden vereint*, dann von *Dresden vereint – Das Original*, hatte zuvor auf seinen Kanälen Kritik an der Dresdner Freie Sachsen-Schlüsselfigur Max Schreiber geäußert, der jedoch stark mit Marcus Fuchs zusammenarbeitet. Spannend ist insgesamt der Umstand, dass *Dresden vereint* zu Beginn im AfD-Umfeld bzw. mit AfD-Unterstützung agierte, im Zeitverlauf zunehmend und explizit mit der Abspaltung der *Neuen Montagsproteste* aber sehr eng mit den Freien Sachsen zusammenarbeitete: »So waren die Torwirtschafts-Demos sowie deren Organisator W. sehr AfD-nah, der neue Protest vom Kulturpalast wiederum ist stark durch die Freien Sachsen dominiert« (Befragung 5). Hinter dem Zerwürfnis könnten also auch parteipolitische Überlegungen der in Konkurrenz stehenden Parteien AfD und Freie Sachsen stehen.

6. Die Freien Sachsen im Dresdner Protestgeschehen

Die Freien Sachsen wurden Ende Februar 2021 als Partei gegründet und bereits ab Juni 2021 vom sächsischen Landesamt für Verfassungsschutz als verfassungsfeindlich und rechtsextremistisch orientiert eingestuft

(vgl. Goertz 2022: 30f.). In ihrem Grundsatzprogramm fordern die Freien Sachsen unter anderem die grundlegende Autonomie Sachsens von der Bundesrepublik Deutschland und zählen »Nordschleswiger, Kärntener, Südtiroler und Elsässer« (Freie Sachsen 2024b) als Deutsche. Personalien der Freien Sachsen sind Menschen mit meist einschlägigen rechtsextremen Hintergründen: Der Vorsitzende der Freien Sachsen, Martin Kohlmann, ist gewählter Stadtrat der selbsternannten »Bürgerbewegung« Pro Chemnitz. Die Wählervereinigung kann ebenso als rechtsextrem eingeordnet werden. Der Schatzmeister der Freien Sachsen, Robert Andres, gehört ebenfalls zu Pro Chemnitz (vgl. Goertz 2022: 31). Der stellvertretende Vorsitzende der Partei, Stefan Hartung, ist als NPD-Kreisrat gewählt worden und NPD-Vorsitzender im Erzgebirge (vgl. Brieger et al. 2023: 323). Peter Schreiber, seit 2019 Landesvorsitzender der NPD in Sachsen und Geschäftsführer sowie Chefredakteur der NPD-Parteizeitung *Deutsche Stimme*, trat im Sommer 2022 im sächsischen Strehla als Bürgermeisterkandidat für die Freien Sachsen an und organisierte dort Kundgebungen. Anmelder für Kundgebungen der Freien Sachsen – aber auch anfänglich benannter »Spaziergänge« – in Döbeln ist Stefan Trautmann, gewählter Stadtrat der NPD (vgl. Sächsische Zeitung 2023b). In der Anfangszeit organisierte Max Schreiber in Heidenau ebenfalls sogenannte »Spaziergänge«. Er ist NPD-Mitglied (vgl. Sächsische Zeitung 2023a) und war stellvertretender NPD-Kreisvorsitzender in Heidenau.

Die Partei und ihre auf Demonstrationen im Raum Dresden präsenteste Schlüsselfigur Max Schreiber organisierten zunächst kaum eigenen offiziellen Protest in Dresden. Erst zu Beginn des Jahres 2022 fanden erste, von den Freien Sachsen ausgehende, asylfeindliche Proteste in Dresden-Laubegast statt. Vielmehr nahmen Schlüsselfiguren und Anhänger:innen der Freien Sachsen an anderen Protesten teil. Ab Mai 2021 wurden erstmals offen und sichtbar Transparente von den Freien Sachsen bei den »Montagsstandpunkten« von *Querdenken351* gezeigt. Einer ihrer ersten Infostände war am 13. September 2021 auf einer *Pegida*-Kundgebung. Die Präsenz von Freien Sachsen auf Demonstrationen von Covid-19-Maßnahmen-Gegner:innen stieg dabei von Woche zu Woche. Im Jahr 2023 organisierte dann Max Schreiber vermehrt in Dresden einen eigenen asyl- und migrationsfeindlichen Protest vor (zukünftigen) Geflüchtetenheimen sowie eine symbolische Aktion, bei der die Grenze zu Tschechien

geschlossen werden sollte, um Migration nach Deutschland ›direkt vor Ort‹ zu verhindern. Die immer offenere Zusammenarbeit mit Akteur:innen aus dem Corona-Protestmilieu steigerte sich über Wochen und Monate hinweg bis zu genuin gemeinsamen Protesten in der zweiten Jahreshälfte 2023 (siehe Kapitel 7.2).

7. Kontakt nach rechts außen: Personelle Kontinuitäten, Überschneidungen und Kooperationsformen

7.1 Personelle Kontinuitäten und Vernetzer

Die Verbindungen von Corona-Protesten in Dresden und Umland reichten schon zu Beginn stark zu rechten bis rechtsextremen Akteur:innen – auch bevor die Freien Sachsen sich in das Geschehen mischten. So waren Personen wie Ines P., die ihre Solidarität mit der Holocaust-Leugnerin Ursula Haverbeck ausdrücken, bereits bei den Corona-Protesten am 23. Mai 2020 mit einem Foto von Haverbeck im Bilderrahmen anwesend. Bei *Dresden vereint* war von Beginn an eine starke Präsenz der AfD auffällig: Albrecht W., der die Versammlungen leitete, trat auch auf Wahlkampfveranstaltungen der Partei als Ordner auf. Der AfD-Stadtrat Heiko Müller stellte seinen Namen für das Impressum der ersten Flyer zur Verfügung. Die AfD Dresden ist zum Beispiel bereits am 11. Dezember 2020 mit einem Autoanhänger mit einem Großplakat gegen die Maskenpflicht bei Anti-Maßnahmen-Protesten aufgetreten: »Man könnte das Agieren der Partei hier dahingehend interpretieren, dass sie auf diesen Demos versuchte, an die Proteste anzudocken« (Befragung 5). Da sich Marcus Fuchs als (ehemaliger) Kopf von *Querdenken*³⁵¹ stark mit den Freien Sachsen vernetzt und inzwischen sogar im Kommunalwahlkampf für die rechtsextreme Kleinpartei antreten will¹⁰, ergab sich hieraus unter Umständen ein weiterer Konfliktpunkt in der Organisation rund um die parteiliche Konkurrenz von Freien Sachsen und AfD. Zwischen Marcus Fuchs und Max Schreiber als jeweils am stärksten auftretende Organisa-

10 Im *Sonntagsgespräch* bei den Freien Sachsen erklärt Marcus Fuchs seine Absicht, für die Kommunalwahlen im Jahr 2024 anzutreten (<https://freie-sachsen.info/2023/sonntagsgespraech-dr-bianca-witzschel/>).

toren der Proteste besteht eine enge Verbindung, beide wurden einhellig als die jeweiligen Vernetzer ihrer Organisationen (*Querdenken351* und Freie Sachsen) benannt. Insgesamt sei »ein freundschaftliches Verhältnis zwischen den Organisator:innen von *Dresden vereint* und Max Schreiber zu erkennen« (Befragung 6).

Marcus Fuchs nimmt auch gelegentlich an den asylfeindlichen Protesten von Max Schreiber in den Dresdner Stadtteilen teil. *Dresden vereint* kooperierte also bereits mindestens am 07. Dezember 2022 und 11. Januar 2023 direkt mit den Freien Sachsen rund um die »Nein-zum-Heim«-Proteste in Dresden-Sporbitz. Dabei konnten sie insbesondere die Ausstattung und Technik von *Dresden vereint* (bzw. Marcus Fuchs selbst) nutzen. Am 07. Dezember soll Marcus Fuchs bei den Protesten in Sporbitz eine Rede gehalten haben, am 11. Januar trat er in seiner Rolle als Streamer auf. Ein:e Expert:in kommentiert diese Aufteilung so: »Diese Demos dienen auch als eine Art Ventil, da Teile der Montagsdemonstranten eher an den Themen Corona, Ukraine-Konflikt interessiert sind und Schreiber dort sein Markenthema Flüchtlinge etwas in den Hintergrund stellen muss« (Befragung 5).

Zwei Schlüsselfiguren von *Pegida* beteiligten sich an der Mobilisierung von Corona-Protesten im Dresdner Umland; in Radeberg (Wolfgang Taufkirch) und in Radebeul, Meißen und Weinböhla (Siegfried Däbritz). Däbritz nahm auch mindestens am 10. Februar 2022 an einer Kundgebung von *Dresden vereint* teil: »Dabei war zu erkennen, dass er sich selbst frühzeitig ein Bild von den Mobilisierungsmöglichkeiten der jeweiligen Gruppen machen wollte. Oftmals suchte er dann auch noch auf den Versammlungen direkt den Kontakt zu Organisator:innen« (Befragung 6). So sollen sich auch Marcus Fuchs und Siegfried Däbritz bei späteren, mitunter gemeinsamen Demonstrationen mit Handschlag begrüßt haben.

Jürgen Schönherr tritt als Teilnehmer oder Ordner auf, ist aber sowohl bei *Pegida*-, AfD- oder auch bei anderen Montagsprotesten beteiligt. Bei Kundgebungen von *Dresden vereint* sowie bei *Querdenken351* war Jürgen Schönherr oft am Frontransparent. Er wird mehrfach als Vernetzer zwischen *Querdenken351* und *Pegida* benannt. Rico Köhler war auch zuvor im *Pegida*-Umfeld als Ordner und Teilnehmer sowie beim Kreisverband der AfD Dresden aktiv. Nachdem er an den nicht angezeigten

Spaziergängen teilnahm, organisierte er auch *Dresden vereint*, folgte der Abspaltung zu *Dresden vereint #2* und wird seitdem als fester Bestandteil der *Neuen Montagsproteste*-Organisation identifiziert. Als eher im Hintergrund wirkend beschrieben, aber auch als Anmelder von Freien Sachsen-Protesten sowie als Leiter des Schiedsgerichts der Partei, ist Jens Lorek aktiv. Lorek ist Rechtsanwalt in Dresden, war zuvor auch im *Pegida*-Umfeld aktiv und vertritt zuweilen – ebenso wie der Vorsitzende der Freien Sachsen, Martin Kohlmann – Rechtsextreme vor Gericht (vgl. *Sächsische Zeitung* 2016). Katja Kaiser ist ebenso einschlägig aus der rechtsextremen Szene in und um Dresden bekannt, unter anderem war sie auch bei Kundgebungen von *Pegida* und Pro Chemnitz (vgl. *Belltower News* 2020) zugegen. Sie fungierte mindestens einmal als Versammlungsanmelderin der bis zu dieser Zeit noch eher nicht-angezeigten ›Montags-Spaziergänge‹. Lorek und Kaiser werden beide mehrfach als einschlägige Vernetzer:innen zwischen allen drei Organisationen und in die weitere rechtsextreme Szene Sachsens benannt.

7.2 Gegenseitige Aufrufe und direkte Kooperationen

Die Freien Sachsen teilen mitunter schon seit vielen Monaten die Demonstrationsaufrufe der anderen Gruppen (vgl. Kiess 2023: 84) und sind auf Demonstrationen anderer Organisationen mit Transparenten und Fahnen stark vertreten. Insbesondere bei Veranstaltungen aus dem eigentlichen Corona-Spektrum warben sie auch für ihre Telegram-Gruppen. Ab Herbst 2021 »war das Muster professionalisiert: zu den beworbenen Protesten kamen Freie-Sachsen-Aktivist:innen, welche im Idealfall ein Fronttransparente [...], zumindest aber Fähnchen« mitbrachten, »sodass eine Art Corporate Identity für Spaziergänge/Demonstrationen erreicht wurde« (Befragung 3). Ab Sommer 2023 sprach Max Schreiber dann als Redner auch nach der Trennung bei den unterschiedlichen Protesten von *Dresden vereint*. Andersrum war die Stimmung lange verhaltener: *Pegida* teilte über lange Zeit auf offiziellen Wegen nur ihre eigenen Proteste. Erst ab Herbst 2023 – kurz vor den gemeinsamen Veranstaltungen – teilte *Pegida* dann auch Aufrufe zu den anderen Demonstrationen in Dresden. Einzelpersonen im *Pegida*-Umfeld teilten jedoch schon zuvor Proteste der anderen Organi-

sationen. *Dresden vereint* bewarb ebenso lange Zeit nur ihre eigenen Proteste, im Sinne der gesteigerten Kooperation mit den Freien Sachsen wurden dann auch deren Kundgebungen geteilt. Außerdem soll es 2021 Gespräche zwischen *Querdenken351* bzw. *Dresden vereint* und *Pegida* gegeben haben, wobei es jedoch beide Seiten vorzogen, ihre eigenen Proteste konzeptionell weiterhin getrennt stattfinden zu lassen. Als eine Art Kompromiss dabei sei jedoch herausgekommen, dass einige »Montagsstandpunkte« von *Querdenken351* nicht gleichzeitig zu *Pegida* stattfanden, sondern nach- bzw. nebeneinander auf dem gleichen Platz, was Teilnehmenden den Besuch beider Demonstrationen ermöglichte: »trotz dieser offensichtlichen räumlichen Nähe bewarben sich beide Organisationen [Anm. Autorin: zu diesem Zeitpunkt] nicht und wirkten trotz teilweise gleichen Publikums bewusst getrennt« (Befragung 2). Mit den *Neuen Montagsprotesten* fusionierten dann auch Teile von *Dresden vereint* offiziell mit den Freien Sachsen und anderen Gruppierungen. Dabei stellt Marcus Fuchs erneut die Technik.

Als zwei sehr einhellige Daten müssen der 06. November 2023 und der 18. Dezember 2023 bezeichnet werden. An diesen beiden Terminen wird die endgültige Kooperation zwischen *Dresden vereint* (vor allem um Marcus Fuchs), *Pegida* und den Freien Sachsen am offensichtlichsten. Für den 06. November 2023 müssen Absprachen zwischen dem *Neuen Montagsprotest* rund um *Dresden vereint* und Freie Sachsen mit *Pegida* stattgefunden haben. Dabei fand sowohl eine *Pegida*-Demonstration zum neunten Jahrestag der Proteste mit Björn Höcke statt, als auch der *Neue Montagsprotest* rund um Marcus Fuchs und Max Schreiber mit Andreas Kalbitz als beworbenem Redner. Beide Versammlungen wurden als »gemeinsamer Protestzug« mit der jeweils anderen Kundgebung beworben und flossen später am Dresdner Schlossplatz ineinander über. Diese Kooperation verlief allerdings nicht für alle Teilnehmenden und Organisator:innen der *Neuen Montagsproteste* zufriedenstellend.¹¹ Infolge dessen sollten interne Aussprachen auf Seiten der *Neuen Montagsproteste*

11 Auf dem Blog der sogenannten *Friedensinitiative Dresden* lassen sich Kritik sowohl an *Pegida* als auch an einigen Organisator:innen des Montagsprotestes finden. Zum einen sei der Montagsprotest inmitten von *Pegida* untergegangen, es gibt Äußerungen, dass mit *Pegida* nicht auf Augenhöhe zusammengearbeitet werden kann, und dass das Migrations-thema (für die sonst eher an Corona und dem Ukrainekrieg interessierten Teilnehmenden) zu sehr im Fokus gewesen wäre (vgl. Friedensinitiative Dresden 2023a).

stattfinden, insbesondere mit Blick auf den 18. Dezember 2023, für den wohl schon zu diesem Zeitpunkt eine gemeinsame Kundgebung einiger Beteiligten der *Neuen Montagsproteste* mit *Pegida* geplant wurde.¹² Zum 18. Dezember 2023 teilte u.a. *Pegida* in ihrem Telegram-Kanal »*Pegida – Das Original*« ein Sharepic für den »Dresdner Montagsprotest | Gemeinsam mit Pegida«. Darauf zu sehen sind unter anderem die Logos der Freien Sachsen, *Dresden vereint* und *Team Fuchs* (als Abspaltung von *Querdenken 351*), aber auch von der verschwörungsideologischen Partei dieBasis und der *Friedensinitiative Dresden*. Mit diesem Tag fand also im Gegensatz zu vorher ein von Anfang an gemeinsam organisierter Protest der drei Gruppen und weiterer Organisationen statt. Dabei bestimmte jedoch ebenfalls eher das Protestritual von *Pegida* die Versammlung.

Es gab schon im Vorfeld gleiche Redner auf den verschiedenen Demonstrationen zu Zeitpunkten, als die Proteste noch weitestgehend getrennt stattfanden. Der ehemalige Rechtsanwalt und Stadtrat der Freien Wähler Dresden, Frank Hannig, sprach bei faktisch allen verschiedenen Typen von Demonstrationen – bei *Pegida*, *Querdenken351*, *Dresden vereint* und auch beim aktuellen Konglomerat-Protest an Montagen in Dresden. Auch Sebastian A. sprach sowohl bei *Pegida* als auch beim offenen Mikrofon von *Querdenken351*. Größen und ehemalige Akteure der AfD wie Jörg Urban (sprach bei *Dresden vereint* und *Pegida*) und Andreas Kaibitz (sprach bei *Pegida* und dem *Neuen Montagsprotest*) treten ebenso auf verschiedenen Veranstaltungen auf. Max Schreiber und Marcus Fuchs sprachen gegenseitig auf ihren jeweiligen Veranstaltungen.

8. Schlussfolgerungen, offene Fragen und Ausblick

Die extrem rechte Szenerie in Dresden ist komplex – aber klar zu sagen bleibt: Sie verschmilzt zunehmend. Dieser Beitrag hatte zum Ziel, Aktivitäten und Entwicklungen von *Pegida*, Corona-Protesten und Freien Sachsen im Zeitverlauf zu ordnen sowie personelle Netzwerke und Koope-

12 Die Aussprache der Vernetzungsgruppe zu den Montagsprotesten wurde ebenso auf dem Blog beworben (Friedensinitiative Dresden 2023b). Auch sei der Termin zum 18. Dezember laut Aussagen auf dem Blog der *Friedensinitiative Dresden* bereits festgelegt worden, bevor der 06. November und die Rollen der Beteiligten ausgewertet werden konnten (Friedensinitiative 2023a).

rationen zwischen diesen aufzuzeigen. Das Umfeld von anfänglich wenig organisierten Corona-Protesten, *Querdenken351* und verschiedenen Versionen von *Dresden vereint* ist von Beginn an offen für Personen aus rechten bis rechtsextremen Kreisen gewesen. Es lassen sich von Anfang an Verbindungen zur AfD und im Verlauf immer mehr zu den Freien Sachsen und weiteren einschlägig Rechtsextremen aus Sachsen feststellen. Die Kooperation mit den Freien Sachsen, insbesondere nach der Spaltung innerhalb von *Querdenken351* und *Dresden vereint*, nahm immer weiter zu und findet ihren Gipfel in gegenseitiger Unterstützung für eigene Proteste und letztlich gemeinsam organisierten Demonstrationen rund um den *Neuen Montagsprotest*. Es sei zu beobachten, »dass es der Wunsch von [Marcus] Fuchs und [Max] Schreiber ist, alle Gruppierungen zu verbinden. Eine Spaltung wird mit maximalen Mitteln versucht zu verhindern [...]. Es wird versucht eine gemeinsame Gruppierung zu bilden, die sich unter dem kleinsten gemeinsamen Nenner zusammenschließt« (Befragung 1). Die Bemühungen von Marcus Fuchs und Max Schreiber für eine vernetzte und gemeinsam agierende Bewegung zeigten sich insbesondere am 08. Januar 2024. Auch wenn der Tag außerhalb des abgefragten Untersuchungszeitraums liegt, so zeigt er die aktuellen Tendenzen klar auf: Am »Aktionstag« der »Bauernproteste« organisierten die Freien Sachsen rund um Schreiber mit Marcus Fuchs eine Demonstration in Dresden, die tausende Menschen anzog. Mit dabei waren rechtsextreme Szenegrößen wie Martin Sellner (*Identitäre Bewegung*), Andreas Kalbitz (ehem. AfD) sowie die rechtsextreme Partei III. Weg und viele weitere einschlägige Personen und Organisationen. Mit Blick auf die Dresdner Protestlandschaft wird mehrfach übereinstimmend geschlussfolgert: »Gegenwärtig konzentriert sich die Dresdner Protestszene auf den neuen Montagsprotest. Hier haben alle gegenwärtig relevanten Akteure ihre Heimat gefunden« (Befragung 5).

Eine spannende Position nimmt dabei nach wie vor *Pegida* ein. Die »Patriotischen Europäer« hatten zuvor jahrelang das rechte Protestgeschehen in Dresden dominiert. Die Organisator:innen versuchten zwar, an diese vorherige Rolle anzuknüpfen, scheiterten damit jedoch aus vielfältigen Gründen. Volk (2021a) ging vor zwei Jahren noch davon aus, dass sich *Pegida* unwahrscheinlich organisatorisch den Corona-Protesten anschließt – insbesondere vor dem Hintergrund ihres »individuellen

Geltungsdrang[s]« (Volk 2021a: 247). So zeigte sich *Pegida* auch zu Beginn der Corona-Maßnahmen bis hinein in das Jahr 2023 sehr zurückhaltend mit Bewerbungen der anderen Demonstrationen und offenen Kooperationen. Es ist – im Sinne des »Geltungsdranges« – davon auszugehen, dass *Pegida* eine Zeit lang versucht hat, Spitze der Proteste zu werden: »im Februar 2023 forderte Lutz Bachmann in einer Videobotschaft, dass alle neuen und alten Proteststrukturen künftig unter dem *Pegida*-Label zusammenkommen sollen, was offensichtlich nicht zustande kam« (Befragung 2). Überraschend scheint daher der Zusammenschluss zu gemeinsamen Kundgebungen mit dem *Neuen Montagsprotest*, der als »ein Entgegenkommen und Verlassen der früheren Einzelposition« (Befragung 2) von *Pegida* in Anbetracht des Erstarkens von anderen Akteur:innen und der Vernetzung mit ihnen interpretiert werden kann. An den *Neuen Montagsprotesten* nehmen die drei führenden Köpfe von *Pegida* nicht oder nur selten teil. Dies kann zum einen daran liegen, dass Däbritz und Taufkirch jeweils Proteste an ihren Wohnorten unterstützen. Zu diesen ruft *Pegida* übrigens auf, sofern sie keine eigenen Kundgebungen veranstalten. Zum anderen kann es trotzdem noch als Versuch verstanden werden, die eigene Marke attraktiv zu halten und nicht durch zu viele Kooperationen zu verwässern. Auf der anderen Seite muss die Öffnung hin zu gemeinsamen Protesten sowie die Vernetzung über Akteur:innen wie Jens Lorek als gänzlich neuer Schritt von *Pegida* interpretiert werden.

In dieser Untersuchung wurden Zusammenspiele der Protestszene in Dresden beleuchtet. Dabei ist das rechte bis rechtsextreme Spektrum nicht vollständig abgedeckt – ebenso wenig wie schwer zuordnungsfähige Gruppierungen wie die verschwörungsideologische Partei dieBasis und andere Akteur:innen im Dresdner Protestgeschehen wie die *Friedensinitiative*. Darüber hinaus haben sich in dieser Untersuchung Netzwerke offenbart, die sachsenweit agieren. Während neben Dresden auch Pro Chemnitz (und damit unmittelbar die Freien Sachsen) und *Chemnitz steht auf* kooperiert haben, lässt sich vermutlich ein ähnliches Bild für weitere Städte und ländliche Bereiche Sachsens zeichnen. Eine befragte Person merkte deshalb an: »Insgesamt sollte der Blick nicht ausschließlich auf Dresden bleiben. Alle der Akteure/Gruppen unterstützen sich gegenseitig bei Aktionen in ganz Sachsen« (Befragung 3). In Pirna spielten etwa zu Beginn der ›Spaziergänge‹ Madeleine Feige und Bernhard Wedlich

(*Heidenauer Wellenlänge*¹³) eine entscheidende Rolle (vgl. Sächsische Zeitung 2021), in Döbeln Stefan Trautmann (NPD-Stadtrat, Freie Sachsen), in Strehla Peter Schreiber (NPD, Freie Sachsen), Max Schreiber in Heidenau (NPD, Freie Sachsen) und auch in Freiberg waren die Freien Sachsen in die Proteste involviert (vgl. Zschocke/Mullis 2022). *Pegida*-Zittau Organisator Thomas Walde ist Teil der Organisation der Zittauer ›Montagsproteste‹, Däbritz (Meißner Umland) und Taufkirch (Radeberg) sind in ihren jeweiligen Wohnumgebungen eingebunden. Ähnliche Bilder lassen sich für fast ganz Sachsen zeichnen: Es zeigen sich wiederholt gemeinsame Auftritte und Kooperationen bei der Organisation von (teils ehemaligen) Corona-Protest-Gruppierungen und rechtsextremen Kräften.

Von einer Unterwanderung von Rechts kann dabei inzwischen nicht mehr ausgegangen werden – rechte bis rechtsextreme Gruppierungen sind in vielen Bereichen von Anfang an dabei gewesen und wirkten letztlich auch als Organisator:innen und Kooperationspartner:innen von Corona-Protesten. Außerdem: Die Szene ist mindestens sachsenweit, aber auch darüber hinaus, stark vernetzt. Vielleicht stärker als jemals zuvor, nachdem nun der *Neue Montagsprotest* neben *Dresden vereint* und Freie Sachsen auch mit *Pegida* kooperiert. In diesem Zusammenhang wird es spannend bleiben, wie sich AfD und Freie Sachsen mit Blick auf kommende Wahlen zueinander verhalten. Auch ist offen, wie sich *Pegida* zukünftig verhält und was dies für ein Spaltungspotential in der rechten bis rechtsextremen Szene hervorrufen kann.

Der Wille, insbesondere der Freien Sachsen, große Netzwerke aufzubauen und Hürden zu überwinden, um eine möglichst großflächige und personell starke (extreme) Rechte aufzubauen, ist dabei nicht von der Hand zu weisen. Und bisher erweist sich dieses Unterfangen auch als sehr ›fruchtbar‹ für die Szene und Protestlandschaft in Sachsen – zum Nachteil der Demokratie und aller Menschen und Institutionen, die von Rechtsextremen bedroht sind.

Literatur

- Belltower News (2020): Gegenprotest verkürzte Naziroute. Online verfügbar: <https://www.belltower.news/neonaziaufmarsch-in-dresden-gegenprotest-verkuerzt-naziroute-95935/> [Zugriff: 07.01.2024].
- Brieger, Stefan / Herold, Maik / Otteni, Cyrill / Panreck, Isabelle-Christine (2022): Auf Abstand zur Demokratie? Coronakritische Einstellungen und ihre Mobilisierung in Sachsen. In: *Totalitarianism and Democracy* 19 (2), S. 305-326.
- CeMAS (2023): Telegram: Chronologie einer Radikalisierung. Wie Telegram zur wichtigsten Plattform für Verschwörungsideologien und Rechtsextremismus wurde. Online verfügbar: <https://repost.cemas.io/telegram> [Zugriff: 05.01.2024].
- Chou, Mark / Moffitt, Benjamin / Busbridge, Rachel (2021): The Localist Turn in Populism Studies. In: *Swiss Political Science Review* 28 (1), S. 129-141.
- Dresden vereint – das Original (2023): Telegram-Kanal. Online verfügbar: https://t.me/Dresden_vereint_dasOriginal [Zugriff: 07.01.2024].
- Freie Sachsen (2024a): Startseite. Online verfügbar: <https://freie-sachsen.info> [Zugriff: 05.01.2024].
- Freie Sachsen (2024b): Grundsatzprogramm. Online verfügbar: <https://freie-sachsen.info/wofuer-wir-stehen/> [Zugriff: 05.01.2024].
- Friedensinitiative Dresden (2023a): Dresdner Montagsprotest 6. Nov. – Diskussion danach. Online verfügbar: <https://www.friedendresden.de/dresdner-montagsprotest-6-nov-diskussion-danach/> [Zugriff: 07.01.2024].
- Friedensinitiative Dresden (2023b): 12.11. Montagsdemos – Analyse – Synthese. Online verfügbar: <https://www.friedendresden.de/12-11-montagsdemos-analyse-synthese/> [Zugriff: 07.01.2024].
- Fröhlich, Paulina / Ranft, Florian / Vollmann, Erik (2023): *Mir reicht's Bürger. Analyse der Montagsdemonstrationen in Chemnitz und Gera im Winter 2022/23*, Berlin: Das Progressive Zentrum / Bertelsmann Stiftung.
- Goertz, Stefan (2022): *»Querdenker«. Ein Überblick*, Wiesbaden: Springer.
- Holzer, Boris / Koos, Sebastian / Meyer, Christian / Otto, Isabell / Panreck, Isabelle-Christine / Reichardt, Sven (2021): Einleitung: Protest in der Pandemie. In: Reichardt, Sven (Hg.): *Die Misstrauensgemeinschaft der »Querdenker«: Die Corona-Protteste aus kultur- und sozialwissenschaftlicher Perspektivem*, Frankfurt a. M.: Campus, S. 7-26.
- Kaiser, Benedikt (2017): *Mosaik-Rechte und Jugendbewegung*. In: *Sezession*. Online verfügbar: <https://sezession.de/57218/mosaik-rechte-und-jugendbewegung> [Zugriff: 12.01.2024].

- Kiess, Johannes (2023): Extrem rechte Parteien in Sachsen. Arbeitsteilige Mobilisierung und Fragmentierung. In: Decker, Oliver / Kalkstein, Fiona / Kiess, Johannes (Hg.): Demokratie in Sachsen. Jahrbuch des Else-Frenkel-Brunswick-Instituts für 2022, Leipzig: Edition Überland, S. 79-96.
- Kiess, Johannes / Wetzel, Gideon (2023): Die extrem rechte und verschwörungsideologische Telegram-Szene in Sachsen. Angebot und Nachfrage einer lokal eingebetteten Bewegung. In: Medien und Kommunikationswissenschaft 71 (3-4), S. 309-338.
- Koos, Sebastian (2021): Konturen einer heterogenen »Misstrauensgemeinschaft«: Die soziale Zusammensetzung der Corona-Protteste und die Motive ihrer Teilnehmer:innen. In: Reichardt, Sven (Hg.): Die Misstrauensgemeinschaft der »Querdenker«: Die Corona-Protteste aus kultur- und sozialwissenschaftlicher Perspektive, Frankfurt a. M.: Campus, S. 67-90.
- Nachtwey, Oliver / Schäfer, Robert / Frei, Nadine (2020): Politische Soziologie der Corona-Protteste, Basel: Universität Basel.
- Panreck, Isabelle-Christine (2021): Corona-Protteste in Sachsen. In: Kailitz, Steffen (Hg.): Rechsextremismus und Rechtspopulismus in Sachsen, Dresden: Sächsische Landeszentrale für Politische Bildung, S. 109-118.
- Plümper, Thomas / Neumayer, Eric / Pfaff, Katharina (2021): The strategy of protest against Covid-19 containment policies in Germany. In: Social Science Quarterly 102 (5), S. 2236-2250.
- Reuband, Karl-Heinz (2022): Rechtspopulismus, Fremdenfeindlichkeit und *Pegida*. In: Brinkmann, Heinz Ulrich / Reuband, Karl-Heinz (Hg.): Rechtspopulismus in Deutschland. Wahlverhalten in Zeiten politischer Polarisierung, Wiesbaden: Springer, S. 257-298.
- Sächsische Zeitung (2016): Ein Rechtsanwalt auf Abwegen. Online verfügbar: <https://www.saechsische.de/ein-rechtsanwalt-auf-abwegen-3483540.html> [Zugriff: 09.01.2024].
- Sächsische Zeitung (2021): Pirna und die herrenlosen Corona-Demos. Online verfügbar: <https://www.saechsische.de/coronavirus/pirna-war-die-kuscheltieraktion-eine-unerlaubte-versammlung-fuer-domokos-5570151-plus.html> [Zugriff: 10.01.2024].
- Sächsische Zeitung (2022): Corona-Gespräch: Verhärtete Fronten am Runden Tisch. <https://www.saechsische.de/coronavirus/querdenken-verhaertete-fronten-am-runden-tisch-5596918.html-5596918.html>. [Zugriff: 10.01.2024].

- Sächsische Zeitung (2023a): NPD und Freie Sachsen: Die neue Rechtsaußen-Strategie. Online verfügbar: <https://www.saechsische.de/sachsen/sachsen-rechtsextreme-freie-sachsen-wahlen-npd-heimat-afd-5919391-plus.html> [Zugriff: 05.01.2024].
- Sächsische Zeitung (2023b): Döbelner Aktivist der Freien Sachsen wegen Nötigung verurteilt. Online verfügbar: <https://www.saechsische.de/doebeln/gericht-doebelner-aktivist-der-freien-sachsen-wegen-noetigung-verurteilt-5939321-plus.html> [Zugriff: 09.01.2024].
- Querdenken351 (2020): Post auf X. Online verfügbar: <https://x.com/Querdenken351/status/1304516745416323074> [Zugriff: 05.01.2024].
- Vieten, Ulrike (2020): The »new normal« and »pandemic populism«. The COVID-19 crisis and anti-hygienic mobilisation of the far-right. In: *Social Sciences* 9 (9), 165.
- Volk, Sabine (2021a): Die rechtspopulistische *Pegida* in der COVID-19-Pandemie. Virtueller Protest »für unsere Bürgerrechte«. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 34 (2), S. 235-248.
- Volk, Sabine (2021b): Political Performances of Control During COVID-19. Controlling and Contesting Democracy in Germany. In: *Frontiers in Political Science. Comparative Governance*, (3).
- Vorländer, Hans / Herold, Maik / Schäller, Steven (2015): Wer geht zu *Pegida* und warum? Eine empirische Untersuchung von *Pegida*-Demonstranten in Dresden, Dresden: Schriften zur Verfassungs- und Demokratieforschung.
- Weisskircher, Manès / Berntzen, Lars Erik (2018): Remaining on the Streets. Anti-Islamic *Pegida* Mobilization and its Relationship to Far-right Party Politics. In: Caiani, Manuela / Císař, Ondřej (Hg.): *Radical Right »Movement Parties« in Europe*, London / New York, NY: Routledge, S. 114–130.
- Weisskircher, Manès (2024): Introduction: German Exceptionalism During the Fourth Wave of Far-right Politics. In: Weisskircher, Manès (Hg.): *Contemporary Germany and the Fourth Wave of Far-right Politics. From the Streets to Parliament*, New York, NY: Routledge, S. 1-18.
- Zehring, Maximilian / Domahidi, Emese (2023): German Corona Protest Mobilizers on Telegram and Their Relations to the Far Right. A Network and Topic Analysis. In: *Social Media + Society* (9) 1, 1-12.
- Zschocke, Paul / Mullis, Daniel (2022): Rechte Raumnahme und performative Politik in Freiberg. Zum ›Spaziergang‹ mit den Freien Sachsen gegen die Coronapolitik. In: *dérive. Zeitschrift für Stadtforschung*, S. 42-48.

Bautzner Verhältnisse

Eine Untersuchung rechter Hegemonie am Beispiel einer sächsischen Kleinstadt

1. Einleitung

»Nazikiez« steht in schwarzen Buchstaben an Hauswänden in der Stadt der Türme. An Laternenpfählen kleben Sticker mit der Aufschrift: »Unsere Stadt, unsere Regeln!«. Rechtsextreme betrachten Bautzen als ihr Territorium und scheuen nicht davor zurück, ihren Gebietsanspruch auch mit Gewalt durchzusetzen (vgl. Bernstein 2022). »Es gibt hier unter der Brücke ein Gebiet, an dem die Nazis abends herumstehen. Wenn dort ein Flüchtling vorbeikommt, wird er verprügelt [...]« erzählt ein Geflüchteter in einem Interview (zit. nach: Kurtenbach 2018: 216). Und auch alle anderen Personengruppen, die nicht ins rechtsextreme Weltbild passen, sind regelmäßig Bedrohungssituationen ausgesetzt: »[...] wenn ich mich so alleine durch die Stadt bewege, dann immer mit einem Kopfhörer draußen und immer mit einer Glasflasche oder irgendwas in der Hand, dass ich mich im Notfall wehren kann«, berichtet eine Linksaktivistin (ebd.: 198). Allein im Jahr 2022 registrierte der Verfassungsschutz im Landkreis Bautzen 139 rechtsextreme Straftaten (vgl. Sächsisches Staatsministerium des Innern 2023: 107), wobei anzunehmen ist, dass die Dunkelziffer weitaus höher liegt. Es verwundert daher kaum, dass in Bezug auf Bautzen in der Vergangenheit mehrfach von einer rechten Hegemonie gesprochen wurde (vgl. Perthus/Belina 2017: 257, Kurtenbach 2018: 242, Meisner 2020).

Die folgende Arbeit wird die Ausprägungen und Ursachen dieser Hegemonie genauer in den Blick nehmen und die Ermöglichungs-

strukturen für die immense Stärke des Rechtsextremismus in Bautzen analysieren. Dazu werden sowohl die Strategien rechtsextremer Akteur:innen als auch ihr gesellschaftlicher Kontext betrachtet. Ziel des Beitrags ist es dabei nicht, die Stärke des Rechtsextremismus im Kreis Bautzen abschließend zu beurteilen. Stattdessen soll der Fokus auf Dynamiken liegen, welche für den Rechtsextremismus in der Region förderlich sind. Dabei sollen mögliche regionale Besonderheiten herausgearbeitet werden. In Bezug auf den Kreis Bautzen gibt es bislang keine spezifische wissenschaftliche Literatur, die sich mit der Fragestellung auseinandersetzt, warum und wie der Rechtsextremismus in dieser Region eine Hegemonie aufbauen konnte. Vorliegende Forschungen zur Stadt Bautzen konzentrierten sich auf andere Aspekte, wie die Ausgrenzung von Geflüchteten (vgl. Kurtenbach 2018) und die Rolle der Polizei in bestimmten Konflikten (vgl. Perthus/Belina 2017). Allerdings existiert eine Studie von Quent und Schulz (2015) zu »Rechtsextremismus in lokalen Kontexten«, welche sich mit Fallbeispielen aus Thüringen befasst, die mit den Konstellationen in Bautzen vergleichbar sind. Diese Studie kann für den vorliegenden Beitrag daher als konzeptionelle Orientierung dienen. Ziel ist es neueste Entwicklungen des lokal kontextualisierten Rechtsextremismus zu erfassen, insbesondere vor dem Hintergrund neuerer Entwicklungen im rechtsextremen Spektrum und der spezifischen Gegebenheiten in Bautzen. Hier zeigt sich jedoch auch exemplarisch die zunehmende Macht, welche rechtsextreme Akteur:innen insbesondere auf lokaler Ebene auf die Gesellschaft ausüben. Die Untersuchung der rechtsextremen Hegemonie in Bautzen und ihrer lokalpolitischen Besonderheiten ist deshalb von enormer gesellschaftlicher Relevanz.

Berücksichtigt werden Entwicklungen ab 2016 bis Ende 2023, indem öffentlich zugängliche Daten in Form von wissenschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Publikationen, Zeitungsberichten und Social Media Posts zum Auftreten von und Umgang mit Rechtsextremismus im Kreis Bautzen analysiert wurden. 2016 wird hier als Zäsur gesetzt, da in diesem Jahr rechtsextreme, asylfeindliche Ausschreitungen in Hetzjagden auf Geflüchtete gipfelten und die Reaktionen darauf, wie im Folgenden mehrfach zu zeigen ist, den Aufbau und die Verfestigung rechter Hegemonien in der Region in besonderem Maße beförderten. Wichtig ist an dieser Stelle anzumerken, dass Rechtsextremismus im

Kreis Bautzen keineswegs ein neues Phänomen ist. Allerdings erreichte rechtsextreme Gewalt hier im Jahr 2016 einen Höhepunkt; der RAA Sachsen verzeichnete in diesem Jahr 51 rechtsextreme Gewalttaten (vgl. RAA Sachsen o.J.). Besondere mediale Aufmerksamkeit erhielten in diesem Jahr die Brandanschläge auf die zwei geplanten Asylunterkünfte *Husarenhof* und *Spreehotel* sowie die Hetzjagd auf Geflüchtete im September 2016. Auch in Bezug auf die Wahlergebnisse lässt sich eine Veränderung zu Gunsten des Rechtsextremismus beobachten. 2015 fand in der Stadt Bautzen die Oberbürgermeisterwahl statt, bei welcher sich Alexander Ahrens durchsetzte, der von einem linken Bündnis unterstützt wurde. Der AfD Kandidat Jörg Urban erreichte bei dieser Wahl lediglich 9 Prozent (vgl. Stadt Bautzen 2015). Die nächste Wahl in Bautzen war die Bundestagswahl im Jahr 2017, bei welcher die AfD mit 33,2 Prozent im Wahlkreis Bautzen I stärkste Partei wurde (vgl. Die Bundeswahlleiterin 2017). Aufgrund dieser Ereignisse und Veränderungen wird dem Jahr 2016 besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Der Beitrag berücksichtigt jedoch auch explizit aktuelle Ereignisse wie die Corona-Proteste, um den fortlaufenden Wandel rechtsextremer Dynamiken und deren Einfluss auf die gesellschaftliche Hegemonie zu erfassen. Bei den Corona-Protesten zeigte die rechte Szene erhebliches Mobilisierungspotenzial, indem sie neue Themen besetzte und Anhänger:innen aus sozialen Gruppen rekrutierte, in denen sie zuvor weniger erfolgreich war.

In Kapitel 2 werden zunächst die Begriffe Rechtsextremismus und Hegemonie näher bestimmt, wobei der Hegemoniebegriff dem Begriff der Geländegewinne gegenübergestellt wird. Hegemonie soll dabei weniger als statischer Zustand und nicht als alleiniges Ergebnis der Strategien rechtsextremer Akteur:innen betrachtet werden, sondern eher als dynamisches und umkämpftes Kräfteverhältnis zwischen verschiedenen Instanzen. Im Fokus steht daher das Wechselspiel zwischen rechtsextremen Akteur:innen, staatlichen Institutionen, Medien und der Zivilgesellschaft. Kapitel 3 befasst sich mit rechtsextremen Aktivitäten im Kreis Bautzen. Unterschieden wird dabei zwischen dem formellen Rechtsextremismus, dem informellen Rechtsextremismus und rechtsextremer Jugend- und Subkultur. In Kapitel 4 wird der Umgang von Politik, Zivilgesellschaft, Polizei und Medien mit dem Problem des Rechtsextremismus betrachtet.

2. Begriffsdefinitionen und Theorien

2.1 Rechtsextremismus

Bevor das Phänomen des Rechtsextremismus in Bautzen betrachtet wird, soll der Begriff zunächst definiert werden. Dieser Beitrag arbeitet mit dem Rechtsextremismusverständnis nach Heitmeyer. Demzufolge kennzeichnet den Rechtsextremismus die Ideologie der Ungleichwertigkeit von Menschen und Gruppen in Verbindung mit Gewaltakzeptanz und Gewaltanwendung zur Regelung gesellschaftlicher Konflikte (vgl. Heitmeyer 2014: 131). Diese Ideologie basiert oftmals auf rassistischen, nationalistischen und antisemitischen Vorstellungen, muss aber nicht zwingend auf den historischen Nationalsozialismus Bezug nehmen, um als Rechtsextremismus klassifiziert zu werden. Der Rechtsextremismus lässt sich demnach in fünf Phänomenbereiche einteilen: Rechtsterrorismus, Bewegungsförmiger Rechtsextremismus, Parteiförmiger Rechtsextremismus, Rechtspopulismus und die Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) (vgl. Borstel/Luzar 2016: 40). Die Einteilung verdeutlicht, dass die ideologischen Grundlagen von der Gewaltanwendung und der aktiven politischen Organisation unabhängig sind und bereits in verbreiteten Einstellungen in der ›Mitte‹ der Gesellschaft verortet werden können. Die verschiedenen Phänomene unterscheiden sich lediglich durch ihr Verhältnis zu Demokratie und Gewalt. Gemeinsam haben jedoch alle die Ideologie der Ungleichwertigkeit (vgl. ebd.: 41).

Diese Definition und Einteilung erlaubt es, die Komplexität des Rechtsextremismus in seinen verschiedenen Facetten zu erfassen und auch ›weichere‹ und verstecktere Formen des Rechtsextremismus in den Blick zu nehmen. Um praxisorientiert arbeiten zu können, bietet sich bei der Untersuchung rechtsextremer Angebotsstrukturen die Kategorisierung an, die Quent und Schulz (2015: 26) in ihren Fallanalysen verwendet haben. Diese berücksichtigt Unterschiede innerhalb der Phänomenbereiche und die strategische Ausrichtung der verschiedenen Zusammenhänge. Sie unterscheiden zwischen formell organisiertem Rechtsextremismus, informell organisiertem Rechtsextremismus und Akteur:innen rechtsextremer Jugend- und Subkultur. Formell organisierter Rechtsex-

tremismus ist durch Satzungsstrukturen und Mitgliedschaften gekennzeichnet, wie sie in Parteien, Burschenschaften oder vereinsförmigen Bürgerinitiativen zu finden sind. Der informell organisierte Rechtsextremismus besitzt keine förmlichen Strukturen. Hintergrund ist dabei auch die Angst vor staatlicher Verfolgung. Ein Beispiel hierfür sind Kameradschaften oder die Autonomen Nationalisten. Zu rechtsextremer Jugend- und Subkultur zählen beispielsweise Musik und Szenebekleidung (vgl. ebd.).

2.2 Geländegewinne als Indikatoren für Hegemonie

Immer wieder wird in Bezug auf Bautzen von einer rechten Hegemonie gesprochen (vgl. Perthus/Belina 2017: 257, Kurtenbach 2018: 242, Meisner 2020). Doch was bedeutet das konkret? Wie viel Macht haben Rechtsextreme in der Region wirklich? Zur Beantwortung dieser Fragen muss sich zunächst näher mit dem Begriff der Hegemonie befasst werden.

Dieser wurde vom italienischen Theoretiker Antonio Gramsci (1929ff.) geprägt. Um Hegemonie zu erlangen, genügt es laut Gramsci nicht die staatlichen Gewaltapparate zu kontrollieren. Hegemonie erfordert auch eine Akzeptanz der politischen Dominanz politischer Gruppen durch und einen Einfluss spezifischer Ideologien auf die Zivilgesellschaft, welche Gramsci als Teil des integralen Staates betrachtet. Der integrale Staat umfasst daher nicht nur den politischen Staat, sondern auch die Zivilgesellschaft. Diese betrachtet Gramsci als den Bereich der Gesellschaft, der nicht unmittelbar mit der staatlichen Macht verbunden ist. Hierzu gehören Institutionen wie Schulen, Medien, Gewerkschaften, Kirchen und andere soziale Organisationen. Gramsci argumentierte, dass die Herrschenden ihre Hegemonie nicht nur durch Repression, sondern auch durch kulturelle und ideologische Mittel in der Zivilgesellschaft aufrechterhalten (vgl. Gramsci 1929ff.: H. 13, § 14, 1554). Er betonte die Bedeutung der kulturellen Hegemonie, um die Zustimmung der Bevölkerung zu sichern. Die herrschende Klasse oder soziale Gruppe gewinnt die Zustimmung und Unterstützung der Gesellschaft, indem sie ihre kulturellen Normen, Werte und Ideen als die ›normale‹ oder ›richtige‹ Sichtweise etabliert. Besteht eine Hegemonie, muss offener

Zwang nur im Ausnahmefall angewendet werden, da sich die meisten Menschen von selbst normkonform verhalten (vgl. Cox 1983: 164). Die Ideologien und Institutionen erscheinen dabei als universell gültig und nicht als Ausdruck der Interessen einer spezifischen Gruppe (vgl. ebd.: 168). Um sich erfolgreich durchzusetzen, werden Bündnisse mit anderen Gruppen geschlossen, welche ähnliche Interessen vertreten (vgl. Becker et al. 2013: 20). Zur Überwindung der vorhandenen Hegemonie benötigt es laut Gramsci eine Gegenhegemonie, welche Strukturen schafft, die stark genug sind, um die alten zu ersetzen (vgl. Cox 1983: 167). Gramscis Hegemonieverständnis lässt sich nicht nur auf Klassenverhältnisse im engeren Sinne, sondern auch auf das Ringen vielfältiger sozialer Gruppen um Hegemonie in Bezug auf Rechtsextremismus anwenden. Trotz offensichtlicher ideologischer Differenzen nehmen neurechte Strategiedebatten seit den 1970er Jahren auf Gramsci Bezug, beispielsweise wenn die Hauptfigur der *Identitären Bewegung*, Martin Sellner, die Bedeutung von »Metapolitik« betont (Sellner 2023: 49).

Doch wie lässt sich der Hegemoniebegriff nun auf die Situation des Rechtsextremismus in Bautzen übertragen? Da es sich bei Hegemonie eher um einen dynamischen Prozess als um ein statisches Gebilde handelt, ist sie nur schwer abschließend zu fassen. Es gibt verschiedene Wege, auf denen sich eine Hegemonie äußern kann. Sie kann in verschiedenen Sphären des gesellschaftlichen Lebens anders ausgeprägt und teilweise umkämpft sein. Hegemonie ist deshalb keine Einbahnstraße – sie entsteht aus der Wechselwirkung verschiedener Akteur:innen. In der Rechtsextremismusforschung wird das Konzept der Geländegewinne verwendet, um die relativen Erfolge des Rechtsextremismus in einer Region besser fassen zu können. Borstel und Luzar (2016: 39) definieren Geländegewinne folgendermaßen:

»Für die Bewertung von Erfolgen und Misserfolgen ist immer die Interaktion zwischen demokratischen und rechtsextremen Akteuren entscheidend. Schwindet der Einfluss der Demokraten unter dem Druck rechtsextremer Akteure in einem konkreten Kontext, soll von rechtsextremen Geländegewinnen gesprochen werden.«

Im Gegensatz zum die Dominanzansprüche und Strategien rechtsextremer Akteur:innen in den Vordergrund rückenden Begriff des Gelände-

gewinns, ist das Konzept der Hegemonie breiter angelegt und bezieht sich auf weitere Faktoren der Vorherrschaft einer Gruppe in einer Gesellschaft, sowohl in politischer als auch in kultureller Hinsicht. Es betrachtet die weitreichenden Auswirkungen dieser Vorherrschaft auf die Normen, Werte und Ideologien in der Gesellschaft. Während Geländegewinne die Handlungen und Fortschritte der rechtsextremen Akteur:innen betonen, behandelt die Hegemonie den breiteren Einfluss des Verhältnisses weiterer Akteur:innen und Instanzen auf die Dominanz dieser Gruppen und nimmt vielschichtige Aspekte des gesellschaftlichen Lebens in den Blick. Geländegewinne können jedoch ein Hinweis auf den Aufbau von Hegemonie sein und sollen deshalb zur Konzeptualisierung herangezogen werden. In der Rechtsextremismusforschung wird sich zur Erfassung rechtsextremer Geländegewinne häufig auf das Schema von Heitmeyer (1999) bezogen. Er unterteilt rechtsextreme Geländegewinne in vier Kategorien: Provokationsgewinne, Räumungsgewinne, Raumgewinne und Normalitätsgewinne, wobei letztere den größten relativen Erfolg darstellen.

Im Folgenden werden Geländegewinne als Indikatoren für den Aufbau einer rechtsextremen Hegemonie interpretiert, insbesondere wenn es zu Normalisierungsgewinnen kommt. Dazu werden zunächst rechtsextreme Aktivitäten in der Region Bautzen und die Angebotsstrukturen der extremen Rechten beleuchtet. Um dem Hegemoniebegriff gerecht zu werden, werden anschließend die Wechselwirkungen innerhalb der politischen Gesellschaft und Zivilgesellschaft betrachtet. Heitmeyer (2014: 134) betont, dass im Zusammenhang mit rechtsextremen Aktivitäten deren Zusammenspiel mit anderen Akteur:innen bedeutsam ist, welche in Kapitel 4 betrachtet werden.

3. Rechtsextremismus im Kreis Bautzen

3.1 Formell organisierter Rechtsextremismus

Im Folgenden sollen Geländegewinne des formell organisierten Rechtsextremismus betrachtet werden, um die Frage zu klären, inwiefern diese zum Aufbau einer rechtsextremen Hegemonie im Kreis Bautzen beitragen. Provokationsgewinne konnte die AfD im Kreis Bautzen mithilfe eines

aktiven Wahlkampfes sowohl vor regionalen als auch überregionalen Wahlen erzielen. Sie veranstaltete zahlreiche Wahlkampfveranstaltungen im Kreis Bautzen. Außerdem waren die Plakate der AfD nach eigener Beobachtung so präsent wie die keiner anderen Partei. Dadurch konnte sie Aufmerksamkeit auf sich ziehen und die eigenen Botschaften und Standpunkte verbreiten. Die Plakate der AfD wurden im Kreis Bautzen, im Gegensatz zu größeren sächsischen Städten wie Dresden oder Leipzig, oft auf normaler Höhe angebracht, was dafürspricht, dass Plakate dieser Partei in der Region selten durch Gegeninitiativen beschädigt werden. Diese Erfolge spiegeln sich auch in den Wahlergebnissen wider. Bei der Bundestagswahl 2021 wurde die Partei im Wahlkreis Bautzen I stärkste Kraft und lag deutlich über dem sächsischen Durchschnitt. Auch bei der Kreistagswahl 2019 wurde die AfD im Kreis Bautzen stärkste Kraft und erzielte sachsenweit das beste Wahlergebnis. Bei der Stadtratswahl 2019 lag sie knapp hinter der CDU und zog mit sieben Sitzen in den Stadtrat ein. Diese Wahlerfolge können als Raumgewinne gedeutet werden, da die AfD parlamentarische Posten besetzt und dadurch andere Parteien Einfluss verlieren. Progressive Stimmen sind im Bautzner Stadtrat hingegen eindeutig in der Minderheit, während die Mehrheit konservative, rechtskonservative bis rechtsextreme Positionen vertritt. Von den 30 Sitzen entfallen auf die CDU acht, die AfD sieben und auf das Bürger-Bündnis Bautzen (BBB) sechs (vgl. Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen 2019). Das BBB besteht laut eigenen Angaben aus »unabhängige[n] Bürgern ohne Parteizugehörigkeit« und »Hauptmotiv im Handeln ist die Liebe zur Stadt Bautzen [...]« (Bürgerbündnis Bautzen 2019). Die Personenzusammensetzung weist jedoch in eine bestimmte Richtung. 2019 kandidierte u.a. der Bauunternehmer Jörg Drews, welchem Nähe zur Reichsbürgerbewegung zugesagt wird, für das Bündnis. Annalena Schmidt, eine ehemalige Stadträtin der Bautzner Grünen, bezeichnete das BBB als typische Querfront (vgl. Bartsch 2021).

Die parlamentarischen Posten stellen für den Rechtsextremismus auch eine Möglichkeit für Normalisierungsgewinne dar. Die Verbreitung rechtsextremer Positionen im Parlament führt dazu, dass diese normalisiert werden und Legitimität erhalten. Außerdem werden die Positionen teilweise auch von Politiker:innen anderer Parteien übernommen. Das zeigt sich deutlich an der Bautzner CDU und dem BBB. Der CDU-Kreisvor-

sitzende Udo Witschas stand in der Kritik, da er sich mit Marco Wruck von der NPD im freundschaftlichen Austausch befand und diesem interne Informationen aus dem Landratsamt zukommen ließ (vgl. Rietzschel 2017). Außerdem fiel er aufgrund fragwürdiger Äußerungen in Bezug auf Geflüchtete auf: »Ich will auch nicht den Weg verfolgen, Menschen, die zu uns kommen, die unsere Kultur nicht kennen, die unsere Regularien nicht kennen, jetzt hier in frei stehenden Wohnungen unterzubringen und dafür die Gefährdung des sozialen Friedens in Kauf zu nehmen« (zit. nach: MDR Sachsen 2022). Ähnliche Positionen scheint das BBB zu vertreten, welches sich, nachdem Witschas öffentlich kritisiert wurde, mit ihm solidarisierte: »Udo Witschas spricht im Sinne der Bürger« (zit. nach: Ostsachsen.TV 2022).

3.2 Informell organisierter Rechtsextremismus

Auch der informell organisierte Rechtsextremismus hat im Kreis Bautzen enorme Geländegewinne verzeichnet. Besonders sticht dabei die Gruppe *Balaclava Graphics*, ehemals *Stream BZ*, hervor (vgl. Sächsisches Staatsministerium des Innern 2023: 65). Diese kann in das Spektrum der Autonomen Nationalisten eingeordnet werden – trotz des positiven Bezugs auf den historischen Nationalsozialismus bemüht sie sich um ein modernes Auftreten und orientiert sich dabei an Taktiken und Ästhetiken der linken Autonomen Bewegung (vgl. Schedler 2011: 68-69). Provokationsgewinne erlangt sie mithilfe ihres Social Media Auftritts und der Markierung des öffentlichen Raums durch Sticker, Flyer und Graffiti. Das selbsternannte »Medienkollektiv« betreibt unter anderem einen Telegram-Kanal mit rund 6.500 Follower (Stand November 2023) und hat rund 5.500 Follower auf Instagram. Ihre Reichweite nutzen sie zur Verbreitung rechtsextremer Inhalte. So nehmen sie Einfluss auf die kulturelle Hegemonie und können Provokationsgewinne erlangen. Außerdem nutzen sie die Plattformen, um ihre selbst designte Kleidung, Sticker und Flyer zu vertreiben (vgl. Bernstein 2022). Der Vertrieb hat dabei neben den finanziellen Einnahmen noch weitere positive Effekte für die Gruppe. Denn Kleidung wirkt identitätsstiftend – sie stärkt das Gemeinschaftsgefühl, mobilisiert neue Personen und bindet sie stärker

an die Szene (vgl. Raciniewska 2018: 80ff.). Der Zugang zu Szenekleidung ist im Kreis Bautzen recht einfach. Neben der Marke *The White Race* von *Balaclava Graphics* wird in der Region auch Kleidung des rechten Labels *Isegrim* vertrieben und im *Nordland-Laden* in Wilthen gibt es u.a. *Thor Steinar* zu kaufen (vgl. Bernstein 2022, Hollenbach 2017, Ayyadi 2021). Auch Sticker sind wichtig für die Festigung der Szene, denn sie stellen eine niedrigschwellige Möglichkeit dar, aktiv zu werden, ohne großes Risiko einzugehen oder viel Aufwand betreiben zu müssen. Auf den Kanälen von *Balaclava Graphics* finden sich Bilder von Jugendlichen, welche Flyer und Sticker der Gruppe in der Stadt verkleben (vgl. Bernstein 2022). Die Personen erhalten dafür Anerkennung aus der Szene. Es ist zu erwarten, dass dies insbesondere bei jungen Menschen mit einem größeren Bedürfnis nach Anerkennung starke Auswirkungen hat und diese stärker an die Szene bindet. Außerdem wirken Sticker und Kleidung auch nach außen, indem sie den öffentlichen Raum markieren. Sticker mit dem Aufdruck »Nazikiez« senden ein eindeutiges Signal an den politischen Gegner und Betroffene rechtsextremer Gewalt – Rechtsextreme machen darüber ihre Hegemonieansprüche deutlich. Die Markierung des öffentlichen Raumes stellt daher ein wichtiges Instrument für Rechtsextreme zur Erlangung von Geländegewinnen dar (vgl. Quent/Schulz 2015: 28).

Ihr Erfolg hängt dabei auch davon ab, ob und wie diese Markierungen wahrgenommen werden. Es ist davon auszugehen, dass einige Teile der Bevölkerung rechtsextreme Graffiti oder Sticker lediglich als »Schmierereien« einordnen (Weimer 2023). Werden die Botschaften jedoch bewusst wahrgenommen, können sie Provokationsgewinne darstellen. Für potenzielle Opfergruppen könnten sie außerdem zu einem Bedrohungsgefühl beitragen, da sie als Beleg für die Aktionsfähigkeit der Rechtsextremen dienen (vgl. Quent/Schulz 2015: 196) und auch inhaltlich oft mit Gewaltandrohungen verbunden sind. Wenn Personen infolge der Einschüchterung bestimmte Orte meiden, können die Markierungen zu Räumungsgewinnen des Rechtsextremismus beitragen. Außerdem spielen Gewalterfahrungen eine Rolle, welche die Personen in der Stadt bereits gesammelt haben. Die Markierungen können an konkrete Gewalterfahrungen erinnern und tragen damit zu einem permanenten Bedrohungsgefühl bei. Die Taktik der Einschüchterung des politischen Gegners zur Erlangung von Räumungsgewinnen lässt sich auch an anderen

Beispielen zeigen. Personen von *Balaclava Graphics* begleiten nicht nur die eigenen Veranstaltungen fotografisch. Auch auf Gegenveranstaltungen sind sie präsent, filmen und fotografieren linke Demonstrationsteilnehmende und stellen die Fotos ins Netz (vgl. Bernstein 2022). Diesen wird dadurch das Gefühl vermittelt, unter permanenter Beobachtung zu stehen, was dazu führen kann, dass sich die betroffenen Personen im Alltag in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt fühlen, aus Angst, in der Stadt durch Rechtsextreme erkannt und bedroht zu werden. Dazu tragen auch die kleinstädtischen Strukturen in Bautzen bei, durch welche schnell das Gefühl entsteht, dass jede jeden kennt und man leicht erkannt wird. Personen, welche noch nicht ›stadtbekannt‹ sind, werden möglicherweise davon abgehalten, an Gegenprotesten teilzunehmen, weil sie nicht mit ihrem Gesicht auf den Plattformen der Rechtsextremen landen möchten.

Von diesen Räumungsgewinnen sind nicht nur linke Aktivist:innen betroffen, sondern auch alle anderen Personen, welche nicht ins rechtsextreme Weltbild passen. Werden die Räumungsgewinne auf Dauer erzielt, führt das für Betroffene zur Entstehung von permanenten ›Angstzonen‹. In solchen Fällen kann von Raumgewinnen gesprochen werden (vgl. Quent/Schulz 2015: 28). Dabei ist zu betrachten, ob Personen »Orte wahrnahmen, an denen sie eine Gefahr für sich selbst und/oder andere Gruppen ausmachten bzw. in denen sie selbst Angst vor rechtsextremer Gewalt hatten oder annahmen, dass Angehörige anderer sozialer Gruppen Angst haben.« (ebd.: 30). In der Vergangenheit kam es bereits mehrfach zu rechtsextremen Gewalttaten. Allein im Jahr 2016 verzeichnete die Opferberatungsstelle *RAA Sachsen* im Kreis Bautzen 51 rechtsextreme Gewalttaten. Mittlerweile sind die Zahlen zurück gegangen (13 Gewalttaten 2022), aber rechtsextreme Gewalt ist dennoch präsent (vgl. *RAA Sachsen* o. J.). Diese Gewalttaten führen dazu, dass potenzielle Opfergruppen bestimmte Plätze meiden und als ›Angstzone‹ wahrnehmen. Für den Rechtsextremismus stellen sie deshalb ein wichtiges Mittel zur Erlangung von Geländegewinnen dar. Doch Rechtsextreme müssen nicht erst gewalttätig sein, um eine Gefahr darzustellen. In Bautzen existieren auch zahlreiche Zusammenhänge, welche sich formal von Gewalt abgrenzen, aber gleichzeitig rassistische und antisemitische Erzählungen reproduzieren. Diesem Spektrum sind in Bautzen der Verein *Bautzner Frieden*, die *Friedensmahnwachen* und *Wir sind Deutschland* zuzuordnen.

Auch die Organisator:innen der Corona-Proteste kommen aus diesem Umfeld. Ziel solcher Gruppen und Strömungen ist es, durch die Inszenierung als ›normal‹ und ›harmlos‹ die eigene Ideologie mehrheitsfähig zu machen und die ›bürgerliche Mitte‹ zu mobilisieren. Zentral ist dabei auch die Strategie der Bildung einer Querfront. Das zeigt sich beispielsweise daran, dass auf den Veranstaltungen auch Themen aufgegriffen werden, welche klassischerweise von links besetzt sind und untersetzt mit Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wiedergegeben werden. Ein Beispiel dafür sind antisemitische Verschwörungserzählungen, welche als Kapitalismuskritik getarnt werden. Auch die Präsenz christlicher Symbolik bei den Protesten könnte zur Eigeninszenierung als friedlich und harmlos beitragen (vgl. Podbielski 2022). Allerdings schützt »die Zugehörigkeit zu einer christlichen Kirche weder vor autoritären noch vor rechtsextremen Einstellungen« (Pickel/Yendell 2018: 237). Die Strategie scheint jedoch aufzugehen. Am 17. Oktober 2022 sprach der amtierende Oberbürgermeister Karsten Vogt (CDU) auf den Montagsprotesten (vgl. Berndt 2022b). Durch die Teilnahme von Vertreter:innen der ›bürgerlichen Mitte‹, wie dem Oberbürgermeister, könnten rechtsextreme Gruppen versuchen, ihre Positionen als legitime politische Meinungen darzustellen und somit ihre gesellschaftliche Akzeptanz zu erhöhen. In der Öffentlichkeit könnten solche Auftritte die Wahrnehmung erzeugen, dass die Ideen und Ziele, die bei diesen Veranstaltungen vertreten werden, Teil des gesellschaftlichen Mainstreams sind. Die Szene verzeichnet damit einen weiteren Normalisierungsgewinn.

3.3 Jugend- und Subkulturelles Milieu

Im Bereich der Jugend- und Subkultur stellt Musik seit jeher ein wichtiges Instrument des Rechtsextremismus dar, um die Szene für Außenstehende attraktiv zu machen und insbesondere junge Menschen anzusprechen (vgl. Baacke et al. 2000). Stile und Formate haben sich in der Musik geändert und daran hat sich auch die rechtsextreme Subkultur angepasst. Rechter HipHop auf *Spotify* und *Amazon Music*, verbreitet auf schicken Instagram Accounts, sind die NPD Schulhof CDs von heute. Besonders erfolgreich ist damit im Kreis Bautzen das Label *NDS* (*Neuer*

Deutscher Standard). *NDS* macht ›patriotischen‹ Rap und kam 2020 nach Bautzen. Es lässt sich in den Bereich der Neuen Rechten einordnen und besitzt Verbindungen zur *Identitären Bewegung* (vgl. Sächsisches Staatsministerium des Innern 2023: 97). Die Musik von *NDS* wird im Kreis Bautzen insbesondere von vielen Jugendlichen und Kindern gehört. Das stellt für die Szene einen Geländegewinn auf mehreren Ebenen dar. Politische Botschaften können subtil über Musik transportiert werden und sind deshalb auf der Ebene der Provokationsgewinne von wichtiger Bedeutung. Außerdem stellt Musik einen einfachen Zugang zur Szene dar und befördert deshalb die Rekrutierung neuer Anhänger:innen. Das wird durch die Veranstaltung von Fantreffen und Konzerten gefördert. Im Jahr 2022 fanden zwei Konzerte des Labels im Kreis Bautzen statt: Am 3. September trat *Kavalier* von *NDS* bei einem Unterstützertreffen in Steinigtwolmsdorf auf. Am 17. September veranstaltete *NDS Records* eine Party in Neukirch Lausitz (vgl. Sächsisches Staatsministerium des Innern 2023: 88, 90). Auch Normalisierungsgewinne lassen sich für den Rechtsextremismus mithilfe von Musik erzielen. Die Musik von *NDS* wird von einigen nicht als rechtsextrem, sondern lediglich als ›patriotisch‹ wahrgenommen. Wenn Jugendliche in der Öffentlichkeit auf ihren Bluetooth-Boxen Musik von *NDS* spielen, wird aus der Verbreitung rechtsextremer Inhalte schnell ein neuer Musiktrend. Auch *Balaclava Graphics* wirkt in die Jugend- und Subkultur hinein. Sie nutzt Plattformen wie Instagram und TikTok, welche ein jüngeres Publikum ansprechen, und richtet ihren Social Media Auftritt gezielt danach aus. Die rechtsextreme Musikszene unterstützen sie u. a. durch die Gestaltung von Album-Covern für rechtsextreme Bands. Verbindungen existieren insbesondere zum Chemnitzer Label *PC Records* (vgl. Bernstein 2022). Dadurch macht sie Rechtsextremismus für junge Menschen attraktiv und bildet das Verbindungsstück zwischen Jugendkultur, rechter Szene und Aktivismus.

Neben Musik stellt auch Sport einen wichtigen Bereich rechtsextremer Jugend- und Subkultur dar. Die Unterwanderung von Sportvereinen durch Rechtsextreme ist ein typisches Beispiel für Räumungsgewinne der rechtsextremen Szene. Das gilt insbesondere für die Bereiche Kampfsport und Fußball. Rechtsextreme sind hier sowohl in Vereinen als auch in der Fankultur präsent. Durch ihre Präsenz fühlen sich dort andere Personen unwohl und werden aus den Vereinen, Gyms und Stadien gedrängt.

Gleichzeitig können diese Bereiche politisch beeinflusst werden und dienen als Rekrutierungsfeld des Rechtsextremismus. (Kampf-)sport ist gut mit der Ideologie des Rechtsextremismus und dessen Leitbildern von Männlichkeit und Stärke vereinbar. Zudem hat es auch praktischen Nutzen, wenn Rechtsextreme die erlernten Kampftechniken gegen politische Gegner:innen einsetzen.

*»In der Tradition des Nationalsozialismus und orientiert an rassistischen Menschenbildern hat der durchtrainierte und kampfbereite, soldatische Mann eine tragende Rolle. Außerdem wird suggeriert, für den Straßenkampf trainiert sein zu müssen, um die eigene Vormachtstellung zu erkämpfen, durchzusetzen und zu festigen oder um politische Gegner*innen oder Menschen anzugreifen, die nicht ins eigene Weltbild passen.«* (Kulturbüro Sachsen 2021: 8).

Wenn Rechtsextreme in Vereinen akzeptiert werden, stellt das auch einen Normalisierungsgewinn des Rechtsextremismus dar, da sie sich dort als ›normale Mitbürger:innen‹ inszenieren können. Auch die Entpolitisierung bestimmter Bereiche kann zu solchen Normalisierungsgewinnen beitragen. In Bautzen lässt sich die Vereinnahmung des (Kampf-)sports durch Rechtsextreme vielfältig beobachten. In der Boxabteilung des *SV Post Germania Bautzen* sind organisierte Neonazis und rechtsextreme Hooligans präsent. Deutlich zeigte sich dies an den Boxnächten des Vereins, bei welchen Neonazis im Ring standen und auch im Zuschauerraum Platz nahmen (vgl. Kulturbüro Sachsen 2021: 8). Unter den Sponsoren der Boxnacht 2019 befanden sich rechte Tattoo-Studios aus der Region sowie der rechte Szene-Laden *Nordland-Store* (vgl. Recherche Ostsachsen 2020). Auch die Fußballmannschaft vom *SV Bautzen* trug in der Vergangenheit bereits Trikots mit Werbung von *Nordland* (vgl. Hollenbach 2017). Rechtsextreme versuchen in alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens hineinzuwirken. Dabei gibt es Umstände, die begünstigend wirken können, wie beispielsweise bestimmte Männlichkeitsvorstellungen. Es ist jedoch wichtig anzumerken, dass sich das Wirken Rechtsextremer keinesfalls auf diese Bereiche beschränkt. Gerade die Präsenz des Rechtsextremismus im alltäglichen Leben, auf Dorffesten, in der Schule oder im Sportverein ist besonders gefährlich. Dabei müssen Rechtsextreme noch nicht einmal aktiv politisch wirken. Die veralltäglichte Präsenz und Akzeptanz

rechtsextremer Symbolik genügt völlig, um Normalisierungsgewinne zu erzielen. Das lässt sich auch im Kreis Bautzen erkennen. So überrascht es nur wenig, dass in den sozialen Medien ein Video kursierte, auf welchem Besucher:innen des Oktoberfestes in Kubschütz den Hitlergruß zeigten (vgl. ZDF heute 2023).

Das breite jugend- und subkulturelle Angebot des Rechtsextremismus in Bautzen stabilisiert und vergrößert die rechtsextreme Szene. Es dient zur subtilen Verbreitung rechtsextremer Ideologie und zur Rekrutierung neuer Aktivist:innen für die Szene. Das dadurch geschaffene Personenpotenzial kann im Kontext von Demonstrationen eingesetzt werden, um viele Menschen auf die Straße zu bringen. Exemplarisch dafür ist etwa die Etablierung eines eigenen, explizit rechtsextrem auftretenden, ›Jugendblocks‹ bei den Bautzner Montagsprotesten gegen die Corona-Maßnahmen, der maßgeblich von Akteuren der erwähnten Gruppe *Balaclava Graphics* getragen wird (vgl. Podbielski 2022).

3.4 Breites Angebot und starke Netzwerke

In den vorangegangenen Abschnitten wurden bereits die breiten Angebotsstrukturen des Rechtsextremismus in Bautzen erläutert. Wesentlich für den Erfolg des Rechtsextremismus ist jedoch auch, wie effektiv die verschiedenen Strukturen zusammenarbeiten. Auch bei Gramsci wird die Bedeutung von Bündnissen zwischen sozialen Gruppen im Kampf um Hegemonie betont (vgl. Becker et al. 2013: 20). In Bautzen ist die rechtsextreme Szene stark differenziert und arbeitet dennoch kooperativ. Dadurch spricht sie verschiedene Zielgruppen an, kann aber gleichzeitig Ressourcen effizient nutzen und auf ein breites Unterstützungsumfeld zurückgreifen. Exemplarisch zeigt sich das an den ›Montagsprotesten‹ in Bautzen, bei denen Akteur:innen aus unterschiedlichen Gruppen, darunter Autonome Nationalisten, fundamentalistische Christ:innen und sich selbst als Pazifist:innen verstehende Personen, teilnehmen (vgl. Podbielski 2022). Die Beteiligung verschiedener Milieus wird durch die differenzierte Struktur (beispielsweise in Form von Demonstrationsblöcken) ermöglicht, die unterschiedliche Zielgruppen anspricht. Auch zwischen dem formellen und informellen Rechtsextre-

mismus sowie jugend- bzw. subkulturell organisierten Strukturen besteht Austausch und Kooperation. Dabei gibt es Überschneidungen in Bezug auf Personen und Zusammenhänge, welche gleichzeitig in verschiedene Bereiche hineinwirken. *Balaclava Graphics* kann beispielsweise sowohl dem informellen Rechtsextremismus als auch rechtsextremer Jugend- und Subkultur zugeordnet werden. Benjamin Moses gilt als Kopf der Gruppe und ist in verschiedenen rechtsextremen Netzwerken aktiv. Er gestaltet regelmäßig die Cover für rechtsextreme Bands beim Label *PC Records* und ist dadurch in der rechtsextremen Musikszene gut vernetzt. Außerdem tritt er als eine Art rechter Influencer auf und betreibt u.a. einen eigenen Podcast. Dadurch übt er großen Einfluss auf die rechte Jugend- und Subkultur aus. Gleichzeitig ist er auch aktivistisch aktiv. Er tritt gemeinsam mit seiner Gruppe regelmäßig im Zusammenhang mit Demonstrationen in Erscheinung und bildet dadurch ein wichtiges Verbindungsglied zwischen beiden Bereichen (vgl. Bernstein 2022).

Von großer Bedeutung sind außerdem personelle Überschneidungen rechtsoffener bis rechtsextremer Personen in den Bereichen Wirtschaft, Politik, Medien und Zivilgesellschaft. Eine wichtige Schlüsselfigur in diesem Zusammenhang ist der Unternehmer Jörg Drews. Der Inhaber von *Hentschke Bau* ist nicht nur einer der wichtigsten Steuerzahler der Stadt, sondern auch AfD Großspender. Er sitzt für das BBB im Stadtrat und unterstützt neben dem lokalen Fußballverein auch alternative Medien wie die *Wir-sind-Deutschland*-nahe Zeitschrift *Denkste?!*. Außerdem teilfinanzierte er den Sender *Ostsachsen.TV*, welcher in der Vergangenheit mehrfach Akteuren der extremen Rechten eine Bühne bot (vgl. Kiess et al. 2023: 12). Die beschriebenen Verflechtungen und weitreichenden Einflussmöglichkeiten einer Einzelperson können zu einer Verzerrung demokratischer Prozesse führen. In Bezug auf die Unabhängigkeit politischer Entscheidungsfindung ist dies äußerst bedenklich.

4. Umgang mit Rechtsextremismus in Bautzen

4.1 Politik

In der Betrachtung der Faktoren, die dazu beitragen, dass Rechtsextreme in Bautzen so erfolgreich sind, stellt sich die Frage nach der Rolle von Politiker:innen aus Parteien der sogenannten demokratischen Mitte. Wie wird auf der Ebene der Kommunalpolitik mit Rechtsextremismus in der Stadt und im Kreis umgegangen? Im lokalpolitischen Diskurs wurden zwei Phänomene identifiziert, welche den Aufbau einer rechtsextremen Hegemonie fördern. Erstens fehlt es an vielen Stellen der Kommunalpolitik bis heute an einer klaren Benennung des Problems. Stattdessen wird Rechtsextremismus meist verharmlost. Zweitens werden Geflüchtete und Akteur:innen der demokratischen Zivilgesellschaft, die sich gegen Rechtsextremismus positionieren, kriminalisiert. Daraus folgt eine Täter-Opfer Umkehr. Exemplarisch wurde die Verantwortung für die Welle rassistischer Ausschreitungen 2016 nicht den Rechtsextremen zugeschrieben, sondern den Geflüchteten. Dieser Diskurs rechtfertigte einen politischen Umgang mit den Vorkommnissen 2016 in Form von Gesprächsbereitschaft gegenüber organisierten Rechtsextremen, Sanktionen gegenüber Geflüchteten sowie mangelnden Strategien gegen Alltagsrassismus, der für den Aufbau rechtsextremer Strukturen förderlich war.

4.1.1 Fehlende Problemdefinition und Verharmlosung

Eindrucksvoll lässt sich das fehlende Problembewusstsein politischer Akteur:innen im Kreis Bautzen am Umgang mit dem Brandanschlag auf die geplante Geflüchtetenunterkunft *Husarenhof* und der Hetzjagd auf Geflüchtete in der Bautzner Innenstadt 2016 zeigen. Eine kritische Auseinandersetzung fand lediglich durch einzelne Lokalpolitiker:innen auf verschiedenen Plattformen außerhalb politischer Gremien statt. Im Kreistag wurden hingegen weder der Brandanschlag noch die Hetzjagd selbst hinsichtlich ihres Charakters und ihrer Ursachen thematisiert. Im Stadtrat kam es zwar zu Diskussionen, jedoch wurde dabei nicht der Rechtsextremismus in der Stadt problematisiert. Die Vermutung liegt

daher nahe, dass in den politischen Gremien kein Problembewusstsein existiert (vgl. Kurtenbach 2018: 148 f.). Auch die Hetzjagd wurde entpolitisiert und als Konflikt zwischen Jugendlichen dargestellt. Anstatt rassistische Motive zu betonen, wurde Alkohol als Konfliktursache benannt (vgl. ebd.: 150). Anstatt Maßnahmen gegen Rechtsextremismus zu ergreifen, wurden in Folge der Hetzjagd 2016 die Geflüchteten mit einer Ausgangssperre belegt, während Rechtsextreme zum Gespräch eingeladen wurden. Das Gespräch erfolgte als Reaktion auf einen Erpresserbrief, den die Gruppen *Nationale Front Bautzen*, *streambz#fotografie* und *rechtes-kollektiv.BZ* unterzeichnet hatten (vgl. Meisner 2016). Auch später erfolgten immer wieder Gespräche verschiedener Lokalpolitiker:innen mit Rechtsextremen, beispielsweise zwischen dem ehemaligen Bautzner NPD-Chef Marco Wruck und dem stellvertretenden Landrat Udo Witschas (CDU) (vgl. Perthus/Belina 2017: 252). Den Rechtsextremen spielt dies in die Hände. Sie können sich als prinzipiell harmlose Mitbürger:innen inszenieren, die politisch legitime Anliegen vertreten. Dadurch werden rechtsextreme Positionen normalisiert und ihre Hegemonie gefestigt.

Kurtenbach (2018: 154) kommt zu folgendem Schluss: »All dies spricht für eine stattgefundene Normalitätsverschiebung des lokalen politischen Diskurses, da Probleme entweder nicht wahrgenommen oder verharmlost werden«. Und weiter: »Im Grunde zeigt die lokale politische Diskussion, dass es als notwendig empfunden wird, mit menschenfeindlichen Gruppierungen ins Gespräch zu kommen sowie, dass Probleme verharmlost und als Randgruppenphänomen beschrieben werden.« (ebd.: 154). Dieses fehlende Problembewusstsein ist äußerst fatal, da ein konstruktiver Umgang mit Rechtsextremismus lediglich stattfinden kann, wenn rassistische Übergriffe auch als solche benannt werden. Nur so kann es gelingen, erfolgsversprechende Strategien auszuarbeiten und anzuwenden. In Bautzen jedoch fehlt es an einer Strategie zum Umgang mit Rechtsextremismus und Alltagsrassismus (vgl. Kurtenbach 2018: 154).

4.1.2 Kriminalisierung der Gegenhegemonie

Menschen, die nicht in das rechtsextreme Weltbild passen oder sich aktiv gegen Rechtsextremismus positionieren, stellen eine mögliche Bedrohung für eine rechtsextreme Hegemonie dar, da sie den Ausgangspunkt für die Ausformung einer Gegenhegemonie bilden könnten. In Bautzen kam es jedoch zu einer Kriminalisierung dieser Personengruppen und es erfolgte eine Täter-Opfer Umkehr – die Verantwortung für rechte Gewalt wurde nicht den Rechtsextremen, sondern den Betroffenen zugeschrieben. Geflüchtete wurden in Folge der Hetzjagd 2016 von Polizei, Medien und Politik kriminalisiert (vgl. Perthus/Belina 2017: 246). Der Bautzner CDU-Landtagsabgeordnete Marko Schiemann etwa beschwerte sich, dass jungen Geflüchteten kaum Grenzen gesetzt werden (vgl. ebd.: 251) und Udo Witschas bedauerte, dass rechtlich gegen unbegleitete minderjährige Geflüchtete keine härteren Sanktionen möglich seien. Für zwei Wochen wurde für Geflüchtete eine abendliche Ausgangssperre verhängt. Außerdem wurde ihnen untersagt, an einem Bürgerfest unter dem Titel *Bautzen bleibt bunt* auf dem Kornmarkt teilzunehmen (vgl. ebd.: 252). Dieser Umstand wirft ein bezeichnendes Licht auf das, was sich tatsächlich hinter dem in ganz Sachsen so beliebten Attribut *bunt* verbirgt. Die Vielfalt, die es vorgibt zu repräsentieren, dürfte durch den Ausschluss der Geflüchteten stark eingeschränkt sein.

Kurtenbach (2018: 147) stellt fest, dass in Bautzen Geflüchtete in erster Linie als Sicherheitsrisiko und Verwaltungsgröße wahrgenommen werden. Eine Auseinandersetzung mit Sorgen und Ängsten dieser Menschen, die täglich Alltagsrassismus und rechter Gewalt ausgesetzt sind, findet weder innerhalb lokaler politischer Gremien noch außerhalb statt. Darüber hinaus erfolgt in Bautzen regelmäßig eine Kriminalisierung linker Aktivist:innen und Politiker:innen mithilfe des Vorwurfes des Linksextremismus. Ein Beispiel dafür ist der Umgang mit Alex Theile, der 2022 als Landratskandidat für Linke, SPD und Grüne antrat und durch den CDU-Kreisrat Maik Förster als linksextremistisch bezeichnet wurde (vgl. Berndt 2022a). Durch die Anwendung des Labels »extremistisch« werden Aktivist:innen und Politiker:innen in eine Kategorie gestellt, die oft mit illegalen oder subversiven Aktivitäten assoziiert wird. Die Beschuldigung des Linksextremismus zielt darauf ab, die Legitimität der Anliegen und

Aktivitäten der linken Akteure zu untergraben. Wenn diese als ›extremistisch‹ dargestellt werden, kann dies dazu führen, dass ihre Positionen in der Öffentlichkeit als illegitim oder gefährlich wahrgenommen werden. Verstärkt wird diese Kriminalisierung durch die Anwendung des Hufeisenmodells, einer Spielweise der Extremismustheorie, mit dem linke und rechte Extrempole einander tendenziell gleichgesetzt werden. Indem jegliche Form von Extremismus als gleich bedrohlich dargestellt wird, wird eine Atmosphäre geschaffen, in der linke Aktivist:innen und Politiker:innen als ebenso problematisch angesehen werden wie rechtsextreme Gruppen. Die wiederholten Vorwürfe des Linksextremismus können als politische Waffe verwendet werden, um politische Gegner:innen zu diskreditieren. Dies kann dazu führen, dass diejenigen, die sich für progressive oder soziale Anliegen einsetzen, in einem negativen Licht erscheinen und ihre Handlungsfähigkeit beeinträchtigt wird. Durch die Kriminalisierung von linken Akteur:innen wird möglicherweise ihr politischer Handlungsspielraum eingeschränkt. Der Vorwurf des Linksextremismus kann dazu führen, dass politische Entscheidungsträger:innen zögern, mit diesen Akteur:innen zusammenzuarbeiten oder ihre Anliegen zu unterstützen.

Insgesamt trägt die Kriminalisierung von Personen, die eine potenzielle Gegenhegemonie bilden könnten, dazu bei, eine hegemoniale Ordnung aufrechtzuerhalten, in der migrantische Personen und alternative politische Perspektiven als Bedrohung wahrgenommen werden. Dies kann den Raum für demokratische Diskussionen und Aktivitäten in der Region erheblich einengen.

4.2 Zivilgesellschaft

Bei der Erlangung einer kulturellen Hegemonie spielt die Zivilgesellschaft eine wichtige Rolle, da in ihr entscheidende Aushandlungsprozesse stattfinden und sich aktuelle politische Entwicklungen widerspiegeln. Ihr Umgang mit dem Problem des Rechtsextremismus ist daher von äußerster Relevanz, wenn es um rechte Geländegewinne und den Aufbau einer rechtsextremen Hegemonie geht. In diesem Kapitel wird analysiert, wie die Bautzner Zivilgesellschaft beschaffen ist, wie sie mit dem Rechts-

extremismus umgeht und wie sich das in Bezug auf Geländegewinne des Rechtsextremismus auswirkt.

Die Zivilgesellschaft ist nicht homogen und neben Sportvereinen, Kultureinrichtungen oder ehrenamtlichem Engagement für Geflüchtete zählen auch Rechtsextreme zur Zivilgesellschaft. Die Stärkung der Kräfte, welche sich einer rechtsextremen Hegemonie entgegenstellen, kann daher erhebliche Auswirkungen auf gesamtgesellschaftliche Aushandlungsprozesse haben. In einem Forschungsprojekt der Fachhochschule Erfurt wurde von den Interviewten jedoch bemängelt, dass es an politischem Rückhalt für Ehrenamtliche fehlt, welche sich für Geflüchtete engagieren. Außerdem mangelt es an Nachwuchs und finanziellen Mitteln. Davon sind neben ehrenamtlicher Arbeit für Geflüchtete auch andere Vereine und Initiativen in der Region betroffen (vgl. Forschungsprojekt Konflikte im Ehrenamt o.J.). Die Entleerung zivilgesellschaftlicher Institutionen ist laut Heitmeyer (2014: 144) besonders förderlich für den Rechtsextremismus, da diese Institutionen so leichter von Rechtsextremist:innen unterwandert werden können (vgl. Heitmeyer 2014: 144). Entscheidend für die Legitimation rechtsextremer Ideologien ist das Vorhandensein menschenfeindlicher Mentalitäten in der Zivilgesellschaft (vgl. ebd.: 132). In der Bautzner Zivilgesellschaft zeigt sich eine ausgeprägte Anfälligkeit gegenüber demokratiefeindlichen Ideen, was es dem Rechtsextremismus erleichtert, sich in der Region zu etablieren (vgl. Kurtenbach 2018: 179). Teile der Zivilgesellschaft positionieren sich nicht offen gegen Rechtsextremismus oder unterstützen diesen sogar (vgl. ebd.: 224). Diese Affinität stellt ebenfalls einen Geländegewinn des Rechtsextremismus dar (vgl. Quent/Schulz 2015: 28). In der Studie von Kurtenbach (2018: 200) beschreibt ein:e linke:r Aktivist:in die fehlende Unterstützung wie folgt:

»[I]ch werde angepöbelt, Freunde werden angepöbelt. Von außen kommt da nichts wie ›Brauchst du Hilfe?‹ oder ›Was haben die denn gemacht?‹ oder so. Das ist denen total Rille. Gucken höchstens zu. Oder fangen dann auch auf einmal an.«

Ein weiterer Faktor, welcher begünstigend für den Rechtsextremismus wirkt, ist die Zerrissenheit der Stadtgesellschaft, welche einen fragilen gesellschaftlichen Zusammenhalt zur Folge hat. Am deutlichsten zeigte

sich der Konflikt an der Ablehnung oder Befürwortung des Zuzugs von Geflüchteten (vgl. Kurtenbach 2018: 177 f.). Auf der einen Seite standen dabei Geflüchtete und ihre Unterstützer:innen und auf der anderen Rechte und deren (implizite) Unterstützer:innen (vgl. ebd.: 179). Die Spaltung reicht bis in Familien und führt auch dort zu Konflikten, wenn sich verschiedene Lager begegnen (vgl. ebd.: 222).

Bei der Bekämpfung von Rechtsextremismus wird gern an die Zivilgesellschaft appelliert. Der Appel erreicht jedoch meistens nur jene, welche sich ohnehin schon für eine offene Gesellschaft engagieren und meist völlig überlastet sind. Viele Engagierte fühlen sich nicht genügend anerkannt, überfordert und alleingelassen (vgl. ebd.: 182f.). Hinzu kommt die Bedrohung zivilgesellschaftlicher Gruppen, welche sich rechtsextremem Gedankengut entgegenstellen. Zivilgesellschaftliche Einrichtungen wie das *Steinhaus Bautzen* mussten deshalb in der Vergangenheit mehrfach als Schutzraum fungieren, um Engagierte vor Angriffen durch Rechtsextreme zu schützen (vgl. ebd.: 186). Die Probleme, welche sich im Umgang mit Rechtsextremismus in der Politik gezeigt haben, werden auch in der Zivilgesellschaft sichtbar. Rechtsextremismus wird von weiten Teilen der Bevölkerung nicht wahrgenommen oder verharmlost. Wenn Konflikte wahrgenommen werden, werden sie nur Extremgruppen zugeschrieben und man selbst möchte nicht involviert sein (vgl. ebd.: 235). Ignorieren und Wegsehen stellen folglich die üblichen Handlungsweisen dar (vgl. ebd.: 233). Personen, welche das Problem des Rechtsextremismus offen ansprechen, wird dagegen vorgeworfen, den guten Ruf der Stadt zu zerstören. Ein Beispiel dafür sind die Anfeindungen, welche sich gegen Annalena Schmidt, eine lokal bekannte Akteurin der demokratischen Zivilgesellschaft, richten. Als sie in ihrem Blog und auf Twitter über rechtsextreme Aktivitäten berichtete wurde ihr vorgeworfen eine »Nestbeschmutzerin« zu sein (Lang 2020). Sie wurde mehrfach beleidigt, u.a. als »Antifa-Schlampe« und erhielt mehrere Drohungen (Meisner 2019). Außerdem wird den Medien vorgeworfen, das Problem des Rechtsextremismus übertrieben darzustellen (vgl. Kurtenbach 2018: 239). Ein Geflüchteter beschreibt die mangelnde Unterstützung durch die Bautzner Stadtgesellschaft im Umgang mit rechtsextremem Gewalt bei Kurtenbach (2018: 210) wie folgt:

»Mein Sohn ist 9. Er wird in der Schule verprügelt. Sie gehen mit mehreren auf ihn los und sind meist größer als er. Das ist mehr als einmal passiert. Die neue Rektorin befürwortet die Nazis und beschuldigte meinen Sohn, indem sie sagte: ›Du kommst neu in die Schule und schlägst die Kinder‹, anstatt den Kindern einen Verweis zu geben, die ihn angegriffen haben. Mein Sohn hasst es inzwischen sogar, zur Schule zu gehen und oft will er gar nicht hingehen.«

Auch die Kriminalisierung möglicher Gegenhegemonien lässt sich nicht nur auf der politischen Ebene, sondern auch von Seiten der Zivilgesellschaft finden und wird ebenfalls durch die weit verbreitete Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit begünstigt. So werden beispielsweise Zuwanderung als Bedrohung und Geflüchtete damit als Gefährdende wahrgenommen (vgl. Kurtenbach 2018: 228). Außerdem ist das Hufeisenmodell und damit die Gleichsetzung von Links- und Rechtsextremismus weit verbreitet. Ein Beispiel dafür ist die Bürgerinitiative *Bautzen gegen Extremismus*. Koordinator der Initiative ist Christian Haase, ebenfalls Sprecher beim BBB. Laut Haase habe sich die Initiative gegründet, um extremistische Aktivitäten im Kreis Bautzen einzudämmen. Als Beispiel nennt Haase in diesem Zusammenhang nicht eine der zahlreichen rechtsextremen Gewalttaten, sondern die Brandanschläge auf Fahrzeuge von *Hentschke Bau* mit mutmaßlich militantem linken Hintergrund (vgl. Hellwig 2020a). Das von Christian Haase genannte Beispiel verstärkt die Vorstellung, dass linke Aktivitäten genauso bedrohlich seien wie rechts-extreme, was nicht nur die Realität verzerrt, sondern auch dazu beiträgt, linken Aktivismus zu kriminalisieren. In Bezug auf einen Diskussionsabend der Initiative betonte Haase, man brauche das Gesicht der gesellschaftlichen Mitte. Zur Diskussion war u. a. der AfD Landtagsabgeordnete Frank Peschel eingeladen (vgl. Hellwig 2020a). Damit betont er, dass die wirkliche Gefahr von den politischen Rändern kommt, und dass eine ›Mitte‹ notwendig ist, um Extremismus zu bekämpfen. Dies unterstützt die Vorstellung, dass politische Extreme gleichermaßen gefährlich seien, was nicht nur analytisch inkorrekt ist, sondern auch suggeriert, dass die Mitte frei von demokratiegefährdenden Einstellungen sei. Durch die Einladung eines AfD-Landtagsabgeordneten zum Diskussionsabend kann sich die AfD als Teil der gesellschaftlichen Mitte inszenieren und wird damit in eine scheinbar akzeptable politische Position gerückt.

4.3 Medien

Medien spielen in Bezug auf die Schaffung einer kulturellen Hegemonie eine wichtige Rolle (vgl. Müller 2022: 93). Entscheidend ist dabei sowohl worüber berichtet wird als auch die Art und Weise der Berichterstattung. In Bezug auf eine rechtsextreme Hegemonie ist es deshalb sinnvoll, näher zu betrachten, ob sich in der Berichterstattung Erzählungen wiederfinden, die rechtsextremen Ideologien in die Hände spielen. Wichtig ist außerdem die Art und Weise der Berichterstattung über rechtsextreme Aktivitäten. Auch die Stärke von ›Alternativen Medien‹ kann sehr aussagekräftig hinsichtlich der Verankerung rechtspopulistischer bis rechtsextremer Ideologien in der Bevölkerung sein. Dabei ist es wichtig neben klassischen Medienformaten wie Zeitungen oder Fernsehen auch soziale Medien oder Plattformen wie YouTube zu betrachten.

Der überwiegende Teil der Bautzner Bürger:innen steht Medien skeptisch gegenüber. Diesen wird vorgeworfen, das Rechtsextremismus-Problem der Stadt übertrieben darzustellen und dadurch den guten Ruf in den Dreck zu ziehen (vgl. Kurtenbach 2018: 241). Es ist daher davon auszugehen, dass auch das Vertrauen in die lokale Zeitung, die Sächsische Zeitung (SZ), seitdem gesunken ist. Mit 158.300 Exemplaren im dritten Quartal 2023 über ganz Sachsen verteilt (vgl. Statista 2023) wird sie dennoch von weiten Teilen der sächsischen Bevölkerung konsumiert und ist deshalb relevant, wenn es um die regionale Medienlandschaft geht. Die Berichterstattung der SZ gestaltet sich sehr unterschiedlich. Einige Journalist:innen berichten regelmäßig kritisch über rechtsextreme Aktivitäten in der Region (vgl. Berndt 2021). Doch es finden sich auch Artikel, welche fremdenfeindliche Einstellungen befördern. Laut Kurtenbach (2018: 199) wurde in der lokalen Presse eher über Kriminalität von Geflüchteten berichtet als über rechtsextreme Gewalt. Die Untersuchung von Perthus und Belina (2017) zum Zusammenspiel von Polizei und Medien in Bezug auf die Kriminalisierung von Geflüchteten in Bautzen stellte fest, dass die Medien größtenteils die Deutung des Konflikts durch die Polizei übernahmen. Dies wurde beispielhaft an der Berichterstattung zur Hetzjagd 2016 gezeigt. In der Pressekonferenz der Polizei wurden die Geflüchteten als Täter dargestellt, was auch in der Berichterstattung der SZ übernommen wurde und fremdenfeindliche

Einstellungen der Bevölkerung und das Bild der ›kriminellen Migrantens‹ stärkte.

Außerdem existiert in Bautzen ein breites Angebot alternativer Medien, beispielsweise die Zeitschrift *Denkste?!* aus dem *Wir-sind-Deutschland*-Umfeld (vgl. Wolf 2019) und der Sender *Ostsachsen.TV* (vgl. Rafael 2019). Diese Medien dienen als Plattformen rechtspopulistischer und rechtsextremer Inhalte und tragen zur Normalisierung rechtsextremer Positionen bei. Auch soziale Medien sind dabei von großer Bedeutung. Rechtsextreme Akteur:innen wissen diese Plattformen für sich zu nutzen und arbeiten darüber an dem Aufbau einer Gegenöffentlichkeit (vgl. Müller 2022: 94). Telegram ist von diesen im rechten Milieu besonders beliebt (vgl. Müller 2022: 96), spricht sehr unterschiedliche Altersgruppen an und wird auch von der Bautzner Szene genutzt. Plattformen wie Instagram oder TikTok richten sich besonders an Jugendliche und werden in Bautzen von der Gruppe *Balaclava Graphics* und Mitgliedern des Labels *NDS* bespielt. Bei der Fülle an ›Alternativen Medien‹ und Social Media Plattformen scheinen Medien wie die *SZ* in einigen Teilen der Gesellschaft nur noch eine untergeordnete Rolle zu spielen. Rechte oder ›alternative‹ Medien haben deutlich an Bedeutung gewonnen. Eine Gegenhegemonie in der Medienlandschaft ließ sich in der Vergangenheit lediglich auf Twitter beobachten. Da rechte Inhalte jedoch in erster Linie auf Plattformen wie Facebook oder Telegram verbreitet werden, bleiben diese oft unwidersprochen und Gegenpositionen erreichen nur kleine Teile der Bevölkerung.

4.4 Polizei

Die Polizei spielt eine wichtige Rolle, wenn es darum geht, wer von der Öffentlichkeit als Täter und wer als Opfer wahrgenommen wird. Dies kann in Bezug auf den Aufbau einer rechtsextremen Hegemonie äußerst entscheidend sein, da die Institution damit Einfluss auf die verbreiteten Narrative nimmt. Außerdem besitzt die Polizei als Repressionsorgan des Staates die Teilaufgabe, strafrechtlich relevante rechtsextreme Aktivitäten zu unterbinden. Wie sie dieser Aufgabe nachkommt, hat daher auch direkten Einfluss auf die Etablierungsmöglichkeiten des Rechtsextre-

mismus. Bedeutsam ist dabei auch der polizeiliche Umgang mit Opfern rechtsextremer und rassistischer Gewalt sowie die Frage, inwiefern sie eine potenzielle Gegenhegemonie stärkt oder schwächt.

Die Probleme, welche sich im Bereich der Zivilgesellschaft und Politik in Bautzen im Umgang mit Rechtsextremismus zeigten, lassen sich auch bei der Bautzner Polizei finden. Auch hier fehlt es am Problembewusstsein und die Institution betreibt Täter-Opfer Umkehr. Die polizeiliche Darstellung ist dabei von besonderer Bedeutung, da sie als primäre Definitionsinstanz fungiert, an der sich andere Akteur:innen wie die Medien orientieren (vgl. Perthus/Belina 2017: 247). Deutlich wird diese Täter-Opfer Umkehr an der bereits erwähnten Darstellung der Hetzjagd 2016 auf der Pressekonferenz der Polizei. Die Rechtsextremen bezeichnete der Polizeidirektor Uwe Kilz als eventbetont und alkoholisiert. Ihre rassistische Motivation bleibt dahinter verborgen und die rechtsextreme Orientierung wird verharmlost (vgl. ebd.: 250). Stattdessen wurde der Fokus auf das Verhalten der Geflüchteten gelenkt, welche in den Ausführungen von Kilz wie die Tätergruppe erscheinen. Die Debatte drehte sich nun um »kriminelle Geflüchtete« und nicht um rechtsextreme Gewalt. Dies stellt eine eindeutige Schuldumkehr dar, welche sich auch im polizeilichen Handeln bemerkbar macht. Immer wieder wurde von diskriminierendem Verhalten durch die Polizei berichtet, beispielsweise in Form von Racial Profiling (vgl. ebd.: 248). Diese Handlungen lassen darauf schließen, dass die Polizei auch intern ein Problem mit Rassismus und Rechtsextremismus hat. Es überrascht daher wenig, dass im Jahr 2020 Schüler:innen der sächsischen Polizeihochschule in Bautzen Nazi-Parolen skandierten (vgl. Hellwig 2020b). Mit der Reproduktion des Bildes von »kriminellen Geflüchteten« fördert die Polizei rechtsextreme Narrative. Durch die Verharmlosung rechtsextremer Gewalt fühlen sich Opfer im Stich gelassen und Rechtsextreme können sich als »harmlose Bürger:innen« inszenieren. Damit zeigt sich auch im Bereich der Polizei ein fehlendes Problembewusstsein, welches sich auch auf die polizeiliche Arbeit auswirken kann, wenn Rechtsextremismus nicht verfolgt wird. Für den Aufbau einer rechtsextremen Hegemonie bietet dies optimale Bedingungen.

5. Fazit

Der vorliegende Beitrag konnte zeigen, dass sowohl Provokationsgewinne, Räumungsgewinne, Raumgewinne als auch Normalisierungsgewinne des Rechtsextremismus in seinen drei untersuchten Dimensionen im Kreis Bautzen feststellbar sind. Diese sind u.a. auf die breiten und gefestigten Angebotsstrukturen der lokalen rechtsextremen Szene zurückzuführen. Es gibt viele verschiedene Zusammenhänge, welche sich in Bezug auf Themenschwerpunkte, Radikalisierung und Zielgruppen unterscheiden. Dadurch gelingt es dem Rechtsextremismus sehr unterschiedliche Milieus anzusprechen. Gleichzeitig arbeiten die verschiedenen Zusammenhänge arbeitsteilig zusammen. Dadurch werden stabile Netzwerke geschaffen, Strukturen gefestigt und Ressourcen effektiv eingesetzt. Die verschiedenen Zusammenhänge tragen auf unterschiedliche Weise zu Geländegewinnen des Rechtsextremismus bei. Die Organisator:innen der ›Montagsproteste‹ sind beispielsweise um ein friedliches Auftreten bemüht, versuchen das Narrativ der ›normalen‹ und ›harmlosen‹ Bürger:innen zu manifestieren und erzielen dadurch Normalisierungsgewinne. Der ›Jugendblock‹ hingegen zeichnet sich durch sein aggressives Auftreten und seine Gewaltaffinität aus. Dadurch können Räumungsgewinne erzielt und teilweise sogar in Raumgewinne umgewandelt werden. Diese spielen auch den fundamentalistischen Christ:innen und selbsternannten Pazifist:innen der ›Montagsproteste‹ in die Karten, da potenzielle Gegenstimmen so zum Schweigen gebracht werden und sie ihre Erzählungen verbreiten können, ohne auf Gegenwind zu stoßen. Die Autonomen Nationalisten profitieren ebenfalls von der Zusammenarbeit, da die vermeintlich gemäßigte Gruppe als Schutz vor Repression dienen kann.

Die erfolgreiche Zusammenarbeit der rechtsextremen Szene in Bautzen ist u.a. auf verschiedene Netzwerker zurückzuführen, welche wie Benjamin Moses unterschiedliche Gruppierungen zusammenbringen oder wie Jörg Drews verschiedene Bereiche des gesellschaftlichen Lebens verbinden. Der Rechtsextremismus ist in Bautzen auch deshalb so erfolgreich, weil er auf günstige gesellschaftliche Bedingungen trifft. In Bautzen existiert eine ausgeprägte Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und die Stadtgesellschaft ist sehr gespalten (vgl. Kurtenbach 2018:

177), was Konflikte fördert und es dem Rechtsextremismus erleichtert, seine Ideologie zu verbreiten. Zivilgesellschaftliche Institutionen mangelt es an Nachwuchs und finanziellen Mitteln und viele Engagierte fühlen sich allein gelassen (vgl. ebd: 182f.). Der Aufbau einer Gegenhegemonie wird dadurch erschwert. Auch der Umgang von Politik, Zivilgesellschaft, Medien und Polizei mit dem Phänomen Rechtsextremismus trägt zu seinem Erfolg im Kreis Bautzen bei. Es mangelt in allen Bereichen nicht nur an einem adäquaten Problembewusstsein, der Rechtsextremismus wird vielmehr systematisch verharmlost. Außerdem werden Personen und Zusammenhänge, welche Ausgangspunkte der Ausbildung einer Gegenhegemonie bilden könnten, kriminalisiert. In allen Bereichen wurde das rechte Narrativ des ›kriminellen Ausländers‹ reproduziert und so zu einer Kriminalisierung Geflüchteter beigetragen. Auch linke Aktivist:innen und Politiker:innen wurden kriminalisiert, indem ihnen vorgeworfen wurde, linksextrem zu sein.

Rechtsextreme Angebotsstrukturen werden sich wahrscheinlich nie vollkommen unterbinden lassen. Um deren Einfluss zu verringern, ist es deshalb entscheidend, alternative Angebote zu schaffen, insbesondere für Jugendliche. Hierbei könnten bestehende Strukturen wie das *Steinhaus* oder der *Kurti* in Bautzen als Vorbilder dienen und gefördert werden. Das Bewusstsein für die Herausforderungen des Rechtsextremismus muss auf verschiedenen Ebenen geschärft werden. In Schulen und Vereinen könnten kostenlose Bildungsangebote dazu beitragen, rechtsextreme Tendenzen leichter zu erkennen und ihnen entgegenzuwirken. Während die Springerstiefel-Skinhead-Nazis der 90er Jahre leicht identifizierbar waren, sind solche Merkmale heute eher untypisch. Die rechtsextreme Szene hat sich weiterentwickelt und agiert weniger offensichtlich. Die Vermittlung von Wissen kann dazu beitragen, rechtsextreme Ideologien zu erkennen und zu entlarven, Symbole zu verstehen und effektive Strategien im Umgang mit Rechtsextremismus zu entwickeln. Auch Medien können zur Aufklärung über Rechtsextremismus beitragen. Notwendig ist in diesem Bereich außerdem eine sensible und differenzierte Berichterstattung, um die Förderung rechtsextremer Narrative zu vermeiden. Auch die Integration und Unterstützung von Geflüchteten spielt eine zentrale Rolle bei der Überwindung gesellschaftlicher Spaltungen. Ein inklusiver Ansatz in Politik und Gesellschaft sowie die

Förderung von Integrationsmaßnahmen und Dialogmöglichkeiten können dazu beitragen, Konflikte zu reduzieren, rassistischen Ressentiments entgegenzuwirken und die Anfälligkeit für rechtsextreme Ideologien zu verringern. Aktiv sind in diesem Bereich in Bautzen bereits u. a. das *Thespis* und der Verein *Willkommen in Bautzen*, welche weiter unterstützt werden sollten.

Literatur

- Ayyadi, Kira (2021): »Isegrim« aus Bautzen. Das rechte Label mit dem Wolf. In: Belltower News. Online verfügbar: <https://www.belltower.news/neonazis-erkennen-isegrim-aus-bautzen-das-rechte-label-mit-dem-wolf-119489/> [Zugriff: 13.12.2023].
- Baacke, Dieter / Farin, Klaus / Laufer, Jürgen (2000): Rock von Rechts. Milieus, Hintergründe und Materialien, Bielefeld: AJZ.
- Bartsch, Michael (2021): Bautzens gar nicht so heimlicher Dominator. In: Neues Deutschland. Online verfügbar: <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1151639.joerg-drews-bautzens-gar-nicht-so-heimlicher-dominator.html> [Zugriff: 18.11.2023].
- Becker, Florian / Candeias, Mario / Niggemann, Janck / Steckner, Anne (2013): Gramsci lesen. Einstiege in die Gefängnishefte, Hamburg: Argument.
- Berndt, David (2021): Rechtsextreme machen mobil für Corona-Proteste in Bautzen. In: Sächsische Zeitung. Online verfügbar: <https://www.saechsische.de/bautzen/rechtsextremisten-mobilisieren-fuer-bautzener-corona-proteste-5584713-plus.html> [Zugriff: 08.11.2023].
- Berndt, David (2022a): Extremismus-Vorwurf: Anzeige gegen CDU-Kreisrat. In: Sächsische Zeitung. Online verfügbar: <https://www.saechsische.de/bautzen/landratskandidat-zeigt-cdu-kreisrat-nach-extremismus-vorwurf-an-5701894-plus.html> [Zugriff: 19.11.2023].
- Berndt, David (2022b): Umstrittener Auftritt: Bautzens OB spricht bei Montagsprotest. In: Sächsische Zeitung. Online verfügbar: <https://www.saechsische.de/bautzen/bautzen-montagsprotest-mahnwache-oberbuergermeister-karsten-vogt-5771108-plus.html> [Zugriff: 13.12.2023].
- Bernstein, Bea (2022): Bautzen: Wer ist die Gruppe Balaclava Graphics? In: Belltower News. Online verfügbar: <https://www.belltower.news/bautzen-wer-ist-die-gruppe-balaclava-graphics-141709/> [Zugriff: 18.11.2023].

- Borstel, Dierk/ Luzar, Claudia (2016): Geländegewinne – Update einer Zwischenbilanz rechtsextremer Erfolge und Misserfolge. In: Braun, Stephan / Geisler, Alexander / Gerster, Martin (Hg.): Strategien der extremen Rechten – Hintergründe – Analysen – Antworten. 2. Aufl., Wiesbaden: Springer. S. 39-54.
- Bürgerbündnis Bautzen (2019): Stadtratswahl Bautzen 26.05.2019. Was und verbindet. Online verfügbar: <https://bbbzde.wordpress.com/> [Zugriff: 23.01.2024].
- Cox, Robert (1983): Gramsci, Hegemony and International Relations. An Essay in Method. In: Millennium. Journal of International Studies 12 (2), S. 162-175.
- Die Bundeswahlleiterin (2017): Bundestagswahl 2017. Ergebnisse. Bautzen I. Online verfügbar: <https://www.bundeswahlleiterin.de/bundestagswahlen/2017/ergebnisse/bund-99/land-14/wahlkreis-156.html> [Zugriff: 25.01.2024].
- Forschungsprojekt Konflikte im Ehrenamt (o.J.): Im Gespräch mit Bautzen. Erfahrungen und Handlungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit Konflikten. Online verfügbar: <https://im-gespraech-mit-bautzen.de/konflikte.html#gespraeche-und-erkenntnisse> [Zugriff: 18.11.2023].
- Gramsci, Antonio (1929ff.): Gefängnishefte. In: Bochmann, Klaus / Haug, Wolfgang (Hg.): Hamburg / Berlin: Argument.
- Heitmeyer, Wilhelm (1999). Sozialräumliche Machtversuche des ostdeutschen Rechtsextremismus. Zum Problem unzureichender politischer Gegenöffentlichkeit in Städten und Kommunen. In: Kalb, Peter / Sitte, Karin / Petry, Christian (Hg.): Rechtsextremistische Jugendliche. Was tun?, Weinheim: Beltz, S. 47–79.
- Heitmeyer, Wilhelm (2014): Rechtsextremismus im ländlichen Raum. In: Dünkel, Frieder / Herbst, Michael / Schlegel, Thomas (Hg.): Think Rural! Dynamiken des Wandels in peripheren ländlichen Räumen und ihre Implikationen für die Daseinsvorsorge, Wiesbaden: Springer, S. 131-146.
- Hellwig, Theresa (2020a): Initiative will über Extremismus diskutieren. In: Sächsische Zeitung. Online verfügbar: <https://www.saechsische.de/bautzen/lokales/bautzener-initiative-will-ueber-extremismus-diskutieren-5293208.html> [Zugriff: 18. November 2023].
- Hellwig, Theresa (2020b): Polizeischüler nach Nazi-Parolen entlassen. Online verfügbar: <https://www.saechsische.de/plus/polizeischueler-nach-sieg-heil-rufen-entlassen-5208387.html> [Zugriff: 15.12.2023].
- Hellwig, Theresa (2021): Bautzen: Rechtsextreme Gruppe auffällig präsent. In: Sächsische Zeitung. Online verfügbar: https://www.saechsische.de/bautzen/rechtsextreme-gruppe-auffaellig-praesent-5474473-plus.html?gad_source=1&gclid=EAlaQobChMI6oPjSpSnggMVkhmDAxodIQ-EEAAYASAAEgJGO_D_BwE [Zugriff: 18. 11.2023].

- Hollenbach, Marleen (2017): Fragwürdiger Sponsor. In: Sächsische Zeitung. Online verfügbar: <https://www.saechsische.de/fragwuerdiger-sponsor-3830601.html> [Zugriff: 13.12.2023].
- Kiess, Johannes / Feurer, Amelie / 15 Grad Research (2023): Vernetzt und etabliert. Unternehmerisches Engagement für die extreme Rechte in Ostsachsen (EFBI Policy Paper 2023-1), Leipzig: Else Frenke-Brunswik Institut.
- Kurtenbach, Sebastian (2018): Ausgrenzung Geflüchteter. Eine empirische Untersuchung am Beispiel Bautzen, Wiesbaden: Springer.
- Lang, Susanne (2020): Politische Arbeit im rechten Bautzen. Klimapolitik kann man vergessen. In: taz. Online verfügbar: <https://taz.de/Politische-Arbeit-im-rechten-Bautzen/!5751609/> [Zugriff: 24.01.2024].
- MDR Sachsen (2022): Bautzener Pfarrer: Landrat Witschas sendet verheerende Weihnachtsbotschaft. In: MDR. Online verfügbar: <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen/bautzen/bautzen-hoyerswerda-kamenz/landrat-witschas-weihnachtsansprache-kritik-politik-kircheb-100.html> [Zugriff: 18.11.2023].
- Meisner, Matthias (2016): Nach Krawallen in Sachsen. Bautzens Oberbürgermeister will mit Rechtsextremen reden. In: Tagesspiegel. Online verfügbar: <https://www.tagesspiegel.de/politik/bautzens-oberburgermeister-will-mit-rechtsradikalen-reden-5482453.html> [Zugriff: 18.11.2023].
- Meisner, Matthias (2019): Bautzen in Sachsen. Die Mutbürgerin im Kampf gegen Rechtsradikale. In: Tagesspiegel. Online verfügbar: <https://www.tagesspiegel.de/politik/die-mutburgerin-im-kampf-gegen-rechtsradikale-5544841.html> [Zugriff: 24.01.2024].
- Meisner, Matthias (2020): Bautzen, Freital, Radebeul. Rechte Hegemonie in der sächsischen Provinz. In: Tagesspiegel. Online verfügbar: <https://www.tagesspiegel.de/politik/rechte-hegemonie-in-der-sachsichen-provinz-5072008.html> [Zugriff: 10.11.2023].
- Ostsachsen.TV (2022): Bürgerbündnis Bautzen: »Udo Witschas spricht im Sinne der Bürger« BBB stellt sich hinter den Landrat. Online verfügbar: <https://www.ostsachsen-tv.com/buergerbuendnis-bautzen-udo-witschas-spricht-im-sinne-der-buergerbbbz-stellt-sich-hinter-den-landrat/> [Zugriff: 13.12.2023].
- Perthus, Sophie / Belina, Bernd (2017): Policing the Crisis in Bautzen. Die Polizei in der Ethnisierung eines städtischen Konfliktes. In: Soziale Probleme 28 (2), S. 241–259.

- Pickel, Gert / Yendell, Alexander (2018): Religion als konfliktärer Faktor im Zusammenhang mit Rechtsextremismus, Muslimfeindschaft und AfD-Wahl. In: Decker, Oliver / Brähler, Elmar (Hg.): *Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft*, Gießen: Psychosozial-Verlag, S. 217-244.
- Podbielski, Paul (2022): Gruselgeschichten. Halloween in Bautzen. In: *Belltower News*. Online verfügbar: <https://www.belltower.news/gruselgeschichte-halloween-in-bautzen-141619/> [Zugriff: 23.11.2023].
- Quent, Matthias / Schulz, Peter (2015): *Rechtsextremismus in lokalen Kontexten. Vier vergleichende Fallstudien*, Wiesbaden: Springer VS.
- RAA Sachsen (o.J.): Statistik. Rechte Gewalt in Sachsen. Online verfügbar: <https://www.raa-sachsen.de/support/statistik/statistiken/rechtsmotivierte-rassistische-und-antisemitische-gewalt-in-sachsen-2022-6968#tool> [Zugriff: 25.01.2024].
- Raciniewska, Alicja (2018): Politisierte Kleidung und politischer Charakter von Mode. In: Kumiega, Lukasz / Karner, Christian (Hg.): *(Kon-)Texte des Politischen*, Weinheim: Beltz Juventa, S. 80-110.
- Rafael, Simone (2019): Identitärer aus Bautzen im Interview: »Wir müssen jagen. Wir müssen uns bewaffnen.«. In: *Belltower News*. Online verfügbar: <https://www.belltower.news/mit-rechten-reden-identitaerer-aus-bautzen-im-interview-wir-muessen-jagen-wir-muessen-uns-bewaffnen-90045/> [Zugriff: 19.11.2023].
- Rietzschel, Antonie (2017): Ärger in Bautzen. CDU-Politiker mit gutem Draht zur NPD. In: *Süddeutsche Zeitung*. Online verfügbar: <https://www.sueddeutsche.de/politik/aerger-in-bautzen-cdu-politiker-mit-gutem-draht-zur-npd-1.3636022> [Zugriff: 18.11.2023].
- Sächsisches Staatsministerium des Innern (2023): *Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2022*. Online verfügbar: https://www.verfassungsschutz.sachsen.de/download/Saechsischer_Verfassungsschutzbericht_2022.pdf [Zugriff: 28.12.2023].
- Schedler, Jan (2011): *Style matters. Inszenierungspraxen ›Autonomer Nationalisten‹*. In: Schedler, Jan / Häusler, Alexander (Hg.): *Autonome Nationalisten. Neonazismus in Bewegung*. 1. Aufl., Wiesbaden: Springer, S. 67-89.
- Sellner, Martin (2023): *Regime Change von rechts. Eine strategische Skizze*, Steigra: Antaios.
- Stadt Bautzen (2015): *Ergebnisse der Oberbürgermeisterwahl 2015 in der Stadt Bautzen*. Online verfügbar: https://www.bautzen.de/fileadmin/media/statistik_wahlen/Wahlbericht-OB-2015.pdf [Zugriff: 25.01.2024].

- Statista (2023): Verkaufte Auflage der Sächsischen Zeitung vom 3. Quartal 2015 bis zum 3. Quartal 2023. Online verfügbar: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1079318/umfrage/auflage-der-saechsischen-zeitung/> [Zugriff: 18.11.2023].
- Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (2019): Wahlen. Online verfügbar: <https://wahlen.sachsen.de/index.html> [Zugriff: 13.12.2023].
- Weimer, Tim (2023): Illegale Schmierereien im Landkreis Bautzen: Warum werden Täter so selten gestellt? In: Sächsische Zeitung. Online verfügbar: <https://www.saechsische.de/bautzen/lokales/graffiti-schmiererei-aufkleber-bautzen-bischofswerda-skatepark-polizei-5879142-plus.html> [Zugriff: 15.12.2023].
- Wolf, Ulrich (2019): Bautzen. Die Stadt, der Protest, der völkische Christ. In: Sächsische Zeitung. Online verfügbar: <https://www.saechsische.de/bautzen-drews-hentschke-sachsen-neue-rechte-ivo-sasek-sekte-azk-christ-5057885.html> [Zugriff: 08.11.2023].
- ZDF heute (2023): Ermittlungen in Sachsen: Video soll Hitlergrüße bei Oktoberfest zeigen. Online verfügbar: <https://www.zdf.de/nachrichten/panorama/kriminalitaet/hitlergruss-oktoberfest-bautzen-ermittlungen-100.html> [Zugriff: 15.12.2023].

Die ›Stillen Proteste‹ entlang der B96

Ein explorativer Einstieg in die Eigenarten sächsischer Corona-Proteste

1. Einleitung

Der vorliegende Beitrag stützt sich auf die verdeckte Untersuchung einer Facebook-Gruppe aus den Jahren 2020 und 2021, in welcher sich die sog. ›Stillen Proteste‹ entlang der B96¹ organisiert haben. Im Rahmen dieser Proteste sollte, hauptsächlich über das ›stille‹ Zeigen verschiedener Fahnen und Schilder entlang besagter Bundesstraße, eine Oppositionshaltung zur Corona-Politik ausgedrückt werden. Im Zeitverlauf beschränkte sich der Protest aber nicht nur darauf. Die B96-Proteste waren insofern interessant, da sie in ihrer Form als stationärer, über 90km umspannender Protest nur in Sachsen vorgekommen sind. Versammelt wurde sich unter dem Motto »Frieden, Freiheit, keine Diktatur«. Im Gegensatz zu frühen westdeutschen Corona-Protesten treten beim ›stillen Protest‹ elaborierte Verschwörungsnarrative wie die ›Q-Anon-Verschwörung‹, die ›Reichs-Verschwörung‹ und die ›5G-Verschwörung‹ auf. In der Corona-Pandemie selbst stellte sich Sachsen als Sonderfall unter den Bundesländern dar. Denn im Jahresverlauf von 2020 auf 2021 war es das einzige Bundesland, in welchem der Verschwörungsglaube anstieg, statt abzunehmen (vgl. Spöri/Eichhorn 2021b: 16).

Die Untersuchung der Proteste stellt eine qualitative Annäherung an die Eigenart der sächsischen Corona-Proteste dar. Um deren Spezifika zu erarbeiten, wurde exemplarisch untersucht, welche Themen und Wertvor-

1 Bei der B96 handelt es sich um eine Bundesstraße, die von Zittau (Sachsen) nach Rügen führt und dabei von Süd nach Nord größere Teile Sachsens durchquert.

stellungen sich in den Selbstaussagen der Protestierenden finden. Zu diesem Zweck wurden Fotos und Medien von Protestveranstaltungen gesichtet, welche die Protestierenden selbst in einer Facebook-Gruppe veröffentlichten. Ziel der Untersuchung war es, mit der Grounded Theory Methode nach Strübing (2017: 40) eine Minimalkontrastierung der ›Stillen Proteste‹ zu erstellen. Aus dem Vorwissen der zunächst betrachteten Studien konnten die Kategorien Präfiguration der Proteste, das autoritär-libertäre Weltbild und das vorhandene Gegenwissen der Protestierenden deduktiv abgeleitet werden. Unter Präfiguration werden die Voreinstellungen und Einflüsse vergangener Ereignisse verstanden. Als Beispiel sind hier die Montagsmahnwachen ab 2014 oder im Vorfeld vorhandene rechte Einstellungen zu nennen. Anhand der drei Kategorien wurden die Selbstaussagen der Protestierenden mit dem gesammelten Wissensstand verglichen. Der Untersuchungszeitraum umfasst zwei Zeitspannen, welche miteinander verglichen wurden. Der erste Zeitraum umfasste den 23.10.2020 bis zum 21.11.2020. Vergleichend wurde ein Jahr später der Zeitraum vom 19.10.2021 bis zum 24.11.2021 untersucht. Dieses Vorgehen ermöglicht es, Dynamiken der Proteste im zeitlichen Verlauf zu erfassen. Im Rahmen des vorliegenden Beitrages geschieht dies dadurch, dass zunächst die theoretischen Vorannahmen sowie die daraus abgeleiteten Analysekatoren vorgestellt werden, bevor das methodische Vorgehen erläutert wird. Anschließend werden die B96-Proteste in Kürze charakterisiert, um abschließend die Ergebnisse des Forschungsprozesses darzulegen.

2. Begründung des Vorgehens & theoretische Annahmen

Um einen Einstieg in das Forschungsfeld der B96-Proteste zu erlangen und so exemplarisch die sächsischen Corona-Proteste zu beleuchten, wurden unterschiedliche Studien zurate gezogen. Diese Studien trugen zur Auswahl der B96-Proteste als Studienobjekt ebenso bei wie zu der spezifischen Frage nach den Eigenarten der sächsischen Corona-Proteste. Bereits zu Beginn der Pandemie 2020 konnte nachgewiesen werden, dass in Sachsen 23% der Befragten eine Corona-Verschwörung annehmen. Der bundesweite Durchschnitt hingegen lag bei 15% im

gleichen Untersuchungszeitraum (vgl. Spöri/Eichhorn 2021a: 4). Im Jahr 2021 schärfte sich das Bild noch einmal, in Sachsen nahmen jetzt rund 27% eine Corona-Verschwörung an, während bundesweit die Verbreitung dieser Annahme mit 9% rückläufig war (vgl. ebd.: 16). Konkrete Studien zu den B96-Protesten lagen dagegen nicht vor, lediglich Panreck et al. (2021: 11) erwähnten diese im Zusammenhang mit der Beteiligung der AfD im Kontext von Corona-Protestereignissen. In Anlehnung an die Studien von Frei und Nachtwey (2021) und Holzer (2021), die ihre Untersuchungen auf für die Protestszene symbolisch bedeutsame Zeiträume fokussierten, wurde im vorliegenden Beitrag der 07. November als Ankerdatum gewählt, da sich an diesem Tag im Jahr 2020 mit der von Ausschreitungen geprägten bundesweiten Großdemonstration in Leipzig ein zentrales Radikalisierungsmoment der *Querdenken*-Bewegung erkennen ließ. In Anlehnung an das methodische Vorgehen der genannten Autor:innen wurde der 23.10. bis zum 21.11. gewählt, da so ein prägnanter Zeitraum zwei Wochen vor und nach dem 07. November untersucht werden konnte. Es wurden zwei Zeiträume ausgewählt, um eine Vergleichbarkeit der Daten und so *die minimale Kontrastierung* des Gegenstandes im Sinne der Grounded Theory zu ermöglichen (vgl. Strübing 2017: 40). Die Auswahl des zu untersuchenden Mediums, hier einer zur Vernetzung genutzten Facebook-Gruppe, wurde durch mehrere Überlegungen inspiriert. Sebastian Koos befragte 2020 in Konstanz bei einer *Querdenken*-Demonstration die Teilnehmenden nach dem Grund ihrer Teilnahme und ihren Informationsquellen. Facebook wurde neben Telegram als ein relevantes Informationsmedium genannt (vgl. Koos 2020: 9-12). Bei Spöri und Eichhorn (2021a) traten die Social Media Plattformen Telegram und Facebook gleichermaßen als relevante Informationsquellen auf und auch Panreck et al. (2021) kamen zu dem Schluss, dass sich die Proteste über ebensolche Plattformen vernetzen. Weiter schlussfolgerte Roose (2020: 28f.) in seiner repräsentativen Befragung »Verschwörung in der Krise«, dass soziale Netzwerke eine wichtige Informationsquelle für Menschen seien, welche an eine Corona-Verschwörung glauben.

Um einen Over-Coverage-Effekt sozial erwünschter Kategorien oder gar Absprachen zum Antwortverhalten unter potentiellen Befragten zu vermeiden, wie bei Studien von Frei und Nachtwey oder Koos geschehen,

wurde sich für eine qualitative und verdeckte Untersuchung der Gruppe entschieden. So sollte die Möglichkeit entstehen, unverzerrte Aussagen der Protestierenden analysieren zu können. Zu diesem Zwecke wurden Medieninhalte untersucht, in der Regel Fotografien, welche die Demonstrierenden selbst in der Facebook-Gruppe hochluden. Die Auswahl der Medien wurde dafür auf die genannten Zeiträume und die Zuordnung zu einem Protestgeschehen beschränkt. Gleichzeitig wurden nur solche Medien untersucht, welche durch Symbole, etwa Fahnen, oder lesbare Protestschilder eine Selbstaussage ausdrückten und einer Protestveranstaltung zuzuordnen waren.

Um diese Aussagen so miteinander zu kontrastieren, dass sie einen Einblick in die sächsischen Corona-Proteste zulassen, wurden Vergleichskategorien gebildet. Anhand dieser wurden die B-96 Proteste mit Erkenntnissen über die Corona-Proteste allgemein verglichen. Diese Vergleichskategorien umfassen das Gegenwissen, das autoritär-libertäre Weltbild und die Präfigurationen der Protestierenden. Sie sollten mit dem gesammelten Wissen über Corona-Proteste insgesamt eine Wissensachse bilden, anhand derer die untersuchten Medien kodiert und den oben genannten Kategorien zugeordnet werden konnten (vgl. Strübing 2002: 332). Im Folgenden wird die Herleitung dieser Kategorien aus Studien über Corona-Proteste erläutert.

2.1 Gegenwissen

Den Begriff des »Gegenwissen« führten Pantenburg et al. (2021a: 1-8) in die Diskussion um die Corona-Proteste 2021 in Konstanz in ihrem Beitrag »Corona-Proteste und das (Gegen-) Wissen sozialer Bewegungen« ein. Dabei schrieben sie das Vorhandensein von Gegenwissen nicht nur den Corona-Protesten zu, sondern bezeichnen es als Eigenart von sozialen Bewegungen. Als Beispiele werden dabei die Friedensproteste von 1980 und *Fridays for Future* genannt. Dieses Gegenwissen zeichne sich dadurch aus, dass es gegen die im politischen und gesellschaftlichen Diskurs präsenten Wissensbestände sowie die daraus folgende Politik gerichtet sei. Allerdings ginge es nicht nur um bestimmte Wissensinhalte, sondern auch um Formen und Methoden, durch welche sich Wissen angeeignet werde.

Im Fall der Corona-Proteste wird dieses Gegenwissen hauptsächlich über soziale Medien erworben und verbreitet (vgl. ebd.: 3, Schüler 2021: 14). Die Protestierenden wollen sich stark von etablierten Autoritäten abgrenzen und schreiben eigener Recherche und selbst erworbenem Wissen daher einen hohen Stellenwert zu (vgl. Pantenburg et al. 2021b: 45). Dieses Medienkonsumverhalten wurde in der Leipziger Autoritarismus Studie ebenfalls bei Rechtsextremen festgestellt und darauf zurückgeführt, dass sich diese gleichermaßen auf Grund ihrer Weltanschauung wenig von politischen Instanzen repräsentiert fühlen und sich alternative Resonanzräume suchen (vgl. Decker/Brähler 2020: 78f.). Dabei wird im Prozess und in der Form des Wissenserwerbs selbst schon eine Legitimation dieses Wissens gesehen. Die ›alternative Haltung‹ wird dabei als gleichwertig zu wissenschaftlichen Erkenntnissen behandelt (vgl. Pantenburg et al. 2021b: 47). So ist es Teil der Wissenspraxis, dazu aufzurufen sich selbst zu informieren, allerdings steht dabei nicht der eigentliche Wissensgewinn im Vordergrund (vgl. Nachtwey et al. 2020: 56). Vielmehr gilt als Validierungskriterium die Ausrichtung gegen die dominante Bewertung der Pandemie (vgl. Pantenburg et al. 2021b: 47). Es geht weniger darum, was kritisiert wird, *als dass überhaupt kritisiert wird*. Nachtwey et al. (2020: 60f.) beschreiben die Protestierenden als Gesinnungsethiker, welche dafür sorgen, »dass die Flamme der reinen Gesinnung, die Flamme z.B. des Protestes gegen die Ungerechtigkeit der sozialen Ordnung, nicht erlischt«. Dabei wird eine Gut/Böse Dichotomie transportiert, je nachdem, ob die Gegenmeinung als legitim betrachtet wird oder nicht (vgl. Pantenburg et al. 2021b: 48). Mit der Entgrenzung von Wissen, also der Enthierarchisierung, geht auch die emotionale Beweisführung einher.

Das Empfinden einer Diktatur wird gleichgestellt mit dem Vorhandensein einer Diktatur. Entsprechend naheliegend sind die Selbstvergleiche mit der DDR oder dem Nationalsozialismus (vgl. Panreck et al. 2021: 112). Zwar glauben nicht alle Protestierenden an eine Verschwörung, oder gar an elaborierte Verschwörungsnarrative, doch »[d]er Kampf gegen eine verfälschte offizielle Version, ein Dualismus von denen da oben und uns, das Absetzen von einer gezielt fehlinformierten Mehrheit sowie radikal vereinfachte Deutungsmuster des ›gesunden‹ Menschenverstandes‹ münden in eine Argumentation, die die Existenz einer Konspiration nahelegt (Pantenburg et al. 2021b: 44).

In dem intertemporalen Vergleich mit der Spanischen Grippe führen Panreck et al. (2021) aus, dass längst nicht alle Protestierenden an elaborierte Verschwörungsideologien glauben (vgl. Schließler et al. 2020: 286f.). Sowohl Schließler et al. (2020) als auch Frei und Nachtwey (2021) führen an, dass der Glaube an Verschwörungserzählungen komplementär zu esoterischen Standpunkten sei. Letztere (2021: 47) stellten fest, dass gerade in Baden-Württemberg Alltags-Anthroposophie verstärkt zum Glauben an Corona-Verschwörungen beigetragen hat. Oliver Nachtwey et al. (2020: 60f.) schreiben dazu, dass versucht werde, die erlebte Isolation in der Schaffung einer neuen Gemeinschaft aufzulösen. Entsprechend werden die Veranstaltungen von einem affirmativen Freizeitcharakter und einer anschlussfähigen Liebesrhetorik geprägt (vgl. ebd.: 27).²

2.2 Präfiguration

Mit dem Willen zur Rückkehr zur »alten Normalität« beschreiben Pantenburg et al. (2021a) den präfigurativen Charakter der Proteste. Bereits im Kleinen wurde versucht zu leben, was im Großen erreicht werden sollte. Um zu umreißen welche Form dieses »Große« allerdings hat, sollte dargestellt werden, welche (Vor)Einstellungen und Erfahrungen in den Corona-Protesten gebündelt wurden.

Die Leipziger Autoritarismus Studie von Oliver Decker und Elmar Brähler (2020) hat sich explizit mit autoritären Einstellungen beschäftigt. In dem dazu erschienenen Sammelband argumentieren Schließler et al. (2020: 284), dass die Corona-Proteste an die »Montagsmahnwachen für den Frieden« anknüpfen. Diese finden seit der Ukraine-Krise 2014 statt und sind trotz der Heterogenität und Widersprüchlichkeit der im Einzelnen vertretenen Positionen in ihrer Rahmung klar als politisch rechts einzuordnen, auch wenn sie sich einer Querfrontrhetorik bedienen. Frei und Nachtwey (2021: 8) beschrieben passend, dass die Bewegung einen Drift hat, der »von links kommt aber teilweise nach rechts geht«. Nicht

2 So meldete etwa die Polizei 02.01.2021, dass sich Teilnehmende einer Querdenken-Demonstration zum Singen und Tanzen auf dem Alexanderplatz in Berlin versammelten. Zu anderen Gelegenheiten wurde Polonaise getanzt.

überraschend ist, dass die Corona-Proteste 2020 auch an die Montagsdemonstrationen von 1989 anknüpften. Namentlich wurde von Corona-Protestgruppen wie *Querdenken* am 07.11.2020 zu einer Großdemonstration unter dem Titel »Friedliche Revolution (2.0)« mobilisiert. Diese wurde von Frei und Nachtwey (2021) untersucht. Auch Sabine Stach und Greta Hartmann (2020) betonen die performative Aneignung des Datums durch *Querdenken*.

Rechte Einstellungen unter den Protestierenden wurden durch den Einfluss der Montagsmahnwachen bereits indiziert. Nachtwey et al. (2020: 62) kamen bei ihrer Befragung zu dem Ergebnis, dass die, heute in Teilen als gesichert rechtsextrem geltende, AfD unter den Protestierenden den höchsten Zuspruch unter den Parteien erfährt. Gleichzeitig wurde in der Studie berichtet, dass bei den Protestierenden eine normative Unordnung herrsche, welche zumindest nach rechts offen ist. Panreck et al. (2021: 112f.) kamen zu dem Schluss, dass bei den Corona-Protesten eine Vermischung von rechtsextremen Themen und Diskursen zu beobachten ist. So spielen etwa die ›Q-Anon-Verschwörung‹, die ›Reichs-Verschwörung‹ und auch die Idee des ›großen Austausch‹ eine Rolle in den Diskursen der Protestierenden. Die direkte Verbindung von rechtsextremen Strukturen ließe sich allerdings nicht über die inhaltliche Verknüpfung qualifizieren. Allerdings gibt das Landeskriminalamt von Baden-Württemberg an, dass der Gründer von *Querdenken*, Michael Ballweg, und die Spitze der Bewegung überwacht werden.

Das Landeskriminalamt wiederum kam zu dem Schluss, dass die Corona-Proteste eine Plattform für rechtsextreme Bestrebungen sind und sich entsprechende Akteur:innen dort einfinden. Dies ging aus einem geleakten internen Bericht des BKA 2020 hervor.³ Diese normative Unordnung mit rechtem Einschlag beschreiben Nachtwey et al. (2020: 51-53) näher, indem sie mit ihrer Befragung aufzeigen, dass 60% der Protestierenden die Annahme teilen, dass Deutschland kein souveräner Staat sei, und 59% kein Problem mit dem Zeigen der schwarz-weiß-roten Reichsfahne haben. Frei und Nachtwey (2021) fielen zur politischen Repräsentation der Protestierenden 2021 auf,

3 Die Echtheit des Berichtes konnte durch die Amadeu-Antonio-Stiftung verifiziert werden (vgl. Potter 28.01.2021).

dass nicht nur die AfD von den Protestierenden in Baden-Württemberg gewählt wird, sondern auch die Kleinstpartei die dieBasis.⁴

2.3 Autoritär-Libertäres Weltbild

Die Beschreibung des Weltbildes bzw. des Freiheitsverständnisses der Corona-Protestierenden als autoritär-libertär, findet sich bei Nadine Frei und Oliver Nachtwey (2021). Sie nutzen den Begriff, um das Verständnis des anthroposophischen und ehemals alternativen Milieus zu beschreiben, bei welchem sie die Komplementarität von esoterischen Standpunkten zu verschwörungstheoretischem Denken feststellten. Dabei bezeichne ein libertäres Freiheitsverständnis ein solches, in welchem »Individualität, Eigenverantwortung und Selbstbestimmung [als] nahezu absolut gesetzt werden« (ebd.: 4). Die Idee des autoritär-libertären Weltbildes fand sich bereits 2019 in der Untersuchung »Regressive Rebellen und autoritäre Innovatoren: Typen des neuen Autoritarismus« (Nachtwey/Heumann 2019) und früheren Untersuchungen. Besonders hervorzuheben ist hier, dass ebenfalls die Grounded Theory nach Strübing genutzt wurde, um tentativ ein Bild vom Aufkommen und der Persistenz von Rechtspopulismus zu zeichnen. In der Untersuchung wurde sich an Duckitt orientiert. Dieser beschreibt, dass der autoritäre Charakter, nach Adorno, paradoxe Züge annehmen kann, in welchen er libertär-autoritär wird. In diesem Falle richte er sich gegen »etablierte Autoritäten, Normen und Institutionen« (ebd.: 4).

In dieses Verständnis reihen sich die von Holzer (2020) herausgearbeiteten Motive zur Teilnahme an den Corona-Protesten am 03. und 04. Oktober 2020 in Konstanz ein. Er beschreibt, dass die zwei Leitmotive eine Rückkehr zum Status quo ex antes der Pandemie, die Wiederherstellung der Freiheitsrechte sowie ein zugespitzter Konflikt mit den Gruppen sei, welche »mit unlauteren Mitteln die Öffentlichkeit manipuliert hätten« (ebd.: 140). Auch im *Values in Crisis* Monitor wurde festgestellt, dass eine starke Korrelation zwischen dem Glauben an Corona-Verschwö-

4 Zu den Zielen der Partei gehört u.a. die Abschaffung der Impfpflicht, die kryptische Forderung, dass keine Andersdenken schikaniert werden sollen, eine Beendigung des Corona-Notstandes, sowie eine »echte Friedenspolitik«, was einen Frieden mit Russland einbeziehen würde.

rungen und der Bewertung der persönlichen Freiheit als wichtiger als der Schutz der Gesundheit existiert (vgl. Spöri/Eichhorn 2021b: 18). Frei und Nachtwey (2021: 3) kamen zu dem Schluss, dass Protestierende die Einschränkung der Grundrechte als schwerwiegender empfunden haben als die Auswirkungen der Pandemie.

Die Relevanz des autoritär-libertären Freiheitsbegriffs wurde nach dem Abschluss der Untersuchung deutlich, als Amlinger und Nachtwey 2022 ihr Buch ›Gekränkte Freiheit‹ veröffentlichten. In diesem analysieren sie die *Querdenker*-Szene und definieren den libertären Autoritarismus. Prägnant zusammengefasst schreiben sie: ›Libertär ist ihr Autoritarismus, weil er eine Abwehr gegen jede Form der Einschränkung individuellen Verhaltens darstellt‹ (Buchholz 2022). Damit einher geht eine Neigung, die eigene Meinung, die eigene Weltanschauung und das eigene Wissen als oberste Maxime zu setzen.

3. Methodisches Vorgehen

In der getätigten Untersuchung wurde sich dem offenen pragmatischen Verfahren der Grounded Theory bedient (vgl. Strübing 2017: 28). Prozesshaft wurde sich Vorwissen über die Corona-Proteste in Deutschland angeeignet. Dieser offene Prozess wurde in die tentative Fallauswahl, hier die Betrachtung des ›Stillen Protests‹ entlang der B96, überführt. In den geäußerten theoretischen Annahmen liegt auch die Begründung für die Auswahl der Datengrundlage. Parallel dazu wurde das Vorwissen zu den sensibilisierenden Konzepten Präfiguration, Gegenwissen und autoritär-libertäres Weltbild verdichtet (vgl. ebd. 2002: 332). Diesen Konzepten wurden aus der verdeckten Untersuchung gewonnene Daten nach dem Indikator-Konzept-Modell zugeordnet (vgl. Bischof 2017: 84). Diese Kodierung ermöglichte die Abstraktion der Eigenart der erhobenen Daten in Bezug auf Corona-Proteste in Deutschland. Dabei wurden Aussagen bzw. Interviewteile in Sinneinheiten unterteilt und Indikatoren festgehalten, welche auf mögliche Konzepte schließen lassen können. Daten(-ausschnitte) wurden als Anzeichen für dahinterliegende Konstrukte benutzt (vgl. Kühlmeyer et al. 2020: 8). Als Ergebnis wurden die Daten in Schlüsselkategorien überführt, um die Eigenarten des ›Stillen Protests‹

exemplarisch für die sächsischen Corona-Proteste zu beleuchten. Da es sich hier um ein gegenstandbezogenes Verfahren handelt und nur Teilbereiche der (sozialen) Wirklichkeit untersucht werden, welche prozessual erschlossen wurden, kann die angewandte Methodik der Grounded Theory hier höchstens eine Theorie mittlerer Reichweite mit einer temporären Gültigkeit liefern (vgl. Böhm 1994: 3-6).

4. Phänomenbeschreibung ›Stiller Protest‹ entlang der B96

Seit Ende April 2020 protestieren in sächsischen Ortschaften entlang und um die Bundesstraße 96 zahlreiche Menschen gegen die Corona-Maßnahmen der Bundesregierung. In der durchgeführten Untersuchung gab es Proteste in Bautzen, Ebersbach, Friedensdorf, Großposwitz, Neusalza, Görlitz, Holtendorf, Königswartha, Leipzig, Löbau, Neugersdorf, Oppach, Oderwitz, Oberkaina, Rascha und Zittau. Die Proteste sind jeden Sonntag zwischen 10 und 11 Uhr angesetzt. Allerdings wurden auch bspw. in Zittau, Löbau und Neugersdorf montags zwischen 10 und 11 Uhr Proteste durchgeführt. Zu diesen Zeiten stellten sich die Protestierenden mit Schildern, Bannern und Fahnen an die Bundesstraße 96 und taten ihren Unmut kund. Bis zum heutigen Tag protestieren nach wie vor vereinzelt Menschen entlang der B96 (Stand: Januar 2024). Die Ziele der Protestierenden ließen sich in der Vergangenheit unter einer Oppositionshaltung gegen die Corona-Maßnahmen zusammenfassen. Der YouTube-Kanal »Eimi Video« lud 2020 und 2021 Videos vom Protestgeschehen hoch.⁵ In den ersten Sekunden der Videos wurde ein Schild eingeblendet, auf welchem »Rechtsstaatlichkeit, Meinungsfreiheit, Coronamaßnahmen stoppen« sowie »Stiller Protest Zittau bis Sassnitz« zu lesen war.

Um die Gründe für die Teilnahme der Protestierenden genauer zu beleuchten, besuchte Jana Ulbrich, eine Journalistin der Sächsischen Zeitung, am 10.05.2020 die Proteste. Die Protestierenden gaben an, dass sie dort für ihre Grundrechte kämpfen würden, keine Angst vor dem Virus hätten und dort zusammenkämen, um Gleichgesinnte zu treffen. Manche sahen die Maßnahmen zwar im

5 <https://www.youtube.com/@DidiEimi/videos> [Zugriff: 02.02.2024].

Kern als richtig an, empfanden sie aber in ihrer damaligen Form als zu hart. Andere verglichen den Protest mit den Menschenketten von 1989. Allerdings sei die Stimmung eine andere. Es herrsche eine große Unzufriedenheit und Frust. Ein Rentner etwa sagte, dass er selbst ein Rechter und vor drei Jahren bei *Pegida* mitgelaufen sei. Seitdem habe er von den Medien seinen Stempel weg. Andere kritisieren, dass die Lockerungen der Maßnahmen zu zögerlich geschehen seien. Zu sehen waren laut Ulbrich auch rechtsradikale Symbole, schwarz-weiße-rote Fahnen sowie Bezüge zu Verschwörungsideologien und der Reichsbürgerszene. Noch am gleichen Sonntag wurde die Sächsische Zeitung von einem der Mitbegründer der Aktion kontaktiert. Er informierte darüber, dass der ›Stille Protest‹ aus einer Facebook-Gruppe heraus entstanden sei. Diese habe runde 1.900 Mitglieder (Stand 10.05.2020). Darüber hinaus teilte er mit, dass die Aktion zunehmend von Rechten und der AfD unterwandert wurde und er deswegen ausgetreten sei (vgl. Ulbrich 2020). Im Dezember 2020 führte ein ehemaliger Moderator der Facebook-Gruppe »Stiller Protest entlang der B96« und Mitbegründer der Aktion ein Interview mit der Sächsischen Zeitung. In diesem gab er sich selbst als Aussteiger zu erkennen und berichtete, dass die Gruppe ursprünglich gegründet worden sei, um den Einzelhandel und die Wirte in der Region zu unterstützen. Er habe sich von der Gruppe abgewandt, da ihn die Bilder von den schwarz-weiß-roten Fahnen abschreckten. Er berichtet davon, dass er eine Umfrage in der Gruppe durchgeführt hatte, um herauszufinden, was die Menschen von solchen Fahnen hielten. Die meisten würden sie ablehnen, aber eine laute Minderheit habe sich schließlich durchgesetzt (vgl. Appeldorn 2020). Zum Ende der Untersuchung befanden sich rund 2.800 Mitglieder in der Gruppe (Stand 01.02.2022). In Medienberichten wird die Teilnehmendenzahl des ›Stillen Protests‹ auf einige hundert bis mehr als 1.000 Menschen entlang der B96 geschätzt, es kann eine starke Fluktuation angenommen werden. Im Mai 2020 schrieb die Sächsische Zeitung, dass mehr als 1.000 Personen an den Protesten teilnehmen würden (vgl. Gutte 2020). Im Dezember 2020 wurde jedoch von einem wachsenden Protest gesprochen, wobei sich darauf bezogen wurde, dass sich die Zahl von 200 auf ca. 400 Personen erhöhte (vgl. Christmann 2020).

Aus den Berichten zu den Protesten entlang der B96 geht hervor, dass die Veranstaltungen nicht alle ordnungsgemäß angemeldet wurden. Immer wieder kam es zu Verfahren gegen das Versammlungsgesetz. Die Polizei ermittelte Ende 2020 insgesamt in 21 Verfahren im Zusammenhang mit den Protesten. Dabei ging es um »Verstöße gegen das Versammlungsgesetz, Nötigungen im Straßenverkehr, das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, Sachbeschädigung, Beleidigungen, das mögliche Zeigen eines Hitlergrußes und Internetkommentare, die strafrechtlich relevant sein könnten« (Christmann 2021).

5. Ergebnisse

Für das Verständnis der Ergebnisse ist es wichtig nachzuvollziehen, dass die Facebook-Gruppe als Dokumentationsplattform für Corona-Proteste genutzt wurde. Sobald ein Corona-Protest mit Bildmaterial und einem nachvollziehbaren Ort in den Untersuchungszeiträumen in die Gruppe gepostet wurde, wurde diese Protestveranstaltung mit aufgenommen. So sollten auch mögliche Netzwerke und benachbarte Protestfelder miterfasst werden, da in der Analyse davon ausgegangen wird, dass der ›Stille Protest‹ einen von vielen sächsischen Corona-Protesten darstellt. Eine Eigenart der B96-Proteste ist, dass Fahnen in unterschiedlichen Kombinationen und alleinstehend gezeigt wurden.

5.1 Die ›Stillen Proteste‹ 2020

Im Jahr 2020 lag der Untersuchungszeitraum zwischen dem 24. Oktober und dem 21. November. Zu dieser Zeit konnten insgesamt 31 Protestveranstaltungen an 14 unterschiedlichen Orten festgestellt werden. Auf 145 erfasste Bilder zu den Veranstaltungen entfielen 97 Selbstaussagen und 48 Fotografien von Fahnen. Bei den Veranstaltungen handelte es sich um insgesamt 27 Fahnenproteste, bei welchen die Protestierenden an der Straße standen. Dazu kamen eine Demonstration, zwei Spaziergänge und ein Kerzenspaziergang. Nach der Menge an Selbstaussagen geordnet, fanden die Demonstrationen in Oppach, Neugersdorf, Oberkaina,

Königswartha, Großposwitz, Ebersbach, Friedensdorf, Holtendorf, Zittau, Neusalza, Oderwitz, Rascha, Löbau und Wien⁶ statt.

5.1.1 Gegenwissen 2020

Entsprechend der oben entwickelten Operationalisierung des Gegenwissens konnte festgestellt werden, dass verschiedene elaborierte Verschwörungserzählungen bei den Protesten vertreten werden. Zu diesen gehören die Narrative der ›Q-Anon-Verschwörung‹, der ›Reichs-Verschwörung‹, der ›Bill-Gates-Verschwörung‹ und der ›5G-Verschwörung‹. Der Glaube an die ›Q-Anon-Verschwörung‹ wird beispielsweise durch eine Fahne symbolisiert, welche auf einer Hälfte die Nationalflagge der USA und auf der anderen Hälfte die russische Nationalflagge abbildet. In der Mitte der Fahne sind ein brennendes Q und eine Friedenstaube zu sehen. Am Saum der Flagge ist eine schwarz-weiß-rote Umrahmung zu erkennen und die Worte »Wladimir <3 Donald Gebt uns Frei«. Dies ist ebenfalls im Sinne der ›Reichs-Verschwörung‹ zu interpretieren. Diese wird auch durch die Kombination der russischen, amerikanischen und Reichsflagge symbolisiert. Diese Kombination ist mehrfach bei Protestveranstaltungen zu beobachten. Die ›5G-Verschwörung‹ wird lediglich einmal auf einem Schild erwähnt (»For the future of our children no 5g Stopp 5g überall!!! Wir sind keine Laborratten«). Die ›Bill-Gates Verschwörung‹ taucht jedoch insgesamt bei drei aufeinanderfolgenden Veranstaltungen auf (»[sic.] Gibt Gates keine Chance. Dont pay the Bill! Nein zur Zwangsimpfung Meine Gedanken sind frei!«). Neben elaborierten Verschwörungsideologien wird teilweise ungerichteter Verschwörungsglaube auf Schildern preisgegeben (»Diese Krise ist gewollt«, »Schluss mit der Plandemie«, »Willkommen in der Coronadiktatur«, »Die neue Normalität Pandemie oder Plandemie«). Des Weiteren wurden Wissenspraxen reproduziert, wie etwa die Abwertung des Mundschutzes oder Vergleiche der NS-Zeit mit der Corona-Pandemie (»1933...2020 die Geschichte wiederholt sich«, »Mundschutz = Maulkorb«). Kohärent zum Auftauchen von Verschwö-

6 In Wien fand eine Großdemonstration aus dem Umfeld der Corona-Proteste statt. Immer wieder wurde in der Gruppe für Großveranstaltungen mobilisiert. In diesem Sinne wurden die beworbenen Veranstaltungen in die Untersuchung mit einbezogen, da sich eine inhaltliche Anknüpfung vermuten lässt.

rungsdanken treten auch esoterische bzw. christliche Selbstaussagen auf (»Wir deutschen fürchten Gott, sonst nichts auf der Welt«, »Wacht auf 2x«, »..Weltfrieden«). Diese funktionieren teilweise über in Analogien zum Kaiserreich wie etwa bei »Gott mit uns 1870«.

Es gibt allerdings auch Versuche der Vergemeinschaftung, so werden häufig regionale Flaggen gezeigt, wie die der Oberlausitz. Auch die Aufschrift auf einem Schild »B96 Straße des Widerstands« adressiert vornehmlich eine Gemeinschaft der Mitprotestierenden. Ein sehr eindeutiger Versuch dessen ist ein deutsch-tschechisches Freundschaftsbanner, welches »Tschechen und Deutsche gegen Corona-Willkür Gemeinsamer Protest spolecne proti svevolnemu zneutivani problemu Covid 19 urady pridejte se ke spolecnym Protestum« besagt. Der deutschsprachige Teil wurde zur Verständigung ins Tschechische übersetzt. Hervorzuheben ist, dass es Codes gibt, mit welchen sich die Protestierenden gegenseitig erkennen. So kursiert auf mehreren Schildern das »Wahrheitszeichen« des Esoterikers Heiko Schrange. Es handelt sich um einen Kreis mit einem gelben Punkt in der Mitte. Schrange begann seinen YouTube-Kanal während der Ukraine-Krise 2014 und nahm an zahlreichen Montagsmahnwachen teil. Er ist als rechtsesoterisch einzuordnen.

5.1.2 Präfiguration

Das genannte Wahrheitszeichen von Schrange ist ebenfalls als Präfiguration zu verstehen, da es auf eine Kontinuität zu den Montagsmahnwachen von 2014 hinweist. Eine weitere Auffälligkeit ist, dass zu mehreren Gelegenheiten Protestierende gelbe Westen tragen. Dies lässt den Schluss zu, dass sie symbolisch an die Gelbwestenbewegung aus Frankreich anknüpfen. Die erwarteten autoritären Haltungen zeigen sich durch das Abspielen des rechten Rappers Chris Ares bei Protesten. Es werden viele Bezüge zum Kaiserreich gezeigt, z.B. eine gelbe Flagge mit eisernem Kreuz und der Aufschrift 1870 sowie einer Abbildung Kaiser Wilhelms. Es wurde sich bereits 2020 positiv auf die Wende 1989 bezogen. So trägt etwa ein Protestierender ein Schild mit der Aufschrift »Meine Gedanken sind frei«. Das Lied »Die Gedanken sind frei« stellte während der friedlichen Revolution 1989 einen gemeinsamen Ausdruck für den

Wunsch nach Freiheit und Unabhängigkeit dar. Es finden sich auch einige Verbindungen zu anderen organisierten Corona-Protesten. So wird etwa als Quelle für die oben genannte ›5G-Verschwörung‹ die Zeitschrift *Demokratischer Widerstand* aufgeführt. Diese ist die hauseigene Gazette von *Querdenken*.

Eine weitere Präfiguration ist nur mit Kontextwissen greifbar (»Nein zu Maske Bußgeld und Massentest u [sic.] Islamisierung«). Einerseits wird gegen staatliche Regularien opponiert, auf der anderen Seite gegen Islamisierung protestiert. Diese Überschneidung stellt eine kontinuierliche Nähe zu den Flüchtlingsprotesten von 2015 als präfigurativen Faktor dar. Als Maß der autoritären Ausprägung soll hier noch erwähnt werden, dass im Rahmen von insgesamt 20 Selbstaussagen die schwarz-weiß-rote Fahne von Demonstrierenden gezeigt wurde. Diese gilt als autoritäre Präfiguration, da mit dieser eine eindeutig rechte Weltanschauung verbunden ist.

5.1.3 Autoritär-Libertäres Weltbild

Bei der Untersuchung des autoritär-libertären Weltbildes der Protestierenden fiel zunächst auf, dass einige ein Gaststätten-Schild beschrieben hatten. Dieses zeigte an, dass die Gaststätte geschlossen habe, versehen mit dem Schriftzug »Für die Freiheit«. Hier wird an die ursprüngliche Entstehungsgeschichte der Proteste, die Unterstützung von Wirten in der Region, angeknüpft. Diese Aussage trägt also ebenfalls zu den Präfigurationen bei, wird allerdings im libertären Weltbild verordnet, da entgegen allgemein gültiger Regelungen durch die Pandemie-Maßnahmen die wirtschaftliche und persönliche Freiheit eingeschränkt werde. Viele Protestierende verweisen mit Schildern auf das Grundgesetz oder die Menschenrechte (»Wie ist deine VERFASSUNG jetzt?«, »Art. 1 Grundgesetz«, »Die Würde des Menschen ist unantastbar«, »Art 20 1 + 2 Die BRD ist ein demokratischer und sozialer Bundestaat Alle Souveränität geht vom Volk aus«). Mit diesen drücken die Protestierenden aus, dass sie im Kontext des Pandemiegeschehens ihre Grundrechte in Gefahr sehen und verweisen dabei auf die Souveränität des Volkes. Da ein klarer Bezug auf Grundrechte hier eine implizite Opposition zu den politischen

Repräsentant:innen markiert, lassen sich diese Äußerungen als libertär bewerten. Auch die Ablehnung der als homogenes Kollektiv eingeordneten parteipolitischen Akteur:innen spielt für das Weltbild der Protestierenden eine große Rolle. Öfter ist zu lesen: »Wir brauchen Volksvertreter keine Volksverräter.«, »Wir sind ausgemerkelt«.

Interessanterweise nutzten die Protestierenden auch das Zitat: »Wenn Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht«. Dieses stammt von Berthold Brecht, dessen Weltanschauungen und politische Einordnung für die Demonstrierenden keine Rolle zu spielen scheint. Es wird deutlich, dass die Wirkmächtigkeit und Prägnanz der Forderung deren historische und politische Ursprünge überschattet und irrelevant werden lässt. Brecht selbst hat sich politisch links verordnet und war Kommunist, was gegensätzlich zu der hier vertretenen Anschauung ist, in welcher ein liberaler Individualismus im Fokus steht. Frei und Nachtwey (2021: 5) legen nahe, dass sich einige der Protestierenden ehemals dem alternativen Milieu zugeordnet haben könnten.⁷ Im Kontext der Corona-Protteste wird allerdings trotzdem von einem libertären Weltbild ausgegangen, da der Aufruf des Widerstandes eng mit der Nicht-Akzeptanz staatlich gesetzter Corona-Verordnungen einhergeht.

5.2 Die ›Stillen Proteste‹ 2021

Für das Jahr 2021 wurde der Untersuchungszeitraum 19. Oktober bis 22. November gewählt. Die Auswahl eines längeren Zeitraumes ist pragmatisch bedingt und sollte eine höhere Dichte an Datenmaterial liefern, da deutlich weniger Veranstaltungen registriert wurden. Im Gegensatz zu 2020 fanden lediglich 16 Veranstaltungen an 7 Orten statt. Dabei wurden 80 Selbstaussagen als Fotografien, 56 als Demonstrationsschilder sowie weitere 24 als Flaggenkonstellationen dokumentiert. Vier Videos wurden mit in die Analyse einbezogen. Die Veranstaltungen fanden in Oppach, Ebersbach, Leipzig, Neugersdorf, Bautzen, Görlitz und Dresden statt.

7 Sie schreiben, dass viele der Protestierenden weltanschaulich von links kommen und nach rechts gehen würden.

5.2.1 Gegenwissen

Im Jahr 2021 wurde erneut festgestellt, dass viele Äußerungen der Protestierenden Chiffren der ›Q-Anon-Verschwörung‹ zeigen. Gleichzeitig nahm auch die Menge an anthroposophischen Inhalten zu. Es fanden sich fünf Schilder mit ›Q-Anon-‹, bzw. ›Reichs-Verschwörungs-‹ Bezug (›WWG1WGA⁸«, »Friedensvertrag Jetzt«). Im Vergleich zum letzten Jahr gab es nur noch zu einem Zeitpunkt einen Bezug auf die ›5G-Verschwörung‹ (›Wie viele Impftote wollt ihr noch gegen 5g«).

Dazu kamen komplementär vier anthroposophische Selbstaussagen (›Für eine Lichtvolle Zukunft«, »Ihr werdet die Wahrheit erkennen und die Wahrheit wird euch frei machen«, »Wacht auf«, »Heute schon dankbar gewesen?«). Besonders hervorzuheben ist allerdings, dass 2021 vermehrt taktisches Wissen in der Facebook-Gruppe zu beobachten war. Das erste Video etwa spielte in Zittau, eine Vielzahl an Protestler:innen ist zu erkennen. Obwohl sie als Demonstrierende identifiziert werden können, sind keine politischen Symboliken registrierbar. Allerdings trug das Video das Logo der Kleinstpartei Freie Sachsen⁹. Diese hat sich Anfang 2021 gegründet und strebt z. B. den Sächit¹⁰ an. Die Nähe dieser Partei zu den Protesten kann teilweise als Gegenwissen und teilweise als Präfiguration gefasst werden. Gegen die Einordnung als Präfiguration spricht die zum Untersuchungszeitraum erst kürzlich zurückliegende Gründung, da diese entsprechend nicht den Protest im Vorfeld prägen konnte.

Allerdings bieten hier auch die Kommentare unter dem Video sehr interessante Einblicke. Einer der Protestierenden schlug vor, dass auch beim ›Stillen Protest‹ schwarz-weiß-rote Fahnen nicht gezeigt werden sollten. In Zittau würde dies so gemacht und die Teilnehmer:innenzahl würde steigen. Das so geteilte Wissen fällt unter Gegenwissen der Bewegung und ist als taktisch einzuordnen. Da 2021 in dem Zeitraum keine Veranstaltungen des ›Stillen Protests‹ in Zittau stattfanden, ist davon auszugehen, dass sich dabei auf verwandte Proteste bezogen wird. Am 21.11. waren des Weiteren in Ebersbach zwei Personen mit

8 »Where we go one, we go all.« ist ein von Q-Anon Anhänger:innen verwendeter Leitspruch.

9 Für eine ausführliche Darstellung der Freien Sachsen s. die Einleitung zu diesem Band (Böhme/Krell).

10 Sächit bezeichnet des Austritt Sachsens aus der Bundesrepublik.

auffälligen Geistermasken zu beobachten, die bereits im Jahr zuvor am 08.11.2020 in Zittau auftauchten. Es zeigt sich darüber eine Vernetzung und ein Organisationsgrad unter den Protestierenden, die sich sowohl in verschiedenen Städten als auch innerhalb unterschiedlicher Proteste bewegen. Ein weiteres Video, welches den performativen Freizeitcharakter unterstreicht, wurde in Bautzen beim Gegenprotest gegen eine Veranstaltung im Opernhaus aufgenommen. An der Veranstaltung durften ungeimpfte Personen nicht teilnehmen. Als Reaktion wurde eine Kundgebung vor dem Haus abgehalten. In dem Video hört man einen Liedermacher zwei Lieder singen. Eines der Lieder stellt einen Aufruf zur »längsten Infektionskette« Sachsen dar – einer Polonaise. Das zweite Lied handelt von »Frank.«. Frank ist von YouTube bekannt, weil er mit den Worten seiner Frau im Ohr – »Frank du bist betrunken!« – junge Menschen in Dresden an der Blockade eines Autokorso aus dem Milieu der Corona-Proteste hinderte. Das Video lässt den Interpretationsspielraum offen, dass er bereit war, eine körperliche Konfrontation zu beginnen. Diese eigentlich besorgniserregende und Gewaltbereitschaft signalisierende Überhöhung gegenüber seinen Mitmenschen wurde hier jedoch in ein Lied eingewoben, welches gute Laune verbreiten soll. Ein drittes Video zeigt Protestierende in Bautzen. Der Fokus liegt zunächst auf Polizeibeamt:innen. Man hörte, wie Protestierende »Die Gedanken sind frei« anstimmen. Danach löst der Versammlungsleiter die Versammlung auf, da mehr als zehn Menschen anwesend seien. Während er noch versucht, einen letzten Redner anzukündigen, wird dieser von Protestierenden unterbrochen. Sie skandieren: »Schließt euch an! Schließt euch an!«. Im Hintergrund ist die Aufforderung zu hören, man solle sich in 10er-Gruppen zusammenfinden. Im Video wird der Übergang einer Demonstration in einen »politischen Spaziergang« exemplarisch deutlich. Spaziergänge werden hier als solche bezeichnet, da sich die maximal im Rahmen der sächsischen Corona-Maßnahmen erlaubte Kumulierung von Menschen zu diesem Zeitpunkt auf eine Gruppenstärke von zehn Personen belief. Aufgrund des in dieser Situation erfolgenden Wissensaustausches zum Umgehen einer Beschränkung und der gleichzeitigen Verbreitung einer Praxis, kann das Video dem Gegenwissen zugerechnet werden. Über die beispielhaft beschriebenen Videos wird deutlich, dass

die Proteste einen starken performativen Freizeitcharakter haben und eigene Praxen entwickelt haben, um mit Regularien umzugehen.

Ebenso im Sinne des Gegenwissens präsentierten einige Protestierende Schilder, die neben dem Freizeitcharakter den Aspekt der Vergemeinschaftung ansprachen. So zählten etwa einige Protestierende die Anwesenden, was als eine nach innen gerichtete Geste gefasst werden kann (»Heute sind wir 134«, »Heute sind wir 84«). Dazu kam ein Schild mit der Aufschrift »Einfach Freunde bleiben, egal welchen Status man hat! Das ist das Wichtigste!«.

5.2.2 Präfiguration

Die Präfiguration der Proteste betreffend, gab es im Jahr 2021 wieder die Anknüpfung an die Asylpolitik (»Beenden! Corona Klima Asyl Energie-wende Wahn«), allerdings schien auch die Ablehnung der Klimapolitik ein aufkommendes Thema zu sein (»Atomkraft Ja Bitte«). Die Vernetzung von mehreren Protesten konnte im Untersuchungszeitraum festgestellt werden. Zu beobachten war auch, dass während 2020 noch hauptsächlich Fahnen mit regionalem Bezug zu sehen waren, 2021 jedoch fast ausschließlich Fahnen ehemaliger deutscher Gebiete sowie schwarz-weiß-rote Fahnen gezeigt wurden.

Neben den spärlich neu aufgekommenen Präfigurationen ist zu erwähnen, dass trotz der sehr viel niedrigeren Gesamtzahl der Protestierenden insgesamt 18 schwarz-weiß-rote Flaggen gezeigt wurden. Das konstante Aufkommen dieser Flaggen auch bei abnehmender Teilnehmer:innenzahl wird ergänzt durch das Bewerben zweier Veranstaltungen der AfD in Dresden und Bautzen und unterstreicht die Offenheit für rechte Akteur:innen.

5.2.3 Autoritär-Libertäres Weltbild

Als Teil des Weltbildes ließ sich 2021 vermehrt eine Sorge um das Kindeswohl beobachten (»Keine Maske für unsere Kinder«). Dabei ist davon auszugehen, dass das eigene Alltagsverständnis zum Tragen einer Schutzmaske als durchdachter wahrgenommen wird als die Empfeh-

lungen von Parteipolitiker:innen und Wissenschaftler:innen. Dadurch wird die eigene Meinung als gleichwertig mit wissenschaftlichen Erkenntnissen stilisiert. Es zeigte sich ein Gefühl der sozialen Deprivation und Ausgrenzung aufgrund des eigenen Impfstatus («Mensch zweiter Klasse gesund und ungeimpft«, »Nur in einer zutiefst kranken Gesellschaft müssen Gesunde beweisen, dass sie gesund sind«). Auch gegen Politiker:innen wie Angela Merkel, Michael Kretschmer und Olaf Scholz wurde opponiert, wodurch ein angenommener Mangel an politischer Repräsentanz der Protestierenden deutlich wird («Genug gelogen Kretschmer! [sic.]«, »Ich bin kein Versuchskaninchen Herr Scholz!«, »Wir sind ausgemerkelt«). Insgesamt häuften sich die Bezüge zur möglichen Konfrontation mit ebendiesen. Ein weiteres wiederkehrendes Motiv ist die Selbstermächtigung der Protestierenden («Angstfreie Zukunft für Kinder«, »Achtung ab hier herrscht Gehirntreuepflicht«, »Hüte dich vor Sturm und Wind und Osis die in Rage sind!«). Neben diesen wird die Positionierung der Protestierenden gegenüber institutionellen Regelungen und Maßnahmen deutlich. Diese werden als Terror und Diktatur bezeichnet («2g/3g Impfterror = Diktatur«, »Zwangsimpfung«).

5.3 Zusammenfassung der Erkenntnisse über die ›Stillen Proteste‹

Die ›Stillen Proteste‹ scheinen insgesamt an verschiedene Themen anzuknüpfen. So ließ sich etwa mit Heiko Schrange unmittelbar ein Akteur aus dem Umfeld der »Montagsmahnwachen für den Frieden« finden. Darüber hinaus konnten Topoi wie Islamisierung, Asyl und eine Pro-Atomkraft-Einstellung festgestellt werden, wobei oft Formulierungen Verwendung finden, welche sonst der extremen Rechten zugeordnet werden oder sich im Falle der Pro-Atomkrafteinstellung in einer Oppositionshaltung befinden, welche keinen Bezug zur Corona-Pandemie hat. Im Vergleich von 2020 zu 2021 konnte bei den Protesten festgestellt werden, dass die moderaten Stimmen leiser wurden. Eindeutig mehr Protestierende knüpften an elaborierte Verschwörungstheorien an, wobei gerade die ›Q-Anon‹ und ›Reichs-Verschwörung‹ einen prominenten Platz einnahmen. Dies wurde nicht nur durch

eine quantitativ höhere Frequenz an Zurschaustellungen deutlich, sondern auch durch die Verwendung von Chiffren wie WWG1WGA. Augenscheinlich ließ das Protestgeschehen nach. Gleichzeitig konnten eine Verschiebung der Protestformen und eine zunehmende Mobilisierung in Städten und Orten, welche nicht unmittelbar an der B96 liegen, festgestellt werden. Mehr Protestierende nutzten andere Aktionsformen und ganze Ortschaften, wie Zittau, wandten sich von den ›Stillen Protesten‹ ab, um sich neue Perspektiven und Protestformen zu erschließen. Auf Grund dessen kann nicht davon ausgegangen werden, dass das gesamte Protestgeschehen abgenommen hat, vielmehr ist eine Diversifizierung zu konstatieren. Zusätzlich konnte ein Austausch über Aktionsformen und Selbstdarstellungen bei den Protesten beobachtet werden. Sowohl 2020 als auch 2021 ist erkennbar, dass die Protestierenden stark von der Ablehnung gegenüber Akteur:innen des öffentlichen Lebens geprägt waren. Dabei wurden insbesondere Regierungsvertreter:innen in den Blick genommen und passend zum Verschwörungsdenken alternative Erklärungsansätze gesucht. Das eigenständige und kritische Informieren wurde ebenso ausdrücklich betont wie der Wunsch nach Auflehnung gegenüber potentiellen Einschränkungen durch Maßnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus. Insgesamt konnte festgestellt werden, dass in beiden Jahren in Form von zur Schau gestellten Fahnen Bezüge zu Regionen hergestellt wurden. Allerdings waren diese Bezüge 2021 nahezu ausschließlich auf die ehemaligen deutschen Staatsgebiete ausgerichtet, hier Niederschlesien und das Sudetenland. Neben Bezügen zur AfD traten 2021 auch vermehrt die Freien Sachsen als institutionalisierte Organisationen der Proteste auf. Mit Blick auf das Wahlprogramm der Freien Sachsen ermöglicht das Zeigen der Flaggen ehemaliger deutscher Gebiete den Interpretationsspielraum, dass diesen Gebieten die Wahlmöglichkeit der Zugehörigkeit zu Deutschland oder Sachsen zugesprochen werden sollte.

5.4 Souveränistische Bestrebungen

Aus der Analyse der Selbstaussagen hat sich eine vierte Kategorie ergeben. Diese wird als »soveränistische Bestrebungen« bezeichnet.

Aus dem gesammelten Kontextwissen über die ›Stillen Proteste‹ ging bereits hervor, dass Reichsbürger:innen Einfluss auf die Proteste nehmen oder dort zumindest vertreten sind. Im Laufe der Analyse der Selbstaussagen sind immer wieder Beiträge aufgetaucht, welche ein Gegenwissen indizieren und auf bestimmte Präfigurationen hindeuten, aber erst im Zusammendenken von beidem ein kohärentes Bild ergeben.

So taucht etwa die Forderung »Friedensvertrag jetzt!« mehrfach entlang der B96 auf. Auch das Zeigen von schwarz-weiß-roten Fahnen, welches spätestens 2021 zu den prominent vertretenen Zeichen gehört, lässt sich der ›Reichs-Verschwörung‹ zuordnen (vgl. Hermann 2018: 22-26). Dazu kommt, dass die ›Q-Anon-‹ und die ›Reichs-Verschwörung‹ gerade unter Reichsbürger:innen zusammengegedacht werden (vgl. Grandjean et al. 2021). Im Licht dieser Gegebenheit lässt sich das Zeigen der Flaggen ehemaliger deutscher Gebiete in die souveränistischen Bestrebungen der Freien Sachsen einordnen, aber damit auch in das verschwörungsideologische Milieu der Reichsbürger:innen. Die Zusammenfassung der genannten Gründe als souveränistische Bestrebungen entfällt zum einen darauf, dass Reichsbürger:innen souverän von den USA und Russland sein wollen. In diesem Sinne bezieht sich die Bezeichnung auf die ›Reichs-Verschwörung‹. Zu einem anderen Teil entfällt die Bezeichnung eben darauf, dass die Protestierenden kollektive Maßnahmen ablehnen und sich darauf berufen, ihr eigenes Alltagsverständnis zu nutzen, um die Welt zu deuten. Sie streben Souveränität gegenüber definierten Kategorien wie Diktatur und Terror an, sowie gegenüber Wissensgefügen, die ihr Weltbild nicht bestätigen (»Keine Experimente an Kindern!«, »Die neue Normalität Pandemie oder Plandemie«).

6. Fazit

Dervorliegende Beitrag sollte anhand der Grounded Theory Methodologie die Ansätze einer Theorie der sächsischen Corona-Proteste erschließen. Insbesondere die wiederkehrende Vergleichsheuristik mit dem aktuellen Stand der Forschung hat sich als fruchtbar erwiesen. Durch die Kategoriebildung des Gegenwissens, der Präfiguration und des autoritär-libertären Weltbildes konnten unterschiedliche Topoi und Motivationen der

Protestierenden herausgestellt werden. Das Gegenwissen der Protestierenden scheint dabei in großen Teilen von Verschwörungsglauben geprägt zu sein. Die Zuwendung zu Verschwörungsglauben drückt den Wunsch nach anti-modernen Handlungsoptionen aus, die von der ›Q-Anon-‹ und ›Reichs-Verschwörung‹ angeboten werden. Dabei konnte festgestellt werden, dass diese Verschwörungsnarrative symbolisch miteinander verknüpft sind. Erkennbar wurde dies etwa durch schwarz-weiß-rote Fahnen mit Q-Anon Aufdruck. Allerdings spielte auch der Wille zur Vergemeinschaftung durch die Aneignung eigener Folklore, hier in Form des Liedes über Frank, und das Kollektivieren von Protestformen eine große Rolle. Dabei hat das Individuum einen hohen Stellenwert, sowohl darin wie es sich selbst informiert, als auch in welcher Form es seinen oder ihren Protest ausdrückt. Dies wird auch über die Zielsetzung des Protestes und der damit einhergehenden Hierarchisierung deutlich, die die Bedürfnisse und Interessen des Individuums über gesellschaftliche Belange stellt.

Bei den Protesten mündet diese Hierarchisierung allerdings auch zunehmend in oben beschriebenen souveränistischen Bestrebungen. Dazu gehört auch, dass die ›Reichs-Verschwörung‹ unter den Protestierenden scheinbar hohen Zuspruch erhält und Reichsbürger:innen zu den aktiven Teilnehmenden an den ›Stillen Protesten‹ entlang der B96 gehören. Insgesamt konnten einige wertvolle Erkenntnisse über die sächsischen Corona-Proteste gewonnen werden. Zu diesen gehört, dass sich die Protestierenden verstärkt eindeutig extrem rechts einzuordnenden Akteur:innen wie den Freien Sachsen zuwenden. Das Wahlprogramm der Freien Sachsen wird an anderer Stelle im vorliegenden Sammelband diskutiert. Festzuhalten ist an dieser Stelle, dass sich bei den Freien Sachsen eine Institutionalisierung von antisemitischem und rechtslibertärem Verschwörungsglauben abzeichnet. Diese Form der Institutionalisierung fügt sich in die Komplementarität von Verschwörungsglauben und rechtsextremen Einflüssen ein.

Die Proteste scheinen in Sachsen an diverse Proteste aus der Vergangenheit anzuknüpfen. Dabei spielen die Persistenz von fremdenfeindlichen Protesten – als vorlaufende Akteur:innen – sowie das anhaltende Protestgeschehen (und das sich dadurch verdichtende ideologische und strategische Vorhaben) eine maßgebliche Rolle für

die Zunahme von Corona-Verschwörungsmmythen. Es findet sich ein inzidierter Zusammenhang zum christlich esoterischen Milieu. Die innersächsische Verschränkung von rechten und christlichen Milieus ist spätestens seit 2015, als der Eintritt der Politikerin Hedwig von Beverförde in die Untergruppe *Christen in der AfD* öffentlich wurde, bekannt. Vorher organisierte sie unter anderem den sog. Marsch für das Leben in Annaberg-Buchholz und Berlin. Dieser richtet sich gegen Abtreibungen und ist die wichtigste Demonstration der christlichen Rechten in Deutschland. Da in dieser Zusammenkunft bereits ein Schulterschluss der christlichen Rechten mit der AfD deutlich wurde, ist die Oszillation von Themen in andere Protestfelder anzunehmen. Insgesamt lässt sich sagen, dass die Corona-Proteste in Sachsen keine kurzfristigen und ausschließlich auf Kritik an Maßnahmen gerichteten Proteste darstellen. Stattdessen wird deutlich, dass es sich um eine heterogene und eng vernetzte Szene handelt, die es schafft, langfristig Menschen zu binden und das von vergangenen rechten Protesten in Sachsen hinterlassene Mobilisierungspotential durch die thematische Verknüpfung verschiedener rechter Gruppen und Narrative auszu-schöpfen.

Literatur

- Appeldorn, Markus van (2020): B96-Proteste – ein Aussteiger erzählt. In: Sächsische Zeitung. Online verfügbar: <https://www.saechsische.de/coronavirus/corona-proteste-stiller-protest-b96-fahnen-facebook-gruppe-aussteiger-5338784-plus.html> [Zugriff: 27.01.2024].
- Buchholz, Jens (2022): Was wollen Querdenker und der libertäre Autoritarismus? In: Frankfurter Rundschau. Online verfügbar: <https://www.fr.de/kultur/gesellschaft/amlinger-nachtwey-gekraenkte-freiheit-exzesse-der-individualisierung-91917723.html> [Zugriff: 27.01.2024].
- Christmann, Thomas (2020): Wachsender Corona-Protest an der B96. In: Sächsische Zeitung. Online verfügbar: <https://www.saechsische.de/coronavirus/corona-proteste-versammlung-b96-zittau-oppach-polizei-verstoesse-anzeigen-5338666-plus.html> [Zugriff: 27.01.2024].

- Christmann, Thomas (2021): B96 wie ist der Corona-Protest verlaufen. In: Sächsische Zeitung. Online verfügbar: <https://www.saechsische.de/polizei/corona-demonstration-verstoesse-b96-polizei-5354629-plus.html> [Zugriff: 27.01.2024].
- Decker, Oliver/Brähler, Elmar (Hg.) (2020): Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität, Gießen: Psychosozial Verlag.
- Frei, Nadine / Nachtwey, Oliver (2021): Quellen des »Querdenkertums«. Eine politische Soziologie der Corona-Proteste in Baden-Württemberg, Basel: Fachbereich Soziologie/Universität Basel.
- Freindt, Wolfgang (2021): »Aber sonst aber sonst. Alles Lüge!« – Fake News und Verschwörungserzählungen in Corona-Zeiten. In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hg.): Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt Demokratiegefährdungen in der Coronakrise. Bd. 9, Jena: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft, S. 14–27.
- Grandjean, Anne / Dittrich, Miro / Jäger, Lukas / Rathje, Jan (2021): Wie sich Qanon Anhänger:innen und »Reichsbürger:innen« vermischen. In: Amadeu-Antonio-Stiftung. Online verfügbar: <https://www.belltower.news/dehate-report-qanon-in-deutschland-wie-sich-qanon-anhaengerinnen-und-reichsbuergerinnen-vermischen-108407/> [Zugriff: 08.02.2022].
- Gutte, Holger (2020): 1.000 Leute bei Corona-Protest an B96. In: Sächsische Zeitung. Online verfügbar: <https://www.saechsische.de/plus/b96-demo-5205149.html> [Zugriff: 27.01.2024].
- Heise, Nele / Schmidt, Jan-Hinrik (2014): Ethik der Onlineforschung. In: Welker, Martin / Taddicken, Monika / Schmidt, Jan-Hinrik / Jakob, Nikolaus (Hg.): Handbuch Online-Forschung. Sozialwissenschaftliche Datengewinnung und -auswertung in digitalen Netzen, Köln: Herbert von Halem, S. 519-539.
- Hermann, Melanie (2018): »Reichsbürger« und Souveränisten. Basiswissen und Handlungsstrategien, Berlin: Amadeu-Antonio-Stiftung, S. 22-27.
- Holzer, Boris (2021): Zwischen Protest und Parodie: Strukturen der »Querdenken«-Kommunikation auf Telegram (und anderswo). In: Reichardt, Sven (Hg.): Die Misstrauensgemeinschaft der »Querdenker«. Die Corona-Proteste aus kultur- und sozialwissenschaftlicher Perspektive, Frankfurt a. M. / New York, NY: Campus, S. 125-181.
- Koose, Sebastian (2020): Die »Querdenker«. Wer nimmt an Corona-Protesten teil und warum? Ergebnisse einer Befragung während der »Corona-Proteste« am 4.10.2020 in Konstanz: Universitätsverlag Konstanz, S. 1-13.

- Kühlmeyer, Katja / Breuer, Franz / Muckel, Petra (2020): Qualitative Inhaltsanalysen und Grounded-Theory-Methodologien im Vergleich. Varianten und Profile der »Instruktionalität« qualitativer Auswertungsverfahren. In: Forum qualitative Sozialforschung 21 (1), S. 1-16.
- Nachtwey, Oliver / Heumann, Maurits (2019): Regressive Rebellen und autoritäre Innovatoren. Typen des neuen Autoritarismus. In: Dörre, Klaus / Rosa, Hartmut / Becker, Karina / Bose, Sophie / Seyd, Benjamin (Hg.): Große Transformation? Zur Zukunft moderner Gesellschaften, Wiesbaden: Springer, S. 1-16.
- Nachtwey, Oliver, Schäfer, Robert und Frei, Nadine (2020): Die politische Soziologie der Corona-Protteste, Basel: Universität Basel.
- Panreck, Isabelle-Christine / Schmeitzner, Tim / Lindenberg, Thomas / Böttcher, Claudia / Tipmar, Jochen (2021): Die »Spanische Grippe« und Covid-19 in Sachsen – ein intertemporaler Vergleich. In: Reichardt, Sven (Hg.): Die Misstrauensgemeinschaft der »Querdenker«. Die Corona-Protteste aus kultur- und sozialwissenschaftlicher Perspektive, Frankfurt a. M. / New York, NY: Campus, S. 91-122.
- Pantenburg, Johannes / Reichardt Sven / Sepp, Benedikt (2021a): Corona-Protteste und das (Gegen-)Wissen sozialer Bewegungen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 71 (3-4), S. 22-27.
- Pantenburg, Johannes / Reichardt, Sven / Sepp, Benedikt (2021b): Wissensparallelwelten der »Querdenker«. In: Reichardt, Sven (Hg.): Die Misstrauensgemeinschaft der »Querdenker«. Die Corona-Protteste aus kultur- und sozialwissenschaftlicher Perspektive, Frankfurt a. M. / New York, NY: Campus, S. 29-64.
- Potter, Nicholas (2021): BKA sieht kaum Rechtsextreme. Dafür gefährliche Linke. In: Belltower News. Online verfügbar: <https://www.belltower.news/querdenken-bka-sieht-kaum-rechtsextreme-dafuer-gefaehrliche-linken-110977/> [Zugriff: 01.02.2024].
- Reichardt, Sven (Hg.) (2021): Die Misstrauensgemeinschaft der »Querdenker«. Die Corona-Protteste aus kultur- und sozialwissenschaftlicher Perspektive, Frankfurt a. M. / New York, NY: Campus.
- Roose, Jochen (2021): Verschwörung in der Krise. Repräsentative Umfrage zum Glauben an Verschwörungstheorien vor und während der Covid 19 Krise, Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung.
- Schließler, Clara / Hellweg, Nele / Decker, Oliver (2020): Aberglaube, Esoterik und Verschwörungsmentalität in Zeiten der Pandemie. In: Decker, Oliver / Brähler, Elmar (Hg.): Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität, Gießen: Psychosozial-Verlag, S. 283-310.

- Schüler, Ruth / Niehus, Judith / Diermeier, Matthias (2021): Politisches Informationsverhalten. Gespräche und traditionelle Medien liegen vorn. IW-Report 2/2021, Essen: Brost-Stiftung, S. 1-20.
- Spöri, Tobias / Eichhorn, Jan (2021a): Wer glaubt an Corona-Verschwörungsmythen? Der Einfluss von Soziodemographie, politischen Einstellungen und Werthaltungen in Deutschland, Berlin: dpart.
- Spöri, Tobias / Eichhorn, Jan (2021b): Wer glaubt (nicht mehr) an Coronaverschwörungsmythen? Eine Analyse der Verbreitung derartiger Mythen in Deutschland 2020-2021, Berlin: dpart.
- Strübing, Jörg (2002): Just do it? Zum Konzept der Herstellung und Sicherung von Qualität in Grounded Theory-basierten Forschungsarbeiten. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 54 (2), S. 318-342.
- Strübing, Jörg (2017): Grounded Theory: Methodische und Methodologische Grundlagen. In: Pentzold, Christian / Bischof, Andreas / Heise, Beate (Hg): Praxis Grounded Theory, Wiesbaden: Springer, S. 27-52.
- Ulbrich, Jana (2020): Lauter Stiller Protest. In: Sächsische Zeitung. Online verfügbar: <https://www.saechsische.de/plus/protest-aktion-an-der-bundesstrasse-5202749.html> [Zugriff: 27.01.2024].

Die Querfront und der Faschismus

Eine qualitative Analyse des Redebeitrags von Jürgen Elsässer auf der »Ami Go Home«- Demonstration am 26.11.2022

1. Einleitung

»Patrioten aus allen Schichten der Bevölkerung, Patrioten von links nach rechts, aufrechte Rechte und vernünftige Linke müssen zusammenkommen gegen das Besatzerregime, das durch die Alt-Parteien repräsentiert wird. Die Querfront kann siegen, das vereinte Volk ist unbesiegbar. Ami Go Home!« (Jürgen Elsässer, Z. 76-78¹).

Mit diesen Worten schließt Jürgen Elsässer am 26. November 2022 seinen Redebeitrag auf der »Ami Go Home«-Demonstration in Leipzig. Es ist nicht neu, dass sich die (Neue) Rechte im öffentlichen Raum positiv auf eine gesellschaftliche Linke bezieht und sie sogar zum gemeinsamen Kampf aufruft. Zwar ist es so, dass diese Forderung zuletzt weniger prominent schien, jedoch arbeiten Linke und Rechte beispielsweise im esoterischen Spektrum schon immer Seite an Seite (vgl. z. B. Pöhlmann 2021). Die wachsende Resonanz des Aufrufs zur sogenannten Querfront ist ein Phänomen seit Ausbruch der Corona-Pandemie Anfang 2020. Zu dieser Zeit wurde der Schulterschluss zwischen Links und Rechts besonders im Rahmen der *Querdenken*-Proteste sichtbar. Dem schloss sich das *Compact*-Magazin an, das unter der Leitung von Jürgen Elsässer 2020 erstmals seit 2013 wieder eine Argumentation zur Querfront verfasste (vgl. Schilk/Gegenfurtner 2022: 306). Doch was bedeutet das für

1 S. Transkript der Rede am Ende des Beitrags..

die aktuelle politische Lage in Deutschland? Die Querfront als »Hervorhebung von Bündnisoptionen jenseits von ›links‹ und ›rechts‹, positive Darstellung neuer Protestbewegungen« (Schilk/Gegenfurtner 2022: 295) bietet rechten Akteur:innen bei Erfolg völlig neue, durchaus bedrohliche Handlungsoptionen. Es wäre zu kurz gegriffen, sich zur Beantwortung der Frage nach dem Gefahrenpotential der Querfront auf Theorien zur Extremen oder Neuen Rechten zu stützen. Die Anschlussfähigkeit der Querfront für Linke liegt womöglich an anderer Stelle.

Faschismustheorien können bei dieser Ausgangslage von Nutzen sein. Historisch gesehen war es der Faschismus, der es schaffte, eine große Masse an Menschen zu mobilisieren, die sicherlich nicht als Querfront bezeichnet werden kann, jedoch viele sich als links verstehende Menschen auf andere Art und Weise überzeugte (vgl. Gentile 2007: 84f.). Ohne direkt einen aufkeimenden Faschismus diagnostizieren zu wollen, können Faschismustheorien als Analysewerkzeug für mögliche faschistische Tendenzen dienen.

Was steckt also hinter der Querfrontargumentation? Und verbergen sich darin womöglich faschistische Tendenzen, die in einer weiterführenden Auseinandersetzung mit dem Phänomen unbedingt beachtet werden müssen? Obwohl dem Faschismus-Begriff vielfach eine inflationäre Nutzung nachgesagt wird, wird in diesem Beitrag mithilfe verschiedener differenzierter Faschismustheorien Jürgen Elsässers Redebeitrag auf der »Ami Go Home«-Demonstration am 26. November 2022 in Leipzig analysiert und eingeordnet. Dazu werden zunächst der Hintergrund des Redners Jürgen Elsässer erklärt sowie das *Compact*-Magazin und die »Ami Go Home«-Demonstration umrissen (Kapitel 2). Im Anschluss wird eine Arbeitsdefinition des Faschismus entwickelt (Kapitel 3). Nach einem Einblick in die Methode, die auf der Grounded Theory fußt, werden diese Definitionen in Kapitel 5 auf das exemplarische Beispiel angewendet und verschiedene Aspekte der Rede herausgestellt. Abschließend wird die Forschungsfrage beantwortet und ein Fazit gezogen (Kapitel 6).

2. Hintergrund: Jürgen Elsässer, das *Compact*-Magazin und »Ami Go Home«

Jürgen Elsässer ist Chefredakteur des *Compact*-Magazins und »Chefideologie der Neuen Rechten« (Amann 2018). Nachdem er zunächst für die linke Tageszeitung *Junge Welt* arbeitete, war er 1997 Mitgründer der ebenfalls linken *Jungle World* und gründete 2010 das *Compact*-Magazin, welches seither offen rechte und verschwörungsideologische Inhalte verbreitet (vgl. ebd.). Elsässer ging also den Weg vom linken zum rechten Spektrum und zählt heute zu den führenden Figuren der Neuen Rechten im deutschsprachigen Raum (vgl. Speit 2018). Er äußerte sich selbst dazu in einer Spezialausgabe des *Compact*-Magazins:

»Die heutige Gesellschaft ähnelt damit wieder den früheren Jahrhunderten. Auf der einen Seite stehen die supranationalen Dynastien, auf der anderen Seite das in allen Schichten entrechtete Volk. [...] Das Volk blutet, heute wie damals. Aber es kämpft. Wir kennen seine Helden aus den Geschichtsbüchern: Das waren etwa Robin Hood, Klaus Störtebeker, Thomas Müntzer und Wilhelm Tell. Die waren weder links noch rechts, das gab es damals nicht. Sie waren einfach für das Volk: für uns da unten, gegen die da oben.« (Elsässer, zitiert nach Speit 2018: 38).

Elsässers Tendenz zu rechten Ideologien lässt sich an den wiederholten Bezügen auf das *Volk* erkennen. Elsässer habe sein »revolutionäres Subjekt« ausgetauscht, aber sei weiterhin der Revolutionär, der er schon immer gewesen sei, zitiert Andreas Speit Volkmar Wölk (vgl. Speit 2018).

Das *Compact*-Magazin (Eigenschreibweise: COMPACT) erscheint monatlich mit einer Auflage von nach eigenen Angaben 40.000 Stück. Ergänzend zum regulären Printmagazin gehören zur *Compact-Magazin GmbH* außerdem Spezialausgaben des Printmagazins, ein Online-Magazin und der YouTube-Kanal *Compact TV* (vgl. Speit 2018). Das *Compact*-Magazin ist eine wesentliche Publikumszeitschrift der extremen Rechten in Deutschland und »bringt unterschiedliche politische Milieus durch strategische Themensetzungen zusammen« (Schilk/Gegenfurtner 2022: 288). Dieses Bild zeichnet auch die Redaktion gern von sich:

»COMPACT gibt also keine politische Linie vor, sondern eine Haltung: Magazin für Souveränität. Das ist der aufrechte Gang, das ist der Geist der Freiheit und der Stolz auf unsere Geschichte. Der Souveränist weiß: Positive Veränderungen sind nur aus dem Volk, durch das Volk und für das Volk möglich. Patriotismus ist für uns keine Ideologie, sondern eine Herzenssache. Wir sind eben Deutsche, und das wollen wir bleiben. Unter den Linden, wo wir uns finden – da ist auch Platz für jeden Einzelnen und seine Eigenheiten.« (COMPACT o. J.).

Dass es sich bei *Compact* aber doch letztlich nicht um ein weltoffenes, sondern um ein verschwörungsideologisches und rechtes Magazin handelt, zeigt sich unter anderem darin, dass Martin Sellner, Kopf der österreichischen *Identitären Bewegung*, mit einer eigenen Kolumne namens »Sellners Revolution« monatlich Platz im Magazin bekommt (vgl. Sellner 2023). Zudem durchzieht die Artikel eine neo-rassistische, nationalistische und sexistische Grundhaltung (vgl. Meissner 2023).

Bereits Wochen vor der Demonstration unter dem Motto »Ami Go Home« in Leipzig am 26. November 2022 wurde im *Compact*-Magazin dafür mobilisiert. Anlass der Demonstration waren die angebliche Besetzung Deutschlands durch die USA und die Forderung nach Abzug der US-amerikanischen Truppen sowie nach Aufhebung der Sanktionen gegen Russland, die nach Beginn des Ukrainekriegs verhängt worden waren (vgl. MDR Sachsen 28.11.2022). Nachdem eine Großdemonstration mit rund 15.000 Teilnehmenden angemeldet worden war, erschienen nach Angaben des MDR Sachsen lediglich rund 1.000 Demonstrant:innen (vgl. MDR Sachsen 2022b). Jürgen Elsässer behauptet im *Compact*-Magazin, dass es über 6.000 gewesen seien (vgl. Elsässer 2022). Neben Elsässers Redebeitrag sprachen außerdem der ehemalige AfD-Politiker André Poggenburg sowie Stefan Hartung, NPD-Mitglied und Mitgründer der Freien Sachsen (vgl. MDR Sachsen 2022a).

3. Hintergrund: Faschismustheorien

Faschismus ist sowohl als Ideologie als auch als Praxis schwierig zu greifen. Roger Griffin definiert ihn als »politische Ideologie, deren mythischer Kern des ›palingenetischen Ultranationalismus‹ innerhalb ›seiner diversen Varianten‹ konstant bleibt« (Griffin 2020: 105). Damit setzt er ein faschis-

tisches Minimum fest, welches bei Erfüllung auf das Bestehen eines Faschismus hinweisen kann. Der palingenetische Ultrationalismus basiert auf einer »organischen ›Ultra-Nation‹ und ihrer Wiedergeburt« (ebd.) und ist wie »jeder faschistische nationale Mythos [...] ein exklusives Produkt verschiedener nationaler Stränge verwobener Geschichte, Kultur und kollektiver Fantasie« (Griffin 2020: 106). Daraus ergibt sich, dass jeder Faschismus »radikal einzigartig« (Paxton 2007: 60) ist und eine »eigene lokale Identität« (Churchwell 2020: 58) mit sich bringt.

In Anschluss an das faschistische Minimum Griffins entwickelte Robert Eatwell die ›faschistische Matrix‹, mit der sich besonders der diskursive Kontext des Faschismus betrachten lässt (vgl. Reichardt 2007: 16). Eatwell strebt mit der ›Matrix‹ an, dass die »unterschiedlichen Wege [beschrieben werden können], wie die Faschisten drei sich teilweise überlappende Kernthemen interpretieren konnten« (Eatwell 2003: 98). Diese Themen umfassen den ›neuen Menschen‹, den Staat und die Nation (vgl. ebd.). Bei einer Analyse von möglichen Faschismen ginge es also darum zu verstehen, wie die Akteur:innen selbst die Begriffe verwendet haben und faschistische Elemente in ihrer Synthese zu betrachten und nicht als einzelne Merkmale (vgl. Reichardt 2007: 16).

Um mit der faschistischen Matrix arbeiten zu können, bedarf es einer ergänzenden Sammlung von möglichen Merkmalen des Faschismus, um diese in ihrer Synthese betrachten zu können: Gleichzeitig mit dem palingenetischen Ultrationalismus lässt sich immer wieder der Wunsch nach Modernisierung bzw. ein revolutionäres Moment durch Modernisierung finden (vgl. Reichardt 2007: 13, 17)². Das Narrativ der Palingenese entsteht erst durch historische Bezüge auf eine Vergangenheit, in der alles seine Ordnung hatte (vgl. Griffin 2020: 117). Einhergehend mit dem Bedürfnis nach einer mystifizierten Ultra-Nation finden sich Feindbildkonstruktionen, die stets ein klares Inneres konstruieren (vgl. Paxton 2007: 61). Die gleichzeitigen Bezüge in die Vergangenheit einerseits und das Bedürfnis nach Modernisierung andererseits führen bei Eatwell zur Bezeichnung des Faschismus als dritten Weg (vgl. Eatwell 2003: 97). Mit der Bezeichnung als dritten Weg greift Eatwell außerdem sowohl die historische Schnittstelle zwischen klassischer Linker und klassischer Rechte auf, aus denen der

2 Hierin besteht ein wesentlicher Unterschied zu konservativen sowie rechtsextremen Ideologien.

historische Faschismus hervorging, als auch dessen Zwischenstellung, die es ermöglichte, Menschen aus verschiedensten soziokulturellen Zusammenhängen zu mobilisieren (vgl. Reichardt 2007: 17). Der italienische Faschist und Diktator Benito Mussolini selbst schreibt dazu:

»In dieser neuen Synthese des Faschismus [...] finden wir, dass wir das große Prinzip der Stabilität von Autorität, Ordnung, Disziplin, welches das Attribut der Rechten gewesen ist, nehmen und es eng mit dem Prinzip des Fortschritts und der dynamischen Veränderung der Linken verbinden.« (Mussolini zit. nach Eatwell 2003: 98).

Weitere Merkmale des Faschismus umfassen unter anderem paramilitärische Gruppen, Delegitimierung politischer Gegner:innen und die Dämonisierung von Kritiker:innen, Intellektuellenfeindlichkeit, Angriffe auf die freie Presse, fetischisierte patriarchale Maskulinität und ein verzweifeltes Opfergefühl einhergehend mit kollektivem Groll (vgl. Churchwell 2020: 58f.)³. Schlussendlich ist hinzuzufügen, dass für das Erstarken eines Faschismus immer ein politischer Leerraum bestehen muss (vgl. Griffin 2020: 137). Damit eine faschistische Bewegung mit demokratischen Mitteln die Macht übernehmen kann, muss in einer nationalen Demokratie eine »tiefe Legitimitätskrise [entstanden sein], die eine existenzielle Bedrohung für ihr Überleben als Gesamtsystem darstellt« (Griffin 2020: 137). Zur weiteren Einordnung faschistischer Organisationsformen kann außerdem das Modell der fünf Stadien des Faschismus von Robert O. Paxton herangezogen werden. Die erste Stufe des Modells umfasst den Faschismus als Bewegung⁴. In diesem Stadium entstehen neue Perspektiven und Krisendiagnosen der Welt (vgl. Paxton 2007: 67). Grundvoraussetzung dafür ist, dass die Demokratie bereits »gut genug verwurzelt ist, um bereits zu Enttäuschungen geführt zu haben« (ebd.: 67). Politische Freiheit muss erfahren worden sein, damit Faschismus entstehen kann

3 An dieser Stelle sei angemerkt, dass diese Sammlung von Merkmalen keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt und lediglich einer Analyse von faschistischen Tendenzen bei politischen Bewegungen dienlich sein soll, um deren Gefahrenpotenzial erkennen zu können. Wichtig ist ebenfalls, dass es immer auch um die Kombination und Gewichtung der Merkmale geht, da andere Positionen die gleichen Einzelmerkmale aufweisen können.

4 Es fällt schwer bei Beobachtungen von Faschismen von Bewegungen zu sprechen, da »Bewegung« immer etwas Progressives impliziert. In dieser Arbeit wird trotzdem dabei geblieben, weil andere Begriffe das Phänomen leider nicht ganz fassen können.

(vgl. ebd.). Die nächste Stufe beinhaltet die Etablierung im politischen System. Bei diesem Schritt sind Bündnispartner:innen wesentlich (vgl. ebd.: 70) und es ist der Schritt an dem zunächst vermeintlich antikapitalistische und antibürgerliche Ideale verworfen werden (vgl. ebd.: 71). Auf Stufe drei und vier folgen die Übernahme (vgl. ebd.: 73f.) und Ausübung der Macht (vgl. ebd.: 75f.) und schließlich auf Stufe fünf die Radikalisierung oder Entropie (vgl. ebd.: 78).

4. Methodik

Die Analyse des Redebeitrags von Jürgen Elsässer erfolgte problemzentriert und angelehnt an die Methode der Grounded Theory nach Strauss und Corbin. Dafür wurde der Beitrag zunächst vollständig transkribiert. Dabei wurde aufgrund der Kürze sowie der inhaltlichen Dichte von Paraphrasierungen abgesehen. Anschließend wurde er mithilfe von *MAXQDA* offenkodiert. Dazu wurde Satz für Satz vorgegangen, um Konzepte / Codes zu erkennen und Hauptkategorien festzustellen (vgl. Strauss/Corbin 1996: 47). Zur Benennung der Codes wurde auf Alltagswissen sowie wissenschaftliche Vorkenntnisse zurückgegriffen (vgl. Strauss/Corbin 1996: 49, 55). Währenddessen wurden ergänzende Memos verfasst, um Abschnitte bereits mit ersten Einordnungsversuchen zu versehen oder Hintergrundinformationen hinzuzufügen (vgl. Strauss/Corbin 1996: 54). In einem weiteren Schritt wurden nun die Codes, sofern notwendig und möglich, zu Kategorien zusammengefasst und im Hauptteil dieser Arbeit einer Analyse und einem thematischen Abgleich mit Faschismustheorien unterzogen.

5. »Ami Go Home« – Jürgen Elsässer auf der Demonstration in Leipzig

Jürgen Elsässers spricht auf der Demonstration als letzter und lediglich für rund zehn Minuten. Er wird angekündigt mit den Worten: »aber einer [darf] nicht fehlen nämlich der Jürgen Elsässer der als Ideengeber und

Schirmherr dieser Kampagne sich hingestellt und diese ins Leben gerufen hat.« (Z. 1ff.⁵)

Elsässer beginnt seine Rede mit einem Lob an alle Anwesenden: »es war eine Premiere heute, ist eine Premiere heute die erste Demonstration ›Ami Go Home‹ auf deutschem Boden, heute, hier in Leipzig und wir alle sind dabei« (Z. 10f.). Daraufhin stellt er sich vor und ordnet sich in Hinblick auf das Motto der Demonstration ein: »ich bin Deutscher und ich will nicht zulassen, dass unser schönes Deutschland vor die Hunde geht« (Z. 13). Im Anschluss erklärt er, dass Deutschland nur im Auftrag der USA handele (vgl. Z. 14-22) und macht den Leipziger Oberbürgermeister Burkhardt Jung persönlich dafür verantwortlich, dass US-Militärflugzeuge an die russische Grenze transportiert werden (vgl. Z. 24-27). Elsässer fordert den Abzug der in Deutschland stationierten US-amerikanischen Soldat:innen und zugleich den von Jung mit den Worten »Ami Go Home!« (Z. 27), welche vom Publikum aufgegriffen und im Sprechgesang vor der Bühne wiederholt werden (vgl. Z. 30). Im Anschluss bezieht er sich auf »die Antifa« (Z. 32f.) als ursprüngliche Gegnerin einer US-amerikanischen Vormachtstellung. Die heutige Linke sei »nur die schmutzige Nachgeburt ihrer besseren Vorfahren« (Z. 36f.). Dieser thematische Schwerpunkt wird ebenfalls mit den Worten »Ami Go Home!« (Z. 37) und dem Aufruf, die heutige Linke mitzunehmen (vgl. ebd.) beendet. Anschließend bezieht er sich negativ auf die »amerikanischen Menschenrechtsapostel« (Z. 42), deren »Geschwätz [...] [er] auch nicht mehr hören« (ebd.) könne und positiv auf die Beziehung zwischen Deutschland und Russland, die schon seit Bismarck nicht nur den »beiden Völker[n]« (Z. 46), sondern auch Europa insgesamt Vorteile brachte (vgl. ebd.). Elsässer bezeichnet Deutschland als »besetztes Land« (Z. 49), als »Militärkolonie der Amerikaner« (ebd.) und skandalisiert, dass Deutschland das Land mit den meisten stationierten US-Soldat:innen sei (vgl. Z. 49f.)⁶. In Bezug darauf fordert er die Schließung des US-amerikanischen Truppenübungs-

5 Für eine bessere Lesbarkeit wird bei den Zitaten aus dem Transkript der Rede von Jürgen Elsässer nur die Zeile im Transkript angegeben und nicht jedes Mal zusätzlich, dass es sich um das Transkript handelt. Für das vollständige Transkript des Redebeitrags, siehe die letzten Seiten des Beitrags.

6 Dabei handelt es sich allerdings um eine Lüge. In Deutschland sind rund 35.000 US-Soldat:innen stationiert, während in Japan rund 50.000 stationiert sind (vgl. Statista 2020).

platzes in Grafenwöhr (Z. 41f.), der *EUCOM*⁷ in Stuttgart (Z. 56f.) und des Militärflugplatzes in Ramstein (Z. 62f.) und schließt diese Forderungen jeweils mit »Ami Go Home«, was vom Publikum übernommen und viermal wiederholt im Chor gerufen wird. Danach lobt Elsässer gegenüber »den verrückten Antifanten aus Connewitz« (Z. 69), die »vernünftige Linke« (Z. 70) und zählt Sahra Wagenknecht, Dieter Dehm und Oskar Lafontaine als solche auf (vgl. Z. 70ff.). Er schließt seine Rede damit, dass alle Patriot:innen, links wie rechts und aus allen Schichten gemeinsam handeln müssen, um die Besetzung zu beenden: »Die Querfront kann siegen, das vereinte Volk ist unbesiegbar. Ami Go Home!« (Z. 78). Unter dem Motto »Ami Go Home« verhandelt Jürgen Elsässer verschiedene grundlegende Motive, die faschistische Tendenzen beinhalten. Das sind neben einer erwarteten Konstruktion der USA als Feindin, eine pro-russische Positionierung und die Unterstellung der Unfähigkeit des deutschen Staates zu handeln. Außerdem fallen historische Bezüge auf eine bessere Vergangenheit, besonders in Ostdeutschland, und der Ruf nach einer Querfront auf. All diese Aspekte werden in den Dimensionen Krise, Retter oder Lösung verhandelt. Sie sollen im Folgenden genauer erläutert und mithilfe der in Kapitel 3 gesammelten Merkmale von Faschismen bzw. faschistischer Tendenzen eingeordnet werden.

5.1 Krise und Feinde: Die USA, Alt-Parteien & Antifanten

Den Ausgangspunkt der Demonstration sowie der Rede bildet die Stationierung US-amerikanischer Soldat:innen in Deutschland. Um die Situation zu überzeichnen, bedient Elsässer sich falscher Fakten wie zum Beispiel, dass in Deutschland die meisten US-Soldat:innen außerhalb der USA stationiert seien (vgl. Z. 49f.), während in Japan rund 15.000 Soldat:innen mehr stationiert sind (vgl. Statista 2020). Davon ausgehend, wird eine Krise heraufbeschworen. Elsässer zeichnet das Bild einer bedrohten Nation: »Wir sind ein besetztes Land, wir sind eine Militärkolonie der Amerikaner« (Z. 49). Er wolle »nicht zulassen, dass unser schönes Deutschland vor die Hunde geht. (Jubel) Und es wird vor die Hunde gehen, wenn wir dieses Besatzungsregime und seine antideut-

7 United States European Command (dt. Europäisches Kommando der Vereinigten Staaten).

schen Vasallen nicht zum Teufel jagen« (Z. 13ff.). Elsässer konstruiert die USA als klare Feindin, die als »Besatzerregime« (Z. 77) das deutsche ›Volk‹ unterdrücke und durch die deutschen »Alt-Parteien repräsentiert« (ebd.) werde. In Anschluss daran werden Tendenzen zu verschwörungsideologischen Erzählungen deutlich. So erzählt er, die deutschen Grenzen seien 2015 »auf Geheiß des US-Milliardärs George Soros« (Z. 16) für Asylsuchende geöffnet worden und die Menschen seien im Rahmen der Corona-Pandemie »auf Geheiß des US-Milliardärs Billi-Bill Gates« (Z. 18) »eingesperrt« (ebd.) worden. Soros sowie Gates sind immer wieder Protagonisten in verschiedenen antisemitischen sowie intellektuellenfeindlichen Verschwörungsideologien (vgl. z.B. Heep 2022 für eine grundlegende Einführung in Verschwörungsideologien allgemein sowie die Rolle von Soros und Gates in den Szenarien).

Als Feindin im eigenen Land gilt für Elsässer die sogenannte ›Antifa‹ (kurz für: Antifaschistische Aktion)⁸. Diese verpönt er als »verrückte Antifanten« (Z. 69) oder »Transatl-antifa« (Z. 32f.). Bezeichnend für diese Arbeit ist an dieser Stelle diese offene Abgrenzung zu antifaschistischen Bewegungen⁹.

5.2 Zusammenarbeit: Russland als (historischer) Partner

Abgesehen von den USA bezieht sich Elsässer auch auf Russland. Dieser Bezug ist allerdings durchweg positiv und schafft ein Bild der historischen Verbundenheit und Partnerschaft zwischen Deutschland und Russland:

»Wenn es zwischen Deutschland und Russland gestimmt hat, egal ob bei Kanzler Bismarck oder bei Kanzler Willy Brandt, dann war das gut, nicht nur für unsere beiden Völker, sondern für den gesamten Kontinent.« (Z. 44-46).

Dabei stellt er unter anderem auch historische Bezüge her. Im Fokus stehen dabei besonders die DDR-Vergangenheit in Ostdeutschland und die damit einhergehenden Beziehungen zu Russland: »Wenn es eine

8 Antifa bezeichnet jedoch keineswegs eine einzige Organisation, sondern ist vielmehr ein Sammelbegriff für verschiedene heterogene linke und linksradikale Gruppen (vgl. Schuhmacher 2017).

9 Wohl gemerkt, dient »die Antifa« im öffentlichen Diskurs mittlerweile jeglicher Dämonisierung linker Gegenkultur (vgl. Schnee 2019).

Lehre aus der Geschichte gibt, dann doch die: Deutsche und Russen dürfen sich nie mehr gegeneinanderhetzen lassen« (Z. 47f.). Er hält außerdem an vermeintlich ostdeutschen Prinzipien fest, wie beispielsweise einem grundsätzlichen Antiamerikanismus und polemisiert, »dass ostdeutsches Gebiet nicht für die Amerikaner und nicht für die NATO zur Verfügung steht« (Z. 26f.). Auch die Aussage »wir als Deutsche, haben gute Erfahrungen jedenfalls immer wieder mit Russland gemacht« (Z. 43f.) schließt an dieses Narrativ an und unterstreicht die partnerschaftliche Beziehung, die zu Russland angestrebt werden soll und eine Abgrenzung zu den USA impliziert.

5.3 Potenzial: Das vereinte Volk ist unbesiegbar

Mit der Feindbildkonstruktion, die ein bedrohliches ›Außen‹ markiert, geht zugleich die Konstruktion eines positiv bestimmten Inneren einher: Elsässer stellt sich zunächst selbst mit den Worten »Ich bin Deutscher« (Z. 13) vor, um einen groben Rahmen für das angestrebte Innere zu schaffen. Ausschlaggebend für das Innere scheint die Zugehörigkeit zu einem ethnischen oder historisch-kulturellen Konstrukt des Deutschseins zu sein. Insgesamt acht Mal nutzt er den Begriff ›Volk‹, um die Situation der deutschen Zivilgesellschaft darzustellen – die Nutzung des Begriffs ›Volk‹ im Gegensatz zu Bevölkerung könnte vermuten lassen, dass er sich hierbei eher auf ethnische Prinzipien als auf den Wohnort von Personen bezieht und zugleich die politische Gesinnung egal scheint. Das ›Volk‹ scheint einer Bedrohung durch die USA und infolgedessen durch die Bundesregierung ausgesetzt zu sein:

»Ich habe 2015 gesagt, als die Regierung auf Geheiß des US-Milliardärs George Soros, die Grenzen geöffnet hat, da habe ich gesagt: ›Wenn die Regierung das Volk austauschen will, dann muss das Volk die Regierung austauschen!‹ (Jubel) und 2020 habe ich gesagt als die Regierung auf Geheiß des US-Milliardärs Billi-Bill Gates uns alle eingesperrt hat: ›Wenn die Regierung das Volk einsperren will, dann muss das Volk die Regierung einsperren!‹ (Jubel)« (Z. 15-19).

Im Begriff ›Volk‹ scheint aber auch ein Spielraum zu liegen, auf den Elsässer abzielt. Es scheint in der Macht des ›Volkes‹ zu liegen, die Krise zu bewältigen. So schließt Elsässer seine Rede unter anderem mit den Worten: »das vereinte Volk ist unbesiegbar« (Z. 78). Zugleich liegt in diesen Aussagen ein potenziell revolutionäres Moment: das vereinte ›Volk‹ als Möglichkeit eine unrechtmäßige Herrschaft von unten zu stürzen.

Zudem wird besonders bei der Darstellung der Situation immer wieder in Wir-Form gesprochen, statt von Deutschland als Nation: »Wir sind ein besetztes Land, wir sind eine Militärkolonie der Amerikaner« (Z. 49), »Wir haben die amerikanische Zentrale in Stuttgart« (Z. 56), »wir haben schließlich Ramstein« (Z. 62). Elsässer konstruiert also mit Hilfe des Bildes der USA ein klares Feindbild für die deutsche Nation und schafft gleichzeitig ein Inneres, welches von einem Opfergefühl geplagt wird, sich bedroht fühlt und sich wehren muss.

5.4 Retter und Lösung: Jürgen Elsässer und die Querfront

Ausgehend von der beschriebenen Krise schildert Elsässer zwei Dimensionen ihrer Lösung. Zunächst inszeniert er sich selbst als Retter, indem er mehrfach Bezüge zu vergangenen Aussagen und seinem Weitblick herstellt. So bezieht er sich unter anderem darauf, dass er sowohl bereits 2015 als auch 2020 gewusst habe, dass die deutsche Regierung nur unter Einfluss US-amerikanischer Milliardäre stehe und keine eigenen Entscheidungen treffe (vgl. Z. 15-19). Damals habe er bereits klare Anweisungen an das deutsche Volk gegeben und den Ausweg aus der Krise gekannt: »da habe ich gesagt: ›wenn die Regierung das Volk austauschen will, dann muss das Volk die Regierung austauschen!‹« (Z. 18f.). Zur aktuellen Situation der Gasknappheit aufgrund des russischen Angriffskriegs in der Ukraine gibt er die Anweisung: »wenn die Regierung [...] das Volk für den verdamnten Krieg gegen Russland frieren lassen will, dann muss das Volk der Regierung Feuer unterm Arsch machen« (Z. 20ff.). Mit Aussagen wie »ich will nicht zulassen, dass unser schönes Deutschland vor die Hunde geht« (Z. 13), stilisiert sich Elsässer als Retter und Ideengeber für das deutsche ›Volk‹, welchem von der deutschen Regierung, unter Einfluss der USA, Unrecht getan wird.

In Anschluss an das Narrativ eines gemeinsamen deutschen Volkes sieht Elsässer die sogenannte Querfront als Lösung der Krise. Ohne sich zunächst des Begriffs Querfront zu bedienen, spricht Elsässer, als Leitfigur der Neuen Rechten im deutschsprachigen Raum, die gesellschaftliche Linke an. Er vergleicht die heutige Linke (»Transatl-antifa«, Z. 32f.) mit ihrer Vorgängergeneration, die noch »Grips« (Z. 34) gehabt habe und noch gegen »die Amerikaner demonstriert« (Z. 34f.) habe. Außerdem äußert er sich positiv über die ehem. Die Linke-Politikerin Sahra Wagenknecht und deren »Offensive« (Z. 71), die sie zu einer »vernünftige[n] Linke[n]« (Z. 70) mache. Positive Bezüge stellt er außerdem zu Diether Dehm und Oskar Lafontaine her und ordnet sie ebenfalls der Kategorie »vernünftige Linke« zu. Elsässer schließt seine Rede mit der Formulierung seines Lösungsvorschlags und benennt damit schließlich die Querfront als Lösung:

»Patrioten aus allen Schichten der Bevölkerung, Patrioten von links nach rechts, aufrechte Rechte und vernünftige Linke müssen zusammenkommen gegen das Besatzerregime, das durch die Alt-Parteien repräsentiert wird. Die Querfront kann siegen, das vereinte Volk ist unbesiegbar.« (Z. 76-78).

Elsässer fordert also einen dritten Weg zur Rettung der Nation: Die Einigung der Linken und Rechten auf Basis der Nation. Dabei greift er plötzlich auf das Bild einer Kampf- oder Kriegssituation zurück, indem er davon spricht, die Querfront könne »siegen« (Z. 78) und sei »unbesiegbar« (Z. 78). Damit erreicht er, dass die Bedrohlichkeit der USA für seine Zielgruppe umso gefährlicher scheint, aber nicht unmöglich zu überwinden.

Auffällig an diesem Schlusswort scheint zudem die Ähnlichkeit zum letzten Satz des Manifests der kommunistischen Partei von Karl Marx und Friedrich Engels: »Proletarier aller Länder, vereinigt euch!« (Marx/Engels 2020: 95). Ob es sich dabei um ein bewusstes Sprachspiel handelt, bleibt offen. Eine mögliche Absicht dahinter könnte erneut die Mobilisierung der Linken und damit die Verbindung von rechten und linken Kräften sein.

5.5 Einordnung der Rede

Es fällt auf, dass vermehrt faschistische Merkmale in der Rede zu finden sind. Während Elsässer ein klares Feindbild schafft, konstruiert er im Zuge dessen auch ein Inneres bzw. ein Wir-Gefühl für das Publikum und seine Zielgruppe. Die große Feindin USA befindet sich außerhalb des zu beschützenden Systems der Nation. Doch auch innerhalb der bedrohten Nation gibt es Feinde wie die sogenannte Antifa oder die Alt-Parteien. Das kämpferische Innere basiert grundsätzlich auf Begriffen wie ›Volk‹ und der Wir-Form, in der von Deutschland gesprochen wird. All dies ist von einem Opfergefühl und kollektivem Groll geprägt. Historische Bezüge stellt Elsässer in Bezug auf die DDR, Bismarck und Willy Brandt her, um die freundschaftlichen Beziehungen zu Russland zu betonen. Von dieser Beziehung habe Deutschland sowie ganz Europa nur profitiert. Jedoch geht er nicht so weit einen palingenetischen Ultrationalismus heraufzubeschwören. Jürgen Elsässer inszeniert sich in seiner Rede als Retter der Nation bzw. seines Publikums. Er bezieht sich stets darauf, dass er früh erkannt habe, inwiefern die Politik Deutschlands von den USA gelenkt werde, und gibt klare Anweisungen, wie damit umzugehen sei. Als finale Lösung bietet er einen sogenannten dritten Weg: Die Querfront. Linke wie Rechte sollen gemeinsam gegen die Unrechtmäßigkeiten, die ihnen angetan werden würde, kämpfen. Er zeichnet das Bild einer Revolution von unten durch das vereinte ›Volk‹. In seiner Rede gibt es eine deutliche Einteilung in Krise, Retter und Lösung.

Um Paxtons Modell der fünf Stadien des Faschismus aufzugreifen, lässt sich Elsässers Rede bzw. deren Umstände in das erste Stadium einordnen. Die Rede sowie die Umstände der »Ami Go Home«-Demonstration lassen sich vorsichtig als politische Bewegung beschreiben. Beim Publikum sowie bei Elsässer selbst werden Enttäuschungen und wahrgenommene Krisen offensichtlich, die sich erst aufgrund einer funktionierenden Demokratie entwickeln können. Elsässer spricht, wie von Paxton beschrieben, über seine »Perspektiven auf die Welt und [...] Befunde, woran sie krankt« (Paxton 2007: 67). Inwiefern Elsässer eine tatsächliche faschistische Politik, im Sinne von Etablierung im politischen System, Machtübernahme und -ausübung, anstrebt, kann anhand dieser Rede nicht beantwortet werden.

6. Fazit

Nach abgeschlossener Analyse und Einordnung der Rede lässt sich festhalten, dass es durchaus eine faschistische Tendenz in Jürgen Elsässers Rede vom 26. November 2022 in Leipzig gibt. Neben deutlichen Merkmalen wie der Konstruktion eines bedrohten Inneren durch ein böses Außen und damit einhergehenden Feindbildkonstruktionen, findet sich ein kämpferisches Inneres, welches auf der Einheit des Volks basiert. Auch historische Bezüge auf ein vergangenes Besseres lassen sich finden. Elsässer bietet als Lösung der Krise einen dritten Weg in Form der Querfront an und zeichnet damit ein revolutionäres Bild des vereinten Volks. An dieser Stelle scheint ein wesentliches Gefahrenpotenzial zu liegen: Elsässer versucht (Alt-)Linke mit Rechten zu verbünden und beschwört einen vermeintlichen Kampf herauf, der nur mit der Querfront zu gewinnen sei.

In Hinblick auf Paxtons Modell bleibt unklar, inwiefern Elsässer tatsächlich eine faschistische Machtübernahme anstrebt oder nicht. Doch trotzdem: selbst wenn die faschistischen Tendenzen Elsässers und des *Compact*-Magazins bisher nicht eindeutig einzuordnen sind, gilt es diese nicht aus den Augen zu verlieren, denn »[j]e aktiver sich eine faschistische Bewegung am politischen Leben eines Landes beteiligt, desto weniger kann man sie aus sich selbst heraus verstehen. Sie ist in ein Netz von Beziehungen mit Verbündeten oder Rivalen aus der eigenen Zivilgesellschaft verstrickt« (Paxton 2007: 66).

Die Querfrontargumentation schafft für Elsässer eine wesentliche Erweiterung seines Publikums und erweitert das »Netz von Beziehungen mit Verbündeten oder Rivalen« (Paxton 2007: 66). Besonders durch die Trennung in ›gute‹ und ›schlechte‹ Linke, ist es ihm möglich innerlinke Spaltungen aufzugreifen und für seine Zwecke auszunutzen. In einer Zeit, die von Abstiegsängsten und Unwohlsein mit (identitäts-)politischen Diskursen geprägt ist, sind viele auf der Suche nach richtungsweisenden Gemeinschaften, die Elsässer damit einer breiten Zielgruppe anbietet und argumentativ zugänglich macht.

Es bleibt also festzuhalten, dass, selbst wenn Jürgen Elsässer zum aktuellen Zeitpunkt nicht als offen faschistisch auftritt und die Diskurse, in denen er sich bewegt, eher als neurechts zu bezeichnen sind, es faschis-

tische Tendenzen in seinem Auftreten und seinen Aussagen gibt. Immer wieder geht er über klassische rechte Ideale hinaus und versucht im Sinne der Querfront Linke zu mobilisieren. Die Querfront als dritter Weg scheint für die deutsche Rechte als neue Möglichkeit der Mobilisierung erkannt worden zu sein und sollte daher unbedingt in künftigen Analysen rechter Umtriebe im Blick behalten werden.

Literatur

- Amann, Melanie (2018): So denkt der Chefideologe der Neuen Rechten. In: DER SPIEGEL. Online verfügbar: <https://www.spiegel.de/spiegel/juergen-elsaesser-der-chefideologe-der-neuen-rechten-a-1187601.html> [Zugriff: 07.04.2023].
- Churchwell, Sarah (2020): Der amerikanische Faschismus. Vom Ku-Klux-Klan zu Trump. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 65 (9): S. 57-68.
- COMPACT (o.J.): Wir über uns. Online verfügbar: <https://www.compact-online.de/wir/>. [Zugriff: 09.04.2023].
- COMPACT-TV (2023): 2024: Asyl-Flut – Wir können sie stoppen!. In: COMPACT. Online verfügbar: <https://www.compact-online.de/2024-asyl-flut-wir-koennen-sie-stoppen/> [Zugriff: 28.12.2023].
- Eatwell, Roger (2003): Zur Natur des ›generischen Faschismus‹ – Das ›faschistische Minimum‹ und die ›faschistische Matrix‹. In: Backes, Uwe (Hg.): Rechtsextreme Ideologie in Geschichte und Gegenwart (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung 23), Köln: Böhlau, S. 93–122.
- Elsässer, Jürgen (2022): Riesenerfolg: 6.000 bei ›Ami Go Home‹. In: COMPACT- Online verfügbar: <https://www.compact-online.de/riesenerfolg-6-000-bei-ami-go-home/> [Zugriff: 08.03.2023].
- Gentile, Emilio (2007): Der Faschismus. Eine Definition zur Orientierung. In Mittelweg 36 (1), S. 81-99.
- Griffin, Roger (2020): Der »nationale Sozialismus« des Faschismus. Mussolini sagte ein faschistisches Jahrhundert voraus. Wie falsch lag er? In: Burschel, Friedrich (Hg.): Das faschistische Jahrhundert. Neurechte Diskurse zu Abendland, Identität, Europa und Neoliberalismus, Berlin: Verbrecher, S. 25-37.
- Heep, Stefan (2022): Verschwörungsglaube und Religiöser Glaube. *Eine Art zu Denken*. In: Zeitschrift Für Religionswissenschaft 30 (2), S. 321–366.

- Marx, Karl / Engels, Friedrich (2020): Manifest der Kommunistischen Partei. 6. Aufl., Hamburg: Nikol.
- MDR Sachsen (2022a): Demo-Ticker. Sitzblockade stoppt rechte Demonstration in Leipzig. Online verfügbar: <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen/leipzig/leipzig-leipzig-land/ticker-demonstrationen-anti-amerika-100.html> [Zugriff: 08.03.2023].
- MDR Sachsen (2022b): Bilanz der Demonstrationen in Leipzig. 1.500 Polizisten, über 40 Ermittlungsverfahren. Online verfügbar: <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen/leipzig/leipzig-leipzig-land/demonstrationen-elsaesser-gegenprotest-100.html> [Zugriff: 08.03.2023].
- Meissner, Karel (2023): Cancel-Terror gegen Gérard Depardieu. In: COMPACT. Online verfügbar: <https://www.compact-online.de/cancel-terror-gegen-gerard-depardieu/> [Zugriff: 30.12.2023].
- Paxton, Robert (2007): Die fünf Stadien des Faschismus. In: *Mittelweg* 36 (2), S. 55-80.
- Pöhlmann, Matthias (2021): Rechte Esoterik. Wenn sich alternatives Denken und Extremismus gefährlich vermischen, Freiburg: Herder.
- Reichardt, Sven (2007): Neue Wege der vergleichenden Faschismusforschung, in: *Mittelweg* 1/2007, S. 9-25.
- Schilk, Felix / Gegenfurtner, Gregor (2022): Visuelles Framing im Compact-Magazin. Ergebnisse einer quantitativen Bildtypenanalyse. In: *ZRex – Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung* 2 (2), S. 287–312.
- Schnee, Philipp (2019): Mythos Antifa. Zwischen Engagement und Gewalt. In: Deutschlandfunk. Online verfügbar: <https://www.deutschlandfunk.de/mythos-antifa-zwischen-engagement-und-gewalt-100.html> [Zugriff: 07.04.2023].
- Schuhmacher, Nils (2017): Küsst die Faschisten. Autonomer Antifaschismus als Begriff und Programm. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)* 67 (42-43), S. 35-41.
- Sellner, Martin (2023): Sellners Revolution_Demografische Wahl. In: COMPACT. Online verfügbar: https://www.compact-online.de/sellners-revolution_-demografische-wahl/ [Zugriff: 08.03.2023].
- Speit, Andreas (2018): Das Netzwerk der Identitären. Ideologie und Aktionen der Neuen Rechten, Berlin: Ch. Links.
- Statista (2020): Infografik. US-Militär in Übersee. Online verfügbar: <https://de.statista.com/infografik/22086/anzahl-der-dauerhaft-im-ausland-stationierten-us-soldaten> [Zugriff: 08.03.2023].
- Strauss, Anselm / Corbin, Juliet (1996): Grounded theory. Grundlagen qualitativer Sozialforschung, Weinheim: Beltz.

tagesschau.de (2023): Verfassungsschutz: ›Compact‹ gesichert extremistisches Beobachtungsobjekt. Online verfügbar: <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/compact-magazin-101.html> [Zugriff: 07.03.2023].

Transkript der Rede Jürgen Elsässers vom 26.11.2022 in Leipzig

Moderator:

Kurz vor unserem Spaziergang – ich weiß ihr wollt los – darf aber einer nicht fehlen nämlich der Jürgen Elsässer, der als Ideengeber und Schirmherr die Kampagne sich hingestellt und diese ins Leben gerufen hat. Jürgen steht schon hinter mir hier auf der Bühne, noch ein paar kurze Worte von Jürgen Elsässer und dann werden wir bestimmt, aber friedlich durch Leipzig laufen und es geht hier rechts von mir an der Bühne entlang, schon mal als Vorahnung. [00:00:31]

Elsässer:

Hallo Leipzig (Jubel aus dem Publikum) [00:00:41]

Ich kann es kurz machen, es war eine Premiere heute, ist eine Premiere heute die erste Demonstration ›Ami Go Home‹ auf deutschem Boden, heute, hier in Leipzig und wir alle sind dabei. Gezählt vorhin 6370 Leute auf dem Platz, ist ein guter Start für ›Ami Go Home‹ (Jubel). Mein Name ist Jürgen Elsässer, ich bin Deutscher und ich will nicht zulassen, dass unser schönes Deutschland vor die Hunde geht (Jubel). Und es wird vor die Hunde gehen, wenn wir dieses Besatzungsregime und seine antideutschen Vasallen nicht zum Teufel jagen. (Jubel) Ich habe 2015 gesagt, als die Regierung auf Geheiß des US-Milliardärs George Soros, die Grenzen geöffnet hat, da habe ich gesagt: »wenn die Regierung das Volk austauschen will, dann muss das Volk die Regierung austauschen!« (Jubel) und 2020 habe ich gesagt als die Regierung auf Geheiß des US-Milliardärs Billi-Bill Gates uns alle eingesperrt hat: »Wenn die Regierung das Volk einsperren will, dann muss das Volk die Regierung einsperren!« (Jubel) [00:02:53]

Und in der aktuellen Situation sage ich, wenn die Regierung auf Geheiß der Milliardäre der US-Fracking-Gas Industrie, das Volk für den

verdammten Krieg gegen Russland frieren lassen will, dann muss das Volk der Regierung Feuer unterm Arsch machen. (Jubel) [00:03:34]

Der Oberbürgermeister Burkhard Jung ist eine Schande für Leipzig. (Jubel) [00:03:47]

Ich mache ihn persönlich mitverantwortlich dafür, dass über dem Flughafen Leipzig/Halle US-Militärflieger an die Rotfront transportiert werden, das ist ein Bruch der völkerrechtswidrigen Zusicherung, dass ostdeutsches Gebiet nicht für die Amerikaner und nicht für die NATO zur Verfügung steht. Ami Go Home! Und nehmt den Burkhard Jung gleich mit! (Jubel) [00:04:28]

Publikum:

Ami Go Home! Ami Go Home! [00:04:29]

Elsässer:

Und ich kann, ich kann nicht mehr hören das Gequäke der Antifa, die schon längst du einer Transatl-antifa geworden ist. (Jubel) [00:04:53]

Die Vorgänger-Generation dieser Leute, die hatten noch Grips, die haben noch gegen die Amerikaner demonstriert. Zehntausende waren auf der Straße wegen US-Präsident Reagan in Westberlin in den 80er Jahren. Da wurden Blockaden gebaut, das war noch was von den Linken, aber das Heutige was die Linken bieten ist doch nur die schmutzige Nachgeburt ihrer besseren Vorfahren. Ami Go Home! Und nehmt die gleich mit! (Jubel) [00:05:35]

Publikum:

Ami Go Home! Ami Go Home! [00:05:45]

Elsässer:

Und das Geschwätz der amerikanischen Menschenrechtsapostel kann ich auch nicht mehr hören, wenn die Anglo-Amerikaner von Menschenrechten reden, dann meinen sie meistens Schürfrechte und wir als Deutsche, haben gute Erfahrungen jedenfalls immer wieder mit Russland gemacht. Wenn es zwischen Deutschland und Russland gestimmt hat, egal ob bei Kanzler Bismarck oder bei Kanzler Willy Brandt, dann war

das gut, nicht nur für unsere beiden Völker, sondern für den gesamten Kontinent. Wenn es eine Lehre aus der Geschichte gibt, dann doch die Deutsche und Russen dürfen sich nie mehr gegeneinanderhetzen lassen. (Jubel) [00:06:34]

Wir sind ein besetztes Land, wir sind eine Militärkolonie der Amerikaner. In keinem anderen Land haben die Amerikaner mehr Soldaten stationiert als in der BRD. Wir haben den größten amerikanischen Truppenübungsplatz auf der Welt außerhalb der USA im bayrischen Grafenwöhr. Grafenwöhr schließen! Ami Go Home! (Jubel) [00:07:07]

Publikum:

Ami Go Home! Ami Go Home! Ami Go Home! Ami Go Home! [00:07:18]

Elsässer:

Wir haben die amerikanische Zentrale in Stuttgart, EUCOM und AFROCOM von dort aus werden die Killerdronen in ganz Europa bis nach Asien bis nach Afrika hinein propagiert. Diese Mordzentrale muss geschlossen werden! Ami Go Home! (Jubel) [00:07:31]

Publikum:

Ami Go Home! Ami Go Home! Ami Go Home! Ami Go Home! [00:07:35]

Elsässer:

Und wir haben schließlich, wir haben schließlich Ramstein den größten, personalmäßig größten Stützpunkt der Amerikaner außerhalb der USA auf der ganzen Welt. Alle Waffenlieferungen an die Ostfront laufen über Ramstein. Diese Völkermord-Zentrale muss geschlossen werden! Ami Go Home! (Jubel) [00:08:11]

Publikum:

Ami Go Home! Ami Go Home! Ami Go Home! Ami Go Home! [00:08:16]

Elsässer:

Ich freue mich, dass es außer den verrückten Antifanten aus Connewitz, die hier gegen uns demonstrieren auch noch vernünftige Linke gibt. Ich

freue mich, dass Sahra Wagenknecht in die Offensive geht und wünsche mir mehr davon. (Jubel) [00:08:43]

Ich freue mich, dass der linke langjährige Bundestagsabgeordnete Diether Dehm pünktlich zu unserer Demo einen Song geschrieben hat, nach der Melodie von Nabuko ›Ami Go Home‹ und ich freue mich besonders über Oskar Lafontaine, der nächste Woche ein Buch heraus bringen wird mit dem Titel ›Ami, it's time to go'. (Jubel) [00:09:25]

Patrioten aus allen Schichten der Bevölkerung, Patrioten von links nach rechts, aufrechte Rechte und vernünftige Linke müssen zusammenkommen gegen das Besatzerregime das durch die Alt-Parteien repräsentiert wird. Die Querfront kann siegen, das vereinte Volk ist unbesiegbar. Ami Go Home! (Jubel) [00:10:04]

Konservative Politikstrategien in Zeiten autoritärer Zuspitzung

Eine Analyse des Umgangs mit Corona- Demonstrationen und der radikalen Rechten durch den sächsischen CDU-Ministerpräsidenten

1. Einleitung

Die Freien Sachsen¹ haben neben zahllosen anderen, eher unspezifischen Feindbildern ein klares, personalisiertes Feindbild: den sächsischen Ministerpräsidenten Michael Kretschmer (vgl. Kiess 2023: 85). Sie fordern seine Verhaftung, ziehen mit Demonstrationen vor seinen Wohnort und protestieren vor Veranstaltungen mit ihm. Trotz dieser eindeutigen Bedrohung, die das Gegenüber nicht als politischen Gegner, sondern als politisch auszuschaltenden, zu bestrafenden oder im Grenzfall physisch zu beseitigenden Feind sieht, gab es einen Dialogversuch und vereinzelte Gespräche seitens des Ministerpräsidenten. Diese reißen sich ein in weitere Begegnungen und Gespräche zwischen ihm und verschwörungs-ideologischen und pandemieleugnenden Corona-Demonstrierenden. In diesem Beitrag soll eine Übersicht über den Verlauf des Umgangs mit den Corona-Demonstrationen und den Freien Sachsen seitens der sächsischen CDU und insbesondere des Ministerpräsidenten gegeben werden. Dabei ist zu untersuchen, aufgrund welcher Annahmen und mit welchem Politikverständnis Politiker:innen Dialoge mit radikalen Rechten und menschen- und demokratiefeindlich eingestellten Gruppen führen. Grundsätzlich geht es dabei um die Frage, welche Politikstra-

1 Für eine ausführliche Darstellung der Freien Sachsen s. die Einleitung zu diesem Band (Böhme/Krell).

tegien Konservative gegen die Zunahme rechtsradikaler und autoritärer Tendenzen anwenden.

Um sich dieser Frage zu nähern, wurde die mediale und Online-Präsenz der sächsischen CDU und des sächsischen Ministerpräsidenten untersucht. Dazu wurden Zeitungsartikel, Facebook-Posts der sächsischen CDU und Tweets des sächsischen Ministerpräsidenten Michael Kretschmer im Zeitraum von März 2020, dem Beginn der Corona-Pandemie, bis Oktober 2023 diskursanalytisch ausgewertet. Es soll nachgezeichnet werden, wie sich vor allem die stark personalisierte und medial präsente Führungsfigur Michael Kretschmer zu den Corona-Demonstrationen und den Freien Sachsen verhält. Dafür wird in einem ersten Teil des Artikels eine Chronologie medial herausstechender Ereignisse in Bezug auf die Corona-Demonstrationen und der Reaktionen von Seiten des Ministerpräsidenten nachgezeichnet. Im zweiten Teil werden diese Begegnungen analysiert. Dabei wird herausgearbeitet, welche Funktion der Dialog zur Bekämpfung von Radikalisierung einnehmen soll und unter welchen Voraussetzungen sich auf ihn eingelassen wird. Es zeigt sich, dass die Gespräche einerseits auf der Imagination eines anhörbaren homogenen ›Volkswillens‹ beruhen und andererseits auf den Annahmen eines rational deliberativen Kommunikationsmodells, die jedoch nicht erfüllt werden. Diese Annahmen führten immer wieder zu Berührungspunkten mit Corona-Demonstrationen und den Freien Sachsen, stellen aber gemäß der Forschung und der Expertise der Mobilen Beratung kein geeignetes Mittel gegen demokratiefeindliche und rechtsradikale Akteur:innen dar (vgl. Bringt/Klare 2021). Im dritten Teil wird dann die eigene Positionierung des sächsischen Ministerpräsidenten gegenüber verschiedenen rechtsradikalen Gruppierungen und Parteien analysiert. Hier lässt sich vor allem eine rhetorisch-moralische Abgrenzung bei gleichzeitiger Verschärfung eigener politischer Positionierungen beobachten, um rechtes Wähler:innenpotenzial zurückzugewinnen. Dabei werden die Themen Migration und Kritik an der Ampel-Regierung in einer Form affektpolitisch (Mau et al. 2023: 351) bespielt, die als »Regression als Problemlösungsstrategie« (Kalkstein/Gittner 2023: 267) bezeichnet werden kann. Im letzten Teil wird dann die Kritik an der Ampel-Regierung genauer beleuchtet, die einem libertären Autoritarismus folgt, der strukturelle Ähnlichkeiten zu dem Freiheitsbegriff der Freien Sachsen aufweist.

Schlussendlich zeigt sich, dass die Freien Sachsen und die radikale Rechte politische Gegner der Konservativen sind, die von ihnen moralisch delegitimiert werden. Gleichzeitig besetzt der Ministerpräsident aber vor allem in Bezug auf Migration und die Ampel-Koalition Themen, die in ihrer Struktur, mit der sie im Diskurs vorgebracht werden, verwandt sind mit denen der radikalen Rechten. Weitere Parallelen zeigen sich in einem autoritär individualistischen Freiheitsbegriff. Der Versuch einer Antwort auf die autoritären Tendenzen liegt hier in einer eigenen Radikalisierung.

2. Chronologie der Ereignisse

Im Zuge der Corona-Pandemie sah sich die Politik nicht nur vor der Herausforderung, die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie zu entscheiden und durchzusetzen, sondern sie musste sich ebenso mit einem wachsenden Protestmilieu aus Verschwörungsideolog:innen, Coronaleugner:innen und Rechtsradikalen auseinandersetzen. Schnell wurde Sachsen zu einem der Orte mit einem besonders großen Aufkommen an Protestgeschehen. Neben den radikalen Positionen und den teilweise gewaltsamen Ausschreitungen bekamen auch die Begegnungen zwischen Demonstrierenden und dem sächsischen Ministerpräsidenten mediale Aufmerksamkeit. Im Folgenden werden chronologisch die verschiedenen medial rezipierten Begegnungen dargestellt, die dann im anschließenden Kapitel analysiert werden. Die Chronologie dient der Dokumentation sowie als Beleg für die Häufigkeit und die Ähnlichkeiten in den Kontakten. Der besondere Fokus auf den Ministerpräsidenten ergibt sich aus seiner Funktion, in der er an der Spitze des politischen Systems des Freistaates steht. Damit werden seine Handlungen medial stark rezipiert und besitzen auch einen hohen Symbolcharakter. Gespräche eines Ministerpräsidenten mit Demonstrierenden kommunizieren etwas anderes als beispielsweise Dialoge mit Kommunalpolitiker:innen. Der zweite Grund ist, dass es empirisch häufige Kontakte gab und zwar deutlich mehr als von anderen Politiker:innen auf Landesebene, die sich von den Demonstrierenden stärker abgrenzten. Die vielen Begegnungen und Gespräche mit verschiedenen Bürger:innen in Sachsen führen zu einer medialen Rezeption, die im Bürgerdialog

einen wichtigen Bestandteil von Michael Kretschmers Politikstrategie und -stil sieht. Ihm wird häufig das »Image eines bürgernahen Politikers« (Mitteldeutscher Rundfunk 2024) attestiert und er gilt als »Meister des persönlichen Gesprächs« (Freie Presse 2022). Diese Offenheit wird aber auch kritisch rezipiert, wie in der taz, wo beschrieben wird, dass er »exzessiv« auf Bürgernähe setze (Orde 2023). Somit ergibt sich die Fokussierung auf einen einzelnen Politiker aus den empirisch herausstechenden Ereignissen und kann damit als Fallbeispiel bezüglich der Frage des politischen Dialogs mit Rechtsradikalen dienen.

16.05.2020 Großer Garten

Ein erstes Aufeinandertreffen, das auch überregionale mediale Aufmerksamkeit erzeugte, geschah am 16. Mai 2020. Eine Gruppe von Demonstrierenden gegen die Corona-Maßnahmen, vor allem bezüglich der Maskenpflicht, zog durch den Großen Garten in Dresden. Laut Aussage der Staatskanzlei wurde sich spontan für den Besuch von Michael Kretschmer entschieden, der mit dem Fahrrad anreiste (vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung 2020). Die Bilder zeigen einen dicht umringten Ministerpräsidenten, der mit den Demonstrierenden ins Gespräch kommt. Während der Gespräche wurden immer wieder verschiedene Rufe skandiert, die die Pandemie leugneten, Kretschmer diffamierten und reichsbürger-typische Aussagen beinhalteten. Unter anderem wurden »Kretschmer, verpiss dich« und »Du bist doch der blödeste Hammel, den Sachsen je gesehen hat« gerufen. Als er sagte: »Wie leben in einem Staat, in dem jeder seine Meinung sagen kann«, wird dies durch Zwischenrufe wie »Wir haben keinen Staat!«, »Besatzung!« und »Die Gerichte sind alle unterwandert!« kommentiert (YouTube 2020). Als er damit konfrontiert wird, dass er, trotz Maskenpflicht, selbst keine trägt, sagte Kretschmer:

»In jedem anderen Kontext, hätte ich jetzt meine Maske aufgesetzt und ich habe es hier nicht gemacht, aus Respekt vor Ihnen, (Zwischenantwort: Das ehrt Sie sehr), weil ich zu Menschen komme, die eine explizit andere Meinung haben als ich und ich nicht, obwohl ich sie mithabe, Sie unter dem Motto provozieren will, sondern ich möchte mit Ihnen so reden wie es ist« (ebd.).

Auf der Seite von Michael Kretschmer auf X (ehemals Twitter) wurde dazu am selben Tag ebenfalls ein Video der Begegnung gepostet und dazu geschrieben:

»Mir ist es wichtig die Meinungen, Argumente & Sorgen der Menschen zu hören. Wir können über alles reden & auch Dinge nachbessern. Dafür braucht es eine vernünftige #Diskussionskultur & dann schaffen wir es auch gemeinsam durch die Krise. (SK) #unterwegsfürsachsen #sachsen« (Kretschmer 16.05.2020).

20.05.2020: Gespräch mit Aluhutträger in Pirna

Vier Tage später, am 20. Mai 2020, kam Michael Kretschmer wieder ins Gespräch mit einer herausstechenden Person bei einer Veranstaltung in Pirna (vgl. Decker 2020). Der Mann trug neben einem Aluminiumhut als Kopfbedeckung ein T-Shirt mit dem Aufdruck »Wir sind das Volk« und einen Aufkleber mit der verschwörungsideologischen Aufschrift »Gib Gates keine Chance« (Potter 2021). Dennoch entschied sich Kretschmer für das Entstehen der Bilder eines Dialogs mit diesem Mann. Nach diesen beiden Ereignissen erklärte Kretschmer gegenüber der Funke Medien-gruppe: »Ich möchte verstehen, was die Menschen umtreibt. Das ist eine zwingende Voraussetzung dafür, dass dieses Land sich nicht weiter spaltet. Diese Leute nicht ernst zu nehmen wäre falsch« (Bild 2020). Weiterhin vertrat er die Meinung, dass es zu steigenden Teilnehmendenzahlen kommen würde, wenn die Demonstrierenden »sofort in eine Ecke gedrängt und als Gesprächspartner ausgeschlossen« werden (ebd.).

September 2020 Treffen mit Bhakdi

Im September 2020 trifft sich Michael Kretschmer mit dem Professor für Medizinische Mikrobiologie Sucharit Bhakdi. Dieser war ein Vordenker der *Querdenken*-Bewegung (vgl. Freie Presse 2022) und wurde bereits 2020 dafür kritisiert, dass seine Aussagen »mindestens einseitig ausgewählt und gedeutet und zum Teil wissenschaftlich unseriös« sind (Pasternack/Beer 2022: 69). Über das Gespräch wurde Stillschweigen vereinbart.

16.01.2021: Anruf bei dem Gastronom Mario Zichner

Im Januar 2021 postete der Dresdner Gastronom Mario Zichner ein Video seines »Wutausbruches« über die Corona-Politik. Mario Zichner hat Kontakte in die rechtsradikale Szene. Er kochte beispielsweise für den Dresdner Obdachlosenverein (vgl. Wolf et al. 2021), dessen führende Köpfe und *Pegida*-Sympathisanten Ingolf Knajder und Uwe Riedel immer wieder durch rassistische Äußerungen auffallen und wegen Volksverhetzung verurteilt sind (vgl. Hellwig 2023). Außerdem ist Zichner auf einem Foto mit einem Ex-*Pegida* Organisator zu sehen (vgl. Wolf et al. 2021). Als Reaktion auf dieses Video rief Michael Kretschmer ihn persönlich an, um mit ihm über seine Vorwürfe zu sprechen, trotz der öffentlich bekannten Verbindungen.

20.01.2021: Hausbesuch bei Kretschmer und anschließende Einladung

Am 20. Januar 2021 zog eine Gruppe von circa 30 Menschen vor das private Wohnhaus von Michael Kretschmer, um ihn zu konfrontieren. Dabei handelte es sich um Personen aus dem Umfeld der *B96-Proteste*. Sie vertreten reichsbürgertypische, rechte und verschwörungsideologische Inhalte (vgl. MDR Investigativ 2021). Die Gruppe hatte verschiedene Artikel wie Mützen und Schals in schwarz-weiß-roten Farben und Plakate mit den Aufschriften: »Wer Völkermord betreibt, hat das eigene Lebensrecht verwirkt! Rücktritt und Verhaftung sofort!« und »Lasst die Finger weg von unseren Kindern u. Enkeln! Es gibt keine Pandemie, sondern Plandemie« (Potter 2021) mitgebracht. Michael Kretschmer entschied sich dafür, in den spontanen Dialog mit den Personen zu treten. Während des Gesprächs versuchte er mit rationalen Argumenten die Diskussion über die Pandemie und die politischen Entscheidungen zu führen. Die Gegenseite schien darauf jedoch nicht einzugehen. Die Interaktion dauerte circa 30 Minuten. Laut eigener Aussage beendete Kretschmer das Gespräch als sich eine Frau demonstrativ ihr schwarz-weiß-rotes Halstuch über das Gesicht zog (vgl. N-TV 2021). Kretschmer

eröffnete der Gruppe ein weiteres Gesprächsangebote in einer Runde, die er organisieren wolle (vgl. Potter 2021).

18.01.2022: Frankenberg – ein letzter Dialogversuch?

Im Januar 2022 tritt der Ministerpräsident an eine Demonstration der – mittlerweile vom Landesamt für Verfassungsschutz (2021) als rechts-extrem eingestuft – Freien Sachsen heran, die vor einer von ihm besuchten Veranstaltung stattfindet. Er bricht den Gesprächsversuch ab, nachdem er von der aufgebrachten Menge in bedrohlicher Weise angeschrien und zudem mit einer Fahne attackiert wird. In der Menge steht auch der Die Heimat- (ehemals NPD) und Freie Sachsen-Funktionär Stefan Hartung (vgl. RTL 2022). Ein Video von dieser Begegnung kursierte danach in den sozialen Medien und löste kontroverse Diskussionen aus (vgl. Rosendahl 2022). Es mehrte sich die Kritik, in der Sächsischen Zeitung wurde beispielsweise kommentiert:

»Denn für die pöbelnde Menge in Frankenberg ist es ein medial mehrfach transportierter Erfolg – ein Bild der Demütigung entsteht. Und genau dabei wird nicht nur eine Person, sondern auch das Amt des Regierungschefs beschädigt. Und so endet wieder ein Tag, an dem Michael Kretschmer mit einem gut gemeinten, aber unbedachten Gesprächsangebot so viel mehr Menschen enttäuscht, die in den vergangenen zwei Jahren auch die härtesten Phasen der Corona-Pandemie mit Geduld, Solidarität und Engagement durchgetragen haben – und damit auch Michael Kretschmer« (Binninger 2022).

April 2022: Cunewalde

Bei den Feierlichkeiten anlässlich des 800-jährigen Bestehens der Gemeinde Cunewalde versuchte Kretschmer noch einmal, Demonstrant:innen der Freien Sachsen zuzuhören, bevor er eine Veranstaltung betritt. Auch hier gab es kein Eingehen der Demonstrierenden auf seine Gesprächsversuche, wie sich in folgender Dialogschilderung zeigt:

»Bei der 800-Jahr-Feier in Cunewalde im Landkreis Bautzen im April 2022 wurde Michael Kretschmer von Corona-Leugnern abgefangen. Ein kleiner Mann rief: »Corona gibt es nicht.« Als der Ministerpräsident fragte: »Was meinen Sie konkret?« antwortete ein anderer Mann: »Es gibt gar keine Pandemie.« Der Politiker antwortete mit zusammengezogenen Augenbrauen: »Sie haben hier eine Trillerpfeife um und brüllen mich an. Und ich stelle Ihnen die Frage, was Sie wissen wollen. Und Sie sagen: Corona ist keine Pandemie« (Mitteldeutscher Rundfunk 2024).

Juli 2022: Kurswechsel

Im Juli 2022 erfolgte ein medial kommunizierter »Kurswechsel« des Ministerpräsidenten. Hier veränderte sich seine Haltung zu den Demonstrationen und zu möglichen Gesprächen. Die Unmöglichkeit einer Verständigung mit radikalisierten Menschen wird betont: »Das sind radikalisierte Menschen, mit denen kann man nicht mehr reden« (Freie Presse 2022). Begründet wird dies auch mit der kritischen öffentlichen Rezeption dieser Gesprächsversuche: »Ich würde es wahrscheinlich so nicht noch mal machen, weil ich gesehen habe, wie es gesehen wurde« (ebd.). Er räumt selbst die »Demütigung« ein, die mit solchen Konfrontationen verbunden ist und problematisiert die Podiumsfunktion, die damit den Demonstrierenden gegeben wird: »Er habe lernen müssen, so der Ministerpräsident, dass man diesen Leuten mit einem Gesprächsangebot auch ein Podium gebe« (Kollenberg 2022). Er zieht damit eine klare Grenze: »Wenn man die grundlegenden Werte unserer Demokratie mit Füßen tritt, wenn man ganz bewusst rechtsextreme Tendenzen hat, wenn man andere niedermacht, dann ist kein Gespräch möglich« (Hach 2022).

09.12.2022: Podiumsdiskussion mit Uwe Tellkamp

Nach seiner verbalen Abgrenzung an Dialogversuche mit Rechtsradikalen scheut Kretschmer jedoch weiterhin nicht das intellektualisierte neurechte Milieu als Gesprächspartner. Auf einer gemeinsamen Podiumsdiskussion im Dezember 2022 zweifelt der Schriftsteller Uwe Tellkamp, der immer wieder durch Kontakte in die neurechte Szene auffiel, die

Umsturzpläne der Reichsbürger an (vgl. Meisner 2022). Außerdem zieht er Parallelen zwischen der DDR und heutiger Politik. An dieser Stelle bezieht sich der Ministerpräsident wieder positiv auf seine Vorstellung des Miteinander Redens:

»Kretschmer verteidigt sein Dialogkonzept, bei dem Tellkamp nur einer in einer langen Reihe ist. Es sei richtig gewesen, dass 2015 der damalige sächsische CDU-Innenminister Markus Ulbig die Anführer:innen von Pegida getroffen hatte, ebenso, dass er selbst 2020 im Großen Garten in Dresden mit Corona-Demonstrant:innen diskutierte. Als er später mit den Querdenker-Ikonen Sucharit Bhakdi und Stefan Homburg an einem Runden Tisch zusammenkam, habe ihm das sogar ›in vielen Punkten die Augen geöffnet‹, sagt Kretschmer. Miteinander reden bedeute ja nicht, dass man ›nach dem Munde redet, sondern dass man sich mit denen auseinandersetzt« (ebd.).

Nach der Distanzierung und Kritik an den eigenen Dialogversuchen mit Antidemokrat:innen, wird hier wieder die alte Position eingenommen, die im Dialog ein Allheilmittel sieht:

»Rote Linien will der sächsische CDU-Mann nach eigenen Worten erst dann ziehen, wenn der Staatsanwalt oder der Verfassungsschutz das vorgeben. Grundsätzlich gelte: ›Wenn wir nicht mehr miteinander reden, wie soll das dann gehen?« (ebd.).

Diese Äußerung widerspricht allerdings auch dem eigenen Handeln, da sein Zugehen auf die Freien Sachsen in Frankenberg im Januar 2022 zu einem Zeitpunkt stattfand, als diese bereits vom Verfassungsschutz als rechtsextrem eingeordnet waren.

3. Dialogverständnis: Mit Rechten reden

In den dargestellten Ereignissen zeigen sich Muster und bestimmte Verständnisse von Dialog, Politik und Demokratie, welche im Folgenden analysiert werden. Zunächst ist deutlich erkennbar, dass Gesprächsbereitschaft, Dialog und Bürgernähe als Markenzeichen eines Politikers genutzt werden, die das »Image eines bürgernahen Politikers« (Mitteldeutscher Rundfunk 2024) und eines »Kümmerers« (YouTube 2023) erzeugen.

Dieses Image geht einher mit einem bestimmten Politikverständnis, welches Elemente von Populismus beinhaltet. Nach Hans Vorländer zeichnet sich Populismus durch drei Merkmale aus: Pro-Volkssouveränität, Anti-Establishment und Anti-Pluralismus (vgl. Vorländer 2021: 31). Eine entsprechende »Idee der unmittelbaren Volkssouveränität« (Vorländer 2021) kommt auch in dem von Kretschmer vertretenen Dialogverständnis zum Ausdruck. Ziel der Betonung des bürgernahen Gesprächs ist die Vermittlung von ›Volksnähe‹ und das Ernstnehmen der Sorgen der Menschen. Bezüglich der Gespräche mit Demonstrierenden wird der Eindruck vermittelt, dass sich durch radikales, wütendes Auftreten auf der Straße Gehör verschafft werden kann und Gruppen dadurch als Diskurspartner wahrgenommen werden. Dies legitimiert letztendlich Feindlichkeit gegenüber deliberativen und repräsentativen Demokratieverständnissen. Hierbei geht es auch um die erzeugten medialen Bilder. Sich einer demonstrierenden Menge als offener Dialogpartner zu präsentieren, symbolisiert eine ›Volksnähe‹ von Politik, die versucht, die gefühlte Repräsentationslücke zu schließen. Es zeigt: »Seht her, ich höre euch zu!« Damit verbunden wird die Idee eines auf die Straße getragenen ›Volkswillens‹ gestärkt. Wenn das regionale Regierungsoberhaupt dann in den Dialog auf der Straße mit den dort demonstrierenden Menschen tritt, suggeriert das ein Anhören des ›Volkswillens‹, welcher dann in die Politik getragen werden soll. Dies funktioniert nur auf Grundlage einer Homogenitätsvorstellung und transportiert diese weiter, entgegen der empirischen Realität einer durch vielfältige und einander widerstreitende politische Einstellungen, Positionen und Interessen charakterisierten Bevölkerung. Das politisch angesprochene Subjekt ist hier der ›normale Sachse‹, der vor allem als weiß, nicht zugezogen und berufstätig konstruiert wird. Beispielsweise führt die »Wutrede« des Wirts Mario Zichner, der diesem Bild entspricht, zu einem persönlichen Anruf vom Ministerpräsidenten. Es gibt demnach Gruppen, deren Wut eher gehört wird und die eher als legitim angesehen werden, ›den Volkswillens‹ auszudrücken als andere. Das Anhören des Volkes auf der Straße durch das Regierungsoberhaupt stellt eine direkte Verbindung zwischen der Regierung und dem Protest auf der Straße her, der als direkte ›Volkswillensbekundung‹ gilt. Damit wird ein personalisiertes Politikverständnis unterstützt, das die unrealistische Erwartung stärkt, der Regierungschef könne alle Bürger:innen mit

ihrem politischen Willen auf der Straße anhören. Tatsächlich werden aber nur bestimmte Gruppe angehört, während andere gemieden werden. Damit werden direkte (Schein-)Zuständigkeiten suggeriert, die andere politische Beteiligungsformen und Vermittlungsebenen auslassen. Diese Anhörung ist eine symbolische Anhörung, der nur selten direkte politische Handlungen folgen können (was auch nicht das Ziel der Anhörung ist). Damit wird zwar auf medialer, diskursiver Ebene ein ›volksnahes‹ Bild erschaffen, es fördert aber erstens ein populistisches Demokratieverständnis und muss zweitens real zu Enttäuschungen führen, weil es letztlich keinen direkten politischen Output generiert. Der Dialog ist hier ein rein performatives Mittel, welches Partizipation suggeriert, indem sich Menschen gehört fühlen sollen. Dies vernachlässigt letztlich andere, praktikablere partizipative Politikmodelle, da es die populistische Vorstellung eines ›Volkswillens‹, der von einer Führungsfigur gehört und umgesetzt werden kann, reproduziert.

Die Begegnung im Großen Garten im Mai 2020 vermittelt ein großes Entgegenkommen des Ministerpräsidenten. Er lässt sich auf einen Dialog zu den Bedingungen der Demonstrierenden ein. Dazu nimmt er demokratiefeindliche Parolen in Kauf. Durch seinen Tweet stellt er die Anliegen der Demonstration als »Meinungen, Argumente und Sorgen« dar (Kretschmer 16.05.2020). Indem gesagt wird, dass über alles geredet werden kann, wird eine uneingeschränkte Gesprächsbereitschaft signalisiert. Außerdem wird über das Ansprechen eines ›Wirs‹ eine Gemeinschaftsidee ausgedrückt, in der auch Protestierende uneingeschränkt und unabhängig von den getätigten Aussagen einbezogen werden.

Bei dem »Hausbesuch« im Januar 2021 dringt eine Personengruppe in den privaten Raum eines Politikers ein. Dieser weist diese überfallartige Konfrontation nicht als grenzüberschreitend zurück, sondern geht auf die Personen ein und eröffnet ihnen darüber hinaus noch ein weiteres Gesprächsangebot. Die fehlende Sanktionierung dieses Auftretens normalisiert diese Art der ›Willensbekundung‹. Dadurch erscheint diese Form des übergriffigen Protests, der verbunden ist mit klar zur Schau gestellter Demokratiefeindlichkeit, letztlich als legitim. Außerdem wird der Inszenierung dieses verschwörungsideologischen und rechtsradikalen Protests eine Bühne gegeben. Sie können die Regeln des Zusam-

mentreffens und der Diskussionsgrundlage bestimmen und dieses dann später in ihren Kanälen als erfolgreiche Konfrontation inszenieren.

Zugang zum Dialog mit dem Ministerpräsidenten bekommen, bis zur Distanzierung im Juli 2022, erst einmal alle, die von ihm als besorgte Bürger:innen Sachsens wahrgenommen werden. Dabei gibt es keine weiteren Bedingungen, wie entgegengebrachter Respekt oder Bezug auf eine gemeinsame demokratische Werthaltung. Bei Beleidigungen und Vorwürfen, auch wenn sie sich direkt gegen die eigene Person richten, wird das Gespräch nicht abgebrochen. Demokratie- und menschenfeindliche Aussagen werden hingenommen und ihnen wird nicht klar und deutlich widersprochen. Das dadurch vermittelte Bild ist, dass jede Position, unabhängig von ihren Inhalten und Konsequenzen, legitim ist und ein Recht darauf hat, angehört zu werden.

Diese Gespräche können als Einhebungsversuche gewertet werden. Damit soll Radikalisierung begrenzt oder zumindest vermindert werden. Dialog ist demnach »zwingende Voraussetzung dafür, dass dieses Land sich nicht weiter spaltet« (Bild 2020). Laut diesem Verständnis bewirkt Abgrenzung eine Zunahme der Radikalisierung. Außerdem wird eine Abgrenzung gegenüber demokratiefeindlichen Akteur:innen als Stigmatisierung dargestellt, da »die Zahl der Demonstranten zunehmen [könnte], wenn Menschen mit kritischen Positionen »sofort in eine Ecke gedrängt und als Gesprächspartner ausgeschlossen« würden« (ebd.). Diese Vorstellung der Einhegung rechtsradikaler Tendenzen durch Gespräche gibt es in Sachsen bereits länger. Friedemann Bringt und Heiko Klare zeigen, dass es bereits 2015 und 2016 verschiedene Formate des Dialogs und Austauschs gab, um der sogenannten Spaltung rund um die Themen Asyl und Migration entgegenzuwirken (vgl. Bringt/Klare 2021: 70). Dabei zeigte sich jedoch, dass vor allem diejenigen diese Veranstaltungen nutzten, »die kein Interesse an Austausch, Konsens und Fakten hatten, sondern vielmehr ihre ressentimentgeladenen Ansichten lautstark und in der Hoffnung auf Verbreitung äußern wollten« (ebd.: 70). Dass diese Einhebungsversuche somit bei ideologisch gefestigten Menschen scheitern, liegt an der Verkennung der Strategie der radikalen Rechten und an der Wirkung von Ideologie. In den Beispielen zeigt sich, dass die Verständigungsversuche des Ministerpräsidenten auf einer Art deliberativen habermas'schen Idee von Politik und kommunikativem Handeln

basieren. Demnach geschieht politische Willensbildung über einen Diskurs, der als rationaler Austausch von Argumenten vorgestellt wird (vgl. Habermas 1999: 291). Ein solcher Diskurs besitzt aber »anspruchsvolle Kommunikationsvoraussetzungen« (ebd.: 291). Notwendig dafür ist kommunikatives Handeln, welches darauf ausgerichtet ist, »rational motivierte Verständigung« (Habermas 1988: 107) herzustellen. Diese ist jedoch nur herstellbar, wenn bestimmte Geltungsansprüche, wie Wahrheit, erfüllt werden und alle Beteiligten dieses Ziel der Verständigung teilen (vgl. ebd.: 111). Dabei soll laut Habermas der »zwanglose Zwang des besseren Arguments« überzeugen. Einen dieser Vorstellung von kommunikativer Rationalität verpflichteten Dialog, scheint der Ministerpräsident durch seine Begegnungen erzeugen zu wollen. Dabei soll die argumentative Kraft der Wahrheit diejenigen umstimmen, die noch nicht von ihr überzeugt sind. Beispielsweise bezieht er sich in seinem Tweet zu den Diskussionen im Großen Garten vom 16.05.2020 auf eine solche Vorstellung von Vernunft und Diskurs, die im Umgang mit den Coronaleugner:innen als adäquates Mittel der Krisenbekämpfung präsentiert wird. In einer Kabinettspressekonferenz am 20.12.2022 verkündete Kretschmer in Bezug auf Verschwörungsideologien: »Man kann nur hoffen, dass sie angesichts der Bilder aus den Krankenhäusern zu einer besseren Einsicht kommen und sich auch vernünftig solidarisch verhalten« (Facebook 2020). Weiterhin verkündet er gegenüber der Presse: »Es sei ihm wichtig, Dinge zu erklären, sagte Kretschmer. Er hoffe, dass er mit Fakten überzeugen könne« (Redaktionsnetzwerk Deutschland 2021). All diese Äußerungen artikulieren die Hoffnung auf eine vernunftgeleitete Einsicht durch Argumente und Fakten. Diese Erwartung von kommunikativer Rationalität und der Kraft der Argumente verkennt jedoch den irrationalen Kern von Verschwörungsideologien und die fehlende Bereitschaft der Anhänger:innen, sich auf kommunikative Verständigung einzulassen, weil sie in einem völlig anderen Paradigma von Wirklichkeit agieren (vgl. Butter 2018: 54 ff.). Bestenfalls sind Kretschmers Positionen hier Ausdruck einer demokratischen Idealvorstellung, die jedoch die wissenschaftlichen Erkenntnisse zu der Funktion von Ideologien ignoriert. Gefestigte rechtsradikale und verschwörungsideologische Weltbilder sind nicht in erster Linie das Ergebnis von fehlender Aufklärung und sind durch rationale Argumente meist weder zu erreichen noch aufzulösen.

Die Orientierung an einem deliberativen Modell ist demnach unpassend, weil die ideale Sprechaktsituation, die dafür nötig wäre, nicht annähernd gegeben ist. Verständigung ist demnach nur unter bestimmten Bedingungen möglich, die von Verschwörungsideolog:innen und der radikalen Rechten nicht geteilt werden. Wie in den Beispielen aus 2. sichtbar wird, geht es den Akteur:innen nicht um Verständigung, sondern um Hegemonie. Die Neue Rechte benutzt nach Natascha Strobl explizit Sprache als Waffe, um »den demokratischen Diskurs zu zerstören« (Strobl 2021: 23) und Hegemonie zu erlangen. Dafür nutzt sie Frames, Narrative und bestimmte Techniken (vgl. ebd.). Ein Einlassen auf diese bewusste Diskurszerstörung gibt ihr Raum. Die Gespräche laufen auch in den Beispielen stets nach den Vorgaben und Vorstellungen der Coronaleugner:innen und Rechtsradikalen ab. Durch das Eingehen des Gesprächs zu diesen Bedingungen gibt der Ministerpräsident den Akteur:innen eine Plattform. Wie er später selbst erkennt, ist dies eine »Podiumsfunktion«.

Damit bleibt die Frage: *Cui bono?* Der Dialog mit aggressiv auftretenden antidemokratischen Akteur:innen bietet eine Plattform für sie. Das deliberative Demokratiemodell, welches von kommunikativer Rationalität ausgeht, ist keine geeignete Begegnungsstrategie für den Umgang mit ideologisch gefestigte Antidemokrat:innen. Es ist vielmehr gefährlich und kontraproduktiv, es in diesem Falle anzuwenden.

Johannes Kiess zeigt, dass die Proteste der Freien Sachsen durch die mediale Erwähnung eine verstärkte Aufmerksamkeit bekamen, wodurch auch ihr Telegram-Kanal anwuchs (vgl. Kiess 2023: 84). Es finden hier demnach verstärkende Dynamiken durch die Medien statt. Auch die Gesprächsversuche durch den Politiker tragen zu dieser verstärkenden Dynamik bei. Die Begegnungen werden als »Sieg« in den Telegram-Gruppen gefeiert und erzeugen weitere mediale Resonanz. Videos der Konfrontation werden im Internet geteilt mit Titeln wie »Kretschmer wird bei Corona Demo in Dresden zur Rede gestellt« (YouTube 2020) und zu dem Aufeinandertreffen in Frankenberg schreiben die Freie Sachsen in ihrem Telegramkanal am 18.01.2022: »Hunderte Bürger empfangen den sächsischen Despoten Michael Kretschmer mit einem lauten Pfeifkonzert. Die Botschaft ist deutlich: Kretschmer muss weg!« (Freie Sachsen 18.01.2022).

Diese Erkenntnisse sind bereits etabliert in der Mobilen Beratung und der zivilgesellschaftlichen Arbeit sowie der begleitenden Forschung. Friedemann Bringt und Heiko Klare betonen, dass eine effektive Bekämpfung von Demokratiefeindlichkeit und Ideologien der Ungleichwertigkeit einer genauen Analyse bedarf, die die neuen Formen von Protestgeschehen jenseits vom klassischen Schema des Rechtsextremismus analysieren, um beispielsweise die antisemitischen Aspekte der Proteste zu verstehen, die Faktenresistenz und die fehlende Anerkennung von Demokratie (vgl. Bringt/Klare 2021: 69). Neben der Analyse seien in politischen Positionierungen auch »deutliche rote Linien zu ziehen« (ebd.). Im Umgang von Michael Kretschmer mit den Freien Sachsen zeigt sich vor allem zu Beginn, dass er die Faktenresistenz nicht anerkennt und deswegen denkt, dass Dialog im habermas'schen Sinne Meinungen verändern kann. Für eine starke demokratische Kultur ist es jedoch wichtig »nicht destruktive Akteur*innen, sondern Engagierte [zu] stärken« (ebd.: 70). Dialoge sind deswegen nur dort sinnvoll, wo sie »keine großen öffentlichen Bühnen bedienen, die in der Gefahr stehen, von ideologisch geschulten Menschen mit politischer Agenda dominiert zu werden« (ebd.: 71). Außerdem sollte sich nicht auf jene fokussiert werden, die »am lautstärksten und aggressivsten sind« (ebd.). Indem der Ministerpräsident zu den Demonstrierenden in den Großen Garten fährt und mit ihnen dort das Gespräch sucht, schafft er aber genau diese große Öffentlichkeitswirksamkeit, durch seine eigene Position und gibt jenen Stimmen einen Raum.

Somit zeigen die Forschung und die Erfahrung der Mobilen Beratung die Gefahren und Fallstricke eines vermeintlich demokratischen Dialogs mit Demokratiefeinden. Stattdessen sollte die Stimme von Betroffenen und demokratisch Engagierten gestärkt werden, um die radikale Rechte zu bekämpfen. Im Umgang Michael Kretschmers zeigen sich somit die »typischen Fehler« eines falsch angewendeten deliberativen Demokratiemodells, welches die eigenen Prämissen missachtet.

4. Radikalisierung als Einhegungsversuch

Trotz der Dialogversuche mit radikalen Rechten und Verschwörungsideolog:innen findet eine medial wahrnehmbare eindeutige Abgrenzung von AfD, Freien Sachsen und anderen rechtsradikalen Parteien und Gruppen durch den Ministerpräsidenten statt. Diese folgen dem Muster einer ›moralischen Abgrenzung‹. Kritisiert werden die Gruppen meist nicht auf einer inhaltlichen Ebene, um sie stattdessen als moralisch verwerflich handelnde Personen einzustufen. Sie sind »Schreihäse« (CDU Sachsen 2021b), »Extremisten« (CDU Sachsen 2021a), »Spalter« (ebd.), »Hetzer« (ebd.), »unfassbar böse« und »abschätzig« (Blick.de 2023). Diese Wir-Die-Konstruktion dient einer rhetorischen Abgrenzung, die das eigene Handeln moralisch aufwertet im Vergleich zu einer »böartigen Minderheit« (Naber 2022). Sie beinhaltet jedoch keine inhaltliche Auseinandersetzung. Die Konstruktion einer extremen, abseits der bürgerlichen Gesellschaft stehenden, kleinen Minderheit fand sich bereits bei der Charakterisierung der *Pegida*-Demonstrierenden und bildete auch dort den Gegenpol zu einer parallelen Ansprache einer vermeintlichen Mehrheit der sich an *Pegida*-Demonstrationen beteiligenden ›besorgten Bürger‹, welche die Landesregierung auch damals schon durch Dialogangebote zu erreichen suchte (vgl. Heim et al. 2017: 154). Damit wird die Mitte der Gesellschaft von solchen autoritären Einstellungen freigesprochen und das Problem auf eine kleine Gruppe externalisiert (vgl. ebd.).

Als Erklärungsansatz für das Erstarken der radikalen Rechten wird von Michael Kretschmer immer wieder die Rolle der sozialen Medien angeführt. Dies wird häufig monokausal als einziger Grund aufgeführt. In einem Interview mit der Welt erklärte er beispielsweise: »Feinde unserer Demokratie nutzen das Internet mit großer Wirkmacht und streuen Falschinformationen« (Naber 2022). Auch bezüglich der Verschwörungsideologien während der Corona-Pandemie sieht er das Hauptproblem in den sozialen Netzwerken: »Der Ministerpräsident nannte die anhaltende gezielte Desinformation in sozialen Netzwerken ein Teil des derzeitigen Problems. ›Wer über Monate Lügen hört, wird am Ende nicht mehr wissen, was die Wahrheit ist.‹ Das sei auch ein Grund für die niedrige Impfquote« (CDU Sachsen 2021c). Ein weiterer externalisierender Erklärungsansatz ist

die Politik der aktuellen Ampel-Koalition, die sogar – in problematischer Nähe zur Gleichsetzung des BRD-Parlamentarismus mit einer Diktatur bei den Freien Sachsen – als Autokratie eingestuft wird. Auf die Interviewfrage: »Sie erleben in Ostdeutschland eine AfD, die stärkste Kraft geworden ist. Macht Ihnen das Angst?«, antwortete Michael Kretschmer: »Ich sehe diese Entwicklung mit großer Sorge. Unser Unvermögen, Probleme in diesem Land anzusprechen und zu klären, führt zur Stärke dieser AfD. Daran haben die Grünen leider einen riesigen Anteil mit der autokratischen Ampelpolitik« (Mäckler/Deuschländer 2023).

Die Abgrenzung, welche demokratiefeindliche, rechtsradikale und menschenverachtende Positionen zu einem moralisch abtrennbaren Problem einer Minderheit macht, vernachlässigt einen zunehmenden Autoritarismus größerer Bevölkerungsteile. Dieser wird ebenso in der monokausalen Erklärung der sozialen Netzwerke zu Radikalisierungsmaschinen nicht berücksichtigt. Jedoch entlastet dieser Erklärungsansatz ebenso wie die Externalisierung auf die ›Schuld‹ der Ampel-Regierung von eigener und gesellschaftlicher Verantwortung. Dabei lassen sich Ursachen des zunehmenden Rechtsextremismus in Sachsen gerade auch in der sächsischen Politik ausmachen. Das gilt beispielsweise für die Ignoranz, die hier jahrelang dem Thema gegenüber vorherrschte und sich etwa in dem berühmten Satz von Kurt Biedenkopf, die Sachsen seien »immun gegen Rechtsextremismus« zusammenfassen lässt (Heim et al. 2017: 163).

Außerdem wird diese Art der Abgrenzung und Problemexternalisierung auch deshalb vorgetragen, weil gleichzeitig eine Radikalisierung der eigenen Positionen stattfindet, die dem Versuch geschuldet ist, Wähler:innenstimmen zurückzugewinnen und den Rechtsradikalismus zu ›bekämpfen‹, indem seine Positionen teilweise übernommen werden. So ließ sich in den letzten drei Jahren, vor allem aber im letzten Jahr, immer wieder die Übernahme migrationsfeindlicher bis hin zu kultur-rassistischen Positionen durch die sächsische CDU feststellen, die die Partei oft bewusst medial platziert, um sich als Hardliner zu inszenieren, der politisch die Entscheidungen umsetzen will, die sich ein rechtes Wahlklientel erhofft. Deswegen finden sich in den medial platzierten Themen des Ministerpräsidenten vor allem die Migration und die Kritik an der Ampel-Regierung. Zu Ersterem gehören Forderungen nach der

Einschränkung des Grundrechts auf Asyl (vgl. Orde 2023) und nach Kürzungen der Sozialleistungen für Geflüchtete (vgl. Redaktionsnetzwerk Deutschland 2023). Bei einer Diskussionsveranstaltung in der Dresdner Volkshochschule im Oktober 2020 erklärte der Ministerpräsident, dass er sich die Einwanderung von Fachkräften wünsche, die zu »unserem Kulturkreis passen« (Klemenz 2020). Dies seien Menschen aus der Ukraine, Polen, Weißrussland und Litauen (vgl. ebd.). Diese Position reproduziert eine hierarchische Vorstellung von Menschen, die auf Grundlage der Kategorie ›Kultur‹ (die hier deutlich essentialistisch aufgefasst wird) zu Gruppen zusammengefasst werden. Diesen Gruppen werden unterschiedliche Wertigkeiten in Bezug auf die Passung zur deutschen Kultur zugeschrieben. Diese essenzialisierende Vorstellung kann als kulturassistisch bezeichnet werden. Sie stellt sich außerdem gegen eine universalistische Vorstellung der Menschen- und Teilhaberechte von Geflüchteten und verkörpert den Wunsch einer selektiven Wahl von Migration aufgrund eigener Präferenzen und Vorteilserwartungen. Dass solch eine Formulierung *en passant* von einem CDU-Ministerpräsidenten getroffen wird, zeigt die fortgesetzte Verschiebung des Diskurses nach rechts. In einer weiteren Veranstaltung im Oktober 2023, während derer Michael Kretschmer mit Schüler:innen in Bautzen über den Unterrichtsausfall diskutierte, machte er einseitig Migrant:innen dafür verantwortlich:

»Als Ursache für den Unterrichtsausfall betonte er vor allem die Überlastung des sächsischen Bildungssystems durch Zuwanderer: »Wir können die Qualität der Bildung nicht mehr garantieren, weil wir Schüler beschulen müssen, die von außen kommen«, sagte er. Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, die kurz vor ihrem 18. Lebensjahr nach Deutschland kämen, sollten nicht mehr zur Schule gehen dürfen, sondern ein praktisches Jahr leisten oder direkt in eine Ausbildung gehen, forderte er« (Weimer 2023).

Auch hier wird eine hierarchisierende Differenzierung von deutschen Schüler:innen und solchen, »die von außen kommen«, vorgenommen, denen noch dazu explizit verschiedene Rechte auf Bildung zugestanden werden. Gleichzeitig werden hier migrantische Kinder zum Sündenbock gemacht, um von eigenen strukturellen Problemen abzulenken, die wie der Lehrer:innenmangel, bereits seit vielen Jahren in Sachsen bestehen.

Durch solche Positionen verspricht sich Kretschmer die Bekämpfung des Rechtsradikalismus: »Wir sollten da vorsichtig rangehen«, so der Ministerpräsident. »Das ist das, was ich gemeint habe: parteiübergreifend über das Thema Asylrecht sprechen.« Für den Politiker wäre das eine gute Maßnahme gegen Rechtsextremismus: »Wenn das möglich ist, ist das eine wunderbare Prävention gegen die, die daraus jetzt versuchen, eine böse Stimmung zu machen« (Dresdner Morgenpost 2023).

Bekämpfung von Rechtsradikalismus beinhaltet in dieser Vorstellung die Befriedigung autoritärer Wünsche und die Erfüllung rechter Forderungen. Tatsächlich führt dies aber vor allem zur Verschiebung dessen was als »normal« gilt und ermöglicht auch der AfD und anderen radikalen Rechten, ihre eigenen Positionen noch weiter zu verschärfen. Natascha Strobl beschreibt diese konservative Krisenreaktion als radikalisierten Konservatismus. Aufgrund eines zunehmenden gesellschaftlichen Drucks müssen sich konservative Kräfte entscheiden, ob sie zusammen mit anderen Lösungen suchen wollen oder sich durch die Übernahme extrem rechter Positionen selbst radikalieren (vgl. Strobl 2021: 9). Diese autoritäre Antwort, die ein Entgegenkommen für rechtsradikale Forderungen darstellt, ist keine Neuheit, sondern fand ebenso bereits in den Nachwendejahren statt. Auch hier war die Antwort auf die rechtsradikalen Ausschreitungen eine Verschärfung des Asylrechts. Damals sprach sich beispielsweise der sächsische Ministerpräsident Kurt Biedenkopf für Verschärfungen und Begrenzungen im Asylrecht aus (vgl. Sächsische Zeitung 1991).

Diese politische Strategie wird von Steffen Mau, Thomas Lux und Linus Westheuser als Affektpolitik beschrieben (vgl. Mau et al. 2023: 351). Sie führen aus, dass die Parteibindung der Wähler:innen immer mehr abnimmt. Durch diese Volatilität müssen die Parteien flexibler sein und »stärker auf kurzfristige Stimmungen, Diskurse und Narrative reagieren oder selbst mit ihren Vorstößen an Affektlagen in der Bevölkerung anschließen« (ebd.: 373). Diese politische Reaktion kann in den Themen Migration und Ampel-Regierung auch bei der sächsischen CDU oder spezieller dem Ministerpräsidenten beobachtet werden. Hierbei werden Themen emotionalisiert und zugespitzt, um sich eine mediale Aufmerksamkeitsökonomie zunutze zu machen, die ebenfalls stark über Affekte funktioniert (vgl. ebd.). Die radikale Rechte sei der erfolgreichste »Polari-

sierungsunternehmer« dieser Emotionalisierung (vgl. ebd.: 351), jedoch versuchen auch andere Parteien, wie in diesem Fall die sächsische CDU, mit ähnlichen Mitteln Wähler:innenstimmen zu bekommen.

Ähnlich wie in den Ergebnissen der tiefenhermeneutischen Untersuchungen der Zivilgesellschaft in Wurzeln von Fiona Kalkstein und Natalie Gittner zeigt sich hier, wie versucht wird »gesellschaftliche Pluralisierungsanforderungen« durch Abschottung und Homogenisierung abzuwehren (Kalkstein/Gittner 2023: 269). Jedoch wird gesellschaftlich eine Abgrenzung zur radikalen Rechten verlangt, die aber auf einer rhetorisch moralischen Ebene verbleibt. Parallel zu dieser formell-moralischen Abgrenzung wird sich aber auf der Ebene politischer Inhalte ebenso für »Regression als Problemlösungsstrategie« (ebd.: 267) entschieden. Fiona Kalkstein und Natalie Gittner zeigen, dass in Wurzeln »auf zu lösende gesellschaftliche Anforderungen wie Migration [...] mit Abschottung [...] reagiert« wird (ebd.). Auch in den medialen Äußerungen des sächsischen Ministerpräsidenten finden sich diese Abschottungstendenzen, die neben Forderungen zur Einschränkung von Migration auch mit der kulturalistischen Abwertung von Geflüchteten verbunden ist. Die politische Stoßrichtung verläuft in struktureller Ähnlichkeit zu den Antworten der radikalen Rechten. In der politischen Kommunikation findet sich somit ein Doppelspiel von rhetorisch moralischer Distanzierung und gleichzeitiger Übernahme rechter Positionierungen und Diskursverschiebungen.

5. Individualistischer Freiheitsbegriff und libertärer Autoritarismus

Wie bereits ausgeführt ist ein weiteres mediales Thema der Affektpolitik des Ministerpräsidenten und der sächsischen CDU die Kritik an der Ampel-Regierung. Der Koalition aus den Grünen, der SPD und der FDP wird immer wieder ein vermeintlich autoritäres Vorgehen vorgeworfen, welches die individuelle Freiheit der Bürger:innen einschränke.

In einem Interview vom 22.05.2023 erklärt Michael Kretschmer die steigenden Wahlergebnisse der AfD in Ostdeutschland seien die Schuld der »autokratischen Ampelpolitik« (Mäckler/Deutschländer 2023). Außerdem wird angeführt, dass die Ampel zu sehr regulieren würde

und – etwa in der Klima- und Umweltpolitik – einen »planwirtschaftlich-volkserzieherischen Ansatz« verfolge, der als Krisenbekämpfung weniger effektiv sei als Freiheit (Eichinger/Uhlenbroich 2023). Freiheit bedeutet hier immer individuelle Freiheit der privaten Personen und ist für den Ministerpräsidenten integraler Bestandteil des Konservatismus: »Ich möchte, dass die Menschen frei leben können und nicht der Staat für sie entscheidet. Das ist für mich konservativ im besten Sinne« (Schwennicke/Marguier 2019). Die Klimapolitik der Ampel erscheint somit als eine Art Gängelung der Bürger:innen, die diese in ihrer individuellen Lebensführung einschränke: »Die Leute wollen sich nicht sagen lassen, wie sie heizen, welches Auto sie fahren sollen, was sie essen oder wie sie sprechen sollen« (Die Sächsische Union 2023). Immer wieder wird dann betont, dass die CDU diese individuelle Freiheit politisch möglich machen will im Unterschied beispielsweise zu den Grünen.

Freiheit wird hier nicht als gesellschaftliches Verhältnis gedacht, sondern nur als individuell. Wie Carolin Amlinger und Oliver Nachtwey feststellen, ist sie in dieser Vorstellung »kein geteilter gesellschaftlicher Zustand, sondern ein persönlicher Besitzstand« (Amlinger/Nachtwey 2022: 14). Sie beschäftigen sich mit einem libertären Autoritarismus, der zwar gegen die bestehende Gesellschaft rebellierte, aber sich dabei auf »Selbstbestimmung und Souveränität« bezieht (ebd.).

In den Aussagen des sächsischen Ministerpräsidenten findet sich dieser libertäre Autoritarismus, da hier immer wieder Freiheit, die die Abwesenheit von staatlichen Regularien für das Individuum und eigene Entscheidungen meint, als zentraler Wert betont wird. Gleichzeitig wird aber in Bezug auf die Migrationspolitik ein autoritärer, regulierender und stark eingreifender Staat gefordert, der individuelle Entscheidungen für Geflüchtete bezüglich ihrer Mobilität verhindert. Die politische Praxis der sächsischen CDU und Michael Kretschmers steht zum Teil in Diskrepanz zu dem vielfach postulierten Freiheitsversprechen, wie beispielsweise die Forderung der Umstellung auf Sachleistungen und Bezahlkarten für Geflüchtete (vgl. ZDFheute 2023), die ihre Freiheit der Konsumentenscheidungen einschränkt oder das an Schulen eingeführte »Genderverbot« (vgl. Wiemann 2023). Hier wird sichtbar wie der libertäre Autoritarismus das »Ideal der Freiheit mit zutiefst illiberalen Ansichten und Praktiken« verbindet (Amlinger/Nachtwey 2022). Freiheit ist hier selektiv ein hohes

Gut für die Eigengruppe, wird aber dabei anderen verwehrt und nicht zugestanden. Dies geschieht auch um die eigenen Freiheitsgrade zu erhöhen, auf Kosten anderer.

Dieser Freiheitsbegriff zeigt eine strukturelle Ähnlichkeit zu den von radikal rechten Gruppen, wie beispielsweise den Freien Sachsen, vertretenen Freiheitsverständnissen. Auch sie plädieren für einen radikalen Rückzug des Staates und für mehr individuelle Eigenverantwortung. Der Unterschied liegt hier in den verschiedenen Wir-Die-Konstruktionen. In den Aussagen des Ministerpräsidenten ist es die Ampel-Regierung oder expliziter die Partei Die Grünen, die den autoritären Staat verkörpert, für die Freien Sachsen ist es neben dem geteilten Feindbild rot-grüner Politik insbesondere auch die sächsische Regierung selbst. Sie repräsentiert den Staat, der zu sehr in die individuellen Rechte der Bürger:innen eingreifen will. Grundsätzlich zeigt sich hier aber bei beiden die Vorstellung einer gesellschaftlichen Problemlösungsstrategie durch Eigenverantwortung der Individuen. Darin steckt eine atomistische Vorstellung von Gesellschaft, die strukturelle Zusammenhänge vernachlässigt.

6. Schluss

In diesem Beitrag wurde der diskursive Umgang eines konservativen Politikers mit der radikalen Rechten und Verschwörungsideolog:innen untersucht. Dabei konnte gezeigt werden, welche Strategien genutzt werden. Es wurde deutlich, dass die Antwort auf den Rechtsradikalismus zum einen in einem deliberativen Versuch der Eindämmung durch Einbindung besteht. Dieser Versuch verkennt jedoch die Hegemoniebestrebungen der Rechten und bietet für die autoritären Akteur:innen somit eine ideale Plattform, die sie zu ihren Zwecken nutzen und als Erfolge verbuchen können. Die untersuchten Begegnungen zwischen dem Ministerpräsidenten und den autoritären Gruppierungen zeigen, wie diese die Hoheit über die Situationsdefinition erlangen und die Begegnung nach ihren Vorstellungen gestalten können, da der Ministerpräsident demokratie- und menschenfeindliche Aussagen, aber auch persönliche Anfeindungen, unwidersprochen toleriert, um das Gespräch fortsetzen zu können. Diese Dialogversuche stehen damit in der

Kontinuität einer sächsischen Politik (vgl. Bringt/Klare 2021), die jedoch immer wieder erfolglos bleibt.

Zum Anderen ist die Antwort eine eigene Radikalisierung, in der die Übernahme und Verstärkung der autoritären Bestrebungen als ein Politikangebot für das Wähler:innenklientel genutzt werden soll. Damit wird strukturell der radikalen Rechten gefolgt, statt ein alternatives Politikmodell und Weltverständnis attraktiv zu machen. Dies zeigte sich in der Analyse bei den Themen Migration und Ampel-Kritik. Hierbei werden migrationsfeindliche bis rassistische Narrative bedient, um das Elektorat anzusprechen. Diese konservative Politik besitzt strukturelle Ähnlichkeit zu einem libertären Autoritarismus, wie er auch in der radikalen Rechten immer mehr zu finden ist. Somit ist Politik hier in erster Linie eine bloße Reaktion auf die radikale Rechte, die sie versucht mit einer ähnlichen Struktur zu bekämpfen, was sie letztlich aber stärkt und ihre eigenen Spielräume durch eine Verschiebung erweitert.

Dabei ist die Analyse des öffentlichen Auftretens des sächsischen Ministerpräsidenten nur beispielhaft für eine politische Entwicklung, die sich mitunter sogar bis in liberale Parteien findet. Auch auf Bundesebene wird dem affektpolitisch aufgeladenen Thema Migration zunehmend mit Restriktion begegnet. Hierbei ist zu beachten, dass die Bearbeitung von politischen Problemen immer auch von ihrer diskursiven Inszenierung abhängig ist. Vor allem im Jahr 2023 wurden reale Probleme der kommunalen und regionalen Verwaltung der Migration nicht durch eine bessere Unterstützung der Kommunen bearbeitet, sondern zu einer identitären, nationalistischen Krise stilisiert, die ein Gefühl einer Art ›Überschwemmung‹ durch Fremde auslöste. Diese Art der Problematisierung ignoriert allgemeine gesellschaftliche Probleme, wie die Wohnungskrise und fehlende Finanzierung, und macht Migrant:innen in einer Sündenbockfunktion verantwortlich.

Bekämpfung von Verschwörungsideologie, Ideologien der Ungleichwertigkeit und Rechtsradikalismus funktioniert jedoch weder über einen Versöhnung suchenden Dialog mit, noch durch die ›Nachahmung‹ von rechten Positionen. Was es braucht, ist die Stärkung der engagierten Zivilgesellschaft, eine stark aufgestellte Mobile Beratung und Demokratieförderung sowie die Einbindung von marginalisierten Personen in Dialoge und Diskurse (vgl. Bringt/Klare 2021). Außerdem ist eine klare Abgrenzung

gegen menschen- und demokratiefeindliche Positionen, auch wenn diese gesellschaftlich stärker verbreitet sind, notwendig. Des Weiteren dürfen gesellschaftliche Krisen nicht auf ›Sündenböcke‹ externalisiert werden, sondern es müssen politische Ansätze entwickelt werden, die nicht auf »Regression als Problemlösungsstrategie« (Kalkstein/Gittner 2023: 267) beruhen.

Das analysierte empirische Beispiel zeigt, welche Fallstricke sich bei fehlender Distanzierung ergeben und welche Bedrohung von ihr selbst ausgeht. Politik sollte die begleitende Forschung und Expertise aus der Mobilien Beratung und der zivilgesellschaftlichen Arbeit zur Kenntnis nehmen. Auch in Hinblick auf die Kommunal- und Landtagswahlen sind diese Erkenntnisse besonders wichtig, da ab 2024 mit einer weiter erstarkten radikalen Rechten in den Parlamenten und kommunalen Vertretungen in Sachsen zu rechnen ist. Es gilt demokratische Zivilgesellschaft zu stärken und Betroffene zu schützen.

Literatur

- Amlinger, Carolin / Nachtwey, Oliver (2022): Gekränkte Freiheit. Aspekte des libertären Autoritarismus, Berlin: Suhrkamp.
- Bild (2020): Diesmal mit Maske! Kretschmer bei Corona-Demo in Pirna. Online verfügbar: <https://www.bild.de/regional/dresden/dresden-aktuell/mit-maske-sp...esuch-von-kretschmer-bei-corona-demo-in-pirna-70777888.bild.html> [Zugriff: 03.01.2024].
- Binninger, Annette (2022): Wo Kretschmers Dialog an seine Grenzen stößt. In: Sächsische Zeitung, 20.01.2022, S. 6.
- Blick.de (2023): Limbach-Oberfrohna. Michael Kretschmer wird von Freien Sachsen beschimpft. Online verfügbar: <https://www.blick.de/westsachsen/limbach-oberfrohna-michael-kretschmer-wird-von-freien-sachsen-beschimpft-artikel12851204> [Zugriff: 05.01.2024].
- Bringt, Friedemann / Klare, Heiko (2021): Verschwörungsmythen und neues »rechtes Miteinander«. Langfristige Herausforderungen für die demokratische Zivilgesellschaft und gesellschaftspolitische Handlungsoptionen in der Corona-Krise. In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hg.): Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt Demokratiegefährdungen in der Coronakrise (Schriftenreihe des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft 9), Jena: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft, S. 64–73.

- Butter, Michael (2018): »Nichts ist, wie es scheint«. Über Verschwörungstheorien, Berlin: Suhrkamp.
- CDU Sachsen (2021a): Meine Aufgabe ist hier in Dresden. Online verfügbar: <https://www.cdu-sachsen.de/aktuelles/2021/meine-aufgabe-ist-hier-in-dresden> [Zugriff: 05.01.2024].
- CDU Sachsen (2021b): Ministerpräsident Michael Kretschmer im Podcast der sächsischen Zeitung. Online verfügbar: <https://www.cdu-sachsen.de/aktuelles/2021/ministerpraesident-michael-kretschmer-im-podcast-der-saechsischen-zeitung> [Zugriff: 05.01.2024].
- CDU Sachsen (2021c): Wir brauchen den solidarischen Zusammenhalt. Online verfügbar: <https://www.cdu-sachsen.de/aktuelles/2021/wir-brauchen-den-solidarischen-zusammenhalt> [Zugriff: 05.01.2024].
- Decker, Markus (2020): Kretschmer und Verschwörungstheoretiker. Warum gebigt er sich auf dieses Niveau? In: Redaktionsnetzwerk Deutschland. Online verfügbar: <https://www.rnd.de/politik/verschwörungstheoretiker-nicht-überbewerten-7NYFMW45AFBFGT7445TK3E4X4.html> [Zugriff: 03.01.2024].
- Die Sächsische Union (2023): Facebook-Post vom 24.09.2023. Online verfügbar: <https://www.facebook.com/photo.php?fbid=689431149887091&set=pb.100064606365240-2207520000&type=3> [Zugriff: 05.01.2024].
- Dresdner Morgenpost (2023): MP Kretschmer stellt Flüchtlingsstatus des Schlägers infrage. 10.07.2023, S. 8.
- Eichinger, Roman / Uhlenbroich, Burkhard (2023): »Brauchen Zeitenwende bei der Migrationspolitik«. In: Bild. Online verfügbar: <https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/sachsen-ministerpraesident-kretschmer-die-politik-der-gruenen-ist-oekologischer-83653914.bild.html> [Zugriff: 05.01.2024].
- Facebook (2020): Kabinettspressekonferenz. Online verfügbar: https://www.facebook.com/watch/live/?ref=watch_permalink&v=161689499027268 [Zugriff: 04.01.2024].
- Frankfurter Allgemeine Zeitung (2020): Tausende demonstrieren in mehreren Städten gegen Einschränkungen. Online verfügbar: <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/corona-proteste-tausende-demonstrieren-in-mehreren-staedten-16772910.html> [Zugriff: 02.01.2024].
- Freie Presse (2022): Selbstkritisches von Sachsens Regierungschef Kretschmer. Online verfügbar: <https://www.freipresse.de/chemnitz/selbstkritisches-von-sachsens-regierungschef-kretschmer-artikel12287285> [Zugriff: 02.01.2024].
- Freie Sachsen (18.01.2022): Kretschmer unter lautem Protest in Frankenberg empfangen! In: Telegram-Kanal Freie Sachsen. Online verfügbar: <https://t.me/freesachsen/2954> [Zugriff: 02.01.2024].

- Habermas, Jürgen (1988): Theorie des kommunikativen Handelns. Band 2, Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (1999): Die Einbeziehung des Anderen. Studien zur politischen Theorie, Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Hach, Oliver (2022): Kretschmer im heißen Herbst in Zwickau. In: Freie Presse. Online verfügbar: <https://www.freiepresse.de/zwickau/zwickau/kretschmer-im-heissen-herbst-in-zwickau-artikel12559586> [Zugriff: 03.01.2024].
- Heim, Tino / Steinhaus, Maja / Weber, Anja (2017): »So geht sächsisch!« Pegida und die Paradoxien der »sächsischen Demokratie«. In: Heim, Tino (Hg.): Pegida als Spiegel und Projektionsfläche. Wechselwirkungen und Abgrenzungen zwischen Pegida, Politik, Medien, Zivilgesellschaft und Sozialwissenschaften, Wiesbaden: Springer, S. 143–196.
- Hellwig, Theresa (2023): Ein rechter Verein aus Dresden hilft Obdachlosen – nette Geste oder gefährliche Strategie? In: Sächsische Zeitung. Online verfügbar: <https://www.saechsische.de/dresden/lokales/dresden-ein-rechter-verein-hilft-obdachlosen-nette-geste-oder-gefaehrliche-strategie-5946016-plus.html> [Zugriff: 14.01.2024]
- Kalkstein, Fiona/ Gittner, Natalie (2023): Gehemmte Zivilgesellschaft. Tiefenhermeneutische Annäherung an Reflexe und Blockaden demokratischen Engagements. In: Decker, Oliver / Kalkstein, Fiona / Kiess, Johannes (Hg.): Demokratie in Sachsen. Jahrbuch des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts für 2022, Leipzig: edition überland, S. 251–272.
- Kiess, Johannes (2023): Extrem rechte Parteien in Sachsen. Arbeitsteilige Mobilisierung und Fragmentierung. In: Decker, Oliver / Kalkstein, Fiona / Kiess, Johannes (Hg.): Demokratie in Sachsen: Jahrbuch des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts für 2022, Leipzig: edition überland, S. 79–95.
- Klemenz, Franziska (2020): Kretschmer: »Ich will kein Volkserzieher sein«. In: Sächsische Zeitung. Online verfügbar: <https://www.saechsische.de/politik/politiker/michael-kretschmer/kretschmer-ministerpraesident-sachsen-corona-bhakti-verordnung-afd-klimaschutz-5300551-plus.html> [Zugriff: 05.01.2024].
- Kollenberg, Kai (2022): Kretschmer: Spreche nicht mit »Freien Sachsen«. In: Leipziger Volkszeitung, 07.07.2022.
- Kretschmer, Michael (16.05.2020): Mir ist es wichtig die Meinungen [...]. In: Twitter-Kanal Michael Kretschmer. Online verfügbar: https://twitter.com/MPKretschmer/status/1261738295761010689?ref_src=twsrc%5Etfw%7Ctwcamp%5Etweetembed%7Ctwterm%5E1261738295761010689%7Ctwgr%5E4e5dc5cc779ab5bof523aoeeb8948957cfc1fb1%7Ctwcon%5Es1_&ref_url=https%3A%2F%2Fwww.spiegel.de%2Fpolitik%2Fdeutschland%2Fbuerger-erstattet-anzeige-gegen-michael-kretschmer-weil-er-keinen-mundschutz-trug-a-e65e0c1d-8acb-4348-8fd8-e8dc2a759178 [Zugriff: 02.01.2024].

- Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen (2021): »Freie Sachsen« vom LfV Sachsen als rechtsextremistische Bestrebung eingestuft. Online verfügbar: https://www.verfassungsschutz.sachsen.de/download/Freie_Sachsen_vom_LfV_Sachsen_als_rechtsextremistische_Bestrebung_eingestuft.pdf. [Zugriff: 05.01.2024].
- Mäckler, Marcus / Deutschländer, Christian (2023): »Müssen unsere sozialen Leistungen senken«: Kretschmer erklärt seinen Kurs für Asyl und Russland. In: Merkur. Online verfügbar: <https://www.merkur.de/politik/kretschmer-asyl-afd-migration-russland-sanktionen-ukraine-krieg-frontex-cdu-interview-sachsen-news-zr-92292898.html> [Zugriff: 05.01.2024].
- Mau, Steffen / Lux, Thomas / Westheuser, Linus (2023): Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft, Berlin: Suhrkamp.
- MDR Investigativ (2021): Wer protestierte vor Kretschmers Haus? Online verfügbar: <https://www.youtube.com/watch?v=kfLJqMxNxbw> [Zugriff: 02.01.2024].
- Meisner, Matthias (2022): Kein Lehrstück in Sachen Demokratie. In: taz. die tageszeitung. Online verfügbar: <https://taz.de/Umstrittene-Podiumsrunde-mit-Tellkamp/!5902201/> [Zugriff: 03.01.2024].
- Mitteldeutscher Rundfunk (2024): Treffen mit Michael Kretschmer. Zwischen Bürgernähe und dem Zorn des Volkes. Online verfügbar: <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen/kretschmer-was-bringen-die-buergergespraech-100.html> [Zugriff: 02.01.2024].
- Naber, Ibrahim (2022): „Die wollen den Dialog zerstören“. In: Die Welt, 15.02.2022.
- N-TV (2021): Corona-Leugner bei Kretschmer am Zaun. Online verfügbar: <https://www.n-tv.de/politik/Corona-Leugner-bei-Kretschmer-am-Zaun-article22282729.html> [Zugriff: 05.01.2024].
- Orde, Sabine am (2023): Wo verläuft die Brandmauer? In: taz. die tageszeitung. Online verfügbar: <https://taz.de/CDU-und-AfD-in-Sachsen/!5952738/> [Zugriff: 05.01.2024].
- Pasternack, Peer /
- Beer, Andreas (2022): Die externe Kommunikation der Wissenschaft in der bisherigen Corona-Krise (2020/2021). Eine kommentierte Rekonstruktion (HoF-Arbeitsbericht 118), Halle / Wittenberg: Institut für Hochschulforschung (HoF) an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.
- Potter, Nicholas (2021): Nach Hausbesuch plant Kretschmer Folgetreffen. In: Belltower News. Online verfügbar: <https://www.belltower.news/reichsbuergerinnen-nach-hausbesuch-plant-kretschmer-folgetreffen-110685/> [Zugriff: 03.01.2024].
- Redaktionsnetzwerk Deutschland (2021): Kretschmer will mit Corona-Kritikern im Gespräch bleiben. Online verfügbar: <https://www.rnd.de/politik/dialog-mit-corona-kritikern-kretschmer-will-gesprache-weiterfuehren-sein-angebot-hat-jedoch-grenzen-GJ5FJ3IX7NZN3BD7K4JX4JMAAQ.html> [Zugriff: 03.01.2024].

- Redaktionsnetzwerk Deutschland (2023): Kretschmer fordert weniger Geld für Asylbewerber. Online verfügbar: <https://www.rnd.de/politik/sachsen-michael-kretschmer-fordert-weniger-geld-fuer-asylbewerber-KO3GEYUBT5IRNNMHKQ2UQYBP51.html> [Zugriff: 05.01.2024].
- Rosendahl, Ingolf (2022): Proteste bei Kretschmer-Besuch. In: Freie Presse. Online verfügbar: <https://www.freiepresse.de/mittelsachsen/mittweida/proteste-bei-kretschmer-besuch-artikel11943879> [Zugriff: 03.01.2024].
- RTL (2022): Kretschmer sucht Gespräch mit Corona-Demonstranten – und wird mit Fahne attackiert. Online verfügbar: <https://www.rtl.de/cms/frankenber-michael-kretschmer-sucht-gespraech-mit-corona-demonstranten-und-wird-mit-fahne-attackiert-4902401.html> [Zugriff: 05.01.2024].
- Sächsische Zeitung (1991): Sachsens Ministerpräsident Kurt Biedenkopf: Asylanten-Quote im Osten reduzieren, 25.09.1991, S. 1.
- Schwennicke, Christoph / Marguier, Alexander (2019): Bequemes Ressentiment. In: Cicero 8, S. 26–34.
- Strobl, Natascha (2021): Radikalisierter Konservatismus. Eine Analyse, Berlin: Suhrkamp.
- Vorländer, Hans (2021): MIDEM 2021. Corona und Rechtspopulismus. Jahresstudie. Mercator Forum Migration und Demokratie, Dresden: Technische Universität Dresden.
- Wiemann, Rieke (2023): Kampf für Gerechtschreibung. Online verfügbar: <https://taz.de/Genderverbot-an-Schulen/!5972029/> [Zugriff: 15.01.2024].
- Weimer, Tim Ruben (2023): „Können Bildungsqualität nicht mehr garantieren“. In: Sächsische Zeitung, 21.10.2023, S. 21.
- Wolf, Tobias / Wolf, Ulrich / Weller, Andreas (2021): Kritik an Dresdner Gastwirt nach Corona-Video. In: Sächsische Zeitung. Online verfügbar: <https://www.saechsische.de/dresden/wutausbruch-per-video-und-der-regierungschef-ruft-an-corona-michael-kretschmer-gastwirt-sachsen-dresden-5359046-plus.html> [Zugriff: 03.01.2024].
- YouTube (2020): Kretschmer wird bei Corona Demo in Dresden zur Rede gestellt. 16.05.2020. Online verfügbar: <https://www.youtube.com/watch?v=oqyonyDnB8I> [Zugriff: 02.01.2024].
- YouTube (2023): CDU-Politiker Kretschmer – Dialog in der Krise? Online verfügbar: <https://www.youtube.com/watch?v=JrJKDFMKX24> [Zugriff: 03.01.2024].
- ZDFheute (2023): Kretschmer fordert bundesweite Regelung. Online verfügbar: <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/kretschmer-sachleistungen-fluechtlinge-kritik-bund-100.html> [Zugriff: 14.01.2024].

Immer mitten in die Presse rein

Pressefeindliche Gewalt bei Versammlungen verschwörungsideologischer Gruppen in Sachsen

1. Einführung: Problembeschreibung, Perspektive, Ziel des Beitrags

Die Meinungs- und Pressefreiheit ist ein Grund- und Menschenrecht und laut Artikel 5 des Grundgesetzes in Deutschland geschützt. Sie ist mehr als ein Abwehrrecht gegen den Staat und jenseits rein juristischer oder demokratietheoretischer Überlegungen heißt Pressefreiheit ganz konkret: Journalist:innen müssen frei Informationen sammeln und veröffentlichen dürfen, ohne dass sie sich dabei einer übermäßigen Gefahr aussetzen. Die Pressefreiheit garantiert nicht Risikofreiheit, aber verbietet gezielte Angriffe auf Journalist:innen. Es ist für eine freie und demokratische Gesellschaft essentiell, dass Informationen über öffentliche Vorgänge und den gemeinsamen öffentlichen Raum für die Meinungsbildung und den Diskurs allen frei zur Verfügung stehen. Die Realität sieht jedoch anders aus: Pressefreiheit ist bei der Protestberichterstattung in Sachsen seit Jahren nicht gegeben.

Wo es möglich sein sollte, am Bahnhof auszusteigen, sich einen Protest anzuschauen, eventuell O-Töne zu sammeln und dann wieder nach Hause zu fahren, sieht die Realität anders aus: Um mit einem akzeptablen Risiko von verschwörungsideologischen Protesten in sächsischen Gemeinden zu berichten, ist es unter anderem nötig, diese Berichterstattung bei der Polizei anzukündigen und zu koordinieren, private Sicherheitsdienste in Anspruch zu nehmen und mit einem Mietauto die eigene Fluchtfähigkeit herzustellen. Warum ein Mietauto? Am 27.07.2015 sprengte

die sogenannte *Gruppe Freital* das Auto eines missliebigen Stadtrates. Oft geben sächsische Journalist:innen und Medienhäuser an, dass dieser Aufwand nicht dauerhaft umsetzbar ist, dass die Gefährdung zu groß ist, dass man »Frau und Kinder« habe, und sich das nicht länger antue (phoenix 2023). Eine Sicherheitsplanung durch erfahrene und routinierte Menschen bedeutet bis zu zehn Personenstunden Aufwand für eine Berichterstattung. Oft berichten nur noch Protestbeteiligte: Polizei, Medienaktivist:innen und Teilnehmer:innen. Der wesentliche Grund dafür ist die Gewaltandrohung durch Teilnehmende. Die Folge ist eine Gesellschaft, die blind dafür wird, was sich im öffentlichen Raum zusammenbraut. Die Wechselwirkung zwischen Gewalt und geringerer Informationsfreiheit ist dabei selbstverstärkend: Das Vermögen einer offenen Gesellschaft, eine faktenbasierte und nüchterne Debatte zu führen, ist Grundlage für die Normen und Institutionen, die gewaltfreie Lösung interner Konflikte ermöglichen. Die gezielten Angriffe darauf müssen daher als Angriff auf uns alle und als Teil rechter Strategien zur Abschaffung demokratischer Errungenschaften erkannt werden.

Zur Zeit finden an einem durchschnittlichen Montag in Sachsen etwa 50 rechtsextreme, verschwörungsideologische Proteste statt. Dort sind meist etwa zehn Journalist:innen unterwegs, die meisten in den Großstädten Chemnitz, Dresden und Leipzig. Den Akteuren der verschwörungsideologischen sogenannten Montagsproteste ist es gelungen, die Öffentlichkeit weitgehend auszuschließen. Es herrscht faktisch eine gewaltsame Unterdrückung der Pressefreiheit, die nur mit hohem Aufwand durchbrochen werden kann. Diese Einschätzung basiert auf der Arbeit der Presseschutzorganisation *Between The Lines (BTL)*, die Pressevertreter:innen zu deren Schutz auf Versammlungen in Sachsen begleitet und deren Sprecher der Autor ist. Obwohl von *BTL* keine wissenschaftliche Datenaufnahme durchgeführt wird, sammeln wir explizit einige Daten zum Verlauf von Begleitungen. Zu einer rudimentären Statistik kommen eine Unmenge teils sehr intensiver Erfahrungen, der Austausch innerhalb der Organisation, und – immer dann, wenn es tatsächlich zu Gewalt kam oder Berichterstattungen wegen hoher Gefährdung abgebrochen wurden – Dokumentationen einzelner Begleitungen in Form von Videos, Fotos und Erinnerungsprotokollen. Dies erfolgt teilweise vor dem Hintergrund erwartbarer Strafverfolgung, zur Gewinnung von Trainingsmaterial und *Lessons learned*,

oder um Veränderungsprozesse mit anderen Stakeholdern anzustoßen. *BTL* hat eine Unmenge qualitativer Daten im gemeinsamen Gedächtnis, die zielgerichtet für die bessere Vorbereitung und Durchführung unserer Tätigkeit ausgewertet werden. Subjektive Erfahrungsberichte sind nicht die verlässlichste Informationsquelle. Dass ehrenamtliche Freiwillige ihre körperliche Unversehrtheit auf die Richtigkeit der Einschätzungen wetten, schafft hoffentlich Vertrauen bei der Leserin.

Ziel dieses Beitrags ist es, diesen Erfahrungsschatz verfügbar zu machen. Er versucht, aus konkreten Erfahrungen allgemeine Merkmale von pressefeindlicher Gewalt abzuleiten und skizziert einen Überblick über rechtsextreme, verschwörungsideologische Pressefeindlichkeit und den Zustand der Pressefreiheit bei der Protestberichterstattung. Auf Basis ›auf der Straße‹ erlebbarer Zusammenhänge sollen Ansätze für ein theoretisches, überprüfbares Modell bereitgestellt werden. Die Hoffnung: Hebel identifizieren, die der Pressefreiheit mehr Platz verschaffen. Der folgende Abschnitt 2 umreißt die Entwicklung von Pressefeindlichkeit bei Versammlungen der letzten zehn Jahre in Sachsen. Im Abschnitt 3 wird das Konzept von *BTL* beschrieben, das als Reaktion auf diese Entwicklung entstanden ist. Abschnitt 4 stellt kurz wesentliche regionale Besonderheiten und pressefeindliche Akteur:innen in Sachsen vor. Im zentralen Abschnitt 5 werden drei Thesen für ein allgemeines Modell gewalttätiger Pressefeindlichkeit und ihrer Akteure aufgestellt. Danach beschreibt Abschnitt 6 welche Handlungsfelder sich aus den aufgestellten Thesen ergeben würden. Abschnitt 7 zieht das Fazit und gibt einen Ausblick.

2. Eine kurze Chronologie

Beim Lesen des Wortes ›Lügenpresse‹ haben viele sofort Sprechchöre im Ohr und erinnern sich, wie Redakteur:innen niedergebrüllt wurden. Diese Bilder und O-Töne sind wahrscheinlich in Sachsen aufgenommen worden, genauer: bei *Pegida*. Mit Unglauben und Faszination reagierten überregionale Medien nicht nur auf den überraschenden Erfolg der *Pegida*-Montagsproteste. Auch der bald offen rechtsextreme Ton schaffte einen Reiz, bei jeder Grenzüberschreitung wieder hinzuschauen. Als Tatjana Festerling (zit. nach taz 2016) im Januar 2016 von der Bühne

rief: »Wenn die Mehrheit der Bürger noch klar bei Verstand wären, dann würden sie [...] diese volksverratenden, volksverhetzenden Eliten aus [...] den Pressehäusern prügeln«, explizierte sie nur, was seit den ersten *Pegida*-Protesten Praxis war: Journalist:innen wurden angebrüllt, ihnen wurde in die Ausrüstung gegriffen, sie wurden geschlagen und beworfen. *Reporter ohne Grenzen (RoG)* erfasste für das Jahr 2015 deutschlandweit 39 Angriffe, davon »rund ein Drittel« in Sachsen (vgl. *Reporter ohne Grenzen 2016*), das *European Center for Press and Media Freedom (ECPMF)* zählte 101 Übergriffe im Jahr 2015 (vgl. *ECPMF 2017*). Es gibt seitdem zwei Konstanten der Pressefeindlichkeit: Sachsen und rechtsextreme, verschwörungsideologische Versammlungen. Zwar gibt es überall in Deutschland und auch bei anderen Anlässen Pressefeindlichkeit, aber die höchste Frequenz und die schwersten Angriffe weist die ›Sachsen-rechts‹-Kombination auf (vgl. *ECPMF 2023*, *Reporter ohne Grenzen 2023*). Neue Muster treten hier zuerst auf, bevor sie sich dann geographisch und soziographisch ausbreiten. Oder: Andere Szenen und Regionen ziehen oft nach. Versucht man etwas über die Entwicklung rechter Gewalt gegen Journalist:innen herauszufinden, stößt man auf Äußerungen von Betroffenen und Berufsverbänden, die von einer neuen Qualität der Pressefeindlichkeit berichten. Diese Qualitätssprünge werden zu drei Anlässen konstatiert: *Pegida 2015*, Chemnitz 2018¹ und *Querdenken 2020* und noch einmal verstärkt 2021. Das ist keine immer neue Überraschung über dasselbe Phänomen, sondern es findet eine Steigerung statt. Dieselben Akteur:innen wie 2015 äußern 2021 wieder, so eine Gewalt habe es vorher nicht gegeben (vgl. bspw. *Deutschlandfunk Kultur 2016*, *Grimm 2022*). Aber auch die gewaltsuchenden und seit 2015 immer weiter eskalierenden Akteur:innen sind dieselben: Am Beispiel Dresden kann 2020 und 2021 beobachtet werden, wie die Teilnehmer:innen von *Pegida* im Anschluss an ihre Versammlung direkt zum am selben Ort stattfindenden Protest von *Querdenken* wechseln. ›Sachsen-rechts‹ bildet die maximale Spannweite pressefeindlicher Verhaltensweisen in Deutschland ab und bietet sich daher als Anschauungsobjekt besonders an.

1 In Chemnitz ereigneten sich im Sommer 2018 mehrere Ausschreitungen und Demonstrationen Rechtsradikaler.

Beim Aufkommen coronabezogener, verschwörungsideologischer Proteste war *Pegida* kein wesentlicher Akteur mehr, aber die persistenten pressefeindlichen Einstellungen und die Erfahrungen der Jahre 2015/16 bilden die Grundlage für die Entwicklungen ab 2020. Das Narrativ von gesteuerten Medien, die nur das verbreiten, was ominösen Eliten nützt, wurde nahtlos übernommen. In bemerkenswerter Parallelität zu *Pegida* ließen verrohte, in der Selbstwahrnehmung ›normale Bürger‹ im Umgang mit Pressevertreter:innen beständig Anstand, ›gute Stuben‹ und zivilisatorische Grundsätze vermissen; Grenzüberschreitungen sind prägendes Element des kollektiven Verhaltens einer verrohten ›sächsischen Mischung‹. Die Gewalt bei *Pegida* lässt sich mit kollektiven ›Lügenpresse‹-Rufen und Übergriffen durch einzelne irrational erscheinende, bürgerliche Teilnehmer:innen auf der einen Seite und der Distanzlosigkeit zu rechtsextremen Hooligans und Neonazis und deren gezielten Angriffen beschreiben. Die Distanzlosigkeit ermöglichte es letzteren, meist im Schutz von Großveranstaltungen, gezielt Jagd auf ausgemachte Feinde zu machen. Bei *Pegida* überwogen als Ziel politische Gegner:innen und rassifizierte Menschen/vermeintliche Asylsuchende. Als bei einer Großdemonstration der diffus verschwörungsideologischen *Querdenken*-Bewegung am 7. November 2020 in Leipzig eine habituell heterogene Bevölkerungsmischung demonstrierte, konnte man die gleiche ›Aufgabenteilung‹ wahrnehmen: Einige hundert Teilnehmer:innen lebten ihre Gewaltaffinität aus und konnten sich auf die Rückendeckung einer augenscheinlich ›bunten‹ Versammlung mit 20.000-40.000 Personen verlassen. Sie überwandene Polizeisperren, um dann unter anderem Pressevertreter:innen anzugreifen. Im Nachgang verleugneten Teilnehmer:innen zum Teil wider besseren Wissens die Gewalt. Diese Mischung ›normaler‹ Bürger:innen stellte dabei polizeiliche Entscheidungsträger:innen und Planer:innen immer wieder vor eine intellektuelle Herausforderung. Man glaubte, ›Extremisten‹ und ›Gewalttäter‹ in der Menge ausmachen zu können, sah sich aber angesichts der überwältigenden Mehrheit ›friedlicher‹ Teilnehmender zur Untätigkeit verdammt.

Im Sommer 2021 ›demokratisiert‹ sich übergriffiges Verhalten gegenüber Pressevertreter:innen, insofern es nun von immer mehr Teilnehmenden ausging: Es sind nicht mehr nur gewaltbereite Grüppchen

junger Männer oder vereinzelte Teilnehmer:innen, die sich in irrationale Wut hineinsteigern. Neben Aufzügen müssen Journalist:innen bei jeder vorbeiziehenden Teilnehmer:in damit rechnen, dass es zu Stößen mit Gegenständen (Fahnenstangen, Fahrräder, Regenschirme etc.), Griffen in die Ausrüstung oder Pöbeleien kommt. Die Täter:innen lächeln dabei. Eine Hemmschwelle für körperliche Übergriffe scheint es da kaum noch zu geben. Im November 2021 schlägt die Situation völlig um. Während jeden Montag in nahezu jeder Ortschaft in Sachsen hunderte Menschen gegen Corona-Maßnahmen protestieren, und dabei routiniert polizeiliche Anweisungen missachten (während bei *Pegida* noch der Polizei gedankt wurde), verordnet das sächsische Sozialministerium, dass Versammlungen nur noch ortsfest und mit maximal zehn Teilnehmer:innen erlaubt sind. Erwartbare Folge: Am darauffolgenden Montag demonstrieren wieder Tausende auf hunderten Versammlungen, nur diesmal illegal. Mit dieser Verordnung hat die sächsische Regierung jede Teilnehmer:in auf die andere Seite des Rechts gestellt. Die vorher schon eher künstliche Unterscheidung zwischen ›bürgerlichen‹ und ›radikalen‹, ›extremistischen‹ oder ›gewaltbereiten‹ Teilnehmenden verwischt völlig (vgl. Martens 2022). Dies erstreckt sich auch auf die Selbstwahrnehmung der Teilnehmer:innen: Plötzlich sind sie alle im Widerstand gegen die Regierung! Und das hat Folgen für Pressevertreter:innen, die im verschwörungsideologischen Narrativ ja die Arbeit der Eliten erledigen. Sie sind oft die einzigen greifbaren ›Feinde‹ der Versammlungsteilnehmer:innen; auch, weil Polizeikräfte nicht annähernd jede Versammlung begleiten.

Ab diesem Zeitpunkt ist wegen Anzahl und Brutalität der Angriffe auf Pressevertreter:innen eine normale Arbeit ohne Sicherheitsbegleitung nicht mehr möglich. Am 31.01.2022, zwei Wochen nach dem Auslaufen dieser Regelung, geht die Polizei von 50.000 Teilnehmer:innen bei coronamaßnahmenbezogenen Versammlungen in Sachsen aus (vgl. dpa 2022). Wo keine Presse ist, bleibt es ab dem Auslaufen behördlicher Beschränkungen oft ruhig: Die Polizei hält sich zurück, andere potenzielle Opfer meiden die Innenstädte und auch Journalist:innen sagen: »Ich tu mir das nicht länger an. Das ist mir zu gefährlich« (phoenix 2023). Einen Überblick über die Erfahrungen von Journalist:innen kann man sich unter dem Hashtag #ausgebranntePresse auf Social Media verschaffen.

Seit dem Winter 2021/22 hört man immer weniger von diesen Zuständen. Das liegt an mehreren Faktoren: Es gibt weniger Berichterstattende, weniger Demonstrationen (mit jeweils weniger Teilnehmer:innen), die Prozeduren von Polizei, kommerziellen Sicherheitsdiensten und *BTL* haben sich immer weiter verbessert, so dass es kaum noch zu spektakulären Angriffen kommt, über die dann berichtet wird. Das zeichnet ein verzerrtes Bild. Zum einen sind die radikalen Pressefeinde nicht weg, nur weil sie nicht mehr zu Demonstrationen gehen. Zum anderen müssen die Berichterstattungen, die stattfinden, oft sehr stark abgesichert werden.

3. Zivilgesellschaft schützt Pressefreiheit – die Idee hinter *Between The Lines* (BTL)

Die Initiative *Between The Lines* hat sich 2021 in Dresden gegründet, um besonders betroffene Journalist:innen auf gefährliche Versammlungslagen in Sachsen zu begleiten. Das Ziel ist die Erhaltung und Erweiterung der grundgesetzlich geschützten Pressefreiheit im Angesicht zunehmender Aggression und Gewalt. Die Begleitungen für Freie Journalist:innen sind kostenlos und werden ehrenamtlich geleistet. Schutzpersonen sollen sich auf ihre Arbeit konzentrieren können und auch im schlimmsten Fall unverletzt bleiben. Die Begleitung durch Ehrenamtliche ist Grundrechte schonend in alle Richtungen. Die Alternative ist polizeilicher Presseschutz, der verschiedene negative Nebeneffekte hat. Zum einen ziehen es die allermeisten Journalist:innen vor, mit Abstand zur Polizei zu arbeiten und unabhängig von deren Schutz zu sein. Eine Begleitung durch Polizeikräfte bedeutet aber auch eine Einschränkung der Versammlungsfreiheit der Teilnehmer:innen durch die potenziell einschüchternde Präsenz der Polizist:innen. *BTL*-Begleiter:innen wollen die Pressefreiheit schützen und auch deutlich machen, dass sie als Bürger:innen Angriffe und Gewalt nicht akzeptabel finden.

Die Teams von immer zwei bis drei Begleiter:innen halten Aggressionen von Pressevertreter:innen fern, deeskalieren frühzeitig und schaffen notfalls Zeit und Raum für Polizeimaßnahmen oder eine Flucht. Die Initiative gibt möglichst niedrigschwellig vielen Menschen die Möglichkeit, sich für Grundrechte zu engagieren. Damit der Aufwand für

die Begleiter:innen minimal ist, unterstützt ein Organisationsteam die Begleitungen durch Lage- und Sicherheitsbeurteilungen, Trainingsworkshops, Vorträge sowie Einsatznachbereitungen. Diese umfassen notfalls auch psychosoziale und juristische Erstversorgung der Ehrenamtlichen. Begleitungen erfolgen, wenn nötig, in Kontakt mit der Polizei und mit lageangepasstem Auftreten, Ausrüstung und Prozeduren.

Auf die Zuspitzung der Sicherheitslage im November 2021 wurde die Einsatzvorbereitung und das Training verbessert, Begleittteams so gebildet, dass sie auf die zu erwartende Lage gut reagieren können. Wo es vorher vor allem darum ging, abschreckend zwischen Gelegenheitsangreifer:innen und ihren Zielen zu stehen, wurde es immer wichtiger, sich anbahnende gezielte und gefährliche Angriffe frühzeitig zu erkennen und sie möglichst schnell und deeskalativ zu unterbrechen, oder notwehrfähig zu sein. Trainingsworkshops und Fähigkeitsaufbau stellten daher ab November 2021 einen Tätigkeitsschwerpunkt dar. Zusätzlich wird durch *BTL* das gesellschaftliche Umfeld der Pressearbeit auf Demonstrationen im Sinne der Pressefreiheit beeinflusst. Dazu dient eine intensive Vernetzungstätigkeit mit Berufsverbänden, Akteur:innen der Zivilgesellschaft, Strafverfolgungsbehörden und Landtagsabgeordneten sowie anlassbezogene Öffentlichkeitsarbeit und Unterstützung von Sicherheitstrainings für Journalist:innen. Die ursprüngliche Idee war mit wenig personellem und persönlichem Aufwand einer aufsprießenden pressefeindlichen Aktionsform eine wirksame Gegenmaßnahme gegenüberzustellen. Vermeintlich bürgerliche Angreifer:innen sollten Misserfolge oder Polizeireaktionen erleben und zukünftig Angriffe unterlassen. Das ist im November 2021 gescheitert. Dass Journalist:innen mit *BTL*-Begleitung berichten können, ist wichtig, aber keine Lösung des Problems.

4. Regionale Ausprägungen und Akteur:innen der Pressefeindlichkeit

Zum jetzigen Zeitpunkt (Dezember 2023) gibt es ein differenziertes Bild der Pressefreiheit in Sachsen. Grundsätzlich ist die Berichterstattung in den Großstädten sicherer, was im Wesentlichen an der stärkeren Präsenz

von Einheiten der Bereitschaftspolizei liegt. Der Unterschied zwischen den Großstädten ist dagegen nicht so groß, wie deren Imageunterschiede andeuten: in Leipzig, Dresden und Chemnitz gibt es sowohl gewaltbereite Einzelpersonen und Gruppen aus der Neonaziszene, als auch viele radikalisierte, ›bürgerliche‹ Menschen. Das häufig als Hochburg des Linksextremismus bezeichnete Leipzig und das als konservativ geltende Dresden haben beide einen zahlenmäßig meist kaum noch bedeutenden Montagsprotest. Auch haben beide Städte Stadtteile (wie Engelsdorf oder Laubegast), in denen Protestberichterstattung nur unter hohem Sicherheitsaufwand möglich ist.

Die rechtsextreme Kleinpartei Freie Sachsen² und die in Heimat umbenannte NPD dominieren die so genannten Montagsproteste und Anti-Asyl-Proteste. Sie haben dabei das latente Personenpotenzial von *Querdenken* und örtlichen Corona-Protestgruppen aufgenommen. Sie entfalten besonders in Nordsachsen, im Raum Dresden und im Erzgebirge und der sächsischen Schweiz große Aktivität. Die AfD ist dagegen im Raum Riesa und Meißen sowie rechts-konservativ auftretend im Raum Görlitz präsent. Im südsächsischen Plauen und Umland hat die Partei III. Weg eine ihrer letzten Hochburgen. Weitere Besonderheiten stellen die Lausitz um Bautzen herum und die Gemeinden des Muldental (u. a. Grimma, Wurzen, Eilenburg) dar. In der Lausitz ist um die Akteure des so genannten Jugendblocks und den Medienaktivisten von *Balaclava Graphics* eine neonazistische, gewaltbereite Struktur entstanden, die martialisch und geordnet auftritt, und der es auch durch Straßenschlachten mit der Polizei gelungen ist, die Protestierenden in der Region massiv zu radikalisieren und sie an rechtsextreme Aktionsformen zu gewöhnen. Im Muldental dagegen wirken Neonazi-Netzwerke nach, die sich in Wurzen besonders radikal, kampfsportaffin und gewaltbereit zeigen, während in Eilenburg und Borna eine breitere, aber nicht so extreme Radikalisierung bemerkbar ist. Und es gibt Orte wie Grünhain, die offenbar keine größeren Besonderheiten aufweisen, in denen aber bisher jede Berichterstattung aus Sicherheitsgründen abgebrochen werden musste.

Zusammenfassend: Es gibt sachsenweit diverse Akteur:innen, die sich teilweise überlagern und als Demonstrationsveranstaltende für

2 Für eine ausführliche Darstellung der Freien Sachsen s. die Einleitung zu diesem Band (Böhme/Krell).

verschwörungsideologisch motivierte Teilnehmer:innen austauschbar sind. Trotzdem prägen sie zum Teil die Art und Weise der Pressefeindlichkeit. In Dresden-Laubegast oder Leipzig-Engelsdorf sind es bekannte rechtsextreme Aktivisten, die mit der Rückendeckung ›ihrer‹ Versammlungen gezielt Journalist:innen einschüchtern und angreifen. In Eilenburg, Borna oder Grünhain kann sich die gesamte Versammlung gegen einzelne Journalist:innen wenden. In Wurzen und Bautzen sind es organisierte Gruppen, die gemeinsam vorgehen, manchmal angefeuert durch die anderen Teilnehmer:innen. Dass es nicht unbedingt bekannte rechtsextreme Aufwiegler oder einen neonazistischen Hotspot braucht, zeigt ein Fallbeispiel aus dem Januar 2022 in Coswig. Dort wurden Pressevertreter und Begleitschutz direkt nach dem Eintreffen mit Taschenlampen geblendet und von teils verummten Angreifern mit verstärkten Handschuhen bedrängt, was kurzzeitig deeskaliert werden konnte. Nur wenige Minuten später kam es erneut zu einer Bedrängung durch knapp zehn Personen, wobei eine verummte, offenbar dem Hooliganspektrum zuzuordnende Person mit Tritten und Faustschläge angriff. Als sich der Begleitschutz Platz verschaffte, konnte einer der Begleiter nur knapp einer aus wenigen Metern Entfernung nach seinem Kopf geworfenen Bierflasche ausweichen. Der Angriff nahm schwere bis tödliche Verletzungen in Kauf. Der Werfer: Ein örtlicher Handwerker, der noch in seiner Berufsbekleidung am Protest teilnahm. Nach der Abwehr des Angriffs wurde die Berichterstattung abgebrochen (vgl. Kubeth 2022). Einsatzkräfte der Polizei waren während des beschriebenen Geschehens nicht vor Ort, sie trafen erst nach den Angriffen ein. Zwar konnten die Beamt:innen den Flaschenwerfer identifizieren und Ermittlungen wegen gefährlicher Körperverletzung einleiten, der weitere juristische Werdegang ist dem Autor allerdings nicht bekannt (vgl. Polizei Sachsen 2022).

Fazit: Obwohl die Proteste differenziert werden können, muss flächendeckend mit pressefeindlichen Angriffen gerechnet werden.

5. Von der pressefeindlichen Einstellung zur Gewalt

5.1 Überblick

Ganz grundsätzlich machen die Begleiter:innen von *BTL* immer wieder die Erfahrung, dass sie schon kurz nach Beginn einer Versammlung erkennen können, ob es zu Übergriffen kommen wird. Neben der menschlichen Sensibilität für Feindseligkeit gibt es ganz konkrete und schnell erlernbare Warnsignale. Wenn sich aber ein Verlauf so gut vorhersagen lässt, dann ist die Schlussfolgerung naheliegend, dass ein wahrnehmbares Gewaltisiko in den entsprechenden Versammlungen schon vorhanden ist.

Für die Entwicklung von Gegenmaßnahmen kann man hoffen, dass diese wiederkehrenden und wahrnehmbaren Muster auch aus den gleichen, veränderbaren Faktoren resultieren. Wenn dem so wäre, könnte man Pressefeindlichkeit an der Wurzel packen. Die für rechte, verschwörungsideologische Versammlungen typische ›demokratisierte‹ Gewalt geht meist spontan von Einzelpersonen aus, denen sich weitere anschließen. Daher ist es sinnvoll, die individuellen Teilnehmer:innen zu betrachten. Sie entscheiden durch ihr Verhalten darüber, ob es zu Angriffen kommt. Die Skala aggressiven Verhaltens reicht vom bösen Blick, der vom eigentlichen Ziel gar nicht gesehen wird, bis zum lebensgefährlichen körperlichen Angriff. Auch über Ort und Zeit des Übergriffs entscheiden die Teilnehmer:innen. Umgekehrt: Stimmen die Voraussetzungen, dann hat nichts am Verhalten oder am Wesen des Opfers einen Einfluss darauf, ob es zu einem pressefeindlichen Angriff kommt. Falls Angreifer:innen die Auswahl haben, nehmen sie bevorzugt die Personen, die am einfachsten ins Feindschema passen. Paradoxerweise lösen zwar meist Einzelpersonen mit spezifischen Handlungen Eskalationen aus, und doch ist es das Gesamtbild einer Versammlung, das einen Teil der Hinweise und Warnzeichen liefert:

Rechte, verschwörungsideologische Versammlungen, die keine anderen Ziele für ihre Aggression haben, wenden sich eher gegen Journalist:innen. Zum Beispiel ist die Gefahr für die Presse geringer, wenn anlässlich eines Tagesordnungspunktes im Stadtrat vor dem Rathaus demonstriert wird. Ein weiterer Hinweis sind die Feindbilder und wie

radikal diese adressiert werden. Ein Galgen mit einer Ampel am Strick zeigt hohe Radikalisierung, weist allerdings auch auf eine andere Zielscheibe. Allgemein oder personenbezogen können Journalist:innen bereits im Vorfeld in Social Media Gruppen ›markiert‹ und bedroht werden. Das kann aber auch vor Ort durch Teilnehmer:innen oder Redner:innen auf der Bühne passieren. Kommt es im Vorfeld eines Angriffes zu einer direkten Ansprache von Journalist:innen durch Teilnehmer:innen, dann nehmen daran fast immer sofort mehrere zuvor unbeteiligte Personen teil. Diese ›Kristallisation‹ ist die unmittelbare Voraussetzung für einen Angriff, der sich Bahn bricht, sobald einer der Beteiligten das zivilisatorische Gewalttabu bricht und den ersten Schlag ausführt. Bis zu diesem letzten Punkt sind die Warnzeichen gruppenbezogen und finden in einer sozialen Interaktion der Angreifer:innen untereinander statt. Das Verhalten von Einzelpersonen sendet aber auch Warnsignale: Ein großes Interesse an Medienvertreter:innen gehört dazu. Meist kommt es zu hörbarem Feindbildaufbau, wenn eine später am Angriff beteiligte Person die Journalist:innen als ›Zecken‹, ›Antifa‹, ›Lügenpresse‹, ›Systemlinge‹ oder ähnliches beschimpft. Bei einer direkten Ansprache kann es zu ›Kristallisation‹ und Angriff kommen, wenn die Hemmschwelle in der Versammlung niedrig genug und das Abschreckungspotenzial durch Polizei und/oder Sicherheitsbegleiter:innen nicht hoch genug ist. Meist ist der Aufbau jedoch etwas länger: Es folgen noch Versuche, außerhalb des Kamerawinkels oder Sichtfeldes der Pressevertreter:innen an diese heranzutreten, oder eine spätere Angreifer:in sucht den Kontakt zu anderen. Dann werden Wege so gewählt, dass sie dicht an den Journalist:innen vorbei führen, deren Bewegungsfreiheit einschränken, und es wird Vermummung angelegt oder Handschuhe angezogen. Aus den wiederkehrenden Erfahrungen lassen sich drei Thesen ableiten:

» These 1: (antisemitische) Verschwörungserzählungen bilden die Grundlage für pressefeindliche Einstellungen. Sie führen zu einem zunehmend vereinfachten Weltbild und dem Narrativ, mit den üblichen Instrumenten der Mitbestimmung machtlos zu sein.

» These 2: Angreifer:innen nehmen sich als Teil eines Freund-Feind-Schemas wahr und sind so weit radikalisiert, dass sie Angriffe auf Menschen vor sich selbst rechtfertigen können, besonders als Teil einer Erzählung in der sie gegen eine Übermacht aus Eliten und Behörden antreten. Man

identifiziert sich mehr mit der Gruppe der ›Widerständler‹ denn als Teil der Gesellschaft. Oft wurde Gewalt als Selbstwirksamkeit oder Mittel zur (Wieder-)Herstellung einer mythischen Normalität/Ordnung erlebt.

» These 3: Maßgeblich für Angriffe ist die Solidarisierung von umstehenden Versammlungsteilnehmer:innen mit den Gewalttäter:innen, da sie das Risiko eines Fehlschlages reduziert und mildert. Zudem sinkt mit der impliziten Legitimierung der Ziele und (gewaltsamen) Handlungen der Versammlung durch Dritte das mit dem Gewalteininsatz einhergehende Risiko gesellschaftlicher Ächtung und ganz praktisch die Gefahr der Strafverfolgung. Die daraus resultierende Widerspruchsfreiheit erlaubt ein selbstwerterhaltendes Narrativ, selbst dann, wenn man in Überzahl Menschen brutal angreift, die nur ihrem Beruf nachgehen.

Die drei Thesen können grob zusammengefasst werden mit: Gewalt wird im sozialen Kontext rechter, verschwörungsideologischer Versammlungen eingesetzt, um Selbstwirksamkeit und Kontrolle oder eine mythische Normalität/Ordnung (wieder) zu erlangen. Sie wird nur ausgeübt, wenn die Erfolgsaussichten hoch sind und die Gefahr sozialer Isolierung und Strafverfolgung gering sind.

5.2 These 1: Verschwörungsideologie als Basis

Pressefeindliches Verhalten, das persönliche Grenzen überschreitet, wird immer mit einem ›Lügen‹- oder ›Systempresse‹-Verschwörungsnarrativ unterfüttert. Demnach soll es eine verschworene Gemeinschaft von (globalen) Eliten geben, die auch großen Einfluss auf die Medien haben. Allein die Lektüre der Social Media Kanäle, die zur Mobilisierung für die Versammlungen genutzt werden, legt die Allgegenwärtigkeit dieser Erzählungen für die Teilnehmer:innen offen. Vor Ort werden Versatzstücke solcher Verschwörungserzählungen dann auch auf Transparenten oder in Äußerungen sicht- und hörbar. Bemerkenswerterweise erscheint das fast unabhängig von der politischen Ausrichtung: Werden auf Demonstrationen anderer politischer Spektren Journalist:innen gezielt abgefilmt, bedroht oder behindert, finden sich auch dort fast immer klare Anzeichen für offenen Antisemitismus (der benennt, dass angeblich

jüdische Menschen hinter der Verschwörung stecken) oder noch unklare Verschwörungserzählungen (in denen lediglich eine Verschwörung unter Einbeziehung ›der Medien‹ behauptet wird).

Angreifer:innen haben fast immer nachweislich Kontakt zu solchen Verschwörungserzählungen, und ausweislich ihrer Äußerungen haben sie diese auch verinnerlicht.

5.3 These 2: Freund-Feind-Schema und Gewalt als Handlungsoption

Aus der Verschwörungserzählung heraus ergibt sich oft relativ schnell eine Verschärfung des Tons, die mit einer Anreicherung der eigenen Verschwörungserzählung einhergeht. Menschen, die einmal glauben, dass es Mächte gibt, gegenüber denen sie selbst machtlos sind, ergänzen ihre »Einstiegserzählung« oft mit weiteren Verschwörungskonstrukten (Goertzel 1994). Aus einer ›globalen Elite‹, die ihre Interessen durchsetzen will, wird eine mit Kampf- oder Vernichtungsagenda. Dagegen müsse man sich, da die herkömmlichen Mittel des Rechtsschutzes und der Selbstbestimmung wirkungslos sind, mit Gewalt zur Wehr setzen. Gerade Teilnehmer:innen mit coronabezogenen Protesterfahrungen empfinden sich in einer Fundamentalopposition gegen staatliche und gesellschaftliche Institutionen: Die Polizei schützt sie nicht, die Medien berichten nicht ›neutral‹.

Gewalt wird als Handlungsoption wahrgenommen, wenn sie in der Vergangenheit erfolgreich war, ihr Einsatz legitim scheint und sie ein Gefühl der Selbstwirksamkeit vermittelt, das aufgrund gesellschaftlicher Desintegrationserfahrungen oder -ängste fehlen kann. Hier findet auch der Rückbezug auf eine mythische Vergangenheit, ›in der man noch was zählte‹, Anhänger:innen. Bei Begleitungen erklären Angreifer:innen ihr Verhalten meist nicht mit einem längeren Monolog, der den Angriff legitimiert. Die Pöbeleien und Beleidigungen, mit denen Journalist:innen als Feindbild konstruiert oder mit dem sie überzeichnet werden, deuten aber in die entsprechenden Richtungen: Üblich sind Beleidigungen als Geheimdienstakteur (wahlweise ›Stasi‹, ›BND‹, ›Mossad‹ oder nur ›Spitzel‹) oder als Teil einer staats- oder verschwörungsfinanzierten

politischen Schlägertruppe (›Antifa‹, ›ProFa‹), mit entmenschlichem Inhalt (›Zecken‹, ›Ungeziefer‹) oder sie schließen die Journalist:innen aus der konstruierten Normalität aus (›Geht doch mal arbeiten!‹).

Die Journalist:innen, die wir begleiten, sind oft nicht das stereotype Abbild einer Gefahr (teilweise sehr jung, weiblich gelesen, sehr leicht, klein etc.). Die radikalisierte Verschwörungserzählung erlaubt es Angreifer:innen aber, sich als Gruppe auf 45kg schwere Journalist:innen zu stürzen, denen sie sogar einzeln körperlich überlegen wären.

5.4 These 3: Soziale Rückendeckung und Reduktion des individuellen Risikos

Angreifer:innen brechen bei Widerspruch aus der Gruppe oder von Dritten schnell ihre Angriffe ab. Dafür ist selbst der massive Angriff auf eine Journalistengruppe und ihre Begleitschützer:innen am 13.02.2022 in Dresden-Laubegast ein Beispiel. Die Angreifer schlugen und traten auf ihre Opfer ein und verfolgten diese über etwa 800m durch den Stadtteil. Als die zurückweichende Pressegruppe einen größeren Abstand hergestellt hatte, wurde sie teilweise mit Fahrrädern verfolgt und mit schweren Fahrradschlössern angegriffen. Zwei Szenen illustrieren selbst hier, dass Täter:innen pressefeindlicher Gewalt den Rückhalt der Umstehenden brauchen: Zum einen näherte sich bereits einige Sekunden vor der Eskalation einer der Täter der Pressegruppe. Als dieser die Hälfte der etwa zehn Meter zur Pressegruppe zurückgelegt hatte, stellte er fest, dass niemand folgt, und kehrt kurzzeitig um. Ihr Ende fand die Verfolgung, als ein Angreifer ein Streitgespräch mit einer Begleitschützerin beginnt, an dessen Ende er zwei anderen Angreifern sagt: »So lösen wir das hier heute nicht«, woraufhin diese ihre Verfolgung abbrechen. Menschen haben Empathie. Auch Angreifer:innen können die Angst der Angegriffenen nachempfinden, und sie können sich auch vorstellen, wie Außenstehende ihre Handlungen sehen. Angreifer:innen wissen, dass sie Tabus brechen, wenn sie zuschlagen. Und deswegen kann ein Widerspruch in einer eskalierenden Situation wirksam sein. Umso mehr, wenn dieser aus der eigenen Gruppe kommt, also mit der impliziten Konsequenz verknüpft ist, keine Unterstützung zu bekommen oder sogar

mit den Folgen allein gelassen zu werden. Entsteht aber der Eindruck von Rückendeckung durch die Versammlung, trauen sich Angreifer:innen eben auch, persönliche Grenzen zu überschreiten oder zuzuschlagen. Besonders wirksam wird das, wenn Strafverfolgungsbehörden wegen der Anonymität in der solidarischen Masse niemanden ermitteln können. Legitimität kann auch konstruiert werden: Bereits wenige Minuten nach dem Angriff wurde auf Social Media Kanälen behauptet, die Pressegruppe hätte die Versammlung angegriffen. Die Angreifer wurden zu heldenhaften Verteidigern umgedeutet.

Angreifer:innen wollen Selbstwirksamkeit erleben und ihre soziale Position verteidigen oder steigern. Dabei ist natürlich das unmittelbare soziale Nahfeld wichtig, also die anderen Versammlungsteilnehmer:innen. Wird von denen die vermeintliche heldenhafte Verteidigung nicht anerkannt, sondern stattdessen gesagt: ›Ach, geh nach Hause, du bist betrunken‹, fehlt diese Anerkennung. Darüber hinaus spielt aber auch die gesellschaftliche Wahrnehmung eine Rolle. Wenn Täter:innen noch ein Sozialleben außerhalb des Protestes haben, nehmen sie es selten in Kauf, dieses komplett einzubüßen. In der Folge müssen der Protest und die Gewaltausübung im Rahmen des Protestes auch für Dritte in irgendeiner Form nachvollziehbar sein und legitim erscheinen.

6. Der Weg zu einer umfassenden Strategie und Handlungsmöglichkeiten

6.1 Allgemeine Überlegungen

Die Wirkung einer Strategie zur Verbesserung der Pressefreiheit gegenüber Gewalt kann bei zwei Gruppen erzielt werden: Journalist:innen, die sich entscheiden müssen, ob sich die Gefährdung für eine Berichterstattung lohnt und Angreifer:innen, deren Verschwörungs- und Feindbilddaufbau unterbrochen werden muss, und deren Risiko negativer Konsequenzen erhöht werden muss. Maßnahmen können dabei auch indirekt wirken, indem sie zum Beispiel darauf zielen, eine Solidarisierung von Dritten mit Angreifer:innen zu verhindern.

Die Hauptakteur:innen der Pressefreiheit sind die, die sie ausüben. Möchte man die Pressefreiheit in der Fläche verbessern, so müssen sich Maßnahmen daran orientieren, was Berichterstattende brauchen und wollen. In erster Linie sind das die Unterstützung ihrer Arbeit und ihrer Grundrechte vor, während und nach der Berichterstattung. Die Unterstützung muss nach Angriffen besonders schnell sein, und Folgen und Risiken minimieren. Aktivitäten, die Angriffe verhindern sollen, müssen sich dagegen auf Angreifer:innen richten, und sie sollten mit Maßnahmen flankiert werden, die Journalist:innen vor gefährdenden Nebenwirkungen schützen.

An Thesen 1 und 2 ausgerichtete, täterbezogene Maßnahmen sind: (Demokratie-) Bildungsmaßnahmen und solche zur Erleichterung demokratischer Mitbestimmung (These 1); ebenso individuelle, schwer skalierbare und langfristige Programme zur Deradikalisierung (These 2). Ihre Wirkung ist angesichts der Entwicklung in den letzten Jahren zu gering. Lediglich bei These 3 – dass Gewalt gegen Menschen nicht ohne Unterstützung angewandt wird – sind unmittelbare und kurzfristige Wirkungen erzielbar, die auf Repression und öffentlicher Positionierung beruhen können. Angesichts der für die Handlungen von Angreifer:innen notwendigen Unterstützung des Umfelds können Maßnahmen, die sie sozial isolieren, überproportional erfolgreich sein. Eine schnelle Strafverfolgung kann diese Wirkung entfalten, besonders wenn sie sich in abgestufter Form auch gegen psychologisch unterstützende Teilnehmer:innen von Versammlungen richtet. An konkreten Taten kann man die Täter:innen bloßstellen und dabei die Niederträchtigkeit und Unvereinbarkeit mit gemeinsamen Werten betonen. Es hat sich leider auch gezeigt, dass Teile der sächsischen Gesellschaft es nicht feige finden, Schwächere anzugreifen. Eine sichtbare Zuwendung gegenüber Journalist:innen kann auch täterisolierend wirken. Das Überziehen der Opfer mit polizeilichen Maßnahmen (erstmal den Presseausweis kontrollieren) hat eine Signalwirkung – ein offensiv wertschätzender Umgang durch Polizist:innen und andere Personen des öffentlichen Lebens umgekehrt genauso. Eine Begrüßung der Berichterstattung durch Bürgermeister:innen, Kirchenvertreter:innen und andere Personen des öffentlichen Lebens kann geschlossene Pressefeindlichkeit aufbrechen

und die radikalisiertesten Täter:innen von anderen isolieren. Das gilt umso mehr nach Übergriffen.

Zuwendung hat auch direkte Auswirkung auf die Journalist:innen und deren Sicherheits- und Isolationsempfinden. Sie kann dazu ermutigen, die Berichterstattung auch in gefährlichem Umfeld fortzusetzen oder wiederaufzunehmen. Ganz praktische Verbesserungen der Sicherheit von Journalist:innen müssen dies natürlich begleiten. Wichtige Akteur:innen sind hier die Arbeitgebenden und die Presseverbände. Sie können in der Praxis die Pressefreiheit stärken: durch personelle (meist Sicherheitstrainings, manchmal auch nur die Selbstverpflichtung der Arbeitnehmer:in, ein solches zu besuchen), organisatorische (bspw. Engagement von Sicherheitsbegleitung, juristische Unterstützung, Weisungen, nicht allein von Protesten zu berichten) und technische Maßnahmen (bspw. Bereitstellung von Schutzausrüstung oder angepasster Aufnahmetechnik, Diensttelefonen), sowie Stakeholderarbeit (u.a. Kontakt zu Behörden, politische Lobbyarbeit). Die Arbeitgebenden sind für die Sicherheit ihrer Mitarbeiter:innen verantwortlich. Besonders die ressourcenstarken öffentlich-rechtlichen Medienhäuser könnten deutlich zielführendere, umfassendere und wirksamere Maßnahmen ergreifen. In einem Fall wurde nach einem Angriff Sicherheitsausrüstung für die angestellten Journalist:innen gekauft, die den Angriff nicht verhindert hätte, beim Angriff nicht geholfen hätte, und deren Handhabung nicht vermittelt wurde. »Kompetenzeinkauf« durch Schulungen oder durch die Beschäftigung von Sicherheitsfachleuten kann deutlich größere Wirkung erzielen. Vorbildlich thematisieren öffentliche-rechtliche Sender Angriffe auf eigene Mitarbeiter:innen meist öffentlichkeitswirksam. Angriffe auf Freie Journalist:innen ohne Redaktionsauftrag finden oft weniger Aufmerksamkeit. Leider entsteht in der Öffentlichkeit der Eindruck, dass dies die Spitze der pressefeindlichen Gewalt darstellt. Bei Freien Journalist:innen, die Angriffe auf ähnlichem Niveau regelmäßig erleben, entsteht zusätzlich der Eindruck einer Entsolidarisierung. Hier könnte deutlicher jeder Angriff auf die Pressefreiheit thematisiert werden. Damit würde nicht nur den Freien der Rücken gestärkt, sondern indirekt auch die Akzeptanz für Gewalt bei Dritten sinken und ein stärkeres Bewusstsein für die Gefährdung der Pressefreiheit erzeugt werden.

Der Kodex für Medienhäuser zum Schutz von Journalist:innen (Schutzkodex) geht wesentlich auf die Verbände zurück und verpflichtet seine Mitglieder zu einer Reihe wirksamer Maßnahmen. Die Verbände leisten wichtige juristische Unterstützung und Awareness-Maßnahmen, wie die Sammlung und Dokumentation von Vorfällen. Umfassende Aufmerksamkeit erzielte auch die dezentrale und spontane Kampagne unter dem Hashtag #ausgebranntePresse. Der vereinzelt von Medienhäusern durchgeführte Versuch, auch mit pressefeindlichen Akteur:innen in kontrolliertem Rahmen in Austausch zu treten, blieb wegen der schiereren Menge der Pressefeinde erfolglos. Zudem gehen dabei ausgerechnet Journalist:innen, die massiv bedroht werden, in einen Austausch mit potenziellen Täter:innen. Nichtsdestotrotz bietet sich mit solchen Programmen die Möglichkeit, die Geschlossenheit der Angreifer:innen aufzubrechen und so die Solidarisierung mit Täter:innen zu durchbrechen. Es stellt sich angesichts des hohen Aufwands die Frage, welche Akteur:innen dies leisten können.

6.2 Unterstützungsaktivitäten nichtstaatlicher Akteure

Einige spezialisierte Akteur:innen, die wichtige Arbeit für Journalist:innen leisten, sollen kurz erwähnt werden: Die Jahresberichte von *Reporter ohne Grenzen* und des *ECPMF* sind vollständiger als die polizeiliche Statistik und helfen dabei, einen Überblick über die Pressefeindlichkeit zu erzeugen. Opferschutzverbände wie das Projekt *support* des *RAA* in Sachsen bieten zudem höchst wertvolle psychosoziale Beratung nach Angriffen.

BTL ist die einzige Organisation, die sich Angriffen auf Pressevertreter:innen gezielt in den Weg stellt. Die Rückmeldungen von Journalist:innen sind glühend positiv. Objektiv lässt sich der Erfolg nur schwer bewerten. Er liegt zum Teil in der Netzwerk- und Mittlerfunktion zu anderen zivilgesellschaftlichen Akteur:innen und der Polizei und in die umgekehrte Richtung.

6.3 Erfahrungsbasierte Do's und Don'ts der Strafverfolgungsbehörden

Kontakt mit der Polizei und Staatsanwaltschaft haben die meisten Protestjournalist:innen vor und während den Versammlungen, seltener im Rahmen der Strafverfolgung nach Angriffen. Mit den Stabsstellen Kommunikation bei den sächsischen Polizeidirektionen gibt es hier konstante, fachkundige und motivierte Ansprechpartner:innen bei der Vorbereitung der Berichterstattung und anlassbezogen vor Ort. Dass sich deren Zuständigkeit auch auf Presseschutz erstreckt und sie durch einen kurzen Draht zu den jeweiligen Polizeipräsidenten auch deren Rückendeckung bei der Umsetzung von Presseschutzkonzepten haben, hatte ganz praktisch sehr positive Auswirkungen auf die Pressefreiheit.

Auch die sächsische Bereitschaftspolizei und die Einsatzzüge sind sensibilisiert für die Bedürfnisse und Gefährdung der Presse. Hier gab es in den letzten Jahren starke Verbesserungen. Dass die sächsische Polizei oft zusätzliche Kräfte mobilisiert, wenn sie von der Anwesenheit gefährdeter Journalist:innen weiß, ist notwendig, sendet aber auch klare Signale in alle Richtungen. Bei der Entwicklung eines wirksamen und bedürfnisorientierten Presseschutzes ist die sächsische Polizei bundesweit vorbildlich und beispielhaft. Noch vor wenigen Jahren schritten Polizist:innen nur zögerlich ein, schauten demonstrativ weg oder richteten Maßnahmen vor allem gegen die Presse, teilweise unter Anfeuerung durch die Teilnehmer:innen. Die geschlossenen Einheiten und Pressestellen begegnen Pressevertreter:innen inzwischen zuverlässig kollegial und professionell. Bei notwendigen Kontrollen vermeiden sie meist den Eindruck, die Kontrollierten wären verdächtig.

Diese zentralen Ansätze können jedoch durch lokale Einsatzleitungen oder Einzeldienstbeamt:innen der lokalen Reviere unterlaufen werden. Besonders in den oben bereits erwähnten Kleinstädten Wurzen, Eilenburg und Borna kam es immer wieder vor, dass Einsatzleiter den Kontakt mit der Presse oder deren Sicherheitsbegleiter:innen verweigerten, zusätzliche Kräfte für den Presseschutz anders einsetzten oder den Betroffenen schlicht nicht glauben wollten, wenn diese von gerade geschehenen Angriffen berichteten. Einzeldienstbeamt:innen verweigerten Hilfe, gingen freundschaftlich mit Täter:innen um, sodass Opfer von Anzeigen

absahen, teilweise kriminalisierten sie Presse und Begleitschutz. In einem besonderen Fall ließen sie die Pressegruppe von Beamt:innen, die zum Presseschutz abgestellt waren, durchsuchen, mit der Begründung, dass ja bekannt sei, dass diese Reizstoffe mit sich führen. Bei der vorangegangenen Begleitung am selben Ort mussten Begleitschützer in Notwehr und Nothilfe für Polizeikräfte (!) Reizgas einsetzen. Außerdem wurde angekündigt, im Falle einer Eskalation etwaige Maßnahmen gegen die Presse als »Zustandsstörer« [sic!] zu richten. Im Fall Dresden-Laubegast waren die Beamt:innen zuerst gar nicht vor Ort. Nach gelungener Flucht vor den Angreifer:innen stellten sie allerdings die Pressegruppe und nahmen deren Aussagen auf, führten Beschlagnahmungen durch und fotografierten in Sichtweite ehemaliger Versammlungsteilnehmer:innen jede angegriffene Person beweissichernd aus mehreren Perspektiven. Dies zog sich über eine Stunde hin. Die Angegriffenen erfuhren erst nach etwa 20 Minuten, dass sie von der Polizei als Beschuldigte geführt werden.

Wir schätzen diese negativen Vorfälle trotz ihrer Vielzahl weitestgehend als Einzelfälle ein, die auch in der Komplexität der Situationen begründet liegen. Die Häufung im Bereich des Reviers Grimma ist jedoch auffällig und man kann eine soziale Nähe zwischen Polizist:innen und pressefeindlichen Akteur:innen zumindest annehmen. Nachbereitungen mit übergeordneten Dienststellen verliefen zufriedenstellend im Sinne der Pressefreiheit. Obwohl die Polizei präventiv und abschreckend bei Versammlungen eine durchaus positive Rolle spielt, richtet sie im Rahmen der Strafverfolgung massive Schäden an, die das Vertrauen in den Schutz der Pressefreiheit untergraben. Das hat zum Teil strukturelle Gründe: So ist es auch bei Körperverletzung in Notwehr nicht möglich, als Beschuldigte:r eine zeugenschutzähnliche Behandlung zu bekommen. Zeug:innenschutz bleibt zudem relativ, wenn aus Sicherheitsgründen unter Pseudonym veröffentlichende Journalist:innen nur unter Klarnamen in die Akten genommen werden. In Einzelfällen wurden selbst bei bestehender Auskunftssperre komplette Melderegisterauszüge in Ermittlungsakten genommen, die auch Anschriften und Geburtsdaten von Kindern sowie sämtliche vorherigen Meldeadressen – also zum Teil die der Eltern – enthielten. Hier wäre eine Anpassung zum Schutz vor Racheaktionen durch organisierte Gewalttäter:innen sinnvoll. Als nach

dem Angriff in Dresden-Laubegast auch gegen die Pressegruppe ermittelt wurde, wurden diese in der zentralen Datenbank als »Politisch motivierte Kriminalität – links« eingetragen. Weil sie sich während einer hunderte Meter langen Flucht gegen den Versuch von Neonazis, sie zusammenzuschlagen, gewehrt hatten. Das Ermittlungsverfahren wegen gefährlicher Körperverletzung hing ein Jahr lang über den angegriffenen Journalisten und Begleitschützer:innen. Bereits vor Ort und teilweise bis heute sind einige der Betroffenen überzeugt, dass es ein Fehler war, den Notruf zu wählen und sie dies auch nie wieder tun werden.

Ein umfassender Ansatz, der aktiv auf die Wiederherstellung der Pressefreiheit zielt, muss die Täter:innen schnell und mit sichtbar hohem Aufwand ermitteln und möglichst unmittelbare Konsequenzen zur Folge haben, die abgestuft auch umstehende Unterstützer:innen treffen. Die Verfahrensdauer muss kürzer werden und der Zeug:innenschutz verbessert werden. Hier sei erwähnt, dass die Meldeämter und viele ermittelnde Staatschützer:innen und Staatsanwaltschaften sehr sensibel, schonend und professionell mit Betroffenen umgehen. Das Risikogefühl, an einen der anderen zu geraten oder einfach einem Fehler zum Opfer zu fallen, schreckt allerdings trotzdem vor Anzeigen und Zeugenaussagen ab.

Mit der Einrichtung der *Zentralen Anlaufstelle für Opfer von Rechtsextremismus und Antisemitismus (ZORA)* gibt es in der Generalstaatsanwaltschaft Dresden eine Stelle, die prädestiniert dazu wäre, Opfer pressefeindlicher Straftaten während der Ermittlungen und Verfahren zu unterstützen und zu schützen sowie die Verfahrensabläufe darauf zu prüfen, ob sie strukturell verbessert werden können. Im Kontakt entstand jedoch zum Teil der Eindruck, als würde die Zentralstelle ausgebremst oder wäre von Anfang an eher als reine Fallannahmestelle gedacht gewesen.

7. Fazit und Ausblick

Der Zustand der Pressefreiheit auf Versammlungen in Sachsen muss dringend verbessert werden und das erfordert gesamtgesellschaftliche Ansätze. Ein wesentlicher Hebel kann sein, Angreifer:innen sozial stärker zu isolieren, wozu Strafverfolgungsbehörden, aber auch die Zivilgesell-

schaft Mittel in der Hand haben. Es muss immer wieder deutlich kommuniziert werden, dass Gewalt nicht die Art ist, wie Meinungsverschiedenheiten verhandelt werden. Und dass die Person, die Gewalt befürwortet oder gar nutzt, sich eben außerhalb des gemeinsamen Wertegerüsts befindet und dafür alles andere als Anerkennung verdient. Ein Strafverfolgungsansatz, der die Unterstützung radikalierter Täter:innen durch andere Versammlungsteilnehmer:innen erschwert oder mit einem eigenen Risiko versieht, hätte überproportionalen Erfolg beim Zurückdrängen pressefeindlicher Gewalt. Ein Strafverfolgungsansatz, der Opfer besser schützt, würde dazu führen, dass es mehr Anzeigen gäbe und würde Betroffenen ein Vertrauen geben, das aktuell fehlt.

Wir rechnen in Sachsen konservativ geschätzt mit einem anhaltenden Versammlungsgeschehen von 50 rechtsextremen, verschwörungsideologischen Demonstrationen pro Woche. Obwohl momentan nur wenige Teilnehmer:innen dauerhaft mobilisiert werden können, gibt es immer wieder überraschende Mobilisierungserfolge. Zudem gibt es ein etwa 50.000 radikalisierte Menschen umfassendes ruhendes Mobilisierungspotenzial in Sachsen. Die schiere Menge und hochfrequente Regelmäßigkeit von Demonstrationen war vor ein paar Jahren noch völlig untypisch. Mit großer Ambivalenz zwischen Stolz und Sorge nehmen wir bei *BTL* zur Kenntnis, dass Journalist:innen in den Jahren unserer Existenz immer wieder äußern, dass sie so nicht weiterarbeiten könnten, wenn es uns nicht gäbe. Manchmal sagen sie auch, dass ihre Arbeit sonst gar nicht möglich wäre.

Bei dem erwartbaren Wahlerfolg der AfD bei den Landtagswahlen 2024 wird es absehbar zu einem Anstieg von Straßengewalt durch erfolgsberauschte extreme Rechte kommen. Sollte die AfD im Anschluss tatsächlich an der Regierung beteiligt sein, wird sich dieser Zustand über einen längeren Zeitraum hinziehen, wobei gleichzeitig die Effektivität der Arbeit der Polizei in Frage gestellt wäre. Eine Verrohung bis hin zu alltäglicher und straffreier Gewalt ist mindestens denkbar und sollte daher auch bedacht werden.

Die Informationen über die Radikalisierung der Gesellschaft verdanken wir der unermüdlichen und mutigen Arbeit der Journalist:innen, Berichterstatte:r:innen, Redakteur:innen und ›Fotowixxer:innen‹, die die Öffentlichkeit mit Informationen darüber versorgen, was sich zusammen-

braut. Es ist notwendig auf Basis dieser Informationen auch zu handeln. Nicht nur um sie zu schützen, sondern uns alle.

Literatur

- Deutschlandfunk Kultur (2016): Übergriffe auf Journalisten in Sachsen – Auf Demos nur mit Security. Online verfügbar: <https://www.deutschlandfunkkultur.de/uebergriffe-auf-journalisten-in-sachsen-auf-demos-nur-mit-100.html> [Zugriff: 31.12.2023].
- dpa (2022): 100 000 sind übertrieben – Polizei: 50 000 Demo-Teilnehmer in Sachsen. In: dpa-factchecking. Online verfügbar: <https://dpa-factchecking.com/germany/220202-99-941605/> [Zugriff: 31.12.2023].
- ECPMF (2017): Das Feindbild 2 – »Lügenpresse« und Journalistische Selbstbehauptung. Online verfügbar: https://www.ecpmf.eu/wp-content/uploads/2022/05/feindbild_presse_web_2017.pdf [Zugriff: 05.01.2024].
- ECPMF (2023): Feindbild Journalist:in 7: Berufsrisiko Nähe. Online verfügbar: <https://www.ecpmf.eu/studie-feindbild-journalistin-7-berufsrisiko-nahe-mehr-angriffe-auf-lokaljournalisten/> [Zugriff: 05.01.2024].
- Goertzel, Ted (1994): Belief in Conspiracy Theories. In: *Political Psychology* 15 (4), S. 731–742.
- Grimm, Imre (2022): Feindbild Presse: Bedrohungen von Journalisten durch »Querdenker« nehmen zu. In: RedaktionsNetzwerkDeutschland. Online verfügbar: <https://www.rnd.de/medien/warnung-des-djv-bedrohungen-von-journalisten-durch-querdenker-nehmen-zu-IWBF3MQ3ENDLTOMCSRFBVHTBPIM.html> [Zugriff: 31.12.2023].
- Kubeth, Levin (2022): Angebrüllt und angegriffen: Schüler berichten von Corona-Demos. In: *Sächsische Zeitung*. Online verfügbar: <https://www.saechsische.de/coronavirus/vue-critique-corona-demonstration-sachsen-schueler-dresden-5615900-plus.html> [Zugriff: 02.01.2024].
- Martens, Rene (2022): Das Altpapier am 31. Januar 2022: Der nächste Mexit. In: MDR. Online verfügbar: <https://www.mdr.de/altpapier/das-altpapier-2494.html> [Zugriff: 02.01.2024].
- phoenix (2023): Protest. Gewalt. Pressefreiheit. – Wenn Journalist:innen angegriffen werden. Online verfügbar: <https://www.phoenix.de/sendungen/dokumentationen/protest-gewalt-pressefrei-a-3129663.html> [Zugriff: 05.01.2024].

Polizei Sachsen (2022): Polizeieinsatz in Dresden und dem Umland. In:

Medieninformationen der Polizeidirektion Dresden, Januar 2022. Online verfügbar:

https://www.polizei.sachsen.de/de/MI_2022_86631.htm [Zugriff: 17.01.2024].

Reporter ohne Grenzen (2016): Rangliste der Pressefreiheit 2016 – Nahaufnahme

Deutschland. Online verfügbar: https://www.reporter-ohne-grenzen.de/fileadmin/Redaktion/Downloads/Ranglisten/Rangliste_2016/Nahaufnahme_Deutschland_2016.pdf [Zugriff: 05.01.2024].

Reporter ohne Grenzen (2023): Rangliste der Pressefreiheit 2022 – Nahaufnahme

Deutschland. Online verfügbar: https://www.reporter-ohne-grenzen.de/fileadmin/Redaktion/Downloads/Ranglisten/Rangliste_2022/RSF_Nahaufnahme_Deutschland_2022.pdf [Zugriff: 05.01.2024].

taz (2016): »Pegida«-Kundgebung am Montag. Das Nazi-Phantasma von Dresden. Online

verfügbar: <https://taz.de/Pegida-Kundgebung-am-Montag!/5269211/> [Zugriff: 08.01.2024].

Stöss, Richard (2010): Rechtsextremismus im Wandel, Bonn: Bonner Universitäts-Buchdruckerei.

Topoi in der Esoterik

Linguistische Perspektiven auf esoterische Sprache

1. Einleitung

Im Zuge der Corona-Pandemie und den damit einhergehenden Maßnahmen zur Eindämmung des SARS-CoV2 Virus wurde medial vielfach über Gegner:innen der staatlichen Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung berichtet. Neben Verschwörungstheoretiker:innen, Impfgegner:innen und Reichsbürger:innen stellten die Esoteriker:innen eine weitere Gruppe dar. So bezieht sich mit Jochen Stappenbeck, Herausgeber des der extrem rechten Partei Freie Sachsen¹ nahestehenden *Aufgewacht*-Magazins, ein Akteur der Corona-Protestszenen in der dritten Ausgabe im Artikel »Zurück zu den Wurzeln. Minimalistische Massnahmen in Richtung Selbstversorgung« auf Themen und Ideen, die esoterischen Ursprungs sind (vgl. Stappenbeck 2022: 8f.). Während die Sprache von Verschwörungstheoretiker:innen in der Linguistik innerhalb des DFG-Projekts »Sprache in Verschwörungstheorien« bereits untersucht wird, ist die Sprache der Esoterik bisher kaum erforscht. Dieser Beitrag möchte dazu beitragen, die linguistische Analyse der Esoterik voranzutreiben. Ziel ist es, Esoterik als Untersuchungsgegenstand für linguistische Analysen vorzustellen und aufzuzeigen, welche grundlegenden Argumentationsmuster esoterischer Sprache zugrunde liegen. Hierzu greife ich auf Erkenntnisse aus meiner wissenschaftlichen Arbeit zurück, welche ich im Rahmen des Ersten Staatsexamens zur diskurslinguistischen Analyse von esoterischen Sachbüchern verfasst habe. Hinsichtlich der

1 Für eine ausführliche Darstellung der Freien Sachsen s. die Einleitung zu diesem Band (Böhme/Krell).

Erforschung der extrem rechten Mobilisierungen im Zuge der Covid-19 Pandemie soll damit ein Beitrag zur näheren Untersuchung der Esoterik als ideologisches Teilstück der Bewegung (vgl. Amlinger/Nachtwey 2022: 259) geleistet werden.

Einführend in die Thematik werde ich den Untersuchungsgegenstand Esoterik beleuchten und eine Definition vornehmen. Dies erfolgt unter Zuhilfenahme soziologischer und religionswissenschaftlicher Erkenntnisse. Esoterik wird in diesem Beitrag als Form moderner Religiosität verstanden, welche über keinen dogmatischen Kern verfügt. Anschließend wird mit der Toposanalyse nach Wengeler (2003) eine Methode innerhalb der Argumentationsanalyse vorgestellt, welche sich für die Erschließung dieses Gegenstandes als gewinnbringend zeigte. Es folgen die Kriterien für das untersuchte Textkorpus sowie die Datenaufbereitung. Zuletzt stelle ich meine Erkenntnisse aus der Analyse in Form von deduktiv und induktiv erfassten Topoi vor. Dabei erfolgt eine kurze interpretative Einordnung. Ein Resümee, welches das Aufgreifen esoterischer Themen im *Aufgewacht*-Magazin einzuordnen versucht, schließt den Beitrag ab.

2. Esoterik

Etymologisch verweist Esoterik auf das griechische »esôterikós«, das »nach innen Gerichtete« oder »zum inneren Kreis gehörig« bedeutet (vgl. Barth 2014: 48, Schnabel 2007: 21). Esoterik als Nomen wurde das erste Mal im 19. Jahrhundert vom französischen Okkultisten Eliphas Lévi verwendet (vgl. Hanegraaff 1998: 384f.). Für Esoterik werden zwei zentrale Bedeutungsvarianten genutzt. Einerseits gilt Esoterik als eine Sammelbezeichnung für verschiedene Geheimlehren, als »Sammelbegriff für verschiedene ›alte‹ und ›geheime‹ Wissenstraditionen und abgeleitete Praktiken, die nur durch besondere Schulung und ›Einweihung‹ zugänglich sind« (Bochinger 1994: 373). Weiterhin kann Esoterik als Bezeichnung für einen inneren Weg verstanden werden. Diese Bedeutungsvariante bezieht sich etymologisch auf »esô«, »innen«. Bochinger (1994: 375) zufolge verliert die Bedeutung »dadurch ihren soziologischen Aspekt der Schulbezogenheit und das Odium der Arkandisziplin. ›Esoterik‹ bedeutet nun einen

inneren Weg, der prinzipiell jedem offen stehe«. Esoterik kann so als ein eigener Typus von Religiosität verstanden werden, ein Weg ins Innere und wurde zu »einem Ersatzwort für ›Religion‹, das deren subjektivistische, auf innere Erfahrungen bezogenen Elemente akzentuiert« (ebd.: 376). Der Religionssoziologe Hubert Knoblauch (2010: 154) argumentiert, dass es sich bei Esoterik nicht mehr um eine Geheimlehre im weitesten Sinne handele, da esoterisches Wissen spätestens seit dem *New Age*² in die Öffentlichkeit eindrang. Er (ebd.: 154) betont jedoch, dass aus wissenssoziologischer Sicht der Charakter der Geheimlehre bestehen blieb, denn

»[a]uch wenn das esoterische Wissen (und die damit verbundenen Praktiken) in manchen Berufsgruppen eine große Akzeptanz gefunden hat (etwa in den Pflege- und Heilberufen), so ist es doch kein Wissen, das in wissenschaftlichen oder theologischen Akademien gelehrt wird. Es handelt sich zwar um ein verbreitetes, aber lange Zeit institutionell nicht beglaubigtes Wissen. Weil es von den offiziell anerkannten Systemen der Wissensvermittlung (Schulen, Hochschulen, Universitäten) gemieden wird (oder wurde), kann man es auch mit Bourdieu (1971) als ›nicht-legitimes Wissen‹ bezeichnen«.

Diese Nicht-Legitimität von Wissen führt Knoblauch auch an, um Esoterik als eine »alternative Religiosität« zu definieren, da die religiösen Quellen »durchgängig nicht zum ›herrschenden‹ Kanon der Religionen in westlichen Gesellschaften zählen« (Knoblauch 2010: 154).

Inhaltlich ist Esoterik nicht vollumfänglich eingrenzbar. Wouter J. Hanegraaff definierte in Untersuchungen zur *New-Age*-Bewegung in den USA fünf konstitutive Felder der modernen Esoterik (vgl. Hanegraaff 1998: 356f., Barth 2014: 69):

» Diesseitsbezogenheit: Die Realität wird durch Bezug auf Erfahrungen bestimmt.

2 Mit dem Begriff *New Age* wird zumeist ein nicht klar eingrenzbare Konglomerat verschiedenster Akteur:innen und Praktiken während des 19. und 20. Jahrhunderts bezeichnet, die unter anderem aus Abspaltungen der Theosophischen Gesellschaft hervorgingen. Gleichzeitig ist *New Age* »ein Lehrbegriff, der unterschiedlich gefüllt werden kann« (Bochinger 1994: 119). Die *New-Age*-Bewegung ist nach Hanegraaffs Definition »the cultic milieu having become conscious of itself as constituting a more or less unified ›movement‹. All manifestations of this movement are characterized by a popular western culture criticism in terms of a secularized esotericism« (1998: 97). In der neueren Forschung werden deshalb *New Age* und Esoterik zumeist synonym verwendet.

» Holismus: Der Mensch steht im ganzheitlichen Zusammenhang mit dem (göttlichen) Kosmos, Mikrokosmos (kleinste Elemente) und Makrokosmos (größte Elemente) entsprechen einander.

» Evolutionismus: Die Seele entwickelt sich über mehrere Leben hinweg stetig weiter.

» Psychologisierung der Religion und Sakralisierung der Psychologie: Innere und äußere Realität sind Illusionen, die vom Geist entworfen sind und dadurch vom Individuum frei veränderbar.

» Erwartung eines kommenden neuen Zeitalters/*New Age*: Kritik an der westlichen Kultur, der Moderne, mit dem Glauben an ein »ewiges Weistum³« im Kern aller Religionen.

In Bezug auf ihre institutionelle Beschaffenheit ist für die moderne Esoterik-Kultur das Fehlen von zentralisierten Institutionen und Strukturen hervorzuheben. Es gibt auf der Seite der praktischen Anbieter:innen viele kleine und kleinste Akteur:innen. Typisch für die Esoterik ist, dass die Anbieter:innen sich um sog. Makler:innen scharen, welche die verschiedenen Angebote in einem größeren Rahmen vertreiben. Hier besteht die Möglichkeit, durch die Selektion der beworbenen Inhalte einen gewissen Reputationsschub zu erhalten. Überdies erhöhen Makler:innen insgesamt die Sichtbarkeit für die Inhalte in der Branche, da sie über Messen, Buchhandlungen und Zentren den Kontakt zur Rezipient:innenseite ermöglichen. Der Einfluss der Makler:innen ist letztlich aber begrenzt: nach dem Herstellen des Kontakts besteht keine Kontrolle mehr zum Verhältnis der Anbieter:innen und Rezipient:innen und auch ökonomische Interessen setzen der inhaltlichen Selektion Grenzen (vgl. Rademacher 2010a: 136ff.). Rezipient:innen der Esoterik fühlen sich als »spirituelle Wanderer[:innen]« (Gebhardt et al. 2005: 142) nicht an einen dogmatischen Kanon gebunden, sondern entscheiden frei nach ihren Bedürfnissen, welchen Lehren und Praktiken sie folgen (vgl. ebd. 2005: 143). Institutionell ist die Esoterik entsprechend schwach aufgestellt. Für die Verbreitung esoterischen Wissens sind vor allem Makler:innen relevant,

3 Weistum bezeichnete im Mittelalter eine mündliche Auskunft rechtskundiger Männer in Streitfragen, die rechtskräftig war. Sammlungen von schriftlich aufgezeichneten Weistümern werden ebenfalls als Weistum bezeichnet (Digitales Wörterbuch der deutschen Sprache 2023).

die den vielen kleinen und kleinsten Akteur:innen eine Plattform geben, gleichzeitig aber auch als Filter und Legitimitätsautoritäten dienen.

Da für die Analyse Texte ausgewählt wurden, deren Autor:innen sich dezidiert als Teilnehmende eines verwissenschaftlichen Diskurses verstehen, stelle ich nachfolgend schlaglichtartig das Verhältnis der Esoterik zur Wissenschaft in der vierstufigen senkrechten Wissenskaskade nach Rademacher (2010b) dar. Er ordnet auf Stufe 1 dieser Kaskade Fachwissenschaftler:innen ein, die sich zum größten Teil »selbst niemals der Esoterik oder dem *New Age* zurechnen« würden (2010b: 64). Für Esoteriker:innen sind auf dieser Stufe insbesondere Akteur:innen interessant, die außerhalb ihres Fachgebietes spirituelle oder philosophische Äußerungen tätigen. Diese fachlichen Grenzüberschreitungen »sind es, die mutmasslich eine Wahrnehmung dieser Autoren als »revolutionär«, »neu«, »einem Paradigmenwechsel auslösend« usw. kennzeichnet [!sic]« (ebd. 2010b: 66). Beispielhaft seien hier bekannte Persönlichkeiten wie Albert Einstein, Nils Bohr oder Nikola Tesla genannt (vgl. ebd. 2010b: 66).

Die zweite und für die Skala konstituierend wirkende Gruppe ist die der sogenannten *New-Age-Science*-Theoretiker:innen bzw. Esoterik-Theoretiker:innen. Diese Gruppe besteht aus Naturwissenschaftler:innen, »deren Weltanschauungs-Arbeit deutlich im Vordergrund steht. Außerhalb der akademischen Fachdiskurse liegende Themen sind bei ihnen nicht Nebenprodukt, sondern ein Hauptanliegen [!sic]« (ebd. 2010b: 67). Hierbei handelt es sich um solche Akteur:innen, die

»ihre esoterische Rezeption [...] durch eine offen positive Bezugnahme auf Religion und Spiritualität auch derart gefördert [haben], dass sie sich ihren Namen eigentlich in eben diesem Zusammenhang erworben haben. Sie sind weniger wegen wissenschaftlichen Leistungen bekannt, sondern weil sie philosophierend und spirituell Grenzen überschritten haben [...] zum Größten Teil kommt die NAS-Literatur von Autor[:innen], bei denen auffällt, dass sie sich aus dem akademischen Kontext entfernt haben bzw. dass sie nicht in der üblichen formalen Weise als Vertreter[:innen] ihrer akademischen Disziplin zu bezeichnen sind« (ebd. 2010b: 68).

Auf dieser Stufe der Skala werden zudem auch esoterische Institutionen, aber auch Alternativ-Forschende eingeordnet, welche zwar zumeist

praktisch agieren (indem sie unter anderem verschiedene Produkte bzw. Methoden entwickeln und vermarkten), jedoch von der Stufe 3 der esoterischen Praktiker:innen besonders durch ihr Geltungsbewusstsein abzugrenzen sind. Diese Stufe stellt das Bindeglied zwischen den Theoretiker:innen und den Rezipient:innen der Esoterik-Kultur dar und unterscheiden sich in ihrem Auftreten deutlich von Akteur:innen der Stufe 2. Rademacher siedelt auf dieser Stufe die oben genannten Makler:innen und Spezialanbieter:innen an. Sie beziehen sich zum Teil auf die Theorien und Texte der Akteur:innen der ersten beiden Stufen, legen den Fokus letztlich aber stark auf die Praxis. Dadurch treten sie über den esoterischen Markt in direkten Kontakt zur Stufe 4 der Skala, den Rezipient:innen (vgl. Rademacher 2010b: 78–83).

Zusammenfassend definiere ich Esoterik als eine Form moderner Religiosität, welche über keinen dogmatischen Kern verfügt und daher durch deren Anhänger:innen und Rezipient:innen als spirituelle Wanderer:innen individuell ausgelegt wird. Gemeinsamer Kern esoterischer Theorien und Praktiken ist eine spezielle Form von esoterischem Wissen. Dieses Wissen zeichnet sich durch einen holistischen, d.h. ganzheitlichen Anspruch aus und steht in esoterischer Vorstellung jedem Individuum durch eine Hinwendung ins eigene Innere zur Verfügung. Durch ein evolutionistisches Verständnis wird der Mensch als Teil eines göttlichen Universums verstanden, der für seine unsterbliche Seele Erfahrungen sammelt. Außerdem soll die Realität im Verständnis dieses Wissens durch das Individuum lediglich konstruiert sein, was dieses in die Lage versetzen soll, die Realität aktiv zu (ver)ändern.

3. Toposanalyse als Methode der Argumentationsanalyse

Methodologisch orientierte sich die Untersuchung an der linguistischen Diskursanalyse. Diese orientiert sich stark am Diskurs-Begriff Michel Foucaults, wonach ein Diskurs »eine Menge von Aussagen [ist], die einem gleichen Formationssystem zugehören« (Foucault 2020: 156). Erkenntnis und Wissen existieren hierbei nicht unabhängig von »der gesellschaftlichen, kulturellen und historischen Situation, in der sich das erkennende Subjekt befindet« (Spitzmüller/Warnke 2011: 67). Busse und Teubert

(2013 [1994]: 16) legen abgeleitet davon die Grundlagen der linguistischen Diskursanalyse. Sie verstehen Diskurse als »virtuelle Textkorpora, deren Zusammensetzung durch im weitesten Sinne inhaltliche (bzw. semantische) Kriterien bestimmt wird«.

Für die vorgestellte Untersuchung orientierte ich mich an der Herangehensweise von Constanze Spieß (2013: 325), welche mit dem Mehrdimensionenmodell eine Methode vorgeschlagen hat, die »auf mehrere Ebenen des Diskurses zurückgreift und ihn hinsichtlich verschiedener Dimensionen beschreibt, um den Diskurs adäquat erfassen zu können«. Idealerweise sollte bei einer tiefgehenden Analyse sowohl die Mikroebene, die sich »aus den sprachlichen Phänomenen des Einzeltexts« konstituiert als auch die Makroebene des Texts betrachtet werden, also »situative und kontextuelle Elemente, die den Gegenstand konstituieren« (ebd. 2013: 328). Auch hier böten sich verschiedene weitere methodische Herangehensweisen an. Ich habe mich für den esoterischen Diskurs jedoch dazu entschieden, für eine erste Betrachtung die Mikroebene zu analysieren. Esoterik stellt gesellschaftlich eine Form nicht-legitimen Wissens dar. Dadurch ist für die Diskurs-Akteur:innen eine besondere argumentative Auseinandersetzung mit anderen etablierten Formen gesellschaftlichen Wissens unumgänglich. Aufgrund dieser Überlegungen ging ich bei der Untersuchung davon aus, dass innerhalb des esoterischen Diskurses wiederkehrende Argumentationsmuster eine wichtige Rolle spielen würden. Daher wurde die Untersuchung mittels der Argumentationsanalyse durchgeführt, die

»die impliziten inhaltlichen Voraussetzungen explizit machen [soll], die einzelne Textaussagen oder Aussagefolgen in ihrer gegebenen (semantischen, inhaltlichen) Form überhaupt erst möglich gemacht haben, bzw. die überhaupt erst voraussetzen sind, damit etwa eine bestimmte Aussagefolge in einem Text eine innere semantische Kohärenz gewinnt« (Busse/Teubert 2013 [1994]: 25).

Die von Martin Wengeler begründete Methode der Toposanalyse als Teilgebiet der Argumentationsanalyse zählt dabei zu den »zentralen und erfolgreichen Konzepten der transtextuell orientierten Linguistik« (Spitzmüller/Warnke 2011: 191). Topos bedeutet Ort, Stelle, Thema oder Gemeinplatz, ist aber in seiner Rezeption seit Aristoteles immer wieder

unterschiedlich, teils gegensätzlich, ausgelegt worden (vgl. Römer 2018: 119). Aufgrund der unpräzisen Definition Aristoteles' zur Topik konnten

»unter Topoi so verschiedene Dinge verstanden werden wie deduktive oder nichtdeduktive Schlussverfahren, Fundorte für Argumente, Heuristiken/Suchformeln für das Auffinden von Argumenten, Prämissen, wissenschaftliche, dialektische und/oder rhetorische Syllogismen, allgemein anerkannte Meinungen, Schlussregeln/Beweisformeln im Sinne Toulmins, allgemeine/besondere bzw. formale/materiale oder kontextabstrakte/kontextspezifische Argumentationen, Argumente, aber auch Argumentationsmuster, die zwingend notwendig oder auch nur überzeugend sind« (ebd. 2018: 120).

Wengeler (2003: 165) machte sich diese Mehrdeutigkeit des Begriffs zunutze und griff den von Aristoteles in der antiken Rhetorik begründeten Topos-Begriff so auf,

»dass er Aufschlüsse über kollektives, gesellschaftliches Wissen gibt, welches im Rahmen thematisch bestimmter öffentlicher Diskurse entweder explizit zur Sprache kommt oder in sprachlichen Äußerungen, in Texten als verstehe-relevantes Hintergrundwissen zu Grunde gelegt und evoziert wird«.

Dabei orientierte er sich an Stephen Toulmins argumentativer Grundstruktur, wonach eine strittige These/Konklusion durch ein begründendes Argument in eine unstrittige These/Konklusion überführt werden soll. Hierbei sichert eine Schlussregel den inhaltlichen Zusammenhang zwischen Argument und Konklusion (vgl. Toulmin/Berk 1996: 89f.). Diese Schlussregeln werden jedoch in Argumentationen selten ausgeführt. Daher »muss [der Topos, Anm. LB] also erst interpretativ aus den sprachlich realisierten Bestandteilen der Argumentation erschlossen werden« (Wengeler 2003: 181).

Hierbei ist auf die Unterscheidung von kontextspezifischen und kontextabstrakten Topoi hinzuweisen. Während kontextabstrakte Topoi in verschiedenen Redegattungen vorkommen, also diskursübergreifend genutzt werden, sind kontextspezifische Topoi

»inhaltlich spezifizierte ›Schlussregeln«, die entsprechend nur in einem bestimmten inhaltlichen Bereich verwendbar sind, um plausible Argumentationen zu realisieren. Es dürfte allerdings in der Regel so sein, dass sie sich

jeweils auch auf ein formales Schlussmuster zurückführen lassen« (Wengeler 2003: 183).

Wengeler bezieht sich für die Formulierung von Topoi auf die von Lothar Bornscheuer 1976 dargelegten Funktionsmerkmale von Topoi. Diese sind (vgl. Wengeler 2003: 199):

- » Habitualität: Topoi sind gewohnheitsmäßig und kollektiv verbreitet.
- » Potentialität: Topoi sind abstrakt, sie können sowohl für als auch gegen eine Position genutzt werden.
- » Intentionalität: Topoi werden in jeder sprachlichen Handlung von den nutzenden Individuen perpetuiert aber auch modifiziert.
- » Symbolizität: Topoi sind sprachlich auf unterschiedlichste Weise realisierbar.

Wengeler stellt für die Formulierung von Topoi zwei Möglichkeiten vor. Einerseits können sie als »Syllogismen mit Ober- und Unterprämisse sowie Konklusion in ihrer explizitesten Form« (2003: 300) dargestellt werden. Andererseits und dieser Möglichkeit wird sich für die Analyse bedient, kann

»der Topos aber auch statt mit der konditionalen Konjunktion wenn mit dem kausalen weil ausgedrückt werden, was es ermöglicht, die Konklusion des Argumentationsmusters als Konklusion und nicht nur als mögliche Schlussfolgerung bei Erfülltsein der Unterprämisse in einem Satz zum Ausdruck zu bringen« (ebd. 2003: 301).

Den Grundlagen von Wengeler folgend war Ziel der Untersuchung, für die Esoterik typische und kontextspezifische Topoi zu identifizieren, die im Diskurs zur argumentativen Legitimierung genutzt werden. Zur Identifizierung solcher Topoi wurde ein Textkorpus erstellt, dessen Aufbau nachfolgend skizziert wird.

4. Das Korpus

Bei einem Korpus handelt es sich um eine Sammlung von Textdaten, Sprache im Kontext, die »dem Zweck der linguistischen Auswertung dient und eine quantitative Auswertung von (qualitativen) sprachlichen Merkmalen zulässt« (Hirschmann 2019: 2). Da für die Analyse unmöglich

der gesamte Diskurs, die »Menge von Aussagen, die einem gleichen Formationssystem zugehören« (Foucault 2020: 156), betrachtet werden konnte, mussten Kriterien festgelegt werden, um einen möglichst aussagekräftigen Diskursausschnitt zu erhalten. Wie Busse/Teubert (2013 [1994]: 19) ausführen, können dabei

»diskursive Relationen [...] (wie intertextuelle Relationen jeglicher Art) als Bedeutungsbeziehungen nicht unabhängig von ihrer Deutung bestehen. Die Konstitution des Diskurses, der das Forschungsobjekt bilden soll, setzt daher stets schon Interpretationshandlungen der Forscher[:innen] voraus«.

Den Ausführungen Busse und Teuberts folgend sind der von mir analysierte Diskurs sowie das von mir erstellte Textkorpus »Ergebnis wissenschaftlicher Konstitutionsprozesse und sich aus dem empirischen Material ergebender Zusammenhänge zugleich« (Busse/Teubert 2013 [1994]: 19).

Für die Erstellung des Korpus wurden folgende Kriterien festgelegt, um einen möglichst aussagekräftigen, aber auch möglichst aktuellen Diskursausschnitt zu erhalten. Ausgewählt wurden Texte, die:

- » der Textsorte Sachbuch zugeordnet werden können,
- » die in einem Zeitraum von 2000 bis 2022 herausgegeben wurden,
- » in deutscher Sprache vorliegen,
- » deren Autor:innen sich selbst als Naturwissenschaftler:innen verstehen und der Stufe 2 von Rademachers senkrechten esoterischen Wissenskaskade zuzuordnen sind,
- » die elektronisch, in Form von E-Books erhältlich sind (dieses Kriterium erleichterte die Analyse der Texte).

Für das Korpus wurden die folgenden Texte ausgewählt, auf die die oben festgelegten Kriterien zutreffen:

- » Broers, Dieter (2012): Das Geheimnis des Matrix Code. 1. eBook-Ausgabe, Berlin / München: Trinity in Scorpio.
- » Capra, Fritjof (2015): Verborgene Zusammenhänge. Vernetzt denken und handeln in Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Gesellschaft. Unveränderter Reprint einer älteren Ausgabe, Frankfurt a.M.: FISCHER Taschenbuch.

» Dahlke, Rüdiger (2009): Die Schicksalsgesetze: Spielregeln fürs Leben. Resonanz, Polarität, Bewusstsein. 2. Aufl., München: Goldmann Arkana.

» Huber, Johannes (2016): Es existiert. Die Wissenschaft entdeckt das Unsichtbare, Wien: edition a.

» Lazar, Oliver Stefan (2022): Jenseits von Materie. Bewegende Erfahrungen eines Wissenschaftlers mit der Geistigen Welt und seine Jenseitsforschung. 5. Aufl., Altendorf: Giger.

» Warnke, Ulrich (2013): Quantenphilosophie und Interwelt. Der Zugang zur verborgenen Essenz des menschlichen Wesens. 1. eBook-Ausgabe, München: Scorpio.

In den aufgelisteten Werken fanden sich bei der Lektüre ebenfalls intertextuelle Bezüge zueinander, was als Hinweis darauf interpretierbar ist, dass sie Teil eines diskursiven Feldes sind. Auch konnten direkte Bezüge zu den anderen Autoren⁴ gefunden werden.

5. Datenaufbereitung

Die in Form von E-Books vorliegenden Werke konnten durch das geläufige EPUB-Format für *SketchEngine* aufbereitet und nutzbar gemacht werden. *SketchEngine* ist eine browsergestützte Analyseanwendung, welche die Verwaltung von Korpora, (Keyword-)Analyse und Concordance-Ausgabe in einer Webanwendung vereint (vgl. Kilgarrieff et al. 2014: 4ff.). Die Originaldateien wurden um Informationen wie Buchcover, Inhaltsverzeichnisse und Impresen reduziert und anschließend in das für *SketchEngine* nutzbare Format XML übertragen. Nach Abschluss der Formatierung umfasst das Korpus eine Gesamtzahl von 522.267 Token. Es handelt sich damit um ein kleines Korpus, dessen Befunde korpuslinguistisch nicht repräsentativ sind. Das final aufbereitete und für die Analyse verwendete Korpus steht über einen Hyperlink im Anhang zur Nachvollziehbarkeit der Belegstellen zur Verfügung (siehe Anhang).

4 Im Folgenden wird für die untersuchten Diskursakteure das generische Maskulinum verwendet, da die Personen sämtlich männlich lesbare Namen besitzen und bei der Recherche keine Hinweise auf eine von dieser Lesart abweichende Geschlechtsidentität gefunden wurden.

Für die diskurslinguistische Analyse wurde sich des Programms *MAXQDA* 2022 bedient. Dieses Analyse-Tool bietet die Möglichkeit, Dokumente mittels eines Code-Systems zu annotieren (vgl. VERBI Software 2021). Dies ist bei der Analyse kontextspezifischer Topoi hilfreich, da sowohl Topoi als auch verschiedene Toposindikatoren als Codes definiert und so für die Interpretation nutzbar gemacht werden können. Toposindikatoren, welche während der Codierung in *MAXQDA* 2022 markiert werden, lassen sich via *SketchEngine* textübergreifend korpuslinguistisch untersuchen, was für das Auffinden aussagekräftiger Textstellen eine Erleichterung darstellt.

Die Topoi wurden zum Teil deduktiv ermittelt, zum Teil induktiv. Deduktive Topoi wurden bereits in anderen Toposanalysen identifiziert, für die vorliegende Analyse schablonenhaft übernommen und zum Teil angepasst. Induktiv identifizierte Topoi wurden durch die Interpretation von markanten Textstellen erarbeitet und durch den Vergleich mit den anderen Texten schrittweise formuliert und angepasst. Ausgehend von der Annahme, die von Hanegraaff definierten Felder von Esoterik fänden sich auch als Topoi in den Texten, wurde der Fokus auf entsprechende Indikatoren wie Schlag- und Schlüsselwörter, Phraseme und Metaphern gelegt. Dabei wurden die Kategorien stetig angepasst, bereits deduktiv vorgefundene Topoi wurden weiter ausdifferenziert, zum Teil wurden auch Topoi wieder verworfen oder letztlich nicht als aussagekräftig genug für die Analyse befunden.

Nachfolgend werden die aussagekräftigsten ermittelten Topoi schlaglichtartig vorgestellt. Die Topoi sind dabei jeweils kursiv vorangestellt. Die jeweiligen Belege aus dem Korpus werden wie folgt zitiert: Autor Jahr, Zeile im Korpus. Auf eine abschließende Quantifizierung wird aufgrund der schwierigen Operationalisierung und der unzureichenden Validität allerdings verzichtet. Es ist darauf hinzuweisen, dass für den vorliegenden Beitrag nicht alle ermittelten Topoi vorgestellt werden, sondern lediglich die von größter Relevanz.

6. Vorstellung ausgewählter ermittelter Topoi

6.1 Gefahrentopos

Weil eine bestimmte Handlung/eine politische Entscheidung oder deren Unterlassung bestimmte gefährliche Folgen hat, sollte sie nicht ausgeführt werden/ist sie abzulehnen.

Der Gefahrentopos wurde bereits von Wengeler (2003: 306f.) formuliert und von Spieß (2011: 473-479) erweitert. Er stellt den ersten deduktiv ermittelten Topos dar. Spieß (2011: 479) zufolge wird mit diesem Topos »auf mögliche Konsequenzen verwiesen, deren Eintreten nicht gewünscht wird bzw. unbedingt vermieden werden sollen«. Für den Esoterik-Diskurs sind diese zu vermeidenden Konsequenzen besonders die Zerstörung der Umwelt, der Gesellschaft sowie der Verlust der spirituellen Bindung der Menschen an das als göttlich wahrgenommene Universum. Schlagwörter, welche auf die Existenz des Gefahrentopos im Korpus hinweisen sind: »Krise«; »Naturkatastrophe«; »Gefahr«; »Instabilität«; »Widerstand«.

Die Argumente und Thesen, welche durch den Gefahrentopos legitimiert werden sollen, sind innerhalb der untersuchten Texte vielschichtig. Hervorzuheben für diesen Beitrag ist die von Rüdiger Dahlke – selbst studierter Mediziner – formulierte, von der sog. Schulmedizin ausgehende Gefahr für die Gesellschaft:

»Von Allergien sind zunehmend mehr Menschen betroffen: Die Abwehrkraft wird schlechter, wobei ihr die Schulmedizin durch Impfungen und Antibiotika unter die Arme zu greifen glaubt, damit aber eher das Gegenteil erreicht. Doch wie gesagt erhöht sich die Wahrscheinlichkeit, später an einer Allergie zu erkranken, um über fünfzig Prozent, wenn einem Kind in den ersten zwei Lebensjahren eine einzige Antibiotikakur verpasst wird. Das Ignorieren dieser Erkenntnis führt zu einer immer schlechter werdenden Abwehrlage schon im Kindesalter bei andererseits zunehmender Aufrüstung des Immunsystems gegen körperlich völlig harmlose Symbole im Rahmen von Allergien. Würden wir die Auswirkungen schulmedizinischer Vielfachimpfungen genauer untersuchen, kämen wir garantiert zu ähnlich deprimierenden Ergebnissen. Letztlich haben wir ein Abwehrdesaster angerichtet. Die Infektionskrank-

heiten sind keineswegs besiegt, es kommen immer mehr von der Schulmedizin unbeherrschbare Allergien hinzu, und auch die Zahl der Autoaggressionserkrankungen steigt, etwa die autoimmune Schilddrüsenentzündung, die der japanische Arzt Hakaru Hashimoto im Jahr 1912 als Erster beschrieb. Betrachten wir bei Aids und den Leukämien die Abwehrsituation im Schlussstadium, mag das Elend noch deutlicher werden« (Dahlke 2009: Z. 693f.).

Auf der sprachlichen Ebene ist der Gefahrentopos in dieser Textstelle an der Nutzung militärischer Metaphern orientiert. Die ›Aufrüstung‹ des Körpers durch Impfungen und Antibiotika, wonach die Gefahren von ›Allergien‹ durch eine geschwächtes *Immunsystem* steigen würden, seien ein ›Abwehrdesaster‹ mit ›unbeherrschbaren‹ Folgen und von der ›Schulmedizin‹ selbst zu verantworten. Eine weitere Betrachtung zeigt das für den Diskurs typische analogische Denken deutlich:

»Auch auf der makrokosmischen Ebene sind wir enorm hochgerüstet, wie ein Blick auf die Waffenarsenale der Nationen zeigt. Andererseits machen wir unsere Erde aber immer schutzloser, ruinieren ihre Abgrenzung zum Weltraum in Gestalt der Ozonschicht, bringen mit dem Klima ihre Selbstregulation durcheinander, laugen ihre Böden aus – und so weiter, und so fort. Bei der Erde haben wir das ebenfalls lange geflissentlich übersehen. Jetzt allerdings beginnen sich auf verschiedenen Ebenen jene Horrorszenarien abzuzeichnen, vor denen Bücher wie *Woran krankt die Welt?* schon lange gewarnt haben. Das Geldsystem kracht, und die Wirtschaft bricht in die Knie, die Ökogleichgewichte wanken. Noch aber macht zum Beispiel das unsägliche Kartell aus Pharmaindustrie und Schulmedizin weiter, als sei nichts geschehen. Hier bahnt sich wie schon angedeutet eine weitere große Krise an, bei der es nicht mehr nur um viel Geld, sondern auch um viele Menschenleben geht« (Dahlke 2009: Z. 695f.).

Hier findet ein Wechsel der Argumentationsebene statt, indem Dahlke mittels der Rüstungsmetapher eine Analogie auf der Ebene des Mikrokosmos und des Makrokosmos herstellt. Die hierbei ausgemachte Gefahr der Umweltzerstörung tritt Dahlke zufolge durch das ›Hochrüsten‹ des Militärs in den Hintergrund. Die Aufzählung der Auswirkung dieser wahrgenommenen Krisen erfolgt ebenfalls metaphorisch: »das Geldsystem kracht, und die Wirtschaft bricht in die Knie, die Ökogleich-

gewichte wanken«. Intensitätspartikeln wie ›enorm‹ und ›völlig‹ reichern die Argumentation emotional an. Dahlke schließt mit einem Rückbezug auf die ›Schulmedizin‹ und hebt diese damit nochmals als sinnbildlich für eine umfassend wahrgenommene allgemeine Gefahrensituation hervor.

6.2 Topos der Zeitenwende

Weil eine Ära zu Ende geht und die Gesellschaft an der Grenze zu einer neuen Zeit steht, kann ein aktuelles Verhalten nicht aufrechterhalten werden. Es sollten daher Handlungen/Maßnahmen durchgeführt/ergriffen werden, die einen solchen Umbruch berücksichtigen.

Der Topos der Zeitenwende wurde bereits deduktiv ermittelt, definiert wurde er von David Römer in seiner Analyse über Wirtschaftskrisen (vgl. 2017: 243). Dieser Topos betont einen Handlungsdruck aufgrund einer sich drastisch ändernden Zeit. Für den Esoterik-Diskurs kann kontextspezifisch festgestellt werden, dass die Autoren bei einer Zeitenwende vor allem von einem anstehenden/bereits eingesetzten Bewusstseinswandel ausgehen bzw. einen solchen begrüßen. Damit deckt sich der Topos der Zeitenwende als argumentativ stützendes Schlussmuster mit dem von Hanegraaff definierten wesentlichen Merkmal der Esoterik-Kultur an ein neues Zeitalter. Hierbei wird von einer endenden Ära einer stark auf Materialismus fokussierten Gesellschaft ausgegangen. Sprachliche Indikatoren für den Topos der Zeitenwende sind u.a. die Schlagwörter: ›Zeitalter‹; ›Ära‹; ›Transformation‹; ›Wende‹. Die für die Autoren hervorgehobene Relevanz dieses Topos zeigt sich besonders an der Position der wichtigsten Belegstellen. Diese befinden sich insbesondere in den Einleitungen der jeweiligen Bücher, nachfolgend erkennbar am Beispiel Warnkes, Lazars und Hubers:

»Das materielle Zeitalter neigt sich merklich seinem Ende zu. Die neuesten Erkenntnisse über Geist und Bewusstsein erheben den Menschen über eine rein körperliche Existenz und zeigen, dass er höchster Ausdruck einer vollkommen geistig bestimmten Natur ist« (Warnke 2013: Z. 4091).

»In unserer aufgeklärten, hoch technologischen und fortschrittlichen Gesellschaft herrscht ganz selbstverständlich das materialistisch geprägte Weltbild

vor, das besagt, dass alles, was existiert, ob lebendig oder nicht, durch materielle Strukturen und Prozesse zu erklären sei. Die darauf basierenden Naturwissenschaften sind die Grundpfeiler unseres Wohlstands und des Fortschritts. Ohne die wissenschaftlichen Erfolge in der Medizin, Industrie und Informationstechnik würden wir unsere Vorstellung von einer funktionierenden, geordneten und lebenswerten Welt nicht länger aufrechterhalten können. Doch dieses Weltbild beginnt nach vielen Jahrzehnten der naturwissenschaftlich materiellen Dominanz zu wanken. Es scheint sich ein gesellschaftliches Umdenken anzubahnen« (Lazar 2022: Z. 2994).

»Heute befindet sich der Mensch wieder an so einer Weggabelung. Links steht das Schild Homo sapiens sapiens: der Mensch, der Bescheid weiß und reif ist, Höheres zu erreichen. Rechts steht das Schild Homo sapiens bestialis, der Mensch, der ein Raubtier bleiben will. Der eine Weg führt zu einem umfassenden Bewusstsein, möglicherweise zu neuen Fähigkeiten wie einem hochsensiblen Einfühlungsvermögen, das an Telepathie grenzt, kurzum zu einer Zukunft in intelligenter Harmonie. Der andere Weg führt zu einem neuen Menschen, der zwar alle Voraussetzungen mit sich bringt, gescheitert zu werden, trotzdem aber in eine Steinzeitnatur zurückfällt. Er stellt das Faustrecht über das Recht der Allgemeinheit. Er schwingt die Keule, nicht den Geist. Wohin der Mensch seinen Weg fortsetzt, ist die große Frage. Ob es in die Brutalität oder in die Humanität hineingeht, das weiß man nicht. Wie auch immer, die Weggabelung ist erreicht. Man könnte sagen, wir stehen am Scheideweg des Schicksals« (Huber 2016: Z. 5283-5286).

Erkennbar ist die Vorstellung der Autoren, das alte Zeitalter sei ›materialistisch‹ geprägt, wobei ›geistige‹ und ›spirituelle‹ Prozesse der Menschen nicht berücksichtigt würden. Handlungsdruck lösten demnach ›neueste Erkenntnisse‹ der Wissenschaft aus, es sei ein Befassen mit ›Geist‹, ›Bewusstsein‹ und spirituellen Fähigkeiten des Menschen erforderlich, da das ›materialistische Weltbild‹ keine Antworten auf derartige Fragen habe und verschiedene Probleme hervorrufe.

Erkennbar ist auch hier der Einsatz verschiedener Metaphern. In diesen stehen einer starren materiellen Struktur ein dynamischer Wandel entgegen: Die Naturwissenschaften als ›Grundpfeiler unseres Wohlstandes‹ beginnen unter dem sich ›anbahnenden Wandel‹ zu ›wanken‹, das materialistische Zeitalter ›neigt sich seinem Ende zu‹.

Gleichzeitig wird der Mensch ›über‹ seine körperliche Existenz ›erhoben‹. Bei Huber ist diese sich anbahnende Wende durch die Metaphorik des Scheidewegs, der ›Weggabelung‹, erkennbar. Hierbei drohe auf einer Seite das Szenario des Weges zurück in die ›Steinzeit‹, in der ›Brutalität‹ verhaftet. Auf der anderen Seite stehe eine Zukunft des Menschen mit ›hochsensiblen Einfühlungsvermögen‹ und ›umfassendem Bewusstsein‹.

Trotz des geteilten Glaubens an eine Zeitenwende gibt es Unterschiede hinsichtlich der Wahrnehmung des angenommenen Umbruchs. Während Warnke diesen bereits als Faktum anerkennt und seine Thesen im Aktiv Präsens darlegt, ist bei Lazar und Huber der Ausgang ungewiss. Hier ›scheint‹ sich der Prozess erst anzubahnen, wobei ein tatsächlicher Wandel durch die Handlungen der Zeitgenoss:innen erwirkt werden müsse.

6.3 Elitentopos

Weil eine als Elite definierte Gruppe von Individuen verschiedene Handlungen/Entwicklungen steuert, gibt es ein Problem. Um das Problem zu beheben, ist es nötig, diese Elite von der Ausführung dieser Handlungen abzuhalten, dafür zu sorgen, ihre Handlungen zu ändern oder sich selbst den entsprechenden Handlungen zu entziehen.

Römer formulierte den Elitentopos als eine kontextspezifische Variante des Ursachentopos, welcher diskursiv genutzt wird, um die Ursache eines Problems erklären zu können (vgl. 2021: 294). Schlagwörter, die im Korpus auf die Existenz des Elitentopos schließen lassen, sind u. a.: ›Elite‹; ›Mächtige‹; ›Hierarchie‹, sowie das Verb ›manipulieren‹.

Die Autoren stellen mithilfe des Elitentopos die von ihnen ausgemachten (gesellschaftlichen) Probleme durch von einer als Elite identifizieren Gruppe verursacht dar. Der Topos findet sich dabei in zwei Verwendungsweisen, wobei für diesen Beitrag besonders jene Variante interessant ist, die Dieter Broers bespielt. Broers zeichnet in seinem Elitenverständnis das Bild einer Elite, die durch Kenntnis sogenannter Programme innerhalb der ›Matrix‹ die Gesellschaft steuern könne. Dies gelinge ihr, da sie deren

Funktion durchdrungen habe, bzw. die ›Programme‹ selbst erschaffen hätte:

»Und ich bin überzeugt: Die Erkenntnis, dass wir in einer Matrix leben, war nie so aktuell wie heute. Die Matrix umgibt uns wie ein unsichtbares Gewebe. Sie erteilt uns Aufträge und verlangt uns Gehorsam ab. Jene, die die Matrix erschaffen, haben ungeheure Macht. Sie manipulieren uns, damit wir uns in ein ökonomisches Funktionssystem einfügen, damit wir arbeiten, konsumieren und uns unterhalten lassen, ohne Fragen zu stellen« (Broers 2012: Z. 1078).

In Broers Darstellung von Elite wird diese als geheimnisvolle, nicht näher definierte Gruppe dargestellt. Das Demonstrativpronomen ›jene‹ verschleiert dabei sowohl die Identität als auch die Zahl der die Elite umfassenden Individuen. Die Gruppe wird als einflussreich identifiziert, sie habe die ›Matrix‹ erschaffen und ›ungeheure Macht‹. Broers öffnet mit Pronomen wie ›uns/wir‹ und ›sie‹ sowohl eine In- als auch eine Outgroup und grenzt sich von der Elite deutlich ab. Er zählt sich zu derjenigen Gruppe, die als ›manipuliert‹ gelte. Gleichzeitig überhebt er sich aufgrund seiner diskursiven Autorität und der Tatsache, sich der Existenz der Elite und deren ›Manipulation‹ bewusst zu sein, zu einem primus inter pares. Die starke affektive und emotionale Aufladung des Elitentopos in dieser Ausführung zeigt sich an folgendem Abschnitt:

»Je mehr Menschen Angst haben, desto umfassender wird das Angstgefühl vieler. Daher ist es nicht verwunderlich, dass unsere Medien überwiegend Informationen der Furcht, der Angst und des Leids vermitteln. Emotionen der Freude, der Harmonie oder der Liebe würden den Mächtigen nicht nützen, ganz im Gegenteil: Positive Gegenentwürfe würden uns die Augen öffnen für den unerlösten Zustand, in dem wir uns befinden. Wer aber manipuliert uns? Im «Matrix»-Film waren es die Herren der künstlichen Intelligenz, die nach der Unterwerfung des Menschen unter die Maschine regierten. Doch auch wir können die Urheber unserer künstlichen Programme leicht ausmachen. Sie sitzen an den Schaltstellen der Ökonomie, der Politik und der großen Medienkonzerne. Doch letztlich sind sie nur irdische Vertreter einer Kraft, die ich generell als negative Energie bezeichnen würde, oder, um auf das vorher-

gehende Kapitel Bezug zu nehmen, als luziferische Energie« (Broers 2012: Z. 1265).

Broers suggeriert, die Eliten, die ›Mächtigen‹ nutzten ›negative Emotionen (Angst)‹, um die Menschen zu ›manipulieren‹. Im Gegensatz dazu seien es ›positive Emotionen (Freude; Harmonie; Liebe)‹, mit denen die Macht der Eliten gebrochen werden könne. Die von Broers als »an den Schaltstellen der Ökonomie, der Politik und der großen Medienkonzerne« sitzend wahrgenommene Elite wird überdies hinaus als »irdische Vertreter[in] einer Kraft, die ich generell als negative Energie bezeichnen würde [...] als luziferische Energie« betitelt. Das stark pejorativ aufgeladene Adjektiv ›luziferisch‹ wird hier als stigmatisierende und dämonisierende Eigenschaft der Eliten gedeutet.

In Broers Auslegung des Elitentopos wird die nicht näher umrissene Gruppe der Eliten als geheimnisvoll beschrieben und stark negativ dargestellt. Es wird von einer universell tätigen, sehr mächtigen und manipulativen Elite ausgegangen, die innerhalb des gesamten Universums eine bestimmte, negative Rolle spielt. Diese Macht zu brechen, gelinge Broers zufolge durch ›positive Gegenentwürfe‹ und ›Emotionen‹.

6.4 Holismustopos

Weil der Mensch Teil eines göttlichen Universums ist, das sowohl in seinen größten als auch in seinen kleinsten Teilen einander entspricht, sollte eine Handlung nicht ohne Berücksichtigung aller zugehörigen Bestandteile durchgeführt werden. Wenn ein Problem vorliegt, sollten Handlungen (nicht) durchgeführt werden, die (k)eine ganzheitliche Lösung bieten.

Der induktiv ermittelte Holismustopos stützt sich auf die esoterische Vorstellung des Menschen als ein Teil eines göttlichen Kosmos, in dem alles mit allem zusammenhängt. Unter der Annahme, die größten und kleinsten Teile dieses Ganzen stünden in Wechselwirkung miteinander, ermöglicht es der Holismustopos den Diskursakteur:innen, solche Handlungsoptionen zu legitimieren, die unter einer streng naturwissenschaftlichen Perspektive nicht haltbar wären. Dieser Topos kann als einer der zentralen kontextspezifischen Topoi innerhalb des esoteri-

schen Diskurses aufgefasst werden, da ihm eine besondere Form eines umfassenden Verständnisses des Aufbaus des Universums inhärent ist. Ausgehend davon, dass die Menschheit in der modernen, fragmentierten Gesellschaft den Blick auf die Zusammenhänge des Universums verloren hätten, steht der Holismustopos in enger Verbindung zum Topos der Zeitenwende. Die Zeitenwende solle letztlich in eine bewusste und holistisch denkende Gesellschaft führen, in der die göttliche Gesamtheit des Universums anerkannt und berücksichtigt wird.

Dem Topos zuzuordnende Schlagwörter sind u.a.: ›Universum‹; ›universell‹; ›Kosmos‹; ›das Ganze‹; ›ganzheitlich‹; ›Ebene‹. Als auf den Topos verweisendes Phrasem findet sich ›im Großen und Ganzen‹. Weitere aussagekräftige Indikatoren auf der schriftsprachlichen Ebene sind Präpositionen wie ›hinter‹ und das Verb ›schauen‹, zusammen auftretend in metaphorischen Aussagen wie ›hinter die Natur schauen‹; ›hinter die Dinge schauen‹; ›hinter die Kulissen schauen‹ (vgl. Warnke 2013: Z. 3891). Es wird suggeriert, dass ›hinter‹ dem für alle Menschen Wahrnehmbaren weitere Dinge existieren, die sich nur durch eine Betrachtung aus bestimmten (holistischen) Blickwinkeln erkennen ließen und deren Berücksichtigung wesentlich für die Menschheit seien. Einen aussagekräftigen Textbeleg aus dem Korpus liefert Johannes Huber:

»Wenn der Mensch hinter die Natur schauen will, richtet er den Blick nach oben, hinaus ins All, hinein in den Kosmos. Eigentlich ist das einseitig. Die Natur ist nicht nur da draußen. Sie spiegelt sich in jedem von uns. Durch die Epigenetik ist sie in unserem Körper kodiert. Durch die Place Cells ist sie im Gehirn abgebildet. Wenn wir also hinter die Natur schauen wollen, schauen wir gleichzeitig in uns hinein. Wir sind ein Teil der Natur, in der wir leben. Und wir sind Teil des Kosmos, der uns umgibt. Vieles ist mit Vielem vernetzt, diese «Globalisierung» existiert auch in den biologischen Systemen. In ihnen ruht das Lebendige ebenso wie die Elemente des Periodensystems in einem dynamischen Zusammenhang. Die Natur und der menschliche Körper kommunizieren miteinander. Da könnte es durchaus sein, dass wir bei unserem Blick hinter die Erde entdecken, was sonst noch alles einen somatischen Einfluss auf uns ausübt. Man weiß, dass die Atmosphäre ein enormes Gedächtnis hat und auf uns zurückwirkt. Die Schwerkräfte, die Sonnenenergie, das Planetensystem lassen uns nicht kalt. Das sind alles

Hinweise darauf, dass wir ein Teil des Ganzen sind, vom Großen und Ganzen – dass der Körper mehr ist als nur die Summe seiner Organe und eine Zelle mehr als die Summe seiner Organellen. Sie sind eingebunden in eine höhere Ordnung« (Huber 2016: Z. 5964-5968).

Huber nutzt seine medizinische Expertise als argumentative Stütze, indem er viele medizinische Fachbegriffe wie ›Epigenetik‹; ›Place Cells‹; ›somatisch‹; ›Organellen‹ verwendet. Marker für den Holismustopos stellt auch hier eine Metapher dar. Die Metaphorik der ›Globalisierung‹, mit der er die enge Verbundenheit verschiedener ›biologischer Systeme‹ in einem ›dynamischen Zusammenhang‹ darstellt. Der Mensch sei Teil dieses Systems, stehe als ein ›Teil des Ganzen‹ mit ihm in Wechselwirkung, so die These Hubers. Als Argumente werden die Wirkung der Atmosphäre und des Sonnensystems angeführt.

6.5 Topos der Grenzen wissenschaftlichen Arbeitens

Weil es Phänomene gibt, die sich wissenschaftlich nicht vollständig erklären lassen, zeigen diese die Grenzen wissenschaftlichen Arbeitens auf. Um solche Phänomene erklären zu können, sollten Handlungen durchgeführt/ Perspektiven in Betracht gezogen werden, die bisherigen wissenschaftlichen Standards entgegenstehen und/oder durch die die bisherigen Standards des wissenschaftlichen Arbeitens geändert werden.

Dieser induktiv ermittelte Topos findet sich insbesondere im Zusammenhang mit Argumentationen, in denen die Naturwissenschaft als einseitig forschend dargestellt wird. Die Autoren bemängeln zumeist, die Naturwissenschaft fokussiere sich zu sehr auf Materialistisches, beleuchte dagegen Bereiche, wie den Menschen, seine Psyche oder aber außergewöhnliche Phänomene nur unzureichend. Insbesondere wird der Topos genutzt, um etablierte wissenschaftliche Arbeitsweisen zu kritisieren, vor allem, wenn diese im Widerspruch zu einem holistischen, d. h. ganzheitlichen Arbeiten stehen.

Der Topos der Grenzen wissenschaftlichen Arbeitens lässt sich anhand folgender Schlagwörter identifizieren: ›Beweis‹; ›Wissenschaft‹; ›Denken‹; ›Wahrheit‹. Andere lexikalische Markierungen, die im Zusammenhang

mit diesem Topos stehen, sind: ›kartesianisch‹; ›materialistisch‹; ›wahre Wissenschaft‹; ›ideologisch‹; ›dogmatisch‹. Bei den genannten Adjektiven ist eine stark (ab)wertende Semantik erkennbar. Dies widerspricht auf den ersten Blick der von den Autoren gepflegten Rhetorik, sich im Sinne der *Akademia* zu verhalten, in deren Umfeld sie sich rhetorisch und ihrem Selbstbild gemäß verorten. Bei genauerer Betrachtung lässt sich hier allerdings erkennen, dass durch die sprachliche Abwertung der etablierten Strategien wissenschaftlichen Arbeitens die Theorien der Autoren in den Vordergrund gerückt und beworben werden. Ziel ist letztlich, die eigene Arbeit des jeweiligen Autors als Alternative zur allgemein anerkannten Wissenschaft zu präsentieren. Somit wird der Topos genutzt, um eine gezielte Abgrenzung zur *Akademia* zu etablieren, wie das folgende Beispiel zeigen soll:

»Die Wissenschaft kann die sichere Erkenntnis der Erscheinungen in Zeit-Raum-Koordinaten für sich beanspruchen. Die arrogante Erkenntnis der gesamten Wirklichkeit steht ihr nicht zu. Nie darf die Wissenschaft die Möglichkeit gänzlich ausschließen, dass auch die Wahrheit der Religion Gültigkeit besitzt. Eine Welt, die außerhalb unserer Time und Place Cells liegt. Sie existiert« (Huber 2016: Z. 6204ff.).

Huber zufolge könne die ›Wissenschaft‹ die ›Erkenntnis der Erscheinungen in Zeit-Raum-Koordinaten‹ für sich beanspruchen. Dies bedeutet letztlich, dass alles, was außerhalb dieses Bereichs liegt, auch außerhalb des Deutungsbereichs der Wissenschaft liegt. Hubers klare Abgrenzung diesbezüglich ist deutlich: die ›arrogante Erkenntnis der gesamten Wirklichkeit‹ stehe der ›Wissenschaft‹ nicht zu, im nächsten Satz markiert er deutlich die Grenzen der ›Wissenschaft‹: das Modalverb ›dürfen‹ weist darauf hin, dass für Huber eine Beschäftigung der ›Wissenschaft‹ mit Bereichen der ›Religion‹ eine Anmaßung darstelle. Da die Welt, die ›außerhalb unserer Time und Place Cells liegt‹, auch außerhalb des Anspruchsbereichs des Arbeitsbereichs der Wissenschaft liegt und somit deren Methoden in diesem Bereich keine Geltung hätten, sollten nach Huber für diesen Bereich auch andere Arbeitsweisen gelten. Hierbei ist auch Hubers diskursive Rolle interessant, denn als Arzt und Theologe kann er diskursiv die Autorität beanspruchen, ein solches Urteil einer Grenzziehung fällen zu können. Eine zweite Textstelle von Ulrich Warnke

zeigt ebenfalls die argumentative Stütze durch den Topos der Grenzen wissenschaftlichen Arbeitens auf:

»Um die grundlegenden Prozesse zu verstehen, müssen wir wissen, in welcher Beziehung Geist, Seele und Wirklichkeit stehen. Geht es um diese ungeheuer wichtigen Zusammenhänge, lässt uns die herkömmliche Wissenschaft kläglich im Stich. Jeder muss sich dieses Wissen selbst aneignen. Viele scheitern dabei und bleiben zeitlebens Suchende, von materiellen Motivationen getrieben« (Warnke 2013, Z. 3955).

Für Warnke besteht die Grenze des wissenschaftlichen Arbeitens darin, dass damit die Beziehung zwischen ›Geist, Seele und Wirklichkeit‹ nicht erklärt werden könne. Da die ›herkömmliche Wissenschaft‹ nicht in der Lage sei, in diesem Bereich Antworten zu liefern, müsse sich ›jeder‹ dieses ›Wissen selbst aneignen‹. Mit dem Modalverb ›müssen‹ wird hierbei die Dringlichkeit zu dieser Aneignung bekräftigt. Erkennbar ist auch die starke emotionale Bekräftigung für diesen wahrgenommenen Missstand, Warnke nutzt Intensitätspartikel (›ungeheuer‹; ›derart‹) und stark wertende Adjektive (›wichtig‹; ›kläglich‹). Der Topos der Grenzen wissenschaftlichen Arbeitens ermöglicht es Warnke, die These aufzustellen, dass durch die Selbstaneignung dieses ›Wissens‹, ›viele scheitern‹ und dabei ›zeitlebens Suchende‹ blieben, von ›materiellen Motivationen getrieben‹. Da das Streben nach Materiellem im esoterischen Diskurs als ablehnenswert gilt, kann Warnke mit dieser Aussage die Dringlichkeit für die Abkehr vom herkömmlichen wissenschaftlichen Arbeiten unterstreichen. Für die Erforschung von immateriellen Phänomenen wie ›Geist‹ und ›Seele‹ plädiert Warnke demnach für alternative Ansätze, wobei davon auszugehen ist, dass er damit selbst als Alternative zur ›herkömmlichen Wissenschaft‹ wahrgenommen werden möchte.

7. Resümee

Ziel des Beitrages war es, Esoterik als ein vielversprechendes Forschungsfeld für die Linguistik vorzustellen. Ausgehend von der Annahme, Esoterik sei als Form des nicht-legitimen Wissens auf besondere Formen der Legitimierung seitens ihrer Vertreter:innen angewiesen, wurden schlaglicht-

artig einige Grundmuster in Form von Topoi vorgestellt, die innerhalb des esoterischen Diskurses geteilt werden. Hierbei handelt es sich um implizite Schlussmuster, die auf der schriftsprachlichen Ebene in der Regel nicht zu erkennen sind und erst durch Interpretation die Legitimation der angeführten Thesen und Argumente verdeutlichen. Aus solchen ausformulierten Topoi lässt sich schließen, welche Grundüberzeugungen innerhalb eines Diskurses geteilt bzw. abgelehnt werden. Die für diesen Beitrag ausgewählten und vorgestellten Topoi können aus linguistischer Perspektive Hinweise darauf geben, warum sich viele Anhänger:innen esoterischer Theorien und Praktiken ebenfalls zu Verschwörungstheorien und antiaufklärerischem Gedankengut hingezogen fühlen. Eine weitere Untersuchung esoterischer Sprache könnte Hinweise auf die während der Pandemie beobachtbaren Anknüpfungspunkte zu extrem rechten, verschwörungsideologischen Positionen geben. Im Umkehrschluss könnten sprachliche Strategien extrem rechter, verschwörungsideologischer Akteur:innen, die auf das gezielte Übernehmen esoterischer Themengebiete abzielen, transparent dargelegt werden. Hierzu wäre in einem nächsten Schritt am Beispiel der Freien Sachsen die diskurslinguistische Analyse von Texten aus den *Aufgewacht*-Magazinen denkbar. Es bietet sich an, die bereits ermittelten Topoi deduktiv über Texte der Freien Sachsen zu legen. Als mögliches Ausgangsmaterial wurde hierfür bereits die dritte Ausgabe des *Aufgewacht*-Magazins identifiziert. Der darin enthaltene Artikel »Zurück zu den Wurzeln«, verfasst vom Herausgeber Jochen Stappenbeck, behandelt verschiedene Wege, um mit einer angenommenen drohenden Lebensmittelknappheit umzugehen. Stappenbeck bewirbt hier verschiedene Strategien, welche auch in der esoterischen Szene bekannt sind. Bei einer beispielhaften Analyse wurden die oben vorgestellten Topoi deduktiv auf den Text Stappenbecks gelegt. Dabei fiel auf, dass Stappenbeck in Bezug auf Nahrung immer wieder unterscheidet zwischen ›grobstofflicher‹ und ›feinstofflicher‹ Nahrung:

»[...] die grobstoffliche Nahrung wird in immer feinere Bestandteile aufgespalten, so dass am Ende pure Energie und Information übrigbleiben. Die Quantenphysiker machen keinen Unterschied zwischen Energie und Information. Essen heißt also: Informationssysteme interagieren mit anderen Informationssystemen. Die Entfaltung des für die reine Lichtnahrung

notwendigen Yogi-Bewusstseins wird nicht zuletzt durch den hybriden Krieg sabotiert, der vor allem ein Psychokrieg ist, die Bekriegten also in Dauerablenkung und Dauerstress versetzen soll« (Stappenbeck 2022: 8.).

»Lebensmittel wollen nicht nur nach Makronährstoffen (Kohlenhydrate, Proteine, Eiweiße), sondern auch nach Mikronährstoffen ausgewählt werden« (Stappenbeck 2022: 9).

Der Dualismus von Grob- und Feinstofflichkeit liefert ein erstes Indiz für das Vorliegen des Holismustopos in den genannten Textbeispielen. Die Annahme, in einem als göttlich wahrgenommenen Kosmos würden die größten und kleinsten Dinge zusammenhängen, wird hier auf die Nahrungsaufnahme übertragen. Die Aufspaltung der ›grobstofflichen Nahrung‹ in ›immer kleinere Bestandteile‹ führe dazu, dass »am Ende pure Energie und Information übrigbleiben.« Diese These ist als solche für die Diskursteilnehmenden nur schlüssig, wenn sie von der Annahme ausgehen, dass im Dualismus von größerem und kleinerem eine tiefere Bedeutung liegt. Stappenbecks Schlussfolgerung, »Informationssysteme interagieren mit anderen Informationssystemen« lässt sich dem Holismustopos folgend in dem Sinne interpretieren, dass der Mensch als ›Informationssystem‹ mit den ›Informationssystemen‹, die ihn umgeben, ›interagiert‹, also als Teil eines großen Ganzen betrachtet wird. Zusätzlich stützende Legitimation der These soll über die Anführung von ›Quantenphysikern‹, einer Gruppe institutionell und gesellschaftlich angesehener Wissenschaftler:innen, erreicht werden. Die Quantenphysik ist auch in der Esoterik-Szene eine beliebte Stütze, um die eigenen Thesen und Argumente zu legitimieren (vgl. Klotz 2017: 45).

Stappenbecks Thesen und Argumente lassen nach dieser kurzen Analyse vermuten, dass im extrem rechten Umfeld esoterische Denkmuster geteilt und aufgegriffen werden und eine weitere Untersuchung in diesem Bereich vielversprechend wäre.

Literatur

Amlinger, Carolin / Nachtwey, Oliver (2022): Gekränkte Freiheit. Aspekte des libertären Autoritarismus, Suhrkamp: Berlin.

- Barth, Claudia (2014): *Esoterik – die Suche nach dem Selbst. Sozialpsychologische Studien zu einer Form moderner Religiosität*, Bielefeld: transcript.
- Bochinger, Christoph (1994): »New Age« und moderne Religion. *Religionswissenschaftliche Analysen*, Gütersloh: Chr. Kaiser / Gütersloher Verlagshaus.
- Broers, Dieter (2012): *Das Geheimnis des Matrix Code*. 1. eBook-Ausgabe, Berlin / München: Trinity in Scorpio.
- Busse, Dietrich / Teubert, Wolfgang (2013[1994]): Ist Diskurs ein sprachwissenschaftliches Objekt? Zur Methodenfrage der historischen Semantik. In: Busse, Dietrich / Teubert, Wolfgang (Hg.): *Linguistische Diskursanalyse. Neue Perspektiven (Interdisziplinäre Diskursforschung)*, Wiesbaden: Springer VS, S. 13–30.
- Dahlke, Rüdiger (2009): *Die Schicksalsgesetze: Spielregeln fürs Leben. Resonanz, Polarität, Bewusstsein*. 2. Aufl., München: Goldmann Arkana.
- Digitales Wörterbuch der deutschen Sprache (2023): Weistum. Online verfügbar: <https://www.dwds.de/wb/Weistum> [Zugriff: 03.04.2023].
- Foucault, Michel (2020): *Archäologie des Wissens (Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft 356)*. 19. Aufl., Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Gebhardt, Winfried / Engelbrecht, Martin / Bochinger, Christoph (2005): Die Selbstermächtigung des religiösen Subjekts. Der spirituelle Wanderer als Idealtypus spätmoderner Religiosität. In: *Zeitschrift für Religionswissenschaften* 13 (2), S. 133-152.
- Hanegraaff, Wouter (1998): *New Age religion and Western culture. Esotericism in the mirror of secular thought (SUNY series, Western esoteric traditions)*, Albany, NY: State University of New York Press.
- Hirschmann, Hagen (2019): *Korpuslinguistik. Eine Einführung*, Stuttgart: J. B. Metzler.
- Huber, Johannes (2016): *Es existiert. Die Wissenschaft entdeckt das Unsichtbare*, Wien: edition a.
- Kilgarriff, Adam / Baisa, Vít / Bušta, Jan / Jakubíček, Miloš / Kovář, Vojtěch / Michelfeit, Jan / Rychlý, Pavel / Suchomel, Vít (2014): The Sketch Engine. Ten years on. In: *Lexicography* 1 (1), S. 7–36.
- Klotz, Lisa Jane (2017): *Quantenphysik und Esoterik. Über die innere Notwendigkeit renitenten Randgeschehens für die Autopoiesis von Funktionssystemen*, Bielefeld: transcript.
- Knoblauch, Hubert (2010): Vom New Age zur populären Spiritualität. In: Lüddeckens, Dorothea / Walthert, Rafael (Hg.): *Fluide Religion*, Bielefeld: transcript, S. 149–174.

- Lazar, Oliver (2022): *Jenseits von Materie. Bewegende Erfahrungen eines Wissenschaftlers mit der Geistigen Welt und seine Jenseitsforschung*. 5. Aufl., Altendorf: Giger.
- Rademacher, Stefan (2010a): »Makler«. Akteure der Esoterik-Kultur als Einflussfaktoren auf Neue religiöse Gemeinschaften. In: Lüddeckens, Dorothea / Walthert, Rafael (Hg.): *Fluide Religion. Neue religiöse Bewegungen im Wandel. Theoretische und empirische Systematisierungen (Sozialtheorie)*, Bielefeld: transcript, S. 119–148.
- Rademacher, Stefan (2010b): *Das Wissenschaftsbild in der Esoterik-Kultur*, Bern: Universität Bern.
- Römer, David (2017): *Wirtschaftskrisen. Eine linguistische Diskursgeschichte*, Berlin / Boston, MA: De Gruyter.
- Römer, David (2018): Argumentationstopoi in der Text- und Diskursanalyse – alte Pfade, neue Wege. In: *tekst i dyskurs – text und diskurs* 11, S. 117–135.
- Römer, David (2021): Verschwörungstheorien als argumentative Narrative. In: *Zeitschrift für Literaturwissenschaft und Linguistik* 51 (2), S. 281–298.
- Schnabel, Jens (2007): *Das Menschenbild der Esoterik, Neukirchen-Vluyn: Neukirchener*.
- Spieß, Constanze (2011): *Diskurshandlungen. Theorie und Methode linguistischer Diskursanalyse am Beispiel der Bioethikdebatte*, Berlin / Boston, MA: De Gruyter.
- Spieß, Constanze (2013): Sprachliche Dynamiken im Bioethikdiskurs. Zum Zusammenspiel von Theorie, Methode und Empirie bei der Analyse öffentlich-politischer Diskurse. In: Busse, Dietrich / Teubert, Wolfgang (Hg.): *Linguistische Diskursanalyse. Neue Perspektiven (Interdisziplinäre Diskursforschung)*, Wiesbaden: Springer, S. 321–344.
- Spitzmüller, Jürgen / Warnke, Ingo Hans Oskar (2011): *Diskurslinguistik. Eine Einführung in Theorien und Methoden der transtextuellen Sprachanalyse*, Berlin / Boston, MA: De Gruyter.
- Stappenbeck, Jochen (2022): Zurück zu den Wurzeln. Minimalistische Massnahmen in Richtung Selbstversorgung. In: *Aufgewacht. Das Politikmagazin für Sachsen* 1 (3), S. 8–9.
- Toulmin, Stephen / Berk, Ulrich (1996): *Der Gebrauch von Argumenten (Neue wissenschaftliche Bibliothek)*. 2. Aufl., Weinheim: Beltz.
- VERBI Software (2021): *MAXQDA 2022*. Berlin: VERBI Software.
- Warnke, Ulrich (2013): *Quantenphilosophie und Interwelt. Der Zugang zur verborgenen Essenz des menschlichen Wesens*. 1. eBook-Ausgabe, München: Scorpio.

Wengeler, Martin (2003): Topos und Diskurs. Begründung einer argumentationsanalytischen Methode und ihre Anwendung auf den Migrationsdiskurs (1960-1985), Berlin / Boston, MA: Max Niemeyer.

Korpus

Das finale Korpus kann als XML-Datei unter folgendem Hyperlink abgerufen werden: <https://cloudstore.zih.tu-dresden.de/index.php/s/txBzcQbQKLd6ZoE> (letztes Änderungsdatum 03.04.2023).

Architekturen contra Erinnerung

Der architektonische Konflikt in Ostdeutschland nach 1990 im Zeichen von identitärem Historismus

1. Einleitung: Zur Interdependenz von Architektur und Gesellschaft

Um die gesellschaftlichen Verhältnisse nachzuvollziehen, welche konstitutiv für die aktuellen Erscheinungsformen reaktionärer, bisweilen extrem rechter Politik sind, ist es unabdingbar, diese als historische Bewegung darzustellen. Daher wird im Folgenden der Transformationsprozess in den neuen Bundesländern, allen voran Sachsen, anhand der Auseinandersetzungen um die adäquate Architektur dargestellt. In diesem Zusammenhang wird zumeist entlang der Dichotomie von Rekonstruktion und Ostmoderne um die passende Architektur für die ostdeutsche Nachwendegesellschaft gerungen. Nicht nur in (Ost-) Deutschland wurde das Phänomen in verschiedenen Disziplinen wie der Soziologie, der Architekturtheorie und in politischen Schriften diskutiert (vgl. Delitz 2010b, Fischer 2011). Den meisten Diskutierenden ist gemein, dass sie den zugrundeliegenden Konflikt nur unzureichend erkennen. So bewegen sich Kommentare des Geschehens regelmäßig zwischen einer kritisch-affirmativen Dichotomie. Von Seiten des einen Pols aus affirmiert man das scheinbar bürgerliche und zeitlos schöne Wesen der rekonstruierten Bauten und verurteilt die sogenannte Ostmoderne – nicht selten als trist, traditionslos oder schlicht hässlich. Das Gegenstück bildet regelmäßig der ebenso einseitige vergangenheitspolitische Abgesang des rekonstruktiven Bauens, welcher mit der Apotheose der modernen Nachkriegsbauten des Ostens einhergeht. Meist vermitteln solche Positi-

onierungen den Eindruck, sich auf die ›richtige‹ Seite zu schlagen. Es ist allerdings für die soziologische Analyse wichtig, beide Architekturen in ihrer Interdependenz und ihrer gesellschaftlichen Wirkmächtigkeit ›als Architektur‹ zu betrachten. Erst dadurch lassen sich die kulturpolitischen Konflikte weitergehend deuten und Rückschlüsse auf deren gesellschaftliche Konstitution sowie die ›historisch-konkrete‹ Architektur ›der Gesellschaft‹ selbst ziehen, die – jedenfalls augenscheinlich – so umstritten ist wie nie.

Die Soziologie der Architektur ist prädestiniert, nicht nur ihren artifizialen Gegenstand zu analysieren, sondern durch diesen hindurch Schlüsse auf die Gesellschaft selbst zu ziehen (vgl. Delitz 2010b: 6), denn sie ist nicht nur Symbol oder Ausdruck gesellschaftlicher Verhältnisse, sondern selbst gesellschaftskonstituierend (vgl. Delitz 2010a, Fischer 2011, Makropoulos 2003). Wenngleich diese Erkenntnis zuerst innerhalb der Profession selbst verbreitet war, ist der Charakter der Architektur anders zu deuten, als dass er allein durch diese Gesellschaft bewusst gestaltet werden könnte, wie auch in diesem Beitrag thematisierte Erscheinungen es zeigen. Der architektonische Konflikt in der Zeit nach 1990 in den neuen Bundesländern und Sachsen im Besonderen stellt auf dieser Grundlage zugleich eine Diskussion um das Selbstbild jener Gesellschaft dar. Verhandelt wird nicht nur das ›Aussehen‹ der Städte, sondern die Frage danach, welche Geschichte architektonisch verwirklicht sein darf. Somit weist die Architektur zugleich immer schon in die Zukunft. Sie gibt Hinweise auf das retrospektive und zukünftige Selbstbild der Gesellschaft. So bildet der Zusammenhang von ›sozialistischer‹ Moderne und Rekonstruktion die architektonische Grundlage für eine spezifische Kollektividentität, welche durch die Gebaute Umwelt manifestiert werden soll. Denn die Geschichte einer Gesellschaft muss zugleich als identitätskonstituierende Selbstbeschreibung verstanden werden (vgl. Stapelfeldt 2012: 329ff.). Indem diese Thesen im Folgenden argumentativ ausgeführt werden, kommen die Geschichtsauffassungen, welche dem architektonischen Konflikt immanent sind, zur Geltung. Schließlich soll dargestellt werden, inwiefern diese – nicht als extrem rechts geltenden – Auffassungen ebenso für das Selbstbild reaktionärer Bewegungen grundlegend sind und wegen ihrer Realität nicht mehr von diesen politisiert werden müssen.

Ziel des Aufsatzes ist es, das sich mit der Architektur realisierende Identitäts- und Geschichtskonstrukt darzustellen. Dadurch werden Analogien und Verbindungslinien zwischen bürgerlicher und extrem rechter Öffentlichkeit nachvollziehbar, womit es möglich wird, die gesellschaftlich anerkannten Voraussetzungen ebenso wie die architektonisch materialisierten Grundlagen des Historismus der Freien Sachsen resümierend sichtbar zu machen. Dafür ist es zunächst notwendig, Architektur und Erinnerung als soziale Sachverhalte darzustellen, um daran anschließend die Genesis des Konfliktes zwischen Rekonstruktion und Ostmoderne darzustellen. Es wird sichtbar, dass das Identitätskonstrukt der Freien Sachsen an Auseinandersetzungen anknüpfen kann, welche gemeinhin in der ›Mitte‹ der Gesellschaft verankert sind. Die Partei soll in diesem Zusammenhang deshalb nicht in ihrer Besonderheit, sondern als gesellschaftliches Symptom, also eine Erscheinung historischer Dynamik, dargestellt werden.

2. Theoretische Prämissen: Eine historische Soziologie der Architektur

Die aktuelle Debatte um die Gestalt der Gesellschaft wird häufig unter ästhetischen Gesichtspunkten geführt. Es wird die Frage gestellt, welche Architektur die schönere sei und damit auf eine scheinbar zeitlose, ästhetische Kategorie verwiesen. Dass Architektur allerdings mehr ist als Kunst, ist eine grundlegende Annahme, sowohl innerhalb der Profession selbst als auch in der Soziologie. Eine Soziologie, welche die ›gebaute Gesellschaft‹ zum Gegenstand hat, müsse über die ästhetische Bestimmung der Architektur hinausgehen, um das Gebaute in all seiner gesellschaftlichen Tragweite erkennen zu können (vgl. Delitz 2010a: 24). Denn das gesellschafts- und sozialkonstitutive Moment der Architektur ist durch ihre dauerhafte Präsenz als artifizielle Wirklichkeit wesentlich wirkmächtiger. In Anschluss an Delitz (ebd.) ist Architektur die Kategorie, unter welcher das Gebaute allgemein verstanden wird und nicht nur jene Architektur, welche als Baukunst zugleich einen ästhetisch-künstlerischen Anspruch artikuliert. Delitz schreibt (ebd.: 15): »Die Architektur in ihrer Materialität, ihren Möglichkeitsräumen für Bewegung, Interaktion,

Wahrnehmung, den Effekten eines körperräumlichen Mediums« muss die »Ebene der Aktion, Interaktionen, Subjektformierungen, die faktisch nie isoliert von den Dingen stattfinden«, in den Blick nehmen.

Allerdings bedeutet das nicht, dass ästhetische Fragen in Hinblick auf die Architektur außer Acht gelassen werden können. Im Gegenteil sind diese bezüglich des Zusammenhangs von moderner und postmoderner Architektur und des Widerspruchs zwischen Ostmoderne und Rekonstruktionsbau weiterhin von Bedeutung. Denn die architektonische Moderne, welche sich vom traditionalistischen Verständnis der Architektur als Baukunst abgrenzte, tat dies nicht ohne ästhetische Fragen zu diskutieren, welche den Zusammenhang von Form und Funktion des Gebauten betrafen (vgl. Hilpert 1988: 33ff.). Die Rekonstruktionsbewegung hingegen verweist, wie es die Dresdner *Gesellschaft Historischer Neumarkt* in ihrem Selbstverständnis implizit mittels Verweisen auf Kunstgeschichte und städtische Harmonie macht, darauf, dass die Architektur wieder zurückfinden müsse zu ihrem Selbstverständnis als Baukunst (vgl. GHND 2016).

Gemeinsam ist beiden ›Streitparteien‹, dass sie sich auf die Vergangenheit beziehen. Die einen präferieren den Erhalt der im Staatssozialismus etablierten Bauweise, wohingegen andere sich an einer historischen Form europäischer Städte orientieren. Diese Form aber sei heute oftmals nicht mehr vorhanden und in Fällen wie dem Dresdner Neumarkt zudem nicht mehr zeitgemäß (vgl. Häger 2011: 82). Um eine theoretische Grundlage für die Weise zu finden, auf welche Geschichte architektonisch verhandelt wird, werden auch psychoanalytisch fundierte Erkenntnisse über die deutsche Nachkriegsgesellschaft herangezogen. Diese wurden in erster Linie mit Bezug auf die BRD-Geschichte gewonnen. Allerdings kann durch Zuhilfenahme von Studien bezüglich der ostdeutschen Aufarbeitung nachgewiesen werden, inwiefern diese Arbeit auch zur Interpretation des ostdeutschen Bezugs auf die eigene NS-Vergangenheit hilfreich ist. Weiterhin zeigt sich, dass sich aus der Geschichte immer eine Form von Identität konstituiert oder konstituiert werden soll, was auch bezüglich der Architektur bedeutend ist. Diese besondere Interferenz von Geschichte und Architektur ermöglicht demnach einen tiefgreifenden Blick auf die in sich brüchigen, widerspruchsvollen und nicht zuletzt krisenhaften Identitätskonstrukte in den neuen Bundesländern.

2.1 Die Architektur der Gesellschaft: Medium, Ästhetik, Erinnerung

Die Architektur nicht als eine von der Gesellschaft getrennte Entität zu verstehen, ist ein grundlegendes Anliegen einer Soziologie der Architektur (vgl. Delitz 2010a: 13), welches aus der Einsicht erwuchs, dass das Gebaute selbst mit den Konstitutionsbedingungen der Gesellschaft in eins fällt (vgl. Delitz 2009: 18f.). Die Ergänzung einer psychoanalytisch fundierten, kritischen Ästhetik durch die Frage: »welches gebaute Gesicht wählt sich eine Gesellschaft?« (vgl. Delitz 2010a: 15) ist Grundlage der folgenden gesellschaftskritischen Deutung des architektonischen Transformationsprozesses in Ostdeutschland nach 1990, welche der Prämisse folgt, dass Gesellschaft und Architektur untrennbar miteinander verflochten sind. Die theoretische Synthese garantiert Einsichten in die Gesellschaft selbst, welche schließlich zur Aufklärung über die ideologischen Grundlagen von Freien Sachsen, implizit auch der AfD, welche seit längerer Zeit bereits ostdeutsche Identitätspolitik betreibt, beitragen.

In der Moderne, als architektonische Utopien wie die ›funktionale Stadt‹ an Tragweite gewannen, verstetigte sich das Selbstverständnis der Architektur, nach welchem sie nicht nur die nachrangige Form der Gesellschaft, sondern »vor allem als konstituierendes Medium sozialer Wirklichkeit« (Makropoulos 2003: 577) gilt. Diese genuin moderne Erfahrung, welche in notwendigem Zusammenhang mit einem neu entstandenen Bewusstsein über die Kontingenz des Sozialen stand (vgl. Makropoulos 1997: 147ff.), bildet seitdem die Grundlage für die architektonische Gestaltung der Wirklichkeit. In diesen modernen Gesellschaften ist die Architektur »nicht nur ein konstitutives, sondern zugleich ein *transitives* Medium. In ihrer je neuen Architektur sehen sich diese Gesellschaften mit neuen Augen: so, wie sie sich noch nie zuvor sehen konnten« (Delitz 2010a: 18, Herv.i. Orig.). Da sie als »schweres Kommunikationsmedium« gilt, sind die Menschen in ihrer notwendigen »Positionalität« auf die Architektur angewiesen, weshalb in dem Gebauten die Gesellschaft samt ihrer Normen und Selbstverständnisse repräsentiert wird und die Art und Weise des Lebens mitstrukturiert wird, beispielhaft ist die Trennung von Öffentlichkeit und Privatheit (Fischer 2011: 77). Die Architektur zeichnet sich dadurch aus, dass sie einerseits diverse Funktionen übernimmt,

gleichzeitig aber auch dazu prädestiniert ist, diese erst zu schaffen und damit in den gesellschaftlich-historischen Prozess hineinzuwirken. Das Verhältnis von Gesellschaft und Architektur ist interdependent. Delitz (2010a: 196, Herv.i. Orig.) versteht »die *Konstitution* von ›Welt‹, ›Selbst- und Gesellschaft« grundsätzlich als untrennbar »von der Wahrnehmung und damit von je spezifischen Materialitäten oder ›Medien««, wodurch die Soziologie der Architektur »eine Reflexion über die Konstitution der Wirklichkeit in den verschiedenen kulturellen Sphären« ist. Das Gebaute materialisiert zudem Herrschafts- wie Besitzverhältnisse (vgl. Schäfers 2003: 365). Daraus folgt nicht, dass einer neuen Herrschaftsform immer eine neue Architektur vorausgeht oder dass bestimmte gesellschaftliche Verhältnisse in der Architektur wiedergespiegelt wären. Gesellschaftliche Verhältnisse können nicht notwendig eindeutig und von jedem Mitglied der Gesellschaft im Gebauten abgelesen werden, da jenes Interdependenzverhältnis nur marginal reflexiv ist.

Die Architektur der Gesellschaft hat historische Tragweite. Eine Gesellschaft gibt sich zwar eine gebaute Welt, findet diese aber zugleich immer schon vor, verändert und erhält diese. So betont Fischer (2011: 77), dass generationale Differenzen funktional in der Architektur manifestiert werden und durch das Gebaute den vergangenen und kommenden Generationen gezeigt würde, wie man zu leben habe. Die gebaute Umwelt aber ist nicht vollends historisch träge. So kann eine »Vermischung von Zeitschichten« derart, dass sich »die historischen und zeitgenössischen Architekturen in der Anschauung stets vermischen« besonders in der spätmodernen Gesellschaft beobachtet werden (Delitz 2010a: 17). Durch die moderne Transformation von Kunst und Architektur, die durch Avantgarden in beiden Sphären getragen wurde, bildete sich die Grundlage eines in der Gesellschaft verhafteten ästhetischen Gestaltungsanspruchs, welcher erst in deren Synthese einen sozialen Optimierungsraum konstituieren konnte (vgl. Makropoulos 2003: 583). Nur durch die Betrachtung der Prämissen moderner Architektur ist es möglich, das »Potential der Architektur, das Soziale zu gestalten« und somit »die Emergenz der je konkreten Gesellschaft im Medium ihrer Architektur« (Delitz 2010a: 25) theoretisch nachvollziehen zu können. Daher finden architektonische Konflikte immer auch unter im weiteren Sinne ästhetischen, nämlich die ›sinnliche Wahrnehmung‹ (vgl. Reckwitz 2015: 21f.)

betreffenden Vorzeichen statt. Ästhetik bietet die Grundlage für die abstrakte Einordnung, als schöne, also positiv affizierende oder hässliche, also negativ affizierende, Artefakte. Das ›Hässliche‹ ist dem ›Schönen‹ als notwendige Negation vorausgesetzt, wobei beide historisch konkret bestimmt werden müssen (vgl. Adorno 2003a: 74f.). Die Bedeutung von Hässlichkeit wird fragwürdig, sobald jene von Schönheit nicht mehr existent zu sein scheint. Denn das Schöne, welches ein Wahrheitsmoment in sich schloss, verhiß philosophisch die Identität von Selbst und Wirklichkeit und damit Selbst- und Welterkenntnis (vgl. Klasen 2015: 143). Nach dem Nationalsozialismus und der Schoah scheint dies obsolet, während das Schöne verdeckte Affirmation der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse in der als harmonisch erlebten Ästhetisierung von Alltagsleben, Popkultur und Warenwelt wiederfindet (vgl. Klasen 2015: 143ff.). Die als schön geltende Harmonie gerade ist es, welche so die Erkenntnis verhindert. Da das, was als hässlich oder schön gilt, nie rein subjektiv ist, sondern auf einen historisch konkreten Gesellschaftszusammenhang verweist, sind dies theoretisch bedeutende Kategorien, die Aufschluss über die durch Architektur mobilisierten Affekte geben können.

In der architektonischen Moderne war die Ästhetik häufig als traditionalistisch diffamiert und wurde mit dem Historismus und der alten Baukunst in eins gesetzt, welche dem unbedingten Fortschrittsglauben widersprach (vgl. Adorno 2003b: 393ff.). Es ist aber falsch, von der Moderne als identischem Phänomen auszugehen, da Variationen auf verschiedenen Ebenen deren Realität waren. Allerdings bieten die Kongresse der CIAM¹ und insbesondere die *Charta von Athen* die Möglichkeit, grundlegende Vorstellungen der modernen Architektur nachzuvollziehen. Die Architekten der CIAM schufen keine expliziten Konturen eines eigenen ästhetischen Programms, während die eigene Konstitution vor allem auf eine Kritik des Historismus und dessen ästhetisch hervorgebrachte Legitimation staatlicher Herrschaft verwies, wodurch die Ästhetik der Moderne als Negation keine eigenen positiv-abgeschlossenen Regeln bereitstellte, sondern viel mehr suchend offen gestaltet war (vgl. Hilpert 1988: 16ff.). Der Erklärung von *La Sarraz*, einem der Gründungsdokumente moderner

1 CIAM meint: *Congrès Internationaux d'Architecture Moderne*.

Architektur, ging zudem eine Diskussion über Ästhetik voraus, in welcher historisierende Formen damaliger Architektur und deren Ästhetizismus kritisiert wurden, zugleich aber auch hervorgehoben wurde, dass Funktion und Ästhetik immer zusammenhingen (vgl. Le Corbusier 1988: 95ff.).

Diese Einsicht und die Widersprüche, welche aus dem Primat des Funktionalen hervorgehen, folgen aus dem Widerspruch von Zweck und Form, welcher grundlegend für eine Ästhetik der Architektur ist. Denn sie befindet sich notwendig in einem Spannungsfeld der Formen sublimierter Zwecke und ist daher nicht das Gegenteil einer unmöglichen reinen Zweckmäßigkeit (vgl. Adorno 2003b: 378). Dem konstitutiven Zusammenhang von Zweck und Ästhetik kann Architektur nicht entkommen. Auf dieser Grundlage argumentiert auch die Funktionalismuskritik von Klaus Horn, nach welcher Architekten der Moderne und ihre Vordenker, besonders Adolf Loos, oft einen Dualismus von Zweck und Form dachten, welcher allein den Zweck über die Form bestimmen lassen sollte, was unmöglich ist (vgl. Horn 1975: 107f.). Das Denken der Dichotomie rationaler Funktionsorientierung und vermeintlich unnötiger Ästhetik führt, wie es der Funktionalismus zeigt, zu Widersprüchen, welche durch ästhetische Theorie aufgeklärt werden können.

2.2 Erinnern und Vergessen schreiben Geschichte

Die Erinnerung an den Nationalsozialismus wurde bezüglich der DDR lediglich retrospektiv erforscht. Im Folgenden wird daher, insofern es notwendig und sinnvoll erscheint, die Erinnerung innerhalb DDR und BRD als Zusammenhang dargestellt, welcher wegen der teils fehlenden empirischen Grundlage nicht vollständig sein kann. Noch kurz vor der Vereinigung der deutschen Staaten wurde in Bezug auf die Bundesrepublik fehlende Erinnerungs- und Aufarbeitungsarbeit diagnostiziert (vgl. Mitscherlich 1987). Auch im vereinigten Deutschland stellen die im Schulunterricht vermittelten Bilder des Nationalsozialismus häufig keine ernsthafte Auseinandersetzung, sondern lediglich die Reproduktion tradiert Tabus dar, während die Schüler:innen bereits unabhängig vom Schulunterricht ein personalisiertes Bild des Nationalsozialismus inter-

nalisiert haben (vgl. Warnken 2018: 253). Dies ist die kongruente Folge dessen, dass die Aufarbeitung in den an den deutschen Verbrechen beteiligten Alterskohorten kaum stattfand. Ein Problem für die Arbeit an bewusster Erinnerung lag in der Nachkriegserziehung. Sie hat im demokratisierten Deutschland selten so stattgefunden, dass Trauer möglich gewesen wäre, stattdessen standen »Erfolg und Durchhalten, Schmerz- und Gefühlsunterdrückung, Anpassung und gehorsam, Schuldabweisung und Sündenbocksuche« (Mitscherlich 1965: 15) im Vordergrund. Es wäre mehr als eine politische und damit unpersönliche Form der Vergangenheitsthematisierung nötig gewesen. Eine Aufklärung über die »eigene« Vergangenheit, wie sie Mitscherlich (ebd.: 99) unter Verweis auf gesamtgesellschaftlich und subjektiv emotional verwirklichten Antisemitismus forderte, politisch durchzusetzen, war allerdings kaum möglich. So wurde in den Gruppeninterviews des Frankfurter *Instituts für Sozialforschung* im Jahr 1955 festgestellt, dass besonders die These von der deutschen Kollektivschuld vehement und emotional abgelehnt wurde, um dadurch die Möglichkeit eigener Schuld direkt zu negieren (vgl. Adorno 2019: 188f.). Ist diese Grundlage auf psychosozialer Ebene gelegt, ist es umso schwieriger, noch eine nachhaltige und ehrliche gesellschaftliche Aufarbeitung zu realisieren. Wohl auch aus der Ahnung über diese Gegebenheit gab man sich damit zufrieden, den aus der Verdrängung folgenden Wiederholungszwang durch gesellschaftliche Tabus zu verhindern.

Die historische Forschung ist sich heute darin einig, dass der staatlich verordnete Antifaschismus in der DDR mit der strikten Abgrenzung vom Nationalsozialismus – welcher fälschlicherweise (vgl. Postone 2005: 170f.) nicht vom Faschismus unterschieden wurde – und einem konstruierten historischen Bruch einherging, was in erster Linie distinktiven Charakter bezüglich der BRD hatte (vgl. Rabenschlag 2014: 51f.). Der politisch propagierte Neuanfang gleicht in vielerlei Hinsicht dem damaligen westdeutschen Alltagsdenken², welches unter anderem durch die Projektion der Schuld auf Andere (entweder »wahre« Nazis oder die USA) und die Abwehr eigener Verantwortlichkeit gekennzeichnet war. Der verlautbarte und aus Infantilität konstituierte Wunsch, die diktatorische

2 Die Vergangenheitspolitik der BRD soll an dieser Stelle nicht thematisiert werden, da sie für den hier diskutierten Gegenstandsbereich weniger relevant ist.

Unselbstständigkeit beizubehalten, mitsamt der Anklage an die USA, dass man für die aufgesetzte Demokratie nicht bereit war (vgl. Adorno 2019: 202), konnte im Osten Deutschlands ganz ähnlich und ›nicht nur‹ fernab der öffentlichen Meinung ausgelebt werden. Es ist insofern richtig, dass es sich in der DDR um eine, dennoch erzwungene, »Konsensdiktatur« (Rehberg 2004) handelte. So konnten tradierte, mitunter auf das Kaiserreich zurückzuführende Muster deutscher Politik beibehalten und die eigene Schuld guten Gewissens auf das andere, zwischenzeitlich liberalisierte, Deutschland übertragen werden (vgl. Greiffenhagen/Greiffenhagen 1994: 9). Wie eine abstrakte Beschreibung der ostdeutschen Außen- und Innenpolitik klingt eine Beobachtung, welche Alexander und Margarete Mitscherlich (1990: 63) in Erinnerung an den Nationalsozialismus in den 1960er Jahren niederschrieben:

»Zu den Künsten der Pädagogik in repressiv erziehenden Kulturen gehört es, die Aggressivität, sobald sie wirklich der Autorität gefährlich werden kann, auf Objekte, die außerhalb des eigenen Kulturbereiches, der eigenen Identifikationsverflechtungen liegen, zu richten.«

Zugleich existierte in der DDR weiterhin ein ausgeprägter Deutsch-Nationalismus, der nicht republikanisch, sondern kulturell und durch das Abstammungsprinzip legitimiert wurde und dem propagierten Internationalismus widersprach (vgl. Mau 2019: 93). Für den Nationalismus ist ein affirmativer Bezug auf die eigene Geschichte konstitutiv. Dass dennoch der Westen als der »wirklich faschistische« Staat galt, lässt sich ebenfalls durch ein aus der BRD bekanntes Muster der Vergangenheitsbewältigung erklären. Dort wurde die vormalige Überidentifikation mit Hitler in der Abwehr durch Schuldzuweisung ersetzt und dieser häufig zum alleinigen Schuldigen erklärt (vgl. Mitscherlich 1987: 121). Die libidinöse Besetzung galt in ähnlicher Weise für die zur Volksgemeinschaft geronnene Masse, in welcher das Subjekt der völkischen Nation sich auflöste. Durch die Teilung wiederum war die projektive Abwehr mitsamt der Schuldzuweisung an den anderen deutschen Staat zusätzlich zu jener auf den ehemaligen Führer möglich. Die Bezeichnung der BRD als faschistischer Staat offenbart dies.

Die eigene Geschichtsschreibung steht im Zentrum dessen, was heute als kollektive Identität verhandelt wird. Potentiell folgt diese dem

durch Krisen provozierten Willen zur Selbsterkenntnis, welche mit Hilfe der eigenen Geschichte aufgeklärt werden soll (vgl. Stapelfeldt 2012: 329). Krise meint in diesem Zusammenhang also auch immer eine Krise der gesellschaftlichen Selbstwahrnehmung. Eine derartige Identitätskonstruktion ist dem Entstehungskontext der DDR inhärent. So war die offizielle Erzählung bereits zu Beginn, dass man ›Sieger der Geschichte‹ gewesen sei, da der Nationalsozialismus allein durch den verhassten Kapitalismus entstanden sei, wobei Topoi wie der deutsche Antisemitismus und die Vernichtungslager in dieser ›antifaschistischen‹ Selbstvergewisserungspolitik kaum relevant waren (vgl. Ahbe 2022: 11ff.). Von DDR-Bürger:innen wurde gefordert, sich selbst als Opfer und Widerständige zu inszenieren (vgl. ebd.). Die offizielle Geschichtsschreibung des Staates war weit davon entfernt zu erkennen, dass »die Struktur der Gegenwart« selbst »auf die Geschichte« zurückweist und damit »gegenwärtige Vergangenheit« ist, wodurch es unmöglich zu erkennen ist, dass das »*Bewusstsein der Geschichte selbst geschichtlich*«, also selbst-reflexiv sein muss und die »Erinnerung zu einer bloßen Projektion der Gegenwart auf die Vergangenheit« (Stapelfeldt 2012: 329, Herv.i. Orig.) gerinnen musste. Die verdrängende Projektion wurde von Kindern und Enkeln der NS-Täter:innen in der DDR dankend als Identifikationsangebot angenommen (vgl. Ahbe 2022: 14). Die offizielle Erzählung im Einklang mit offenem deutschem Nationalismus war dafür prädestiniert, eine erinnernde Aufklärung der eigenen Geschichtlichkeit nicht zu ermöglichen.

Stattdessen wurde Geschichte in der DDR als Synthese des gesellschaftlichen Historismus und des technokratischen Rationalismus gestaltet. Der Historismus folgt »der Identität nicht einer kosmopolitischen Gesellschaft, sondern einer partikular-unvernünftigen Volks-Gemeinschaft, in der der Einzelne sinnverstehend im Allgemeinen aufgeht« (Stapelfeldt 2012: 388). Diese Form der Geschichtsschreibung zeichnet sich durch »nationale Einheit«, »eine *Gemeinschaft ent-individualisierter Menschen*: von Subjekten, die in der blinden Tradition aufgehen« sowie einer völkischen Erzählung als »historischer Ursprung« (Stapelfeldt 2012: 381, Herv.i. Orig.) aus. Der Rationalismus hingegen basiert auf einer technokratischen Fortschrittserzählung und differenziert die Genesis der Gesellschaft in einen alten, traditionalistischen und einen neuen Teil, wobei der

Fortschritt an der Natur- und Menschenbeherrschung, der instrumentellen Vernunft, ausgerichtet ist (vgl. Stapelfeldt 2012: 387). »Sie verdinglichen gesellschaftliche Prozesse zu strukturell immergleichen Naturprozessen, sind also ungeschichtliche Theorien der Geschichte« (Stapelfeldt 2012: 388). Der Historismus findet sich in dem Nationalbewusstsein und der Bewahrung deutscher Tradition in der DDR wieder, während der Rationalismus auf die technokratische Herrschaftsform mitsamt des antifaschistischen Gründungsmythos verweist. Auf dieser durch Verdrängung gekennzeichneten und inhärent ambivalenten Konstruktion der eigenen Geschichte begründete sich die nationale Identität der DDR. Die Architektur selbst als Medium, ästhetisches Mittel und Selbstvergewisserungsgegenstand der Gesellschaft mitsamt ihrer sozialkonstitutiven Macht war notwendig, um die Identität erst zu realisieren.

3. Architektur im Widerspruch: von ›Stalinbarock‹ bis ›postmoderner‹ Rekonstruktion

3.1. Wiederaufbau als gesellschaftliche Selbstbeschreibung?

Der Weg zur architektonischen Moderne gestaltete sich in der DDR als langwieriger Prozess. In den sozialistischen Staaten gab es zwei dominante Bauformen, welche die Kollektivität in den Vordergrund stellten – den internationalen Stil (seit den 1960er Jahren) und den Konstruktivismus (in der UdSSR der 1920er Jahre) – sowie eine ›stalinistische‹ Bauweise, welche zwischen 1920 und Stalins Tod im Jahr 1955 praktiziert wurde, deren zentrales Attribut viel mehr ›Monumentalität‹ gewesen ist (vgl. Delitz 2010a: 281f.). Die junge DDR stand im Zeichen stalinistischer Monumentalbauten und eines historischen Architekturverständnisses. Rekonstruktionen blieben häufig nicht zuletzt wegen fehlender finanzieller Mittel aus. Als markante Beispiele des traditionalistischen Bauens dieser Zeit dienen, wie bei Åman (1996: 132), regelmäßig der aufwendig »wiederaufgebaute Altmarkt« in Dresden und die Rostocker Lange Straße. Die damalige historisierende Architektur, die als architektonische Reali-

sierung eines historistischen Geschichtsverhältnisses für die Identitätskonstruktion des neuen Staates bedeutend war, wurde später kritisiert. So schrieb Durth (1996: 17f.), dass in den Anfangsjahren der DDR Städte wie Dresden noch entsprechend »ihrer historisch überkommenen Gestalt« baulich geplant wurden, was ein deutlicher Antagonismus gegenüber den westdeutschen Bauvorhaben war, welche den »Wiederaufbau als durchgreifende Modernisierung zerstörter Städte inszenierten«.

Der grundlegende Bezugspunkt im Streit um Ostmoderne und Rekonstruktionsarchitektur ist der Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg. Die aktuelle Bewegung der rekonstruktiven Architektur aber konstituierte sich – als architektonische Bewegung – erst mit dem Zusammenbruch des Ostblocks im Jahr 1989 und besteht bis heute fort (vgl. Fischer 2011: 78). Diese Interpretation beachtet allerdings »postmoderne« Rekonstruktionsprogramme der DDR wie jenes um das heutige Hilton Hotel in Dresden (vgl. Kantschew 2010) oder die bereits frühzeitig geplante Rekonstruktion der Dresdner Semperoper (vgl. Magirius 2003: 271) nicht. Die Rekonstruktionsbewegung, welche nach 1989 in den neuen Bundesländern einsetzte, steht unter den Vorzeichen einer nachholenden Demokratisierung, wohingegen die Rekonstruktionsarchitektur in der DDR unter den Vorzeichen des Stalinismus gebaut wurde.

Das im Jahr 1950 entwickelte Aufbaugesetz der DDR verlangte »Sechzehn Grundsätze des Städtebaus«, welche auf die baulich-nationale und regionale Tradition verwiesen und im Widerspruch zur Moderne einen kompakten, klassischen Städtebau propagierten (vgl. Durth 1996: 30f.) Zugleich zeichneten sich die sechzehn Grundsätze durch einen architektonischen Anspruch aus, der genuin modern war. Bereits der erste Grundsatz verlautbart neben dem historisierenden Bild einer politischen Stadt und der Beschreibung als »Ausdruck [...] des nationalen Bewußtseins des Volkes«, dass die »planmäßige[...] Veränderung durch den Städtebauer« (Bolz 1950 nach Düwel 1995: 85) prinzipiell möglich sei. Die Nennung des Architekten als »Städtebauer« mit Möglichkeiten der Gestaltung verweist auf ein architektonisches Bewusstsein über die Möglichkeit des planvollen Städtebaus, wie es in der Moderne entstand. Trotz der Aufnahme von Elementen der Moderne in das Programm distanzierte man sich von deren Formsprache und dem Rationalismus

und verwies stattdessen auf »nationale« und historisierende Formen, welche als *Stalinbarock* Geschichte wurden.

Der beanspruchte Rückgriff auf nationale Traditionen des Bauens ist im Ostblock zu Lebzeiten Stalins die Regel gewesen in jener Phase des realsozialistischen Bauens, welche Orientierung fand an dem populären, mitunter populistischen, und heute erneut virulenten ›Ideal europäischer Städte‹ (vgl. Durth 1996: 22ff.). Der Antagonismus zwischen dem traditionalistischen Bauen für das ›Volk‹ im Ostblock und dem international orientierten Bauen der westlichen Moderne gab den jeweiligen Nachkriegsgesellschaften eine artifiziell neue Wirklichkeit und wurde Teil des deutsch-deutschen Konfliktes. Denn noch kurz bevor die sozialistische Architektur Ostdeutschlands funktional-modern wurde und in den 1960er Jahren ihren visionären Höhepunkt erreichte, diffamierte man die internationalistische Architektur in der DDR als formalistisch, bürgerlich oder kosmopolitisch (vgl. Delitz 2010a: 282, Topfstedt 1996: 42). Beobachtungen, welche die damalige Architektur in der DDR als Verwirklichung des Gegensatzes gegenüber der Moderne einordnen, liegen nicht gänzlich falsch, da hierdurch die Distinktion zum kapitalistischen Ausland artifiziell verwirklicht werden sollte. Diese Architektur war die Selbstbeschreibung jener Gesellschaft als das bessere Deutschland, welches im Zeichen des Fortschritts der arbeitenden Klasse an nationale Traditionen anschloss. Die Widersprüche in der architektonischen Tätigkeit der DDR hielten an, als man sich im Bau zunehmend der Moderne zuwandte.

3.2 Der ambivalente Aufbruch in die Moderne

Neben den bereits genannten Besonderheiten der architektonischen Moderne ist diese durch weitere Kennzeichen bestimmt. So versteht Makropoulos (2008: 52) die Moderne als eine Gesellschaftsordnung, die nicht durch eine traditionalistisch oder theologisch abgesicherte Ordnung, sondern durch makroskopische Kontingenz gekennzeichnet ist. Sowohl die Realität, in der gehandelt wird, als auch das Handeln selbst werden kontingent. Dies ist die Voraussetzung für die Konstitution der technisch-artifiziellen Wirklichkeiten sowie genuin moderner Gestaltungsmöglichkeiten, wie sie seit dem 19. und in erster Linie im

20. Jahrhundert etabliert wurden (vgl.: ebd.). Unter Berücksichtigung der Einsichten von Makropoulos (1991: 676) erscheint die DDR als ein wesentlich ambivalentes Phänomen innerhalb der Moderne, welches zugleich kontinuierlich antimodern war:

»Eine Gesellschaft ist modern, wenn sie nicht primär durch Tradition bestimmt und nicht auf eine einzige Zukunft finalisiert ist, weil die Erwartungen, die in ihr gehegt werden, nicht an die bisherige Erfahrung gebunden sein müssen und dieser sogar entgegenstehen können. Das soziale Charakteristikum von Modernität ist die weitgehende Freisetzung der Individuen aus angestammten und umfassenden Gruppenbindungen – mit der Folge ihrer sozialen und räumlichen Mobilität.« (Makropoulos 1991: 676).

Es war ein genuin modernes ästhetisches Mittel, das Ornament als überflüssige Reliquie mit verschmähten romantischen und organischen Bezügen zu überwinden (vgl. Adorno 2003b: 376f.). Dieser Ornament-Verzicht gestattete eine kostengünstigere Bauweise. Mit der Nachfolge Stalins durch Chruschtschow sollte eine architektonische Wende einhergehen, welche mit der ersten *Allunionskonferenz der Bauschaffenden* 1954 und dem dort artikulierten Wandel in Richtung Industrialisierung und Funktionalisierung Realität wurde (vgl. Durth et al. 1998: 177). Der neue sowjetische Herrscher kritisierte, dass die Ornamentik Ressourcen verbräuche, die nicht vorhanden waren und eigentlich überflüssig sind, womit er die zu diesem Zeitpunkt noch einflussreichsten Architekten der UdSSR kritisierte (vgl. ebd.: 177). Der Kurswechsel folgte dem funktionalistischen Kredo moderner Architektur.

Die sozialistische Gesellschaft gab sich nunmehr eine an Massenbau, Schnelligkeit und Kostenminimierung orientierte architektonische Gestalt, welche am Anfang noch als, wenngleich paradoxe, Einheit moderner Bauweise und traditionalistischer Stilisierung realisiert wurde (vgl. Durth 1996: 34f.). Der Traditionalismus allerdings war mit der Standardisierung des neuen Bauens kaum vereinbar. Bereits in den 1950er Jahren gab es erste internationale Kooperationen zwischen ostdeutschen und westdeutschen Architekten, welche den Modernisierungsschub – auch stilistisch – in der DDR befeuerten (vgl. Topfstedt 1996: 42). Die nunmehr funktionalistische Architektur erfreute sich als Ort des Wohnens bald größerer Beliebtheit. Das Besondere dieser Architektur war, dass sie im

Gegensatz zu den Altbauten durch eine vergleichsweise luxuriöse Inneneinrichtung samt eigener Sanitäranlagen und neuer Küche aufwartete (vgl. Richter 2006: 54f.). Allein dadurch konnten viele DDR-Bürger:innen von den Bauten überzeugt werden. Neben der effizienten Bauweise war die modern funktionalistische Architektur insofern die gebaute Entsprechung der DDR, als dass sie deren sozialtechnischen Anspruch verwirklichen sollte. Ihr war anzusehen, dass sie angesichts der Erfahrungen beider Weltkriege und der ständig drohenden Katastrophe im Kalten Krieg nicht für die Ewigkeit gebaut wurde (vgl. Adorno 2003b: 384). Dies gilt insbesondere für die standardisierten Wohnanlagen, die durch das großangelegte Wohnungsbauprogramm nach Honeckers Machtantritt 1971 – unter Vertagung des Aufbaus der Innenstädte – realisiert wurden (vgl. Kübler et al. 2022: 130).

Moderne Prestigebauten wie das Ensemble der Prager Straße in Dresden waren offensichtlich, teilweise auch explizit, durch westliche Architekten wie Le Corbusier oder die Schule des Bauhauses beeinflusst. Selbst die Orientierung an der Innenstadt Rotterdams wurde nicht verschwiegen, wobei man aber all diese Bezugnahmen sozialistisch umdeutete (vgl. Delitz 2010a: 292f.). Auf diese Weise wurde der Bezug zur westlichen Moderne oberflächlich kaschiert, blieb aber bestehen. Prinzipiell, im Osten wie im Westen, bleibt die Einschätzung der Moderne als bildfreie und nur funktionale Architektur allerdings falsch. Stattdessen wurde besonders in den realsozialistischen Projekten der Moderne deutlich, dass dieser Wandel als »kommunikative Revolution, ein Umbruch im Kommunikationsmedium Architektur« (Fischer 2011: 77) zu deuten ist. Selbst wenn Kritiker in der BRD die Moderne der DDR mitunter als »ermüdend monumental« oder »brachial« bezeichneten (vgl. Delitz 2010a: 292), ist es ebenso ein Anliegen der am *International Style* orientierten Architektur gewesen, Offenheit zu kommunizieren und sich somit vom Historismus der Stalin-Ära abzuheben (vgl. Kübler et al. 2022: 130). Diese Offenheit allerdings wurde vor allem aus der DDR hinaus kommuniziert und stand für Ausnahmebauten wie die Prager Straße. Die typisierten Massenwohnungsbauten hingegen stellten der Tendenz nach insbesondere gesellschaftliche Selbstverständnisse wie Gleichheit, Masse und Sicherheit durch die ihnen eigene Expressivität dar (vgl. Fischer 2011: 76). Untermauert durch die »Kunst am Bau« wurde auch das

deutsche Arbeitsethos architektonisch in Szene gesetzt und sozialistisch aufgeladen, wenngleich diese auch andere, diverse Themen zum Inhalt hatte.

Die sogenannte Ostmoderne war zugleich Teil eines politischen Programms, welches weiterhin darauf zielte, das bessere Deutschland zu sein. Dieser inszenierte Antagonismus zur westlichen Moderne ist der Architektur nicht unvermittelt anzusehen, aber dennoch wichtig, um die Affektivität, welche sie auslöst, nachvollziehen zu können. Das für diese Architektur, in Korrespondenz mit der technokratischen Modernisierung und der Regulierung alltäglicher Lebensführung, ausschlaggebende Dispositiv der Rationalisierung, welches das gesamte moderne »Selbst- und Weltverhältnis« (Makropoulos 2008: 57) umfasste, wurde in der DDR ohne die liberal-demokratischen Errungenschaften und dadurch in einem ambivalenten Verhältnis zwischen Kontingenznutzung und -abwehr realisiert. Viele moderne Ideale, etwa die Trabantenstädte, konnten gebaut und so der sozialtechnische Anspruch von Architektur und Politik vereinigt werden. Die moderne Architektur in der DDR wurde erbaut für eine neue Gesellschaft und schuf diese mitsamt eines sozialistischen Fortschrittsimperativs und einer eigenen Geschichte als Arbeiterstaat. Die Kunstwerke an den Bauten verweisen noch heute auf das kollektive Gedächtnis und die gesellschaftliche Identität. So wurde zugleich der Weg in die Zukunft gewiesen und eine durch historische Verdrängung, Aufbruch und Wiederholung gekennzeichnete Geschichtserzählung artifiziell manifestiert.

In der ostdeutschen Gesellschaft waren aber auch vergangene Architekturen, wie die ehemals bürgerliche Konsummeile auf der Prager Straße in Dresden, in Form kollektiver Imaginationen Teil des kulturellen Gedächtnisses (vgl. Delitz 2010a: 291). Dies wird dadurch untermauert, dass Fritz Löfflers »Das Alte Dresden«, welches als Kritik der modernistischen Stadtplanung und wenig vorhandenen Denkmalpflege gelesen wurde, ein Bestseller in der DDR war (vgl. Häger 2011: 81), während die Gesellschaft ein modernes Gesicht erhielt, dem man die Vergangenheit bald kaum mehr ansehen konnte. Die Bestandsbauten, welche nach dem Krieg noch nutzbar waren, verfielen zwar häufig, blieben aber auch vom Abriss verschont, während der Rest der Republik als Großbaustelle fungieren sollte und viele neue, moderne Stadtkerne entstanden und

regelmäßig, wie in Potsdam, nicht vollends angenommen wurden (vgl. Topfstedt 1996: 45f.).

3.3 Rekonstruktion und Postmoderne in der DDR

Die Rekonstruktionsarchitektur gilt als Kind der architektonischen Postmoderne und auch in der DDR realisierte man einige gesellschaftlich wirksame Rekonstruktionsprojekte. Das Opernhaus am Chemnitzer Theaterplatz wurde bereits in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg ohne offizielle Baugenehmigung wieder hergestellt, während weitere Teile des Platzes erhalten blieben (vgl. Richter 2001: 16off.) Der Wiederaufbau der Semperoper ging ebenfalls nicht, wie mitunter suggeriert (vgl. Kübler et al. 2022: 130), mit neuerlicher Nostalgie nach der alten Stadt und dem Popularitätsverlust moderner Architektur einher. Die Dresdner Oper wurde nach Räumungs- und Sicherungsarbeiten in den 1950er Jahren und der wichtigen »zweiten Phase des Wiederaufbaus«, deren Beginn um 1965 datiert wird, bereits ab 1977 wiedererrichtet und am 13. Februar 1985 neueröffnet (vgl. Magirius 2003: 271–303). Sie ist ein Bindeglied zwischen der Rekonstruktion während der DDR-Ära und danach. Die neue rekonstruktivistische Architekturbewegung hatte bereits während des Realsozialismus ihre ersten Projekte. So wurden bereits in den 1980er Jahren das Berliner Nikolai-viertel und Teile des ehemaligen Dresdner Altstadt-kerns rekonstruiert (vgl. Kantschew 2010). Nach der Wiedervereinigung wurde an diese Rekonstruktion angeschlossen. Angesichts ihrer bis in die Anfangsjahre der DDR zurückreichenden Geschichte darf bezweifelt werden, dass es sich um eine genuin bürgerliche Architekturbewegung handelt, wie es Fischer (2011) euphemistisch beschreibt. Die wirkliche Grundlage ist eine wesentlich diffusere, welche auf der hier skizzierten Architekturgeschichte der ostdeutschen Bundesländer zwischen Moderne, Historismus und Rekonstruktion basiert und ästhetische Fragen auf eine genuin moderne, nämlich der Kontingenz des Zukünftigen bewussten, Weise wieder zum zentralen Anliegen der Architektur macht. Zugleich werden zentrale Einsichten der Moderne wie jene, dass aus der Befreiung von Repräsentation, antiken Vorbildern, organischen Formen und Symmetrie eine

architektonische Eigenlogik folgte, welche den eigenen Status als kinästhetisches Medium reflektierte (vgl. Delitz 2010a: 197), durch den historisierenden Bezug auf die europäische Stadt und angeblich organische Stadtkerne geflissentlich verworfen. Die Planbarkeit wird zugunsten der Möglichkeit negiert, die Stadt entsprechend ihrer vermeintlichen Vergangenheit zu bauen.

Die moderne Architektur veränderte nicht nur das (Selbst-)Bild ganzer Gesellschaften grundlegend. Sie machte die sozialtechnische, auf Naturbeherrschung beruhende, Optimierungsgesellschaft als solche ›wirklich‹ (vgl. Makropoulos 2008: 58f.). Allerdings waren weder in der liberalisierten Demokratie West- noch im Staatssozialismus Ostdeutschlands alle damit einverstanden, dass ›ihr Land‹ nun modernisiert wird. Mit der neuartigen Architektur entfaltete sich ein Widerspruch, aus welchem Gegner:innen und Befürworter:innen des modernen Bauens und der (kritischen) Rekonstruktion hervorgingen. Sie streiten darum, welche Form sich diese Gesellschaft heute, da sie wieder als Bevölkerung ›eines‹ deutschen Staates gilt, geben möchte. Der Bezug auf die eigene Vergangenheit ist zentral, weil der Konflikt auf einer identitären Krise basiert. Allerdings liegen im Fokus der Auseinandersetzungen regelmäßig ästhetische Fragen, welche – entlang der Dichotomie des Schönen und des Hässlichen – meist die moderne Architektur diffamieren und dadurch Anschlussfähigkeit für autoritäre Weltbilder schaffen, welchen das Hässliche als Teil der Fremd- und das Schöne als Teil der Eigengruppe gilt (vgl. Kübler et al. 2022: 125). Die Diffamierung der funktionalistischen Architektur als hässlich oder nicht lebenswert hat einen wahren Kern. Dieser liegt einerseits in der subjektiven Empfindung der durch moderne Architektur vergesellschafteten Subjekte. Andererseits sind der funktionalistischen Architektur Widersprüche inhärent, welche potentiell zu affektiver Distanzierung führen. Der subjektive Kern konnte bereits zu Beginn des Wohnungsbauprogramms der DDR beobachtet werden. In Hoyerswerda wurde die städtebauliche Komposition als Ganzes mit explizitem Bezug auf die ›funktionelle Struktur‹ kritisiert (vgl. Flierl 1964: 218).

In ihrer Praxis hat die funktionalistische Architektur ihr eigens gesetztes Ziel, das Ästhetische mit dem Funktionalen zu verbinden, verbreiteten Kritiken zufolge verfehlt, weil sie im gesellschaftlichen Herrschaftszusammenhang den Konnex von Zweck und Form nicht adäquat realisieren

konnte und gänzlich in der jedweder Subjektivität fernen Zweckmäßigkeit aufgehen musste (vgl. Horn 1975: 109). Dass es aber weder eine reine Zweckmäßigkeit, noch ein rein Ästhetisches gibt, zeigt Adorno (2003b: 378):

»Die Zweckmäßigkeit ohne Zweck ist die Sublimierung von Zwecken. Es gibt kein Ästhetisches an sich, sondern lediglich als Spannungsfeld solcher Sublimierung. Deshalb aber auch keine chemisch reine Zweckmäßigkeit als Gegenteil des Ästhetischen. Selbst die reinsten Zweckformen zehren von Vorstellungen wie der formaler Durchsichtigkeit und Faßlichkeit, die aus künstlerischer Erfahrung stammen; keine Form ist gänzlich aus ihrem Zweck geschöpft.«

Wird das nicht beachtet, so überlässt man die Form, die ästhetisch-gegenständliche Ebene der Gestalt, der Willkür, anstatt sie wirklich aus der Funktion heraus zu entwickeln. Die Funktionen der Architektur selbst sind, wie es Adorno (vgl. ebd.: 379f.) bemerkte, immer an eine historisch konkrete Gesellschaft gebunden und daher ständigen Veränderungen unterworfen. Diese können, wie im Falle der modernen Architektur, durch neue Gebäude erst zu verwirklichen sein. Die Zwecke, an welchen das Bauen in diesen Fällen orientiert war, zielten zwar auf die gegebene Gesellschaft, allerdings zugleich auf deren Transformation. So konnten die implizierten Zwecke nur durch die sozialtechnische Umgestaltung der Gesellschaft selbst verwirklicht werden.

Durch die mit der ästhetischen Standardisierung der funktionalen Formsprache einhergehende Beschränkung des Alltags auf voneinander isolierte Funktionen schwanden die Möglichkeiten einer psychischen Bindung an die Architektur (vgl. Berndt 1975: 42). Durch diese Versagung der Möglichkeit einer psychologisch reizvollen Bindung wird den Subjekten die positive affektive Bezugnahme auf die gebaute Gestalt der Gesellschaft, als deren Teil sie sich schließlich wännen, versagt. Die Industriestädte des 20. Jahrhunderts, wie Mitscherlich (1965: 14) attestierte, boten scheinbar keine Identitätspfeiler und ließen Einzigartigkeit vermissen. Die rein zweckmäßige Architektur sollte alle emotionalen Aspekte verdrängen, wie es sich im Hass auf das Ornament zeigte (vgl. Adorno 2003b: 381f.). Folge dieser, noch heute gängigen, Wahrnehmung funktionaler, oft auch allgemein, moderner Architektur ist es, dass

sie als hässlich gilt, womit vor allem die damit assoziierten negativen Affekte ausgedrückt werden. So schreibt Adorno (ebd.: 75f.), dass die Wahrnehmung der technisch-industriellen und rein rationalen Bauten als ›hässlich‹ in ihrem Verhältnis zur Natur, der grenzenlosen Naturbeherrschung begründet seien, wohingegen ebensolche Gebäude, welche sich der Landschaft in ihrer Bauweise der Form nach anpassten, viel mehr schön sein könnten. Hässlichkeit bedeutet weitaus mehr als nur die Beschreibung eines subjektiven Gefühlsausdrucks.

Die funktionale, häufig am internationalen Stil orientierte Moderne sollte währenddessen in der DDR eine neue Gesellschaft auch artifiziell verwirklichen:

»In radikaler Abkehr vom Anspruch der Architektur als Kunst wird die Besonderheit sozialistischen Städtebaus fortan vor allem quantitativ begründet: als Verfügung über Flächen, Ressourcen und Kapazitäten zur industriellen Massenproduktion auch im Bauwesen – in Hoffnung auf eine wissenschaftlich-technische Revolution, in der die sozialistische Gesellschaftsordnung bald ihre Überlegenheit unter Beweis stellen sollte.« (Durth 1996: 35f.).

Die sozialtechnischen Ansprüche von Architektur und Politik stimmten fortan überein. Denn der funktionalen Architektur war eine erzieherische Komponente inhärent, welche insbesondere durch Disziplinierung charakterisiert wird, wodurch die vergesellschafteten Subjekte entsprechend sozialtechnischer Annahmen konditioniert werden konnten (vgl. Makropoulos 2003: 579). Zudem wurde durch die Massenbauweise schnell und günstig Wohnraum für die zu gestaltende sozialistische Gesellschaft geschaffen. Die am Zweck orientierte Architektur verweist darauf, dass sich das rationalistische Denken in der DDR durchzusetzen begann, welches weiterhin neben einer historistisch-traditionalistischen Alltagsauffassung stand, die deutsche Tugenden lobte und durch die zuvor monumental gebauten Werke des sozialistischen Historismus ihre architektonische Entsprechung fand.

Die modernistische Phase der DDR-Architektur zeichnete sich durch tiefgreifende Ambivalenzen und die Notwendigkeit des Bauens trotz fehlender monetärer Mittel aus. Dennoch entstanden prestigeträchtige Ensembles wie die Prager Straße in Dresden und die Straße der Nationen

in Chemnitz, welche sichtbar den *International Style* repräsentieren (vgl. Topfstedt 1996: 47). Die Besonderheiten der ›sozialistischen‹ Moderne sind zunächst auf architektur-politischer sowie ökonomischer Ebene zu finden. Der Grad der Standardisierung war zudem, als Typisierung, durch die zentrale Verwaltung in der DDR wesentlich höher als in der BRD. Deshalb boten die realsozialistischen Staaten gute Bedingungen für die Verwirklichung des modernen Architekturparadigmas. Die tiefgreifende gesellschaftliche Veränderung ließ auf durch Traditionalismus und politische Dogmatik eingeschränkte Weise die moderne Kontingenzerfahrung auch hier real werden. Allerdings wurden die Möglichkeiten der sozialtechnischen Entfaltung durch die begrenzten Mittel und die strikt zu befolgenden Setzungen des Herrschaftsapparats begrenzt.

Eigenheiten der funktionalistischen Architektur, die in ihrem Konstitutionszusammenhang innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise beobachtet wurden, gelten ganz ähnlich auch für die Ostmoderne. So führte Alexander Mitscherlich (vgl. 1965: 19) die von ihm beobachtete Unwirtlichkeit der neuen Städte in weiten Teilen auf die Besitzverhältnisse zurück, welche »jede schöpferische, tiefgreifende Neugestaltung unmöglich« machten und die Stadtplanung der durch Kapitalinteressen repräsentierten Willkür unterwarfen. Die Bedürfnisse der Bewohner:innen waren für die Neubebauung weniger interessant als das Potential der Verwertung des Wertes. Fehlende Mitbestimmung konnte unter anderen Vorsätzen auch in der DDR beobachtet werden. Dennoch ging in beiden deutschen Staaten eine tiefgreifende Neugestaltung der Städte vonstatten, welche auch in der DDR nicht so planvoll war, wie es eine Planwirtschaft vermuten ließe. Ursächlich dafür waren die bereits beschriebenen Kostenfaktoren und politische Interessen, welche sich veränderten. Weiterhin war die gesellschaftliche Partizipation an der Stadtgestaltung auch im Realsozialismus nicht verwirklicht, da die Planung staatlich oktroyiert und nicht demokratisch bestimmt wurde. Paradox ist, dass sich selbst der bürgerliche Begriff von Nützlichkeit in der DDR wiederfand, der für sich in Anspruch nahm, etwas den Menschen Dienliches zu entwerfen, sich real allerdings nicht an den Bedürfnissen, sondern an Kapitalinteressen orientierte und dadurch mit der Herrschaft zusammenfallen musste (vgl. Adorno 2003b: 392). Nur oberflächlich wurde jener Begriff vom ›Nutzen‹ an die Verhältnisse der DDR angepasst,

die trotz des politischen Antikapitalismus auf Sparmaßnahmen angewiesen war und in der die gebaute Gesellschaft einen formellen Teil des politisch-ökonomischen Herrschaftsprogramms darstellte, welches nicht den Menschen, sondern der realsozialistischen Nation diene, selbst wenn anderes regelmäßig beteuert wurde. Schließlich konnte der Bruch mit der eigenen Geschichte, wie er politisch propagiert und durch Schuldverdrängung begünstigt war, durch die neue Architektur, die mit allem Alten ›wirklich‹ brechen sollte, auch artifizielle Realität werden und so eine an Fortschritt, Optimierung und Gleichheit orientierte Vergesellschaftung ohne die aufklärende Erinnerung der eigenen Geschichte konstituieren. Die noch erhaltenen historistischen und historischen Kulissen verwiesen zugleich auf die Romantisierung der nationalen Vergangenheit, welche neben der rationalistischen Utopie des Realsozialismus dauerhaft bestehen blieb.

Bereits in den letzten Jahren der DDR, nach der langjährigen Rekonstruktion der Semperoper, begann der oftmals als ›postmodern‹ bezeichnete Wandel auch in der DDR. Die technisch modernen, in Plattenbauweise konstruierten Gebäude, welche den Anfang der Rekonstruktion des Dresdner Neumarktes darstellen, sind dafür exemplarisch. Diese Bauten schlossen nicht nur an die weiterhin vorhandene Imagination des ehemaligen Dresdens, die nach wie vor Teil der Wahrnehmung dieser Stadt ist (vgl. Rehberg 2002: 79), an, sondern auch an eine genuin ›postmoderne‹ Auseinandersetzung um Stadt und Städtebau. Diese ist gekennzeichnet durch den Rückbezug auf die historischen Stadtzentren und die Wiedererlangung der durch die »Konturenlosigkeit« moderner Architektur verloren geglaubten städtischen Identität (Prigge 1987: 616). Die neuerliche Suche nach Identität brachte die »Renaissance des Heimatbegriffs«, welche das »Ende einer kultivierten Ortlosigkeit im international style« verheißen sollte und »Geschichte wurde zur Projektionsfläche der Wünsche nach einem besseren, gesicherten Leben«, während der »Modernität als Moment des Utopischen« (Durth 1987: 604) fortan nicht mehr vertraut wurde. Dem aus der Kritik des Historismus entstandenen Funktionalismus wird damit eine Architektur entgegengesetzt, welche wieder an der Geschichte orientiert ist, diesmal allerdings in der Kritik des modernen Fortschrittsparadigmas eine architektonische Zeitlo-

sigkeit setzte (vgl. Prigge 1987: 619). Eine zeitlose Architektur kennt wie die zugehörige Gesellschaft weder Erinnerung noch Utopie.

4. Die Entfesselung eines architektonischen Konfliktes: Geschichte ohne Erinnerung

Nach dem Zusammenschluss der zwei deutschen Staaten boten die Transformationsprozesse in den fortan neuen Bundesländern fruchtbaren Boden, die dort bereits begonnene Rekonstruktion von Innenstädten unter veränderten polit-ökonomischen Bedingungen fortzuführen. Die eigene verklärte Geschichte konnte in dieser Form architektonische Wirklichkeit werden und alle Widersprüche und historischen Brüche aus dem Stadtraum, besonders aus den Innenstädten, verdrängen. Vor diesem Hintergrund ist es nur folgerichtig, dass neben der Wiederentdeckung der eigenen Bürgerlichkeit die weiterhin nicht abgeschlossene Bildung der nationalen Identität durch diese Architekturen vorangebracht werden soll. Nicht abgeschlossen ist sie auch deshalb, weil sie als Identität der Form nach zugleich ideologisch (vgl. Adorno 1997: 151) und fiktional (vgl. Delitz 2018: 138) bleiben muss.³ Sie droht daher ständig in Widersprüche zu geraten. Die Konstitution einer kollektiven Identität ist auch deshalb nicht abgeschlossen, weil die identitäre Selbstbeschreibung der ostdeutschen Gesellschaft 1989 in eine Krise geriet und fortan neue Konstitutionsbedingungen hatte. Mit dem expliziten Anspruch, diese Bedingungen zu erfüllen, lobte die AfD-Fraktion im Bundestag den Wiederaufbau der Frauenkirche in Dresden und verschmähte die Moderne allgemein als hässlich und tristlos (vgl. Kübler et al. 2022: 136). Nicht zu verwechseln sind solche Bemerkungen mit dem, was Benjamin (1980: 506ff.) als Ästhetisierung der Politik bezeichnete, da hier nicht mit vormaligen Elementen der Kunst Politik ansprechend gemacht werden soll, sondern die längst ästhetisierte Alltagswelt politisiert wird. Diese Verflechtung von Ästhetik und Politik bedeutet nicht, dass es sich hierbei um eine genuin rechtskonservative Bewegung handelt. Viel mehr zeigt dies, dass Anliegen extrem rechter Politik in dieser Architektur eine Entsprechung finden,

3 Den ideologischen Gehalt der von den Freien Sachsen propagierten Kollektividentität stellt Friederike Kantzenbach in diesem Sammelband ausführlich dar.

welche ihnen weder die funktionale noch die aktuelle, dekonstruktivistische, moderne Architektur bietet. So gelten gerade die Stadtzentren, ob in Dresden oder Berlin, als Repräsentationsflächen, wobei es sich bei letzterer gar um eine nationale Repräsentation handle (vgl. Militz 2021: 115). In der architektonisch manifestierten nationalen Identität treffen sich die Interessen bürgerlicher Milieus und extrem rechter Politik. Die aktuelle Geschichte des deutschen Nationalismus, welche durch diese gebaute Umwelt eine Entsprechung bekommen kann, ist gerade in den neuen Bundesländern so virulent, weil die Vereinigung mit der BRD hier mehr als dort zum Drang nach kollektiver Identität führte. Übersteigert kann dies in Sachsen beobachtet werden, wo eine spezifische Identitätskonstitution, auch dank konservativen Vorreiter:innen, schon länger beobachtet wird, die im sächsischen Exzeptionalismus, also einer in CDU Papieren wie in Positionierungen bei *Pegida* postulierten Ausnahme und Vorreiterstellung Sachsens, offensichtlich wird (vgl. Steinhaus et al. 2016: 146ff.). Die identitären Früchte können nun unter anderem bei den Freien Sachsen geerntet werden, welche Ohnmachtsgefühle und Unzufriedenheit mit dem bürgerlich-demokratischen Staatswesen kurzum zur Forderung nach dem Sächsit und einer Rehabilitation des Königreichs Sachsen amalgamieren (vgl. Kiess 2023: 84).

Dass man das bessere Deutschland war, welches durch die technisch-rationale Architektur gestaltet werden sollte, erwies sich für weite Teile der Gesellschaft als Lüge. So wurden die ikonischen Bauten der DDR-Moderne, zum Beispiel im Chemnitzer Zentrum, in den neuen Bundesländern bereits seit den 1990ern in bundesweiten Zeitschriften mitunter als »Stadtwüsten« verschmäht und von anderen Diskursparteien umgehend unter Denkmalschutz gestellt (vgl. Richter 2001: 163). So wie das ehemalige Selbstbild nun für Viele eine Lüge zu sein schien, war es auch die Architektur. Die Verdrängung des Geschehenen begann in den 1990er Jahren auf neue Weise und wird bis heute fortgesetzt. Sie kann durch die romantische Geschichte, die in den Innenstädten Potsdams, Dresdens und Berlins gebaut wird, stabilisiert werden. Denn besonders die Erneuerung ehemaliger, mit nationalen Mythen verknüpfter Identitätssymbole, welche zuvor – wie das Berliner Stadtschloss – ebenfalls im Rahmen der Neukonstitution nationaler, allerdings realsozialistischer Identität zerstört wurden, geht mit der politischen Rekonstruktion einer

alten nationalen Identität einher (vgl. Čerkes 2014: 199f.). Diese kommt selbstverständlich in neuem Gewand, weil die Geschichte, welche zwischen Abriss und Wiederaufbau liegt, auch als aus den Innenstädten verdrängte, ihre Wahrheit hat. Diese historische Wahrheit wird wie im Falle des Palastes der Republik, welcher 2006 unter Protesten abgerissen wurde, aus den Innenstädten entfernt (vgl. Militz 2021: 117). Weitere Beispiele für den Abriss der noch jungen modernen Architektur konnten nicht nur in den Innenstädten von Potsdam und Dresden beobachtet werden. Auch in weiteren Groß-, Mittel- und Kleinstädten der neuen Bundesländer wurde seit 1990 moderne Architektur zerstört, da im Rahmen des 2002 verabschiedeten »Stadtumbauprogramms Ost« neben einigen Aufwertungsarbeiten in erster Linie Abrissarbeiten durchgeführt wurden (vgl. Sievers 2019).

Der zeitgleich vollzogene ideologische Anschluss an historisierende Bauweisen bringt auch durch die Moderne verdrängte Ansprüche an die Architektur wieder hervor, welche fortan wieder als Baukunst und – das ist neu – als Stadtbaukunst begriffen wird. In der neuerlichen Ästhetisierung der kinästhetischen Artefakte wird der Widerspruch zwischen Form und Zweck, der in der Moderne durch das Primat der Funktion gekennzeichnet war, einseitig aufgelöst. In diesen Verhältnissen ist auch die Geschichte des Hässlichen und Schönen negativ aufgehoben:

»In der Geschichte der Kunst saugt die Dialektik des Häßlichen auch die Kategorie des Schönen in sich hinein; Kitsch ist, unter diesem Aspekt, das Schöne als Häßliches im Namen des gleichen Schönen tabuiert, das es einmal war und dem es nun wegen der Absenz seines Widerparts widerspricht.« (Adorno 2003a: 77).

Die als zeitlos geltende Schönheit der historisierenden Gebäude reproduziert den »klassizistischen Kitsch« (Adorno 2003b: 394), der mit der Moderne überwunden werden sollte. Als solcher ist der historisierenden Architektur »die Vortäuschung nicht vorhandener Gefühle« (Adorno 2003a: 466) inhärent. Der Widerspruch zwischen Form und Zweck der Gebäude, der durch die neue, an alten Formen orientierte, Architektur aufgelöst werden sollte, besteht auch auf städtebaulicher Ebene fort. So wurde gegen die »moderne Entstädterung« das Ideal der Stadt mit Zentrum, entsprechend »klassizistischer Fassaden- und Raumordnungen«

(Prigge 1987: 624f.) gesetzt, welches die verlorene Urbanität wiederbringen sollte. Diese Orientierung am Imago der »Europäischen Stadt« ist »auf eine bestimmte, geschichtlich unwahrscheinliche Formation der okzidentalen Stadt« (Fischer 2011: 78) gerichtet und vermag so städtebaulich eine Geschichte zu schreiben, die bis dahin nie materiell existierte. Dadurch, dass grundlegende Funktionen des Gebauten außer Acht geraten, können zwar Tourismus- und Stadt-Marketing Gewinne verbucht und weitere Konsumräume geschaffen werden, soziale und historische Widersprüche werden aber aus der Innenstadt verdrängt (vgl. Kübler et al. 2022: 126f.). Naturalisiert wird dies durch die Behauptung, dass die bürgerlich europäische Stadt eine risikoreiche Gesellschaft kommuniziert, welche das Scheitern genauso impliziert wie etablierte Hierarchien (vgl. Fischer 2011: 78). Auch aus diesem Grund ist die rekonstruktive Architektur der neoliberalisierten Gesellschaft nach der »Wende« angemessen. Zugleich wird es fortan möglich, die Ostmoderne zum antiquarischen Überbleibsel längst vergangener Zeiten zu erklären und in das Denkmalschutzprogramm zu integrieren, welches von Beginn an für die Konservierung alter Architekturen und die Hypostasierung von Tradition stand (vgl. Durth 1987: 604f.). Die Moderne aber bleibt der kontrastierende Anknüpfungspunkt des rekonstruktiven Bauens, aus deren Ablehnung es mitunter legitimiert wird. Denn weiterhin verkörpern die differenten Bauweisen verschiedene Selbstbilder derselben Gesellschaft, deren Medium die Architektur auch dann bleibt, wenn der ihr eigene sozialtechnische Anspruch nicht mehr expliziert wird. Gemeinsam ist ihnen die Affirmation des Vergangenen und dessen Projektion in die Gegenwart: die Geschichte ohne Erinnerung.

5. Resümee: gesellschaftliche Erinnerungslosigkeit und deren Radikalisierung durch die Freien Sachsen

Durch den Blick auf die historisch und gesellschaftlich konkreten Konstitutionsbedingungen des aktuellen Konflikts um die richtige Architektur in den neuen Bundesländern ist es möglich, dessen Besonderheiten aufzuzeigen, wengleich er sich erst durch die Transformationserfahrungen der 1990er Jahre vollends entfalten konnte. Nur so wird sichtbar,

dass die Rekonstruktion heute unter veränderten gesellschaftlichen Vorzeichen an ein architektonisches Programm anschließen kann, wie es bereits vor dem Aufkommen der Ostmoderne angedacht war und bis in die 1950er Jahre teilrealisiert wurde. Dieses wurde durch das spätmoderne Abstrakt-Werden der Zeit, welche zunehmend fragmentiert erscheint (vgl. Schauer 2023: 229ff.), in der Architektur ergänzt, als dass die Vergangenheit unvermittelt in die Gegenwart projiziert wird. Dadurch kann die neoliberale Vorstellung der Gesellschaft ohne Erinnerung und vernunftbegründete Erkenntnis (vgl. Stapelfeldt 2012: 388ff.) städtebauliche Wirklichkeit werden. Dies bedeutet zugleich nicht, dass es keine Geschichte gäbe. So wird durch diese Architektur die Geschichte der Gesellschaft und dadurch deren fragile Identität gebaute Wirklichkeit. Die neue historisierende Architektur ist im Gegensatz zur alten⁴ aber in eine moderne Architekturgeschichte eingebettet, welche die aktuellen Auseinandersetzungen, in denen zur Debatte gestellt wird, welche die richtige Architektur für die Gesellschaft ist, erst ermöglichen. Die ambivalente moderne Kontingenzerfahrung wirkt auf architektonischer Ebene insofern nach, als dass es heute Allgemeinplatz des Bauens ist, dass die Gesellschaft architektonisch gestaltet werden kann. Das schließt die Möglichkeit nicht aus, dass dies durch eine Architektur geschieht, welche sich romantisierend auf die Geschichte bezieht, um die Konstitution einer neuen städtischen und nationalen Identität zu ermöglichen. Das zeitlose Verschmelzen von Geschichte und Gegenwart in der Rekonstruktionsarchitektur zeigt sich exemplarisch im Begriff *Stadtbaukunst*, welcher sich implizit auf den genuin modernen Anspruch des Städtebaus bezieht und zugleich antike Vorstellungen einer Baukunst zitiert. Auffällig ist zudem, dass in den ostdeutschen Auseinandersetzungen der aktuelle Streit zwischen Moderne und Rekonstruktion ausgefochten wird, während die klassische Moderne anderswo längst von der Dekonstruktion abgelöst wurde, die als neue Avantgarde-Bewegung gilt (vgl. Delitz 2010a: 301ff.). Darin zeigt sich, dass das Denken über die Zukunft durch die jeweils präferierte Vergangenheit bestimmt ist und dadurch in ein Paradox gerät. Die hauptsächlich ästhetische Argumentation löst den grundsätzlichen Widerspruch moderner Architektur, jenen zwischen Form und

4 Man denke an den Historismus um die Jahrhundertwende (19./20. Jhd.).

Zweck, einseitig auf und vergisst nunmehr den Zweck, welcher ebenso rückwärtsgewandt im Erhalt der modernen Architekturen aufbewahrt ist.

Die Zeitlichkeit der Architektur wird mittels der Reflektion dessen, dass die Stadtgeschichte die verschiedenen Geschichten der Architekturen synchronisiert, gesehen (vgl. Prigge 1987: 624). Das ermöglicht, wie oben dargestellt, Erkenntnisse über historische sowie historisierende Architektur in der Gegenwart und damit auch über die gegenwärtige Gesellschaft. Folgerichtig stellte Mennicke (2008: 50) pointiert fest, dass in Dresden zwei Vergangenheiten nebeneinander existieren: die Moderne und die Tradition. Ähnliches kann in Chemnitz beobachtet werden, wo die Innenstadt seit 1990 vorrangig um Shoppingmalls ergänzt wurde (vgl. Kassner 2009: 29f.), deren Potential zur Identifikation wohl marginal ist. Als »Stadt der Moderne« ist man allerdings vornehmend stolz auf die erhaltenen Vorkriegsgebäude, insbesondere den zwischenzeitlich sanierten Theaterplatz (vgl. Kassner 2009: 66f.). Die Suche nach der notwendig brüchig bleibenden Identität verweist die Befürworter:innen der einen wie die Kritiker:innen der anderen Architektur auf historische Architekturen, welche in die Gegenwart gerettet werden sollen. Deutlich wird so durch die historische Darstellung des architektonischen Konfliktes, »dass Erinnerung in Deutschland die höchste Form des Vergessens darstellt« (Geisel 2015: 36). Gleichwohl gilt dies für Ostdeutschland und Sachsen auf besondere Weise, wobei eine Radikalisierung entsprechender Positionen unter anderem bei den Freien Sachsen zu beobachten ist. Die historistischen Pamphlete des Parteivorsitzenden Kohlmanns im *Aufgewacht*-Magazin zeugen von einem Geschichtsverständnis, welches durch die zukunftslose Architektur begünstigt wird. Die Vergangenheit wird bei ihm umstandslos auf die Gegenwart projiziert, wenn er zum Beispiel die sächsische Identität zu manifestieren versucht, indem er dafür argumentiert, dass August der Starke im Vergleich mit aktuellen Politiker:innen der erfolgreichere Herrscher gewesen sei (*Aufgewacht* 2: 25). Auch auf andere Weise zeigt sich, dass die architektonisch vermittelte Geschichte ohne emphatische Erinnerung einen Konnex von gesellschaftlicher »Mitte« und extremer Rechte darstellt. So berufen sich die Freien Sachsen mehrfach in ihrem Telegram-Kanal, und nicht zufällig, auf die Schönheit der Dresdner Altstadt oder des Leipziger Augustusplatzes. Sie teilten auch selbstverständlich einen Beitrag des ebenfalls extrem rechten Kollektivs *Ein*

Prozent, in welchem zu den geschichtsrevisionistischen Protesten am 13. Februar in Dresden aufgerufen wird und Dresden als »Kleinod barocker Architektur und Hort kultureller Schätze« sowie »patriotisches Bollwerk« Anerkennung erfährt (Ein Prozent 13.02.2023). Dass auch diese Architekturen für die sächsische Identität konstitutiv sind, zeigt ein anderer Post, in welchem Frauenkirche, Völkerschlachtdenkmal und Chemnitzer Oper als »unsere Kulturgüter« bezeichnet und explizit als Äquivalent der sächsischen Identität dargestellt werden (Freie Sachsen 06.05.2022). Kultur und Architektur erfüllen somit eine Scharnierfunktion zwischen extremer Rechter und Mitte.

In diesem Beitrag sollte demnach deutlich geworden sein, dass Bewegungen wie die Freien Sachsen auch auf dem architektonisch realisierten Fundament eines ambivalenten gesellschaftlichen Selbstbildes aufbauen können, wie es hier dargestellt wurde. Die Architektur erfüllt derart eine Scharnierfunktion und muss von diesen Gruppen nicht erneut politisiert werden. Um diesen Zusammenhang, der zugleich politischen Fragen unterliegt, tiefgreifender nachzuvollziehen, könnten die konkreten architektonischen Phänomene, womöglich durch eine Dispositivanalyse empirisch nachvollzogen werden. Auf diese Weise können auch die hier argumentierten Thesen weitergehend analysiert werden, um den Zusammenhang von Architektur- und Geschichtsdiskurs tiefergehend zu begreifen. Weiterhin wäre es interessant nachzuvollziehen, weshalb zum Beispiel die vermeintlich prächtige Kulisse Dresdens bislang relativ niedriges Mobilisierungspotenzial für die Freien Sachsen versprach und sich der Protest in erster Linie auf die ländlichen Regionen, aber auch Chemnitz erstreckte, während Dresden als ehemaliger Sitz des sächsischen Königshauses für die Monarchist:innen der Freien Sachsen ein zentraler Bezugspunkt sein sollte. Eine Erklärung dafür, dass in Chemnitz ein größerer Erfolg möglich ist, könnte die Abseitsposition der Stadt darstellen, welche mitunter mit der architektonisch modernen Innenstadt in Zusammenhang gebracht wird (vgl. Sandten et al. 2013: 2ff.). Dieser These kann an anderer Stelle nachgegangen werden. Allein aus der Architektur lässt sich dies allerdings nicht ableiten.

Literatur

- Adorno, Theodor (1997): *Negative Dialektik*, 9. Aufl., Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Adorno, Theodor (2003a): *Ästhetische Theorie*. Hg. v. Tiedemann, Rolf, Frankfurt a. M.: Suhrkamp: Suhrkamp.
- Adorno, Theodor (2003b): *Kulturkritik und Gesellschaft I. Prismen*. Ohne Leitbild. Hg. v. Tiedemann, Rolf, Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Adorno, Theodor (2019): *Schuld und Abwehr*. Eine qualitative Analyse zum Gruppenexperiment. In: Adorno, Theodor: *Soziologische Schriften II.2. The Stars Down to Earth*. *Schuld und Abwehr*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 121–324.
- Ahbe, Thomas (2022): *Ostdeutschland und die Ostdeutschen als Erzählung*. Identitätsstiftende Narrative im Widerstreit, Erfurt: Landeszentrale für politische Bildung Thüringen.
- Åman, Anders (1996): Die osteuropäische Architektur der Stalinzeit als kunsthistorisches Problem. In: Dolf-Bonekämper, Gabriele / Kier, Hiltrud (Hg.): *Städtebau und Staatsbau im 20. Jahrhundert*. München, Berlin: Dt. Kunstverl., S. 131–150.
- Benjamin, Walter (1980): *Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit* (zweite Fassung). In: Walter Benjamin: *Gesammelte Schriften Band I.2*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Berndt, Heide (1975): Ist der Funktionalismus eine funktionale Architektur? Soziologische Betrachtung einer architektonischen Kategorie. In: Berndt, Heide / Lorenzer, Alfred / Horn, Klaus (Hg.): *Architektur als Ideologie*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 9–50.
- Čerkes, Bohdan (2014): *Identität, Architektur und Rekonstruktion der Stadt*, Berlin: LIT.
- Delitz, Heike (2009): *Architektursoziologie*, Bielefeld: transcript.
- Delitz, Heike (2010a): *Gebaute Gesellschaft*. Architektur als Medium des Sozialen. Zugl.: Dresden, Techn. Univ., Diss., 2009, Frankfurt a. M.: Campus.
- Delitz, Heike (2010b): Rekonstruktion und Dekonstruktion. Zur soziologischen Analyse des aktuellen Städtebaus. In: *dérive Zeitschrift für Stadtforschung* 38: S. 5–6.
- Delitz, Heike (2018): *Kollektive Identitäten*, Bielefeld: transcript.
- Durth, Werner (1987): *Tradition als Innovation*. Tendenzen der Stadtgestaltung. In: Kreuder, Thomas / Loewy, Hanno (Hg.): *Konservatismus in der Strukturkrise*. 1. Aufl., Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 592–615.
- Durth, Werner (1996): *Von der Auflösung der Städte zur Architektur des Wiederaufbaus*. In: Dolf-Bonekämper, Gabriele / Kier, Hiltrud (Hg.): *Städtebau und Staatsbau im 20. Jahrhundert*, München / Berlin: Dt. Kunstverl., S. 17–38.

- Durth, Werner / Düwel, Jörn / Gutschow, Niels (1998): Architektur und Städtebau der DDR. BD. 2 Aufbau. Städte, Themen, Dokumente, Frankfurt a.M.: Campus.
- Düwel, Jörn (1995): Baukunst voran! Architektur und Städtebau in der SBZ/DDR. Zugl. Greifswald, Univ., Diss., 1994 u.d.T.: Düwel, Jörn: Zur Entstehung von Architektur und Städtebau im ersten Nachkriegsjahrzehnt in der SBZ, DDR. 1. Aufl., Berlin: Schelzky & Jeep.
- Ein Prozent (13.02.2023): 78 Jahre nach dem Bombenterror: Dresden lässt sich nicht unterkriegen! In: Telegram-Kanal Freie Sachsen. Online verfügbar: <https://t.me/freiesachsen/5897> [Zugriff: 30.01.2024].
- Fischer, Joachim (2011): Rekonstruktivismus als soziale Bewegung. Eine architektursoziologische Aufklärung. In: Arch+ 46 (204): S. 76–79.
- Flierl, Bruno (1964): Hoyerswerda und die Entwicklung des sozialistischen Lebens. Deutsche Architektur 13 (4): S. 217–219.
- Freie Sachsen (06.05.2023): Völlig irre: Grüne Kretschmer-Regierung will Frauenkirche und Völkerschlachtdenkmal mit Solaranlagen verschandeln! In: Telegram-Kanal Freie Sachsen. Online verfügbar: <https://t.me/freiesachsen/3992> [Zugriff: 30.01.2024].
- Geisel, Eike (2015): Die Wiedergutwerdung der Deutschen. Essays & Polemiken, Bremen: FUEGO.
- GHND (2016): Über uns. Gesellschaft Historischer Neumarkt Dresden e.V. Online verfügbar: <https://www.neumarkt-dresden.de/ueber-uns/> [Zugriff: 11.03.2023].
- Greiffenhagen, Martin / Greiffenhagen, Sylvia (1994): Die ehemalige DDR als das »deutsche« Deutschland? In: Greiffenhagen, Martin (Hg.): Die neuen Bundesländer, Stuttgart: Kohlhammer, S. 9–27.
- Häger, Benjamin (2011): Der Dresdner Neumarkt und die Frauenkirche. »Architektur zwischen Retrodesign und Eventkultur«. In: Arch+ 46 (204): S. 80–85.
- Hilpert, Thilo (1988): Der Historismus und die Ästhetik der Moderne. Eine Einführung. In: Hilpert, Thilo (Hg.): LeCorbusiers »Charta von Athen«. Texte und Dokumente, 2. Aufl., Braunschweig / Wiesbaden: Vieweg, S. 9–80.
- Horn, Klaus (1975): Zweckrationalität in der modernen Architektur. Zur Ideologiekritik des Funktionalismus. In: Berndt, Heide / Lorenzer, Alfred / Horn, Klaus (Hg.): Architektur als Ideologie, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 105–154.
- Kantschew, Thomas (2010): Hotel »Dresdner Hof« (jetzt Hilton). DDR-Postmoderne und Wiederaufbau des historischen Dresdner Stadtkerns. Das neue Dresden. Online verfügbar: <http://www.das-neue-dresden.de/hotel-hilton.html> [Zugriff: 30.01.2024].
- Kassner, Jens (2009): Chemnitz-Architektur. Stadt der Moderne. 1. Aufl., Leipzig: Passage.

- Kiess, Johannes (2023): Extrem rechte Parteien in Sachsen. Arbeitsteilige Mobilisierung und Fragmentierung. In: Decker, Oliver / Kalkstein, Fiona / Kiess, Johannes (Hg.): Demokratie in Sachsen. Jahrbuch des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts für 2022, Leipzig: Edition Überland, S. 79–96.
- Klasen, Isabelle (2015): »Erfahrung wider das Ich«. Überlegungen zu einem Begriff des Schönen nach Adorno. In: Dumbadze, Devi / Hesse, Christoph (Hg.): Unreglementierte Erfahrung, Freiburg: ça ira, S. 143–174.
- Kübler, Felicitas / Schilk, Felix / Schwarz, Anke (2022): Rechte Räume reconstructed. Identitätsfassaden in Skopje und Dresden. In: Miggelbrink, Judith / Mullis, Daniel (Hg.): Lokal extrem Rechts. Analysen alltäglicher Vergesellschaftungen, Bielefeld: transcript, S. 125–144.
- Le Corbusier (1988): Die Charta von Athen. In: Hilpert, Thilo (Hg.): LeCorbusiers »Charta von Athen«. Texte und Dokumente. 2. Aufl., Braunschweig / Wiesbaden: Vieweg, S. 81–242.
- Magirius, Heinrich (2003): Die Semperoper zu Dresden. Entstehung, künstlerische Ausstattung, Ikonographie, Leipzig: Ed. Leipzig.
- Makropoulos, Michael (1991): Tendenzen der Zwanziger Jahre. Zum Diskurs der Klassischen Moderne in Deutschland. In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 39 (6), S. 675–687.
- Makropoulos, Michael (1997): Modernität und Kontingenz, München: Fink.
- Makropoulos, Michael (2003): Vergesellschaftung durch Architektur. Gesellschaftstheoretische Aspekte der funktionellen Stadt. In: Fischer, Joachim / Joas, Hans (Hg.): Kunst, Macht und Institution. Studien zur philosophischen Anthropologie, soziologischen Theorie und Kulturosoziologie der Moderne. Festschrift für Karl-Siegbert Rehberg, Frankfurt a. M.: Campus, S. 577–586.
- Makropoulos, Michael (2008): Architektur und Konsum als Medien objektvermittelter Vergesellschaftung. In: Hellmann, Kai-Uwe / Zurstiege, Guido (Hg.): Räume des Konsums. Über den Funktionswandel von Räumlichkeit im Zeitalter des Konsumismus. 1. Aufl., Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 51–65.
- Mau, Steffen (2019): Lütten Klein. Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft. 3. Aufl., Berlin: Suhrkamp.
- Mennicke, Chistiane (2008): Dresden. Mehr Wunder aus Dresden. In: Bielańska, Jolanta / Birne, Torsten (Hg.): Urban Potentials. Konzepte und Handlungen – ideas and practice, Rotterdam / Salzburg / Wrocław / Budapest / Dresden / Berlin: Jovis, S. 49–55.

- Militz, Marlene (2021): Vorwärts in die Vergangenheit. Das Berliner Schloss als Restaurationskulisse. *Blätter für deutsche und internationale Politik* (2), S. 114–120.
- Mitscherlich, Alexander (1965): Die Unwirtlichkeit unserer Städte, Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Mitscherlich, Alexander / Mitscherlich, Margarete (1990): Die Unfähigkeit zu trauern. Grundlagen kollektiven Verhaltens. 21. Aufl., München / Zürich: Piper.
- Mitscherlich, Margarete (1987): Erinnerungsarbeit. Zur Psychoanalyse der Unfähigkeit zu trauern, Frankfurt a. M.: Fischer.
- Postone, Moishe (2005): Deutschland, die Linke und der Holocaust. Politische Interventionen, Freiburg: ça ira.
- Prigge, Walter (1987): Politische Architektur. Zur Architektonisierung der Urbanen: Stadt als Identifikationsangebot. In: Kreuder, Thomas / Loewy, Hanno (Hg.): Konservatismus in der Strukturkrise. 1. Aufl., Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 616–631.
- Rabenschlag, Ann-Judith (2014): Völkerfreundschaft nach Bedarf. Ausländische Arbeitskräfte in der Wahrnehmung von Staat und Bevölkerung der DDR. Zugl.: Stockholm, Univ., Diss., 2014, Stockholm: Acta Universitatis.
- Reckwitz, Andreas (2015): Ästhetik und Gesellschaft – ein analytischer Bezugsrahmen. In: Reckwitz, Andreas / Prinz, Sophia / Schäfer, Hilmar (Hg.): Ästhetik und Gesellschaft. Grundlagentexte aus Soziologie und Kulturwissenschaften, Berlin: Suhrkamp, S. 13–52.
- Rehberg, Karl-Siegbert (2002): Das Canaletto-Syndrom. Dresden als imaginäre Stadt. In: Ausdruck und Gebrauch 1 (1): S. 78–88.
- Rehberg, Karl-Siegbert (2004): »Konsensdiktatur«. Zu Wandlungen der DDR-(Kultur) Politik in der Honecker-Ära. In: Bröckling, Ulrich / Paul, Axel / Kaufmann, Stefan (Hg.): Vernunft – Entwicklung – Leben. Schlüsselbegriffe der Moderne, München: Fink, S. 139–164.
- Richter, Peter (2006): Der Plattenbau als Krisengebiet. Die architektonische und politische Transformation industriell errichteter Wohngebäude aus der DDR am Beispiel der Stadt Leinefelde. Diss., Hamburg.
- Richter, Tilo (2001): Der Theaterplatz. Geschichte und Gegenwart in der Mitte von Chemnitz, Leipzig: Passage.
- Sandten, Cecile / Fasbender, Christoph / Bauer, Annika (2013): Einführung. Stadt der Moderne. In: Sandten, Cecile (Hg.): Stadt der Moderne, Trier: WVT Wissenschaftlicher Verlag Trier, S. 1–12.
- Schäfers, Bernhard (2003): Architektursoziologie. Grundlagen – Epochen – Themen, Wiesbaden: Springer.

- Schauer, Alexandra (2023): Mensch ohne Welt. Eine Soziologie spätmoderner Vergesellschaftung. 1. Aufl., Berlin: Suhrkamp.
- Sievers, Karen (2019): Stadtumbau Ost – Lösung einer Wohnungsfrage? Online verfügbar: www.bpb.de/286642 [Zugriff: 11.03.2023].
- Stapelfeldt, Gerhard (2012): Der Geist des Widerspruchs. Studien zur Dialektik. Erster Band, Freiburg: ça ira.
- Steinhaus, Maira / Heim, Tino / Weber, Anja (2016): »So geht sächsisch!«. Pegida und die Paradoxien der »sächsischen Demokratie«. In: Heim, Tino (Hg.): Pegida als Spiegel und Projektionsfläche. Wechselwirkungen und Abgrenzungen zwischen Pegida, Politik, Medien, Zivilgesellschaft und Sozialwissenschaften, Wiesbaden: Springer, S. 143–196.
- Topfstedt, Thomas (1996): Die nachgeholte Moderne. Architektur und Städtebau in der DDR während der 50er und 60er Jahre. In: Dolff-Bonekämper, Gabriele / Kier, Hiltrud (Hg.): Städtebau und Staatsbau im 20. Jahrhundert, München / Berlin: Dt. Kunstverl., S. 39–54.
- Warnken, Stefan (2018): Doppelte Initiation. Zur emotionalen Verankerung eines personalisierten Geschichtsbildes vom Nationalsozialismus. In: König, Julia (Hg.): Dichte Interpretation. Tiefenhermeneutik Als Methode Qualitativer Forschung, Wiesbaden: Vieweg, S. 253–276.